

STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN

**Statistisches Informationssystem des Bundes
(STATIS-BUND)**

Definitionskatalog

Band 1

**Methodische Erläuterungen
und Benutzungshinweise**

**Register
Definitionen**

A–K

Statistisches Bundesamt

Statist. Bundesamt - Bibliothek



10-01197

Arbeitsunterlage

11

Inhalt

Band 1	Vorbemerkung
	Methodische Erläuterungen und Benutzungshinweise
	Register
	Definitionen von A - K
Band 2	Definitionen von L - Z

V o r b e m e r k u n g

Der Definitionskatalog des Statistischen Informationssystems des Bundes (STATIS-BUND) wurde im Rahmen des vom Bundesminister für Forschung und Technologie geförderten Forschungsprojekts "Statistik-Thesaurus" im Statistischen Bundesamt erarbeitet. Er enthält Definitionen statistischer Begriffe, zu denen Daten im STATIS-BUND gespeichert sind.

Die Definitionen sollen dem Benutzer des STATIS-BUND eine Hilfe bei der Verwendung und Interpretation der dort gespeicherten Daten sein. Sie sind insoweit systemspezifisch und daher nur bedingt auf andere Daten (z.B. in Fachserien veröffentlichte Ergebnisse) oder andere Informationssysteme (z.B. Informationssysteme der Länder) anwendbar und haben somit keine normierende Funktion.

Die vorliegende Ausgabe des Definitionskatalogs enthält drei Teile:

1. Erläuterungen zur Auswahl der definierten Begriffe sowie methodische Hinweise zur Benutzung dieses Katalogs,
2. ein Register aller Begriffe, die entweder selbständig oder unter einem anderen Eintrag definiert sind und
3. die alphabetische Sammlung der Definitionen.

Mit der vorliegenden Veröffentlichung sind die Arbeiten am Definitionskatalog noch nicht abgeschlossen. Es konnten nur die Begriffe aufgenommen werden, zu denen am 31.3.1979 (Abschluß des Forschungsprojekts) Daten im STATIS-BUND gespeichert waren und deren Definitionen bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung mit den fachlich zuständigen Stellen abgestimmt werden konnten. Darüber hinaus ist eine laufende Erweiterung des Definitionskatalogs aufgrund des ständigen Ausbaus der Datenbasis erforderlich. Neu hinzukommende Begriffe müssen definiert und aufgenommen werden. Aber auch Abgrenzungen schon definierter Begriffe sind ständig zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern.

Ebenso wie für die anderen Dokumentationsteile (Beschreibung der statistischen Quellen, Darstellung der Daten) und das Benutzerhandbuch des STATIS-BUND ist künftig auch für den Definitionskatalog eine vollmaschinelle Führung und damit eine im Dialog aufrufbare Version vorgesehen. Die Überlegungen zu einer benutzerfreundlichen Darbietung dieses Dokumentationsteils sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Anregungen für Änderungen, Ergänzungen und Korrekturen nehmen wir gern entgegen. Wir bitten, diese an das

Statistische Bundesamt
Gruppe I E
Postfach 55 28

6200 Wiesbaden

Tel. (06121) 705-2901 oder 705-2582

zu richten.

M e t h o d i s c h e E r l ä u t e r u n g e n u n d B e n u t z u n g s h i n w e i s e

Der Definitionskatalog als Teil der Datendokumentation des STATIS-BUND

Aufgabe des Definitions-
katalogs (DFK)

Der Definitionskatalog soll eine Hilfe zur sachgerechten Interpretation und Verwendung der im Statistischen Informationssystem des Bundes (STATIS-BUND) gespeicherten Daten sein. Er stellt eine Sammlung von Definitionen der Begriffe dar, zu denen im STATIS-BUND unmittelbar Daten gespeichert sind oder zu denen durch Kumulierung Ergebnisse errechnet werden können.

Verbindung zu den
anderen Dokumenten-
teilen

Bei der Beschreibung der im STATIS-BUND gespeicherten Daten wurde das Prinzip verfolgt, Doppelspeicherungen von Beschreibungselementen möglichst zu vermeiden. Daraus ergibt sich, daß Angaben zur Erhebung oder Darstellung der Daten, die schon an anderer Stelle gespeichert sind und dem Benutzer z.B. in der "Liste der Daten- und Segmentnummern mit Segmentbeschreibung" (DAT1B) zur Verfügung stehen, in der Regel nicht noch einmal in den Definitionskatalog aufgenommen wurden. Die Definitionen sollten daher nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit den anderen Beschreibungsteilen des Informationssystems gesehen werden. Nur in denjenigen Fällen, in denen es für das Verständnis der Definitionen unbedingt erforderlich ist, wurde im Definitionskatalog in begrenztem Maße eine Wiederholung vorgenommen und z.B. auf Unterschiede oder Besonderheiten hingewiesen, die sich u.a. durch die Wahl der Erhebungseinheit, die Festlegung von Abschneidegrenzen, durch eine andere Regionalgliederung oder durch die Erhebungsmethode (Totalerhebung, Stichprobe) ergeben können.

Auswahl der Einträge in den Definitionskatalog

Positionen des
DAT1B als Grundlage für die
Definitionen

Wie bereits erwähnt, wurden im Definitionskatalog nur Definitionen der Begriffe aufgenommen, zu denen im STATIS-BUND Zahlenangaben gespeichert sind. Diese Begriffe sind im DAT1B in der Form von Tabellengliederungen enthalten,

deren Einzelpositionen die Grundlage für die Auswahl der zu definierenden Begriffe darstellen.

Selbständige Definition der Positionen

Der Wortlaut der definierten Begriffe deckt sich im allgemeinen mit den Gliederungs- und Bezeichnungstexten der Tabellengliederungsbeschreibungen der Segmente im DAT1B. Generell wurden jedoch Klammerzusätze mit Zeitangaben hinter der jeweiligen Position nicht übernommen (z.B. "Zahnärzte" statt "Zahnärzte (bis 1966 einschl. Dentisten)"). Nur ausnahmsweise, wenn es sich als praktikabler oder sinnvoller erwiesen hat, können einzelne Positionen auch mit einem leicht veränderten Wortlaut oder auch im Zusammenhang unter einem übergeordneten Begriff definiert worden sein (z.B. "Familienstand" statt "ledig", "verheiratet" usw. oder "Index der industriellen Erzeugerpreise" statt "Index" und "industrielle Erzeugerpreise"). Die Nummer der jeweiligen Position im Gliederungs- und Bezeichnungskatalog (GBK1B) ist bei jeder Definition angegeben.

Grundsätzlich nicht definier- te Positionen

Die folgenden Positionen wurden im Rahmen des Definitionskatalogs nicht definiert:

- Gliederungsüberschriften, da zu ihnen keine Zahlenangaben gespeichert sind,
- Positionen, die unmittelbar verständlich sind und keiner näheren Erläuterung bedürfen sowie Begriffe, zu denen keine Abgrenzungen gegeben werden können (z.B. Größenklassengliederungen, Regionalgliederungen, Positionen wie "männlich", "weiblich" usw.),
- "echte" Systematikpositionen, d.s. Positionen, bei denen auf die Systematik, aus der sie entnommen sind, in der Tabellengliederungsbeschreibung der Segmente hingewiesen wird; in den Systematiken findet der Benutzer ausführliche Informationen zu Systematikpositionen, so daß von einer Übernahme in den Definitionskatalog abgesehen werden konnte. Definiert sind dagegen "abgeleitete" Systematikpositionen, d.s. Positionen, bei denen ein Hinweis auf die zugrunde liegende Systematik fehlt und die meist aus der Zusammenfassung

von Einzelpositionen aus einer Systematik entstanden sind.

Funktion des Registers

Register:
Inhaltsüber-
sicht und Ver-
weissystem

Der alphabetischen Sammlung der Definitionen ist ein Register vorangestellt, das eine Liste aller Positionen darstellt, zu denen im Definitionskatalog begriffliche Erläuterungen gegeben werden. Zum einen sind alle Begriffe, die selbständig definiert und in der alphabetischen Sammlung der Definitionen enthalten sind, im Register aufgelistet, zum anderen enthält das Register Positionen, die entgegen der Regel entweder als anderslautende Einträge in die Sammlung der Definitionen aufgenommen wurden oder die unter einem anderen Begriff erläutert werden. Das Register dient somit einmal zu einer schnellen Information über die in der Definitionssammlung enthaltenen Einträge und hat gleichzeitig Verweisfunktion. Es ermöglicht daher einen zweifelsfreien Umstieg von den im DAT1B geführten Positionen zu den Einträgen im Definitionskatalog.

Zum Aufbau der Definitionen

Kombination mehrerer Definitionen

Die einzelnen im STATIS-BUND gespeicherten Zahlenangaben werden in den Tabellengliederungen mittelbar durch mehrere zu kombinierende, hierarchisch angeordnete Beschreibungselemente (Darstellungs- und Gliederungsmerkmale) gekennzeichnet.

Analog hierzu ist für eine vollständige Definition einer einzelnen Zahlenangabe meist das Zusammenspiel mehrerer Definitionen notwendig. Z.B. wird die Angabe über die Zahl der Baugenehmigungen für Wohngebäude im DAT1B durch die beiden Positionen "Erteilte Baugenehmigungen (nur Errichtung neuer Gebäude)" und "Wohnbauten" beschrieben; die Definition der nachgewiesenen Zahlenangabe ergibt sich entsprechend aus der Verknüpfung der Definitionen der beiden Einzelpositionen. Prinzipiell wird im Definitionskatalog daher nicht zwischen Darstellungs- und Gliederungsmerkmalen unterschieden.

Teile der Definitionen

Die in die zwei Bände des Katalogs aufgenommenen Definitionen umfassen jeweils bis zu drei Teile:

- Begriffsinhalt,
- Änderungen im Zeitablauf,
- Begriffsbeziehungen.

"Begriffsinhalt"

Der Abschnitt "B e g r i f f s i n h a l t" stellt die eigentliche Definition des Begriffs nach dem neuesten bzw. letzten Stand dar. Zunächst wird der Begriffsinhalt durch die Angabe von Merkmalen oder die Aufzählung der zugehörigen Elemente kurz umrissen. Sofern es sich um keine Nominaldefinition handelt, ist hier meist die Form eines unvollständigen Satzes gewählt. Dann werden die einzelnen Elemente der allgemeinen Definition näher erläutert. Ferner werden Einzel- oder Sonderfälle genannt, die einbezogen werden oder die den Begriff veranschaulichen oder besonders typisch oder beispielhaft sind. Ggf. sind auch solche Tatbestände aufgeführt, die nicht zum Begriffsinhalt rechnen.

Angaben zum Berechnungs-, Bewertungs- oder Aufbereitungsverfahren sind aufgenommen, sofern sich daraus begriffliche und/oder zahlenmäßige Besonderheiten ergeben oder diese Angaben zur Interpretation des Begriffs zweckmäßig sind.

"Änderungen im Zeitablauf"

Die Begriffsabgrenzungen unterliegen im Zeitablauf vielfach Änderungen, was dazu führt, daß Zeitreihen oft nicht über längere Zeiträume ohne weiteres vergleichbar sind. Die Angabe solcher Änderungen des Begriffsinhalts in der Rubrik "Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f" soll eine Hilfe sein, die in der Datenbasis des STATIS-BUND gespeicherten Zeitreihen vergleichbar zu machen oder die quantitativen Auswirkungen dieser Änderungen abzuschätzen. Änderungen des Begriffsinhalts im Zeitablauf sind immer nur für denjenigen Zeitraum angegeben, für den zu einer bestimmten Position Daten im STATIS-BUND nachgewiesen werden. Änderungen sind nicht angegeben, wenn durch Umrechnung derartige Unterschiede ausgeschaltet oder geglättet wurden.

Soweit Angaben zur zahlenmäßigen Auswirkung von Änderungen zu finden waren, sind diese übernommen worden; eigene Berechnungen zu diesem Zweck wurden nicht angestellt.

"Begriffs-
beziehungen"

Im Beschreibungsteil "B e g r i f f s b e z i e -
h u n g e n" wird auf Unterschiede zwischen gleich-
artigen Begriffen eingegangen, zu denen Daten im STATIS-
BUND gespeichert sind. Als gleichartig in diesem Sinne
gelten Begriffe, die gleiche oder sehr ähnliche Tatbe-
stände beschreiben und die statistische Ergebnisse re-
präsentieren, von denen anzunehmen ist, daß sie in mög-
lichen Fragestellungen von Benutzern sinnvoll kombiniert
oder verglichen werden können.

Im Abschnitt "Begriffsbeziehungen" werden in den Defini-
tionen bei den Begriffen, zu denen Beziehungen hergestellt
werden, in Klammerzusätzen auch die Statistiken genannt,
in denen diese Begriffe vorkommen. Schon durch die Angabe
der Statistiken erhält der Benutzer Hinweise, inwieweit
diese Begriffe miteinander kombiniert und verglichen
werden können.

Nicht übernommene
Angaben aus ande-
ren Katalogen

Wie bereits ausgeführt, wurden Angaben, die in anderen
Katalogen gespeichert sind und für die gesamte Erhebung
der Daten in einer Statistik oder für die gesamte Dar-
stellung der Daten in einem Segment zutreffen, gewöhn-
lich nicht noch einmal in die Definitionen aufgenommen.
Z.B. werden im Teil "Änderungen im Zeitablauf" in diesen
Fällen keine Hinweise auf Änderungen des regionalen Dar-
stellungsbereichs, im Teil "Begriffsbeziehungen" keine
Hinweise auf unterschiedliche Abschneidegrenzen, fach-
liche Erhebungsbereiche usw. gegeben.

Angabe der
Statistikbe-
zeichnung, De-
finitionsauf-
bau bei Begrif-
fen, die in
mehreren Sta-
tistiken vor-
kommen

Neben den Definitionstexten ist auf der linken Seite des
Formblattes ausgerückt, auf gleicher Höhe wie der Be-
ginn des Abschnitts "Begriffsinhalt", die Bezeichnung
der Statistik angegeben, in welcher der definierte Be-
griff im STATIS-BUND vorkommt. In den Fällen, in denen
zu einem gleichlautenden Begriff in mehreren Statistiken
Zahlen nachgewiesen werden, kann die Definition dieses

Begriffs, je nach dem Grad der Übereinstimmung der Begriffsabgrenzung in diesen Statistiken, verschieden gestaltet sein:

1. Der Begriff ist in allen Statistiken gleich abgegrenzt:

Es existiert nur ein Definitionstext, der für alle Statistiken gilt. Die einzelnen Statistiken, in denen der Begriff vorkommt, sind am linken Rand untereinander aufgeführt. Geringfügige Bedeutungsunterschiede werden ggf. im Text mit dem Hinweis auf die entsprechende Statistik erläutert.

2. Der Begriff ist in den einzelnen Statistiken völlig unterschiedlich abgegrenzt:

Es existieren mehrere hintereinanderstehende, selbständige Definitionstexte. Neben den einzelnen Definitionstexten werden jeweils auf der gleichen Höhe wie die Begriffsinhalte die Statistiken genannt, in denen der Begriff vorkommt.

3. Der Begriff ist in den einzelnen Statistiken weitgehend unterschiedlich abgegrenzt:

Ein allgemeiner Definitionstext, der für alle erwähnten Statistiken zutrifft, ist vorangestellt. Nähere Erläuterungen, die sich auf die je nach Statistik unterschiedliche Abgrenzung des Begriffs beziehen, finden sich in den darauffolgenden, nach den Statistiken gegliederten Definitionstexten. Die Abgrenzung eines Begriffs in einer bestimmten Statistik ergibt sich in diesen Fällen somit aus der Zusammenfassung des vorangestellten, allgemein gefaßten Teils und der besonderen Erläuterungen in dem nach der jeweiligen Statistik benannten Abschnitt.

Angabe des
Gültigkeits-
zeitraums

Weiterhin ist am linken Rand ausgerückt unter den Statistikbezeichnungen ein sog. Gültigkeitszeitraum angeführt. Er gibt nicht die Laufzeit der Statistik und auch nicht den Erhebungs- oder Berichtsstichtag bzw. -zeitraum an, sondern ausschließlich die Perioden, für die in Form von Zeitreihen im STATIS-BUND zu dem definierten Begriff in

der angegebenen Statistik Daten gespeichert sind. Es wurde hierfür eine sechsstellige Angabe gewählt, wobei Anfangszeitpunkt (Endzeitpunkt) der erste (letzte) Kalendertag derjenigen Periode (Jahr, Monat usw.) ist, für die im STATIS-BUND erstmals (letztmals) Zahlen nachgewiesen werden. Ist nur ein Datum angegeben, so handelt es sich um den Anfangszeitpunkt einer Zeitreihe, die noch nicht abgeschlossen ist, sondern um aktuelle Ergebnisse laufend ergänzt wird. Bei einmaligen Erhebungen, Zählungen usw. wurde auf die Angabe eines Gültigkeitszeitraums verzichtet.

Kursivschreibweise: Hinweis auf andere definierte Begriffe

In vielen Fällen kann oder muß bei der Definition eines Begriffs auf andere Begriffe, die ebenfalls im Rahmen des Definitionskatalogs definiert sind, Bezug genommen werden, eine Folge der starken Verknüpfung der Definitionen untereinander. Wird im Text einer Definition ein Begriff verwendet, der gleichfalls als selbständig definierter Begriff in der Sammlung der Definitionen vertreten ist, so ist dieser Begriff in bestimmten Fällen im Text kursiv geschrieben (jeweils nur einmal in jedem der drei Definitionsteile).

Diese Kennzeichnung soll darauf hinweisen, daß zu dem entsprechenden Begriff an anderer Stelle nähere Erläuterungen zu finden sind, die über das in der vorliegenden Definition Gesagte hinausgehen. Ist ein im Text verwendeter Begriff zwar an anderer Stelle definiert, steht er aber in keinerlei Beziehung zu dem erläuterten Zusammenhang, ist er nicht kursiv geschrieben. Ist die inhaltliche Abgrenzung eines an anderer Stelle definierten Begriffs dagegen für das Verständnis einer Definition tatsächlich notwendig, so ist dieser Begriff kurz erläutert.

Eigenständige Begriffsdefinitionen

Die Definitionen sind i.d.R. so aufgebaut, daß sie ohne weiteres Nachschlagen verständlich sind, zugleich aber dem an Einzelheiten interessierten Benutzer Hinweise auf weitere im Definitionskatalog enthaltene Informationen geben. Hierdurch entstehen zwar Redundanzen innerhalb des Definitionskatalogs, die aber um einer

höheren Benutzerfreundlichkeit willen bewußt in Kauf genommen wurden.

Zum Stand des Definitionskatalogs

Ein einheitlicher, für den gesamten Definitionskatalog gültiger Stand kann aus verschiedenen Gründen nicht angegeben werden:

Angabe des Standes in den einzelnen Definitionen

1. Bei dem Stand, der jeweils in der linken oberen Ecke des Formblattes angezeigt wird, handelt es sich um denjenigen Zeitpunkt, zu dem die inhaltliche Abstimmung oder die letzte Überarbeitung des Definitionstextes erfolgte. Spätere formale Änderungen der Beschreibungselemente (der Begriffs- oder Statistikbezeichnung, der Gliederungs- und Bezeichnungsnummern, des Gültigkeitszeitraums), die durch entsprechende Änderungen des DAT1B notwendig wurden, sind - soweit möglich - eingearbeitet worden, ohne daß hierbei der in den Definitionen angegebene Stand verändert wurde.

Stand des DFK im Verhältnis zum Stand des DAT1B

2. Zwischen dem Definitionskatalog und der derzeit gültigen Fassung des DAT1B können Diskrepanzen bestehen. Diese rühren meist daher, daß der Definitionskatalog nur mit zeitlichen Verzögerungen an die aktuelle Fassung des DAT1B angepaßt werden kann. So sind für neu aufgenommene Segmente häufig noch keine Definitionen erstellt, oder es sind Definitionsentwürfe noch nicht endgültig mit den fachlich zuständigen Stellen abgestimmt. Sind Segmente stark verändert oder gar gelöscht worden, wurden auch die zugehörigen Definitionen nicht in diese Ausgabe aufgenommen.

Zusammenhang zwischen veröffentlichten und noch aufzunehmenden Definitionen

3. Nicht endgültig mit den fachlich zuständigen Stellen abgestimmte Definitionen sind nicht im Definitionskatalog enthalten, so daß an einigen Stellen Begriffsbeziehungen oder sonstige Verweise (kursiv gedruckte Begriffe) "ins Leere gehen". Diese Lücken werden mit der Weiterführung des Katalogs kontinuierlich geschlossen.

4. Mit dem Übergang zur maschinellen Führung und der Vorbereitung der geplanten Neuauflage des Definitionskatalogs werden auch eventuell erforderliche redaktionelle Änderungen der Formblätter vorgenommen.

Wie schon in der Vorbemerkung erwähnt, ist der hier vorgelegte Definitionskatalog nicht abgeschlossen. Der laufende Ausbau des STATIS-BUND erfordert ständige Erweiterungen dieses Katalogs. Darüber hinaus müssen aber auch bereits vorliegende Definitionen dem aktuellen Stand angepaßt und geändert bzw. ergänzt werden.

Register

A 1 = Haushalte, die nur aus Ehepaaren ohne Kinder bestehen
s. Haushaltstypen

A 2 = Haushalte, die aus einer Elterngeneration und ledigen Kindern
oder Enkeln bestehen
s. Haushaltstypen

A 3 = Haushalte, die aus einer Elterngeneration und verheirateten
Kindern (ohne Enkel) sowie evtl. unverheirateten Kindern
ohne Enkel bestehen
s. Haushaltstypen

A 4 = Haushalte, die aus der Großeltern-, Eltern-, Kinder- und evtl.
Enkelgeneration bestehen
s. Haushaltstypen

Abgang an Grundkapital zwischen 1.1. und 31.12.

Abgang an Stammkapital zwischen 1.1. und 31.12.

Abgang zwischen 1.1. und 31.12.

s. Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien - Bestand am
31.12./Zugang zwischen 1.1. und 31.12./Abgang zwischen 1.1. und 31.12.
bzw.

s. Gesellschaften mit beschränkter Haftung - Bestand am 31.12./Zugang
zwischen 1.1. und 31.12./Abgang zwischen 1.1. und 31.12.

Abgewickelte (einschl. mangels Masse eingestellter) Konkursverfahren

Abgewickelte Erlaßvergleiche

Abitur

Abiturienten und Schüler der 12. Klassenstufe (Schuljahrgang)

Abzüge aufgrund von Schachtelbeteiligungen

Ackerland

Afrika (Entwicklungsländer in)
s. Entwicklungsländer

AK-Einheiten

Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien
- Bestand am 31.12./Zugang zwischen 1.1. und 31.12./Abgang zwischen
1.1. und 31.12.

Akutkrankenhäuser

Alle privaten Haushalte
s. Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

Allgemeinbildende Schulen

Amerika (Entwicklungsländer in)
s. Entwicklungsländer

Amtsberechtigte Fernsprechnebenanschlüsse

Anbaufläche

Andere christliche Kirchen oder Gemeinschaften
s. Religionszugehörigkeit

Andere europäische industrialisierte Länder

Andere europäische Länder

Andere natürliche Personen
s. Pachtfläche, deren Verpächter natürliche Personen/juristische
Personen sind

Andere Personen

Andere Schiffe

Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter

Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter ohne Blumen, Kohle und Heizöl

Anderweitig erwerbstätig

Anfangsbestände
s. Vorräte

Angehörige
s. Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige
s. Nichterwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige

Angehörige (Eltern usw.)
s. Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige
(Eltern usw.)

Angestellte(r)

Angestellte, Beamte, kaufmännisch und technisch Auszubildende

Angestellte einschl. kaufmännisch Auszubildende

Anlageinvestitionen

Anlageinvestitionen (Bruttozugänge an Sachanlagen)
s. Anlageinvestitionen

Anlagevermögen

Anstalten

Anstaltsbevölkerung

Anstaltsbevölkerung in Altenwohn-, Altenpflege- und Altenheimen

Anstaltsgebäude

Anteil der Erwerbstätigen am Arbeitsort an den Erwerbstätigen am Wohnort

Anteil des Auftragseingangs am Umsatz

Apotheken (Voll- und Zweigapotheken)

Apotheker in Voll- und Zweigapotheken

Arbeiter

Arbeiter einschl. gewerblich Auszubildende

Arbeitnehmer

Arbeitslosengeld, -hilfe

s. Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers durch Arbeitslosengeld, -hilfe

s. Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld, -hilfe

Arbeitsstätten

Arbeitsstätten mit Löhnen und Gehältern

Arbeitstage

Ärzte in freier Praxis

Ärzte mit hauptamtlicher Krankenhaustätigkeit

Ärzte ohne Facharztstätigkeit

Asien (Entwicklungsländer bzw. Ostblockländer in)

s. Entwicklungsländer

s. Ostblockländer

Aufgenommene Fremdmittel

Aufträge der Gemeinden und Gemeindeverbände

Aufträge der Länder

Aufträge des Bundes

Auftragsvergaben der öffentlichen Hand

s. Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand

Ausbildungsauspendler

Ausbildungseinpender

Ausfuhr von Investitionsgütern (ohne Bauinvestitionsgüter)

Ausfuhr von Verbrauchsgütern (ohne Nahrungs- und Genußmittel)

Ausfuhrwerte

s. Warenausfuhr

Ausgaben für den privaten Verbrauch

Ausgewählte Länder

Ausgleichsforderungen und sonstige Altverbindlichkeiten

Ausland

Ausländer

Ausländische Tiere
s. Geschlachtete Tiere

Auslandsschulden

Aus letzter Ehe
s. Kinder aus letzter Ehe

Außereuropäische Länder

Austauschverhältnis (Terms of Trade)

Auszubildende

B 1 = Haushalte der Typen A 1 bis A 4, in denen außerdem noch andere verwandte oder verschwägte Personen leben
s. Haushaltstypen

B 2 = Haushalte, in denen nur nicht in gerader Linie miteinander verwandte und (oder) verschwägte Personen leben
s. Haushaltstypen

Bahneigene Wagen

Bahnhöfe (mit stationärem Personal besetzt)

Bahnübergänge

Baudarlehen

Baufertigstellungen im Hochbau

Baugeräte, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Baugewerblicher Umsatz

Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer)
s. Baugewerblicher Umsatz

Bauhauptgewerbe

Bauten für Bundesbahn und Bundespost

Bauten für Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie sonstige öffentliche Auftraggeber

Bauüberhang im Hochbau

Bauvorrat an Wohnungen

Beamte(r)

Beamte, Angestellte

Beantragte Konkursverfahren (einschl. Anschlußkonkurse)

Beförderte Güter

Beförderte Güter (einschl. Stückgutverkehr)

Beförderte Güter (ohne Stückgutverkehr)

Beförderte Personen

Behälterbestände (Eigentumsbestand)

Beherbergungsgewerbe

Bereits unter Dach
s. Bauüberhang im Hochbau

Bergbauliche Erzeugnisse

Berufsauspendler

Berufsbildende Schulen

Berufseinpendler

Berufsfach-/Fachschulen

\ Berufsfach-, Fach- und Ingenieurschulen

s. Berufsfach-/Fachschulen

s. Ingenieurschulen

Beschäftigte, die in der Luftfahrt tätig sind

Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge und -anhänger

Besonders ernte-, saison- und witterungsabhängige Nahrungsmittel

Bestand am 31.12.

s. Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien - Bestand
am 31.12./Zugang zwischen 1.1. und 31.12./Abgang zwischen 1.1. und
31.12.

bzw.

s. Gesellschaften mit beschränkter Haftung - Bestand am 31.12./Zugang
zwischen 1.1. und 31.12./Abgang zwischen 1.1. und 31.12.

Betriebe

Betrieblicher Arbeitsaufwand der Familienarbeitskräfte und der ständigen
familienfremden Arbeitskräfte in den Betrieben

Betriebsfläche

Betriebsgrundstücke

Betriebsinhaber und ihre auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen

Betriebskapital

Betriebsvermögen

Betten

Bevölkerung am Familienwohnsitz

Bevölkerung am Familienwohnsitz in Ausbildung

Bevölkerung am Familienwohnsitz noch nicht bzw. nicht mehr in Ausbildung

Bevölkerung in Privathaushalten

Bevölkerung in Privathaushalten mit Telefon

Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten

Bevölkerungsstand

Bevölkerungsstand (31. Dezember)

s. Bevölkerungsstand

Bevölkerungsstand (im Jahresdurchschnitt)

Bevölkerungsveränderung 1961/1970

Bezüge des Bundesgebietes

Bier

Biersteuer

Branntweinabgaben

Branntwein zu Trinkzwecken

Bruttogehaltsumme

Bruttolohnsumme

Bruttolohn- und -gehaltsumme

Bundesautobahnen

Bundessteuern

Bundesstraßen

Bundeswasserstraßen

Bürogebäude

Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen

C 1 = Haushalte der Typen A 1 bis A 4 und B 1, in denen noch familienfremde Personen, z.B. Hausgehilfinnen, leben
s. Haushaltstypen

C 2 = Haushalte des Typs B 2, in denen noch familienfremde Personen leben
s. Haushaltstypen

Chemische Verbrauchsgüter

D = Haushalte, die nur aus Personen bestehen, die weder miteinander verwandt noch verschwägert sind, z.B. wenn zwei pensionierte Lehrerinnen, die nicht miteinander verwandt sind, einen Haushalt führen
s. Haushaltstypen

Dampflokomotiven

Darlehen an Kreditinstitute

Darlehen an Nichtbanken

Darlehensbestand

Dauergrünland

Dauerkulturen

Dem Bund verbleibende Steuern

Den Ländern verbleibende Steuern

Deutsche

Deutsche Bundesbahn

Dienstgüterwagen

Dienstgutverkehr

Dienstleistungen und Reparaturen

Diesellokomotiven

Dieseltriebwagen

Die sich selbst ernähren (Ernährer)
s. Ernährer, die sich selbst ernähren

Die sich und andere ernähren (Ernährer)
s. Ernährer, die sich und andere ernähren

Düngemittellieferungen für den Verbrauch in der Landwirtschaft

Durchgangsverkehr

Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden (Arbeiter)

Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden (Arbeiter) nach Leistungsgruppen

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten
s. Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen und technischen Angestellten (ab 1973 einschl. Meister)
s. Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der technischen Angestellten
(ab 1973 einschl. Meister)

s. Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste

Durchschnittliche Bruttowochenverdienste

Durchschnittliche Haushaltsgröße

Durchschnittliche Mehrarbeitsstunden (Arbeiter)

Durchschnittliche Mehrarbeitsstunden (Arbeiter) nach Leistungsgruppen

EG-Anteil an Umsatzsteuer

EG-Anteil an Zöllen

EG-Länder

Ehepaare mit in der Familie lebenden ledigen Kindern (evtl. zusätzlich mit ledigen Enkeln, sofern die Eltern dieser Enkel nicht in der Familie leben)
s. Familientypen

Ehepaare ohne in der Familie lebende ledige Kinder
s. Familientypen

Ehepaare ohne ledige Kinder, aber mit ledigen Enkeln
s. Familientypen

Ehescheidungen

Eheschließungen

Eigenerzeugung von Strom

Eigenfläche der Betriebe

Einfache Lebenshaltung eines Kindes
s. Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes

Einfuhrumsatzsteuer

Einfuhr von Investitionsgütern (ohne Bauinvestitionsgüter)

Einfuhr von Verbrauchsgütern (ohne Nahrungs- und Genußmittel)

Einfuhrwerte
s. Wareneinfuhr

Einheitswert (Betriebsvermögen)

Einkommen

Einkommensteuerpflichtige

Einkommensteuerschuld

Einkommen- und Körperschaftsteuer

Einkommen- und Vermögensteuern

Einkünfte aus Gewerbebetrieb

Einkünfte aus Kapitalvermögen

Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft

Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit

Einkünfte aus selbständiger Arbeit

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

Einlagen und aufgenommene Gelder

Einpersonenhaushalte

Einzahlungen

Einziges Niederlassung

Elektrifiziert

s. Streckenlängen (Eigentumslänge am Jahresende)

Elektrischer Strom, Gas, Wasser

Elektrizität

s. Erzeugung (von Elektrizität)

Elektrizitätsversorgungsunternehmen/Fachliche Unternehmensteile

Elektrotechnische Investitionsgüter

Elektrotechnische Verbrauchsgüter

E-Lokomotiven

Empfang aus der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)

Empfang aus Gebieten außerhalb des Bundesgebietes

Empfang im grenzüberschreitenden Verkehr

Endbestände

s. Vorräte

Enderzeugnisse

Enderzeugnisse (ohne Güter der Bundesregierung)

Energiewirtschaft, Montanindustrie

Entwicklungsländer

Ergänzungsabgabe

Ernährer

s. Ernährer, die sich selbst ernähren

s. Ernährer, die sich und andere ernähren

Ernährer, die sich selbst ernähren

Ernährer, die sich und andere ernähren

Ernährte

Ernährte je Ernährer, die sich und andere ernähren

Ernährungswirtschaft

Erntemenge

Eröffnete Konkursverfahren

Eröffnete Vergleichsverfahren

Erteilte Baugenehmigungen für Fertigteilbauten

Erteilte Baugenehmigungen für sonstige Baumaßnahmen

Erteilte Baugenehmigungen (nur Errichtung neuer Gebäude)

Erwerbslose

Erwerbspersonen

Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige

Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld, -hilfe

Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit

Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und dgl.

Erwerbstätige

Erwerbstätige am Arbeitsort

Erwerbstätige am Wohnort

Erwerbstätige mit weiterer Tätigkeit außerhalb der Landwirtschaft

Erwerbstätige mit weiterer Tätigkeit in der Landwirtschaft

Erwerbstätigkeit

- s. Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit
- s. Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers durch Erwerbstätigkeit
- s. Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit

Erzeugerpreise

- s. Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte

Erzeugerpreise industrieller Produkte

- s. Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

Erzeugnisse der Ernährungsindustrie, Tabakwaren

Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien

Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien

Erzeugnisse der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei

Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittelindustrien

Erzeugnisse der Verarbeitenden Industrie

Erzeugnisse der Verbrauchsgüterindustrien

Erzeugung (von Elektrizität)

Erzeugung (von Gas)

E-Triebwagen

Europa (Ostblockländer in)
s. Ostblockländer

Evangelisch
s. Religionszugehörigkeit

Evangelische Freikirchen
s. Religionszugehörigkeit

Evangelische Landeskirche, einschl. sonstiger evangelischer Kirchen
s. Religionszugehörigkeit

Expressgutverkehr

- F 1 = Ehepaare ohne in der Familie lebende ledige Kinder
s. Familientypen
- F 2 = Ehepaare mit in der Familie lebenden ledigen Kindern (evtl. zusätzlich mit ledigen Enkeln, sofern die Eltern dieser Enkel nicht in der Familie leben)
s. Familientypen
- F 3 = Ehepaare ohne ledige Kinder, aber mit ledigen Enkeln
s. Familientypen
- F 4 = Verwitwete oder geschiedene Personen ohne ledige Kinder bzw. ledige Enkel
s. Familientypen
- F 5 = Verwitwete oder geschiedene Personen mit in der Familie lebenden ledigen Kindern und/oder ledigen Enkeln, sofern die Eltern oder ein Elternteil dieser Enkel nicht in der Familie leben
s. Familientypen
- F 6 = Ledige Personen mit ledigen Kindern bzw. ledigen Enkeln, sofern die Eltern oder ein Elternteil dieser Enkel nicht in der Familie leben
s. Familientypen
- F 7 = Verheiratete Personen, die keine Angaben über ihren Ehepartner gemacht haben ohne in der Familie lebende ledige Kinder
s. Familientypen
- F 8 = Verheiratete Personen, die keine Angaben über ihren Ehepartner gemacht haben, mit in der Familie lebenden ledigen Kindern und/oder ledigen Enkeln, sofern die Eltern oder ein Elternteil dieser Enkel nicht in der Familie leben
s. Familientypen

Facharbeiter

Fachärzte

Fachwerker und Werker

Fähr-, Förde- und Bäderschiffe

Fahrgastschiffe

Fahrzeugbestand

Fahrzeugbestand am 1. Juli
s. Fahrzeugbestand

Familien

Familienangehörige des Betriebsinhabers
s. Pachtfläche, deren Verpächter natürliche Personen/juristische Personen sind

Familienarbeitskräfte, im Betrieb einschl. Haushalt des Betriebsinhabers beschäftigt

Familienarbeitskräfte (im Erhebungsmonat)

Familienarbeitskräfte, mit betrieblichen Arbeiten (ohne Haushalt des Betriebsinhabers) beschäftigt

Familienarbeitskräfte und ständige familienfremde Arbeitskräfte (im Jahresdurchschnitt)

Familienstand

Familiientypen

Familienvorstand

Fangergebnis

Feinschnitttabak (einschl. Kau-Feinschnitt)

Fernsehgenehmigungen

Fernsprechhauptanschlüsse

Fertige und unfertige Erzeugnisse aus eigener Produktion

Fertiggestellte Wohnungen

Fertigwaren

Fertigwaren (ohne Güter der Bundesregierung)

Filialunternehmen

Finanzanlagen

Fortzüge

Frachteinnahmen des deutschen gewerblichen Güterfernverkehrs

Frankreich
s. Ausgewählte Länder

Frauen in erster Ehe (beide Ehepartner)

Frauen mit lebendgeborenen ehelichen Kindern

Freie gemeinnützige Träger
s. Krankenhäuser

Fremdenübernachtungen

Frischfisch

Frischmilchverbrauch im Haushalt des Kuhhalters
s. Milchverwendungsarten

Führer und Mitfahrer von Fahrzeugen

Fundierte Schulden

Fußgänger

Gas

s. Erzeugung (von Gas)

Gasabgabe an Letztverbraucher

Gastgewerbeleistungen

Gaststättengewerbe

Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

Gasversorgungsunternehmen/Fachliche Unternehmensteile

Gebäude

Gebäude- und Hoffläche

Gebietskörperschaften, Sozialversicherung

Gehaltene Tiere

Gehaltsumme

Gelegenheitsverkehr

Geleistete Arbeiterstunden

Geleistete Arbeitsstunden

Geleistete Arbeitsstunden (im Berichtsmonat)

Geleistete Effektiv-Tonnenkilometer

Geleistete Personenkilometer

Geleistete Personenkilometer innerhalb des Bundesgebietes

Geleistete Personenkilometer über dem Gebiet der Bundesrepublik
Deutschland

Geleistete Tonnenkilometer (Effektiv-Tonnenkilometer)
innerhalb des Bundesgebietes

Geleistete Tonnenkilometer (Tarif-TKM)

Geleistete Tonnenkilometer (Tarif-TKM) (einschl. Stück- und Dienstgut)

Geleistete Tonnenkilometer (Tarif-TKM) innerhalb des Bundesgebietes

Geleistete Tonnenkilometer über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland

Gemeindeanteil an Lohn- und Einkommensteuer

Gemeinden

Gemeindesteuern

Gemeindeverbände

Gemeinschaftsbahnhöfe (DB und NE)

Gemeinschaftslose, ohne Angaben
s. Religionszugehörigkeit

Gemeinschaftsteuern

Genehmigte Wohnungen

Generalhandel

Genußmittel

Gesamtbetrag der Einkünfte

Gesamter Rohzugang an Wohnungen

Gesamtfläche der Betriebe

Gesamtindex
s. Index der Aktienkurse

Gesamtleistung

Gesamtproduktion
s. Produktionsmenge

Gesamtschlachtmenge

Gesamtumsatz

Gesamtvermögen

Geschieden
s. Familienstand

Geschlachtete Tiere

Gesellschaften mit beschränkter Haftung -
Bestand am 31.12./Zugang zwischen 1.1. und 31.12./Abgang zwischen 1.1.
und 31.12.

Gestorbene

Gestorbene im 1. Lebensjahr

Gestorbene in den ersten 7 Lebenstagen

Getötete Personen

Gewerbsteuer (Ertrag und Kapital)

Gewerbsteuerumlage

Gewerblich Auszubildende

Gewerbliche Betriebsgebäude

Gewerbliche Grundstücke (Hypothekarkredite auf)
s. Hypothekarkredite

Gewerblicher und industrieller Bau

Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen sowie landwirtschaftlicher Bau

Gewerbliche Schlachtungen

Gewerbliche Wirtschaft

Gewerbliche Wirtschaft (ohne Güter der Bundesregierung)

Gewerblicher Fernverkehr

Großbritannien/Nordirland
s. Ausgewählte Länder

Großcontainer

Große Heringsfischerei

Große Hochseefischerei

Großhandel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren

Großhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln

Großhandel mit sonstigen Fertigwaren

Großhandel mit sonstigen Rohstoffen und Halbwaren

Großhandel mit Textilien, Schuhen

Grundkapital am 31.12.

Grundsteuer A

Grundsteuer B

Grundstücke mit Bauten

Grundstücke ohne Bauten

Grundvermögen

Güter der Ernährungswirtschaft

Güter der gewerblichen Wirtschaft

Güterschiffe

Güterschiffe (einschl. Schubleichter)
s. Güterschiffe

Güterwagen (Eigentumsbestand)

Gymnasien

Halbwaren

Halbwaren und Vorerzeugnisse

Haltepunkte, Haltestellen

Halter von Tieren

Handelsschiffe

Handelsware

Handel und Verkehr

Handwerkerleistungen (ohne Bauhandwerker)

Hauptbahnen

Hauptniederlassung

Haushalte der Typen A 1 bis A 4, in denen außerdem noch andere verwandte oder verschwägerte Personen leben
s. Haushaltstypen

Haushalte der Typen A 1 bis A 4 und B 1, in denen noch familienfremde Personen, z.B. Hausgehilfinnen, leben
s. Haushaltstypen

Haushalte des Typs B 2, in denen noch familienfremde Personen leben
s. Haushaltstypen

Haushalte, die aus der Großeltern-, Eltern-, Kinder- und evtl. Enkelgeneration bestehen
s. Haushaltstypen

Haushalte, die aus einer Elterngeneration und ledigen Kindern oder Enkeln bestehen
s. Haushaltstypen

Haushalte, die aus einer Elterngeneration und verheirateten Kindern (ohne Enkel) sowie evtl. unverheirateten Kindern ohne Enkel bestehen
s. Haushaltstypen

Haushalte, die nur aus Ehepaaren ohne Kinder bestehen
s. Haushaltstypen

Haushalte, die nur aus Personen bestehen, die weder miteinander verwandt noch verschwägert sind, z.B. wenn zwei pensionierte Lehrerinnen, die nicht miteinander verwandt sind, einen Haushalt führen
s. Haushaltstypen

Haushalte, in denen nur nicht in gerader Linie miteinander verwandte und/oder verschwägerte Personen leben
s. Haushaltstypen

Haushaltsbruttoeinkommen

Haushaltstypen

Haushaltsvorstände

Hausschlachtungen

Hebammen

Herstellungsländer

Herstellung von Maschinen für das Produktionsgütergewerbe

Herstellung von Maschinen für das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe

Herstellung von Maschinen für die Bauwirtschaft

Herstellung von Maschinen für die Landwirtschaft

Herstellung von nachrichten- und informationstechnischen Erzeugnissen

Herstellung von starkstromtechnischen Erzeugnissen

Hochbau

Hochschulen

Höchster Schulabschluß

s. Wohnbevölkerung mit höchstem Schulabschluß

Hörfunkgenehmigungen

Hühner

Hypothekarkredite

Hypothekenpfandbriefe

Im Betrieb einschl. Haushalt des Betriebsinhabers beschäftigt
s. Familienarbeitskräfte im Betrieb einschl. Haushalt des Betriebsinhabers beschäftigt

Im ersten Lebensjahr (Gestorbene)
s. Gestorbene im ersten Lebensjahr

Im Krankenhaus tätige Krankenpflegepersonen

In Altenwohn-, Altenpflege- und Altenheimen
s. Anstaltsbevölkerung in Altenwohn-, Altenpflege- und Altenheimen

In den ersten 7 Lebenstagen (Gestorbene)
s. Gestorbene in den ersten 7 Lebenstagen

Index der Aktienkurse

Index der Arbeitsproduktivität

Index der Ausfuhrpreise

Index der Bruttonproduktion

Index der durchschnittlich bezahlten Wochenstunden (Arbeiter)

Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen und technischen Angestellten

Index der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste (Arbeiter)

Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste (Arbeiter)

Index der Durchschnittswerte

Index der Einfuhrpreise

Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte

Index der industriellen Bruttonproduktion

Index der industriellen Nettoproduktion

Index der Nettoproduktion

Index der tatsächlichen Werte

Index der Verbraucherpreise (Einzelhandelsverkaufspreise)

Index des Auftragsbestandes

Index des Auftragsbestandes (Wertindex)
s. Index des Auftragsbestandes

Index des Auftragseingangs

Index des Auftragseingangs (Volumenindex)
s. Index des Auftragseingangs

Index des Auftragseingangs (Wertindex)
s. Index des Auftragseingangs

Index des Umsatzes

Index des Umsatzes (Volumenindex)
s. Index des Umsatzes

Index des Umsatzes (Wertindex)
s. Index des Umsatzes

Index des Volumens

Industrialisierte westliche Länder

Industriefisch

Industrielle Erzeugnisse

Industrie (ohne Montanindustrie)

In erster Ehe (beide Ehepartner)
s. Frauen in erster Ehe (beide Ehepartner)

Ingenieurschulen

Inland

Inländer

Inländische Tiere
s. Geschlachtete Tiere

In Privathaushalten
s. Bevölkerung in Privathaushalten

Insolvenzen (ohne Anschlußkonkurse)

Investitionsgüter

Irland
s. Ausgewählte Länder

Italien
s. Ausgewählte Länder

Jahresbauleistung

Jahresbauleistung, sonstiger Umsatz

Jüdische Religionsgemeinschaft(en)
s. Religionszugehörigkeit

Juristische Personen
s. Pachtfläche, deren Verpächter natürliche Personen/juristische
Personen sind

Kälber

Kalendermonatlich

s. Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe

Kapitalertragsteuer

Kapitalgesellschaften

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Käufe der inländischen privaten Haushalte

Käufe der inländischen privaten Haushalte in jeweiligen/konstanten Preisen

Kaufmännische, technische und Verwaltungsauszubildende

Kaufmännische und technische Angestellte, einschl. Auszubildender

Kein Verkehrsmittel

s. Überwiegend benutztes Verkehrsmittel

Kinder

Kinder aus letzter Ehe

Kleincontainer

Kleine Hochsee- und Küstenfischerei

Kombinationskraftwagen

Kommunaldarlehen

Kommunalverbürgte Hypotheken auf Wohngrundstücke

Konfessionell gemischte Ehen

Konfessionell nicht gemischte Ehen

Konsumgenossenschaften

Körperschaftsteuer

Kraftfahrzeuganhänger

Kraftfahrzeugsteuer

Kraftomnibusse und Obusse

Kraftomnibusse und Personenkraftwagen

Krafträder

Krafträder, Fahrräder

Krafträder, Fahrräder und Bereifungen

Krafträder und Fahrräder

Krafträder und -roller

Krankenhäuser

Krankenpflegepersonen

Kredite von Sozialversicherungen

Kreditmarktmittel im engeren Sinn

Kreisstraßen

Kühlschiffe

Lagerbestände

Landessteuern

Landes- und Staatsstraßen

Land- und forstwirtschaftliches Vermögen

Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei

Landwirtschaftliche Betriebsgebäude

Landwirtschaftliche Grundstücke (Hypothekarkredite auf)
s. Hypothekarkredite

Landwirtschaftliche Maschinen

Landwirtschaftliche Maschinen (einschl. Ackerschlepper)

Landwirtschaftliche Maschinen und Ackerschlepper

Landwirtschaftliche Nutzfläche

Landwirtschaftliche Produkte

Landwirtschaftlicher Bau

Landwirtschaftlich genutzte Fläche

Länge der benutzten Wasserstraßen

Länge der Rohrfernleitungen

Lastenausgleichsabgaben

Lastkraftwagen

Lastkraftwagen und Zugmaschinen

Lebende Tiere

Lebendgeborene

Lebenshaltung aller privaten Haushalte
s. Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

Ledig
s. Familienstand

Ledige Personen mit ledigen Kindern bzw. ledigen Enkeln, sofern die
Eltern oder ein Elternteil dieser Enkel nicht in der Familie leben
s. Familientypen

Legehennen

Leistungsgruppen

Liefer-, Lastkraftwagen und sonstige Straßenfahrzeuge

Liefer- und Lastkraftwagen

Liefer- und Lastkraftwagen (einschl. Kombinationskraftwagen, Zugmaschinen und Anhänger)

Liefer- und Lastkraftwagen, Kommunalfahrzeuge

Lieferungen an Molkereien und Händler
s. Milchverwendungsarten

Lieferungen aus Berlin (West)
s. Lieferungen aus/nach Berlin (West)

Lieferungen aus/nach Berlin (West)

Lieferungen des Bundesgebietes

Lieferungen nach Berlin (West)
s. Lieferungen aus/nach Berlin (West)

Linienlänge

Linienverkehr

Löhne und Gehälter
s. Löhne und Gehälter je Beschäftigten
s. Löhne und Gehälter je Beschäftigtenstunde
s. Löhne und Gehälter je Produkteinheit
s. Löhne und Gehälter je Umsatzeinheit

Löhne und Gehälter für 1969

Löhne und Gehälter je Beschäftigten

Löhne und Gehälter je Beschäftigtenstunde

Löhne und Gehälter je Produkteinheit

Löhne und Gehälter je Produkteinheit (Grundstoff- und Produktionsgüter-
gewerbe)
s. Löhne und Gehälter je Produkteinheit

Löhne und Gehälter je Produkteinheit (Investitionsgüter produzierendes
Gewerbe)
s. Löhne und Gehälter je Produkteinheit

Löhne und Gehälter je Produkteinheit (Nahrungs- und Genußmittelgewerbe)
s. Löhne und Gehälter je Produkteinheit

Löhne und Gehälter je Produkteinheit (Verarbeitendes Gewerbe)
s. Löhne und Gehälter je Produkteinheit

Löhne und Gehälter je Produkteinheit (Verbrauchsgüter produzierendes
Gewerbe)
s. Löhne und Gehälter je Produkteinheit

Löhne und Gehälter je Umsatzeinheit

Lohnsteuer

Lohnsumme

Lohnsummensteuer

Luftfahrzeugbestand

Maschinenbauerzeugnisse

Maschinen für die Bauwirtschaft (einschl. Maschinen für die Baustoff-, Keramik- und Glasindustrie)

Maschinen für die Landwirtschaft (Landmaschinen, landwirtschaftliche Förder- und Transportmittel, milchwirtschaftliche Maschinen und Acker-schlepper)

Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie

Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie und verwandte Gebiete

Maschinen für die Produktionsgüterindustrien

Maschinen für die Verbrauchsgüterindustrien

Maschinen, maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Maschinen und ähnliche Anlagen

Maschinen und maschinelle Anlagen

Massengut- und Mehrzweckschiffe

Masthühner

Mastschweine

Mehrpersonenhaushalte

Meßzahlen

- s. Tätige Personen
- s. Teilzeitbeschäftigte
- s. Vollbeschäftigte

Meßzahlen des Umsatzes

Metallbearbeitungsmaschinen

Milchkühe

Milchverwendungsarten

Mineralölsteuer

Mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Familienarbeitskräfte,
14 Jahre und älter

- s. Familienarbeitskräfte mit betrieblichen Arbeiten (ohne Haushalt des Betriebsinhabers) beschäftigt

Mit betrieblichen Arbeiten (ohne Haushalt des Betriebsinhabers beschäftigt)
s. Familienarbeitskräfte mit betrieblichen Arbeiten (ohne Haushalt des Betriebsinhabers) beschäftigt

Mit Einkünften aus Gewerbebetrieb/Kapitalvermögen/Land- und Forstwirtschaft/
nichtselbständiger Arbeit/selbständiger Arbeit/Vermietung und Verpachtung
(Einkommensteuerpflichtige)

s. Einkünfte aus Gewerbebetrieb/Kapitalvermögen/Land- und Forstwirtschaft/
nichtselbständiger Arbeit/selbständiger Arbeit/Vermietung
und Verpachtung

s. Einkommensteuerpflichtige

Mit Hauptwohnsitz gemeldet

s. Wohnberechtigte Bevölkerung mit Hauptwohnsitz gemeldet

Mithelfende(r) Familienangehörige(r)

Mit höchstem Schulabschluß

s. Wohnbevölkerung mit höchstem Schulabschluß

Mit Schiffen fremder Flagge

s. Beförderte Güter

Mit sonstigen Einkünften (Einkommensteuerpflichtige)

s. Sonstige Einkünfte

s. Einkommensteuerpflichtige

Mit tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden

s. Tatsächlich geleistete Arbeitsstunden

Mit technischer Sicherung

s. Bahnübergänge

Mittelcontainer

Mit Telefon

s. Bevölkerung in Privathaushalten mit Telefon

Mittlere Reife

Mittlere Reife/Abitur

s. Mittlere Reife

s. Abitur

Mit überwiegendem Lebensunterhalt aus bzw. durch

s. Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch

s. Nichterwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch

Mit weiterer Wohnung oder Unterkunft

s. Wohnbevölkerung mit weiterer Wohnung oder Unterkunft

Möbel

Mopeds und Mofas

Nachrichten- und informationstechnische Investitionsgüter

Nachwuchskräfte

Nahrungsmittel

Nahrungsmittelmaschinen und Maschinen für verwandte Gebiete der
Nahrungsmittelherstellung

Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs

Nahrungsmittel tierischen Ursprungs

Natürliche Personen

s. Pachtfläche, deren Verpächter natürliche Personen/juristische
Personen sind

Nebenbahnen

Neuausleihungen

Neuzulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge und -anhänger

Nichtbundeseigene Eisenbahnen

Nicht deckungspflichtige Schuldverschreibungen

Nichteheliche

Nicht eingelöste Schecks (Rückschecks)

Nichterwerbspersonen

Nichterwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige

Nichterwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und
dgl.

Nichterwerbspersonen und ohne Angaben

Nicht familienangehörige ledige Personen

Nicht mehr genutzte landwirtschaftliche Fläche

Nichtständige familienfremde Arbeitskräfte (im Jahresdurchschnitt)

Nichtwohnbauten

Nichtwohngebäude

Nichtwohngebäude von öffentlichen Bauherren

Nie erwerbstätig (berufliche Stellung des Vaters)

Noch in weiterer Schulausbildung

s. Wohnbevölkerung noch in weiterer Schulausbildung

Noch nicht begonnen

s. Bauüberhang im Hochbau

Noch nicht unter Dach
s. Bauüberhang im Hochbau

Nutzfläche

Obusse

Öd- und Unland, unkultivierte Moore, Gewässer

Öffentliche Bauherren (einschl. Organisationen ohne Erwerbscharakter)

Öffentliche Fernsprechstellen

Öffentlicher Hochbau

Öffentlicher sonstiger Tiefbau

Öffentlicher Straßenbau |

Öffentlicher Tiefbau

Öffentlicher und Verkehrsbau

Öffentliche Träger
s. Krankenhäuser

Öffentlich geförderte Bauvorhaben

Ohne Angabe (berufliche Stellung des Vaters)

Ohne technische Sicherung
s. Bahnübergänge

Ohne weitere Wohnung oder Unterkunft
s. Wohnbevölkerung ohne weitere Wohnung oder Unterkunft

Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften,
Sozialversicherung

Ortsdurchfahrten

Ostblockländer

Österreich
s. Ausgewählte Länder

Ozeanien (Entwicklungsländer in)
s. Entwicklungsländer

|

|

|

|

Pachtfläche der Betriebe

Pachtfläche, deren Verpächter natürliche Personen/juristische Personen sind

Paletten

Parkanlagen, Sport-, Flug- und Übungsplätze

Pendler

Personen, die nicht zur Wohnbevölkerung gehören

Personen in Anstalten

Personenkraftwagen

Personenkraftwagen bis 999 cm³ Hubraum
s. Personenkraftwagen

Personenkraftwagen bis 1,5 Liter
s. Personenkraftwagen

Personenkraftwagen (bis 2 Liter) und Kombinationskraftwagen (bis 1,5 Liter)
s. Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen

Personenkraftwagen über 1,5 Liter
s. Personenkraftwagen

Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen

Personenkraftwagen von 1000 bis 1499 cm³ Hubraum
s. Personenkraftwagen

Personenkraftwagen von 1500 und mehr cm³ Hubraum
s. Personenkraftwagen

Personenkraftwagen (von mehr als 2 Liter) und Kombinationskraftwagen
(von mehr als 1,5 Liter)
s. Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen

Personenwagen

Pfeifentabak

Pferde

Pflanzliche Produkte

Pflege tage der stationär behandelten Kranken

Pharmazeutische und kosmetische Artikel, Wasch- und Putzmittel

Planmäßige Betten

Planmäßige Betten in Fachabteilungen von Akut- und Sonderkrankenhäusern

Postscheckguthaben

Postscheckgutschriften

Postschecklastschriften

Postsparkasseneinzahlungen

Postsparkassenguthaben

Postsparkassenrückzahlungen

Preise für Ausfuhrwaren

s. Index der Ausfuhrpreise

Preise für Einfuhrwaren

s. Index der Einfuhrpreise

Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes

Preisindex für die Lebenshaltung

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

Preisindex für die Lebenshaltung von 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern

Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes

Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen

Preisindizes (Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte)

s. Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte

Private Haushalte

Private Träger

s. Krankenhäuser

Privatgleisanschlüsse

Privathaushalte

Privathaushalte mit Telefon

Privatquartiere

Privatwagen

Produktionsergebnis je Arbeiter/je Arbeiterstunde/je Beschäftigten/je Beschäftigtenstunde

s. Index der Arbeitsproduktivität

Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe

Produktionsmenge

Rauminhalt

Rauminhalt der fertiggestellten Gebäude

Rauminhalt der genehmigten Hochbauvorhaben

Realschulen

Religionszugehörigkeit

Renten und dgl.

s. Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers durch Renten und dgl.

Rente, Pension usw.

s. Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente, Pension usw.

Rente, Pension usw., Angehörige (Eltern usw.)

s. Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente, Pension usw., Angehörige (Eltern usw.)

Rente und dgl.

s. Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und dgl.
s. Nichterwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und dgl.

Rindvieh

Rohertrag in v.H. des wirtschaftlichen Umsatzes

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

Rohstoffe

Rohstoffe und Halbwaren

Rohvermögen

Römisch-katholisch(e Kirche)

s. Religionszugehörigkeit

RO/RO-Schiffe einschl. Fährschiffe

Rückwaren/Ersatzlieferungen

Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte

Salzfisch

Salz zu Speisezwecken

Schafe

Schaumwein

Schienenfahrzeuge für die Personenbeförderung (Eigentumsbestand)

Schiffe (Hypothekarkredite auf)
s. Hypothekarkredite

Schiffsbestand

Schiffspfandbriefe

Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf usw.

Schlachtmenge von Geflügel inländischer Herkunft

Schlepper im Alleinbesitz

Schlepper im überbetrieblichen Einsatz

Schlepp- und Schubfahrzeuge

Schuhe, Textilien und Bekleidung

Schulden aus Kreditmarktmitteln

Schulden beim öffentlichen Bereich

Schuldenstand

Schulden und sonstige Abzüge

Schuldverschreibungen

Schüler und Studierende

Schüler und Studierende am Schulort

Schüler und Studierende am Wohnort

Schulgebäude

Schuten und Leichter

Schwebende Schulden

Schweine

Seefischereifahrzeuge

Selbständige(r)

Selbsterstellte Anlagen

Sonderkraftfahrzeuge

Sonderkrankenhäuser

Sonderkrankenhäuser als Kurkrankenhäuser

Sonderkrankenhäuser für Psychiatrie und Neurologie

Sonstige Ärzte

Sonstige Ausgaben

Sonstige Baumaßnahmen

Sonstige Darlehen einschl. Landeskulturdarlehen

Sonstige Ehen

Sonstige Einkünfte

Sonstige Einnahmen

Sonstige elektrotechnische Verbrauchsgüter

Sonstige Fahrzeuge

Sonstige Grundstücke (Hypothekarkredite auf)
s. Hypothekarkredite

Sonstige im Index erfaßte Investitionsgüter

Sonstige im Index erfaßte Verbrauchsgüter

Sonstige Maschinenbauerzeugnisse

Sonstige Maschinen und maschinelle Anlagen

Sonstige Nahrungsmittel

Sonstige Nichterwerbstätige

Sonstige Nichtwohngebäude

Sonstige Religionsgemeinschaften
s. Religionszugehörigkeit

Sonstige (Religionszugehörigkeit)
s. Religionszugehörigkeit

Sonstiger Hochbau

Sonstiger Tiefbau

Sonstige Sachanlagen

Sonstige Schuldverschreibungen

Sonstiges Vermögen

Sonstige Tiefbauten

Sonstige Verwendung
s. Milchverwendungsarten

Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)

Spareinlagenbestand (einschl. verrechneter Bausparprämien)

Spargeldeinzahlungen

Spezialhandel

Stadtschnellbahnen

Stahlbauerzeugnisse

Stahlbauten

Stammkapital am 31.12.

Starkstromtechnische Investitionsgüter

Stationär behandelte Kranke

Steuerbarer Umsatz

Steuerpflichtiges Vermögen

Straßen

Straßenbahnen

Straßenbau

Straßenbauten
s. Straßen

Straßenbrücken

Straßenfahrzeuge

Straßenfahrzeuge (soweit Investitionsgut)
s. Straßenfahrzeuge

Straßenfahrzeuge (soweit Verbrauchsgut)
s. Straßenfahrzeuge

Straßenlänge

Straßenverkehrsunfälle

Streckenlängen (Eigentumslänge am Jahresende)

Stromabgabe an Letztverbraucher

Stückgutverkehr

Studentenwohnheimplätze

Subventionen

Tabaksteuer

Tanker

Tankschiffe

Tätige Inhaber

Tätige Inhaber, Mithelfende Familienangehörige

Tätige Personen

Tätige Personen im Schienenverkehr

Tätige Personen im Straßenpersonenverkehr

Tätige Personen in der Binnenschifffahrt

Tatsächlich geleistete Arbeitsstunden

Teilbeschäftigt

s. Familienarbeitskräfte mit betrieblichen Arbeiten (ohne Haushalt
des Betriebsinhabers) beschäftigt

Teilbeschäftigte

Teilstücke

Teilzeitbeschäftigte

Telexanschlüsse

Textilien, Bekleidung, Schuhe

Textil-, Näh-, Schuh- und Ledermaschinen

Textil- und Nähmaschinen, Schuh- und Lederindustriemaschinen

Tiefbau

Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand

Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand (einschl. Wert des vom
Bauherrn gestellten Materials)

s. Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand

Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand (ohne Wert des vom Bauherrn ge-
stellten Materials)

s. Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand

Tiefbauten

Tiefkühlfisch

Tierische Produkte

Tilgungen

Totgeborene

Tragfähigkeit

s. Länge der benutzten Wasserstraßen

Triebfahrzeuge (Einsatzbestand am Jahresende)

Trockenfrachtschiffe

Trockenladungsschiffe

Übernachtungsumsatz

Überwiegend benutztes Verkehrsmittel

Überwiegender Lebensunterhalt

- s. Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit
- s. Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld, -hilfe
- s. Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und dgl.
- s. Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige

Überwiegender Lebensunterhalt des Ernährers

- s. Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers durch Erwerbstätigkeit
- s. Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers durch Arbeitslosengeld, -hilfe
- s. Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers durch Renten und dgl.
- s. Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers mit Ernährererangaben unbekannt

Übrige Ausgaben

Übrige (Frauen)

Übrige Gemeinschuldner

Übrige industrialisierte westliche Länder

Übrige industrialisierte westliche Länder einschl. Kanada

Übrige Länder

Übriges Europa

Übrige Unternehmen

Umlauf (Neugeschäft)

Umlaufvermögen

Umsatz

Umsätze des Bauhauptgewerbes

- s. Baugewerblicher Umsatz

Umsätze des Einzelhandels

- s. Umsatz

Umsätze des Großhandels

- s. Umsatz

Umsatz im Straßenpersonenverkehr

Umsatzsteuer

Umsatzsteuerpflichtige

Umsatzsteuer (Vorauszahlungssoll)

Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer

Unfälle mit nur Sachschaden mit einer Schadenshöhe von 1 000 DM
und mehr bei mindestens einem der Beteiligten

Unfälle mit Personenschaden

Unternehmen

Unternehmen (einschl. freie Berufe)

Unternehmen im Straßenpersonenverkehr

Unternehmen mit Investitionen

Unternehmen mit Löhnen und Gehältern

Unternehmen, Selbständige und Organisationen ohne Erwerbscharakter

Unternehmen und Privatpersonen

s. Inländische Unternehmen und Privatpersonen

Unterricht und Kindergartenbesuch

Veranlagte Einkommensteuer

Veranschlagte reine Baukosten

Verarbeitung im Haushalt des Kuhhalters
s. Milchverwendungsarten

Verbraucherpreise (Einzelhandelsverkaufspreise)
s. Index der Verbraucherpreise (Einzelhandelsverkaufspreise)

Verbrauchsgüter

Verbrauchsländer

Verbrauchsmengen (im Inland verfügbare Mengen)

Verbrauchs- und Gebrauchsgüter

Vereinigte Staaten
s. Ausgewählte Länder

Verfütterung
s. Milchverwendungsarten

Verheiratet
s. Familienstand

Verheiratete Personen, die keine Angaben über ihren Ehepartner gemacht haben,
mit in der Familie lebenden ledigen Kindern und/oder ledigen Enkeln, so-
fern die Eltern oder ein Elternteil dieser Enkel nicht in der Familie
leben
s. Familientypen

Verheiratete Personen, die keine Angaben über ihren Ehepartner gemacht
haben, ohne in der Familie lebende ledige Kinder
s. Familientypen

Verkaufserlöse

Verkehr innerhalb des Bundesgebietes

Verkehrseinnahmen aus Personenbeförderung

Verkehrseinnahmen (aus Schienen- und Schiffsverkehr)

Verkehrseinnahmen (Expreßgut-, Güterverkehr)

Verkehrseinnahmen (Personen- und Gepäckbeförderung)

Verletzte Personen

Verlorene Arbeitstage

Verluste

Verlustfälle

Vermögensteuerpflichtige (Natürliche Personen)

Vermögensteuerpflichtige (Nichtnatürliche Personen)

Vermögenssteuerschuld

Versandhandelsunternehmen

Versand im grenzüberschreitenden Verkehr

Versand nach der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)

Versand nach Gebieten außerhalb des Bundesgebietes

Verteidigungsaufwand

Verwitwet

s. Familienstand

Verwitwete oder geschiedene Personen mit in der Familie lebenden ledigen Kindern und/oder ledigen Enkeln, sofern die Eltern oder ein Elternteil dieser Enkel nicht in der Familie leben

s. Familientypen

Verwitwete oder geschiedene Personen ohne ledige Kinder bzw. ledige Enkel

s. Familientypen

Verwitwet/Geschieden

s. Familienstand

Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes

s. Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes

Vier-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen

s. Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen

Volksschulen

Vollbeschäftigt

s. Familienarbeitskräfte, im Betrieb einschl. Haushalt des Betriebsinhabers beschäftigt

s. Familienarbeitskräfte, mit betrieblichen Arbeiten (ohne Haushalt des Betriebsinhabers) beschäftigt

Vollbeschäftigte

Vollgeforderte Wohnungen

Von ... bis ... geleistete Arbeitsstunden

s. Tatsächlich geleistete Arbeitsstunden

Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

s. Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe

Vorerzeugnisse

Vorräte

Vorratsvermögen

Wagen besonderer Bauart

Wagenkilometer

Wagenladungsverkehr

Waldfläche

Warenausfuhr

Wareneinfuhr

Wareneingang

Warenhausunternehmen

Wasserwirtschaftliche Tiefbauten

Wechselproteste

Wegeland und Eisenbahnen

Werkfernverkehr

Werkfernverkehr ausländischer Fahrzeuge
s. Werkfernverkehr

Werkfernverkehr deutscher Fahrzeuge
s. Werkfernverkehr

Wirtschaftlicher Umsatz

Wirtschaftsbau

Wirtschaftsfläche

Wohnbaudarlehen

Wohnbauten

Wohnberechtigte Bevölkerung

Wohnberechtigte Bevölkerung mit Hauptwohnsitz gemeldet

Wohnbevölkerung

Wohnbevölkerung mit höchstem Schulabschluß

Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers durch
Arbeitslosengeld, -hilfe

Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers durch
Erwerbstätigkeit

Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers durch
Renten und dgl.

Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers mit
Ernährerangaben unbekannt

Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige (Eltern usw.)

Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit

Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente, Pension usw.

Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente, Pension usw., Angehörige (Eltern usw.)

Wohnbevölkerung mit weiterer Wohnung oder Unterkunft

Wohnbevölkerung noch in weiterer Schulausbildung

Wohnbevölkerung ohne weitere Wohnung oder Unterkunft

Wohnfläche

Wohngebäude

Wohngebäude von privaten Haushalten

Wohngrundstücke (Hypothekarkredite auf)
s. Hypothekarkredite

Wohnräume
s. Zahl der Wohnräume

Wohnräume einschl. Küchen
s. Zahl der Wohnräume

Wohn- und Nichtwohngebäude

Wohn- und Nutzfläche

Wohnungen

Wohnungsbau

Wohnungsbauprämien

Wohnungs- und Garagennutzung

Zahl der Wohnräume

Zahnärzte

Zeitaufwand für den Hinweg zur Arbeitsstätte bzw. Schule

Zigaretten

Zigarren

Zins- und Tilgungsleistungen

Zölle

Zuchtsauen

Zucker

Zugang an Grundkapital zwischen 1.1. und 31.12.

Zugang an Stammkapital zwischen 1.1. und 31.12.

Zugang zwischen 1.1. und 31.12.

s. Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien - Bestand am 31.12./Zugang zwischen 1.1. und 31.12./Abgang zwischen 1.1. und 31.12. bzw.

s. Gesellschaften mit beschränkter Haftung - Bestand am 31.12./Zugang zwischen 1.1. und 31.12./Abgang zwischen 1.1. und 31.12.

Zulassungspflichtige Zugmaschinen

Zum Absatz bestimmte Produktion

s. Produktionsmenge

Zusätzliche Finanzierungsmittel

Zuzüge

Zweigniederlassung

Zwei-Personenhaushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern

s. Preisindex für die Lebenshaltung von 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern

Zwischenkredite

Definitionen

A–K

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ABGANG AN GRUNDKAPITAL ZWISCHEN 1.1. UND 31.12.

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

463

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Kapitalgesell-
schaften

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Abgang an Grundkapital bei den
Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien
zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember jedes Jahres.

Das Gründkapital (Aktienkapital) einer Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien ist die Summe aus den Nennbeträgen der Aktien. Die ausstehenden Einlagen auf das Grundkapital und die durch die Gesellschaft erworbenen eigenen Aktien sind vom Grundkapital nicht abgesetzt. Die Statistik der Kapitalgesellschaften erfaßt das Grundkapital der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, deren Grundkapital auf einen Nennbetrag in Deutscher Mark lautet. Von den Kommanditgesellschaften auf Aktien erfaßt die Statistik der Kapitalgesellschaften nur das Grundkapital, nicht aber die Kapitalanteile der persönlich haftenden Gesellschafter.

Der Abgang an Grundkapital innerhalb eines Jahres ist u.a. auf Verschmelzungen, auf Umwandlungen in andere Rechtsformen, auf Kapitalherabsetzungen oder auf Auflösungen zurückzuführen. Eine Gesellschaft wird u.a. aufgelöst durch Beschluß der Hauptversammlung (Eröffnung der Abwicklung) oder durch Eröffnung des Konkursverfahrens.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Dem Abgang an Grundkapital zwischen 1.1. und 31.12. bei den Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien entspricht bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung der *Abgang an Stammkapital zwischen 1.1. und 31.12.* (Statistik der Kapitalgesellschaften).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
ABGANG AN STAMMKAPITAL ZWISCHEN 1.1. UND 31.12.	GBK - Nr(n): 467
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistik der Kapitalgesell- schaften 01.01.53	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Abgang an Stammkapital bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember jedes Jahres.</p> <p>Das Stammkapital einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist die Summe aus den Stammeinlagen (Geschäftsanteilen) der Gesellschafter. Die ausstehenden Einlagen auf das Stammkapital und die durch die Gesellschaft erworbenen eigenen Geschäfts- anteile sind vom Stammkapital nicht abgesetzt. Die Statistik der Kapitalgesellschaften erfaßt das Stammkapital der Gesell- schaften mit beschränkter Haftung, deren Stammkapital auf einen Nennbetrag in Deutscher Mark lautet.</p> <p>Der Abgang an Stammkapital innerhalb eines Jahres ist u.a. auf Verschmelzungen, auf Umwandlungen in andere Rechtsformen, auf Kapitalherabsetzungen oder auf Auflösungen zurückzuführen. Eine Gesellschaft wird u.a. aufgelöst durch Beschluß der Gesell- schafter (Eröffnung der Abwicklung) oder durch Eröffnung des Konkursverfahrens.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Dem Abgang an Stamm- kapital zwischen 1.1. und 31.12 bei den Gesellschaften mit be- schränkter Haftung entspricht bei den Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien der <i>Abgang an Grundkapital zwischen 1.1. und 31.12.</i> (Statistik der Kapitalgesellschaften).</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

ABGEWICKELTE (EINSCHL. MANGELS MASSE
EINGESTELLTER) KONKURSVERFAHREN

GBK - Nr(n):

3678

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Konkurs- und Ver-
gleichsverfahren
01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Konkursverfahren, die so weit abgewickelt sind, daß der finanzielle Ausgang des Verfahrens feststeht.

Das Konkursverfahren ist in der Konkursordnung geregelt. Es bezweckt eine gleichzeitige und gleichmäßige Verteilung des Vermögens eines zahlungsunfähigen und/oder überschuldeten Schuldners (Gemeinschuldner) an die Gläubiger unter Leitung des Konkursgerichts.¹⁾

Nachgewiesen werden innerhalb eines Jahres *eröffnete Konkursverfahren*, die bis zum Ende des dem Eröffnungsjahr folgenden Jahres finanziell abgewickelt werden.

Als eröffnete Konkursverfahren gelten beantragte Konkursverfahren, deren Eröffnung vom Konkursgericht stattgegeben wurde. Ein beantragtes Konkursverfahren wird entweder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt.

Der Großteil der eröffneten Konkursverfahren wird bis zum Ende des dem Eröffnungsjahr folgenden Jahres finanziell abgewickelt. Im Verlauf der Abwicklung kann ein eröffnetes Konkursverfahren nachträglich mangels Masse eingestellt werden.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Abgewickelte (einschl. mangels Masse eingestellter) Konkursverfahren und *eröffnete Konkursverfahren* (Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren) unterscheiden sich durch die Anzahl der Konkurse, deren Abwicklung über das dem Jahr der Eröffnung folgende Jahr hinausreicht. Diese zählen nur zu den eröffneten Konkursverfahren.

1) Zu Einzelheiten siehe Konkursordnung v. 20.5.1898 (RGBl. S. 612).

Statistische Datenbank - Definitionskatalog -	
Begriff: ABGEWICKELTE ERLASSVERGLEICHE	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1296
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistik der Konkurs- und Ver- gleichsverfahren 01.01.62	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Vergleichsverfahren, die so weit abgewickelt sind, daß der finanzielle Ausgang des Verfahrens feststeht.</p> <p>Ein Vergleichsverfahren ist ein in der Vergleichsordnung geregeltes Verfahren zur Abwendung des Konkurses bei einem zahlungsunfähigen und/oder überschuldeten würdigen Schuldner. ¹⁾</p> <p>Als Erlaßvergleich gilt ein das Vergleichsverfahren abschließender Vergleich, in dem der Vergleichsschuldner den Vergleichsgläubigern Zahlung ihrer Forderungen zu einem bestimmten Prozentsatz verspricht (mindestens 35 %) und dem Vergleichsschuldner die Restschuld erlassen wird.</p> <p>Nachgewiesen werden innerhalb eines Jahres <i>eröffnete Vergleichsverfahren</i>, die bis zum Ende des dem Eröffnungsjahr folgenden Jahres finanziell abgewickelt werden.</p> <p>Als eröffnete Vergleichsverfahren gelten Verfahren, deren Eröffnung vom Amtsgericht stattgegeben wurde. Ein eröffnetes Vergleichsverfahren wird durch einen Erlaßvergleich bzw. einen Stundungsvergleich beendet oder in einen Anschlußkonkurs übergeleitet.</p> <p>Stundungsvergleiche und Anschlußkonkurse zählen nicht zu den abgewickelten Erlaßvergleichen.</p> <p>Der Großteil der eröffneten Vergleichsverfahren wird bis zum Ende des dem Eröffnungsjahr folgenden Jahres finanziell abgewickelt.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Abgewickelte Erlaßvergleiche und <i>eröffnete Vergleichsverfahren</i> (Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren) sind unterschiedlich abgegrenzt. Abgewickelte Erlaßvergleiche werden zu einem früheren Zeitpunkt bereits als eröffnete Vergleichsverfahren gezählt. Eröffnete Vergleichsverfahren, die als Stundungsvergleiche beendet oder in Anschlußkonkurse übergeleitet werden, gelten als eröffnete Vergleichsverfahren, zählen aber nicht zu den abgewickelten Erlaßvergleichen. Nicht dazu zählen ferner eröffnete Vergleichsverfahren, deren Abwicklungsdauer über das dem Eröffnungsjahr folgende Jahr hinausreicht.</p>
	<p>1) Zu Einzelheiten siehe Vergleichsordnung v. 26.2.1935 (RGL. I S. 321).</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: ABITUR	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 2574

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Abschluß an einer Höheren
Schule oder an einem *Gymnasium* mit einer Abschlußprüfung
und einem Zeugnis, das zum Hochschulstudium berechtigt.

Hierzu zählt auch die fachgebundene Hochschulreife (z.B.
einer Wirtschaftsoberschule oder einer Frauenoberschule).

Als Abitur gelten auch Abschlüsse (Reifezeugnisse), die
auf dem sog. Zweiten Bildungsweg, z.B. an einem Abend-
gymnasium oder einem Kolleg, erlangt wurden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ABITURIENTEN UND SCHÜLER DER 12. KLASSENSTUFE
(SCHULJAHRGANG)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3330

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Studien- und
Berufswünsche

01.01.72

B e g r i f f s i n h a l t : Schüler, die voraussichtlich im Verlauf des auf die Erhebung folgenden Jahres die Hochschulreife oder die Fachhochschulreife erlangen werden.

Die Hochschulreife kann an Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Wirtschaftsgymnasien, Technischen Gymnasien, Hauswirtschaftsgymnasien, Abendgymnasien und Kollegs, Technischen und Berufsoberschulen erlangt werden. Zur Fachhochschulreife führen insbesondere die Fachoberschulen.

Die Abiturienten und Schüler der 12. Klassenstufe werden danach untergliedert, ob sie nach Erlangung der Hochschulreife bzw. der Fachhochschulreife die Absicht haben ein Hochschulstudium zu beginnen ("mit Studienabsicht") oder nicht ("ohne Studienabsicht") oder ob sie noch unentschlossen sind ("Unentschlossene"). Die Schüler mit Studienabsicht geben ferner an, welche Studienfachgruppe sie anstreben.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : 1972 sind bei den Abiturienten und Schülern der 12. Klassenstufe auch die Studienberechtigten im Bereich der Bundeswehr und des Zivildienstes enthalten.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ABZÜGE AUFGRUND VON SCHACHTELBETEILIGUNGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1404

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Ein-
heitswerte der ge-
werblichen Betriebe

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Abzüge, die durch die unmittelbaren Beteiligungen inländischer Kapitalgesellschaften, inländischer Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit sowie von Betrieben inländischer Körperschaften des öffentlichen Rechts in Höhe von mindestens einem Viertel am Grund- oder Stammkapital anderer inländischer Kapitalgesellschaften, ggf. auch am Nennkapital einer Tochtergesellschaft (Enkelgesellschaft) mit Geschäftsleitung und Sitz außerhalb des Geltungsbereichs des Bewertungsgesetzes, begründet sind.

Die Schachtelbeteiligungen gehören nach dem Bewertungsgesetz nicht zu dem gewerblichen *Betrieb*, wenn sie u.a. ununterbrochen seit mindestens 12 Monaten vor dem maßgebenden Feststellungszeitpunkt bestanden haben. Für die Berechnung der Höhe der Beteiligung ist vom Nennwert der Anteile auszugehen.

Die Schachtelvergünstigung ist auch dann zu gewähren, wenn Untergesellschaften von der Vermögensteuer befreit oder nach dem Abschlußzeitpunkt untergegangen sind.¹⁾

Die Höhe des Abzugs hängt von dem Ansatz der Beteiligungen beim Anlagevermögen ab.

1) Zu Einzelheiten siehe Bewertungsgesetz i.d.F. v. 10.9.1965 (BGBl. I S. 1861), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes zur Wahrung der steuerlichen Gleichmäßigkeit bei Auslandsbeziehungen und zur Verbesserung der steuerlichen Wettbewerbslage bei Auslandsinvestitionen v. 8.9.1972 (BGBl. I S. 1713) sowie die entsprechenden Vermögensteuer-richtlinien.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff: ABZÜGE AUFGRUND VON SCHACHTELBETEILIGUNGEN	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1404
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Die Realisierung der Schachtelvergünstigung durch den "Abzug aufgrund von Schachtelbeteiligungen" setzt voraus, daß diese in den <i>Finanzanlagen</i> enthalten sind.</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Vor 1972 galt das Schachtelprivileg nur bei Beteiligungen an inländischen Kapitalgesellschaften. Es galt auch, wenn Bund, Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände an inländischen Kapitalgesellschaften beteiligt waren.</p>	

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ACKERLAND

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

722

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Landwirtschafts-
zählung 1971

B e g r i f f s i n h a l t : Flächen, auf denen landwirtschaftliche Feldfrüchte angebaut werden.

Zum Ackerland rechnen alle Flächen, die in die Fruchtfolge einbezogen sind, d.h. alle in der Regel jährlich angebauten und/oder genutzten landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Kulturen. Hierzu zählen auch Blumen und sonstige Gartengewächse, Erdbeeren, Hopfen sowie die ein- und mehrjährigen Futterpflanzen auf dem Ackerland. Zum Ackerland rechnen ferner die Schwarzbrache innerhalb der Fruchtfolge und als Gründüngung zum Unterpflügen bestimmte Fruchtarten, soweit sie nicht als Zwischenfrüchte angebaut werden.

Zu den Feldfrüchten zählen:

- Weizen, Roggen, Gerste usw. (*Getreide*),
- Kartoffeln, Zuckerrüben, Futterhackfrüchte (*Hackfrüchte*),
- Gemüse, Spargel und Erdbeeren, die im Wechsel mit anderen Gartengewächsen angebaut werden, sowie Blumen, Zierpflanzen usw. (*Gartengewächse*),
- Gemüse, Spargel und Erdbeeren, die im Wechsel mit landwirtschaftlichen Kulturen angebaut werden (*Feldgemüse*),
- Klee, Klee gras, Kleebrache, Luzerne, Ackerwiesen und -weiden, Grün- und Silomais sowie andere zur Grünfütter-, Gärfütter- oder Heugewinnung bestimmte Pflanzen (*Futterpflanzen*),
- zum Ausreifen bestimmte Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung, einschließlich des gemischten Anbaus von Getreide und Hülsenfrüchten sowie der Hirse und des Buchweizens (*Hülsenfrüchte*),
- Ölfrüchte, Hopfen, Tabak, Rüben und Gräser zur Samengewinnung und andere Handelsgewächse wie Mohn, Körnersenf, Flachs, Hanf, und Heil- und Gewürzpflanzen (*Handelsgewächse*).

Ackerflächen mit Obstbäumen rechnen ebenfalls zum Ackerland, sofern die Ackerfrüchte die Hauptnutzung darstellen; andernfalls zählen diese Flächen zu den Obstanlagen und werden unter den *Dauerkulturen* nachgewiesen.

Die Ackerflächen, die aus sozialen, wirtschaftlichen u. ä. Gründen brach liegen ("Sozialbrache"), rechnen zu der *nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Fläche*.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 722
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Nachgewiesen wird das Ackerland im Besitz <i>landwirtschaftlicher Betriebe</i>. Landwirtschaftliche Betriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen, land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche mindestens 10 % ihrer <i>Waldfläche</i> beträgt.</p> <p>Das Ackerland wird nach dem Betriebsprinzip erhoben und nachgewiesen, d.h. jeweils nach dem Ort des Betriebssitzes. Die Flächennachweisungen - vor allem für kleinere Gebietseinheiten (Gemeinde, Kreis) - lassen daher keinen unmittelbaren Rückschluß auf die tatsächliche Nutzung der Katasterfläche der jeweiligen Gebietseinheit zu. Aufgrund der Verwendung des Betriebsprinzips werden auch die in den Nachbarstaaten der Bundesrepublik Deutschland belegenen Flächen einbezogen, die von Betrieben mit Betriebssitz im Inland bewirtschaftet werden, nicht aber im Inland belegene Flächen, die von Betrieben mit Betriebssitz im Ausland bewirtschaftet werden.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die sowohl unter dem Ackerland als auch unter der <i>Anbaufläche</i> (Bodennutzungshaupterhebung) im Jahr 1971 nachgewiesenen Flächen der Getreidearten Weizen, Roggen, Gerste und Hafer sowie der Kartoffeln sind miteinander vergleichbar, wenn man von der in der Bodennutzungshaupterhebung tieferen Abschneidegrenze absieht.</p>	

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
AK-EINHEITEN	GBK - Nr(n): 2254
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistik der Arbeitskräfte in der Land- wirtschaft 01.07.64	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Maßeinheit für die Arbeitsleistung einer im Berichtszeitraum mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Person.</p> <p>Diese Maßeinheit errechnet sich aus der je Arbeitskraft für den Arbeitsbereich "Betrieb (ohne Haushalt des Betriebsinhabers)" angegebenen Arbeitsleistung, die an der Arbeitszeit (Zahl der Wochen, Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden) gemessen wird. Dabei wird die Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Arbeitskraft</p> <ul style="list-style-type: none"> im Alter von 16 Jahren bis unter 65 Jahren mit 1,0 AK-Einheiten, im Alter von 14-16 Jahren mit 0,5 AK-Einheiten, im Alter von 65 oder mehr Jahren mit 0,3 AK-Einheiten <p>bewertet. Der Betriebsinhaber selbst erhält keinen altersabhängigen Abzug. Entsprechend wird die Arbeitsleistung jeder mit betrieblichen Arbeiten teilbeschäftigten Arbeitskraft an der durchschnittlichen Arbeitsleistung der vollbeschäftigten Arbeitskräfte gemessen und mit Bruchteilen einer AK-Einheit bewertet.</p> <p>Eine Arbeitskraft gilt in diesem Zusammenhang als vollbeschäftigt, wenn sie in jeder der vier Wochen des Berichtsmonates mindestens 43 Stunden im Arbeitsbereich "Betrieb (ohne Haushalt des Betriebsinhabers)" beschäftigt ist.</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. September 1974 galt eine Arbeitskraft als vollbeschäftigt, wenn sie in jeder der vier Wochen des Berichtsmonates mindestens 45 Stunden im Arbeitsbereich "Betrieb (ohne Haushalt des Betriebsinhabers)" beschäftigt war.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zur Abgrenzung der AK-Einheiten gegenüber dem <i>betrieblichen Arbeitsaufwand der Familienarbeitskräfte und der ständigen familienfremden Arbeitskräfte in den Betrieben</i> (Landwirtschaftszählung 1971) siehe dort.</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

AKTIENGESELLSCHAFTEN, KOMMANDITGESELLSCHAFTEN AUF AKTIEN-
BESTAND AM 31.12./ZUGANG ZWISCHEN 1.1. UND 31.12./
ABGANG ZWISCHEN 1.1. UND 31.12.

GBK - Nr(n): 456, 457, 459,
460

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Kapitalgesell-
schaften

B e g r i f f s i n h a l t: Unternehmen, die in den vom
Aktiengesetz¹⁾ festgelegten Rechtsformen geführt werden.

01.01.53

Zum Bestand am 31. Dezember rechnen die Gesellschaften, die zu diesem Zeitpunkt in den Handelsregistern eingetragen sind. Nicht dazu rechnen Gesellschaften, deren Nennkapital nicht auf einen Betrag in Deutscher Mark lautet sowie Gesellschaften, die aufgelöst sind. Dazu rechnen aber Gesellschaften, die sich in einem Vergleichsverfahren befinden.

Der Abgang zwischen dem 1.1. und dem 31.12. eines Jahres beruht im wesentlichen darauf, daß Gesellschaften mit anderen Gesellschaften verschmelzen, in andere Rechtsformen umgewandelt oder aufgelöst werden. Eine Gesellschaft wird u.a. aufgelöst durch Beschluß der Hauptversammlung auf Eröffnung der Abwicklung oder durch die Eröffnung eines Konkursverfahrens. Die Eröffnung eines Vergleichsverfahrens wirkt sich nicht als Abgang aus.

Der Zugang zwischen dem 1.1. und dem 31.12. eines Jahres beruht im wesentlichen darauf, daß Gesellschaften neu gegründet, aus einer anderen Rechtsform in eine AG oder KGaA umgewandelt oder nach Auflösung fortgesetzt werden. Die Fortsetzung einer aufgelösten Gesellschaft ist in bestimmten Fällen möglich, solange noch nicht damit begonnen worden ist, das Vermögen auf die Aktionäre zu verteilen.

Als Unternehmen gilt die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen hat. Dazu zählen auch rechtlich selbständige Unternehmen, die mittelbar oder unmittelbar von einem anderen Unternehmen abhängig sind (Tochtergesellschaften), auch wenn solche Tochtergesellschaften zusammen mit dem sie beherrschenden Unternehmen einheitlich geleitet werden (Konzerngesellschaften).

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien zählen zu den *Kapitalgesellschaften* (Statistik der Kapitalgesellschaften). Die Kapitalgesellschaften umfassen außerdem noch die *Gesellschaften mit beschränkter Haftung* (Statistik der Kapitalgesellschaften).

1) Zu Einzelheiten siehe Aktiengesetz v. 6.9.1965 (BGBl. I S. 1092).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

AKTIENGESELLSCHAFTEN, KOMMANDITGESELLSCHAFTEN AUF AKTIEN-
BESTAND AM 31.12./ZUGANG ZWISCHEN 1.1. UND 31.12./
ABGANG ZWISCHEN 1.1. UND 31.12.

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 456, 457, 459,
460

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien und *Unternehmen* in der Rechtsform der AG und KGaA (Arbeitsstättenzählung) sind ähnlich abgegrenzt.

Nur zu den Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien rechnen Gesellschaften, die zwar im Handelsregister eingetragen und nicht aufgelöst sind, aber keine eigenen Beschäftigten haben (ruhende und Mantelgesellschaften).

Nur zu den Unternehmen zählen Gesellschaften in der Rechtsform der AG und KGaA, die noch nicht im Handelsregister eingetragen sind, aber schon eigene Beschäftigte haben, sowie Gesellschaften, die schon aufgelöst sind, aber noch über eigene Beschäftigte verfügen.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 410
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Krankenhausstatistik 01.01.53	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Zu den Akutkrankenhäusern zählen <i>Krankenhäuser</i> der folgenden fachlichen Ausrichtungen:</p> <p>Allgemeine Krankenhäuser ohne abgegrenzte Fachabteilungen, Allgemeine Krankenhäuser mit abgegrenzten Fachabteilungen, Krankenhäuser für innere Krankheiten, Krankenhäuser für Infektionskrankheiten, Säuglings- und Kinderkrankenhäuser, Krankenhäuser für Chirurgie, Urologie, Neurochirurgie sowie Zahn- und Kieferkrankheiten, Unfallkrankenhäuser, orthopädische Krankenhäuser, gynäkologisch-geburtshilfliche Krankenhäuser, Entbindungsheime, Krankenhäuser für Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten, Krankenhäuser für Augenkrankheiten, Krankenhäuser für Haut- und Geschlechtskrankheiten, Krankenhäuser für Röntgen- und Strahlenheilkunde und sonstige Fachkrankenhäuser für Akut-Kranke.</p> <p>Fachabteilungen sind Abteilungen in Krankenhäusern, die nach Fachdisziplinen abgegrenzt sind, von Fachärzten dieser Disziplinen ständig verantwortlich geleitet werden und ständig mit besonderen Behandlungseinrichtungen ausgestattet sind.</p> <p>Zu den Akutkrankenhäusern rechnen z.B. auch Bundeswehrkrankenhäuser mit entsprechender fachlicher Ausrichtung.</p> <p>Nicht als Fachabteilung rechnen Einrichtungen zur stationären Behandlung, die ständig für die gleiche Fachrichtung zur Verfügung stehen und räumlich gegen andere Krankenhauseinrichtungen abgeschlossen sind (sog. Fachstationen).</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bundeswehrkrankenhäuser zählen erst seit 1971 zu den Akutkrankenhäusern.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Während zu den Akutkrankenhäusern vorwiegend Krankenhäuser rechnen, die auf die Behandlung kurzfristiger Krankheiten ausgerichtet sind, zählen zu den <i>Sonderkrankenhäusern</i> (Krankenhausstatistik) vorwiegend Krankenanstalten für langfristig Kranke.</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ALLGEMEINBILDENDE SCHULEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2530

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970B e g r i f f s i n h a l t : Zu den allgemeinbildenden
Schulen zählen *Volksschulen, Realschulen* und *Gymnasien*.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff: AMTSBERECHTIGTE FERNSPRECHNEBENANSCHLÜSSE	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1021
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistik der Deutschen Bundespost 01.01.54	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Fernsprechstellen, die nicht unmittelbar, sondern über andere Fernsprechstellen (Hauptanschlüsse) mit den Vermittlungsstellen des öffentlichen Fernsprechnetzes verbunden sind.</p> <p>Ausgewiesen wird die Zahl der amtsberechtigten Fernsprechnebenanschlüsse am Jahresende.</p> <p>Fernsprechnebenanschlüsse, die nicht mit den Vermittlungsstellen des öffentlichen Fernsprechnetzes verbunden sind, werden nicht erfaßt.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den amtsberechtigten Fernsprechnebenanschlüssen sind die <i>Fernsprechhauptanschlüsse</i> (Statistik der Deutschen Bundespost) unmittelbar an das Fernsprechnetzt angeschlossen.</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ANBAUFLÄCHE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

294

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bodennutzungs-
haupterhebung

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Ackerland untergliedert nach angebauten Fruchtarten.

Die im Besitz von *landwirtschaftlichen Betrieben* befindliche Anbaufläche wird nach der Fläche der folgenden Feldfrüchte unterschieden: *Getreide*, *Hülsenfrüchte*, *Hackfrüchte*, *Gemüse*, *Erdbeeren* und andere Gartengewächse (*Feldgemüse* und *Gartengewächse*), *Handelsgewächse*, *Futterpflanzen* (Anbau auf dem Ackerland) sowie *Gründüngung* und *Schwarzbrache*.

Nachgewiesen werden die Anbauflächen von Weizen (Winter- und Sommerweizen einschl. Spelz), Roggen (Winter- und Sommerroggen), Gerste (Winter- und Sommergerste), Hafer, Kartoffeln (frühe, mittelfrühe und späte), Zuckerrüben sowie von Klee, Klee gras, Luzerne, Klee-Luzerne-Gemisch.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die sowohl unter der Anbaufläche im Jahre 1971 als auch unter dem Ackerland (Landwirtschaftszählung 1971) nachgewiesenen Flächen der Getreidearten Weizen, Roggen, Gerste und Hafer sowie der Kartoffeln sind miteinander vergleichbar, wenn man von der in der Bodennutzungshaupterhebung tieferen Abschnidegrenze absieht.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ANDERE EUROPÄISCHE INDUSTRIALISIERTE LÄNDER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2876

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Zu den anderen europäischen
industrialisierten Ländern rechnen:

Island
 Färöer
 Norwegen (einschl. Svalbard [Spitzbergen])
 Schweden
 Finnland
 Schweiz (einschl. Büsingen und Liechtenstein)
 Österreich (ohne Jungholz und Mittelberg)
 Portugal (einschl. Azoren und Madeira)
 Spanien
 Andorra
 Gibraltar
 Vatikanstadt
 Malta
 Jugoslawien
 Griechenland
 Türkei

Die EG-Länder werden gesondert ausgewiesen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ANDERE EUROPÄISCHE LÄNDER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

570

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik
01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Die anderen euro-
päischen Länder umfassen die gleichen Länder wie
die *anderen europäischen industrialisierten Länder*.
Zu Einzelheiten siehe dort.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ANDERE PERSONEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

909

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Straßenverkehrs-
unfälle

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Zu den anderen Personen rechnen zu Fuß Gehende, die sich durch ihr besonderes Verhalten oder durch verkehrsrechtliche Vorschriften vom gewöhnlichen *Fußgänger* unterscheiden.

Im einzelnen zählen dazu Personen mit Handwagen und -karren, Tierführer und -treiber, Straßenbauarbeiter, Polizeibeamte bei der Verkehrsregelung oder Unfallaufnahme, Marschkolonnen, Lastträger, Reiter und unfallbeteiligte Personen, die nicht die Straße benutzt haben (Zugreisende bei Unfällen auf schienengleichen Bahnübergängen, Personen auf Privatgrundstücken usw.) u.ä.

Personen mit Kinderwagen und Hunden, Skiläufer, Kinder auf Rollern, Schlitten, Rollschuhen usw. rechnen zu den Fußgängern.

Nachgewiesen werden Personen, die bei Straßenverkehrsunfällen verletzt (*verletzte Personen*) oder getötet (*getötete Personen*) wurden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ANDERE SCHIFFE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

912, 3151

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des
Bestandes an
Seeschiffen

01.01.51

B e g r i f f s i n h a l t : Sportfahrzeuge und andere
nicht für Handelszwecke bestimmte Seeschiffe.

Dazu zählen z.B. Motor- und Segelyachten, Zug- und Bergungs-
schlepper, Versorgungsschiffe und Eisbrecher, nicht jedoch
Seefischereifahrzeuge und Schiffe der Bundesmarine.

Erfaßt werden die Seeschiffe, die unter der Flagge der
Bundesrepublik Deutschland fahren und einen Raumgehalt von
mehr als 17,65 BRT haben.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis
einschl. 1973 wurden die Schiffe erfaßt, die in die deut-
schen Seeschiffsregister eingetragen waren, unabhängig da-
von, ob sie unter deutscher Flagge fuhren.

In die Seeschiffsregister werden Schiffe eingetragen, die
für die Schifffahrt außerhalb der Binnengewässer (Flüsse,
Kanäle und geschlossenen Seen) bestimmt sind, die einen
Raumgehalt von mehr als 17,65 BRT haben und deren Eigen-
tümer Deutsche sind (natürliche und juristische Personen).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ANDERE VERBRAUCHS- UND GEBRAUCHSGÜTER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1126

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Verbraucherpreise

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : *Verbrauchs- und Gebrauchsgüter ohne die Nahrungsmittel.*

Im einzelnen zählen dazu:

Genußmittel,

Kleidung, Schuhe,

Elektrizität, Gas, Brennstoffe,

übrige Waren für die Haushaltsführung (Möbel, Heimtextilien, Haushaltswäsche, Heiz- und Kochgeräte, Beleuchtungskörper, Haushaltsmaschinen und -geräte, Tapeten, Farben, Baustoffe, Blumen, Waschmittel u.a.),

Waren für Verkehrszwecke (Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugzubehör, Fahrräder, Kraftstoffe, Bereifung),

Waren für die Körper- und Gesundheitspflege (Toilettenartikel, Sanitärwaren, Pharmazeutika),

Waren für Bildungs- und Unterhaltungszwecke (Radio-, Fernseh-, Phonogeräte, Fotoapparate, Bücher und Zeitschriften, Schreibwaren, Campingausrüstung, Spielzeug, Tiere, Tierfutter),

Waren für die persönliche Ausstattung (Uhren, Schmuck, Täschnerwaren, Raucherzubehör).

Die Warenposition der anderen Verbrauchs- und Gebrauchsgüter umfaßt ausgewählte Positionen aus dem Systematischen Verzeichnis für den privaten Verbrauch, Ausgabe 1963.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ANDERE VERBRAUCHS- UND GEBRAUCHSGÜTER OHNE BLUMEN,
KOHLE UND HEIZÖL

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1126

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Ver-
braucherpreise

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Sammelposition, die *andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter*, ohne Blumen, Kohle und Heizöl umfaßt.

Im wesentlichen zählen dazu:

Genußmittel,

Kleidung, Schuhe,

Elektrizität, Gas,

übrige Waren für die Haushaltsführung (ohne Blumen),

Waren für Verkehrszwecke,

Waren für die Körper- und Gesundheitspflege,

Waren für Bildungs- und Unterhaltungszwecke,

Waren für die persönliche Ausstattung.

Die Warenposition der anderen Verbrauchs- und Gebrauchsgüter ohne Blumen, Kohle und Heizöl umfaßt ausgewählte Positionen aus dem Systematischen Verzeichnis für den privaten Verbrauch, Ausgabe 1963.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ANDERWEITIG ERWERBSTÄTIG

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2692

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Landwirtschafts-
zählung 1971

B e g r i f f s i n h a l t : Als anderweitig erwerbstätig gelten *Betriebsinhaber und ihre auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen* im Alter von 14 Jahren und darüber, die im Berichtszeitraum eine auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit außerhalb ihres *landwirtschaftlichen Betriebes* ausüben, gleichgültig ob es sich um eine regelmäßige oder nur gelegentliche Tätigkeit handelt und ob die anderweitige Erwerbstätigkeit als Selbständiger, Mithelfender oder Abhängiger ausgeübt wird.

Zu den anderweitigen Erwerbstätigkeiten rechnen auch die Tätigkeiten in gewerblichen Betrieben des Betriebsinhabers (z.B. in einer Gaststätte, in einer Metzgerei oder in einem Lohnmaschinenunternehmen), in Gemeinschaftsbetrieben, in Staats-, Körperschafts- oder fremden Privatforsten (z.B. als Waldarbeiter), ferner Tätigkeiten aufgrund eines Heimarbeitervertrags sowie ehrenamtliche Tätigkeiten (z.B. als Bürgermeister, Abgeordneter oder Schöffe).

Nicht als anderweitige Erwerbstätigkeit gilt hingegen die Nachbarschaftshilfe in einem anderen landwirtschaftlichen Betrieb sowie die Tätigkeit in der - in steuerlicher Sicht - "gewerblichen Viehhaltung" des eigenen Betriebes.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ANGESTELLTE (R)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

422, 2817, 1133,
907, 3283Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Alle folgenden
Statistiken

B e g r i f f s i n h a l t : Alle nicht beamteten Gehalts-
empfänger, die überwiegend eine kaufmännische, büro- bzw. ver-
waltungsmäßige, höhere technische oder überwiegend leitende
oder sonst gehobene Tätigkeit ausüben.

1. Volks- und
Berufszählung
1970

B e g r i f f s i n h a l t : Für die Zuordnung zu den Ange-
stellten ist grundsätzlich die Art der ausgeübten Tätigkeit
bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag und nicht die Beitrags-
pflicht oder Mitgliedschaft in der Angestelltenrentenversiche-
rung maßgebend.

Zu den Angestellten zählen auch leitende Angestellte und Direk-
toren großer Betriebe, sofern sie nicht Miteigentümer sind.
Ebenfalls zu den Angestellten rechnen "Versicherungsbeamte",
"Betriebsbeamte" und "Bankbeamte", soweit sie nicht in einem
öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen (z.B. bei der
Bundesbank).

Werkmeister sind in der Regel Angestellte, auch wenn sie ihre
Versicherung in der Rentenversicherung für Arbeiter beibehalten
haben. Dasselbe gilt auch für Angestellte, die aufgrund ihrer
langjährigen Zugehörigkeit zum Betrieb vom Arbeiter- in das An-
gestelltenverhältnis übernommen wurden und weiterhin Beiträge
zur Rentenversicherung zahlen.

Hausangestellte sind meistens in der Rentenversicherung für
Arbeiter versichert und gelten in der Regel als Arbeiterinnen.
In seltenen Fällen sind sie im Angestelltenverhältnis (meistens
dann als Hausdame bezeichnet) und in der Rentenversicherung für
Angestellte versichert.

Gemeindeschwestern (Nonnen und Diakonissen), die von ihrem Mut-
terhaus versorgt werden, zählen wie die Nonnen und Ordensbrüder
in ihren Häusern als Angestellte. Mit Ausnahme der Geistlichen
der evangelischen und römisch-katholischen Kirchen werden alle
Geistlichen und Sprecher von Religionsgemeinschaften zu den An-
gestellten gezählt.

Zu den Angestellten zählen auch mithelfende Familienan-
gehörige, sofern sie Beiträge zur Angestelltenversicherung ent-
richten. Nicht zu den Angestellten rechnen kaufmännische, tech-
nische und Verwaltungsauszubildende.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 5.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ANGESTELLTE (R)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

422, 2817, 1133,
907, 3283Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

2. Arbeitsstätten-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Für die Zuordnung zu den Angestellten ist grundsätzlich die Beitragspflicht zur Angestelltenrentenversicherung und nicht die ausgeübte Tätigkeit maßgebend. Als Angestellte gelten auch Personen, die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen von der Beitragspflicht zur Angestelltenrentenversicherung befreit sind.

Zu den Angestellten zählen auch leitende Angestellte, Direktoren, Betriebsleiter u. dgl., die nicht Inhaber oder Miteigentümer sind und im Angestelltenverhältnis stehen. Ebenfalls zu den Angestellten rechnen mithelfende Familienangehörige, die im Betrieb tätig sind und Gehalt beziehen sowie "Versicherungsbeamte", "Bankbeamte" und "Betriebsbeamte", soweit sie nicht in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen (z.B. bei der Bundesbank).

Mit Ausnahme der Geistlichen der evangelischen und römisch-katholischen Kirchen werden alle Geistliche und Sprecher von Religionsgemeinschaften als Angestellte gezählt.

Nicht zu den Angestellten zählen kaufmännische, technische und Verwaltungslehrlinge sowie Praktikanten und Volontäre.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 5.

3. Wohngeld-
statistik
01.01.65

B e g r i f f s i n h a l t : Für die Zuordnung zu den Angestellten ist grundsätzlich die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag und nicht die Beitragspflicht in der Angestelltenrentenversicherung maßgebend.

Zu den Angestellten zählen auch die kaufmännisch und technisch Auszubildenden, sowie Praktikanten und Volontäre.

In der Wohngeldstatistik werden *Wohngeldempfänger* (haushalte) nachgewiesen, deren Haushaltsvorstände Angestellte sind. Als Haushaltsvorstand gilt dasjenige Familienmitglied, das im Zeitpunkt der Antragstellung auf Wohngeld den größten Teil der Unterhaltskosten für die zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder trägt.

<p style="text-align: center;">Statistische Datenbank</p> <p style="text-align: center;">- Definitionskatalog -</p>	
<p>Begriff:</p> <p style="text-align: center;">ANGESTELLTE (R)</p>	<p>DFK - Nr:</p>
	<p>GBK - Nr(n):</p> <p style="text-align: right;">422, 2817, 1133, 907, 3283</p>
<p>Statistik/ Gültigkeitszeitraum</p>	<p>Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen</p>
<p style="text-align: center;">B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 5.</p>	
<p>4. Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahr- zeuganhänger- bestandes</p> <p>01.01.52</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Für die Zuordnung zu den Ange- stellten ist grundsätzlich die Beitragspflicht zur Angestellten- rentenversicherung und nicht die ausgeübte Tätigkeit maßgebend. Als Angestellte gelten auch Personen, die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen von der Beitragspflicht zur Angestelltenrentenver- sicherung befreit sind.</p> <p>Zu den Angestellten zählen auch Praktikanten, Volontäre sowie kaufmännische, technische und Verwaltungsauszubildende.</p> <p>In der Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhänger- bestandes wird der <i>Fahrzeugbestand</i> nach Fahrzeughaltern, darun- ter der Fahrzeugbestand der Angestellten nachgewiesen. Als Fahr- zeughalter gilt derjenige, auf den das Fahrzeug zugelassen wird. Halter und Eigentümer eines Fahrzeuges müssen nicht identisch sein.</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Von 1952 bis 1967 wird der Bestand an <i>Lastkraftwagen</i> der Angestellten im Lastkraftwagenbestand der <i>Beamten</i> nachgewiesen. Im Jahre 1954 ist im Bestand an <i>Krafträdern</i> der Angestellten auch der Kraft- räderbestand der <i>Arbeiter</i> enthalten.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 5.</p>
<p>5. Studenten- statistik</p> <p>01.10.76</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Nachgewiesen werden <i>deutsche</i> <i>Studienanfänger</i>, die auf den Immatrikulationspapieren als letzte berufliche Stellung des Vaters "Angestellter" eingetragen haben. Die berufliche Stellung des Vaters wird auch berücksichtigt, wenn dieser bereits verstorben ist.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zur Volks- und Berufszählung 1970 und Arbeitsstättenzählung 1970 wer- den in der Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhän- gerbestandes keine Personenzahlen, sondern Fahrzeugbestände von Angestellten nachgewiesen. In der Wohngeldstatistik werden Wohn- geldempfängerhaushalte nachgewiesen, deren Haushaltsvorstände Angestellte sind; in der Studentenstatistik handelt es sich um deutsche Studienanfänger, die auf den Immatrikulationspapieren als berufliche Stellung des Vaters "Angestellter" eingetragen ha- ben.</p>

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

ANGESTELLTE (R)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

422, 2817, 1133,
907, 3283

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Während in der Volks- und Berufszählung 1970 und in der Wohngeldstatistik für die Zuordnung zu den Angestellten die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag maßgebend ist, ist für die Zuordnung zu den Angestellten in der Arbeitsstättenzählung 1970 und in der Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeughängerbestandes die Beitragspflicht in der Angestelltenrentenversicherung entscheidend.

Im Unterschied zur Volks- und Berufszählung 1970 und der Arbeitsstättenzählung 1970 zählen in der Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeughängerbestandes und in der Wohngeldstatistik auch die Praktikanten, Volontäre sowie die kaufmännischen, technischen und Verwaltungsauszubildenden zu den Angestellten.

Geistliche rechnen in der Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeughängerbestandes im Unterschied zur Volks- und Berufszählung 1970, der Arbeitsstättenzählung 1970 und der Wohngeldstatistik grundsätzlich nicht zu den Angestellten.

Unterschiede in den Angestelltenzahlen der Volks- und Berufszählung 1970 und Arbeitsstättenzählung 1970 ergeben sich u.a. daraus, daß Angestellte in mehreren Arbeitsstätten beschäftigt sein und deshalb in der Arbeitsstättenzählung mehrfach erfaßt und nachgewiesen werden können. In der Volks- und Berufszählung 1970 wird jeder Angestellte nur einmal erfaßt, da die einzelne Person und nicht die Arbeitsstätte die Erhebungseinheit ist.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ANGESTELLTE, BEAMTE, KAUFMÄNNISCH UND TECHNISCH
AUSZUBILDENDE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

422

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Alle folgenden
Statistiken

B e g r i f f s i n h a l t : Zusammenfassung der Angestellten, Beamten sowie der kaufmännisch, technisch und Verwaltungsauszubildenden.

Die Zuordnung zu den Angestellten erfolgt in der amtlichen Statistik unterschiedlich nach der Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. der Vereinbarung im Arbeitsvertrag oder nach der Zugehörigkeit zur Angestelltenrentenversicherung. Nach der Art der ausgeübten Tätigkeit zählen zu den Angestellten alle nicht beamteten Gehaltsempfänger, die überwiegend eine kaufmännische, büro- bzw. verwaltungsmäßige, höhere technische oder überwiegend leitende oder sonst gehobene Tätigkeit ausüben. Nach der Zugehörigkeit zur Angestelltenrentenversicherung gehören zu den Angestellten alle nicht beamteten Gehaltsempfänger, die der Beitragspflicht zur Angestelltenrentenversicherung unterliegen oder aufgrund gesetzlicher Bestimmungen davon befreit sind.

Zu den Angestellten rechnen auch leitende Kräfte wie z.B. Vorstandsmitglieder, Gesellschafter und leitende Angestellte, sofern sie in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Unternehmen stehen.

Zu den Beamten zählen Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts stehen, in das sie durch eine Anstellungs- (Ernennungs-)urkunde berufen worden sind. Einbezogen sind u.a. auch Beamtenanwärter sowie Beamte im Vorbereitungsdienst.

Kaufmännische, technische und Verwaltungsauszubildende sind Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in anerkannten kaufmännischen, technischen oder Verwaltungsberufen ausgebildet werden.¹⁾ Die Ausbildung dieser Personen mündet normalerweise in einen Angestelltenberuf ein. Einbezogen sind auch Praktikanten, Volontäre und Umschüler mit entsprechenden Tätigkeiten.

1) Zu Einzelheiten siehe Berufsbildungsgesetz v. 14.8.1969 (BGBl. I S. 1112).

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff: ANGESTELLTE, BEAMTE, KAUFMÄNNISCH UND TECHNISCH AUSZUBILDENDE	DFK - Nr:
	GSK - Nr(n): 422
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1. Volks- und Berufszählung 1970	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Für die Zuordnung zu den Angestellten ist grundsätzlich die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag und nicht die Beitragspflicht oder Mitgliedschaft in der Angestelltenrentenversicherung maßgebend.</p> <p>Zu den Angestellten rechnen u.a. auch Gemeindeschwestern, Nonnen und Ordensbrüder im erwerbsfähigen Alter sowie Geistliche (mit Ausnahme der Geistlichen der evangelischen und römisch-katholischen Kirchen) und Sprecher von Religionsgemeinschaften.</p> <p>Zu den Beamten zählen u.a. auch Wahlbeamte, Richter, Soldaten, Angehörige der Polizei und des Bundesgrenzschutzes sowie Geistliche der evangelischen und römisch-katholischen Kirchen.</p>
2.1 Erhebung bei den Öffentlichen Elektrizitäts- versorgungs- unternehmen 01.01.50 - 31.12.74	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Für die Zuordnung zu den Angestellten ist die Beitragspflicht oder Mitgliedschaft in der Angestelltenrentenversicherung und nicht die Art der ausgeübten Tätigkeit maßgebend.</p> <p>Nicht zu den Angestellten, Beamten sowie den kaufmännisch und technisch Auszubildenden rechnen Personen, die in keinem festen Gehaltsverhältnis zum befragten Unternehmen stehen und nur regelmäßig zeitweise bestimmte Arbeiten durchführen (z.B. Schriftführer, Kassierer). Gleiches gilt für Angestellte, Beamte, kaufmännisch und technisch Auszubildende von sog. Bruttounternehmen, die im Unternehmen nur nebenbei stundenweise tätig sind. Dagegen sind Erkrankte, Urlauber und alle sonstigen vorübergehend Abwesenden sowie Teilzeitbeschäftigte miteinbezogen.</p>
2.2 Erhebung bei den Gasversorgungs- unternehmen 01.01.50 - 31.12.74	<p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Angestellten, Beamten sowie den kaufmännisch und technisch Auszubildenden umfassen die <i>Arbeitnehmer</i> (Arbeitsstättenzählung 1970, Statistik der Streiks und Aussperrungen) auch die Arbeiter einschl. der gewerblich Auszubildenden.</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ANGESTELLTE EINSCHL. KAUFMÄNNISCH AUSZUBILDENDE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

422

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Zusammenfassung der *Angestellten* und der *kaufmännischen, technischen und Verwaltungsauszubildenden*.

Zu den Angestellten zählen alle nicht beamteten Gehaltsempfänger, die überwiegend eine kaufmännische, büro- bzw. verwaltungsmäßige, höhere technische oder überwiegend leitende oder sonst gehobene Tätigkeit ausüben.

Für die Zuordnung zu den Angestellten ist grundsätzlich die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag und nicht die Beitragspflicht oder Mitgliedschaft in der Angestelltenrentenversicherung maßgebend.

Zu den Angestellten rechnen u.a. auch leitende Angestellte und Direktoren großer Betriebe, sofern sie nicht Miteigentümer sind, ferner "Versicherungsbeamte", "Betriebsbeamte" und "Bankbeamte", soweit sie nicht in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen. Ebenfalls einbezogen sind Gemeindeschwestern, Ordensbrüder, Geistliche (mit Ausnahme der Geistlichen der evangelischen und römisch-katholischen Kirchen) sowie Sprecher von Religionsgemeinschaften.

Zu den kaufmännischen, technischen und Verwaltungsauszubildenden zählen Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in anerkannten kaufmännischen, technischen oder Verwaltungsausbildungsberufen ausgebildet werden.¹⁾ Normalerweise mündet die Ausbildung dieser Personen in einen Angestelltenberuf ein.

Einbezogen sind auch Anlernlinge, Praktikanten, Volontäre sowie Umschüler mit entsprechenden Tätigkeiten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe *Angestellte einschl. kaufmännisch Auszubildende* sowie *kaufmännische und technische Angestellte einschl. Auszubildender* (Monatlicher Baubericht) entsprechen sich weitgehend. Unterschiede ergeben sich vor allem daraus, daß z.B. Angestellte in mehreren Betrie-

1) Zu Einzelheiten siehe Berufsbildungsgesetz v. 14.8.1969 (BGBI. I S. 1112).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ANGESTELLTE EINSCHL. KAUFMÄNNISCH AUSZUBILDENDE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

422

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

ben beschäftigt sein und deshalb im Monatlichen Baubericht mehrfach erfaßt und nachgewiesen werden können. In der Volks- und Berufszählung 1970 wird jeder Angestellte nur einmal erfaßt, da die einzelne Person und nicht der Betrieb, wie im Monatlichen Baubericht die Erhebungseinheit ist.

Unterschiede ergeben sich auch bei der Zuordnung der Angestellten einschl. der kaufmännisch Auszubildenden zu Wirtschaftszweigen, weil im Rahmen der Volkszählung die befragten Personen häufig nur ungenauere Angaben über den Wirtschaftszweig als die Betriebe machen können.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ANLAGEINVESTITIONEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 271, 481

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Volkswirtschaft-
liche
Gesamtrechnungen
01.01.60

B e g r i f f s i n h a l t : Käufe neuer Anlagen
(einschl. aller eingeführten und selbsterstellten
Anlagen) sowie von gebrauchten Anlagen und Land nach
Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land.

Die Käufe und Verkäufe von gebrauchten Anlagen und
Land saldieren sich weitgehend in der Volkswirtschaft
mit Ausnahme der Verkäufe von Anlageschrott, gebrauchten
Ausrüstungsgütern an private Haushalte (z.B. Kraftwagen)
und an die übrige Welt (Kraftwagen, Schiffe u.a.).

Die Anlageinvestitionen der privaten Organisationen
ohne Erwerbscharakter werden im Unternehmenssektor
nachgewiesen. Die Investitionen in Wohnbauten sind,
in Übereinstimmung mit der Behandlung der Wohnungs-
vermietung als unternehmerische Tätigkeit, ebenfalls
in den Unternehmenssektor einbezogen.

Als Anlagen werden alle dauerhaften, reproduzierbaren
Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme dauer-
hafter militärischer Güter und dauerhafter Güter,
die in den Privaten Verbrauch eingehen. Als dauerhaft
gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungs-
dauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise
aktiviert werden. Ausgenommen sind geringwertige Gü-
ter, vor allem solche, die periodisch wieder beschafft
werden, auch wenn sie eine längere Nutzungsdauer als
ein Jahr haben (z.B. kleinere Werkzeuge, Reifen,
Büromittel). Nicht in den Wert der Anlagen gehen
ferner die Aufwendungen für die normale Instandhal-
tung ein. Größere Reparaturen, die zu einer wesent-
lichen Steigerung des Wertes einer Anlage führen bzw.
einen größeren Schaden ausgleichen, sind dagegen Be-
standteil der Anlageinvestitionen. Der Wert der Dienst-
leistungen, die mit der Herstellung und dem Kauf von
Investitionsgütern verbunden sind (Leistungen von
Architekten, Rechtsanwaltskosten, öffentliche Gebühren
usw.), wird gleichfalls einbezogen. Auch die Kosten im
Zusammenhang mit der Übertragung von gebrauchten Anlagen
und Land sind in den Anlageinvestitionen enthalten (sie
gelten als Käufe von neuen Anlagen). Sächliche Aufwen-
dungen der Unternehmen für Forschung und Entwicklung,
die erst in späteren Perioden genutzt werden, rechnen
- soweit es sich nicht um dauerhafte Güter handelt -
nicht zu den Anlageinvestitionen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ANLAGEINVESTITIONEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

271, 481

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Es wird zwischen *Ausrüstungen* und *Bauten* unterschieden.

Die Anlageinvestitionen sind, soweit es sich um Käufe handelt, im Prinzip im Zeitpunkt des Entstehens von Forderungen und Verbindlichkeiten nachzuweisen. Angefangene Bauten werden nach internationaler Übung bereits zum Zeitpunkt der Produktion den Anlageinvestitionen zugerechnet. Dagegen zählen angefangene Ausrüstungen nicht zu den Anlageinvestitionen.

Anlageinvestitionen werden zu Anschaffungspreisen bewertet, soweit sie gekauft werden, bzw. zu Herstellungskosten, soweit sie selbst erstellt werden. Die Wertansätze schließen Mehrwertsteuer aus, soweit der Investor die Möglichkeit des Vorsteuerabzugs hat. Investitionssteuer ist, soweit sie erhoben wurde, einbezogen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zur Abgrenzung der Anlageinvestitionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und in den Bereichsstatistiken im Produzierenden Gewerbe siehe weiter unten.

2. Investitionserhebung im Bergbau und in der Industrie (ohne Bauindustrie)

01.01.62 -
31.12.75

B e g r i f f s i n h a l t : Bruttozugänge an erworbenen und für eigene Rechnung selbsterstellten Sachanlagen für Zwecke des Unternehmens.

Einbezogen in die Bruttozugänge an Sachanlagen sind aktivierte Großreparaturen und geringwertige Wirtschaftsgüter sowie alle begonnenen Anlagen, soweit sie aktiviert sind. Nicht in die Bruttozugänge an Sachanlagen werden einbezogen: Anzahlungen für Anlagen, soweit nicht aktiviert; Kauf ganzer Betriebe bzw. Unternehmen; Finanzierungskosten, die im Zusammenhang mit dem Erwerb bzw. der Erstellung von Sachanlagen anfallen; Erwerb von Beteiligungen, Wertpapieren usw. sowie der Kauf von Lizenzen, Patenten und Konzessionen. Nicht einbezogen werden die Investitionen in Zweigniederlassungen im Ausland.

3. Unternehmens- und Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe

01.01.62 -
31.12.75

4. Investitionserhebung im Produzierenden Handwerk (ohne Bauhauptgewerbe)

01.01.67 -
31.12.75

Die Bruttozugänge an Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Der Wertansatz schließt Mehrwertsteuer aus, soweit der Investor die Möglichkeit des Vorsteuerabzugs hat. Investitionssteuer ist, soweit sie erhoben wurde, einbezogen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ANLAGEINVESTITIONEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):
271, 481Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

5. Investitionserhebung in der öffentlichen Energieversorgung

01.01.62 -
31.12.74

In den Investitionserhebungen im Produzierenden Gewerbe werden als Anlageinvestitionsarten *Grundstücke ohne Bauten, Grundstücke mit Bauten, Maschinen, maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung* (im Bauhauptgewerbe: *Baugeräte, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung*) unterschieden.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :
Bis 1967 war die Umsatzsteuer in den Wertansätzen für Anlageinvestitionen generell enthalten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : A n l a g e -
investitionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bezeichnen prinzipiell den gleichen Tatbestand wie die Anlageinvestitionen in den Investitionserhebungen im Produzierenden Gewerbe, sie unterscheiden sich jedoch begrifflich wie folgt:

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen heben sich die Käufe und Verkäufe gebrauchter Anlagen und Land zwischen Unternehmen gegenseitig auf. In den Investitionserhebungen des Produzierenden Gewerbes werden dagegen alle Bruttozugänge auf Sachanlagekonten (unsaldierte Käufe) erfaßt.

Anlageinvestitionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden für die Gesamtheit aller Unternehmen nachgewiesen, in den Investitionserhebungen im Produzierenden Gewerbe werden Anlageinvestitionen dagegen für Unternehmen, für deren fachliche Teile oder für Betriebe nur oberhalb einer bestimmten Abschneidegrenze dargestellt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ANLAGEVERMÖGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1402

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Ein-
heitswerte der ge-
werblichen Betriebe

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Wirtschaftsgüter, die dauernd dem Geschäftsbetrieb eines gewerblichen *Betriebes* in Form von Sachanlagen oder *Finanzanlagen* dienen.

Zu den Sachanlagen gehören die *Betriebsgrundstücke*, die *Maschinen und ähnlichen Anlagen* (Maschinen und maschinelle Anlagen, Betriebsvorrichtungen) sowie die *sonstigen Sachanlagen* (Fuhrpark einschl. Schiffe sowie Werkzeuge, Gerätschaften und die übrigen Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung). Die Finanzanlagen umfassen die Mineralgewinnungsrechte sowie das übrige Anlagevermögen, u.a. den Firmenwert und sonstige immaterielle Wirtschaftsgüter (z.B. Patente, nichtgeschützte Erfindungen und Urheberrechte, soweit sie nicht nach dem Bewertungsgesetz außer Ansatz bleiben, ferner Brennrechte, Verlagsrechte, Wassernutzungsrechte, Wettbewerbsverbote, Optionsrechte), Beteiligungen und Wertpapiere. Dies gilt für die immateriellen Wirtschaftsgüter jedoch nur dann, wenn sie entgeltlich erworben wurden oder wenn die selbständige Bewertungsfähigkeit durch die allgemeine Verkehrsanschauung oder durch Aufwendungen anerkannt wird, die auf das Wirtschaftsgut gemacht worden sind. Dabei kommt es nicht darauf an, ob eine Aktivierung in der Steuerbilanz erfolgte. Ein Geschäfts- oder Firmenwert dagegen ist nur dann zu erfassen, wenn er entweder in der DM-Eröffnungsbilanz angesetzt oder nach dem 20.7.1948 für seinen Erwerb ein Entgelt gezahlt worden ist. Auch langfristige Darlehens- und Hypothekenforderungen gehören in der Regel zu den Finanzanlagen.

Für den Bestand und die Bewertung des Anlagevermögens sind grundsätzlich die Verhältnisse im Hauptfeststellungszeitpunkt maßgebend. Bei Betrieben, die regelmäßig jährliche Abschlüsse am Schluß des Kalenderjahres machen, ist dieser Abschlußtag zugrunde zu legen. Auf Antrag kann für Betriebe, die regelmäßig jährliche Abschlüsse auf einen anderen Tag machen (Betriebe mit einem vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahr), als Bewertungsstichtag der Schluß des Wirtschaftsjahres zugrunde gelegt werden, das dem Feststellungszeitpunkt vorangeht. Der auf den Abschlußzeitpunkt ermittelte Wert gilt in diesen Fällen als Wert vom Feststellungszeitpunkt. Die vorgenannten Ausnahmen gelten jedoch nicht für die Betriebsgrundstücke und die Bewertung von Wertpapieren, Anteilen und Genußscheinen an Kapitalgesellschaften sowie Beteiligungen an einer Personengesellschaft. Im Falle zwischenzeitiger Bestandsveränderung erfolgt, sofern diese mit dem Erwerb oder der Veräußerung von Grundbesitz zusammenhängt, ggf. ein Ausgleich.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ANLAGEVERMÖGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1402

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bewertungsmaßstab für die einzelnen zu einem gewerblichen Betrieb gehörenden Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens ist in der Regel der Teilwert. Dabei handelt es sich um den Betrag, den ein Erwerber des ganzen Unternehmens bei dessen Fortführung im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde.

Abweichend von diesem Grundsatz sind u.a. anzusetzen:

1. Wirtschaftsgüter, für die ein Einheitswert festzustellen ist (Betriebsgrundstücke, Mineralgewinnungsrechte und Beteiligungen an Personengesellschaften) mit dem Einheitswert;
2. Wertpapiere, Anteile und Genußscheine an Kapitalgesellschaften in der Regel entweder
 - a) mit dem niedrigsten im amtlichen Handel notierten Kurs oder aber, falls kein Kurs besteht,
 - aa) soweit die Wertpapiere Anteile an Kapitalgesellschaften verbriefen mit dem gemeinen Wert,
 - bb) soweit die Wertpapiere Forderungsrechte verbriefen mit dem Nennwert oder
 - b) mit dem Rücknahmepreis, sofern die Wertpapiere Rechte der Einleger gegen eine Kapitalanlagegesellschaft oder einen sonstigen Fonds verbriefen;
3. Kapitalforderungen grundsätzlich mit dem Nennwert;
4. Rechte auf wiederkehrende Nutzungen und Leistungen mit dem Kapitalwert.

Der gemeine Wert stellt den Einzelveräußerungspreis dar, der sich für das aus dem Betrieb herausgelöste Wirtschaftsgut im gewöhnlichen Geschäftsverkehr bei der Veräußerung erzielen läßt.¹⁾

1) Zu Einzelheiten der Bewertung siehe Bewertungsgesetz i.d.F. v. 10.9.1965 (BGBl. I S. 1861), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes zur Wahrung der steuerlichen Gleichmäßigkeit bei Auslandsbeziehungen und zur Verbesserung der steuerlichen Wettbewerbsslage bei Auslandsinvestitionen v. 8.9.1972 (BGBl. I S. 1713) sowie die entsprechenden Vermögensteuer-richtlinien.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1402
ANLAGEVERMÖGEN	
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
	<p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1972 erfolgte der Ansatz der <i>Betriebsgrundstücke</i> mit den nach den Wertverhältnissen vom 1.1.1935 festgestellten, fortgeschriebenen oder nachfestgestellten Einheitswerten.</p> <p>Bis einschl. 1960 wurden alle Gewerberechtigungen mit dem Einheitswert angesetzt. Dies gilt ab 1963 nur noch für die Mineralgewinnungsrechte. Der Wertansatz für die übrigen Gewerbeberechtigungen erfolgt seitdem innerhalb der Finanzanlagen gemeinsam mit den anderen immateriellen Wirtschaftsgütern des <i>Anlagevermögens</i>. Für die Mineralgewinnungsrechte wurde vor dem 1.1.1972 die letzte Hauptfeststellung - gemeinsam mit der für die übrigen o.g. Gewerbeberechtigungen - auf den 1.1.1935 durchgeführt. Danach sind nur noch unter bestimmten Voraussetzungen Wertfortschreibungen oder Nachfeststellungen erfolgt; für diese waren jedoch anders als bei den Betriebsgrundstücken sowohl der Bestand als auch die Wertverhältnisse vom jeweiligen Bewertungsstichtag maßgebend. Ferner galten vor 1963 insbesondere für die Festsetzung der Steuerverkurse ein anderes Verfahren mit für den gesamten Bewertungszeitraum starr festgesetzten besonderen "Steuerverkurswerten" und gehörten u.a. Dienstleistungen - auch wenn sie nicht in Lizenz vergeben worden waren - noch zum Betriebsvermögen.</p> <p>Bezüglich näherer Einzelheiten und weiterer Änderungen wird auf die im Zeitablauf ergangenen steuerrechtlichen Vorschriften und Richtlinien verwiesen. Dies gilt auch hinsichtlich des in bestimmten Fällen zulässigen Bewertungsabschlags nach § 7 Abs. 2 des Entwicklungshilfe-Steuergesetzes 1968 (BGBI. I S. 217).</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zum Anlagevermögen umfaßt das <i>Umlaufvermögen</i> (Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe) die Wirtschaftsgüter, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb des gewerblichen Betriebes zu dienen. Dazu rechnen das Betriebskapital (z.B. Bestände, Bank- und Postscheckguthaben, Forderungen, Wechselbestände, ggf. auch Wertpapiere, Geschäftsanteile und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten) sowie das zur alsbaldigen Veräußerung oder Weiterverarbeitung vorhandene Vorratsvermögen (Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, unfertige und fertige Erzeugnisse sowie Waren).</p> <p>Die Gliederung der Vermögensaufstellung entspricht nicht der Jahresbilanz gem. § 151 AktG 1965. Beide unterscheiden sich - abgesehen von den ohnehin steuerrechtlich bedingten Unterschieden - z.B. innerhalb des Anlagevermögens u.a. hinsichtlich der Zuordnung der immateriellen Anlagewerte zu den Sachanlagen oder Finanzanlagen.</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	ANSTALTEN	DFK - Nr:
		GBK - Nr(n): 652

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Öffentliche oder private Einrichtungen, die einem bestimmten sozialen, religiösen oder wirtschaftlichen Zweck dienen und in der Insassen und/oder Personal ständig gemeinschaftlich wohnen.

In Anstalten wird i.d.R. eine Gemeinschaftsverpflegung angeboten bzw. eine gemeinschaftliche Kochgelegenheit oder Teeküche zur Benutzung überlassen.

Zu den Anstalten zählen z.B. Altenheime, Heil- und Pflegeanstalten, Krankenhäuser, Sanatorien, Erholungs- und Ferienheime, Kinderheime, Kindergärten, Kinderdörfer, Kindertagesstätten, Schüler-, Lehrlings-, Studentenwohnheime, Erziehungsheime, Strafanstalten, Durchgangs- und Wohnlager für Flüchtlinge, Vertriebene, Zuwanderer und Aussiedler, Wohnheime für Obdachlose und Wohnungslose, Wohnheime und Wohnbaracken für deutsche und ausländische Arbeiter, Kasernen, Klöster u.dgl.

Hotels, Pensionen und Gasthöfe werden nur dann als Anstalten erfaßt, wenn mindestens 11 Personen des Personals (einschließlich der *Tätigen Inhaber* und *Mithelfenden Familienangehörigen*) im Betriebsgebäude wohnen. In allen anderen Fällen werden die Betriebe als *Privathaushalte* gezählt.

Statistische Datenbank - Definitionskatalog -	
Begriff: ANSTALTSBEVÖLKERUNG	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 653
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Volks- und Berufs- zählung 1970	<p> B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die als Insassen oder Personal im Bereich einer Anstalt wohnen und dort keinen eigenen Privathaushalt führen. </p> <p> Bei der Erfassung der Anstaltsbevölkerung sind Mehrfachzählungen möglich. Auf das Bundesgebiet bezogen gibt die Anstaltsbevölkerung die Zahl der belegten Wohnplätze in Anstalten an. </p> <p> Anstalten sind öffentliche oder private Einrichtungen, die einem bestimmten sozialen, religiösen oder wirtschaftlichen Zweck dienen und in denen Insassen und/oder Personal ständig gemeinschaftlich wohnen. </p> <p> Voraussetzung für die Zugehörigkeit zur Anstaltsbevölkerung ist, daß die erfaßten Personen in der Anstalt behördlich oder polizeilich gemeldet sind und ganz oder teilweise an der Gemeinschaftsverpflegung teilnehmen oder irgendwelche gemeinschaftlichen Einrichtungen benutzen. </p> <p> Nicht erfaßt werden Personen, die nur in der Anstalt arbeiten, ohne dort zu wohnen oder die dort nur vorübergehend untergebracht sind (z.B. Patienten in Krankenhäusern). </p> <p> Ebenfalls nicht zur Anstaltsbevölkerung rechnen Personen, die innerhalb des Anstaltsbereichs einen eigenen Haushalt führen (z.B. Haushalt des Pförtners, Anstaltsleiters u.dgl.), also im allgemeinen so wirtschaften wie ein Privathaushalt außerhalb einer Anstalt. Wesentliches Merkmal hierfür ist das Vorhandensein einer eigenen Küche, Kochnische oder sonstigen Kochgelegenheit, die zur regelmäßigen Zubereitung von Mahlzeiten benutzt wird. </p> <p> Bei der Zuordnung von Personen zur Anstaltsbevölkerung wird von der <i>wohnberechtigten Bevölkerung</i> ausgegangen. Zur wohnberechtigten Bevölkerung zählen alle Personen, die in der jeweiligen Erfassungsgemeinde eine Wohnung oder Unterkunft besitzen, unabhängig davon, ob sie in einer anderen Gemeinde noch einen weiteren Wohnsitz haben und gleichgültig, von wo aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. wo sie sich überwiegend aufhalten. </p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ANSTALTSBEVÖLKERUNG

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

653

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Während bei der Zuordnung von Personen zur Anstaltsbevölkerung von der wohnberechtigten Bevölkerung oder der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten ausgegangen wird, sind die *Personen in Anstalten* (Volks- und Berufszählung 1970) Teil der Wohnbevölkerung. Z.B. rechnet eine Person, die sowohl einen Privathaushalt führt als auch eine Unterkunft in einer Anstalt hat, sowohl zur Anstaltsbevölkerung der Anstaltsgemeinde als auch zur wohnberechtigten Bevölkerung derjenigen Gemeinde, in der ihr Privathaushalt liegt. Da bei der Wohnbevölkerung dagegen Mehrfacherfassungen ausgeschlossen werden, wird jemand nur dann zu den Personen in Anstalten gerechnet, wenn die Anstaltsgemeinde - und nicht die Gemeinde, in der der Privathaushalt liegt - den Mittelpunkt der Lebensverhältnisse darstellt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ANSTALTSBEVÖLKERUNG IN ALTENWOHN-, ALTENPFLEGE-
UND ALTENHEIMEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

653, 654

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die als Insassen oder Personal im Bereich eines Heimes wohnen, das den besonderen Bedürfnissen älterer Leute entspricht und die dort keinen eigenen *Privathaushalt* führen.

Zu den Bewohnern von Altenwohnheimen rechnen Personen, die zwar vorwiegend die Gemeinschaftseinrichtungen (Gemeinschaftsküche, Betreuung usw.) in Anspruch nehmen, daneben aber auch die Möglichkeit haben, sich durch Zubereitung von Mahlzeiten selbst zu versorgen und Lebensmittel zu bevorraten. Altenwohnheime bestehen überwiegend aus in sich abgeschlossenen Ein- und Zweipersonenwohnungen.

In Altenheimen wohnen nicht mehr erwerbstätige alte Menschen, die keinen eigenen Privathaushalt führen, aber nicht pflegebedürftig sind und im Heim voll versorgt und betreut werden.

In Altenpflegeheimen sind dauernd bettlägerige oder pflegebedürftige alte Leute untergebracht.

Bei der Zuordnung wird von der *wohnberechtigten Bevölkerung* ausgegangen. Zu weiteren Einzelheiten siehe *Anstaltsbevölkerung*.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	<div>DFK - Nr:</div> <hr/> <div>GBK - Nr(n): 523</div>
----------	--

ANSTALTSGEBÄUDE

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Baugenehmigungen

01.01.55

B e g r i f f s i n h a l t : *Nichtwohnbauten*, in denen ausschließlich oder überwiegend Personen untergebracht sind und die mit Einrichtungen für eine zentrale Haushaltsführung ausgestattet sind.

Zu den Anstaltsgebäuden zählen z.B. Krankenhäuser und Kliniken, Wohn-, Erholungs- und Ferienheime, Lager und Strafvollzugsanstalten.

Zum Anstaltskomplex gehörende freistehende Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäude werden entsprechend ihrer Verwendung eingeordnet: die Verwaltungsgebäude z.B. bei den *Bürogebäuden*, die Werkstattgebäude bei den *gewerblichen Betriebsgebäuden*, das Haus des Hausmeisters bei den *Wohnbauten*.

Gebäude, die überwiegend über abgeschlossene *Wohnungen* verfügen, z.B. Schwesternwohnheime oder entsprechende Altenwohnheime, zählen nicht zu den Anstalts-, sondern zu den Wohngebäuden.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :
Bis einschl. 1964 zählten Gebäude des Beherbergungsgewerbes (z.B. Hotels und Pensionen) zu den Anstaltsgebäuden, seit 1965 zählen sie hingegen zu den *gewerblichen Betriebsgebäuden*.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: ANTEIL DER ERWERBSTÄTIGEN AM ARBEITSORT AN DEN ERWERBSTÄTIGEN AM WOHNORT	DFK - Nr.: GBK - Nr(n): 2158
---	--

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Volks- und Berufs-
zählung, 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Verhältnis aus der Zahl der *Erwerbstätigen am Arbeitsort* und der Zahl der *Erwerbstätigen am Wohnort*.

Zu den *Erwerbstätigen am Arbeitsort* rechnen *Erwerbstätige*, die in der jeweiligen Gemeinde ihre *Erwerbstätigkeit* ausüben. *Erwerbstätige am Wohnort* sind *Erwerbstätige*, die in der *Erfassungsgemeinde* zur *Wohnbevölkerung* zählen.

Die Zahl der *Erwerbstätigen am Arbeitsort* wird ermittelt, indem von den *Erwerbstätigen am Wohnort* die *Berufsauspendler* abgezogen und die *Berufseinpender* aus anderen Gemeinden des Inlands hinzugezählt werden. Bei den *Berufseinpendlern* werden jene Personen nicht erfaßt, die im Inland *erwerbstätig* sind, aber im Ausland ihren Wohnsitz haben (sog. *Grenzgänger*). Zu den *Berufsauspendlern* gehören jedoch auch die *Erwerbstätigen*, die im Ausland *erwerbstätig* sind, ihren Wohnsitz jedoch im Inland haben.

Für die Zuordnung zu den *Erwerbstätigen am Arbeitsort* bzw. *Wohnort* ist es also unerheblich, ob diese *Erwerbstätigen* in der *Erfassungsgemeinde* auch zur *Wohnbevölkerung* zählen bzw. auch zur Arbeit gehen.

Zu beachten ist jedoch, daß für *Erwerbstätige* mit häufig wechselndem *Arbeitsort* (z.B. *Monteure*, *Fernfahrer*, *Vertreter* u. dgl.) sowie *Landwirte* als *Arbeitsort* ihr *Wohnort* gilt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
ANTEIL DES AUFTRAGSEINGANGS AM UMSATZ	GBK - Nr(n): 690

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Statistik des
Auftragseingangs
in der Industrie

01.01.62 -
31.12.76

B e g r i f f s i n h a l t : Verhältnis von Auf-
tragseingang zu Umsatz in Prozent.

Als Auftragseingang gilt die Summe der Werte aller
im Berichtszeitraum eingegangenen und vom Betrieb
akzeptierten Aufträge von anderen Firmen und son-
stigen Kunden laut Auftragsbestätigung. Zu Einzel-
heiten diesbezüglich siehe *Index des Auftragseingangs*
(Statistik des Auftragseingangs in der Industrie).

Der Umsatz ist gleich der Summe der abgerechneten
Entgelte für Lieferungen von betriebseigenen Erzeug-
nissen und Leistungen. Zu Einzelheiten siehe *Umsatz*
(Monatlicher Industriebericht).

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zwischen
dem Anteil des Auftragseingangs am Umsatz und dem
Index des Auftragsbestandes (Statistik des Auftrags-
bestandes in der Industrie) besteht nur ein weiter
Zusammenhang¹⁾: denn Werte für den Anteil des Auf-
tragseingangs am Umsatz, die über hundert Prozent
liegen, zeigen einen zunehmenden Auftragsbestand an,
Werte unter hundert Prozent dagegen eine Bestands-
abnahme.

1) Zum Unterschied zwischen den Zeitreihen dieser
Kennzahlen und seiner Begründung siehe Erhard, U.:
Zur Aussage des Index über den Auftragsbestand
in der Industrie, in WiSta 10/1971, S. 606 ff.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

APOTHEKEN (VOLL- UND ZWEIGAPOTHEKEN)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

406

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Berufe
des Gesundheits-
wesens

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Zu den Apotheken zählen alle öffentlichen Voll- und Zweigapotheken, nicht aber Krankenhausapotheken und Notapotheken.

Die öffentlichen Apotheken dienen der ordnungsgemäßen Arzneimittelversorgung aller Teile der Bevölkerung. Der Betrieb einer Apotheke bedarf der Erlaubnis durch die zuständige Verwaltungsbehörde. Bei Vorliegen der notwendigen Voraussetzungen wird die Erlaubnis einem Apotheker für die in der Erlaubnisurkunde bezeichneten Räumlichkeiten erteilt.

Zweigapotheken sind Apotheken, deren Betrieb bei einem Notstand in der Arzneimittelversorgung erlaubt wird. Die Erlaubnis wird auf befristete Zeit dem Inhaber einer nahe gelegenen Apotheke zusätzlich zur Erlaubnis zum Betrieb seiner eigenen Apotheke erteilt, wenn er die dafür vorgeschriebenen Räume nachweist. Zweigapotheken müssen von einem Apotheker verwaltet werden.

Die Erlaubnis zum Betrieb einer Krankenhausapotheke wird dem Träger einer oder mehrerer Krankenanstalten erteilt, wenn ein Apotheker angestellt wird, der die notwendigen Voraussetzungen erfüllt; und die erforderlichen Räume vorhanden sind. Die Erlaubnis berechtigt zur Abgabe von Arzneimitteln für die Insassen der Krankenanstalten des Trägers, dem die Erlaubnis erteilt ist, und an die in den Anstalten beschäftigten Personen.

Wenn ein Notstand in der Arzneimittelversorgung der Bevölkerung vorliegt und innerhalb einer bestimmten Frist kein Antrag auf Betrieb einer Voll- oder Zweigapotheke gestellt wurde, kann die zuständige Behörde einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband die Erlaubnis zum Betrieb einer Notapotheke erteilen; vorausgesetzt ist, daß ein angestellter Apotheker die Leitung übernimmt und die erforderlichen Räume und Einrichtungen vorhanden sind.¹⁾

1) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über das Apothekenwesen v.20.8.1960 (BGBl. I S. 697) und Änderungsgesetze.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

APOTHEKER IN VOLL- UND ZWEIGAPOTHEKEN

DFK - Nr.:

GBK - Nr(n):

405

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Berufe
des Gesundheits-
wesens

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : In öffentlichen Apotheken (Voll- und Zweigapotheken) tätige Apotheker, die entweder im Besitz einer Approbation bzw. Bestallung sind - sofern die Approbation bzw. Bestallung nicht ruht - oder die im Besitz einer Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung des Apothekerberufs sind.¹⁾

Nicht einbezogen werden die in Krankenhausapotheken und in Notapotheken beschäftigten Apotheker.

1) Zu Einzelheiten siehe Bundes-Apothekerordnung v. 5.6.1968 (BGBl.I S. 691) und Änderungsgesetze.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ARBEITER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

422, 2817, 1133,
907, 3345, 3283, 3597Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Alle folgenden
StatistikenB e g r i f f s i n h a l t : Alle Lohnempfänger unabhängig
von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode.1. Volks- und
Berufszählung
1970B e g r i f f s i n h a l t : Für die Zuordnung zu den Arbei-
tern ist primär die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die Ver-
einbarung im Arbeitsvertrag und nicht die Beitragspflicht in der
Arbeiterrentenversicherung maßgebend.Zu den Arbeitern zählen im einzelnen Facharbeiter, Gesellen, an-
gelernte Arbeiter, Hilfsarbeiter und Heimarbeiter. Mithelfende
Familienangehörige und Hausgehilfinnen werden zu den Arbeitern
gerechnet, wenn sie in der Arbeiterrentenversicherung pflicht-
versichert sind.Nicht zu den Arbeitern zählen die *gewerblich Auszubildenden*.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 7.

2. Mikrozensus
01.01.64 -
31.12.71B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., jedoch einschließ-
lich der *gewerblich Auszubildenden* sowie der Anlernlinge, Prak-
tikanten und Volontäre mit entsprechenden Tätigkeiten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 7.

3. Arbeitsstätten-
zählung 1970B e g r i f f s i n h a l t : Für die Zuordnung zu den Arbei-
tern ist primär die Beitragspflicht in der Arbeiterrentenversi-
cherung und nicht die ausgeübte Tätigkeit maßgebend.Zu den Arbeitern zählen im einzelnen Facharbeiter, Gesellen, an-
gelernte und ungelernte Arbeiter bzw. Hilfsarbeiter. Mithelfende
Familienangehörige, die in der Arbeiterrentenversicherung
pflichtversichert sind, rechnen ebenfalls zu den Arbeitern, so-
weit sie in einem Lohnverhältnis stehen.Nicht zu den Arbeitern zählen die Heimarbeiter und die gewerbli-
chen Lehrlinge einschl. der Anlernlinge, Praktikanten und Volon-
täre.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

ARBEITER

GBK - Nr(n):

422, 2817, 1133,
907, 3345, 3283, 3597Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 7.

3.1 Monatlicher
Industriebe-
richtB e g r i f f s i n h a l t : Für die Zuordnung zu den Arbei-
tern ist primär die Beitragspflicht in der Arbeiterrentenver-
sicherung und nicht die ausgeübte Tätigkeit maßgebend.01.01.50 -
31.12.76Zu den Arbeitern zählen im einzelnen Facharbeiter, Gesellen, an-
gelernte und ungelernte Arbeiter, Hilfsarbeiter, Saisonarbeiter
sowie die *gewerblich Auszubildenden*. Mithelfende Familienange-
hörige, die in der Arbeiterrentenversicherung pflichtversichert
sind, rechnen ebenfalls zu den Arbeitern.3.2 Monatsbericht
für Unternehmen
und Betriebe im
Bergbau und im
Verarbeitenden
Gewerbe

Nicht zu den Arbeitern zählen die Heimarbeiter.

01.01.70

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 7.

4.1 Erhebung bei
den öffent-
lichen Elektri-
zitätsversor-
gungsunter-
nehmenB e g r i f f s i n h a l t : Für die Zuordnung zu den Arbei-
tern ist primär die Beitragspflicht in der Arbeiterrentenversi-
cherung und nicht die ausgeübte Tätigkeit maßgebend.01.01.50 -
31.12.74Zu den Arbeitern zählen im einzelnen Facharbeiter, Gesellen, an-
gelernte und ungelernte Arbeiter, Hilfsarbeiter, Saisonarbeiter
sowie die *gewerblich Auszubildenden*.4.2 Erhebung bei
den Gasversor-
gungsunter-
nehmenNicht zu den Arbeitern zählen Personen, die in keinem festen
Lohnverhältnis zum befragten Unternehmen stehen und nur regelmä-
ßig zeitweise bestimmte Arbeiten durchführen (z.B. Schriftführer,
Kassierer). Gleiches gilt für Arbeiter von sog. Bruttounterneh-
men, die im Unternehmen nur nebenbei stundenweise tätig sind.01.01.50 -
31.12.74

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 7.

5. Wohngeld-
statistikB e g r i f f s i n h a l t : Für die Zuordnung zu den Arbei-
tern ist primär die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die Ver-
einbarung im Arbeitsvertrag und nicht die Beitragspflicht in der
Arbeiterrentenversicherung maßgebend.

01.01.65

Zu den Arbeitern zählen im einzelnen Facharbeiter, angelernte und
ungelernte Arbeiter, Hilfsarbeiter, Heimarbeiter sowie die *ge-
werblich Auszubildenden*.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ARBEITER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

422, 2817, 1133,

907, 3345, 3283, 3597

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

In der Wohngeldstatistik werden *Wohngeldempfänger* (haushalte) nachgewiesen, deren Haushaltsvorstände Arbeiter sind. Als Haushaltsvorstand gilt dasjenige Familienmitglied, das im Zeitpunkt der Antragstellung auf Wohngeld den größten Teil der Unterhaltskosten für die zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder trägt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 7.

6. Statistik des
Kraftfahrzeug-
und Kraftfahr-
zeuganhänger-
bestandes

01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t : Für die Zuordnung zu den Arbeitern ist primär die Beitragspflicht in der Arbeiterrentenversicherung und nicht die ausgeübte Tätigkeit maßgebend.

Zu den Arbeitern zählen im einzelnen Facharbeiter, Gesellen, angelernte und ungelernte Arbeiter, Hilfsarbeiter, Heimarbeiter sowie die *gewerblich Auszubildenden*.

In der Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes wird der Fahrzeugbestand nach Fahrzeughaltern, darunter der Fahrzeugbestand der Arbeiter nachgewiesen. Als Fahrzeughalter gilt derjenige, auf den das Fahrzeug zugelassen wird. Halter und Eigentümer eines Fahrzeuges müssen nicht identisch sein.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Von 1952 bis 1967 wird der Bestand an *Lastkraftwagen* der Arbeiter im Lastkraftwagenbestand der *Beamten* nachgewiesen. Im Jahre 1954 ist der Bestand an *Krafträdern* der Arbeiter im Krafträderbestand der *Angestellten* enthalten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 7.

7. Studenten-
statistik

01.10.76

B e g r i f f s i n h a l t : Nachgewiesen werden *deutsche Studienanfänger*, die auf den Immatrikulationspapieren als letzte berufliche Stellung des Vaters "Arbeiter" eingetragen haben. Die berufliche Stellung des Vaters wird auch berücksichtigt, wenn dieser bereits verstorben ist.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den unter den o.g. Nummern 1. - 4.2 bezeichneten Statistiken werden in der Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes keine Personenzahlen, sondern Fahrzeugbestände von Arbeitern nachgewiesen. In der Wohngeldstatistik werden Wohngeldempfängerhaushalte nachgewiesen, deren Haushaltsvorstände Arbeiter sind; in der Studentenstatistik handelt es sich um deutsche Studienanfänger, die bei der Immatrikulation als berufliche Stellung des Vaters "Arbeiter" angegeben haben.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ARBEITER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

422, 2817, 1133,
907, 3345, 3283, 3597Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Während in der Volks- und Berufszählung 1970, im Mikrozensus und in der Wohngeldstatistik für die Zuordnung zu den Arbeitern die ausgeübte Tätigkeit bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag maßgebend ist, ist für die Zuordnung zu den Arbeitern in den anderen, o.g. Statistiken die Beitragspflicht in der Arbeiterrentenversicherung entscheidend.

Heimarbeiter rechnen nur in der Volks- und Berufszählung 1970, im Mikrozensus, der Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes und in der Wohngeldstatistik zu den Arbeitern. Die gewerblich Auszubildenden einschl. der Anlernlinge, Praktikanten und Volontäre zählen in der Volks- und Berufszählung 1970 und der Arbeitsstättenzählung 1970 nicht zu den Arbeitern.

Unterschiede in den Arbeiterzahlen der Volks- und Berufszählung 1970 und im Mikrozensus einerseits und der Arbeitsstättenzählung 1970 und den Bereichsstatistiken andererseits ergeben sich u.a. auch daraus, daß Arbeiter in mehreren Arbeitsstätten, Betrieben oder Unternehmen beschäftigt sein können und deshalb in der Arbeitsstättenzählung und den Bereichsstatistiken mehrfach erfaßt und damit mehrere Tätigkeitsfälle einer Person nachgewiesen werden können. In der Volks- und Berufszählung 1970 und im Mikrozensus wird jeder Arbeiter nur einmal erfaßt, da die Person bzw. der Haushalt die Erhebungseinheit ist.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ARBEITER EINSCHL. GEWERBLICH AUSZUBILDENDE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

422

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970B e g r i f f s i n h a l t : Zusammenfassung der Arbeiter
und der gewerblich Auszubildenden.

Zu den Arbeitern zählen alle Lohnempfänger, unabhängig von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode. Für die Zuordnung zu den Arbeitern ist grundsätzlich die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag und nicht die Beitragspflicht zur Arbeiterrentenversicherung maßgebend.

Gewerblich Auszubildende sind Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen ausgebildet werden. Normalerweise mündet die Ausbildung dieser Personen in einen Arbeiterberuf ein.¹⁾ Zu den gewerblich Auszubildenden rechnen auch Anlernlinge, Praktikanten, Volontäre und Umschüler mit entsprechenden Tätigkeiten.

1) Zu Einzelheiten siehe Berufsbildungsgesetz v. 14.8.1969 (BGBl. I S. 1112).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ARBEITNEHMER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

262, 2817

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik der
Streiks und
Aussperrungen
01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : An Streiks beteiligte und/oder von Aussperrungen betroffene Arbeiter, Angestellte und Auszubildende.

In die Statistik der Streiks und Aussperrungen werden nur diejenigen Arbeitskämpfe einbezogen, an denen mindestens 10 Arbeitnehmer beteiligt waren und die mindestens einen Tag dauerten oder durch die - unter Berücksichtigung aller an der Arbeits-einstellung beteiligten bzw. von ihr betroffenen Arbeitnehmer - ein Verlust von mehr als 100 Arbeitstagen entstanden ist.

2. Arbeitsstätten-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Die Arbeitnehmer umfassen die Beamten, Angestellten, Arbeiter und die Nachwuchskräfte.

Beamte sind Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts stehen, in das sie durch eine Anstellungs- (Ernennungs-)urkunde berufen worden sind.

Zu den Angestellten rechnen Personen, die der Beitragspflicht in der Angestelltenrentenversicherung unterliegen oder aufgrund gesetzlicher Vorschriften von dieser befreit sind.

Zu den Arbeitern zählen alle Lohnempfänger, unabhängig von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode, die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen.

Nachwuchskräfte sind Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in einem anerkannten Ausbildungsberuf ausgebildet werden.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	68K - Nr(n): 2808
ARBEITSSTÄTTEN	
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Arbeitsstätten- zählung 1970	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Örtliche Einheit (Grundstück oder abgegrenzte Räumlichkeit), in der am Stichtag der Erhebung mindestens eine Person (einschl. des Leiters oder Inhabers) oder - unter einheitlicher Leitung - mehrere Personen regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig waren.</p> <p>Als Arbeitsstätte gilt demnach jede Hauptniederlassung, jede Zweigniederlassung, jede Filiale, jede Werkstätte, jede Praxis (auch wenn in der Wohnung gelegen), jede Geschäftsstelle, jedes Büro (auch von Verbänden und Vereinen), jede Dienststelle einer Behörde, jede Anstalt oder Einrichtung, sofern sie von anderen Teilen der gleichen Wirtschaftseinheit örtlich getrennt liegt und mindestens eine Person in ihr regelmäßig erwerbstätig ist.</p> <p>Erfaßt werden die örtlichen Einheiten in allen Wirtschaftszweigen, unter anderem im Produzierenden Gewerbe, im Handel, im Verkehr, bei den Banken und Versicherungen, im Gastgewerbe, bei Reinigung und Körperpflege (z.B. Friseure), in der Wissenschaft, Bildung (z.B. Schulen, Theater, selbständige Künstler, Schriftsteller), im Gesundheitswesen (z.B. Ärzte, Hebammen, Krankenhäuser), in der Rechtsberatung (Rechtsanwälte, Steuerberater), bei den Kirchen, Verbänden, sonstigen Organisationen, Behörden und Sozialversicherungen.</p> <p>Ausgenommen sind die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und die privaten Haushalte.</p> <p>Als Arbeitsstätten gelten auch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - örtlich getrennte Betriebsteile (z.B. Lagerplätze), auch wenn sie in der Nähe des Hauptbetriebes liegen. Wird ein Betriebsgrundstück aber nur von einer Straße oder Bahn durchquert, so gilt es als eine örtliche Einheit; - jede Niederlassung (Mietpartei) von verschiedenen Firmen oder Dienststellen in einem Geschäfts- oder Bürohaus oder auf einem Grundstück;

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ARBEITSSTÄTTEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2808

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- jede einer Betriebs-, Büro-, Ladengemeinschaft oder einem Einkaufszentrum zugehörige Firma;
- Pachtbetriebe innerhalb anderer Arbeitsstätten (Kantinen, Garderoben);
- Verkaufsstände, sowohl mit festem als auch mit wechselndem Standort, aber nicht solche von Bauern oder Gärtnern für den Absatz eigener Erzeugnisse auf Wochenmärkten;
- vorübergehend stillgelegte, ruhende oder Saisonbetriebe (z.B. Zuckerfabriken, Badeanstalten), sofern am Stichtag mindestens eine Person in ihnen erwerbstätig war;
- selbständig Tätige, auch wenn bei ihnen eine Arbeitsstätte als ständige räumliche Einrichtung nicht vorlag (ambulante Gewerbetreibende, Hausierer, Schausteller);
- Arbeitsstätten von Heimarbeitern;
- Werkstätten in Anstalten, sofern diese dauern oder überwiegend für den Markt arbeiten (z.B. Korbflechterei einer Blindenanstalt);
- bei Bundesbahn, Bundespost und Behörden aller Art sowohl örtlich getrennt liegende Teile von Dienststellen wie auch Dienststellen verschiedener Ämter und mitverwaltete unselbständige Stellen auf einem Grundstück bzw. in einem Gebäude;
Dienststellen oder Teile von Dienststellen der Bundesbahn wurden in Gemeinden unter 100 000 Einwohner zu einer Arbeitsstätte zusammengefaßt;
- Dienststellen der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes, jedoch nur hinsichtlich des zivilen Personals. Alle innerhalb derselben politischen Gemeinde gelegenen Dienststellen wurden zu je einer Arbeitsstätte zusammengefaßt;
- private Arbeitsstätten im Kasernenbereich (Friseur, verpachtete Kasinos);
- Zweigniederlassungen ausländischer Unternehmen und von Unternehmen aus der DDR und Berlin (Ost) im Bundesgebiet;

Statistische Datenbank - Definitionskatalog -	
Begriff: ARBEITSSTÄTTEN	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 2808
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
	<ul style="list-style-type: none"> - land- und forstwirtschaftliche Betriebe, sofern sie steuerlich als Gewerbebetriebe gelten. Dazu gehören Betriebe der gewerblichen Gärtnerei (ohne bzw. mit geringer Bodennutzung, z.B. Einrichtung und Pflege gärtnerischer Anlagen, Friedhofs- und Landschaftsgärtnerei), Betriebe der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Tierhaltung (ohne bzw. mit nur geringer Futtergrundlage aus eigener landwirtschaftlicher Erzeugung, z.B. Schweinemästereien, Geflügelfarmen, Pelztierfarmen, Hundezüchtereien) sowie Dienstleistungsbetriebe für die Land- und Forstwirtschaft (z.B. Betriebe der Lohndrescherei, der Getreidetrocknung, Saatgutbeizung, Schädlingsbekämpfung, Schafschurbetriebe); - Betriebe der Hochsee- und Küstenfischerei; - gewerbliche Betriebe in der Hand von Personen, die auch Inhaber eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes sind. <p>Nicht als Arbeitsstätten gelten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - land- und forstwirtschaftliche Betriebe, die steuerlich nicht als Gewerbebetrieb gelten; - Betriebe gewerblicher oder handwerklicher Art, die steuerlich als Neben- oder Hilfsbetriebe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben gelten; - private Haushalte, auch wenn sie Dienstpersonal beschäftigen; - Betriebe der Binnenfischerei; - Baustellen; - Schiffe (als Arbeitsstätte gilt der Sitz des Schiffsinhabers); - Dienststellen der Stationierungstreitkräfte einschl. des zivilen Personals; - Vertretungen fremder Staaten in der Bundesrepublik; - sonstige inter- und supranationale Organisationen mit Behördencharakter sowie von diesen unterhaltene deutsche Arbeitsstätten; - Niederlassungen deutscher Firmen im Ausland;

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ARBEITSSTÄTTEN

DFK - Nr:

GDK - Nr(n):

2808

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- Personen, die in arbeitnehmerähnlicher Stellung Dienstleistungen einfacher Art verrichten (z.B. Aufwartefrauen, Koch- oder Waschfrauen);
- automatische Anlagen ohne Bedienungspersonal (Pumpwerke, Umformerstationen, Warenautomaten);
- örtliche Einheiten, in denen Personen ehrenamtlich tätig sind;
- Teile eines Betriebes auf dem gleichen Grundstück, auch in verschiedenen Gebäuden (Verkaufsbüros, Sozialeinrichtungen), es sei denn sie sind rechtlich selbständig.

Die Arbeitsstätten werden in drei Bereiche gegliedert:

- (a) Erwerbswirtschaftlicher Bereich (Unternehmen und freie Berufe),
- (b) Bereich Organisationen ohne Erwerbscharakter,
- (c) Bereich Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

Zum erwerbswirtschaftlichen Bereich gehören die Wirtschaftszweige Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei, Produzierendes Gewerbe, Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen wie etwa Gastgewerbe, Wissenschaft und Bildung, Gesundheitswesen und Rechtsberatung, ferner die wirtschaftlichen Unternehmen im Eigentum von Gebietskörperschaften einschl. der staatlichen und kommunalen Regiebetriebe und der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost (einschl. Postscheck- und Postsparkassenämter und dem Bundespostministerium) sowie Anstalten und Einrichtungen, deren Träger Organisationen ohne Erwerbscharakter oder Gebietskörperschaften sind, die aber dauernd und überwiegend erwerbswirtschaftlich tätig sind.

Zum Bereich Organisationen ohne Erwerbscharakter gehören u.a. die Arbeitsstätten der Kirchen, der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände, der politischen Parteien und der sonstigen Verbände und Vereinigungen.

Zum Bereich Gebietskörperschaften und Sozialversicherung gehören die Arbeitsstätten des Bundes, der Länder und der Gemeinden, der öffentlichen Zweckverbände, der Arbeitsverwaltung, der Sozialversicherung und verwandter Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie die Arbeitsstätten der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
ARBEITSSTÄTTEN	GBK - Nr(n): 2808

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Zuordnung einer Arbeitsstätte zu einem Wirtschaftszweig erfolgt nach ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt, den die Arbeitsstätten selbst angeben. Örtlich getrennte Hilfsbetriebe werden ihrem eigenen Wirtschaftszweig zugeordnet, örtlich getrennte Verwaltungsbetriebe dem Wirtschaftszweig des Unternehmens, zu dem sie gehören.

Die Zahl aller Arbeitsstätten ergibt sich aus der Summe der *Einzigen Niederlassungen*, der *Hauptniederlassungen*, der *Zweigniederlassungen* und der *Organisationen ohne Erwerbscharakter*, *Gebietskörperschaften*, *Sozialversicherung*.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Arbeitsstätten und *Unternehmen* (Arbeitsstättenzählung) bezeichnen unterschiedliche Tatbestände. Als Arbeitsstätte gilt eine örtliche Einheit, in der am Stichtag mindestens eine Person - oder unter einheitlicher Leitung - mehrere Personen regelmäßig erwerbstätig sind. Als Unternehmen gilt die kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse zu erstellen hat. Ein Unternehmen kann aus einer Arbeitsstätte (Einzige Niederlassung) oder aus mehreren Arbeitsstätten (Haupt- und Zweigniederlassung(en)), bestehen. Unternehmen werden nur im erwerbswirtschaftlichen Bereich gebildet, Arbeitsstätten bestehen dagegen auch in den Bereichen Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. Die Zahl der Unternehmen ergibt sich aus der Summe der *Einzigen Niederlassungen* und der *Hauptniederlassungen*. Unterschiede zwischen den Arbeitsstätten des erwerbswirtschaftlichen Bereichs und den Unternehmen ergeben sich auch hinsichtlich der Tätigen Personen. Die Unternehmensangaben gelten für das gesamte Unternehmen einschl. land- und forstwirtschaftlicher Betriebe im Besitz von Unternehmen; land- und forstwirtschaftliche Betriebe zählen aber in der Regel nicht zu den Arbeitsstätten.

Zur Abgrenzung gegenüber *Betrieben* siehe dort.

Zur Abgrenzung gegenüber *land- und forstwirtschaftlichen Betrieben* siehe dort.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ARBEITSSTÄTTEN MIT LÖHNEN UND GEHÄLTERN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2809

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Arbeitsstätten-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : *Arbeitsstätten, die Löhne und Gehälter für das Jahr 1969 gezahlt haben.*

Als Arbeitsstätte gilt eine räumliche Einheit (Grundstück oder abgegrenzte Räumlichkeit), in der am Stichtag mindestens eine Person oder - unter einheitlicher Leitung - mehrere Personen regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig waren. Zu den Arbeitsstätten rechnen die örtlichen Einheiten aller Wirtschaftseinheiten aus allen Wirtschaftszweigen mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und der privaten Haushalte.

Die Löhne und Gehälter für 1969 umfassen im wesentlichen die Brutto-Lohn- und Gehaltssumme einschl. der Zuschläge und Zulagen und der vermögenswirksamen Leistungen, aber nicht die Beiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung und allgemeine soziale Aufwendungen.

Nicht zu den Arbeitsstätten mit Löhnen und Gehältern zählen Arbeitsstätten, die

- zwar für 1969 Löhne und Gehälter gezahlt hatten, aber am Stichtag nicht mehr existierten,
- erst 1970 gegründet wurden,
- 1969 keine Arbeitnehmer beschäftigten und folglich keine Löhne und Gehälter gezahlt hatten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zur Abgrenzung gegenüber den *Unternehmen mit Löhnen und Gehältern* (Arbeitsstättenzählung) siehe dort.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ARBEITSTAGE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

425

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Monatlicher
Baubericht

01.01.50 -
31.12.77

B e g r i f f s i n h a l t : Zahl der kalendermäßigen Arbeitstage eines Monats.

2. Monatsbericht
einschl. Auf-
tragseingangser-
hebung im Bau-
hauptgewerbe
(einschl. Fer-
tigteilkbau)

01.01.77

Dabei handelt es sich um einen mit den geleisteten Arbeitsstunden des Vorjahres gewogenen Durchschnittswert, der aus der Zahl der kalendermäßigen monatlichen Arbeitstage in den einzelnen Bundesländern ermittelt wird. Die Zahl der monatlichen Arbeitstage ist aufgrund unterschiedlicher Feiertagsregelungen (z.B. Heilige Drei Könige, Buß- und Betttag) nicht in allen Bundesländern identisch.

Die jährlich nachgewiesenen Arbeitstage sind Summen der monatlichen Durchschnittswerte in den jeweiligen Berichtsjahren.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1977 handelte es sich bei den Arbeitstagen um ein ungewogenes arithmetisches Mittel.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ÄRZTE IN FREIER PRAXIS

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

407

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Berufe
des Gesundheits-
wesens
01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Zu den Ärzten in freier Praxis rechnen frei praktizierende Ärzte einschließlich der Ärzte mit nebenamtlicher Krankenhaustätigkeit (z.B. Belegärzte) und der Assistenzärzte bei frei praktizierenden Ärzten.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ÄRZTE MIT HAUPTAMTLICHER KRANKENHAUSTÄTIGKEIT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

407

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Berufe
des Gesundheits-
wesens
01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Zu den Ärzten mit hauptamtlicher Krankenhaustätigkeit zählen die in *Krankenhäusern* hauptamtlich beschäftigten leitenden Ärzte sowie die nachgeordneten Ärzte (Oberärzte und Assistenzärzte).

Hierzu rechnen z.B. auch ärztliche Direktoren, Inhaber konzessionierter Privatkliniken, Chefärzte und Oberärzte. Nicht erfaßt werden die Medizinalassistenten und sonstige in Krankenhäusern beschäftigte Ärzte (z.B. Gastärzte, hospitierende Ärzte); Belegärzte zählen zu den *Ärzten in freier Praxis*.

Die in Bundeswehrkrankenhäusern tätigen Ärzte rechnen teilweise zu den *Ärzten mit hauptamtlicher Krankenhaustätigkeit*, teilweise zu den *sonstigen Ärzten*.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ÄRZTE OHNE FACHARZTTÄTIGKEIT

BTK - Nr:

GKK - Nr(n):

399

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Berufe
des Gesundheits-
wesens
01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Zu den Ärzten ohne Facharzt-
tätigkeit rechnen Ärzte für Allgemeinmedizin, praktische Ärzte
und Ärzte in der Weiterbildung zum Facharzt sowie *Fachärzte*,
deren Fachgebiet nicht erfaßt wird.

Erfaßt werden berufstätige Ärzte ohne Facharztstätigkeit, die
im Besitz einer Approbation (oder Bestallung nach altem Recht)
sind, sofern die Approbation (bzw. Bestallung) nicht ruht, sowie
Ärzte im Besitz einer Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung
des ärztlichen Berufs.¹⁾

1) Zu Einzelheiten siehe Bundesärzteordnung i.d.F. v. 14.10.1977
(BGBl. I S. 1885).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

AUFGENOMMENE FREMDMITTEL

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1268

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Bausparkassen
01.01.54

B e g r i f f s i n h a l t : Verbindlichkeiten der Bausparkassen gegenüber Dritten, insbesondere gegenüber Kreditinstituten und sonstigen Kapitalsammelstellen.

Dazu rechnen z.B. aufgenommene Kredite, jedoch keine Bauspar-einlagen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

AUFTRÄGE DER GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2 956

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Tiefbaustatistik

01.01.62 -
31.12.78

B e g r i f f s i n h a l t : Erteilung der Zuschläge auf Angebote über die Errichtung von Tiefbauten durch Gemeinden mit 5 000 oder mehr Einwohnern oder durch Gemeindeverbände.

Aufträge mit einem Wert von weniger als 25 000 DM werden nicht erfaßt.

Zu den Tiefbauten rechnen *Straßen, Straßenbrücken, Bundeswasserstraßen* und Häfen, *wasserwirtschaftliche Tiefbauten*, *Landeskulturbauten* sowie alle übrigen Tiefbauten mit Ausnahme von Tiefbauten zur Elektrizitäts- und Gasversorgung und von Rohrleitungen für den Gütertransport.

Im Auftragswert ist die Umsatz-(Mehrwert-)steuer enthalten, nicht jedoch der Wert des vom Bauherrn gestellten Materials.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Aufträgen der Gemeinden und Gemeindeverbände umfassen die *Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand* (Tiefbaustatistik) auch Tiefbauaufträge von Bund und Ländern sowie sonstigen öffentlichen Bauherren, wie Bundesbahn und Bundespost.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

AUFTRÄGE DER LÄNDER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2 955

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Tiefbaustatistik

01.01.62 -
31.12.78

B e g r i f f s i n h a l t : Erteilung der Zuschläge auf Angebote über die Errichtung von Tiefbauten durch die Länder.

Aufträge mit einem Wert von weniger als 25 000 DM werden nicht erfaßt.

Zu den Tiefbauten rechnen *Straßen, Straßenbrücken, Bundeswasserstraßen* und Häfen, *wasserwirtschaftliche Tiefbauten*, Landeskulturbauten sowie alle übrigen Tiefbauten mit Ausnahme von Tiefbauten zur Elektrizitäts- und Gasversorgung und von Rohrleitungen für den Gütertransport.

Im Auftragswert ist die Umsatz-(Mehrwert-)steuer enthalten, nicht jedoch der Wert des vom Bauherrn gestellten Materials.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Aufträgen der Länder umfassen die *Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand* (Tiefbaustatistik) auch Tiefbauaufträge von Bund, Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie sonstigen öffentlichen Bauherren, wie Bundesbahn und Bundespost.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

AUFTRÄGE DES BUNDES

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2 954

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Tiefbaustatistik

01.01.62 -
31.12.78

B e g r i f f s i n h a l t : Erteilung der Zuschläge auf Angebote über die Errichtung von Tiefbauten durch den Bund.

Aufträge mit einem Wert von weniger als 25 000 DM werden nicht erfaßt.

Zu den Tiefbauten rechnen Straßen, Straßenbrücken, Bundeswasserstraßen und Häfen, wasserwirtschaftliche Tiefbauten, Landeskulturbauten sowie alle übrigen Tiefbauten mit Ausnahme von Tiefbauten zur Elektrizitäts- und Gasversorgung und von Rohrleitungen für den Gütertransport.

Im Auftragswert ist die Umsatz-(Mehrwert-)steuer enthalten, nicht jedoch der Wert des vom Bauherrn gestellten Materials.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Aufträgen des Bundes umfassen die Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand (Tiefbaustatistik) auch Tiefbauaufträge von Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie sonstigen öffentlichen Bauherren, wie Bundesbahn und Bundespost.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

AUSBILDUNGSAUSPENDLER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1114

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Nicht erwerbstätige *Schüler und Studierende*, deren Ausbildungsstätte außerhalb ihrer Wohn-gemeinde liegt, wobei die Pendelwanderung aus der Sicht der Wohngemeinde gesehen wird.

Schüler und Studenten, die nur eine geringfügige Tätigkeit aus-üben, gelten als erwerbstätig und werden deshalb den Berufs-pendlern und nicht den Ausbildungsauspendlern zugerechnet.

Zu den Ausbildungsauspendlern zählen auch jene Schüler und Studierende, die im Ausland eine Ausbildungsstätte besuchen, ihren Wohnsitz jedoch im Inland haben (sog. Grenzgänger).

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Ausbildungsaus-pendler unterscheiden sich von den *Ausbildungseinpendlern* (Volks- und Berufszählung 1970) durch die Richtung der Pendel-wanderung. Von der Wohngemeinde der Pendler aus betrachtet handelt es sich bei ihnen um Ausbildungsauspendler, von der Ziel-gemeinde aus gesehen um Ausbildungseinpender. Zu berücksich-tigen ist ferner, daß bei den Ausbildungseinpendlern jene Schü-ler und Studierende nicht erfaßt werden, die im Inland eine Aus-bildungsstätte besuchen, aber im Ausland ihren Wohnsitz haben.

Im Unterschied zu den Ausbildungsauspendlern umfassen die *Be-rufsauspendler* und die *Berufseinpender* (jeweils Volks- und Be-rufszählung 1970) alle Erwerbstätigen, deren Arbeitsstätte außer-halb ihrer Wohngemeinde liegt. Erwerbstätige Schüler und Stu-dierende, auch wenn sie nur eine geringfügige Tätigkeit außer-halb ihrer Wohngemeinde ausüben, werden ebenfalls den Berufspend-lern zugerechnet.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

AUSBILDUNGSEINPENDLER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1113

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Nichterwerbstätige *Schüler und Studierende*, deren Ausbildungsstätte außerhalb ihrer Wohn-gemeinde liegt, wobei die Pendelwanderung aus der Sicht der Zielgemeinde gesehen wird.

Schüler und Studenten, auch wenn sie nur eine geringfügige Tätigkeit ausüben, sind erwerbstätig und werden deshalb den Berufspendlern und nicht den Ausbildungseinspendlern zugerechnet.

Nicht erfaßt werden Ausbildungseinspendler, die im Inland eine Ausbildungsstätte besuchen, ihren Wohnsitz jedoch im Ausland haben (sog. Grenzgänger).

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Ausbildungseinspendler unterscheiden sich von den *Ausbildungsauspendlern* (Volks- und Berufszählung 1970) durch die Richtung der Pendelwanderung. Von der Wohn-gemeinde der Pendler aus betrachtet handelt es sich bei ihnen um Ausbildungsauspendler, von der Ziel-gemeinde aus gesehen um Ausbildungseinspendler. Zu berücksichtigen ist ferner, daß zu den Ausbildungsauspendlern auch jene Schüler bzw. Studierende zählen, die im Ausland eine Ausbildungsstätte besuchen, ihren Wohnsitz jedoch im Inland haben.

Im Unterschied zu den Ausbildungseinspendlern umfassen die *Berufseinspendler* und die *Berufsauspendler* (jeweils Volks- und Berufszählung 1970) alle Erwerbstätigen, deren Arbeitsstätte außerhalb ihrer Wohn-gemeinde liegt. Erwerbstätige Schüler und Studierende, auch wenn sie nur eine geringfügige Tätigkeit außerhalb ihrer Wohn-gemeinde ausüben, werden ebenfalls den Berufspendlern zugerechnet.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

AUSFUHR VON INVESTITIONSGÜTERN
(OHNE BAUINVESTITIONSGÜTER)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

580

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Ausfuhr von Gütern, die überwiegend von Unternehmen als Anlagegüter gekauft werden; ausgenommen sind Güter für Bauinvestitionen.

Zu den Investitionsgütern rechnen Stahlbauten, Maschinen und maschinelle Anlagen, Straßenfahrzeuge, elektrotechnische Investitionsgüter u.a.

Nicht zu den Investitionsgütern gehören alle Fertigungsstoffe, Energie-, Brenn- und Kraftstoffe, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren für die laufende Instandhaltung von Anlagen und geringwertige Wirtschaftsgüter, die nicht in den Bilanzen der Unternehmen aktiviert werden.

Ein Investitionsgut wird ausgeführt, wenn es aus dem Erhebungsgebiet ins Ausland verbracht wird. Zu Einzelheiten siehe *Warenausfuhr* (Außenhandelsstatistik).

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f: Für den Begriff der Ausfuhr von Investitionsgütern gelten alle Änderungen im Zeitablauf, die für die *Warenausfuhr* (Außenhandelsstatistik) nachgewiesen werden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

AUSFUHR VON VERBRAUCHSGÜTERN
(OHNE NAHRUNGS- UND GENUSSMITTEL)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

580

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Ausfuhr von Gütern, die überwiegend von privaten Haushalten gekauft werden; ausgenommen sind Nahrungs- und Genußmittel.

Zu den Verbrauchsgütern rechnen Textilien, Bekleidung und Schuhe, Straßenfahrzeuge, elektrotechnische Verbrauchsgüter, Möbel, kosmetische Artikel, Wasch- und Putzmittel u.a.

Den Verbrauchsgütern werden auch die Waren zugerechnet, die in privaten Haushalten noch weiter bearbeitet oder verarbeitet werden. Erfasst sind sowohl kurz- als auch langlebige Wirtschaftsgüter.

Ein Verbrauchsgut wird ausgeführt, wenn es aus dem Erhebungsgebiet ins Ausland verbracht wird. Zu Einzelheiten siehe *Warenausfuhr* (Außenhandelsstatistik).

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Für den Begriff der Ausfuhr von Verbrauchsgütern gelten alle Änderungen im Zeitablauf, die für die *Warenausfuhr* (Außenhandelsstatistik) nachgewiesen werden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

AUSGABEN FÜR DEN PRIVATEN VERBRAUCH

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1 452

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Wirtschaftsrech-
nungen ausge-
wählter privater
Haushalte

01.01.58

B e g r i f f s i n h a l t : Käufe von Waren und Dienst-
leistungen der privaten Haushalte für den Eigenverbrauch
einschließlich der unterstellten Käufe.

Zu den unterstellten Käufen rechnen die Deputate der Arbeit-
nehmer und die Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Die als Ausgaben für den Privaten Verbrauch nachgewiesenen
Beträge je Haushalt und Monat beziehen sich auf die Markt-
entnahme der beobachteten Haushalte. Der private Verbrauch
wird an den von den Haushalten gezahlten bzw. abzuzahlenden
Preisen für die gekauften Waren und Dienstleistungen sowie
an dem Wert der mit Einzelhandelspreisen bewerteten unter-
stellten Käufe gemessen. Dabei wird der volle Kaufpreis in
Ansatz gebracht, auch wenn dieser nicht vollständig ent-
richtet wurde (z.B. Teilzahlungskäufe). Bei Eigentümer-
wohnungen wird der Mietwert angesetzt.

Die Ausgaben für den Privaten Verbrauch sind nicht identisch
mit dem tatsächlichen Verbrauch der Haushalte. Nicht in die
Ausgaben einbezogen sind u.a. die Vorratsveränderung und
Abschreibungen auf Gebrauchsgüter, der Verbrauch der im
Haushalt erzeugten Waren und Dienstleistungen, der Verbrauch
auf Geschäftskosten, der Verbrauch von Staatsleistungen und
der Wert von Sachgeschenken von Dritten.

Die Ausgaben für den Privaten Verbrauch setzen sich im ein-
zelnen aus den Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel
(einschl. Verzehr in Gaststätten), Kleidung, Schuhe, Woh-
nungsmieten u.ä., Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä.,
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung,
ferner für Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke,
Nachrichtenübermittlung, Körper- und Gesundheitspflege und
für Bildungs- und Unterhaltungszwecke sowie für die per-
sönliche Ausstattung und für sonstige Waren und Dienstlei-
stungen zusammen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

AUSGABEN FÜR DEN PRIVATEN VERBRAUCH

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1452

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Ausgaben für den Privaten Verbrauch handelt es sich bei den *Käufen der inländischen privaten Haushalte* (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) um die Käufe von Waren und Dienstleistungen einschl. der unterstellten Käufe aller inländischen privaten Haushalte, also einschließlich der privaten Haushalte von Ausländern und der Privathaushalte in Anstalten. Darüber hinaus konnten bei den erfaßten Haushalten in den Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte bestimmte Käufe, die in den Käufen der inländischen privaten Haushalte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen enthalten sind, nicht oder nicht als solche ermittelt werden, wie z.B. der Verwaltungskostenanteil in den Versicherungsprämien oder in den Zahlungen an Lotto- und Totounternehmen sowie der Nutzwert eigener Grundstücke, Gärten und Garagen.

Umgekehrt sind in den Ausgaben für den Privaten Verbrauch die Käufe von anderen Haushalten, wie z.B. gebrauchte Kraftwagen enthalten, während sie in den Käufen der inländischen privaten Haushalte durch die Konsolidierung, das heißt durch die Beschränkung auf Käufe von anderen Sektoren entfallen. Die Entgelte für das von privaten Haushalten beschäftigte Personal sind jedoch auch in den Käufen der inländischen privaten Haushalte enthalten.

Außerdem ist zu beachten, daß die Entnahmen von Gütern durch den Unternehmer für seinen eigenen Haushalt und die Deputate in den Käufen der inländischen privaten Haushalte mit Erzeugerpreisen dieser oder ähnlicher Güter und nicht mit Einzelhandelspreisen bewertet werden.

Im Unterschied zu den Ausgaben für den Privaten Verbrauch handelt es sich bei den *sonstigen Ausgaben* (Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte) um Ausgaben, die nicht für Konsumzwecke getätigt werden. Dazu zählen die Einkommen- und Vermögensteuern, die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und die übrigen Ausgaben wie z.B. die Zinsen auf Konsumentenkredite.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

AUSGEWÄHLTE LÄNDER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik

01.01.50

Im folgenden sind alle Ländernamen aufgeführt, für die in der Statistischen Datenbank Ergebnisse aus der Außenhandelsstatistik enthalten sind und für die Besonderheiten bei der regionalen Abgrenzung beachtet werden müssen:

Frankreich	umfaßt	Frankreich einschl. Monaco
Großbritannien und Nordirland	"	Vereinigtes Königreich einschl. der britischen Kanalinseln und der Insel Man
Irland	"	Republik Irland
Italien	"	Italien einschl. San Marino
Österreich	"	Österreich ausschl. der Zollausschlüsse Jungholz und Mittelberg
Schweiz	"	Schweiz einschl. Liechtenstein und Büsingen
USA	"	Vereinigte Staaten von Amerika einschl. Puerto Rico

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

AUSGLEICHSFORDERUNGEN UND SONSTIGE
ALTVERBINDLICHKEITEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1785

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Vierteljährliche
Schuldenstatistik
01.01.74

2. Jährliche
Schuldenstatistik
01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Verpflichtungen des Bundes und der Länder, die im Zuge der Währungsreform entstanden sind sowie Deckungsforderungen an den Lastenausgleichsfonds für Entschädigungsansprüche aus der Aufwertung von Spareinlagen.

Zu den Verpflichtungen des Bundes und der Länder rechnen die Ausgleichsforderungen und die Ablösungs- und Entschädigungsschulden des Bundes, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost. Ausgleichsforderungen sind Schuldbuchforderungen der Geld-, Kredit- und Versicherungsinstitute und der Bausparkassen, die nach der Währungsreform als Deckung für das zur Versorgung der Bevölkerung, der Wirtschaft und der öffentlichen Hand ausgegebene Geld entstanden sind. Die Ablösungs- und Entschädigungsschulden des Bundes, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost sind Entschädigungsverpflichtungen für Kapitalansprüche gegen das Deutsche Reich, die Reichsbahn und das Land Preußen gemäß dem Altspargergesetz in der Fassung vom 1.4.1959 (BGBl. I S. 169) und 14.7.1953 (BGBl. I S. 495) sowie dem Allgemeinen Kriegsfolgegesetz vom 5.11.1957 (BGBl. I S. 1747).

Zu den Deckungsforderungen an den Lastenausgleichsfonds rechnen u.a. die Forderungen der Geldinstitute und der Bundespost zur Deckung der Entschädigungsansprüche der Vertriebenen für Sparguthaben bei Kreditinstituten und bei der Postsparkasse ihres Heimatlandes.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

AUSLAND

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

501

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Monatlicher
Industriebericht
01.01.50 -
31.12.76
- B e g r i f f s i n h a l t : Zum Ausland rechnen
alle Länder außerhalb der Bundesrepublik Deutschland
einschl. Berlin (West) und außerhalb der Deutschen
Demokratischen Republik einschl. Berlin (Ost).
2. Statistik des
Auftragsbestandes
in der Industrie
01.01.70 -
31.12.76
3. Statistik des
Auftragseingangs
in der Industrie
01.01.62 -
31.12.76
4. Statistik des
Auftragsbestandes
im Verarbeitenden
Gewerbe
01.01.77
5. Monatsbericht für
Unternehmen und
Betriebe im Berg-
bau und im Ver-
arbeitenden Ge-
werbe
01.01.70

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: AUSLÄNDER	DFK - Nr.:
	GBK - Nr(n): 636, 1137, 1145
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1. Alle unter 1. genannten Statistiken	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und im Bundesgebiet nicht nur vorübergehend anwesend sind.</p> <p>Hierzu rechnen alle Personen, die nicht <i>Deutsche</i> und auch nicht den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz) gleichgestellt sind. Im einzelnen zählen dazu Personen mit nur fremder Staatsangehörigkeit, die Inhaber des Nansen-Passes und die Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit.</p> <p>Die in der Bundesrepublik Deutschland anwesenden nichtdeutschen Flüchtlinge, die den Status eines heimatlosen Ausländers oder ausländischen Flüchtlings besitzen, zählen auch zu den Ausländern.</p> <p>Personen, die neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit angeben, werden als Deutsche gezählt.</p>
1.1 Volks- und Berufszählung 1970	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Nicht erfaßt werden die Angehörigen der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte, die im Bundesgebiet tätigen Mitglieder der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen, das den ausländischen Truppen unterstellte zivile Gefolge mit Staatsangehörigkeit der Entsendestaaten und die Familienangehörigen dieser Personenkreise.</p> <p>Alle Personen, die in den von ausländischen Streitkräften in Anspruch genommenen Gebäuden untergebracht sind oder in den privatrechtlich gemieteten Gebäuden und Wohnungen ausländischer Streitkräfte leben und die weder Deutsche sind noch die Staatsangehörigkeit der betreffenden ausländischen Macht haben, werden dagegen erfaßt und zu den Ausländern gerechnet.</p> <p>Das gleiche gilt für Personen ausländischer Staatsangehörigkeit, die in den Gebäuden und Wohnungen der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen oder der ausländischen Angehörigen dieser Vertretungen wohnen und nicht im Besitz von Ausweisen des Auswärtigen Amtes oder der Staats- und Senatskanzleien der Länder sind.</p>
1.2 Arbeitsstättenzählung 1970	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Nicht erfaßt werden Personen, die bei Vertretungen fremder Staaten oder bei Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte usw. beschäftigt sind.</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

AUSLÄNDER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

636, 1137, 1145

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1.3 Studenten-
statistik
01.04.67B e g r i f f s i n h a l t : Nachgewiesen werden ausländische
Studenten und Studienanfänger.2. Statistik des
Fremdenverkehrs
in Beherbergungs-
stätten
01.01.60B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die ihren ständigen
Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland einschl.
Berlin (West), der Deutschen Demokratischen Republik und
Berlin (Ost) haben.

Als ständiger Wohnsitz gilt der überwiegende Aufenthaltsort.
Angehörige der im Bundesgebiet stationierten ausländischen
Streitkräfte gelten in ihrer Eigenschaft als Gäste von Beherber-
gungsstätten daher nicht als Ausländer, sondern als *Inländer*.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

AUSLANDSSCHULDEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1786

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Vierteljährliche
Schuldenstatistik

01.01.74

2. Jährliche
Schuldenstatistik

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Als Auslandsschulden werden Schulden nachgewiesen, die gegenüber Gläubigern außerhalb des Währungsgebietes entstanden sind. Dazu rechnen auch die Darlehen, die bei internationalen Einrichtungen aufgenommen werden.

Bei den Auslandsschulden wird zwischen Vorkriegs- und Nachkriegsschulden unterschieden. Vorkriegsschulden sind bis zum 7.5.1945 entstandene Auslandsschulden. Dazu rechnen auch die Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen sowie die Entschädigungen für Auslandsbonds¹⁾ und fundierte Zinsrückstände. Der Inlandsumlauf an Auslandsbonds wird hier mit nachgewiesen, da die Gebietskörperschaften nicht in der Lage sind, eine entsprechende Trennung vorzunehmen.

Nachkriegsschulden sind alle seit dem 1.5.1945 aufgenommenen Auslandsschulden.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Ab 1970 sind die Treasury Notes, die vom Bund zur vorläufigen Abdeckung von Einzahlungsverpflichtungen für den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank hinterlegt werden, nicht mehr in den Auslandsschulden des Bundes enthalten.

Die - in der Regel - auf fremde Währung lautenden Auslandsschulden werden zu festen Währungs- bzw. Valutaparitäten umgerechnet.

1) Zu näheren Einzelheiten vgl. Gesetz zur näheren Regelung der Entschädigungsansprüche für Auslandsbonds (Auslandsbonds-Entschädigungsgesetz) v. 10.3.1960 (BGBl. I S. 177).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

AUSSEREUROPÄISCHE LÄNDER

GBK - Nr(n):

367

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
ausländischen
ArbeitnehmerB e g r i f f s i n h a l t : Alle Länder außerhalb
Europas.01.01.59 -
31.12.72

Zu Europa rechnen:

Belgien
 Bulgarien
 Dänemark
 Finnland
 Frankreich
 Griechenland
 Großbritannien und Nordirland
 Irland
 Island
 Italien
 Jugoslawien
 Luxemburg
 Niederlande
 Norwegen
 Österreich
 Polen
 Portugal
 Rumänien
 Schweden
 Schweiz
 Sowjetunion
 Spanien
 Tschechoslowakei
 Türkei
 Ungarn
 Sonstiges Europa

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

AUSTAUSCHVERHÄLTNIS (TERMS OF TRADE)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

583

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik

01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die Entwicklung der Austauschrelationen im Außenhandel. Das Austauschverhältnis gibt an, in welchem Maße der gewogene durchschnittliche Erlös je Mengeneinheit in der Ausfuhr sich günstiger oder ungünstiger entwickelt hat als der gewogene durchschnittliche Aufwand je Mengeneinheit in der Einfuhr.

Zur Berechnung des realen Austauschverhältnisses werden Durchschnittswertindizes der Ausfuhr und der Einfuhr zueinander ins Verhältnis gesetzt. Diese Durchschnittswertindizes werden nach der Formel von Paasche durch einen Vergleich der tatsächlichen Ausfuhr- bzw. Einfuhrwerte des Berichtszeitraumes mit den Ausfuhr- bzw. Einfuhrvolumina des Berichtszeitraumes ermittelt.¹⁾

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Für das Austauschverhältnis und die Durchschnittswertindizes gelten alle Änderungen im Zeitablauf, die für die *Warenausfuhr* bzw. die *Wareneinfuhr* (Außenhandelsstatistik) nachgewiesen werden.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Entwicklung der Austauschrelationen von Ausfuhr- und Einfuhrgütern kann auch gemessen werden durch das Verhältnis des *Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter* und des *Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter*.²⁾ Begrifflich bestehen jedoch zwischen diesen Preisindizes und den Durchschnittswertindizes erhebliche Unterschiede. Die Durchschnittswertindizes werden nach der Paasche-Formel (wechselnde Gewichtung), die Außenhandelspreisindizes nach der Laspeyres-Formel (konstante Gewichtung) berechnet. Während bei den Preisindizes alle Veränderungen ausgeschaltet werden, die nicht reine Preisbewegungen sind, gehen in die Durchschnittswertindizes neben reinen Preisänderungen auch Veränderungen in der Zusammensetzung der Indexgruppen, Qualitätsänderungen gleichartiger Produkte, Verschiebungen zwischen Lieferländern usw. mit ein. Schließlich wird bei den Durchschnittswertindizes vom Zeitpunkt des Grenzübertritts der Waren, bei den Außenhandelspreisindizes vom Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ausgegangen.

- 1) Vgl. hierzu Bergmann, W.: Außenhandelsvolumen und Außenhandelsindizes auf Basis 1970, in WiSta 12/1974, S. 823 ff.
2) Vgl. hierzu Rostin, W.: Die Indizes der Außenhandelspreise auf Basis 1970, in WiSta 6/1974, S. 387 ff.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

AUSZUBILDENDE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2297

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der beruflichen Bildung
01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz (in anerkannten Ausbildungsberufen) ausgebildet werden (früher: Lehrlinge).¹⁾

Dabei handelt es sich um Personen, deren Ausbildung normalerweise in einen Angestellten- oder Arbeiterberuf einmündet. Einbezogen sind auch Bundesbahnaspiranten, Postjungboten und Matrosen in der Seeschifffahrt, die in vergleichbaren betrieblichen Ausbildungsgängen außerhalb des Geltungsbereichs des Berufsbildungsgesetzes in Ausbildung stehen.

Nicht zu den Auszubildenden zählen Personen, deren berufliche Ausbildung ausschließlich an berufsbildenden Schulen erfolgt (z.B. Lehre ersetzende Berufsfachschulen oder Schulen des Gesundheitswesens) sowie Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis ausgebildet werden (z.B. Beamte im Vorbereitungsdienst).

Nicht einbezogen sind ferner Praktikanten, Volontäre und Umschüler.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Auszubildenden umfassen die *Nachwuchskräfte* (Arbeitsstättenzählung 1970) auch die Praktikanten, Volontäre und Umschüler.

Im Unterschied zu den Auszubildenden in der Statistik der beruflichen Bildung umfassen die *gewerblich Auszubildenden*. (Volks- und Berufszählung 1970, Monatlicher Baubericht, Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen) bzw. die *kaufmännischen, technischen und Verwaltungsauszubildenden* (Volks- und Berufszählung 1970) außer den Personen, die in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen bzw. in anerkannten kaufmännischen, technischen oder Verwaltungsausbildungsberufen ausgebildet werden, auch die Praktikanten, Volontäre und Umschüler mit entsprechenden Tätigkeiten.

1) Zu Einzelheiten siehe Berufsbildungsgesetz v. 14.8.1969 (BGBI. I S. 1112).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

AUSZUBILDENDE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2297

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Zu beachten ist ferner, daß z.B. Praktikanten in mehreren Betrieben, Unternehmen oder Arbeitsstätten beschäftigt sein und daher in den Bereichsstatistiken und der Arbeitsstättenzählung 1970 mehrfach erfaßt und nachgewiesen werden können. In der Volks- und Berufszählung 1970 wird jeder Praktikant nur einmal erfaßt, da die Person selbst und nicht der Betrieb, das Unternehmen oder die Arbeitsstätte die Erhebungseinheit ist.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BAHNEIGENE WAGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

901

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik
(Bestands- und
Betriebsstatistik)
01.01.66B e g r i f f s i n h a l t : Güterwagen im Eigentum des
jeweiligen Eisenbahnunternehmens mit Ausnahme der Dienst-
güterwagen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BAHNHÖFE (MIT STATIONÄREM PERSONAL BESETZT)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

795

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik
(Bestands- und
Betriebsstatistik)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Bahnanlagen mit mindestens einer Weiche, auf denen Züge beginnen, enden, kreuzen, überholen oder mit Gleiswechsel wenden können und die mit stationärem Personal besetzt sind.

Als stationäres Personal gelten Bedienstete, die ständig auf dem Bahnhof arbeiten, die also nicht zum zugbegleitenden Personal gehören.

Selbständige Güter-, Verschiebe- und Werkstättenbahnhöfe zählen ebenfalls zu den Bahnhöfen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Bahnhöfen liegen Haltepunkte, Haltestellen (Eisenbahnstatistik) an der freien Strecke. Haltepunkte verfügen zudem im Unterschied zu den Bahnhöfen und Haltestellen nicht über Weichen.

Sowohl Bahnhöfe als auch Haltepunkte und Haltestellen dienen der Abwicklung des Personen- und Güterverkehrs.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BAHNÜBERGÄNGE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

798

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik
(Bestands- und
Betriebsstatistik)

B e g r i f f s i n h a l t : Kreuzungen der Eisenbahngleise mit Straßen und Wegen (auch Fußgängerwegen) in schienengleicher Höhe.

01.01.66

Bahnübergänge gelten dann als "mit technischer Sicherung" ausgestattet, wenn sie über Schranken oder über Blinklichter (mit oder ohne Halbschranken) verfügen. Alle übrigen Bahnübergänge gelten als Bahnübergänge "ohne technische Sicherung", auch solche, die durch Drehkreuze, Umlaufsperrern, Heckentore und andere bedienbare Abschlüsse ohne Antrieb abgeschlossen sind. Hörbare Signale von Eisenbahnfahrzeugen gelten ebenfalls nicht als technische Sicherung der Bahnübergänge.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BAUDARLEHEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1263

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Bausparkassen
01.01.54

B e g r i f f s i n h a l t : Bestand an *Hypothekarkrediten* und *Zwischenkrediten*, die von den Bausparkassen gewährt werden.

Als Hypothekarkredite gelten Bauspardarlehen, deren Sicherung in Hypotheken oder Grundschulden auf ein inländisches Pfandobjekt besteht.

Als Zwischenkredite gelten Darlehen, die von den Bausparkassen im Vorgriff auf eine spätere Zuteilung der Bausparverträge gewährt werden und z.T. ebenfalls hypothekarisch gesichert sind.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BAUFERTIGSTELLUNGEN IM HOCHBAU

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

354

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Baufertig-
stellungen
01.01.55

B e g r i f f s i n h a l t : Neu errichtete Gebäude
und durchgeführte Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden,
bei denen jeweils die Bauarbeiten weitgehend abgeschlos-
sen und die bezugsfertig oder bereits bezogen sind.

Sind lediglich noch Schönheitsarbeiten vorzunehmen oder
ist noch der Verputz an einem Gebäude aufzutragen, so gilt
ein Bauvorhaben als fertiggestellt.

Entscheidend für den Zeitpunkt der Fertigstellung ist
nicht die Gebrauchsabnahme (baupolizeiliche Schlußab-
nahme), sondern die Ingebrauchnahme.

Ein Gebäude, das bezugsfertig, aber noch nicht in Gebrauch
genommen ist, gilt als fertiggestellt. Gebäude, bei denen
die Bauarbeiten vor Bezugsfertigkeit eingestellt werden
(sog. Bauruinen) rechnen nicht zu den Baufertigstellungen
im Hochbau, sondern werden beim *Bauüberhang im Hochbau*
erfaßt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BAUGERÄTE, MASCHINEN, BETRIEBS-
UND GESCHÄFTSAUSSTATTUNG

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

273

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Unternehmens- und
Investitionserhe-
bung im Bauhaupt-
gewerbe01.01.62 -
31.12.75

B e g r i f f s i n h a l t : Bruttozugänge an er-
worbenen und selbsterstellten Baugeräten, Maschinen
und maschinelle Anlagen, Baustellen-, Betriebs-
und Geschäftsausstattung.

Zu dieser Art der *Anlageinvestitionen* rechnen alle
Bruttozugänge an Sachanlagen, die nicht als *Grundstücke
mit Bauten* bzw. *Grundstücke ohne Bauten* gelten.
Namentlich gehören dazu Kräne und Förderanlagen,
Baumaschinen aller Art wie Betonmischer, Planier-
raupen, Straßenbaumaschinen u.ä., ferner Werkzeuge,
Ausstattungen für die Baustelle, den Betrieb und das
Geschäft, Gerüste und Schälungen sowie Fahrzeuge und
Schiffe.

Baugeräte, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstat-
tung werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten
bewertet. Der Wertansatz schließt Mehrwertsteuer aus,
soweit der Investor die Möglichkeit des Vorsteuerab-
zugs hat. Investitionssteuer ist, soweit sie erhoben
wurde, einbezogen.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :
Bis 1967 war die Umsatzsteuer in den Wertansätzen für
Baugeräte, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstat-
tung enthalten.

Die Position Baugeräte, Maschinen, Betriebs- und Ge-
schäftsausstattung ist direkt vergleichbar mit der
Anlageinvestitionsart *Maschinen, maschinelle Anlagen,
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung* (Sonstige
Investitionserhebungen im Produzierenden Gewerbe).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BAUGEWERBLICHER UMSATZ

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

428, 1351

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Monatlicher
Baubericht01.01.50 -
31.12.77

B e g r i f f s i n h a l t : Entgelte für erbrachte Bauleistungen im Inland, die als steuerbare (steuerpflichtige und steuerfreie) Beträge zur Festsetzung der Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) zu melden sind.

2. Monatsbericht
einschl. Auf-
tragseingangs-
erhebung im
Bauhauptgewer-
be (einschl.
Fertigteilbau)

01.01.77

Als Bauleistungen gelten die baugewerblichen Leistungen von Betrieben des Bauhauptgewerbes im *Wohnungsbau*, im *landwirtschaftlichen Bau*, im *gewerblichen* und *industriellen Bau* sowie im *öffentlichen Hochbau* und *öffentlichen Tiefbau*.

Die Umsätze aus allen im Rahmen einer sonstigen Produktions-tätigkeit dieser Betriebe entstandenen Erzeugnissen (z.B. Baustoffe, Betonwaren) - soweit nicht in der eigenen Bauleistung abgerechnet - oder industriellen und handwerklichen Dienstleistungen (z.B. Gerätereparaturen für Dritte) rechnen nicht zum baugewerblichen Umsatz. Auch Erlöse aus dem Verkauf von Handelsware und Entgelte für sonstige nichtindustrielle bzw. nichthandwerkliche Tätigkeiten (z.B. Verpachtung und Verkauf von betrieblichen Geräten, Anlagen und Einrichtungen, Architekten- und Ingenieurleistungen, Lohnfahren) gehören nicht zum baugewerblichen Umsatz.

Eine Bauleistung gilt in der Regel dann als erbracht, wenn sie endgültig abgerechnet ist ohne Rücksicht auf den Zahlungseingang.

Zur Umsatzsteuer zu melden sind Bauleistungen, wenn sie gegen Entgelt im Inland ausgeführt werden. Weiterhin anzumelden ist der Eigenverbrauch. Bauleistungen, die zwischen Betrieben eines Mehrbetriebsunternehmens innerhalb einer Organschaft erbracht werden, und der Selbstverbrauch sind nicht zur Umsatzsteuer zu melden. Selbstverbrauch liegt vor, wenn Bauleistungen im Inland der Verwendung oder Nutzung als Anlagevermögen zugeführt werden.

Als Entgelte für erbrachte Bauleistungen werden Preise abzüglich gewährter Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti usw.) angesetzt. Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist in diesen Entgelten nicht enthalten.

Zahlenmäßige Unterschiede im Monatlichen Baubericht und im Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe ergeben sich durch die Einbeziehung zusätzlicher Wirtschaftszweige (Fertigteilbau, ehem. Bauhilfsgewerbe, Bergbauliche Tiefbohrung) im Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BAUGEWERBLICHER UMSATZ

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

428, 1351

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1967 wurden bezahlte Bauleistungen, ab 1968 werden in der Regel vereinbarte Entgelte zugrunde gelegt. Bis einschl. 1967 war die Umsatzsteuer in den Wertansätzen für erbrachte Bauleistungen enthalten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zum baugewerblichen Umsatz umfaßt der *Gesamtumsatz* (Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe, 01.01.77-) auch den nicht bauleistungsbezogenen Umsatz, d.h. den Umsatz aus sonstigen eigenen Erzeugnissen und aus industriellen/handwerklichen Dienstleistungen, den Umsatz aus Handelsware und den Umsatz aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten.

Der baugewerbliche Umsatz unterscheidet sich vom *wirtschaftlichen Umsatz* (Unternehmens- und Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe, 01.01.62 - 31.12.75) bzw. von der *Jahresbauleistung, sonstiger Umsatz* (Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes, 01.01.76 -) wie folgt:

baugewerblicher Umsatz

- + Endbestand an begonnenen und noch nicht abgerechneten Bauten, einschl. fertiggestellter Bauten, die noch keinen Käufer gefunden haben
- Anfangsbestand an begonnenen und noch nicht abgerechneten Bauten, einschl. fertiggestellter Bauten, die noch keinen Käufer gefunden haben
- + selbsterstellte Bauleistungen
- + nichtbauleistungsbezogene Umsätze (Umsatz aus sonstigen eigenen Erzeugnissen und aus industriellen/handwerklichen Dienstleistungen, Umsatz aus Handelsware und Umsatz aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten)

= wirtschaftlicher Umsatz bzw. Jahresbauleistung, sonstiger Umsatz.

Baugewerblicher Umsatz und *steuerbarer Umsatz* (Umsatzsteuerstatistik) bezeichnen jeweils steuerliche Umsatzgrößen, jedoch bezieht sich der baugewerbliche Umsatz in der Regel auf die steuerbaren Entgelte für Bauleistungen. Zum steuerbaren Umsatz rechnen daneben auch die nicht bauleistungsbezogenen Umsätze.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BAUHAUPTGEWERBE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

165

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- 1.1 Monatsbericht
einschl. Auf-
tragseingangs-
erhebung im
Bauhauptgewer-
be (einschl.
Fertigteilbau)
01.01.77
- B e g r i f f s i n h a l t : Wirtschafts-
bereich, der die Zweige
- | | |
|---|--------------|
| Hoch- und Tiefbau | SYPRO-Nr. 72 |
| Spezialbau | " 73 |
| Stukkateurgewerbe, Gipserei,
Verputzerei | " 74 |
| Zimmerei, Dachdeckerei | " 75 |
- 1.2 Statistik über
den Auftrags-
bestand im
Bauhauptgewer-
be (einschl.
Fertigteilbau)
01.01.77
- in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1976, umfaßt.
Im einzelnen rechnen dazu die Wirtschaftszweige:
- | | |
|---|----------------|
| Hoch- und Tiefbau (ohne ausge-
prägten Schwerpunkt) | SYPRO-Nr. 7210 |
| Hochbau (ohne Fertigteilbau) | " 7220 |
| Herstellung von Fertigbauteilen aus
Beton im Hochbau | " 7231 |
| Montage von Fertigbauteilen aus
Beton im Hochbau | " 7233 |
| Herstellung von Fertigbauteilen aus
Holz im Hochbau | " 7235 |
| Montage von Fertigbauteilen aus
Holz im Hochbau | " 7237 |
| Erdbewegungsarbeiten, Landes-
kulturbau | " 7241 |
| Wasser- und Wasserspezialbau | " 7242 |
| Straßenbau | " 7243 |
| Brunnenbau, nichtbergbauliche
Tiefbohrung | " 7244 |
| Bergbauliche Tiefbohrung, Auf-
schließung, Schachtbau (ohne
Erdölbohrung) | " 7245 |
| Tiefbau, a.n.g. | " 7249 |
| Gerüstbau | " 7251 |
| Fassadenreinigung | " 7255 |
| Schornstein-, Feuerungs- und
Industrieofenbau | " 7301 |
| Gebäudetrocknung | " 7302 |
| Abdichtung gegen Wasser, Feuchtigkeit | " 7303 |
| Abdämmung gegen Kälte, Wärme, Schall,
Erschütterung | " 7304 |
| Abbruch-, Spreng- und Enttrümme-
rungsgewerbe | " 7305 |

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: BAUHAUPTGEWERBE	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 165

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei	SYPRO-Nr. 7400
Zimmerei, Ingenieurholzbau	" 7510
Dachdeckerei	" 7550

Handwerksunternehmen bzw. -betriebe, die in diesen Wirtschaftszweigen tätig sind, rechnen zum Bauhauptgewerbe.

- | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|--|--|----------------|--|--------|---|--------|---|--------|---|--------|-----------|--------|-------------------|--------|------------------|--------|
| 2.1 Monatlicher Baubericht
01.01.62 - 31.12.76 | B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., aber ohne die Wirtschaftszweige | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 2.2 Statistik über den Auftrags-
eingang im Bauhauptgewerbe
01.01.71 - 31.12.76 | <table border="0"> <tr> <td>Herstellung von Fertigbauteilen aus Beton im Hochbau</td> <td>SYPRO-Nr. 7231</td> </tr> <tr> <td>Montage von Fertigbauteilen aus Beton im Hochbau</td> <td>" 7233</td> </tr> <tr> <td>Herstellung von Fertigbauteilen aus Holz im Hochbau</td> <td>" 7235</td> </tr> <tr> <td>Montage von Fertigbauteilen aus Holz im Hochbau</td> <td>" 7237</td> </tr> <tr> <td>Bergbauliche Tiefbohrung, Aufschließung, Schachtbau (ohne Erdölbohrung)</td> <td>" 7245</td> </tr> <tr> <td>Gerüstbau</td> <td>" 7251</td> </tr> <tr> <td>Fassadenreinigung</td> <td>" 7255</td> </tr> <tr> <td>Gebäudetrocknung</td> <td>" 7302</td> </tr> </table> | Herstellung von Fertigbauteilen aus Beton im Hochbau | SYPRO-Nr. 7231 | Montage von Fertigbauteilen aus Beton im Hochbau | " 7233 | Herstellung von Fertigbauteilen aus Holz im Hochbau | " 7235 | Montage von Fertigbauteilen aus Holz im Hochbau | " 7237 | Bergbauliche Tiefbohrung, Aufschließung, Schachtbau (ohne Erdölbohrung) | " 7245 | Gerüstbau | " 7251 | Fassadenreinigung | " 7255 | Gebäudetrocknung | " 7302 |
| Herstellung von Fertigbauteilen aus Beton im Hochbau | SYPRO-Nr. 7231 | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Montage von Fertigbauteilen aus Beton im Hochbau | " 7233 | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Herstellung von Fertigbauteilen aus Holz im Hochbau | " 7235 | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Montage von Fertigbauteilen aus Holz im Hochbau | " 7237 | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Bergbauliche Tiefbohrung, Aufschließung, Schachtbau (ohne Erdölbohrung) | " 7245 | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Gerüstbau | " 7251 | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Fassadenreinigung | " 7255 | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Gebäudetrocknung | " 7302 | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 2.3 Statistik über den Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe
01.01.71 - 31.12.76 | <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Das Baugewerbe (Kreditstatistik) umfaßt neben dem Bauhauptgewerbe noch das Ausbau- und das ehemalige Bauhilfsgewerbe.</p> | | | | | | | | | | | | | | | | |

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BAUTEN FÜR BUNDESBahn UND BUNDESPOST

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2301

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik über
den Auftrags-
eingang im
Bauhauptgewerbe

01.01.71 -
31.12.76

B e g r i f f s i n h a l t : Hoch- oder Tiefbauten, die
im Auftrag von Bundesbahn und Bundespost errichtet werden.

Zu den Hochbauten gehören z.B. Bahnhöfe, Post- und Fernmelde-
ämter, Ausbesserungswerke, Verwaltungsgebäude von Bundes-
bahn und Bundespost, (nicht jedoch Wohnbauten).

2. Statistik über
den Auftrags-
bestand im
Bauhauptgewerbe

01.01.71 -
31.12.76

Zu den Tiefbauten zählen u.a. Gleisanlagen mit ihrem Unter-
bau, Tunnel- und Eisenbahnbrückenbauten, Fernsprech-,
Telegraphen- und technische Funkbetriebsbauten.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: BAUTEN FÜR GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN, ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSCHARAKTER SOWIE SONSTIGE ÖFFENTLICHE AUFTRAGGEBER	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 2 301

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

- | | |
|--|--|
| <p>1. Statistik über den Auftrags-
eingang im
Bauhauptgewerbe</p> <p>01.01.71 -
31.12.76</p> | <p>B e g r i f f s i n h a l t : Hoch- oder Tiefbauten,
die im Auftrag von Bund, Ländern und Gemeinden, Gemeinde-
verbänden, Zweckverbänden, deren Mittel überwiegend aus
öffentlichen Abgaben stammen, Sozialversicherungen sowie von
Organisationen ohne Erwerbscharakter errichtet werden.</p> |
| <p>2. Statistik über den Auftrags-
bestand im
Bauhauptgewerbe</p> <p>01.01.71 -
31.12.76</p> | <p>Zu den Organisationen ohne Erwerbscharakter gehören z.B.
Kirchen, Sportvereine, karitative Vereine, Gewerkschaften
und die Parteien.</p> <p>Zu den Hochbauten zählen u.a. Verwaltungsgebäude, Kasernen,
öffentliche Schulen, Universitätsgebäude, Theater, Kranken-
häuser, Kindergärten, Sporthallen, Kirchen, Gemeindehäuser
und Gefängnisse.</p> <p>Die Tiefbauten umfassen u.a. Bauvorhaben zur Kanalisation
und zur Abwasserbeseitigung, Deiche und Dämme, Wasser-
versorgungsanlagen, Sportplätze, Friedhöfe, Fußgänger-
und Straßenbrücken.</p> <p>Der Straßenbau rechnet nicht zu den Bauten für Gebiets-
körperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter und
sonstige öffentliche Auftraggeber.</p> |

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BAUÜBERHANG IM HOCHBAU

DFK - Nr.:

GBK - Nr(n):

316

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des
Bauüberhanges
01.01.55

B e g r i f f s i n h a l t : Genehmigte Gebäude oder Wohnungen, die noch nicht fertiggestellt sind.

Nachgewiesen wird der Bauüberhang im Hochbau am Jahresende.

Eine Genehmigung liegt vor, wenn die zuständige Behörde die Erlaubnis erteilt, eine Baumaßnahme in der durch den Bauherrn vorgelegten Form durchzuführen.

Als fertiggestellt gilt ein Gebäude bzw. eine Wohnung, wenn die Bauarbeiten - ggf. ausgenommen die Schönheitsarbeiten - weitgehend abgeschlossen sind und das Gebäude bzw. die Wohnung bezugsfertig oder bereits bezogen ist. Die Fertigstellung ist unabhängig von der Bauabnahme.

Erfaßt werden die genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Bauvorhaben, durch die mindestens eine ganze Wohnung oder im Nichtwohnbau mindestens ein ganzes Gebäude erstellt werden soll.

Der Bauüberhang wird nach dem Bauzustand unterschieden. Die Gebäude können "bereits unter Dach", "noch nicht unter Dach" oder "noch nicht begonnen" sein.

Ein Bauvorhaben gilt als begonnen, wenn mit der Aushebung der Baugrube begonnen worden ist. Als "unter Dach" wird jedes Gebäude erfaßt, das im Rohbau fertiggestellt ist, auch wenn Fenster, Türen und Verputz fehlen. Bei einem Rohbau muß von außen erkennbar sein, daß noch weitere Bauarbeiten auszuführen sind.

Zum Bauüberhang rechnen auch sog. Bauruinen, d.h. Gebäude, bei denen die Bauarbeiten vor Bezugsfertigkeit eingestellt wurden.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zum Bauüberhang im Hochbau werden im *Bauvorrat an Wohnungen* (Statistik des Bauüberhanges) ausschließlich genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen erfaßt. Der Bauüberhang im Hochbau wird ferner durch eine eigene Erhebung am Jahresende erfaßt, während der Bauvorrat an Wohnungen durch eine monatliche Fortschreibung des Bauüberhanges an Wohnungen mit Hilfe von erteilten Baugenehmigungen und Baufertigstellungen ermittelt wird.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BAUVORRAT AN WOHNUNGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

314

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des
Bauüberhanges

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Genehmigte Wohnungen,
die noch nicht fertiggestellt sind.

Nachgewiesen wird der Bauvorrat an Wohnungen am Monats-
ende.

Eine Genehmigung liegt dann vor, wenn die zuständige
Behörde die Erlaubnis erteilt, eine Baumaßnahme in
der durch den Bauherrn vorgelegten Form durchzuführen.

Fertiggestellt ist eine Wohnung, wenn die Bauarbeiten
weitgehend abgeschlossen sind und die Wohnung bezugs-
fertig ist.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unter-
schied zum Bauvorrat an Wohnungen erfaßt der *Bauüberhang*
im Hochbau (Statistik des Bauüberhanges) nicht nur Woh-
nungen, sondern auch Gebäude, die genehmigt, aber noch
nicht fertiggestellt sind. Der Bauüberhang im Hoch-
bau wird durch eine eigene Erhebung am Jahresende er-
faßt, während der Bauvorrat an Wohnungen durch eine
monatliche Fortschreibung des Bauüberhanges an Woh-
nungen mit Hilfe von Baugenehmigungen und Baufertig-
stellungen ermittelt wird.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEAMTE (R)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

422, 2817, 1133,
907, 3283Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Alle folgenden
Statistiken

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts stehen, in das sie durch eine Anstellungs- (Ernen- nungs-)urkunde berufen worden sind.

Als Beamte gelten u.a. auch Beamtenanwärter, Beamte im Vorbereitungsdienst, Wahlbeamte, Angehörige der Polizei, Richter sowie Geistliche der zur evangelischen Kirche in Deutschland gehörenden Kirchen und der römisch-katholischen Kirche. Den Beamten werden weiter der Bundespräsident, der Bundeskanzler, die Ministerpräsidenten, Minister, Senatoren, Landräte, Bürgermeister und Stadträte zugeordnet.

Nicht zu den Beamten zählen u.a. Beamte im Ruhestand und Personen mit den Berufsbezeichnungen "Versicherungsbeamter" oder "Bankbeamter", die in keinem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen. Es handelt sich nur dann um Beamte, wenn der Arbeitgeber eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist (z.B. Deutsche Bundesbank).

1. Volks- und
Berufszählung
1970

B e g r i f f s i n h a l t : Als Beamte gelten auch die Soldaten sowie Angehörige des Bundesgrenzschutzes.

Nicht zu den Beamten zählen Geistliche (mit Ausnahme der Geistlichen der evangelischen und römisch-katholischen Kirchen) sowie Sprecher von Religionsgemeinschaften. Dieser Personenkreis wird den *Angestellten* zugeordnet.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 5.

2. Arbeitsstätten-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Nicht zu den Beamten zählen die Soldaten und die Angehörigen des Bundesgrenzschutzes (mit Ausnahme der beamteten Zivilbediensteten). Geistliche (mit Ausnahme der Geistlichen der evangelischen und römisch-katholischen Kirchen) sowie Sprecher von Religionsgemeinschaften rechnen ebenfalls nicht zu den Beamten, sondern zu den *Angestellten*.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 5.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: BEAMTE (R)	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 422, 2817, 1133, 907, 3283
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

3. Wohngeld-
statistik

01.01.65

B e g r i f f s i n h a l t : Nachgewiesen werden *Wohngeldempfänger* (Haushalte), deren Haushaltsvorstände Beamte sind. Als Haushaltsvorstand gilt dasjenige Familienmitglied, das im Zeitpunkt der Antragstellung auf Wohngeld den größten Teil der Unterhaltskosten für die zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder trägt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 5.

4. Statistik des
Kraftfahrzeug-
und Kraftfahr-
zeuganhänger-
bestandes

01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t : Nachgewiesen wird der *Fahrzeugbestand* nach Fahrzeughaltern, darunter der Fahrzeugbestand der Beamten. Als Fahrzeughalter gilt derjenige auf den das Fahrzeug zugelassen wird. Halter und Eigentümer eines Fahrzeuges müssen nicht identisch sein.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Geistlichen rechnen ab 1. Juli 1963 zu den Beamten.

Von 1952 bis 1967 ist im Bestand an *Lastkraftwagen* der Beamten auch der Lastkraftwagenbestand der *Angestellten, Arbeiter* sowie der *Nichterwerbspersonen und ohne Angaben* enthalten. Im Jahre 1954 umfaßt der Bestand an *Krafträdern* der Beamten auch den *Krafträderbestand der Gebietskörperschaften (und) Sozialversicherung*.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 5.

5. Studenten-
statistik

01.10.76

B e g r i f f s i n h a l t : Nachgewiesen werden *deutsche Studienanfänger*, die auf den Immatrikulationspapieren als letzte berufliche Stellung des Vaters "Beamter" eingetragen haben. Die berufliche Stellung des Vaters wird auch berücksichtigt, wenn dieser bereits verstorben ist.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zur Volks- und Berufszählung 1970 und Arbeitsstättenzählung 1970 werden in der Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes keine Personenzahlen, sondern Fahrzeugbestände von Beamten nachgewiesen. In der Wohngeldstatistik werden Wohngeldempfängerhaushalte nachgewiesen, deren Haushaltsvorstände Beamte sind; in der Studentenstatistik handelt es sich um deutsche Studienanfänger, die auf den Immatrikulationspapieren als berufliche Stellung des Vaters "Beamter" eingetragen haben.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEAMTE (R)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

422, 2817, 1133,
907, 3283Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Unterschiede in den Beamtenzahlen der Volks- und Berufszählung 1970 und der Arbeitsstättenzählung 1970 ergeben sich u.a. daraus, daß Beamte in mehreren Arbeitsstätten beschäftigt sein und deshalb in der Arbeitsstättenzählung mehrfach erfaßt und nachgewiesen werden können. In der Volks- und Berufszählung 1970 dagegen wird jeder Beamte nur einmal erfaßt, da die einzelne Person und nicht die Arbeitsstätte die Erhebungseinheit ist.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEAMTE, ANGESTELLTE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3345

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Mikrozensus

01.01.64 -
31.12.71

B e g r i f f s i n h a l t : Zusammengefaßte Position, zu der Beamte, Angestellte sowie kaufmännisch und technisch Auszubildende rechnen.

Zu den erwerbstätigen Beamten rechnen Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts stehen, in das sie durch eine Anstellungs-(Ernennungs-)urkunde berufen worden sind.

Als Beamte gelten u.a. auch Beamtenanwärter, Beamte im Vorbereitungsdienst, Wahlbeamte, Angehörige der Polizei (ohne kasernierte Bereitschaftspolizei), Richter sowie die Geistlichen der zur evangelischen Kirche in Deutschland gehörenden Kirchen und der römisch-katholischen Kirche. Den Beamten werden weiter der Bundespräsident, der Bundeskanzler, die Ministerpräsidenten, Minister, Senatoren, Landräte, Bürgermeister und Stadträte zugeordnet.

Nicht zu den Beamten zählen u.a. Personen mit den Berufsbezeichnungen "Versicherungsbeamter" oder "Bankbeamter", die in keinem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen. Es handelt sich nur dann um Beamte, wenn der Arbeitgeber eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist (z.B. Deutsche Bundesbank).

Als Angestellte gelten alle nicht beamteten Gehaltsempfänger, die überwiegend eine kaufmännische, büro- bzw. verwaltungsmäßige, höhere technische oder überwiegend leitende oder sonst gehobene Tätigkeit ausüben.

Für die Zuordnung zu den Angestellten ist grundsätzlich die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag und nicht die Beitragspflicht oder Mitgliedschaft in der Angestelltenrentenversicherung maßgebend.

Zu den Angestellten zählen auch leitende Angestellte und Direktoren großer Betriebe, sofern sie nicht Miteigentümer sind. Ebenfalls zu den Angestellten rechnen "Versicherungsbeamte", "Betriebsbeamte" und "Bankbeamte", soweit sie nicht in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen (z.B. bei der Bundesbank).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEAMTE, ANGESTELLTE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3345

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Werkmeister sind in der Regel Angestellte, auch wenn sie ihre Versicherung in der Rentenversicherung für Arbeiter beibehalten haben. Dasselbe gilt auch für Angestellte, die aufgrund ihrer langjährigen Zugehörigkeit zum Betrieb vom Arbeiter- in das Angestelltenverhältnis übernommen wurden und weiterhin Beiträge zur Rentenversicherung zahlen.

Hausangestellte sind meistens in der Rentenversicherung für Arbeiter versichert und gelten in der Regel als Arbeiterinnen. In seltenen Fällen sind sie im Angestelltenverhältnis (meistens dann als Hausdame bezeichnet) und in der Rentenversicherung für Angestellte versichert.

Gemeindeschwestern (Nonnen und Diakonissen), die von ihrem Mutterhaus versorgt werden, zählen wie die Nonnen und Ordensbrüder in ihren Häusern als Angestellte. Mit Ausnahme der Geistlichen der evangelischen und römisch-katholischen Kirchen werden alle Geistliche und Sprecher von Religionsgemeinschaften zu den Angestellten gezählt.

Mithelfende Familienangehörige zählen, sofern sie Beiträge zur Angestelltenrentenversicherung entrichten, zu den Angestellten.

Kaufmännisch und technisch Auszubildende sind Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in anerkannten kaufmännischen oder technischen Ausbildungsberufen ausgebildet werden.¹⁾ Die Ausbildung dieser Personen mündet normalerweise in einen Angestelltenberuf ein. Einbezogen sind auch Praktikanten und Volontäre mit entsprechenden Tätigkeiten.

1) Zu Einzelheiten siehe Berufsbildungsgesetz v. 14.8.1969 (BGBl. I S. 1112).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEANTRAGTE KONKURSVERFAHREN (EINSCHL.
ANSCHLUSSKONKURSE)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1286

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Konkurs- und Ver-
gleichsverfahrenB e g r i f f s i n h a l t : Beim zuständigen Amtsgericht
beantragte Konkursverfahren.

01.01.62

Das Konkursverfahren ist in der Konkursordnung geregelt. Es bezweckt eine gleichzeitige und gleichmäßige Verteilung des Vermögens eines zahlungsunfähigen und/oder überschuldeten Schuldners (Gemeinschuldner) an die Gläubiger unter Leitung des Konkursgerichts.¹⁾

Ein beantragtes Konkursverfahren wird entweder eröffnet oder mangels einer die Kosten des Verfahrens deckenden Teilungsmasse abgelehnt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Beantragte Konkursverfahren (einschl. Anschlußkonkurse) ergeben zusammen mit den *eröffneten Vergleichsverfahren* (Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren) die Gesamtheit der Insolvenzen. Da jedoch Anschlußkonkurse bereits als eröffnete Vergleichsverfahren erfaßt werden, sind sie, um Doppelzählungen zu vermeiden, von der Gesamtzahl abzuziehen. Es ergeben sich dann die *Insolvenzen (ohne Anschlußkonkurse)* (Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren).

Beantragte Konkursverfahren (einschl. Anschlußkonkurse) und *eröffnete Konkursverfahren* unterscheiden sich durch die Zahl der Verfahren, die zwar beantragt wurden, deren Eröffnung aber vom Konkursgericht mangels Masse abgelehnt wurde. Diese zählen nur zu den beantragten Konkursverfahren.

1) Zu Einzelheiten siehe Konkursordnung v. 20.5.1898 (RGBl. S. 612).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEFÖRDERTE GÜTER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

812

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Eisenbahn-
statistik
(Statistik der
Personen- und
Güterbeförderung
auf Eisenbahnen)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Güter, die von Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs im *Wagenladungsverkehr*, *Stückgutverkehr*, *Dienstgutverkehr* und *Expreßgutverkehr* befördert werden.

Die beförderten Güter werden mit ihrem Bruttogewicht erfaßt. Ist dies nicht bekannt, wird das Frachtgewicht zugrunde gelegt. Grundsätzlich nicht in das Bruttogewicht bzw. Frachtgewicht einbezogen ist das Gewicht von Ladehilfsmitteln wie Paletten usw.

Zu den beförderten Gütern im Wagenladungsverkehr, im Stückgutverkehr und im Expreßgutverkehr zählen alle Güter, deren Versandort bzw. deren Empfangsort im Bundesgebiet liegen oder die durch das Bundesgebiet durchgegangen sind. Im Dienstgutverkehr zählen dazu alle Güter, deren Versandort und Empfangsort im Bundesgebiet liegen oder deren Empfangsort im Bundesgebiet liegt.

Nicht zu den beförderten Gütern gehört das Gepäck *beförderter Personen*.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. Dezember 1976 gilt im Stückgutverkehr ein Gut nur dann als befördert, wenn Versandort und Empfangsort im Bundesgebiet liegen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe dazu weiter unten.

2. Statistik des
grenzüberschrei-
tenden Güter-
kraftverkehrs

01.01.64

B e g r i f f s i n h a l t : Güter, die im grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr befördert werden.

Die beförderten Güter werden mit ihrem Bruttogewicht einschl. der Verpackung und Umschließung erfaßt. Das Eigengewicht von Großcontainern zählt nicht zum Bruttogewicht.

Zum Güterverkehr rechnen der gewerbliche Güterkraftverkehr, das ist jede Beförderung von Gütern mit einem Kraftfahrzeug für andere gegen Entgelt, sowie der Werkverkehr, der jede Güterbeförderung mit einem Kraftfahrzeug für eigene Zwecke umfaßt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEFÖRDERTE GÜTER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

812

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Grenzüberschreitend ist dieser Güterkraftverkehr, wenn er die Auslandsgrenzen des Bundesgebietes einschl. Berlin (West) überschreitet. Die Deutsche Demokratische Republik und Berlin (Ost) gelten nicht als Ausland.

Nicht zu den beförderten Gütern im grenzüberschreitenden Kraftverkehr gehören Güter, die in Personenkraftfahrzeugen und sonstigen, nicht für die Lastenbeförderung bestimmten Fahrzeugen (z.B. Feuerwehrfahrzeugen, Arbeitsmaschinen) befördert werden. Ebenfalls nicht einbezogen sind die auf Militärfahrzeugen beförderten Güter.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe dazu weiter unten.

3. Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Güter, die im gewerblichen Luftverkehr nach Frachttarifen bzw. für Zwecke der Luftverkehrsunternehmen befördert werden.

Die beförderten Güter werden mit ihrem Bruttogewicht erfaßt. Dazu rechnen grundsätzlich nicht die Gewichte von Ladehilfsmitteln wie Paletten, Iglus, Netze.

Güter gelten dann als befördert, wenn sie mit Luftfahrzeugen zwischen Flughäfen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, von Flughäfen innerhalb der Bundesrepublik nach Gebieten außerhalb, von Gebieten außerhalb nach Flugplätzen innerhalb der Bundesrepublik bzw. von Gebieten außerhalb der Bundesrepublik über Flugplätze innerhalb der Bundesrepublik nach Gebieten außerhalb der Bundesrepublik transportiert werden.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die beförderten Güter in der Eisenbahnstatistik, in der Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs und in der Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen sind vergleichbar abgegrenzt. Der Begriff beförderte Güter stimmt auch mit den *beförderten Gütern* (einschl. Stückgutverkehr) (Statistiken des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs und des Werkfernverkehrs) überein.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEFÖRDERTE GÜTER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

812

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

4. Statistik des
Schiffs- und
Güterverkehrs
auf Binnen-
wasserstraßen

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Güter, die im Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen sowie Güter, die im Binnen-See-Verkehr befördert werden.

Zum Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen rechnet der Güterverkehr zwischen Häfen oberhalb der Seegrenze. Zum Binnen-See-Verkehr rechnet der Güterverkehr, der die Seegrenzen überschreitet.

Erfaßt werden Güter, die die Grenzzollstellen bzw. die Übergangsstellen zur Deutschen Demokratischen Republik und nach Berlin (Ost) passieren sowie alle Güterbeförderungen innerhalb des Bundesgebietes.

Die beförderten Güter werden mit ihrem Bruttogewicht erfaßt. Das Eigengewicht von Containern oder sonstigen Ladehilfsmitteln rechnet nicht zum Bruttogewicht.

Nachgewiesen werden die beförderten Güter insgesamt sowie die Güter, die mit Schiffen fremder Flagge befördert werden. Zu den Gütern, die mit Schiffen fremder Flagge befördert werden, rechnen alle Güter, die mit Schiffen befördert werden, die nicht unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland fahren. Dazu zählen auch Güter, die mit Schiffen unter der Flagge der Deutschen Demokratischen Republik transportiert werden.

5. Statistik des
Güterverkehrs
über See

01.01.69

B e g r i f f s i n h a l t : Güter, die im Seeverkehr oder die im Binnen-See-Verkehr zwischen Küstenhäfen und Binnenhäfen des Bundesgebietes befördert werden.

Als Seeverkehr gelten alle Fahrten, die seewärts der Binnengrenze in Küstenhäfen des Bundesgebietes beginnen oder enden und die die Seegrenze überschreiten.

Die beförderten Güter werden mit ihrem Bruttogewicht erfaßt. Die Eigengewichte von beladenen oder unbeladenen Containern, Trailern und Trägerschiffsleichtern werden nicht einbezogen.

Ferner sind im Seeverkehr übergesetzte Reise- und Transportfahrzeuge nicht enthalten.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEFÖRDERTE GÜTER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

812

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Nachgewiesen werden die beförderten Güter insgesamt sowie die Güter, die mit Schiffen fremder Flagge befördert werden.

Zu den Gütern, die mit Schiffen fremder Flagge befördert werden, rechnen alle Güter, die mit Schiffen befördert werden, die nicht unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland fahren. Dazu zählen auch Güter, die mit Schiffen unter der Flagge der Deutschen Demokratischen Republik transportiert werden.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die beförderten Güter sind in den o.g. Statistiken vergleichbar abgegrenzt. Zu beachten ist, daß die Güter, die im Binnen-See-Verkehr zwischen Küsten- und Binnenhäfen innerhalb des Bundesgebietes befördert werden, sowohl in der Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen als auch in der Statistik des Güterverkehrs über See - also doppelt - erfaßt werden.

Die Begriffe beförderte Güter und *beförderte Güter (einschl. Stückgutverkehr)* (Statistiken des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs und des Werkfernverkehrs) sind vergleichbar abgegrenzt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEFÖRDERTE GÜTER (EINSCHL. STÜCKGUTVERKEHR)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

864

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistiken des
gewerblichen
Güter- und Möbel-
fernverkehrs und
des Werkfern-
verkehrs

01.01.64

B e g r i f f s i n h a l t : Güter, die im gewerblichen *Fernverkehr* und im *Werkfernverkehr* befördert werden, einschl. Stückgut.

Die beförderten Güter (einschl. Stückgutverkehr) werden mit ihrem Bruttogewicht, d.h. einschl. der Verpackung erfaßt.

Als befördert gilt ein Gut, wenn es auf einem Lastkraftfahrzeug transportiert wird, das im Bundesgebiet beheimatet ist. Im *grenzüberschreitenden Verkehr* und im *Durchgangsverkehr* werden auch Güter, die auf ausländischen Lastkraftfahrzeugen transportiert werden, als befördert einbezogen.

Beförderte Güter (einschl. Stückgutverkehr) werden für den *gewerblichen Fernverkehr deutscher Fahrzeuge*, für den *Werkfernverkehr deutscher Fahrzeuge*, für den *gewerblichen Fernverkehr ausländischer Fahrzeuge* und den *Werkfernverkehr ausländischer Fahrzeuge* nachgewiesen.

Die beförderten Güter werden einschl. Stückgut nachgewiesen. Darunter sind im gewerblichen Fernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge tarifliches Stückgut und beim Werkfernverkehr Sendungen bis 500 kg zu verstehen. Im grenzüberschreitenden Fernverkehr ausländischer Lastkraftfahrzeuge werden dagegen im gewerblichen Fernverkehr Sendungen bis 2 500 kg und im Werkfernverkehr Sendungen bis 500 kg als Stückgut bezeichnet.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die beförderten Güter (einschl. Stückgutverkehr) sind insgesamt um den Stückgutverkehr umfangreicher als die *beförderten Güter (ohne Stückgutverkehr)* (Statistiken des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs und des Werkfernverkehrs).

Die beförderten Güter (einschl. Stückgutverkehr) sind vergleichbar abgegrenzt wie die *beförderten Güter* (Eisenbahnstatistik; Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs; Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: BEFÖRDERTE GÜTER (OHNE STÜCKGUTVERKEHR)	DFK - Nr: GBK - Nr(n): 863
---	--

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Statistiken des
gewerblichen
Güter- und Möbel-
fernverkehrs und
des Werkfern-
verkehrs

01.01.64

B e g r i f f s i n h a l t : Güter, die im *gewerblichen Fernverkehr* und im *Werkfernverkehr* befördert werden, einschl. des beförderten Stückguts.

Die beförderten Güter (ohne Stückgutverkehr) werden mit ihrem Bruttogewicht, d.h. einschl. der Verpackung erfaßt.

Als befördert gilt ein Gut, wenn es auf einem Lastkraftfahrzeug transportiert wird, das im Bundesgebiet beheimatet ist. Im *grenzüberschreitenden Verkehr* und im *Durchgangsverkehr* werden auch Güter, die auf ausländischen Lastkraftfahrzeugen transportiert werden, als befördert einbezogen.

Beförderte Güter (ohne Stückgutverkehr) werden nach Hauptverkehrsbeziehungen und Güterabteilungen nachgewiesen. Der Stückgutverkehr ist nicht einbezogen.

Als Stückgut gelten im gewerblichen Fernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge tarifliches Stückgut und beim Werkfernverkehr Sendungen bis 500 kg. Im grenzüberschreitenden Fernverkehr ausländischer Lastkraftfahrzeuge werden dagegen im gewerblichen Fernverkehr Sendungen bis 2 500 kg und im Werkfernverkehr Sendungen bis 500 kg als Stückgut bezeichnet.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die beförderten Güter (ohne Stückgutverkehr), erweitert um den Stückgutverkehr, ergeben die *beförderten Güter (einschl. Stückgutverkehr)* (Statistiken des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs und des Werkfernverkehrs).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEFÖRDERTE PERSONEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

809

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Eisenbahn-
statistik
(Statistik der
Personen- und
Güterbeförderung
auf Eisenbahnen)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Personenbeförderungsfälle bei Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs.

Die Personenbeförderungsfälle werden in aller Regel anhand des Verkaufs von Fahrausweisen ermittelt. Dabei werden Zeit- und Mehrfachkarten entsprechend ihrer Ausnutzung mehrfach gezählt. Umsteiger im Liniennetz einer Eisenbahn werden nur als ein Beförderungsfall gezählt.

Nicht zu den beförderten Personen gehören nicht zahlende Reisende sowie Militärpersonen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die beförderten Personen in der Eisenbahnstatistik sind vergleichbar abgegrenzt wie die beförderten Personen in der Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr.

Gegenüber dem Ausweis der beförderten Personen in der Statistik des gewerblichen Luftverkehrs ergeben sich in der Eisenbahnstatistik Unterschiede. In der Eisenbahnstatistik gelten als beförderte Personen nur zahlende Fahrgäste, in der Statistik des gewerblichen Luftverkehrs neben den zahlenden auch die nicht zahlenden Fluggäste, wenn sie älter als zwei Jahre sind. Zudem wird in der Statistik des gewerblichen Luftverkehrs die Anzahl der beförderten Personen wegen nicht vermeidbarer Doppelzählungen zu hoch ausgewiesen.

2. Statistik der
Personenbeförderung im
Straßenverkehr

01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t : Personenbeförderungsfälle bei Straßenverkehrsunternehmen im Stadtschnellbahn-, Straßenbahn- und Obusverkehr sowie Kraftomnibusverkehr.

Die Personenbeförderungsfälle werden in aller Regel aufgrund der verkauften Fahrausweise ermittelt. Dabei werden Zeit- und Mehrfachkarten entsprechend ihrer vermuteten Ausnutzung mehrfach berücksichtigt.

Bei den beförderten Personen handelt es sich um Unternehmensbeförderungsfälle, d.h. eine Person wird auf dem Liniennetz eines Unternehmens auch dann nur einmal gezählt, wenn diese nacheinander mehrere Verkehrsmittel des Unternehmens benutzt. Benutzt die betreffende Person aber Verkehrsmittel verschiedener Unternehmen auf einer Fahrt, wird sie bei jedem dieser Unternehmen je einmal gezählt. Nicht zahlende Personen gehören nicht zu den beförderten Personen mit Ausnahme der Schwerbeschädigten und

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEFÖRDERTE PERSONEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

809

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Freifahrscheininhaber sowie der Schüler im freigestellten Schülerverkehr.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Seit 1969 zählen auch die im freigestellten Schülerverkehr beförderten Schüler zu den beförderten Personen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die beförderten Personen in der Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr sind vergleichbar abgegrenzt wie die beförderten Personen in der Eisenbahnstatistik. Gegenüber dem Ausweis der beförderten Personen in der Statistik des gewerblichen Luftverkehrs ergeben sich in der Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr Unterschiede. In der Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr gelten als beförderte Personen im allgemeinen nur zahlende Fahrgäste, in der Statistik des gewerblichen Luftverkehrs neben den zahlenden auch nicht zahlende Fluggäste, wenn sie älter als zwei Jahre sind. Zudem wird in der Statistik des gewerblichen Luftverkehrs die Anzahl der beförderten Personen wegen unvermeidbarer Doppelzählungen zu hoch ausgewiesen.

3. Statistik des
gewerblichen
Luftverkehrs
auf ausgewähl-
ten Flugplätzen
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Personenbeförderungsfälle im gewerblichen Luftverkehr.

Ein Personenbeförderungsfall ist in der Statistik des gewerblichen Luftverkehrs die Gesamtflugreise eines Fluggastes vom Herkunfts- zum Endzielflughafen. Aus erhebungstechnischen Gründen werden allerdings die Fluggäste, die aus Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland auf einem der ausgewählten Flugplätze innerhalb des Bundesgebietes einschl. Berlin (West) ankommen und dort in ein Flugzeug nach Zielen innerhalb oder außerhalb des Bundesgebietes umsteigen, doppelt erfaßt.

Zu den beförderten Personen zählen alle Fluggäste mit Ausnahme der Kinder unter zwei Jahren.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zur Abgrenzung zwischen den beförderten Personen in der Luftverkehrsstatistik sowie der Eisenbahnstatistik und der Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr siehe dort.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEHÄLTERBESTÄNDE (EIGENTUMSBESTAND)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

805

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik
(Bestands- und
Betriebsstatistik)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Zahl der Transportgefäße mit einem Mindestinhalt von 1 m^3 , in denen Güter lose oder wenig verpackt befördert werden und die das Umladen von einem zum anderen Verkehrsmittel erleichtern.

Die Behälter lassen sich leicht füllen und leeren und können mehrfach benutzt werden.

Der Eigentumsbestand erfaßt die Zahl der Behälter, die sich im Eigentum des jeweiligen Eisenbahnunternehmens befinden.

Es werden₃ folgende Behälterarten unterschieden: *Kleincontainer* mit $1-3 \text{ m}^3$ Fassungsvermögen und einer Ladekapazität von 1 t , *Mittelcontainer* mit mehr als 3 m^3 Rauminhalt, aber kleiner als 20-Fuß-Container¹⁾ und *Großcontainer* mit 20 Fuß und mehr. Auch die *Paletten* zählen zu den Behälterbeständen.

1) 20-Fuß-Container haben eine Länge von 6,055 m und ein Bruttogewicht von 20 t.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEHERBERGUNGSGEWERBE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1669

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Gastgewerbe-
statistik

01.01.63

B e g r i f f s i n h a l t : Zum Beherbergungsgewerbe rechnen Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime und Pensionen sowie Erholungs- und Ferienheime.

Nicht einbezogen werden Schlaf- und Speisewagenbetriebe, Campingplätze, alle Heime, die nicht als Unternehmen betrieben werden, sowie Heime, die als Unternehmen betrieben werden, jedoch nicht zu den o.g. Fremden-, Erholungs- oder Ferienheimen rechnen.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1969 (Basis 1962 = 100) waren Erholungs- und Ferienheime nicht beim Beherbergungsgewerbe einbezogen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BERGBAULICHE ERZEUGNISSE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3153, 705, 3211

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik der Erzeugerpreise industrieller Produkte

01.01.56

B e g r i f f s i n h a l t : Warengruppe 21 des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975.

Sie umfaßt:

2. Außenhandelsstatistik

01.01.70

Kohle, Briketts, Koks, Rohteer und -benzol,
Erdöl, Erdgas und bituminöse Gesteine,
Eisenerze,

3. Statistik der Außenhandelspreise

01.01.50

NE-Metallerze und Schwefelkies,
Kalisalze und Rohphosphate,
Stein-, Hütten- und Salinensalz, Sole,
Flußspat, Schwerspat, Graphit, sonstige bergbauliche u.ä.
Erzeugnisse,
Torf.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.¹⁾

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Zwischen den verschiedenen, jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bestehen geringfügige Abweichungen.

1) Zu Einzelheiten über die Auswahl der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -zweige des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 2155
BERUFSAUSPENDLER	
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Volks- und Berufszählung 1970	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Erwerbstätige, deren Arbeitsstätte außerhalb ihrer Wohngemeinde liegt, wobei die Pendelwanderung aus der Sicht der Wohngemeinde gesehen wird.</p> <p>Erwerbstätige, die neben der Ausübung einer Erwerbstätigkeit noch eine Schule besuchen (z.B. Erwerbstätige, die nach Dienstschluß eine Abendschule besuchen) rechnen grundsätzlich zu den Berufspendlern. Maßgebend ist dabei, daß die Arbeitsstätte außerhalb der Wohngemeinde des Erwerbstätigen liegt. Zu den Berufsauspendlern rechnen weiter Schüler und Studierende, die neben ihrer Ausbildung eine Erwerbstätigkeit außerhalb ihrer Wohngemeinde ausüben. Einbezogen sind ferner Personen, die im Ausland erwerbstätig sind, ihren Wohnsitz jedoch im Inland haben (sog. Grenzgänger).</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Berufsauspendler unterscheiden sich von den <i>Berufseinpendlern</i> (Volks- und Berufszählung 1970) durch die Richtung der Pendelwanderung. Von der Wohngemeinde der Pendler aus betrachtet handelt es sich bei ihnen um Berufsauspendler, von der Zielgemeinde aus gesehen um Berufseinpender. Zu berücksichtigen ist ferner, daß bei den Berufseinpendlern jene Personen nicht erfaßt werden, die im Inland erwerbstätig sind, aber im Ausland ihren Wohnsitz haben (sog. Grenzgänger).</p> <p>Im Unterschied zu den Berufsauspendlern umfassen die <i>Ausbildungsauspendler</i> und <i>Ausbildungseinpender</i> (jeweils Volks- und Berufszählung 1970) nichterwerbstätige Schüler und Studierende, deren Ausbildungsstätte außerhalb ihrer Wohngemeinde liegt. Erwerbstätige Schüler und Studierende, auch wenn sie nur eine geringfügige Tätigkeit außerhalb ihrer Wohngemeinde ausüben, werden stattdessen den Berufspendlern zugerechnet.</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BERUFSBILDENDE SCHULEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2532

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Zu den berufsbildenden
Schulen zählen *Berufsfach-/Fachschulen* und *Ingenieurschulen*.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 2156
BERUFSEINPENDLER	
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Volks- und Berufs- zählung 1970	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Erwerbstätige, deren Arbeitsstätte außerhalb ihrer Wohngemeinde liegt, wobei die Pendelwanderung aus der Sicht der Zielgemeinde gesehen wird.</p> <p>Erwerbstätige, die neben der Ausübung einer Erwerbstätigkeit noch eine Schule besuchen (z.B. Erwerbstätige, die nach Dienstschluß eine Abendschule besuchen) rechnen grundsätzlich zu den Berufspendlern. Maßgebend ist dabei, daß die Arbeitsstätte außerhalb der Wohngemeinde des Erwerbstätigen liegt. Zu den Berufseinspendlern rechnen weiter Schüler und Studierende, die neben ihrer Ausbildung eine Erwerbstätigkeit außerhalb ihrer Wohngemeinde ausüben.</p> <p>Nicht erfaßt werden Berufseinspendler, die im Inland erwerbstätig sind, aber im Ausland ihren Wohnsitz haben (sog. Grenzgänger).</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Berufseinspendler unterscheiden sich von den <i>Berufsauspendlern</i> (Volks- und Berufszählung 1970) durch die Richtung der Pendelwanderung. Von der Wohngemeinde der Pendler aus betrachtet, handelt es sich bei ihnen um Berufsauspendler, von der Zielgemeinde aus gesehen um Berufseinspendler.</p> <p>Zu berücksichtigen ist ferner, daß zu den Berufsauspendlern auch die Personen zählen, die im Ausland erwerbstätig sind, ihren Wohnsitz jedoch im Inland haben (sog. Grenzgänger).</p> <p>Im Unterschied zu den Berufseinspendlern umfassen die <i>Ausbildungseinspendler</i> und <i>Ausbildungsauspendler</i> (jeweils Volks- und Berufszählung 1970) nichterwerbstätige Schüler und Studierende, deren Ausbildungsstätte außerhalb ihrer Wohngemeinde liegt. Erwerbstätige Schüler und Studierende, auch wenn sie nur eine geringfügige Tätigkeit außerhalb ihrer Wohngemeinde ausüben, werden stattdessen den Berufspendlern zugerechnet.</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BERUFSFACH-/FACHSCHULEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2574, 2578, 3042

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Schulen, die der Berufs-
vorbereitung, der Berufsausbildung oder der Berufsfort-
bildung dienen.

Berufsfachschulen können ganz oder teilweise den Pflicht-
besuch einer Berufsschule ersetzen. Sie bauen zum Teil auf
dem Volksschulabschluß, zum Teil auf der Mittleren Reife
auf. Die Berufsfachschulen werden in der Regel im Vollun-
terricht besucht. Zu den Berufsfachschulen gehören z.B.
die Handelsschulen.

Fachschulen sind berufsfortbildende Schulen, die nach einer
bereits erworbenen praktischen Berufsausbildung von nicht
mehr berufsschulpflichtigen Jugendlichen besucht werden.
Fachschulen können Voll- oder Teilzeitschulen sein. Zu den
Fachschulen gehören u.a. Landwirtschaftsschulen, Techniker-
schulen, Meisterschulen, Fachschulen für Berufedes Sozial-,
Erziehungs- und Gesundheitswesens und Fachschulen für Ange-
hörige des öffentlichen Dienstes.

Zu den Berufsfach- und Fachschulen gehören auch höhere
Fachschulen (Fachhochschulen), Berufsaufbauschulen, Fach-
oberschulen, Dolmetscherinstitute, die keiner Universität
angegliedert sind, sowie Wirtschaftsschulen und in einzelnen
Bundesländern Wirtschaftsoberschulen und Technische Ober-
schulen.

Nicht zu den Berufsfach- und Fachschulen zählen die Berufs-
schulen, die nach der Erfüllung der Vollzeitschulpflicht
von allen Jugendlichen unter 18 Jahren bzw. bis zum Ende
der praktischen Berufsausbildung besucht werden müssen, es
sei denn, die Jugendlichen besuchen weiterführende Schulen
(z.B. Gymnasien, Realschulen) oder die Berufsschule er-
setzende Schulen (z.B. Berufsfachschule).

Als Abschluß an einer Berufsfach- oder Fachschule gilt die
erfolgreiche Absolvierung der vorgeschriebenen Schulzeit.
Sie ist im allgemeinen mit einer Abschlußprüfung verbunden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BESCHÄFTIGTE, DIE IN DER LUFTFAHRT TÄTIG SIND

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

942

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Luft-
fahrtunternehmen

01.01.68

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die in *Unternehmen* mit Genehmigung oder Erlaubnis zur Durchführung von Flügen ausschließlich oder überwiegend im Unternehmensteil "Luftfahrt" tätig sind und in einem Arbeitsvertrags- bzw. Dienstverhältnis oder Eigentümer- bzw. Miteigentümerverhältnis zum Unternehmen stehen.

Vorübergehend Abwesende, Erkrankte, Urlauber und Teilzeitbeschäftigte werden vollständig miteinbezogen.

Nicht zu den Beschäftigten in der Luftfahrt rechnen Personen, die zwar in Luftfahrtunternehmen beschäftigt sind, jedoch nicht ausschließlich oder überwiegend im Unternehmensteil "Luftfahrt" tätig sind (z.B. Personen, die in Reisebüros arbeiten).

Nach dem Beschäftigungsverhältnis (der Stellung im Betrieb) werden Tätige Inhaber und tätige Mitinhaber, Mithelfende Familienangehörige - unabhängig von der Arbeitszeit, die sie im Unternehmen tätig sind - ferner Angestellte, Arbeiter und Auszubildende unterschieden.

Nach dem betrieblichen Einsatz wird das fliegende Personal (Luftfahrzeugführer, Flugingenieure, Bordfunker, sonstiges fliegendes Personal) und das übrige Luftfahrt-(Boden-)personal (z.B. Personen, die Wartungs- und Überholarbeiten an Luftfahrzeugen durchführen oder die in der Verwaltung oder in der Passagier- und Frachtabfertigung eingesetzt sind) unterschieden.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zur Abgrenzung der Beschäftigten in der Luftfahrt gegenüber den *Tätigen Personen in der Binnenschiffahrt* (Statistik über die Unternehmen in der Binnenschiffahrt), den *Tätigen Personen im Schienenverkehr* (Eisenbahnstatistik), den *Tätigen Personen im Straßenpersonenverkehr* (Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr) sowie den *Tätigen Personen* (Bereichsstatistiken, Arbeitsstättenzählung 1970) siehe unter *Tätige Personen in der Binnenschiffahrt*.

Zur Abgrenzung der Beschäftigten in der Luftfahrt gegenüber den *Erwerbstätigen* (Volks- und Berufszählung 1970) siehe unter *Tätige Personen*; zur Abgrenzung gegenüber den *Familienarbeitskräften und ständigen familienfremden Arbeitskräften (im Jahresdurchschnitt)* (Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft) siehe dort.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

BESITZUMSCHREIBUNGEN GEBRAUCHTER KRAFTFAHRZEUGE
UND -ANHÄNGER

GBK - Nr(n):

829

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des
Kraftfahrzeug- und
Kraftfahrzeugan-
hängerbestandes

B e g r i f f s i n h a l t : Übergang von gebrauchten
Kraftfahrzeugen bzw. Kraftfahrzeuganhängern auf andere
Fahrzeughalter.

01.01.52

Die Umschreibung erfolgt durch die Zulassungsstelle, die den
Wechsel des Halters in den Fahrzeugbrief einträgt und einen
neuen Kraftfahrzeugschein ausstellt.

Die Veräußerung eines Fahrzeugs, das endgültig abgemeldet
oder mehr als 1 Jahr aus dem Verkehr gezogen war, zählt nicht
als Besitzumschreibung. Da ein solches Fahrzeug als endgültig
stillgelegt gilt und somit keinen Halter mehr hat, wird
eine erneute Zulassung als Alterfassung gezählt und als solche
hier nicht nachgewiesen. Ebenso gilt nicht als Besitzumschrei-
bung, wenn ein Fahrzeug nach der Veräußerung im Ausland wie-
der zugelassen wird bzw. wenn ein gebrauchtes Fahrzeug aus
dem Ausland eingeführt und im Bundesgebiet zugelassen wird.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

BESONDERS ERNTE-, SAISON- UND WITTERUNGSABHÄNGIGE NHRUNGSMITTEL

GBK - Nr(n):

1126

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Verbraucherpreise

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Sammelposition, die Kartoffeln, Frischgemüse, Frischobst (einschl. Südfrüchte), Frischfische und Eier umfaßt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

172

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Monatsbericht
für Unternehmen
und Betriebe im
Bergbau und im
Verarbeitenden
Gewerbe

01.01.70

B e g r i f f s i n h a l t : Örtliche Einheiten mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe gemäß der SYPRO¹⁾.

Erfaßt und dargestellt wird jeweils die gesamte örtliche Einheit einschließlich ihrer nichtproduzierenden Teile. Zu Ausnahmen siehe unten.

Zu den Betrieben zählen auch:

- Einbetriebsunternehmen (d.h. Unternehmen, die nur aus einer örtlichen Einheit bestehen) mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe;
- Örtliche Einheiten mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe, deren Inhaber in die Handwerksrolle eingetragen sind (Betriebe des produzierenden Handwerks);
- Betriebe, die nur Zulieferer für den Hauptbetrieb oder für einen anderen Betrieb des gleichen Unternehmens sind;
- Reparatur-, Montage- und Hilfsbetriebe, die nicht mit ihrem Produktionswerk örtlich verbunden sind und auch nicht in dessen Nähe liegen (z.B. örtlich getrennter Hilfsbetrieb zur Herstellung von Verpackungsmitteln für den Eigenbedarf, örtlich getrennter Montagebetrieb der elektrotechnischen Industrie, örtlich getrennter Fermentier- und Sortierbetrieb der tabakverarbeitenden Industrie usw.);
- Reparaturwerkstätten der Deutschen Bundesbahn und Bundespost;
- Reparaturwerkstätten von Schifffahrts- und Wasserbauunternehmen u.ä.;
- Örtlich getrennte Hauptverwaltungen von Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes.

In einigen Fällen wird statt der gesamten örtlichen Einheit nur der im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe tätige fachliche Teil der örtlichen Einheit erfaßt. Folgende fachliche Teile von örtlichen Einheiten werden als eigenständige Betriebe angesehen und erfaßt:

1) Systematik der Wirtschaftszweige (WZ) rev., Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe - SYPRO -, Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1976.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

172

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- Produktionsstätten des Verarbeitenden Gewerbes, die mit einem Baubetrieb örtlich verbunden sind und für den Markt produzieren (z.B. Sägewerke, Kiesgruben, Steinbrüche, Ziegeleien), unabhängig vom wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Einheit;
- Produktionsstätten des Bergbaus oder des Verarbeitenden Gewerbes, die mit einem Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserkwerk für die öffentliche Versorgung örtlich verbunden sind und für den Markt produzieren (z.B. Kohlengruben), unabhängig vom wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Einheit;
- Reparatur- und Montagewerkstätten, die den wirtschaftlichen Schwerpunkt eines Verkaufsbüros bilden;
- Druckereien, die mit einem Verlag örtlich verbunden sind (Verlagsdruckereien), aber nicht den wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Einheit bilden.

Nicht zu den Betrieben zählen:

- rechtlich unselbständige Reparatur- und Montageabteilungen von Unternehmen außerhalb des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes, soweit sie sich überwiegend mit der Instandsetzung von unternehmenseigenen Anlagen, Maschinen, Fahrzeugen und Geräten befassen;
- örtlich getrennte Verkaufsbüros ohne ständige Reparatur- oder Montageabteilung.

Zum einzelnen Betrieb rechnet - unter Beachtung der o.g. Ausnahmen - die gesamte örtliche Einheit, einschließlich der

- Verwaltungs-, Reparatur-, Montage- und Hilfsbetriebe, die mit dem meldenden Betrieb örtlich verbunden sind oder in dessen Nähe liegen, z.B. Kraftzentralen, Reparatur- und Montagewerkstätten zur Herstellung von Maschinen und Werkzeugen für den Eigenbedarf, außerhalb des Werks gelegene Montagestützpunkte für Verteiler- und Leitungsanlagen (Strom, Gas, Wasser, Dampf), Verpackungs- und Versandbetriebe, Transporteinrichtungen, Fuhrparks, betriebliche Tankstellen, Lagerplätze, Aufräumungskolonnen, Werkschutz, Werkfeuerwehr;
- Sozialeinrichtungen wie Kantinen, Werksfriseure, Heime für Auszubildende, Kindergärten usw.;

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

172

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- Baukolonnen für den Eigenbedarf sowie der baugewerblichen Betriebsteile, die Leistungen für den Markt erbringen, aber nicht zur Bauberichterstattung melden;
- übrigen Betriebsteile wie Handelsabteilungen, Redaktions- und Verlagsabteilungen, Transportabteilungen, die überwiegend für Dritte arbeiten, landwirtschaftliche Betriebsteile u.ä.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zur Abgrenzung gegenüber den Betrieben im Monatlichen Industriebericht siehe unter 2.

Betriebe und *Arbeitsstätten* (Arbeitsstättenzählung) bezeichnen unterschiedliche Tatbestände. Zwar gelten beide als örtliche Einheiten, die örtliche Einheit Arbeitsstätte ist aber enger gefaßt als die örtliche Einheit Betrieb. So rechnen zum Betrieb auch Verwaltungs-, Reparatur-, Montage- und Hilfsabteilungen, die nicht auf dem Grundstück ihres Produktionsbetriebes, sondern nur in dessen Nähe liegen. Diese außerhalb des Betriebsgrundstücks liegenden Abteilungen gelten aber jeweils als eigenständige Arbeitsstätte.

In einigen Fällen unterscheiden sich Betriebe und Arbeitsstätten dadurch, daß als Arbeitsstätte die gesamte örtliche Einheit, als Betrieb dagegen nur ein fachlicher Teil der örtlichen Einheit gilt. Dies ist der Fall, wenn

- eine Produktionsstätte des Verarbeitenden Gewerbes und ein Baubetrieb (Totalerhebung im Bauhauptgewerbe, siehe unter 2.) örtlich verbunden sind oder
- eine Produktionsstätte des Bergbaus oder des Verarbeitenden Gewerbes mit einem Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerk für die öffentliche Versorgung örtlich verbunden ist,
- in einem Verkaufsbüro eines Unternehmens des Bergbaus oder des Verarbeitenden Gewerbes überwiegend Reparaturen oder Montagen durchgeführt werden oder
- bei einer Verlagsdruckerei der Verlag den wirtschaftlichen Schwerpunkt bildet.

Neben den genannten begrifflichen Unterschieden bestehen vor allem Unterschiede in der Abgrenzung des Erhebungsbereichs. Als Arbeitsstätten gelten die örtlichen Einheiten aller Wirtschaftseinheiten aus allen Wirtschaftsbereichen mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

172

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Betriebe und der privaten Haushalte, also z.B. auch Praxen freier Berufe, Ämter von Behörden u. dgl. Zu den Betrieben zählen dagegen nur örtliche Einheiten mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe.

2.1 Monatlicher
Industriebe-
richt

01.01.50 -
31.12.76

B e g r i f f s i n h a l t : Örtliche Einheiten, in denen industrielle Tätigkeiten ausgeübt werden, unabhängig vom wirtschaftlichen Schwerpunkt der gesamten örtlichen Einheit.

2.2 Industriebe-
richt-Total-
erhebung-
September

01.01.62

Erfaßt und dargestellt wird der industrielle Teil der örtlichen Einheit.

Die Industrie umfaßt die Wirtschaftszweige Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe. Die einzelnen Industriezweige sind im Systematischen Verzeichnis zum Monatlichen Industriebericht zusammengestellt. Das Handwerk rechnet nicht zur Industrie. Entsprechend werden örtliche Einheiten, deren Inhaber in die Handwerksrolle eingetragen sind, in der Regel nicht erfaßt. Werden in solchen örtlichen Einheiten aber industrielle Tätigkeiten ausgeübt, wird nach den einzelnen Umständen fallweise entschieden, ob diese örtliche Einheit zu erfassen ist oder nicht. Als Anhaltspunkt für industrielle Tätigkeit dient die Serienfertigung von Gütern. Einzelanfertigung läßt dagegen auf handwerkliche Tätigkeit schließen. Sind in einer örtlichen Einheit ein abgrenzbarer industrieller Teil und ein handwerklicher Teil örtlich verbunden (z.B. Zimmerei mit Sägewerk), wird nur der industrielle Teil erfaßt. Handwerkliche Neben- oder Hilfsbetriebe von industriellen Betrieben rechnen dagegen zum industriellen Betrieb und werden mit erfaßt.

Zu den Betrieben zählen auch:

- Einbetriebsunternehmen (d.h. Unternehmen, die nur aus einer örtlichen Einheit bestehen), die in der Industrie tätig sind;
- Betriebe, die nur Zulieferer für den Hauptbetrieb oder für einen anderen Betrieb des gleichen Unternehmens sind;
- Reparatur-, Montage- und Hilfsbetriebe, die nicht mit ihrem Produktionswerk örtlich verbunden sind und auch nicht in dessen Nähe liegen (z.B. örtlich getrennter Hilfsbetrieb zur Herstellung von Verpackungsmitteln für den Eigenbedarf, örtlich getrennter Montagebetrieb der

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

172

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

elektrotechnischen Industrie, örtlich getrennter Fermentier- und Sortierbetrieb der tabakverarbeitenden Industrie usw.);

- Reparaturwerkstätten von Schiffahrts- und Wasserbauunternehmen u.ä.;
- örtlich getrennte Hauptverwaltungen von industriellen Unternehmen.

Nicht zu den Betrieben zählen:

- rechtlich unselbständige Reparatur- und Montageabteilungen von Unternehmen außerhalb der Industrie, soweit sie sich überwiegend mit der Instandsetzung von unternehmens-eigenen Anlagen, Maschinen, Fahrzeugen und Geräten befassen;
- Reparaturwerkstätten des Handels;
- örtlich getrennte Verkaufsbüros ohne ständige Reparatur- und Montageabteilung.

Zum einzelnen Betrieb rechnen nur die industriellen Teile der örtlichen Einheit. Mit einbezogen werden:

- Verwaltungs-, Reparatur-, Montage- und Hilfsbetriebe, die mit dem meldenden Betrieb örtlich verbunden sind oder in dessen Nähe liegen, z.B. Kraftzentralen, Reparatur- und Montagewerkstätten zur Herstellung von Maschinen und Werkzeugen für den Eigenbedarf, außerhalb des Werks gelegene Montagestützpunkte für Verteiler- und Leitungsanlagen (Strom, Gas, Wasser, Dampf), Verpackungs- und Versandbetriebe, Transporteinrichtungen, Fuhrparks, betriebliche Tankstellen, Lagerplätze, Aufräumkolonnen, Werkschutz, Werkfeuerwehr;
- Sozialeinrichtungen wie Kantinen, Werksfriseure, Heime für Auszubildende, Kindergärten usw.;
- Baukolonnen für den Eigenbedarf.

Nicht zum Betrieb rechnen:

- nichtindustrielle Teile der örtlichen Einheit wie z.B. landwirtschaftliche Betriebsteile, reine Handelsabteilungen (soweit vom Vertrieb der eigenen Erzeugnisse trennbar), Redaktions- und Verlagsabteilungen, Transportabteilungen, die überwiegend für Dritte arbeiten;

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

172

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- baugewerbliche Abteilungen, die überwiegend für Dritte arbeiten;
- Öffentliche Versorgungsbetriebe, die mit dem industriellen Betrieb örtlich verbunden sind;
- Verkaufsabteilungen von Verkaufsbüros, in denen ständig Reparaturen oder Montagen durchgeführt werden.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Betriebe im Monatlichen Industriebericht und Betriebe im Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe sind unterschiedlich abgegrenzt. Wesentliche Unterschiede bestehen zum einen in der Abgrenzung des Betriebs selbst, zum anderen in der Abgrenzung des Erhebungsbereichs.

Im Industriebericht rechnet zum Betrieb nur der industrielle Teil einer örtlichen Einheit, im Monatsbericht umfaßt der Betrieb dagegen - von einigen Ausnahmen abgesehen -, jeweils die gesamte örtliche Einheit einschließlich ihrer "nichtindustriellen" Teile. Solche "nichtindustriellen" Teile sind z.B. landwirtschaftliche Betriebsteile, reine Handelsabteilungen, Redaktions- und Verlagsabteilungen, Transportabteilungen, die überwiegend für Dritte arbeiten, handwerkliche Abteilungen, die nicht handwerkliche Neben- oder Hilfsbetriebe sind u.ä. Eine der oben angesprochenen Ausnahmen besteht bei Verkaufsbüros, in denen überwiegend Reparatur- und Montagearbeiten durchgeführt werden. Erfäßt wird nur die Reparatur- und Montageabteilung und nicht die gesamte örtliche Einheit. Zu weiteren Ausnahmen siehe unten.

In den Erhebungsbereich des Monatsberichts ist das Handwerk bzw. seine mit Schwerpunkt im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe tätigen örtlichen Einheiten einbezogen. Im Industriebericht wurden dagegen örtliche Einheiten, deren Inhaber in die Handwerksrolle eingetragen waren, in der Regel nicht erfaßt. Ebenfalls nur im Monatsbericht werden die Reparaturwerkstätten der Bundesbahn und der Bundespost erfaßt.

Ein weiterer begrifflicher Unterschied besteht darin, daß im Monatsbericht örtliche Einheiten, die mit Schwerpunkt in einem Bereich (Bergbau oder Verarbeitendes Gewerbe) tätig sind, erfaßt werden, wohingegen im Industriebericht örtliche Einheiten, die überhaupt in einem Bereich (Industrie) tätig sind, erfaßt werden. Dieser begriffliche Un-

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

172

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

terschied führt aber nicht in jedem Fall, sondern nur teilweise zu Unterschieden in der Abgrenzung und Erfassung der Erhebungseinheit Betrieb in den beiden Statistiken, da im Monatsbericht in einigen Fällen ebenfalls Betriebe unabhängig vom wirtschaftlichen Schwerpunkt der gesamten örtlichen Einheit erfaßt werden. Im einzelnen bestehen folgende Zusammenhänge:

- Bilden ein industrieller Betrieb und ein Baubetrieb oder ein industrieller Betrieb und ein Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerk für die öffentliche Versorgung eine örtliche Einheit, so wird im Industriebericht, unabhängig vom wirtschaftlichen Schwerpunkt der gesamten örtlichen Einheit, der industrielle Betrieb erfaßt. Im Monatsbericht wird in diesen Fällen ebenfalls, unabhängig vom wirtschaftlichen Schwerpunkt der gesamten örtlichen Einheit, der im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe tätige fachliche Teil der örtlichen Einheit erfaßt.
- Bilden eine Druckerei und ein Verlag/eine Redaktion eine örtliche Einheit, so wird im Industriebericht, unabhängig vom Schwerpunkt, die Druckerei als industrieller Betrieb erfaßt; der Verlag/die Redaktion sind nicht einbezogen. Im Monatsbericht ist die Regelung etwas anders getroffen: Bildet der Verlag/die Redaktion den Schwerpunkt, dann wird trotz des "falschen" Schwerpunkts der örtlichen Einheit die Druckerei erfaßt; wie im Industriebericht ohne die Verlags-/Redaktionsabteilung. Bildet dagegen die Druckerei den Schwerpunkt, wird, da die gesamte örtliche Einheit zu erfassen ist, der Verlag/die Redaktion mit einbezogen.

Die Begriffe Betriebe und *Unternehmen* (Unternehmenserhebung im Bergbau und in der Industrie ohne Bauindustrie) bezeichnen unterschiedliche Tatbestände. Als Unternehmen gelten die kleinsten rechtlich selbständigen Einheiten, die Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen haben und die mit Schwerpunkt in der Industrie tätig sind, während als Betriebe örtliche Einheiten, die in der Industrie tätig sind, gelten.

Zum Unternehmen rechnet das gesamte Unternehmen mit allen, auch außerhalb des wirtschaftlichen Schwerpunkts vorhandenen Tätigkeiten und Teilen. Zu den Betrieben rechnen dagegen nur die industriellen örtlichen Einheiten bzw. die industriellen Teile der örtlichen Einheiten. Die Unternehmen umfassen mithin - soweit vorhanden - neben ihren industriellen Betrieben auch nichtindustrielle örtliche Einheiten

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: BETRIEBE	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 172
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

und die nichtindustriellen Teile der industriellen örtlichen Einheiten.

Zu den Betrieben zählen alle örtlichen Einheiten, die in der Industrie tätig sind, auch wenn sie Teile von Unternehmen sind, deren Schwerpunkt außerhalb der Industrie liegt. Zu den Unternehmen in der Unternehmenserhebung im Bergbau und in der Industrie rechnen dagegen nur Unternehmen mit Schwerpunkt in diesem Wirtschaftsbereich.

Betriebe und Arbeitsstätten (Arbeitsstättenzählung) bezeichnen unterschiedliche Tatbestände. Zwar gelten beide als örtliche Einheiten, die örtliche Einheit Arbeitsstätte ist aber enger gefaßt als die örtliche Einheit Betrieb. So rechnen zum Betrieb auch Verwaltungs-, Reparatur-, Montage- und Hilfsabteilungen, die nicht auf dem Grundstück ihres Produktionsbetriebes, sondern nur in dessen Nähe liegen. Diese außerhalb des Betriebsgrundstücks liegenden Abteilungen gelten aber jeweils als eigenständige Arbeitsstätte.

Betriebe und Arbeitsstätten unterscheiden sich weiterhin dadurch, daß zum Betrieb nur der industrielle Teil der örtlichen Einheit rechnet und nichtindustrielle Teile wie z.B. landwirtschaftliche Betriebsteile, Handelsabteilungen, Redaktions- und Verlagsabteilungen, Bauabteilungen, die überwiegend für Dritte arbeiten, Transportabteilungen, die überwiegend für Dritte arbeiten, selbständige Handwerksabteilungen u.ä. nicht bzw. in anderen Statistiken erfaßt werden. Als Arbeitsstätte gilt dagegen jeweils die gesamte örtliche Einheit.

Neben den genannten begrifflichen Unterschieden bestehen vor allem Unterschiede in der Abgrenzung des Erhebungsbereichs. Als Arbeitsstätten gelten die örtlichen Einheiten aller Wirtschaftseinheiten aus allen Wirtschaftsbereichen mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und der privaten Haushalte, also z.B. auch Praxen freier Berufe, Ämter von Behörden u. dgl. Zu den Betrieben zählen dagegen nur örtliche Einheiten, die in der Industrie tätig sind.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

172

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

3.1 Totalerhebung
im Bauhauptge-
werbe (einschl.
Fertigteilbau)

01.01.76

B e g r i f f s i n h a l t : Örtliche Einheiten (in der
Regel nicht Baustellen) mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im
Bauhauptgewerbe gemäß der SYPRO¹⁾.

Zum Bauhauptgewerbe gemäß SYPRO werden Institutionen ge-
rechnet, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend da-
rin besteht, Hochbauten im Rohbau zu errichten (einschl.
Fertigteilbauten), Tiefbauvorhaben auszuführen oder be-
stimmte Spezialbauarbeiten vorzunehmen. Dazu rechnen auch
die Reparatur und Unterhaltung bestehender Hoch-, Tief-
und Spezialbauten sowie das Abbrechen, Sprengen und Ent-
trümmern.

Erfaßt werden im einzelnen:

- Einbetriebsunternehmen (d.h. Unternehmen, die nur aus
einer örtlichen Einheit bestehen) des Bauhauptgewerbes;
- Örtliche Einheiten (in der Regel nicht Baustellen) mit
Schwerpunkt im Bauhauptgewerbe, die zu Unternehmen des
Bauhauptgewerbes gehören;
- Örtliche Einheiten mit Schwerpunkt im Bauhauptgewerbe, die
zu Unternehmen mit Schwerpunkt im übrigen Produzierenden
Gewerbe oder in sonstigen Wirtschaftszweigen gehören, so-
fern sie Bauleistungen für den Markt erbringen;
- Baustellen und Bauhöfe mit eigenem Lohnbüro und selbständiger
Abrechnung;
- Arbeitsgemeinschaften des Bauhauptgewerbes, soweit sich
ihre Tätigkeit auf inländische Baustellen bezieht.

Nicht zu den Betrieben zählen:

- örtlich getrennte Hauptverwaltungen von Unternehmen des
Bauhauptgewerbes;
- örtlich getrennte reine Hilfsbetriebe ohne bauhauptge-
werbliche Tätigkeit (Ziegelei, Sägewerk, Kiesgrube).
Wenn diese örtlichen Einheiten mit Schwerpunkt im Bergbau
oder im Verarbeitenden Gewerbe tätig sind, werden sie im
Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und
im Verarbeitenden Gewerbe als Betriebe erfaßt (vgl. unter
1.);
- Verkaufsbüros ohne bauhauptgewerbliche Tätigkeit;

1) vgl. Blatt 1.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

172

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- örtlich getrennte Abteilungen, die Dienstleistungstätigkeiten einschl. Wohnungsvermietung ausüben.

Erhoben werden jeweils nur die im Bauhauptgewerbe tätigen Teile der Betriebe mit ihrer inländischen Bautätigkeit.

Verwaltungs- und Hilfsabteilungen, die direkt mit der bauhauptgewerblichen Tätigkeit verbunden sind, sowie mit dem Betrieb verbundene Sozialeinrichtungen wie etwa Kantinen, Werkskindergärten u.ä. rechnen zum Betrieb.

Ist mit dem Baubetrieb eine Produktionsstätte verbunden, in der bauabhängige Produkte hergestellt werden (z.B. Kiesgrube, Ziegelei, Sägewerk, Betonwerk), so wird dieser Betriebsteil nur dann einbezogen, wenn die Produkte für den eigenen Bedarf bestimmt sind und mithin in der eigenen Bauleistung abgerechnet werden. Erfolgt die Produktion für den Absatz am Markt, so ist dieser Betriebsteil nicht mit einzubeziehen, er zählt dann zu den im Verarbeitenden Gewerbe tätigen Betrieben (Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe bzw. Monatlicher Industriebericht).

Nicht einbezogen werden ferner reine Handelsabteilungen (soweit vom Vertrieb eigener Erzeugnisse trennbar), Transportabteilungen, die überwiegend für Dritte arbeiten und sonstige Abteilungen, die Dienstleistungstätigkeiten wie etwa Vermietung und Verpachtung betrieblicher Anlagen, Wohnungsvermietung und Leasing erbringen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Betriebe und Unternehmen (Unternehmens- und Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe) bezeichnen unterschiedliche Tatbestände. Als Unternehmen gelten die kleinsten rechtlich selbständigen Einheiten, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen haben und die mit Schwerpunkt im Bauhauptgewerbe tätig sind. Als Betriebe gelten örtliche Einheiten mit Schwerpunkt im Bauhauptgewerbe. Arbeitsgemeinschaften und Baustellen mit eigenem Lohnbüro gelten als Betriebe, aber nicht als Unternehmen. Die von einem Unternehmen unterhaltenen Baustellen sind vollständig, die Arbeitsgemeinschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist, anteilig in die Unternehmensergebnisse einbezogen.

Zum Unternehmen rechnet das gesamte Unternehmen mit allen, auch außerhalb des wirtschaftlichen Schwerpunkts vorhandenen Tätigkeiten und Teilen. Zu den Betrieben rechnen nur

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	BETRIEBE	DFK - Nr:
		GBK - Nr(n): 172

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

die bauhauptgewerblichen örtlichen Einheiten bzw. die bauhauptgewerblichen Teile der örtlichen Einheiten. Die Unternehmen umfassen mithin - soweit vorhanden - neben ihren Baubetrieben auch örtlich getrennte Einheiten, die nicht im Bauhauptgewerbe tätig sind (z.B. Hauptverwaltungen, Hilfsbetriebe, Verkaufsbüros) und die Teile der Baubetriebe, die bei den Betrieben nicht mit erfaßt werden.

Zu den Betrieben zählen auch örtliche Einheiten mit Schwerpunkt im Bauhauptgewerbe, die zu Unternehmen mit Schwerpunkt außerhalb des Bauhauptgewerbes gehören und für den Markt produzieren. Zu den Unternehmen in der Unternehmens- und Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe rechnen dagegen nur Unternehmen mit Schwerpunkt im Bauhauptgewerbe.

Betriebe und *Arbeitsstätten* (Arbeitsstättenzählung) bezeichnen unterschiedliche Tatbestände. Als Arbeitsstätte gilt eine örtliche Einheit (Grundstück oder abgegrenzte Räumlichkeit), in der am Stichtag mindestens eine Person - oder unter einheitlicher Leitung - mehrere Personen regelmäßig erwerbstätig sind. Als Betriebe gelten örtliche Einheiten mit Schwerpunkt im Bauhauptgewerbe. Zwar gelten beide als örtliche Einheiten, die örtliche Einheit Arbeitsstätte ist aber im Prinzip enger gefaßt als die örtliche Einheit Betrieb.

Betriebe und Arbeitsstätten unterscheiden sich dadurch, daß zum Betrieb nur der bauhauptgewerbliche Teil der örtlichen Einheit rechnet und andere Teile wie z.B. reine Handelsabteilungen, Transportabteilungen, die für den Markt arbeiten, Produktionsstätten des Verarbeitenden Gewerbes (Sandgrube, Ziegelei, Sägewerk, Betonwerk), die für den Markt arbeiten, Dienstleistungsabteilungen (Vermietung, Leasing) nicht erfaßt werden. Als Arbeitsstätte gilt dagegen jeweils die gesamte örtliche Einheit.

Arbeitsgemeinschaften des Bauhauptgewerbes und Baustellen mit eigenem Lohnbüro und selbständiger Abrechnung zählen zu den Betrieben, gelten aber nicht als Arbeitsstätten.

Neben den genannten begrifflichen Unterschieden bestehen vor allem Unterschiede in der Abgrenzung des Erhebungsbereichs. Als Arbeitsstätten gelten die örtlichen Einheiten aller Wirtschaftseinheiten aus allen Wirtschaftsbereichen mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und der privaten Haushalte, also z.B. auch Praxen freier Berufe, Ämter von Behörden u. dgl. Zu den Betrieben zählen

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

172

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

dagegen nur örtliche Einheiten mit Schwerpunkt im Bauhauptgewerbe.

3.2 Totalerhebung
im Bauhaupt-
gewerbe
01.01.55 -
31.12.76

B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 3.1, aber mit Abgrenzung des Bauhauptgewerbes nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1961 und 1970.

Nicht zum Bauhauptgewerbe rechnen die gemäß SYPRO zusätzlich erfaßten Zweige Herstellung und/oder Montage von Fertigteilbauten aus Beton oder Holz im Hochbau; bergbauliche Tiefbohrung, Aufschließung und Schachtbau (ohne Erdölbohrung) und das ehemalige Bauhilfsgewerbe (Gerüstbau, Fassadenreinigung und Gebäudetrocknung).

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Betriebe (Totalerhebung im Bauhauptgewerbe) und Betriebe (Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)) sind gleich abgegrenzt; unterschiedlich ist aber die Abgrenzung der Erhebungsbereiche aufgrund der Erweiterung der Systematik im Bereich des Bauhauptgewerbes. Im Juni 1976 liegt aufgrund der unterschiedlichen Abgrenzung des Erhebungsbereichs die Zahl der Betriebe (Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)) um 1 % über der Zahl der Betriebe gemäß Totalerhebung im Bauhauptgewerbe nach altem Konzept.

4. Statistik des
Fremdenver-
kehrs in Be-
herbergungs-
stätten
01.01.60

B e g r i f f s i n h a l t : Beherbergungsstätten, die von Unternehmen, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Genossenschaftskörperschaften oder Sozialversicherungen getragen oder betrieben werden und in denen Personen geschäftsmäßig zum vorübergehenden Aufenthalt Unterkunft gewährt wird.

Die Beherbergungsstätten umfassen die Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime und Pensionen, Hotels garnis, Erholungs- und Ferienheime, Heilstätten und Sanatorien sowie Ferienhäuser und Ferienwohnungen.

Erfaßt, aber nicht dargestellt werden Jugendherbergen, Kinderheime und Campingplätze.

Als Beherbergungsstätte gilt jeder Teil einer örtlichen Einheit, in dem unabhängig vom wirtschaftlichen Schwerpunkt der Einheit, Beherbergungsmöglichkeiten mit entsprechendem Bettenangebot vorhanden sind.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

172

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

5. Statistik der
Einheitswerte
der gewerb-
lichen
Betriebe

C1.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Wirtschaftliche Einheiten, deren Vermögensteile dem Betrieb eines Gewerbes als Hauptzweck dienen (Gewerbliche Betriebe).

Nachgewiesen werden Gewerbliche Betriebe mit einem nach dem Bewertungsgesetz¹⁾ festgestellten *Einheitswert* von mindestens DM 1 000,-.

Was als wirtschaftliche Einheit gilt, ist nach der herrschenden Verkehrsauffassung zu entscheiden. Dabei ist die örtliche Gewohnheit, die tatsächliche Übung, die Zweckbestimmung und die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit der einzelnen Vermögensteile zu berücksichtigen. Mehrere Wirtschaftsgüter bilden nur insoweit eine wirtschaftliche Einheit, als sie demselben Eigentümer (ggf. auch dessen Ehegatten) gehören.

Unter einem Gewerblichen Betrieb ist in Anlehnung an die Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung eine selbständige, nachhaltige Betätigung zu verstehen, die mit Gewinnabsicht unternommen wird und sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr äußert, sofern die Betätigung nicht in der Land- und Forstwirtschaft liegt.

Als Gewerblicher Betrieb gilt auch die gewerbliche Bodenbewirtschaftung (z.B. Bergbau und Gewinnung von Torf, Steinen und Erden).

Dem Gewerblichen Betrieb gleichgestellt ist die Ausübung eines freien Berufes im Sinne des Einkommensteuergesetzes. Ausgenommen ist jedoch die selbständig ausgeübte künstlerische oder wissenschaftliche Tätigkeit, die sich im wesentlichen auf schöpferische oder forschende, Lehr-, Vortrags-, Prüfungs- oder schriftstellerische Tätigkeit beschränkt.

Alle Wirtschaftsgüter, die einer Kapitalgesellschaft (Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Kolonialgesellschaft, bergrechtliche Gewerkschaft), einer Erwerbs- oder Wirtschaftsgenossenschaft, einem Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, einer Kreditanstalt des öffentlichen Rechts, einer Offenen Handelsgesellschaft, einer Kommanditgesellschaft oder einer ähnlichen Gesellschaft, in der die Gesell-

1) Vgl. Bewertungsgesetz v. 10.12.1965 (BGBl. I S. 1861), zuletzt geändert am 8.9.1972 (BGBl. I S. 1713).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

172

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

schafter als (Mit-)Unternehmer anzusehen sind, gehören, bilden, wenn diese ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Inland haben, kraft Rechtsform einen Gewerblichen Betrieb, d.h. eine wirtschaftliche Einheit des Betriebsvermögens.

Bei den anderen Rechtsformen bilden nur die Wirtschaftsgüter eine wirtschaftliche Einheit des Betriebsvermögens, die einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (ausgenommen Land- und Forstwirtschaft) dienen.

Bei wirtschaftlichen Einheiten des Betriebsvermögens mit Geschäftsleitung, Sitz bzw. Wohnsitz oder ständigem Aufenthalt des Eigentümers im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder in Berlin (West), die sich auch auf das Ausland erstrecken, werden auch die ausländischen Vermögensteile in den Einheitswert einbezogen, es sei denn, diese sind im Rahmen eines Doppelbesteuerungsabkommens von der inländischen Besteuerung befreit.

Für wirtschaftliche Einheiten mit Geschäftsleitung, Sitz bzw. Wohnsitz oder ständigem Aufenthalt des Eigentümers außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes oder Berlin (West), die sich auch bzw. nur auf das Inland erstrecken, wird lediglich für den inländischen Teil ein Einheitswert festgestellt, sie zählen ebenfalls zu den Gewerblichen Betrieben, es sei denn, sie sind im Rahmen eines Doppelbesteuerungsabkommens von der inländischen Besteuerung befreit.

Wirtschaftliche Einheiten, deren Hauptzweck die Land- und Forstwirtschaft bildet, zählen nicht zu den Gewerblichen Betrieben, es sei denn, sie gelten kraft Gesetzes steuerlich als Gewerbebetriebe und werden zwar wie land- und forstwirtschaftliches Vermögen bewertet, jedoch als Untereinheit (Betriebsgrundstück) in den Einheitswert des Betriebsvermögens einbezogen.

Nicht als Gewerbliche Betriebe erfaßt werden wirtschaftliche Einheiten, bei denen kein steuerliches Interesse an der Feststellung eines Einheitswertes besteht, d.h. wenn eine gesetzliche Befreiung von der Vermögensteuer und der Gewerbesteuer gegeben ist oder wenn für den Betrieb mit einem Gewerbekapital von weniger als 6 000,- DM (Besteuerungsgrenze für das Gewerbekapital) zu rechnen ist und der Einheitswert auch nicht für die Vermögensteuer benötigt

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

BETRIEBE

GBK - Nr(n):

172

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

wird. Dazu zählen insbesondere die Deutsche Bundesbank, Bundesbahn, Bundespost, Monopolverwaltungen des Bundes, staatliche Lotterieu Unternehmen, Kreditanstalt für Wiederaufbau u.ä., ferner Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die nach ihrer Satzung ausschließlich und unmittelbar kirchlichen, gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen.

6. Statistik der
Streiks und
Aussperrungen

B e g r i f f s i n h a l t : Örtliche Einheiten, die von einem Streik bzw. einer Aussperrung betroffen sind.

01.01.50

Erfasst werden örtliche Einheiten mit Arbeitsstreitigkeiten, an denen mindestens 10 Arbeitnehmer beteiligt waren und die mindestens einen Tag dauerten oder insgesamt einen Verlust von mehr als 100 Arbeitstagen verursacht haben.

Werden bei einem Streik einzelne Teile einer örtlichen Einheit (z.B. eines Industriebetriebs) nacheinander in den Streik einbezogen, muß für jeden Teil eine eigene Meldung über den Beginn der Arbeitsstreitigkeit abgegeben werden. Für den statistischen Nachweis werden die Meldungen für die einzelnen Teile einer örtlichen Einheit zusammengefaßt, der Betrieb wird nur einmal nachgewiesen.

7. Landwirtschafts-
zählung 1971

B e g r i f f s i n h a l t : Technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen und land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen.

Zu Einzelheiten siehe - je nach Darstellungseinheit - unter
- land- und forstwirtschaftliche Betriebe
- landwirtschaftliche Betriebe
- Forstbetriebe.

Außerdem werden nach ausgewählten Merkmalen verschiedene Betriebstypen der Land- und Forstwirtschaft gebildet. Zur Abgrenzung siehe jeweils dort.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBLICHER ARBEITSAUFWAND DER FAMILIEN-
ARBEITSKRÄFTE UND DER STÄNDIGEN FAMILIEN-
FREMDE ARBEITSKRÄFTE IN DEN BETRIEBEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2704

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Landwirtschafts-
zählung 1971

B e g r i f f s i n h a l t : Maßeinheit für die Arbeitsleistung der im Berichtszeitraum mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Familienarbeitskräfte und ständigen familienfremden Arbeitskräfte (AK-Einheiten).

Diese Maßeinheit errechnet sich aus der je Arbeitskraft für den Arbeitsbereich "Betrieb (ohne Haushalt des Betriebsinhabers)" angegebenen Arbeitsleistung, die an der Arbeitszeit (Zahl der Wochen, Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden, Zahl der Arbeitstage) gemessen wird. Dabei wird die Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten (ohne Haushalt des Betriebsinhabers) vollbeschäftigten Arbeitskraft

im Alter von 16 Jahren bis unter 65 Jahren
mit 1,0 AK-Einheit,

im Alter von 14 bis unter 16 Jahren mit
0,5 AK-Einheiten,

im Alter von 65 oder mehr Jahren mit
0,3 AK-Einheiten

bewertet. Die Arbeitsleistung der Betriebsinhaber wird immer mit 1,0 bewertet.

Entsprechend wird die Arbeitsleistung jeder mit betrieblichen Arbeiten teilbeschäftigten Arbeitskraft an der durchschnittlichen Arbeitsleistung der vollbeschäftigten Arbeitskräfte gemessen und mit Bruchteilen einer AK-Einheit bewertet.

Eine Arbeitskraft gilt in der Landwirtschaftszählung 1971 als voll beschäftigt, wenn sie im Berichtszeitraum mindestens 47 Wochen mit durchschnittlich mindestens 45 Stunden je Woche im Arbeitsbereich "Betrieb (ohne Haushalt des Betriebsinhabers)" beschäftigt ist.

Zu den Familienarbeitskräften rechnen die *Betriebsinhaber und ihre auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen* im Alter von 14 Jahren und darüber, die während des Berichtszeitraumes im o.g. Arbeitsbereich beschäftigt sind.

Als ständige familienfremde Arbeitskräfte gelten familienfremde Personen im Alter von 14 Jahren und darüber, die im Berichtszeitraum im Arbeitsbereich "Betrieb (ohne Haushalt des Betriebsinhabers)" beschäftigt sind und in einem unbefristeten oder auf

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: BETRIEBLICHER ARBEITSAUFWAND DER FAMILIEN- ARBEITSKRÄFTE UND DER STÄNDIGEN FAMILIEN- FREMDEN ARBEITSKRÄFTE IN DEN BETRIEBEN	DFK - Nr.: GBK - Nr(n): 2704
---	--

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

mindestens drei Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb stehen. Einbezogen sind auch die im Betrieb beschäftigten Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers, sofern sie nicht im Haushalt des Betriebsinhabers leben.

Nicht einbezogen sind hingegen Arbeitskräfte, die ausschließlich in einem nichtlandwirtschaftlichen Gewerbebetrieb des Betriebsinhabers (z.B. einer Schlachtereier oder einem Gasthof) oder im Haushalt des Betriebsinhabers bzw. für fremde Rechnung im Betrieb beschäftigt sind (z.B. Arbeitskräfte von Lohnunternehmen).

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu dem in AK-Einheiten ausgedrückten "betrieblichen Arbeitsaufwand der Familienarbeitskräfte und der ständigen familienfremden Arbeitskräfte" in der Landwirtschaftszählung 1971 umfassen die *AK-Einheiten* in der Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft auch die Arbeitsleistung von nichtständigen familienfremden Arbeitskräften. Dabei handelt es sich um die Arbeitsleistung von familienfremden Arbeitskräften, die im Berichtszeitraum für Rechnung des Betriebsinhabers nur gelegentlich mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt sind. Die Arbeitstage der nichtständigen familienfremden Arbeitskräfte werden an der durchschnittlichen Arbeitsleistung der vollbeschäftigten Arbeitskräfte gemessen und mit Bruchteilen einer AK-Einheit bewertet.

Unterschiede zwischen den beiden Maßeinheiten für die Arbeitsleistung ergeben sich u.a. auch durch die unterschiedlichen Berichtszeiträume. Während in der Landwirtschaftszählung 1971 eine Arbeitskraft dann als vollbeschäftigt gilt, wenn sie im Berichtszeitraum mindestens 47 Wochen mit durchschnittlich mindestens 45 Stunden je Woche im Arbeitsbereich "Betrieb (ohne Haushalt des Betriebsinhabers)" beschäftigt ist, gilt eine Arbeitskraft in der Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft als vollbeschäftigt, wenn sie in jeder der vier Wochen des Berichtsmonats mindestens 45 Stunden (1968 - 1973), 43 Stunden (1974 - 1978) bzw. 42 Stunden (ab 1979) im o.g. Arbeitsbereich tätig ist.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: BETRIEBSFLÄCHE	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 729
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Landwirtschafts-
zählung 1971

B e g r i f f s i n h a l t : Selbstbewirtschaftete Fläche
eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes.

Die Betriebsfläche umfaßt die selbstbewirtschaftete Eigentums-
fläche, die zugepachteten Flächen, die zur Bewirtschaftung unent-
geltlich erhaltenen Flächen (z.B. Dienstland), die aufgeteilte
Allmende sowie das Heuerlingsland und ähnliche vom Betrieb
bewirtschaftete sonstige Flächen.

Nicht enthalten sind verpachtete und unentgeltlich zur Bewirt-
schaftung abgegebene Flächen.

Untergliedert nach der Nutzung, gehören zur Betriebsfläche die
*landwirtschaftlich genutzte Fläche, Waldfläche, nicht mehr ge-
nutzte landwirtschaftliche Fläche* sowie die sonstigen vom Be-
trieb bewirtschafteten Flächen (Gebäude- und Hofflächen, Ge-
wässer, Öd- und Unland, unkultivierte Moorflächen, Wegeland,
Ziergärten, Rasenflächen usw.).

Nachgewiesen wird die Betriebsfläche *land- und forstwirtschaft-
licher Betriebe*. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe sind
technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines
Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer
einzigen Betriebsführung unterstehen sowie land- und/oder forst-
wirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Betriebs-
fläche und *Gesamtfläche der Betriebe* (Landwirtschaftszählung
1971) sind synonym.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBSGRUNDSTÜCKE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1129

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Ein-
heitswerte der ge-
werblichen Betriebe

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Betriebsgrundstück im Sinne des Bewertungsgesetzes ist der zu einem gewerblichen *Betrieb* gehörende Grundbesitz, soweit er, losgelöst von seiner Zugehörigkeit zu dem gewerblichen Betrieb, entweder zum *Grundvermögen* gehören oder einen Betrieb der Land- und Forstwirtschaft bilden würde.

Voraussetzung für die Zugehörigkeit zu einem gewerblichen Betrieb ist im ersteren Falle, daß das Grundstück zu mehr als der Hälfte seines Wertes dem gewerblichen Betrieb dient. Gehört das Grundstück jedoch mehreren Personen (Gesamthand- oder Bruchteilseigentum), so ist es, sofern an ihm eine fremde (außenstehende) Person beteiligt ist, ohne Rücksicht darauf, in welchem Umfang es dem gewerblichen Betrieb der Beteiligten dient, kein Betriebsgrundstück sondern Grundvermögen. Ehegatten der Beteiligten gelten dabei nicht als fremde Personen.

Stehen land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen in engem wirtschaftlichen Zusammenhang mit einem gewerblichen Betrieb desselben Eigentümers, so gehören auch sie als *Betriebsgrundstücke* zum *Betriebsvermögen*. Wird die Land- und Forstwirtschaft planmäßig im Interesse eines gewerblichen Hauptbetriebes (z.B. Gastwirtschaft) geführt, wobei diese Verbindung nicht ohne Nachteil für den Gesamtbetrieb gelöst werden kann, so liegt ebenfalls ein einheitlicher gewerblicher Betrieb vor, bei dem die Land- und Forstwirtschaft als Betriebsgrundstück zum Betriebsvermögen gehört. Bei Grundbesitz, der zum Teil land- und forstwirtschaftlichen Zwecken, zum Teil einem gewerblichen Betrieb dient, ist nur der gewerblich genutzte Teil ein Betriebsgrundstück.

Gehören der Grundbesitz oder Teile an ihm einer der in § 97 Abs. 1 des Bewertungsgesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen (z.B. Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften), so ist dieser - gleichgültig ob er dem Betrieb der Gesellschaft dient oder nicht - stets Betriebsvermögen (Betriebsgrundstück).

Zu den losgelöst vom gewerblichen Betrieb zum Grundvermögen gehörigen Betriebsgrundstücken rechnen nicht Maschinen und sonstige Vorrichtungen aller Art, die zu einer Betriebsanlage gehören (Betriebsvorrichtungen), auch wenn sie wesentliche Bestandteile des Grundstücks sind.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBSGRUNDSTÜCKE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1129

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Betriebsgrundstücke sind wie Grundvermögen bzw. land- und forstwirtschaftliches Vermögen zu bewerten. Sie sind Untereinheiten des Betriebsvermögens und als solche mit ihrem im Feststellungszeitpunkt (Statistik: Hauptfeststellungszeitpunkt) geltenden Einheitswert in der Vermögensaufstellung des gewerblichen Betriebs anzusetzen. Dies gilt auch, wenn wegen eines vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftjahres ein anderer Bewertungsstichtag zugelassen ist. Im Falle zwischenzeitiger Bestandsveränderung erfolgt ein Ausgleich.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis 1972 erfolgte der Ansatz der Betriebsgrundstücke mit den nach den Wertverhältnissen vom 1.1.1935 festgestellten, fortgeschriebenen oder nachfestgestellten Einheitswerten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Betriebsgrundstücken handelt es sich beim *Grundvermögen* (Vermögensteuerstatistik) um Grundstücke, die nicht zu einem gewerblichen Betrieb gehören oder um solche, bei denen die Voraussetzungen für eine Feststellung als Betriebsgrundstück nicht erfüllt sind. In der Vermögensteuerstatistik wird nur das Grundvermögen für unbeschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche Personen nachgewiesen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBSINHABER UND IHRE AUF DEM BETRIEB
LEBENDEN FAMILIENANGEHÖRIGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2690

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Landwirtschafts-
zählung 1971

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die *landwirtschaftliche Betriebe* als Betriebsinhaber leiten, deren Ehegatten und Kinder sowie alle Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers, die während des Berichtszeitraums, wenn auch nur vorübergehend, dem mit dem Betrieb räumlich verbundenen Haushalt des Betriebsinhabers angehören.

Betriebsinhaber ist diejenige natürliche Person, für deren Rechnung der Betrieb bewirtschaftet wird, ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse. Bei landwirtschaftlichen Betrieben, die von mehreren natürlichen Personen (z.B. Ehepaaren, Geschwistern oder Erbengemeinschaften) geleitet werden, gilt jene Person als Betriebsinhaber, bei der überwiegend die laufende und tägliche Führung des Betriebes liegt.

Zu den auf dem landwirtschaftlichen Betrieb lebenden Familienangehörigen rechnen auch Verwandte und Verschwägte des Betriebsinhabers, die im Berichtszeitraum einem anderen, räumlich mit dem Betrieb verbundenen Haushalt angehören (z.B. Haushalt eines Altenteilers oder des verheirateten Sohnes), sofern ihre Verpflegung überwiegend vom Betrieb bezogen wird.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBSKAPITAL

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1129

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Ein-
heitswerte der ge-
werblichen Betriebe

31.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Das Betriebskapital der gewerblichen *Betriebe* rechnet zu den Wirtschaftsgütern, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb des gewerblichen Betriebes zu dienen. Es ist Teil des *Umlaufvermögens* und umfaßt die Kassenbestände, Bank- und Postscheckguthaben, Forderungen, Wechselbestände, ggf. auch Wertpapiere, Geschäftsanteile sowie die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Für den Bestand und die Bewertung des Betriebskapitals sind grundsätzlich die Verhältnisse im Hauptfeststellungszeitpunkt maßgebend. Bei Betrieben, die regelmäßig jährliche Abschlüsse am Schluß des Kalenderjahres machen, ist dieser Abschlußtag zugrunde zu legen. Auf Antrag kann für Betriebe, die regelmäßig jährliche Abschlüsse auf einen anderen Tag machen (Betriebe mit einem vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahr), als Bewertungsstichtag der Schluß des Wirtschaftsjahres zugrunde gelegt werden, das dem Feststellungszeitpunkt vorangeht. Die vorgenannten Ausnahmen gelten jedoch nicht für die Bewertung von Wertpapieren, Anteilen und Genußscheinen an Kapitalgesellschaften. Im Falle zwischenzeitiger Bestandsveränderung erfolgt, sofern dies mit dem Erwerb oder der Veräußerung von Grundbesitz zusammenhängt, ggf. ein Ausgleich.

Bargeld, Bank- und Postscheckguthaben sowie Kapitalforderungen werden grundsätzlich mit dem Nennwert bewertet.

Wertpapiere, Anteile und Genußscheine an Kapitalgesellschaften werden in der Regel wie folgt angesetzt:

- a) mit dem niedrigsten im amtlichen Handel notierten Kurs oder aber, falls kein Kurs besteht
 - aa) soweit die Wertpapiere Anteile an Kapitalgesellschaften verbriefen mit dem gemeinen Wert. (Der gemeine Wert ist der Einzelveräußerungspreis, der sich für das aus dem Betrieb herausgelöste Wirtschaftsgut im gewöhnlichen Geschäftsverkehr bei der Veräußerung erzielen läßt),
 - bb) soweit die Wertpapiere Forderungsrechte verbriefen mit dem Nennwert oder

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBSKAPITAL

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1129

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

b) mit dem Rücknahmepreis, sofern die Wertpapiere Rechte der Einleger gegen eine Kapitalanlagegesellschaft oder einen sonstigen Fonds verbriefen.¹⁾

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Vor 1963 galt insbesondere für die Festsetzung der Steuermärkte ein anderes Verfahren mit für den gesamten Bewertungszeitraum starr festgesetzten besonderen "Steuermärkten".

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zum Betriebskapital werden in den *Finanzanlagen* (Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe) u.a. die langfristigen Darlehens- und Hypothekenforderungen sowie Geschäftsanteile und Wertpapiere, die nicht zur Veräußerung bestimmt sind erfaßt. Finanzanlagen sind also Wirtschaftsgüter, die im Gegensatz zum Betriebskapital dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb des gewerblichen Betriebes zu dienen und deshalb Anlagevermögen darstellen.

1) Zu Einzelheiten siehe Bewertungsgesetz v. 10.9.1965 (BGBl. I S. 1861), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes zur Wahrung der steuerlichen Gleichmäßigkeit bei Auslandsbeziehungen und zur Verbesserung der steuerlichen Wettbewerbslage bei Auslandsinvestitionen v. 8.9.1972 (BGBl. I S. 1713) sowie die entsprechenden Vermögenssteuerrichtlinien.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBSVERMÖGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2505, 1387

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Vermögensteuer-
statistik

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Teile einer wirtschaftlichen Einheit, die dem Betrieb eines Gewerbes als Hauptzweck dient, soweit die Wirtschaftsgüter dem Betriebsinhaber oder - im Falle der Zusammenveranlagung von Ehegatten zur Vermögensteuer - seinem Ehegatten gehören.

Unter Gewerbebetrieb ist eine selbständige, nachhaltige Betätigung zu verstehen, die mit Gewinnabsicht unternommen wird und sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt, sofern der Hauptzweck der Betätigung nicht die Ausübung von Land- und Forstwirtschaft ist. Die Gewinnabsicht braucht nicht der Hauptzweck der Betätigung zu sein.

Als Gewerbe gilt auch die gewerbliche Bodenbewirtschaftung (z.B. Bergbau, Gewinnung von Torf, Steinen und Erden). Auch die Ausübung eines freien Berufes steht nach dem Bewertungsgesetz dem Betrieb eines Gewerbes gleich. Ausgenommen sind jedoch rein künstlerische und rein wissenschaftliche Tätigkeiten.

Grundsätzlich kann der Steuerpflichtige mehrere Betriebe besitzen und/oder an mehreren Personengesellschaften - die selbst nicht vermögenssteuerpflichtig sind - beteiligt sein. Eine Sonderstellung nehmen jedoch die in § 97 Abs. 1 des Bewertungsgesetzes genannten Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen sofern sie ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Inland haben (z.B. Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Kreditanstalten des öffentlichen Rechts) ein. Bei diesen nichtnatürlichen Personen rechnen alle Wirtschaftsgüter zum Betriebsvermögen und bilden unabhängig davon, ob die Wirtschaftsgüter dem gewerblichen Betrieb auch tatsächlich dienen, einen Gewerbebetrieb (Gewerbebetrieb kraft Rechtsform).

Einen gewerblichen Betrieb bilden auch die Wirtschaftsgüter, die den sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts, den nichtrechtsfähigen Vereinen, Anstalten, Stiftungen und anderen Zweckverbänden gehören, soweit sie einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (ausgenommen Land- und Forstwirtschaft) dienen. Auch ein verpachtetes gewerbliches Unternehmen ist immer dann ein gewerblicher Betrieb des Verpächters, wenn die wesentlichen Betriebsgegenstände des Anlagevermögens mitverpachtet sind. Sind Wirtschaftsgüter dazu bestimmt sowohl einem gewerblichen Betrieb als auch einem Betrieb der Land- und Forstwirtschaft desselben Inhabers dauernd zu dienen, so werden sie beiden Betrieben anteilig zugerechnet.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBSVERMÖGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2505, 1387

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Nicht zum Betriebsvermögen zählen die Wirtschaftsgüter, die nach dem Vermögensteuergesetz oder anderen Gesetzen von der Vermögensteuer befreit sind sowie Erfindungen, Urheberrechte u.ä., die nach dem Bewertungsgesetz nicht zum sonstigen Vermögen gehören.

Die Bewertung der zu einem gewerblichen Betrieb gehörenden Wirtschaftsgüter erfolgt in der Regel mit dem Teilwert. Der Teilwert ist der Betrag, den ein Erwerber des ganzen Unternehmens im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde. Dabei ist davon auszugehen, daß der Erwerber das Unternehmen fortführt. Wirtschaftsgüter, für die ein Einheitswert festgestellt wird (Betriebsgrundstücke, Mineralgewinnungsrechte und Beteiligungen an Personengesellschaften), sind mit dem Einheitswert und die Wertpapiere, Anteile an Kapitalgesellschaften, Kapitalforderungen und Rechte auf wiederkehrende Nutzungen und Leistungen sowie denen entsprechende Schuldposten mit dem Kurswert bzw. gemeinen Wert, Nennwert oder Kapitalwert anzusetzen. Für den Bestand und die Bewertung der Wirtschaftsgüter sind grundsätzlich die Verhältnisse zu den jeweiligen Feststellungszeitpunkten maßgebend.

Der Einheitswert des Betriebsvermögens wird ermittelt, indem die Wertsumme der Wirtschaftsgüter des gewerblichen Betriebes um die mit dem Betriebsvermögen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Schulden und sonstigen Abzüge unter Berücksichtigung der Vergünstigung für Schachtelgesellschaften vermindert und auf volle 1 000 DM abgerundet wird. Erstreckt sich die wirtschaftliche Einheit eines Gewerbebetriebes ausschließlich auf das Ausland, so ist für die Bewertung dieses Betriebs der gemeine Wert maßgebend.¹⁾

Nachgewiesen wird im einzelnen das Betriebsvermögen der unbeschränkt *Vermögensteuerpflichtigen* nach Abzug der Befreiungsbeträge für Krankenanstalten, Versorgungsunternehmen sowie Verkehrs-, Hafen- oder Flughafenbetriebe, und zwar beim natürlichen Steuerpflichtigen - ggf. saldiert - (nur) mit der positiven Summe, die sich aus den Einheitswerten seiner Betriebe sowie den Wertanteilen seiner Beteiligungen an Personengesellschaften

1) Zu Einzelheiten siehe Bewertungsgesetz i.d.F. v. 10.12.1965 (BGBl. I S. 1861), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes zur Wahrung der steuerlichen Gleichmäßigkeit bei Auslandsbeziehungen und zur Verbesserung der steuerlichen Wettbewerbslage bei Auslandsinvestitionen v. 8.9.1972 (BGBl. I S. 1713) sowie die entsprechenden Vermögensteuerrichtlinien.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBSVERMÖGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2505, 1387

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

und evtl. auch den gemeinen Werten seiner ausländischen Betriebe ergibt und bei den nichtnatürlichen Personen, sofern sie Körperschaften im Sinne des § 97 Abs. 1 Bewertungsgesetz sind, mit dem Betriebsvermögen, andernfalls mit einem diesem entsprechenden fiktiven Wert (dem Gesamtvermögen vor Berücksichtigung der auch bei den o.a. Körperschaften zugelassenen Abzüge - z.B. Vermögensabgabe).

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : 1953 sind beim Betriebsvermögen zahlenmäßig auch jene Fälle mit Betriebsvermögen erfaßt, die wegen Überschuldung Minusbeträge aufweisen und deshalb beim Wertnachweis des Betriebsvermögens nicht berücksichtigt sind.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Unterschiede zwischen dem Betriebsvermögen und dem *land- und forstwirtschaftlichen Vermögen* (Vermögensteuerstatistik) ergeben sich im wesentlichen durch die unterschiedlichen Betriebszwecke, denen die Vermögensgüter dienen. Während das Betriebsvermögen alle Wirtschaftsgüter umfaßt, die einem gewerblichen Betrieb als Hauptzweck dienen, rechnen zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen alle Wirtschaftsgüter, die einem Betrieb der Land- und Forstwirtschaft dauernd zu dienen bestimmt sind. Prinzipiell können daher bei beiden Vermögensarten gleiche oder ähnliche Wirtschaftsgüter vorkommen. Bei den nichtnatürlichen Personen (z.B. Kapitalgesellschaften) sei jedoch auf die Sonderregelung kraft Rechtsform der Eigentümer hingewiesen, nach der unabhängig davon, ob die Wirtschaftsgüter auch tatsächlich einem gewerblichen Betrieb dienen, diese Betriebsvermögen darstellen.

Die *Betriebsgrundstücke* (Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe) umfassen nur den zu den erfaßten gewerblichen Betrieben gehörigen Grundbesitz. Zum Betriebsvermögen rechnen hingegen alle Vermögensgüter, die einem gewerblichen Betrieb dienen einschl. der Betriebsgrundstücke; die Betriebsgrundstücke sind somit Untereinheiten des Betriebsvermögens.

Das Betriebsvermögen und der *Einheitswert (Betriebsvermögen)* (Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe) umfassen dieselben Begriffsmerkmale. Unterschiede ergeben sich jedoch aus den unterschiedlichen Erhebungs- bzw. Darstellungseinheiten. Während das Betriebsvermögen ausschließlich für unbeschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche und nichtnatürliche Personen nachgewiesen wird, wird der Einheitswert (Betriebsvermögen) von allen gewerblichen Betrieben erfaßt, für die ein Einheitswert in Höhe von mindestens 1 000 DM festgestellt worden ist. Beim Einheitswert (Betriebsvermögen) ist es im Unterschied zum Betriebs-

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BETRIEBSVERMÖGEN

DFK - Nr.:

GBK - Nr(n):

2505,1387

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

vermögen somit unerheblich, ob der gewerbliche Betrieb einer unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen Person gehört oder nicht. Nachgewiesen wird das Betriebsvermögen ausschließlich bei (ggf. saldiertem) positivem Betriebsvermögen; entsprechendes negatives Betriebsvermögen kann nur indirekt durch Abzug der Summe der vier nachgewiesenen Vermögensarten vom Rohvermögen errechnet werden. Es umfaßt dabei neben den Einheitswerten ggf. auch die gemeinen Werte für die Gewerbebetriebe, deren wirtschaftliche Einheit sich ausschließlich auf das Ausland erstreckt.

Wirtschaftsgüter, die einem gewerblichen Betrieb zu dienen bestimmt sind, tatsächlich aber einem derartigen Betrieb des Eigentümers nicht dienen sowie Wirtschaftsgüter, die Gewerbetreibenden außerhalb ihres Gewerbebetriebes oder Nichtgewerbetreibenden gehören, soweit den Umständen nach anzunehmen ist, daß sie dazu bestimmt sind zum Verkauf, zum Tausch oder zu ähnlichen Zwecken verwendet zu werden (nichtgewerbliches Vorratsvermögen), kommen, sofern ihr Wert jeweils insgesamt 1 000 DM übersteigt, als *sonstiges Vermögen* (Vermögensteuerstatistik) in Betracht.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

BETTEN

GBK - Nr(n):

1630

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des
Fremdenverkehrs
in Beherbergungs-
stätten

01.01.60

B e g r i f f s i n h a l t : Gästebetten in Beherbergungsstätten in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 5 000 Übernachtungen von Reisenden im Jahr.

Zu den Gästebetten rechnen alle Betten, die am Stichtag (1.4.) ständig oder vorübergehend für die Beherbergung von Gästen zur Verfügung stehen. Betten des Betriebsinhabers (ggf. privaten Vermieters), seiner Familienangehörigen und des Personals werden nicht einbezogen.

Zu den Beherbergungsstätten rechnen Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime und Pensionen, Hotels garnis, Erholungs- und Ferienheime, Heilstätten und Sanatorien, Ferienhäuser und Ferienwohnungen. Ebenso zählen hierzu Privatquartiere, in denen gegen Entgelt Unterkunft gewährt wird. Privatquartiere in Großstädten (Gemeinden mit 100 000 oder mehr Einwohnern) werden jedoch nicht dargestellt.

Nicht einbezogen sind Betten in Jugendherbergen und Kinderheimen.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1970 wurde die Bettenkapazität in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 3 000 Übernachtungen im Jahr erfaßt.

Ab 1971 werden die Hotels garnis aus den Hotels, Fremdenheimen und Pensionen ausgegliedert und als gesonderte Betriebsart dargestellt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

BEVÖLKERUNG AM FAMILIENWOHNSITZ

GBK - Nr(n):

2536

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Personen, die in *Privat-haushalten* wohnen und in der jeweiligen Gemeinde ihren Familienwohnsitz haben.

Dazu rechnen zum einen alle Personen, die in der jeweiligen Gemeinde ihren alleinigen Wohnsitz haben; Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften werden - soweit es bei der Aufbereitung möglich ist - nur am Wohnsitz ihrer Familienangehörigen nachgewiesen.

Aufgrund einer Reihe von Zuordnungs-(Ausnahme-)Regeln (s.u.) werden bei der Ermittlung der Bevölkerung am Familienwohnsitz Mehrfachzählungen der Personen in Privathaushalten weitgehend vermieden. Z.B. werden Studenten, die am Studienort ihren zweiten Wohnsitz haben und ebenso verheiratete Personen mit einer zweiten Unterkunft am Arbeitsort nur am Wohnsitz der Angehörigen erfaßt und dort zur Bevölkerung am Familienwohnsitz gezählt.

Die Bevölkerung am Familienwohnsitz ergibt sich, indem man von der *wohnberechtigten Bevölkerung* ausgeht und alle Personen, die unter die folgenden Gruppen fallen, aussondert bzw. entsprechend zuordnet:

- 1) Die *Anstaltsbevölkerung* bleibt unberücksichtigt.
- 2) Ledige Personen mit 25 und mehr Jahren werden nicht zum Haushalt ihrer Eltern gerechnet, wenn sie eine weitere, im Bundesgebiet gelegene Wohnung oder Unterkunft besitzen, von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. sich dort überwiegend aufhalten, nicht überwiegend von den Einkünften ihrer Eltern leben und auch nicht *Haushaltsvorstand* im elterlichen Haushalt sind.
- 3) Ledige Personen, die eine weitere, im Bundesgebiet gelegene Wohnung oder Unterkunft besitzen und ihren Lebensunterhalt überwiegend aus den Einkünften ihrer Eltern bestreiten, bleiben an demjenigen Wohnsitz unberücksichtigt, an dem sie ohne ihre Eltern und ggf. Kinder leben. Es wird davon ausgegangen, daß diese Personen am Familienwohnsitz ebenfalls erfaßt und dort ihrer Familie zugeordnet werden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: BEVÖLKERUNG AM FAMILIENWOHNSITZ	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 2536

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- 4) Verheiratete Personen werden in den Gemeinden, in denen sie in einem Privathaushalt ohne Ehepartner und ggf. ohne Kinder leben, nicht gezählt, wenn sie eine weitere im Bundesgebiet gelegene Wohnung oder Unterkunft besitzen. Es wird davon ausgegangen, daß es sich bei diesen Personen um Wochenendpendler und ähnliche Personen handelt und sie am Familienwohnsitz ebenfalls gezählt und dort ihrer Familie zugeordnet werden.
- 5) Wenn alle Angehörigen einer Familie überwiegend in einer anderen, im Bundesgebiet gelegenen Wohnung oder Unterkunft leben bzw. von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung gehen, werden sie an demjenigen Wohnitz, an dem sie sich nur zeitweilig aufhalten, nicht gezählt. Hierdurch werden z.B. Wochenendwohnsitze u.ä. nicht berücksichtigt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Feststellung der Bevölkerung geht grundsätzlich von der Wohngemeinde der Personen aus. Dementsprechend erfolgen auch die Darstellung und die verschiedenen begrifflichen Abgrenzungen der Bevölkerung vor allem aus der Sicht der Gemeinden bzw. sind insbesondere für regionale Einheiten unterhalb des Bundesgebietes von Bedeutung. Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsbegriffen ergeben sich hinsichtlich der Einbeziehung der in Anstalten wohnenden Personen und bei der Zuordnung von Personen, die mehrere Wohnungen oder Unterkünfte haben.

Zwischen Bevölkerung am Familienwohnsitz und *Bevölkerung in Privathaushalten* (Volks- und Berufszählung 1970) bestehen im wesentlichen die folgenden Unterschiede: Bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz werden Personen in Privathaushalten mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften weitgehend dem Wohnsitz ihrer Familienangehörigen zugeordnet. Diese Zuordnung geschieht dadurch, daß diese Personen in der jeweiligen Erfassungsgemeinde, sofern sie unter eine der oben unter Begriffsinhalt genannten verschiedenen Personengruppen fallen, nicht gezählt werden. Zur Bevölkerung in Privathaushalten zählen Personen, die in der Erfassungsgemeinde in einem Privathaushalt wohnen, wobei es - von zwei Ausnahmeregeln abgesehen - unerheblich ist, ob sie eine weitere Wohnung oder Unterkunft haben und dort ebenfalls zur Bevölkerung in Privathaushalten zählen. (Zu den beiden Ausnahmeregeln siehe Bevölkerung in Privathaushalten.) Hierdurch können vor allem bei der Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen bei der Bevölkerung in Privathaushalten Mehrfachzählungen häufiger auftreten als bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz. Man erhält die Bevölkerung am Familienwohnsitz, indem man von der Bevölkerung in Privathaushalten ausgeht und die oben genannten Zuordnungs- (Ausnahme-)Regeln 3) bis 5) beachtet.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNG AM FAMILIENWOHNSITZ

DFK - Nr.:

GBK - Nr(n):

2536

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Im Unterschied zur Bevölkerung am Familienwohnsitz sind in der *Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten* (Volks- und Berufszählung 1970) auch die in Anstalten wohnenden Personen (Anstaltsbevölkerung) enthalten; im übrigen gelten die oben angegebenen Unterschiede zwischen Bevölkerung am Familienwohnsitz und Bevölkerung in Privathaushalten. Man erhält die Bevölkerung am Familienwohnsitz, indem man von der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten ausgeht, die Zuordnungsregeln 3) bis 5) beachtet und die Anstaltsbevölkerung ausschließt.

Zur *wohnberechtigten Bevölkerung* (Volks- und Berufszählung 1970) einer Gemeinde gehören Personen, die in dieser Gemeinde über Wohnraum verfügen, unabhängig davon, ob sie eine weitere Wohnung oder Unterkunft haben und dort ebenfalls gezählt werden. Bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz werden dagegen Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften weitgehend derjenigen Gemeinde zugeordnet, in der sich der Wohnsitz der Familienangehörigen befindet; außerdem werden die in Anstalten wohnenden Personen (Anstaltsbevölkerung) nicht einbezogen. Die unterschiedliche Zuordnung zu Gemeinden erfolgt dadurch, daß bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz diese Personen, sofern sie in der Erfassungsgemeinde unter eine der oben unter Begriffsinhalt genannten Personengruppen fallen, nicht gezählt werden. Hierdurch werden vor allem bei der Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen Mehrfachzählungen - im Gegensatz zur wohnberechtigten Bevölkerung - zum Teil ausgeschlossen.

Während bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften in Privathaushalten weitgehend nur am Wohnsitz der Familienangehörigen gezählt werden, werden sie bei der *Wohnbevölkerung* (Volks- und Berufszählung 1970) derjenigen Gemeinde zugeordnet, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. in der sie sich überwiegend aufhalten. Im Nachweis der Bevölkerung am Familienwohnsitz können daher Mehrfachzählungen enthalten sein, in Zahlen der Wohnbevölkerung dagegen nicht. Andererseits rechnen zur Wohnbevölkerung im Unterschied zur Bevölkerung am Familienwohnsitz auch die in Anstalten wohnenden Personen (Personen in Anstalten).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNG AM FAMILIENWOHNSITZ IN AUSBILDUNG

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2536, 2565

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die zur *Bevölkerung am Familienwohnsitz* gehören und eine allgemeinbildende, berufsbildende oder *Hochschule* besuchen.

Zu den allgemeinbildenden Schulen zählen die *Volksschulen*, die *Realschulen* und die *Gymnasien*. Zu den berufsbildenden Schulen zählen *Berufsfach-/Fachschulen* und *Ingenieurschulen*, jedoch nicht die *Berufsschulen*.

Zu den Personen in Ausbildung rechnen auch Personen, die neben dem Schulbesuch zugleich erwerbstätig sind (z.B. Schüler an Abendschulen).

Nicht dazu zählen Personen, die eine Lehre absolvieren und/oder eine Berufsschule besuchen, sowie alle übrigen Personen, die keine Schule besuchen, weil sie noch zu jung sind (Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind) oder weil sie ihre Ausbildung bereits abgeschlossen haben.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Bevölkerung am Familienwohnsitz in Ausbildung und die *Schüler und Studierenden* (Volks- und Berufszählung 1970) umfassen jeweils Personen, die eine allgemeinbildende, berufsbildende oder Hochschule besuchen. Die beiden Begriffe unterscheiden sich lediglich hinsichtlich der Ausgangsmasse: in einem Fall wird von der Bevölkerung am Familienwohnsitz ausgegangen, im anderen von der Wohnbevölkerung.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNG AM FAMILIENWOHNSITZ NOCH NICHT BZW.
NICHT MEHR IN AUSBILDUNG

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 2536,
2566

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die zur Bevöl-
kerung am Familienwohnsitz gehören und keine allgemein-
bildende, berufsbildende oder Hochschule besuchen.

Zu den allgemeinbildenden Schulen zählen die Volksschulen,
die Realschulen und die Gymnasien. Zu den berufsbildenden
Schulen zählen Berufsfach-/Fachschulen und Ingenieur-
schulen, jedoch nicht die Berufsschulen.

Zu den Personen, die noch nicht bzw. nicht mehr in Aus-
bildung sind, rechnen im wesentlichen Kinder, die noch
nicht schulpflichtig sind, Personen, die ihre Ausbildung
bereits abgeschlossen haben sowie Personen, die eine
Lehre absolvieren und/oder eine Berufsschule besuchen.

Nicht dazu rechnen Personen, die erwerbstätig sind und
zugleich eine der o.g. Schulen besuchen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNG IN PRIVATHAUSHALTEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2183, 645

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Personen, die in der jeweiligen (Erfassungs-)Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Personen eine selbständige Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft bilden.

Zur Bevölkerung in Privathaushalten gehören Personen, die in der Erfassungsgemeinde ihren alleinigen Wohnsitz haben sowie Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften, wobei es - bis auf zwei Ausnahmeregeln (s.u.) - keine Rolle spielt, von wo aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen oder - sofern sie weder berufstätig noch in Ausbildung sind - wo sie sich überwiegend aufhalten.

Bei der Ermittlung der Bevölkerung in Privathaushalten sind Mehrfachzählungen der in *Privathaushalten* wohnenden Personen - von den Ausnahmeregeln abgesehen - daher nicht ausgeschlossen. Z.B. zählen verheiratete Personen, die in einer Gemeinde außerhalb des Familienwohnsitzes ihrer Arbeit nachgehen und dort eine weitere Unterkunft haben, sowohl in der Gemeinde des Familienwohnsitzes als auch in der Gemeinde des Arbeitsortes zur Bevölkerung in Privathaushalten.

Die mehrfache Erfassung und Zuordnung von Personen mit mehr als einem Wohnsitz ist dadurch begründet, daß sie an jedem Wohnsitz allein oder zusammen mit Angehörigen eine selbständig wirtschaftende Einheit bilden, entsprechenden Wohnraum in Anspruch nehmen und die Einrichtungen der jeweiligen Gemeinde benutzen.

Bei Personen mit mehreren Wohnsitzen gelten folgende Ausnahmeregeln:

- 1) Wenn alle Haushaltsmitglieder überwiegend in einer anderen, im Bundesgebiet gelegenen Wohnung oder Unterkunft leben bzw. von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung gehen, werden sie an dem Wohnsitz, an dem sie sich nur zeitweilig aufhalten, nicht gezählt. Hierdurch werden z.B. Wochenendwohnsitze u.ä. nicht berücksichtigt.
- 2) Ledige Personen mit 25 und mehr Jahren werden nicht zum Haushalt ihrer Eltern gerechnet, wenn sie eine weitere, im Bundesgebiet gelegene Wohnung oder Unterkunft besitzen, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. wo sie sich überwiegend aufhalten, und falls sie nicht überwiegend von Einkünften ihrer Eltern leben und auch nicht *Haushaltsvorstand* im elterlichen Haushalt sind.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNG IN PRIVATHAUSHALTEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2183,

645

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Nicht erfaßt werden die im Bundesgebiet stationierten Angehörigen der ausländischen Streitkräfte und der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen, das den ausländischen Truppen unterstellte zivile Gefolge mit Staatsangehörigkeit der Entsendestaaten und die Familienangehörigen dieser Personengruppen ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit (z.B. auch deutsche Ehefrauen dieser Personen).

Alle anderen *Ausländer*, die in Privathaushalten wohnen und sich nicht nur vorübergehend im Bundesgebiet aufhalten, rechnen dagegen zur Bevölkerung in Privathaushalten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Feststellung der Bevölkerung geht grundsätzlich von der Wohngemeinde der Personen aus. Dementsprechend erfolgen auch die Darstellung und die verschiedenen begrifflichen Abgrenzungen der Bevölkerung vor allem aus der Sicht der Gemeinden bzw. sind insbesondere für regionale Einheiten unterhalb des Bundesgebietes von Bedeutung. Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsbegriffen ergeben sich hinsichtlich der Einbeziehung der in Anstalten wohnenden Personen und bei der Zuordnung von Personen, die mehrere Wohnungen oder Unterkünfte haben.

Zwischen Bevölkerung in Privathaushalten und *Bevölkerung am Familienwohnsitz* (Volks- und Berufszählung 1970) bestehen im wesentlichen die folgenden Unterschiede: Zur Bevölkerung in Privathaushalten zählen Personen, die in der Erfassungsgemeinde in einem Privathaushalt wohnen, wobei es - von zwei Ausnahmeregeln abgesehen (siehe oben unter Begriffsinhalt) - unerheblich ist, ob sie eine weitere Wohnung oder Unterkunft haben und dort ebenfalls zur Bevölkerung in Privathaushalten zählen. Bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz werden dagegen Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften in Privathaushalten weitgehend dem Wohnsitz ihrer Familienangehörigen zugeordnet. Diese unterschiedliche Zuordnung zu Gemeinden erfolgt bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz dadurch, daß diese Personen in der jeweiligen Erfassungsgemeinde, sofern sie zu einer bestimmten Personengruppe gehören, nicht gezählt werden. (Zu diesen Personengruppen siehe unter Bevölkerung am Familienwohnsitz.) Hierdurch können vor allem bei der Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen Mehrfachzählungen in geringerem Umfang auftreten als bei der Bevölkerung in Privathaushalten.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNG IN PRIVATHAUSHALTEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2183,

645

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

In der *Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten* (Volks- und Berufszählung 1970) sind im Unterschied zur Bevölkerung in Privathaushalten auch die in Anstalten wohnenden Personen (Anstaltsbevölkerung) einbezogen. Während die begriffliche Abgrenzung der Bevölkerung in Privathaushalten davon ausgeht, ob die Personen einer Gemeinde in selbständigen Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften leben oder nicht, geht die begriffliche Abgrenzung der *wohnberechtigten Bevölkerung* (Volks- und Berufszählung 1970) davon aus, ob eine Person in der Erfassungsgemeinde über Wohnraum verfügt, d.h. dort wohnberechtigt ist. Die wohnberechtigte Bevölkerung enthält im Unterschied zur Bevölkerung in Privathaushalten auch die in Anstalten wohnenden Personen (Anstaltsbevölkerung). Ferner werden in der wohnberechtigten Bevölkerung alle Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften im Unterschied zur Bevölkerung in Privathaushalten mehrfach gezählt, d.h. die oben unter Begriffsinhalt genannten Zuordnungs-(Ausnahme-) Regeln gelten nicht.

Bei der Bevölkerung in Privathaushalten werden Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften in Privathaushalten - von zwei Ausnahmeregeln abgesehen (siehe oben unter Begriffsinhalt) - in jeder Gemeinde, in der sie Wohnraum haben, mitgezählt, während sie bei der *Wohnbevölkerung* (Volks- und Berufszählung 1970) der Gemeinde zugeordnet werden, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. in der sie sich überwiegend aufhalten. Im Nachweis der Bevölkerung in Privathaushalten, vor allem bei der Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen, sind daher Mehrfachzählungen weitgehend enthalten, in Zahlen der Wohnbevölkerung nicht. Andererseits zählen zur Wohnbevölkerung im Unterschied zur Bevölkerung in Privathaushalten auch die in Anstalten wohnenden Personen (Personen in Anstalten).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
BEVÖLKERUNG IN PRIVATHAUSHALTEN MIT TELEFON	GBK - Nr(n): 2183, 2182

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : *Bevölkerung in Privathaushalten*
mit eigenem amtsberechtigten Telefonanschluß in der Wohnung.

Die Bevölkerung in Privathaushalten mit Telefon umfaßt - unter Berücksichtigung von zwei Ausnahmeregeln (zu Einzelheiten siehe unter *Bevölkerung in Privathaushalten*) - alle Personen, die in der Erfassungsgemeinde in *Privathaushalten* leben, die mit eigenem Telefonanschluß ausgestattet sind. Abgesehen von den beiden Ausnahmen ist es unerheblich, ob jemand noch eine weitere Wohnung oder Unterkunft besitzt und diese auch einen Telefonanschluß hat oder nicht.

Bei der Zuordnung von Personen zur Bevölkerung in Privathaushalten mit Telefon handelt es sich um eine Fallzählung. Auf das Bundesgebiet bezogen gibt die Bevölkerung in Privathaushalten mit Telefon daher - von zwei Ausnahmeregeln abgesehen - die Zahl der Wohnplätze in *Privathaushalten mit Telefon* an.

Zu weiteren Erläuterungen siehe auch unter *Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten*.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNG IN PRIVATHAUSHALTEN UND ANSTALTEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

648

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Personen, die in der jeweiligen (Erfassungs-)Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Personen eine selbständige Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft bilden (*Bevölkerung in Privathaushalten*) oder als Insassen oder Personal im Bereich einer Anstalt wohnen und dort keinen eigenen Haushalt führen (*Anstaltsbevölkerung*).

Zur Bevölkerung in Privathaushalten gehören Personen, die in der Erfassungsgemeinde ihren alleinigen Wohnsitz haben sowie Personen mit mehreren Wohnsitzen, wobei es - bis auf zwei Ausnahmeregeln (s.u.) - keine Rolle spielt, von wo aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen oder - sofern sie weder berufstätig noch in Ausbildung sind - wo sie sich überwiegend aufhalten. Entsprechend rechnen zur Anstaltsbevölkerung auch Personen, die weitere Wohnsitze haben. Bei der Ermittlung der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten sind Mehrfachzählungen - von den Ausnahmeregeln abgesehen - daher nicht ausgeschlossen.

Z.B. zählen verheiratete Personen, die in einer Gemeinde außerhalb des Familienwohnsitzes ihrer Arbeit nachgehen und dort eine weitere Unterkunft haben, sowohl in der Gemeinde des Familienwohnsitzes als auch in der Gemeinde des Arbeitsortes zur Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten.

Bei Personen mit mehreren Wohnsitzen gelten folgende Ausnahmeregeln:

- 1) Wenn alle Haushaltsmitglieder überwiegend in einer anderen, im Bundesgebiet gelegenen Wohnung oder Unterkunft leben bzw. von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung gehen, werden sie an dem Wohnsitz, an dem sie sich nur zeitweilig aufhalten, nicht gezählt. Hierdurch werden z.B. Wochenendwohnsitze u.ä. nicht berücksichtigt.
- 2) Ledige Personen mit 25 und mehr Jahren werden nicht zum Haushalt ihrer Eltern gerechnet, wenn sie eine weitere, im Bundesgebiet gelegene Wohnung oder Unterkunft besitzen, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. wo sie sich überwiegend aufhalten und falls sie nicht überwiegend von Einkünften ihrer Eltern leben und auch nicht *Haushaltsvorstand* im elterlichen Haushalt sind.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNG IN PRIVATHAUSHALTEN UND ANSTALTEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

648

* Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Aus melderechtlichen Gründen werden Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung nur der Wohngemeinde vor ihrer Einberufung zugeordnet. Entsprechend wird bei nichtmeldepflichtigen Patienten in Krankenhäusern sowie bei Personen in Untersuchungshaft verfahren.

Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit, Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei in Gemeinschaftsunterkünften werden ebenso wie die Strafgefangenen sowie alle Dauerinsassen von Anstalten und das in Anstalten wohnende Personal sowohl in der Anstaltsgemeinde als auch in der Gemeinde, in der sie evtl. einen weiteren Wohnsitz, z.B. den Familienwohnsitz haben, erfaßt.

Gäste von Beherbergungsbetrieben werden nur erfaßt, wenn sie ständig anwesend sind. Das sind normalerweise Gäste, die polizeilich und nicht nur mit Hotelanmeldung gemeldet sind. Nicht erfaßt werden nur vorübergehend anwesende Gäste, es sei denn, sie haben außerhalb des Beherbergungsbetriebes keine weitere Wohnung.

Ausländer, die sich nicht nur vorübergehend im Bundesgebiet aufhalten, werden mit Ausnahme der folgenden Personengruppen zur Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten gerechnet.

Nicht erfaßt werden die im Bundesgebiet stationierten Angehörigen der ausländischen Streitkräfte und der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen, das den ausländischen Truppen unterstellte zivile Gefolge mit Staatsangehörigkeit der Entsendestaaten und die Familienangehörigen dieser Personenkreise ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit (z.B. auch deutsche Ehefrauen dieser Personen).

Zur Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten werden dagegen alle Personen gerechnet, die nicht die Staatsangehörigkeit des betreffenden Entsendestaates haben, aber in den von den Streitkräften in Anspruch genommenen Gebäuden untergebracht sind oder in den privatrechtlich gemieteten Gebäuden und Wohnungen ausländischer Streitkräfte leben. Ebenso zählen hierzu die in den Gebäuden der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen oder in den Wohnungen der ausländischen Angehörigen dieser Vertretungen wohnenden deutschen Staatsangehörigen (z.B. Hausangestellte) und auch die dort wohnenden Ausländer, die nicht im Besitz von Ausweisen des Auswärtigen Amtes oder der Staats- und Senatskanzleien des betreffenden Entsendestaates sind.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNG IN PRIVATHAUSHALTEN UND ANSTALTEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

648

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Feststellung der Bevölkerung geht grundsätzlich von der Wohngemeinde der Personen aus. Dementsprechend erfolgen auch die Darstellung und die verschiedenen begrifflichen Abgrenzungen der Bevölkerung vor allem aus der Sicht der Gemeinden bzw. sind insbesondere für regionale Einheiten unterhalb des Bundesgebietes von Bedeutung. Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsbegriffen ergeben sich hinsichtlich der Einbeziehung der in Anstalten wohnenden Personen und bei der Zuordnung von Personen, die mehrere Wohnungen oder Unterkünfte haben.

Während die begriffliche Abgrenzung der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten und der *Bevölkerung in Privathaushalten* (Volks- und Berufszählung 1970) davon ausgeht, in welchen Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften (Privathaushalten, Anstalten) die Personen einer Gemeinde leben, geht die begriffliche Abgrenzung der *wohnberechtigten Bevölkerung* (Volks- und Berufszählung 1970) davon aus, ob eine Person in der Erfassungsgemeinde über Wohnraum verfügt, d.h. dort wohnberechtigt ist. Zahlenmäßig ergeben sich zwischen der wohnberechtigten Bevölkerung und der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten, vor allem bei der Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen, nur geringe Unterschiede. Bei der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten und analog bei der Bevölkerung in Privathaushalten werden lediglich bestimmte Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften, die unter eine von zwei Ausnahmeregeln fallen, nicht mehrfach wie bei der wohnberechtigten Bevölkerung, sondern nur einmal gezählt. (Zu den zwei Ausnahmeregeln siehe oben unter Begriffsinhalt.) Die Bevölkerung in Privathaushalten enthält im Unterschied zur Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten nicht die in Anstalten wohnenden Personen (Anstaltsbevölkerung).

Bei der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten werden Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften - von zwei Ausnahmeregeln abgesehen (siehe oben unter Begriffsinhalt) - in jeder Gemeinde, in der sie Wohnraum haben, mitgezählt, während sie bei der *Wohnbevölkerung* (Volks- und Berufszählung 1970) derjenigen Gemeinde zugeordnet werden, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. in der sie sich überwiegend aufhalten. Im Nachweis der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten, vor allem bei der Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen, sind daher Mehrfachzählungen weitgehend enthalten, in Zahlen der Wohnbevölkerung dagegen nicht.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNG IN PRIVATHAUSHALTEN UND ANSTALTEN

DFK - Nr.:

GBK - Nr(n):

648

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Zwischen Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten und *Bevölkerung am Familienwohnsitz* (Volks- und Berufszählung 1970) bestehen im wesentlichen die folgenden Unterschiede: Zur Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten zählen Personen, die in der Erfassungsgemeinde über Wohnraum verfügen, wobei es - von zwei Ausnahmeregeln abgesehen (siehe oben unter Begriffsinhalt) - unerheblich ist, ob sie eine weitere Wohnung oder Unterkunft haben und dort ebenfalls zur Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten zählen. Bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz werden dagegen die Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften in Privathaushalten weitgehend derjenigen Gemeinde zugeordnet, in der sich der Wohnsitz der Familienangehörigen befindet; außerdem werden die in Anstalten wohnenden Personen (Anstaltsbevölkerung) nicht einbezogen. Die unterschiedliche Zuordnung zu Gemeinden erfolgt bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz dadurch, daß diese Personen in der Erfassungsgemeinde, sofern sie zu einer bestimmten Personengruppe gehören, nicht gezählt werden. (Zu den verschiedenen Personengruppen siehe Bevölkerung am Familienwohnsitz.) Hierdurch können vor allem bei der Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen Mehrfachzählungen in geringerem Maße auftreten als bei der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNGSSTAND

OFK - Nr:

GBK - Nr(n):

550, 555, 3690

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Fortschreibung
des Bevölkerungsstandes
01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Zahl der Personen, die zur *Wohnbevölkerung* gehören, nachgewiesen zu verschiedenen Zeitpunkten.

2. Bevölkerungs-
vorausschätzung
01.01.72 -
31.12.99

Zur Wohnbevölkerung einer Gemeinde rechnen die Personen, die dort ihre alleinige Wohnung oder Unterkunft haben sowie die Personen, die zwar noch weiteren Wohnraum besitzen, aber vom Erfassungsort aus zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. sich dort überwiegend aufhalten. Auf das Bundesgebiet bezogen stellt die Wohnbevölkerung die Gesamtzahl der hier wohnhaften Personen dar.

Die in mehrjährigen Abständen durch Zählungen ermittelte Wohnbevölkerung wird unter Verwendung der Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsstatistik laufend fortgeschrieben. Als Zugänge zur Wohnbevölkerung rechnen die *Lebendgeborenen* und die *Zuzüge*, als Abgänge die *Gestorbenen* und die *Fortzüge*.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :
Grundlage für die Fortschreibung der Wohnbevölkerung war bis zum 24.9.56 die Volks- und Berufszählung, dann bis zum 5.6.61 die Bestandsaufnahme der Bevölkerung in der Wohnungstatistik vom 25.9.56 und vom 6.6.61 bis zum 26.5.70 die Volks- und Berufszählung 1961. Seit dem 27.5.1970 dient die Volks- und Berufszählung 1970 als Ausgangspunkt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Bevölkerungsstand, *Bevölkerungsstand (im Jahresdurchschnitt)* (Fortschreibung des Bevölkerungsstandes) und *Wohnbevölkerung* (Volks- und Berufszählung 1970) erfassen begrifflich die gleichen Personenkreise.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNGSSTAND (IM JAHRESDURCHSCHNITT)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

552

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Fortschreibung
des Bevölke-
rungsstandes

01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t : Um die monatlichen Schwankungen bereinigter durchschnittlicher *Bevölkerungsstand* eines Jahres.

Der Bevölkerungsstand gibt die Zahl der Personen an, die zur *Wohnbevölkerung* gehören, nachgewiesen zu verschiedenen Zeitpunkten.

Der Bevölkerungsstand im Jahresdurchschnitt insgesamt ist das arithmetische Mittel aus zwölf Monatswerten, die wiederum Durchschnitte aus dem Bevölkerungsstand am Anfang und Ende jeden Monats sind.

Zur Berechnung des durchschnittlichen Bevölkerungsstandes nach Altersjahren und Geschlecht wird ein vereinfachtes Verfahren angewendet: Es werden lediglich die arithmetischen Durchschnittswerte aus dem Bevölkerungsstand jeder Gruppe zum Jahresanfang und -ende gebildet und mit einem Korrekturfaktor multipliziert. Dieser Korrekturfaktor ist der Quotient aus dem durchschnittlichen Bevölkerungsstand insgesamt und der Summe aller vereinfacht berechneten Durchschnittswerte des Bevölkerungsstandes in den einzelnen Altersjahren.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :

In den Jahren 1961 und 1970 wurden keine Durchschnittswerte gebildet, sondern die Ergebnisse der jeweiligen Volks- und Berufszählungen ausgewiesen.

Bezüglich der verschiedenen Grundlagen der Berechnung des Bevölkerungsstandes im Jahressdurchschnitt vgl. unter *Bevölkerungsstand*.

Bis 1953 und von 1956 bis 1960 wurde zur Berechnung des Bevölkerungsstandes im Durchschnitt insgesamt das arithmetische Mittel aus jeweils vier Vierteljahreswerten gebildet; dagegen wurde der Bevölkerungsstand von 1953 bis 1955, von 1962 bis 1969 und wird seit 1971 - wie oben beschrieben - als Durchschnitt aus Monatswerten berechnet.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Bevölkerungsstand (im Jahresdurchschnitt), *Bevölkerungsstand* (Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, Bevölkerungsvorausschätzung) und *Wohnbevölkerung* (Volks- und Berufszählung 1970) erfassen begrifflich die gleichen Personenkreise.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEVÖLKERUNGSVERÄNDERUNG 1961/70

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2173, 2175

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970B e g r i f f s i n h a l t : Zunahme der *Wohnbevölkerung*
in der Zeit von 1961 bis 1970.

Ausgewiesen wird die Differenz zwischen der in der Volks- und Berufszählung 1970 (Stichtag 27.5.1970) und der in der Volks- und Berufszählung 1961 (Stichtag 6.6.1961) ermittelten Wohnbevölkerung.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BEZÜGE DES BUNDESGBIETES

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1154

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des
Warenverkehrs mit
der DDR und
Berlin (Ost)
01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Verbringen von Waren aus
der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich
Berlin (Ost) in das Bundesgebiet einschließlich Berlin
(West).

Die Bezüge umfassen im wesentlichen alle Waren, die
zum Ge- oder Verbrauch, zur Bearbeitung oder Verarbei-
tung bezogen werden, sowie Rückwaren und Ersatzliefe-
rungen.

Nicht zu den Bezügen rechnen die Durchfuhr, d.h. die
Lieferung von Waren aus dem Ausland durch das Gebiet
der DDR und die Bundesrepublik unmittelbar ins Aus-
land, der Durchgang, der die Warenlieferungen aus der
DDR durch die Bundesrepublik in das Ausland umfaßt, und
Warenlieferungen aus dem Ausland durch das Gebiet der
DDR in die Bundesrepublik, die Teil der *Wareneinfuhr*
sind.

Waren sind alle beweglichen Sachen. In den Ergebnissen
sind nicht enthalten: Bezüge von Energie sowie alle Sen-
dungen, für die nach den Verfahrensvorschriften für den
Warenverkehr mit der DDR keine Erklärungen, Genehmigun-
gen oder Begleitscheine zum Verbringen der Waren erfor-
derlich sind. Dies sind u.a. mit der Post oder der Eisen-
bahn in das Bundesgebiet verbrachte Briefe, Päckchen, Pakete
und Expreßgutsendungen sowie Wertpakete mit einer Wertangabe
bis zu 500 DM soweit alle diese vorgenannten Sendungen be-
stimmte Gewichtsgrenzen nicht überschreiten und keine zum
Handel bestimmte Waren enthalten.

Die Warenwerte beziehen sich im allgemeinen auf Rech-
nungswerte. Bei den Bezügen nach Veredelung ist der
volle Warenwert einschließlich Veredelungskosten an-
gesetzt.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis
1969 wurden die Rückwaren und Ersatzlieferungen nicht
erfaßt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Bezüge
des Bundesgebietes sind kein Bestandteil der *Warenein-
fuhr* (Außenhandelsstatistik). In die *Einfuhr* (Volks-
wirtschaftliche Gesamtrechnungen) sind die Bezüge des
Bundesgebietes dagegen einbezogen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BIER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1152

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Verbrauchssteuer-
statistiken

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Getränke, die gegoren sind und zu deren Herstellung nur Gerstenmalz, Hopfen, Hefe und Wasser verwendet werden (untergäriges Bier); beim obergärigen Bier sind auch anderes Malz, technisch reiner Rohr-, Rüben- oder Invertzucker und Farbmittel zulässig.¹⁾

Nach dem Stammwürzgehalt werden Einfachbier, Schankbier, Vollbier und Starkbier unterschieden.

1) Zu weiteren Einzelheiten siehe Biersteuergesetz i.d.F. der Bekanntmachung v. 14.3.1952 (BGBl. I S. 149).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: BIERSTEUER	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1131
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik
über den
Steuerhaushalt
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Verbrauchsteuer, der Bier unterliegt, das im Geltungsbereich des Biersteuergesetzes mit Ausnahme der Zollausschlüsse und Zollfreigebiele hergestellt oder in das Erhebungsgebiet eingeführt wird.

Der Biersteuer unterliegen ferner Getränke, die als Ersatz für Bier in den Handel gebracht oder genossen zu werden pflegen (bierähnliche Getränke).

Bier, das von Brauereien an ihre Angestellten und Arbeiter als Haustrunk abgegeben wird, ist von der Biersteuer befreit; ebenso Bier, das ausgeführt oder an ausländische Streitkräfte geliefert wird.

Die Biersteuerschuld entsteht, wenn das Bier aus der Brauerei entfernt oder innerhalb der Brauerei getrunken wird.

Die Versteuerung von Bier erfolgt nach Staffelsätzen, die von der im Jahr erzeugten Biermenge und der Biergattung abhängig sind. Die auf Vollbier bezogenen Staffelsätze schwanken zwischen 12 DM/hl bei einem Jahresausstoß bis 2 000 hl und 15 DM/hl bei einem Jahresausstoß über 120 000 hl. Ein um 40 v.H. ermäßigter Steuertarif gilt für Hausbrauer, die je nach Größe ihres landwirtschaftlichen Betriebes nicht mehr als 10 hl bzw. 15 hl im Jahr für den Eigenbedarf herstellen.¹⁾

Die Biersteuer ist bis zum 20. des auf die Entstehung der Steuerschuld folgenden Monats zu entrichten, so daß das Biersteueraufkommen dem Bierausstoß mit einmonatiger Verzögerung folgt.

1) Zu weiteren Einzelheiten siehe § 3 des Biersteuergesetzes i.d.F. v. 14.3.1952 (BGBl. I S. 149).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BIERSTEUER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 1131

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bei der Biersteuer handelt es sich um eine *Landessteuer*.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis
einschl. Mai 1968 war die Biersteuer bis zum 15. Tage des
zweiten Monats nach Entstehung der Steuerschuld zu entrichten.
Ein Zahlungsaufschub war unzulässig. Das Biersteueraufkommen
folgte somit dem Bierausstoß mit zweimonatiger Verzögerung.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: BRANNTWEINABGABEN	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1131

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Statistik
über den
Steuerhaushalt
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Zum Aufkommen gehören die Branntweinsteuer (für den von der Monopolverwaltung übernommenen Branntwein), der Branntweinaufschlag (für den nicht übernommenen Branntwein), der Monopolausgleich (für eingeführten Branntwein einschließlich sog. aufgespritzter Weine) und der (nicht mehr erzielte) Reingewinn. ¹⁾

Die Steuersätze betragen - je nach Verwendungszweck - zwischen 0 und 1 950 DM/hl Alkohol; sie gelten entsprechend für den Branntweinaufschlag und den Monopolausgleich. Branntweinaufschlag und Monopolausgleich vermindern sich unter den in § 79 Abs. 2 bzw. § 151 Abs. 1 Satz 3 des Branntweinmonopolgesetzes näher bezeichneten Voraussetzungen (u.a. Erzeugungsgrenze). Der höchste Steuersatz gilt für Trinkbranntwein; ermäßigte Sätze gelten für Branntwein zur Herstellung von Heilmitteln, Kosmetika u. dgl. (1 200 bzw. 600 DM/hl A) sowie für Speiseessig (50 DM/hl).

Die Branntweinsteuer wird vom Bezieher des Branntweins im Kaufgeld an die Bundesmonopolverwaltung abgeführt oder an die Zollstellen (z.B. nach Lagerung) entrichtet. Der Branntweinaufschlag ist für den unter Abfindung hergestellten Branntwein (Abfindungsbrennereien) binnen einer Woche nach Schluß des Monats, in dem der Branntwein hergestellt worden ist, zu entrichten, sonst (Verschlußbrennereien) binnen einer Woche nach Bekanntgabe des Betrags an den Schuldner. Der Monopolausgleich wird bei der Einfuhr von Branntwein erhoben; für seine Entrichtung gelten die Vorschriften des Zollgesetzes sinngemäß.

Der Branntwein kann mit den o.a. Abgaben bis zum Übergang in den freien Verkehr belastet bleiben; auf Antrag und gegen Sicherheitsleistung wird die Zahlung der Branntweinabgaben bis zum 15. des dritten auf den Übergang folgenden Monats aufgeschoben. Bei Direktverkäufen der Bundesmonopolverwaltung greift die Stundung (statt des Aufschubs) mit gleicher wirtschaftlicher Wirkung ein.

1) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über das Branntweinmonopol (BranntwMonG) v. 8.4.1922 (RGBl. I S. 405), zuletzt geändert durch das Änderungsgesetz v. 13.7.1978 (BGBl. I S. 1002).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BRANNTWEINABGABEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1131

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Branntweinabgaben (bis April 1977: Einnahmen aus dem Branntweinmonopol) rechnen zu den Bundessteuern.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Der Steuersatz für den von der Monopolverwaltung bezogenen Branntwein wurde seit 1949 mehrfach erhöht. Der höchste Satz für Trinkbranntwein betrug bis 31.12.1965 für das Bundesgebiet ohne Berlin (West): 1 000 DM/hl Alkohol, für Berlin (West): 250 DM/hl A; von 1966 bis 1971 (für das gesamte Bundesgebiet): 1 200 DM/hl A und von 1972 bis 17.3.1976 1 500 DM/hl A.

Aufgrund einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom Februar 1976, wonach u.a. Einfuhrverbote gegenüber EG-Mitgliedstaaten vertragswidrig sind, erfolgte ab 18.3.1976 eine Erhöhung der Branntweinsteuer auf 1 650 DM/hl A und damit gleichzeitig eine Festlegung eines einheitlichen Steuersatzes für in- und ausländischen Alkohol. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde der Branntweinaufschlag und der Monopolausgleich (dieser seit 1.4.1966 auch für aufgespritete Weine) in veränderlicher Höhe erhoben; sie entsprachen etwa der Belastung des von der Monopolverwaltung bezogenen Trinkbranntweins.

Als Folge des Wegfalls des Einfuhrverbotes wurde kein Reingewinn mehr erzielt. Zum 1.1.1977 wurde die Branntweinsteuer auf 1 950 DM/hl Alkohol erhöht. Ab 1.4.1967 konnte die Zahlung der Branntweinabgaben auf den fünften, ab 1.7.1973 auf den dritten des auf den Übergang in den freien Verkehr folgenden Monats (jeweils mit Übergangsregelung) aufgeschoben werden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BRANNTWEIN ZU TRINKZWECKEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1152

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Verbrauchssteuer-
statistiken

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Durch Gärung und Destilla-
tion gewonnener Äthylalkohol, der zu Trinkzwecken verwendet
wird.

Als Ausgangsstoffe dienen Getreide, Kartoffeln, Obst und
Melasse.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 424
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Alle folgenden Statistiken	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Summe der Bruttobezüge (Bar- und Sachbezüge) der Angestellten einschließlich der kaufmännisch und technisch Auszubildenden ohne die Pflichtanteile des Arbeitgebers zur Sozialversicherung.</p> <p>In die Bruttogehaltssumme einbezogen sind u.a. Gehaltszuschläge, Vergütungen für Urlaub und Feiertage, Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfalle, vermögenswirksame Leistungen, Gratifikationen, Provisionen, Tantiemen sowie die Bezüge von leitenden Angestellten, Gesellschaftern und Vorstandsmitgliedern, soweit sie steuerlich als <i>Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit</i> anzusehen sind.</p> <p>Nicht einbezogen sind u.a. allgemeine soziale Aufwendungen (z.B. Zuschüsse für Kantinen), Vergütungen, die als Spesenersatz (z.B. Trennungentschädigung) anzusehen sind sowie Ruhegelder und Betriebspensionen.</p> <p>Die Zuordnung von Personen zu den Angestellten erfolgt in den einzelnen Statistiken unterschiedlich. Entweder ist die Art der ausgeübten Tätigkeit oder die Beitragspflicht in der Angestelltenrentenversicherung maßgebend.</p> <p>Zu den kaufmännisch und technisch Auszubildenden rechnen Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in anerkannten kaufmännischen oder technischen Ausbildungsberufen ausgebildet werden. Normalerweise mündet die Ausbildung dieser Personen in einen Angestelltenberuf ein.</p>
1.1 Monatlicher Baubericht	<p>B e g r i f f s i n h a l t : In die Bruttogehaltssumme einbezogen sind auch die Beiträge zu den Sozialkassen des Baugewerbes.</p>
01.01.50 - 31.12.77	Für die Zuordnung von Personen zu den Angestellten ist die Art der ausgeübten Tätigkeit maßgebend. Deshalb sind in der Bruttogehaltssumme die Gehälter der angestelltenversicherungspflichtigen Poliere, Schachtmeister und Meister nicht enthalten.
1.2 Monatsbericht einschl. Auf- tragseingangs- erhebung im Bauhauptgewer- be (einschl. Fertigteilbau)	<p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die vermögenswirksamen Leistungen sind seit 1966 und die Beiträge zu den Sozialkassen des Baugewerbes ab 1976 in der Bruttogehaltssumme enthalten.</p>
01.01.77	B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 2.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: BRUTTOGEHALTSUMME	DFK - Nr.:
	GBK - Nr(n): 424
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
2.1 Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen 01.01.50 - 31.12.74	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Für die Zuordnung von Personen zu den Angestellten ist die Beitragspflicht in der Angestelltenrentenversicherung maßgebend. Zur Bruttogehaltssumme rechnen auch die Bruttobezüge der Beamten und Verwaltungsauszubildenden.</p> <p>Nicht zur Bruttogehaltssumme zählen Entgelte der Arbeitskräfte, die in keinem festen Gehaltsverhältnis zum befragten Unternehmen stehen und nur regelmäßig zeitweise bestimmte Arbeiten durchführen.</p>
2.2 Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen 01.01.50 - 31.12.74	<p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die vermögenswirksamen Leistungen sind seit 1966 in der Bruttogehaltssumme enthalten.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Bruttogehaltssumme und <i>Gehaltssumme</i> (Monatlicher Industriebericht, Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe) bezeichnen annähernd gleiche Begriffe. Zu berücksichtigen ist jedoch u.a., daß für die Zuordnung zu den Angestellten bei der Ermittlung der Gehaltssumme im Unterschied zur Bruttogehaltssumme im Monatlichen Baubericht und im Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe die Beitragspflicht in der Angestelltenrentenversicherung und nicht die Art der ausgeübten Tätigkeit maßgebend ist.</p> <p>Im Unterschied zur Bruttogehaltssumme umfaßt die <i>Bruttolohnsumme</i> (Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe, Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen) bzw. die <i>Lohnsumme</i> (Monatlicher Industriebericht, Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe) die entsprechende Summe der Bruttobezüge der Arbeiter einschl. der gewerblich Auszubildenden.</p> <p>In der Bruttogehaltssumme sind im Unterschied zur Bruttolohnsumme (jeweils Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftrags- eingangserhebung im Bauhauptgewerbe) die Gehälter der angestelltenversicherungspflichtigen Poliere, Schachtmeister und Meister nicht enthalten.</p> <p>Addiert man die Bruttolohnsumme und Bruttogehaltssumme bzw. die Lohnsumme und Gehaltssumme, so sind diese Summen vergleichbar abgegrenzt wie die <i>Löhne und Gehälter für 1969</i> (Arbeitsstätten- zählung 1970) und die <i>Bruttolohn- und Gehaltssumme</i> (Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes). Zu beachten ist jedoch, daß in den Löhnen und Gehältern für 1969 auch die Dienstbezüge der Beamten enthalten sind.</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: BRUTTOLOHNSUMME	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 423
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Alle folgenden
Statistiken

B e g r i f f s i n h a l t : Summe der Bruttobezüge (Bar- und Sachbezüge) der Arbeiter einschließlich der gewerblich Auszubildenden ohne die Pflichtanteile des Arbeitgebers zur Sozialversicherung.

In die Bruttolohnsumme einbezogen sind u.a. Lohnzuschläge (z.B. Akkord-, Schichtzuschlag), Vergütungen für Urlaub und Feiertage, Erziehungsbeihilfen sowie an andere Unternehmen gezahlte Beträge für die Überlassung von Arbeitern, ferner die vermögenswirksamen Leistungen und die Lohnfortzahlungen im Krankheitsfalle.

Nicht einbezogen sind u.a. allgemeine soziale Aufwendungen (z.B. Zuschüsse für Kantinen) und Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind (z.B. Trennungsentschädigung).

Die Zuordnung von Personen zu den Arbeitern erfolgt in den einzelnen Statistiken unterschiedlich. Entweder ist die Art der ausgeübten Tätigkeit oder die Beitragspflicht in der Arbeiterrentenversicherung maßgebend.

Gewerblich Auszubildende sind Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen ausgebildet werden.

1.1 Monatlicher
Baubericht

01.01.50 -
31.12.77

B e g r i f f s i n h a l t : In die Bruttolohnsumme einbezogen sind auch die Beiträge zu den Sozialkassen des Baugewerbes und die Winterbau-Umlage.

Nicht einbezogen sind Vergütungen, die von der Lohnausgleichs-, der Urlaubskasse oder dem Arbeitsamt zurückerstattet werden (z.B. Winter-, Schlechtwetter-, Kurzarbeitergeld).

1.2 Monatsbericht
einschl. Auf-
tragseingangs-
erhebung im
Bauhauptgewer-
be (einschl.
Fertigteilbau)

01.01.77

Für die Zuordnung von Personen zu den Arbeitern ist die Art der ausgeübten Tätigkeit maßgebend. Deshalb sind in der Bruttolohnsumme auch die Gehälter der angestelltenversicherungspflichtigen Poliere, Schachtmeister und Meister enthalten.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die vermögenswirksamen Leistungen sind seit 1966, die Lohnfortzahlungen im Krankheitsfalle ab 1970 und die Winterbau-Umlage ab 1.7.1972 in der Bruttolohnsumme enthalten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 2.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BRUTTOLOHNSUMME

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

423

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

2.1 Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen

01.01.50 -
31.12.74

B e g r i f f s i n h a l t : Für die Zuordnung von Personen zu den *Arbeitern* ist die Beitragspflicht in der Arbeiterrentenversicherung maßgebend.

Nicht zur Bruttolohnsumme zählen Entgelte der Arbeitskräfte, die in keinem festen Lohnverhältnis zum befragten Unternehmen stehen und nur regelmäßig bestimmte Arbeiten durchführen.

2.2 Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen

01.01.50 -
31.12.74

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die vermögenswirksamen Leistungen sind seit 1966 und die Lohnfortzahlungen im Krankheitsfalle seit 1972 in der Bruttolohnsumme enthalten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Bruttolohnsumme und *Lohnsumme* (Monatlicher Industriebericht, Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe) bezeichnen annähernd gleiche Begriffe. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß für die Zuordnung zu den *Arbeitern* bei der Ermittlung der Lohnsumme im Unterschied zur Bruttolohnsumme im Monatlichen Baubericht und im Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe die Beitragspflicht in der Arbeiterrentenversicherung und nicht die Art der ausgeübten Tätigkeit maßgebend ist.

Im Unterschied zur Bruttolohnsumme umfaßt die *Bruttogehaltsumme* (Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe, Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen) bzw. die *Gehaltsumme* (Monatlicher Industriebericht, Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe) die entsprechende Summe der Bruttobezüge der Angestellten einschl. der kaufmännisch und technisch Auszubildenden. Die Bruttogehaltsumme (Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen) umfaßt zusätzlich noch die Bruttobezüge der Beamten und der Verwaltungsauszubildenden.

In der Bruttolohnsumme sind im Unterschied zur Bruttogehaltsumme (jeweils Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftrags- eingangserhebung im Bauhauptgewerbe) auch die Gehälter der angestelltenversicherungspflichtigen Poliere, Schachtmeister und Meister enthalten.

Addiert man die Bruttolohnsumme und Bruttogehaltsumme bzw. die Lohnsumme und Gehaltsumme, so sind diese Summen vergleichbar abgegrenzt wie die *Löhne und Gehälter für 1969* (Arbeitsstättenzählung 1970) und die *Bruttolohn- und Gehaltsumme* (Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes). Zu beachten ist jedoch, daß in den Löhnen und Gehältern für 1969 auch die Dienstbezüge der Beamten enthalten sind.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BRUTTOLOHN- UND-GEHALTSUMME

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1475

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Jahreserhebung
einschl. Inve-
stitionserhebung
bei Unternehmen
des Bauhauptge-
werbes (einschl.
Fertigteilbau)

01.01.76

B e g r i f f s i n h a l t : Summe der Bruttobezüge (Bar- und Sachbezüge) der Arbeiter, Angestellten sowie der kaufmännisch, technisch und gewerblich Auszubildenden ohne die Pflichtanteile des Arbeitgebers zur Sozialversicherung.

In die Bruttolohn- und Gehaltssumme einbezogen sind u.a. Lohn- und Gehaltszuschläge (z.B. Akkord-, Schichtzuschläge), Vergütungen für Feiertage, Urlaub u. dgl., Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfalle, vermögenswirksame Leistungen, ferner Gratifikationen, Provisionen, Tantiemen sowie die Bezüge von leitenden Angestellten, Gesellschaftern und Vorstandsmitgliedern, soweit sie steuerlich als *Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit* anzusehen sind. Einbezogen sind ferner die Beiträge zu den Sozialkassen des Baugewerbes, die Winterbau-Umlage, die Bezüge von Beschäftigten in eigenen Sozialeinrichtungen (z.B. Werksarzt) sowie die an andere Unternehmen für die entgeltliche Überlassung von Arbeitskräften (Leiharbeitnehmer) gezahlten Beträge.

Nicht einbezogen sind u.a. Vergütungen, die von der Lohnausgleichs-, der Urlaubskasse oder dem Arbeitsamt zurückerstattet werden (z.B. Ausbildungsvergütungen, Wintergeld, Schlechtwettergeld), ferner der kalkulatorische Unternehmerlohn, allgemeine soziale Aufwendungen (z.B. Zuschüsse für Kantinen), Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind (z.B. Umzugskosten, Trennungsschädigung) sowie Zahlungen aufgrund des Bundeskindergeldgesetzes.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Bildet man die Summen aus der *Lohnsumme* und *Gehaltssumme* (jeweils Monatlicher Industriebericht, Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe) bzw. aus der *Bruttolohnsumme* und *Bruttogehaltssumme* (jeweils Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe, Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen), so sind diese vergleichbar abgegrenzt wie die Bruttolohn- und Gehaltssumme und die *Löhne und Gehälter für 1969* (Arbeitsstättenzählung 1970). Zu beachten ist jedoch u.a., daß die Löhne und Gehälter für 1969 auch die Dienstbezüge der Beamten umfassen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BUNDESAUTOBAHNEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

905

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Straßen des
überörtlichen
Verkehrs

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Fernstraßen, die ausschließlich für den Schnellverkehr mit Kraftfahrzeugen bestimmt sind. Sie sind frei von höhengleichen Kreuzungen, mit besonderen Anschlußstellen ausgestattet und verfügen über getrennte Fahrbahnen für den Richtungsverkehr. Träger der Baulast ist der Bund.

Die *Straßenlänge* ergibt sich aus der einfachen Länge zwischen Anfang und Ende der Autobahn, unabhängig von der Zahl der Fahrbahnen oder der Zahl der Fahrspuren.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Bundesautobahnen sind *Bundesstraßen* (Statistik der Straßen des überörtlichen Verkehrs) Fernstraßen, die im allgemeinen auch für andere Fahrzeuge und nicht ausschließlich für den Schnellverkehr bestimmt sind.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BUNDESSTEUERN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1332

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik
über den
Steuerhaushalt

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 1 Grundgesetz dem Bund zusteht.

Die Bundessteuern umfassen Zölle, Verbrauchsteuern ohne Biersteuer (insbesondere Branntweinabgaben, Tabak-, Kaffee-, Zucker-, Schaumwein-, Mineralölsteuer), Kapitalverkehrsteuern, Versicherungssteuer, Wechselsteuer sowie die Lastenausgleichsabgaben, die nachrichtlich nachgewiesen werden.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1969 rechneten die Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuern zu den Bundessteuern; ab 1970 sind diese Steuern *Gemeinschaftsteuern*. Kapitalverkehr-, Versicherungs- und Wechselsteuer waren bis einschl. 1969 *Landessteuern*.

Zu den Bundessteuern zählte von 1968 bis 1976 auch die Ergänzungsabgabe, die bis einschl. 1974 auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer und in den Jahren 1975 und 1976 auf die Körperschaftsteuer erhoben wurde. Bis einschl. 1967 wurden die Beförderungssteuer und von 1969 bis 1971 die Straßengüterverkehrsteuer als Bundessteuern erhoben. Im Aufkommen der Bundessteuern sind z.T. noch Restbeträge der auslaufenden Steuern mitenthalten.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BUNDESSTRASSEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

905

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Straßen des
überörtlichen
Verkehrs

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Fernstraßen, die in erster Linie dem weiträumigen Verkehr dienen. Träger der Baulast ist der Bund.

Die Ortsdurchfahrten in größeren Gemeinden werden von diesen gebaut und unterhalten.

Bei der Ermittlung der *Straßenlänge* werden Kreuzungen der jeweils höherwertigen Straße zugeordnet, also der Bundesstraße bei einer Kreuzung mit einer Landes- oder Kreisstraße oder der vorfahrtberechtigten gegenüber der vorfahrtbeachtenden Straße. Bei gleichwertigen Straßen erfolgt die Zuordnung zur breiteren, bei gleicher Breite zur längeren Straße. Die Länge der Ortsdurchfahrten rechnet zur Gesamtlänge der Bundesstraßen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Bundesstraßen sind *Bundesautobahnen* (Statistik der Straßen des überörtlichen Verkehrs) Fernstraßen, die ausschließlich dem Schnellverkehr mit Kraftfahrzeugen dienen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BUNDESWASSERSTRASSEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

593

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Tiefbaustatistik

01.01.62 -
31.12.78

B e g r i f f s i n h a l t : Tiefbauten von bzw. an
Kanälen, Häfen und schiffbaren Flüssen im Bundesgebiet.

Zu den Tiefbauten an den Bundeswasserstraßen zählen
neben Deichen, Stützmauern, Uferbefestigungen u.ä. auch
Schleusen, Schiffshebewerke sowie Bagatellhochbauten,
die im Zusammenhang mit diesen Tiefbauten errichtet
werden, wie Schalt-, Pumpen- oder Maschinenhäuser.

Tiefbauten an nichtschiffbaren Flüssen und Bächen
rechnen nicht zu den Tiefbauten an Bundeswasserstraßen,
sondern zu den wasserwirtschaftlichen Tiefbauten.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BÜROGEBÄUDE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

523

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik der
Baugenehmigungen

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Nichtwohnbauten, die
Verwaltungszwecken dienen.

Dazu zählen u.a. die Büro- und Verwaltungsgebäude der gewerblichen Wirtschaft, darunter auch Bank- und Versicherungsgebäude, ferner Bürogebäude der öffentlichen Hand wie Ministerien, Stadtverwaltungen, Postämter, Bahnverwaltungen, ebenso Rundfunkhäuser, Verwaltungsgebäude der Kirchen, der Arbeiterwohlfahrt oder ähnlicher Organisationen.

2. Statistik der
Baufertig-
stellungen

01.01.55

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

BÜROMASCHINEN, DATENVERARBEITUNGSGERÄTE UND -EIN-
RICHTUNGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3623, 2605

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Produktions-
Eilbericht

01.01.77

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren (Warenarten)
aus der WarengruppeBüromaschinen, Datenverarbeitungs- Warengruppe 50
geräte und -einrichtungendes Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestati-
stik, Ausgabe 1970, die zu den *Investitionsgütern* zählen.

Als Investitionsgüter gelten Waren, die von der Industrie her-
gestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) ange-
sehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat
als Anlagegüter gekauft werden.

Im wesentlichen zählen dazu:

Schreibmaschinen,
Rechenmaschinen,
Abrechnungs-(Buchungs-)Maschinen, Registrierkassen,
Vervielfältigungs-, Adressier- und sonstige Büromaschinen,
Lichtpausapparate,
Geräte und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung
(Zentraleinheiten und periphere Einheiten).

2. Außenhandels-
statistik

01.01.70

B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach
dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden
auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenver-
zeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da
im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen,
im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien
gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung ge-
ringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitions-
gütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Be-
rechnung des Index der industriellen Bruttoproduktion für In-
vestitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

CHEMISCHE VERBRAUCHSGÜTER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2605

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Produktions-
Eilbericht
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren (Warenarten)
aus der Warengruppe

Chemische Erzeugnisse Warengruppe 40

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriesta-
tistik, Ausgabe 1970, die zu den *Verbrauchsgütern* zählen.

Als Verbrauchsgüter gelten Waren, die von der Industrie
hergestellt werden, als technisch fertig (verbrauchsreif)
angesehen werden und überwiegend von den privaten Haushalten
verbraucht werden.

Im wesentlichen zählen dazu:

Schmal- und Rollfilme,
unbespielte Magnettonbänder,
Seifen (Fein-, Medizinal-, Haushaltskern-, Rasierseife,
Rasiercreme, Haarwaschmittel),
Wasch-, Spül- und Reinigungsmittel,
Parfüm, Duft- und Rasierwässer, Hautcremes, Puder, Mundpflege-
mittel, Haarpflegemittel (teilweise), Mittel der Schönheits-
pflege, Badezusätze, sonstige Körperpflegemittel,
Blei-, Farb- und Kopierstifte, Schüler-Farbkästen, Fußbodenpfe-
gemittel, Schuh-, Möbel-, Auto-, sonstige Pflegemittel,
Kerzen, pyrotechnische Erzeugnisse, Zündhölzer,
Empfangnisverhütungsmittel.

2. Außenhandels-
statistik
01.01.70

B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., aber ohne
Empfangnisverhütungsmittel.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung
nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA)
werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen
Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüs-
selt. Da im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirt-
schaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmä-
ßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegen-
überstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

CHEMISCHE VERBRAUCHSGÜTER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2605

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der industriellen Bruttonproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Chemische Verbrauchsgüter und *Pharmazeutische und kosmetische Artikel, Wasch- und Putzmittel* (Außenhandelsstatistik) sind ähnlich abgegrenzt. Im wesentlichen bestehen folgende Unterschiede:

Nur zu den Pharmazeutischen und kosmetischen Artikeln, Wasch- und Putzmitteln rechnen die Pharmazeutika (Arzneiwaren, Sera, Transplantate, Desinfektionsmittel u.ä.).

Nur zu den Chemischen Verbrauchsgütern rechnen Schüler-Farbkästen, Möbel- und Autopflegemittel, Schmal- und Rollfilme, unbespielte Magnettonbänder, Blei-, Farb- und Kopierstifte und Feuerwerksartikel.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DAMPFLOKOMOTIVEN

DFK - Kr:

GUK - Kr(n):

900

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik
(Bestands- und
Betriebsstatistik)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Lokomotiven, deren Antriebskraft Dampf ist, ohne Rücksicht auf die Art der verwendeten Brennstoffe. Die Kraftübertragung kann durch Zylinder oder Turbinen erfolgen.

Lokomotiven sind schienengebundene Fahrzeuge, die nach ihrer Bauart ausschließlich zum Bewegen von Schienenfahrzeugen bestimmt sind.

Als Bestand an Lokomotiven wird der Einsatzbestand angegeben. Dazu zählen Dampflokomotiven, die der entsprechenden Eisenbahnverwaltung gehören, abzüglich der vermieteten und zuzüglich der von ihr angemieteten Dampflokomotiven. Berücksichtigt werden auch kurzfristig unbenutzte betriebsfähige Dampflokomotiven sowie die in Ausbesserung befindlichen, auf Ausbesserung wartenden oder in gutem oder schlechtem Zustand abgestellten oder in Reserve gehaltenen Dampflokomotiven.

Nicht berücksichtigt werden die Dampflokomotiven, die zum Verkauf, zur Zerlegung oder zur Ausmusterung abgestellt sind.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu Lokomotiven sind Triebwagen (Dieseltriebwagen, E-Triebwagen - Eisenbahnstatistik) auch für die Beförderung von Personen und/oder Gütern ausgerüstet.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

DARLEHEN AN KREDITINSTITUTE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1256

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Boden- und
Kommunalkredit-
institute

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Die Darlehen an Kreditinstitute umfassen reine Kommunaldarlehen an öffentlich-rechtliche Kreditinstitute, ferner kommunalverbürgte Darlehen und Hypotheken an sonstige Kreditinstitute sowie alle übrigen Ausleihungen im Boden- und Kommunalkreditgeschäft an sonstige Kreditinstitute.

Zu den Darlehen an Kreditinstituten rechnen auch die nicht verbürgten Teile von kommunalverbürgten Darlehen, sofern deren Schuldner ein Kreditinstitut ist.

Die Darlehen von Kreditinstituten umfassen auch die von Boden- und Kommunalkreditinstituten an andere Boden- und Kommunalkreditinstitute gegebene Darlehen.

Zu den Kreditinstituten rechnen Banken und Geldinstitute im Sinne des § 1, Abs. 1 des Gesetzes über das Kreditwesen¹⁾ sowie rechtlich selbständige und unselbständige Bausparkassen, Teilzahlungskreditinstitute, Postscheck- und Postsparkassenämter, Kapitalanlagegesellschaften (ohne deren Fonds), Bürgschaftsbanken, Wertpapiersammelbanken und inländische Niederlassungen ausländischer Banken.

Die *Neuausleihungen* umfassen die während des Berichtsmonats tatsächlich neu gewährten (ausbezahlten) Darlehen an Kreditinstitute.

Der *Darlehensbestand* gibt den tatsächlichen Umfang der Forderungen aus Darlehen an Kreditinstitute am Monatsende an.

1) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über das Kreditwesen in der Fassung v. 3.5.1976 (BGBl. I S. 1121).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DARLEHEN AN NICHTBANKEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1246

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Boden- und
Kommunkredit-
institute

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Die Darlehen an Nichtbanken umfassen Hypothekarkredite, Kommunalدارlehen ("reine" kommunalverbürgte Darlehen und kommunalverbürgte Hypotheken), Landeskulturdarlehen und sonstige Darlehen an öffentliche Haushalte, private und öffentliche Unternehmen (ohne Kreditinstitute), Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Die öffentlichen Haushalte umfassen im wesentlichen Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände soweit sie nicht zu den Unternehmen rechnen, Sozialversicherungen und ausländische öffentliche Haushalte, die durch Rechtsverordnung den inländischen öffentlichen Haushalten gleichgestellt sind (z.B. Montanunion).

Zu den öffentlichen Unternehmen rechnen dabei Bundesbahn, Bundespost, rechtlich unselbständige Versorgungs- und Verkehrsbetriebe von Gebietskörperschaften sowie kommunale Zweckverbände mit Wirtschaftsaufgaben.

Als Organisationen ohne Erwerbscharakter gelten Verbände, Vereine und Institute, die ihre Leistungen vorwiegend Unternehmen ohne spezielles Entgelt erbringen und von diesen finanziert werden bzw. deren Leistung vorwiegend privaten Haushalten dienen und die sich zu einem wesentlichen Teil aus freiwilligen Zahlungen von privaten Haushalten und nur zu einem geringen Teil aus öffentlichen Zuwendungen finanzieren. Im einzelnen rechnen dazu z.B. Kirchen, kulturelle und karitative Vereine, Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, Industrie- und Handelskammern sowie Innungen.

Die *Neuausleihungen* umfassen die während des Berichtsmonats tatsächlich neu gewährten (ausbezahlten) Darlehen an Nichtbanken.

Der *Darlehensbestand* gibt den tatsächlichen Umfang der Forderungen aus Darlehen an Nichtbanken am Monatsende an.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis Ende 1968 wurden bei den zu den Darlehen an Nichtbanken rechnenden *Hypothekarkrediten* auf Wohngrundstücke und bei den *kommunalverbürgten Hypotheken* auf Wohngrundstücke die Hypotheken für Wohnungsbauten (Wohnbauten, die vor dem 8.5.1945 errichtet wurden) nicht einbezogen.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

DARLEHENSBESTAND

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1258

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Boden- und
Kommunkredit-
institute

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Bestand an langfristigen Darlehen, die von Boden- und Kommunalkreditinstituten gewährt wurden.

Langfristige Darlehen umfassen *Hypothekarkredite* auf Grundstücke und Schiffe, *Kommundarlehen* ("reine" kommunalverbürgte Darlehen und kommunalverbürgte Hypotheken), *Landeskulturdarlehen* und sonstige Darlehen.

Neben den Darlehen für eigenen Namen und eigene Rechnung der Boden- und Kommunalkreditinstitute werden auch Darlehen im eigenen Namen und für fremde Rechnung (durchlaufende Kredite) nachgewiesen.

Zu den Boden- und Kommunalkreditinstituten zählen die unter das Hypothekendarlehenbankgesetz¹⁾, das Pfandbriefgesetz²⁾ und das Schiffsbankgesetz³⁾ fallenden Institute sowie die Landwirtschaftliche Rentenbank, die Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank (bis 1965: Deutsche Landesrentenbank) und die Bayerische Landesbodenkreditanstalt (seit 1.7.1972 rechtlich-unselbständige Anstalt der Bayerischen Landesbank Girozentrale).

Der Darlehensbestand setzt sich zusammen aus dem Bestand an *Darlehen an Nichtbanken* und dem Bestand an *Darlehen an Kreditinstitute*. Zum Bestand an Darlehen an Kreditinstitute rechnen dabei auch Darlehensbestände an andere Boden- und Kommunalkreditinstitute.

Der Darlehensbestand wird am Monatsende ermittelt.

Erfaßt wird sowohl der Bestand an Darlehen aus dem Alt- als auch aus dem Neugeschäft, d.h. die vor und nach dem 20.6.1948 gewährten Darlehen.

1) Zu Einzelheiten siehe Hypothekendarlehenbankgesetz (HBG) in der Fassung v. 5.2.1963 (BGBl. I S. 81) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 671).

2) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (ÖPG) in der Fassung v. 8.5.1963 (BGBl. I S. 312) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 669).

3) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über Schiffspfandbriefbanken (SCHBG) in der Fassung v. 8.5.1963 (BGBl. I S. 302) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 671).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DARLEHENSBESTAND

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1258

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Nicht zum Darlehensbestand zählen Kontokorrentkredite, Schuldscheindarlehen an Industrieunternehmen in privater Rechtsform, Industriekredite an Industrieunternehmen in privater Rechtsform gegen Übereignung bzw. Verpfändung von Waren oder Inventar sowie die für fremden Namen und fremde Rechnung gewährten Kredite (Verwaltungskredite).

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis Ende 1968 wurden Darlehensbestände aus dem Altgeschäft (vor dem 20.6.48 gewährte Darlehen) nicht einbezogen.

Ebenso wurden bis Ende 1968 ein Teil der für Wohnungsaltbauten (vor dem 8.5.1945 errichtete Wohnbauten) gewährten Darlehen nicht erfaßt.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 722
DAUERGRÜNLAND	
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Landwirtschafts- zählung 1971	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Grünlandflächen, die ohne Unterbrechung durch andere Kulturen zur Futter- oder Streugewinnung oder zum Abweiden bestimmt sind.</p> <p>Zum Dauergrünland zählen Wiesen, Mähweiden, Weiden und Almen sowie Hutungen und Streuwiesen. Bei Mähweiden wechseln Schnitt und Beweidung in kürzeren oder längeren Zeiträumen regelmäßig. Hutungen sind nur gelegentlich durch Beweidung genutzte Flächen (Nutzung ohne nennenswerten Aufwand an Düngung und Pflege). Der Aufwuchs von Streuwiesen ist nur für Streuzwecke verwendbar.</p> <p>Zum Dauergrünland rechnen auch Grünlandflächen mit Obstbäumen, sofern das Obst nur die Nebennutzung, die Gras- oder Heugewinnung aber die Hauptnutzung darstellt; andernfalls zählen diese Flächen zu den Obstanlagen und werden unter den <i>Dauerkulturen</i> nachgewiesen.</p> <p>Nicht zum Dauergrünland rechnen die Ackerwiesen und -weiden (Grasanbau auf dem Ackerland), auch wenn sie mehrere Jahre genutzt werden.</p> <p>Ferner zählen Grünlandflächen, die aus sozialen, wirtschaftlichen o.ä. Gründen nicht mehr genutzt werden ("Sozialbrache") nicht zum Dauergrünland, sondern werden unter der <i>nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Fläche</i> erfaßt.</p> <p>Nachgewiesen wird das Dauergrünland im Besitz <i>landwirtschaftlicher Betriebe</i>. Landwirtschaftliche Betriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen, land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche mindestens 10 % ihrer <i>Waldfläche</i> beträgt.</p> <p>Das Dauergrünland wird nach dem Betriebsprinzip erhoben und nachgewiesen, d.h. jeweils nach dem Ort des Betriebssitzes. Die Flächennachweisungen - vor allem für kleinere Gebietseinheiten (Gemeinde, Kreis) - lassen daher keinen unmittelbaren Rückschluß auf die tatsächliche Nutzung der Katasterfläche der jeweiligen Gebietseinheit zu. Aufgrund der Verwendung des Betriebsprinzips werden auch die in den Nachbarstaaten der Bundesrepublik Deutschland belegenen Flächen einbezogen, die von Betrieben mit Betriebssitz im Inland bewirtschaftet werden, nicht aber im Inland belegene Flächen, die von Betrieben mit Betriebssitz im Ausland bewirtschaftet werden.</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DAUERKULTUREN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 722

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Landwirtschafts-
zählung 1971

B e g r i f f s i n h a l t : Die Dauerkulturen umfassen Obstanlagen, Baumschulen, Rebland sowie Korbweiden-, Pappel- anlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes.

Obstanlagen sind ertragfähige und noch nicht ertragfähige Anlagen von Obstbäumen und -sträuchern ohne Unterkultur oder als Hauptnutzung mit Unterkultur. Eine Hauptnutzung mit Unter- kultur (auf Ackerland oder Dauergrünland) liegt vor, wenn die Pflegemaßnahmen und die sonstigen Arbeiten hauptsächlich auf die Bedürfnisse der Obstkulturen ausgerichtet sind. Als Anlagen werden alle Flächen angesehen, auf denen Bäume oder Sträucher nach einem bestimmten Pflanzsystem gepflanzt sind. Eine einzelne Baumreihe kann als Obstanlage angesehen werden, wenn wenigstens zehn Bäume nur einer Art in gleichmäßigen Abständen von höchstens zehn Metern gepflanzt sind. Weitere Voraussetzung ist, daß die Pflegemaßnahmen und die sonstigen Arbeiten hauptsächlich auf die Bedürfnisse der Obstkulturen ausgerichtet sind, auch wenn diese noch nicht im Ertrag stehen.

Das mit Obstbäumen bestandene Ackerland, dessen Hauptnutzung in der Gewinnung von Ackerfrüchten besteht, rechnet zum Acker- land, entsprechend zählen mit Obstbäumen bestandene Wiesen und Weiden zum Dauergrünland, wenn sie hauptsächlich der Erzeugung von Gras oder Heu dienen. Nicht genutzte Obstanlagen werden zur *nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Fläche* gerechnet.

Nicht erfaßt werden Obstbäume und -sträucher in Haus-, Nutz- und Kleingärten und verstreut oder vereinzelt stehende Obst- bäume sowie der Anbau von Erdbeeren für den Eigenbedarf. Die Flächen der zum Erwerb angebauten Erdbeeren rechnen gleichfalls zum Ackerland.

Baumschulen umfassen die Flächen zur Aufzucht und Vermehrung von Gehölzen, einschl. der für das Frühjahr vorbereiteten Neu- anlagen sowie der Forstbaumschulen. Die Saat- und Pflanzgärten der Forstbetriebe zählen dagegen zur *Waldfläche*.

Zum Rebland zählen die mit Reben bestockten Flächen, auch wenn sie nicht im Ertrag stehen, einschl. der Rebschulen, Rebschnitt- gärten und Jungfelder sowie der zeitweilig brachliegenden Flächen, die wieder mit Reben bepflanzt werden sollen und hier- zu vorbereitet werden (Rebbrache).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DAUERKULTUREN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

722

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Vorübergehend anderweitig genutzte Flächen werden unter der jeweiligen Nutzungsart erfaßt. Ehemalige Rebflächen, die nicht mehr bestockt werden sollen, werden zu der nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Fläche gerechnet.

Zu den Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen zählen die Flächen mit geschlossenen Beständen an Korbweiden und Pappeln sowie die Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes.

Nachgewiesen werden die Dauerkulturen im Besitz von *landwirtschaftlichen Betrieben*. Landwirtschaftliche Betriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen, land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen und deren *landwirtschaftlich genutzte Fläche* mindestens 10 % ihrer Waldfläche beträgt.

Die Dauerkulturen werden nach dem Betriebsprinzip erhoben und nachgewiesen, d. h. jeweils nach dem Ort des Betriebssitzes. Die Flächennachweisungen - vor allem für kleinere Gebietseinheiten (Gemeinde, Kreis) - lassen daher keinen unmittelbaren Rückschluß auf die tatsächliche Nutzung der Katasterfläche der jeweiligen Gebietseinheit zu. Aufgrund der Verwendung des Betriebsprinzips werden auch die in den Nachbarstaaten der Bundesrepublik Deutschland belegenen Flächen einbezogen, die von Betrieben mit Betriebssitz im Inland bewirtschaftet werden, nicht aber im Inland belegene Flächen, die von Betrieben mit Betriebssitz im Ausland bewirtschaftet werden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DEM BUND VERBLEIBENDE STEUERN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1334

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik
über den
Steuerhaushalt

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Gesamte Steuereinnahmen, die dem Bund nach der Steuerverteilung verbleiben/zufließen.

Die Steuereinnahmen umfassen die

Bundessteuern abzüglich *EG-Anteil an Zöllen*,
Anteile an der *Einkommen- und Körperschaftsteuer*,
Anteile an *Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer* abzüglich *EG-Anteil an Umsatzsteuer* sowie
50 % der *Gewerbsteuerumlage*.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1969 verblieben dem Bund die *Bundessteuern*, die das gesamte Aufkommen an *Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer* umfaßten, sowie Anteile an der *Einkommen- und Körperschaftsteuer*. Die Anteile des Bundes an der *Einkommen- und Körperschaftsteuer* betrugen

1962	:	35 %
1963	:	38 %
1964 - 1966	:	39 %
1967 - 1968	:	37 %
1969	:	35 %

Ab 1.1.1970 (Inkrafttreten des Finanzreformgesetzes) fließen dem Bund folgende Anteile an der *Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer* zu:

1970 - 1971	:	70 %
1972 - 1973	:	65 %
1974	:	63 %
1975	:	68,25 %
1976 - 1977	:	69 %
1978	:	67,5 %

Ebenfalls seit 1.1.1970 fließen dem Bund 43 % der *Lohnsteuer* und der *veranlagten Einkommensteuer*, 50 % der *Kapitalertragsteuer* und der *Körperschaftsteuer* sowie 50 % der *Gewerbsteuerumlage* zu.

Die dem Bund verbleibenden *Bundessteuern* sind seit 1971 um den *EG-Anteil an Zöllen* gekürzt; die Beteiligung des Bundes am *Umsatz- und Einfuhrumsatzsteueraufkommen* ist seit 1975 um den *EG-Anteil an Umsatzsteuer* vermindert.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

DEN LÄNDERN VERBLEIBENDE STEUERN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1335

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik
über den
Steuerhaushalt

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Steuereinnahmen, die den Ländern
nach der Steuerverteilung verbleiben/zufließen.

Die Steuereinnahmen umfassen die

Landessteuern,
Anteile an der *Einkommen- und Körperschaftsteuer,*
Anteile an der *Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer* sowie
50 % *Gewerbsteuerumlage.*

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl.
1969 verblieben den Ländern die *Landessteuern* sowie Anteile an
der *Einkommen- und Körperschaftsteuer*. Die Anteile der Länder
an der *Einkommen- und Körperschaftsteuer* betrugen

1962	:	65 %
1963	:	62 %
1964 - 1966	:	61 %
1967 - 1968	:	63 %
1969	:	65 %

Ab 1.1.1970 (Inkrafttreten des Finanzreformgesetzes) fließen
den Ländern folgende Anteile an der *Umsatz- und Einfuhrumsatz-*
steuer zu:

1970 - 1971	:	30 %
1972 - 1973	:	35 %
1974	:	37 %
1975	:	31,75 %
1976 - 1977	:	31 %
1978	:	32,5 %

Ebenfalls seit 1.1.1970 fließen den Ländern 43 % der *Lohnsteuer*
und der *veranlagten Einkommensteuer*, 50 % der *Kapitalertrag-*
steuer und der *Körperschaftsteuer* sowie 50 % der *Gewerbsteuer-*
umlage zu.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

DEUTSCHE

GBK - Nr(n):

637

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Volks- und Berufs-
zählung 1970B e g r i f f s i n h a l t : Personen mit deutscher Staats-
angehörigkeit sowie Personen, die nach dem Grundgesetz den2. Arbeitsstätten-
zählung 1970Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit gleichgestellt
sind.3. Studenten-
statistik

01.04.67

Den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit ist nach Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz gleichgestellt, wer als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31.12.1937 Aufnahme gefunden hat.

In der Volks- und Berufszählung 1970 sind die Familienmitglieder von Angehörigen ausländischer Stationierungsstreitkräfte und von Mitgliedern der diplomatischen und konsularischen Vertretungen auch dann nicht einbezogen worden, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen (z.B. deutsche Ehefrauen solcher Personen).

In der Arbeitsstättenzählung 1970 sind alle Deutschen, die bei Vertretungen fremder Staaten oder bei Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte usw. beschäftigt waren, nicht erfaßt worden.

In der Studentenstatistik werden deutsche *Studenten* und *Studienanfänger* nachgewiesen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: DEUTSCHE BUNDESBahn	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 786

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik
(Bestands- und
Betriebsstatistik)
01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Sondervermögen des Bundes mit
eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung, das dem öffentlichen
Verkehr dienende Eisenbahnen und Busverkehr betreibt.

Eisenbahnen dienen dann dem öffentlichen Verkehr, wenn sie jeder-
mann zur Personen- und Güterbeförderung benutzen kann.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DIENSTGÜTERWAGEN

DFK - Nr:

DBK - Nr(n):

901

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik
(Bestands- und
Betriebsstatistik)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Güterwagen, die ausschließ-
lich zum Transport von Dienstgut benutzt werden und sich
im Eigentum des jeweiligen Eisenbahnunternehmens befinden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DIENSTGUTVERKEHR

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

816

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahn-
statistik
(Statistik der
Personen- und
Güterbeförderung
auf Eisenbahnen)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t: Frachtfreie Beförderung von
Gütern für eigene Zwecke der Eisenbahnunternehmen (Deutsche
Bundesbahn, Nichtbundeseigene Eisenbahnen).

Erfaßt werden alle von Eisenbahnunternehmen transportierten
Dienstgüter, bei denen Versand- und Empfangsort im Bundes-
gebiet liegen, sowie Gütertransporte, bei denen nur der
Empfangsort im Bundesgebiet liegt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n: Dienstgutverkehr
ist im Unterschied zum *Stückgutverkehr*, zum *Wagenladungs-
verkehr* und zum *Expreßgutverkehr* (alle Eisenbahnstatistik)
nicht frachtpflichtig.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DIENSTLEISTUNGEN UND REPARATUREN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1126

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Verbraucherpreise
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgaben privater Haushalte für Dienstleistungen, die von Unternehmen, Organisationen ohne Erwerbscharakter und vom Staat erbracht werden.

Zu den Dienstleistungen werden die in den Gliederungspositionen des Güterverzeichnis für den privaten Verbrauch, Ausgabe 1963, jeweils enthaltenen Dienstleistungen zusammengefaßt. Im einzelnen zählen dazu:

Gastgewerbeleistungen (Verzehr von Speisen und Getränken in Gaststätten, Übernachtungen mit Frühstück),

Bauhandwerkliche Leistungen (Schönheitsreparaturen, Tischler-, Klempner- und Elektrikerarbeiten),

andere Handwerkerleistungen (Schneider- und Schusterarbeit, Kfz-Pflege und -Reparatur, Friseurleistungen, Reparatur von Fernsehgeräten und Uhren),

Verkehrstarife (Fahrten mit Straßenbahn, Bahn, Linienbus, Flugzeug, Taxi),

Öffentliche Gebühren (Post- und Telefongebühren, Rundfunk- und Fernsehgebühren, Kfz-Steuer),

Honorare für Ärzte und Anwälte,

Kultur- und Sportveranstaltungen (Kino, Theater, Oper, Fußball, Hallenbad),

Unterricht und Kindergartenbesuch (Fahrschulunterricht, Volkshochschulunterricht, Kindergartenbesuch, Tennis- und Tanzunterricht),

Urlaubsreisen (Gesellschaftsreisen zur See, in die Alpen, in den Schwarzwald, nach Österreich, Italien, Schweiz, mit Flugzeug oder Schiff),

Versicherungen (Kranken-, Kfz-, Hausratversicherung),

sonstige Leistungen (Bankgebühren, Wäscherei und Reinigung, Putz- und Waschlöhne, Entwickeln von Filmen u.a.).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DIESELLOKOMOTIVEN

WFK - Nr:

DEK - Nr(n):

900

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik
(Bestands- und
Betriebsstatistik)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Lokomotiven, die durch einen Dieselmotor angetrieben werden, ohne Rücksicht auf die eingebaute Kraftübertragungsanlage.

Lokomotiven sind schienengebundene Fahrzeuge, die nach ihrer Bauart ausschließlich zum Bewegen von Schienenfahrzeugen bestimmt sind.

Zu den Diesellokomotiven rechnen auch Lokomotiven besonderer Bauart, wie Kleinlokomotiven oder Lokomotiven, die mit Druckluft, Gas oder Benzin betrieben werden.

Als Bestand an Lokomotiven wird der Einsatzbestand angegeben. Dazu zählen Diesellokomotiven, die der entsprechenden Eisenbahnverwaltung gehören, abzüglich der vermieteten und zuzüglich der von ihr angemieteten Diesellokomotiven. Berücksichtigt werden auch kurzfristig unbenutzte betriebstaugliche Diesellokomotiven sowie die in Ausbesserung befindlichen, auf Ausbesserung wartenden oder in gutem oder schlechtem Zustand abgestellten oder in Reserve gehaltenen Diesellokomotiven.

Nicht berücksichtigt werden die Diesellokomotiven, die zum Verkauf, zur Zerlegung oder zur Ausmusterung abgestellt sind.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu Lokomotiven sind Triebwagen (*Dieseltriebwagen, E-Triebwagen* - Eisenbahnstatistik) auch für die Beförderung von Personen und/oder Gütern ausgerüstet.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DIESELTRIEBWAGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 900

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik
(Bestands- und
Betriebsstatistik)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Triebwagen, die durch einen Dieselmotor angetrieben werden.

Triebwagen sind schienengebundene Fahrzeuge, die nach ihrer Bauart zum Bewegen von Schienenfahrzeugen und zugleich für die Beförderung von Personen und/oder Gütern bestimmt sind.

Zu den Dieseltriebwagen werden auch die Triebwagen besonderer Bauart gezählt, wie Schienenomnibusse oder durch Benzin, Methan o.ä. angetriebene Triebwagen.

Als Bestand an Triebwagen wird der Einsatzbestand angegeben. Dazu zählen Dieseltriebwagen, die der entsprechenden Eisenbahnverwaltung gehören, abzüglich der vermieteten und zuzüglich der von ihr angemieteten Dieseltriebwagen. Berücksichtigt werden auch kurzfristig unbenutzte betriebsfähige Dieseltriebwagen sowie die in Ausbesserung befindlichen, auf Ausbesserung wartenden oder in gutem oder schlechtem Zustand abgestellten oder in Reserve gehaltenen Dieseltriebwagen.

Nicht berücksichtigt werden die Dieseltriebwagen, die zum Verkauf, zur Zerlegung oder zur Ausmusterung abgestellt sind.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Triebwagen sind Lokomotiven (*Dampflokomotiven, Diesel-lokomotiven, E-Lokomotiven* - Eisenbahnstatistik) nicht für die Beförderung von Personen und/oder Gütern ausgerüstet.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DÜNGEMITTELLIEFERUNGEN FÜR DEN VERBRAUCH IN DER LAND-
WIRTSCHAFT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2198

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Düngemittel-
statistik

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Lieferungen von mineralischen Düngemitteln, die zum Verbrauch in der Landwirtschaft des Bundesgebietes einschl. Berlin (West) bestimmt sind, durch Unternehmen (Erzeuger und Importeure), die Düngemittel erstmalig in den Verkehr bringen.

Erfasst wird der Absatz der Düngemittel Stickstoff, Phosphat, Kali und Kalk.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DURCHGANGSVERKEHR

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

903

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Eisenbahn-
statistik
(Statistik der
Personen- und
Güterbeförderung
auf Eisenbahnen)
01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Verkehr von Gebieten außer-
halb des Bundesgebietes nach Gebieten außerhalb des Bundes-
gebietes durch das Bundesgebiet.

In der Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausge-
wählten Flugplätzen wird der Durchgangsverkehr ohne Umla-
dungen nicht erfaßt.
2. Statistiken des
gewerblichen
Güter- und Möbel-
fernverkehrs und
des Werkfern-
verkehrs
01.01.64

In der Eisenbahnstatistik, in der Statistik des
grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs und in der Stati-
stik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplät-
zen werden auch Gütertransporte von der DDR (einschließlich
Berlin (Ost)) durch das Bundesgebiet in dritte Länder und
umgekehrt erfaßt.

Dabei wird in der Eisenbahnstatistik der nur durch
Berlin (West) führende Durchgangsverkehr nicht berücksich-
tigt.
3. Statistik des
grenzüber-
schreitenden
Güterkraft-
verkehrs
01.01.64

In den Statistiken des gewerblichen Güter- und Möbelfernver-
kehrs und des Werkfernverkehrs wird der Durchgangsverkehr
mit im Bundesgebiet beheimateten und mit ausländischen Last-
kraftfahrzeugen erfaßt, nicht jedoch Durchgangsverkehr mit in der
DDR und Berlin (Ost) beheimateten Fahrzeugen.
4. Statistik des
gewerblichen
Luftverkehrs
auf ausgewähl-
ten Flugplätzen
01.01.62

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

DURCHSCHNITTlich BEZAHLTE WOCHENSTUNDEN (ARBEITER)

GBK - Nr(n): 3023

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Verdiensterhebung
in Industrie und
Handel

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Durchschnittlich bezahlte
Wochenarbeitsstunden je Arbeiter.

Als bezahlte Wochenstunden gelten die effektiv geleisteten Stunden (dies sind in der Regel die "hinter der Stechuhr", d.h. innerhalb der Arbeitsstätte bzw. auf der Arbeitsstelle verbrachten Zeiten abzüglich allgemein betrieblich festgesetzter Ruhepausen wie z.B. die Mittagszeit) zuzüglich der bezahlten Ausfallstunden, z.B. für bezahlte Krankheitstage, gesetzliche Feiertage, bezahlten Urlaub, bezahlte Arbeitspausen, bezahlte Freizeit aus betrieblichen und persönlichen Gründen (Betriebsversammlungen, Betriebsausflüge, Arztbesuche, Familienfeiern u.ä.). In die effektiv geleisteten Stunden sind auch die *Mehrarbeitsstunden* einbezogen (das sind Arbeitsstunden, die über die betriebsübliche Arbeitszeit hinaus geleistet und nicht durch Gewährung von Freizeit an anderen Tagen ausgeglichen werden, unabhängig davon, ob für diese Stunden ein Zuschlag bezahlt wird oder nicht). Im Falle eines Arbeitskampfes werden die vor seinem Beginn bezahlten Wochenstunden zugrunde gelegt. Die bezahlten Wochenstunden stellen also gleichzeitig die vom Arbeitgeber "angebotene Arbeitszeit" dar.

Als Arbeiter gelten alle Personen in abhängiger Stellung, die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen.

Zu den Arbeitern gehören nicht: teilzeitbeschäftigte Arbeiter, Auszubildende, Mithelfende Familienangehörige, ferner Arbeiter, die als Empfänger von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung ein vermindertes Arbeitsentgelt beziehen sowie Arbeiter, die wegen Krankheit, Einstellung oder Entlassung nicht für den ganzen Erhebungsmonat entlohnt werden. Nicht erfaßt werden ferner die Heimarbeiter und Zwischenmeister. Einbezogen sind hingegen von Kurzarbeit betroffene Arbeiter.

Die jährlich nachgewiesenen durchschnittlich bezahlten Wochenstunden werden auf der Basis eines linearen Regressionsansatzes aus den durchschnittlich bezahlten Wochenstunden in den vier Erhebungsmonaten (Januar, April, Juli, Oktober) ermittelt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DURCHSCHNITTlich BEZAHLTE WOCHENSTUNDEN (ARBEITER)
NACH LEISTUNGSGRUPPEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3023, 1756

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Verdiensterhebung
in Industrie und
Handel

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Durchschnittlich bezahlte
Wochenstunden je Arbeiter, der gemäß seiner Berufsausbildung
und -erfahrung einer bestimmten Leistungsgruppe zugeordnet
wird.

Bei den Arbeitern werden drei Leistungsgruppen unterschieden.
Leistungsgruppe 1 entspricht weitgehend den Facharbeitern,
Leistungsgruppe 2 den angelernten Arbeitern und Leistungs-
gruppe 3 den Hilfsarbeitern.

Im einzelnen gilt folgendes:

Leistungsgruppe 1: Arbeiter, die aufgrund ihrer Fachkenntnisse
und Fähigkeiten mit Arbeiten beschäftigt werden, welche als
besonders schwierig oder verantwortungsvoll oder vielgestaltig
anzusehen sind. Die Befähigung kann durch abgeschlossene Lehre
oder durch langjährige Beschäftigung bei entsprechenden Ar-
beiten erworben sein. In den Tarifen sind die Angehörigen
dieser Gruppe meist als Facharbeiter, auch qualifizierte oder
hochqualifizierte Facharbeiter, Spezialfacharbeiter, Fachar-
beiter mit meisterlichem Können, Meister und Vorarbeiter im
Stundenlohn, Betriebshandwerker, gelernte Facharbeiter, Fach-
arbeiter mit Berufsausbildung und Erfahrung und ähnlich be-
zeichnet.

Leistungsgruppe 2: Arbeiter, die im Rahmen einer speziellen,
meist branchengebundenen Tätigkeit mit gleichmäßig wiederkehren-
den oder mit weniger schwierigen und verantwortungsvollen Ar-
beiten beschäftigt werden, für die keine allgemeine Berufsbe-
fähigkeit vorausgesetzt werden muß. Die Kenntnisse und Fähig-
keiten für diese Arbeiten haben die Arbeiter meist im Rahmen
einer mindestens drei Monate dauernden Anlernzeit mit oder ohne
Abschlußprüfung erworben. In den Tarifen werden die hier er-
wähnten Arbeiter meist als Spezialarbeiter, qualifizierte ange-
lernte Arbeiter, angelernte Arbeiter mit besonderen Fähigkeiten,
angelernte Arbeiter, vollwertige Betriebsarbeiter, angelernte
Hilfshandwerker, Betriebsarbeiter und ähnlich bezeichnet.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DURCHSCHNITTlich BEZAHLTE WOCHENSTUNDEN (ARBEITER)
NACH LEISTUNGSGRUPPEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3023, 1756

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Leistungsgruppe 3: Arbeiter, die mit einfachen, als Hilfsarbeiten zu bewertenden Tätigkeiten beschäftigt sind, für die eine fachliche Ausbildung auch nur beschränkter Art nicht erforderlich ist. In den Tarifen werden diese Arbeiter meist als Hilfsarbeiter, ungelernte Arbeiter, einfache Arbeiter und ähnlich bezeichnet.

In den durchschnittlich bezahlten Wochenstunden nach Leistungsgruppen sind auch die *geleisteten Mehrarbeitsstunden (Arbeiter) nach Leistungsgruppen* einbezogen.

Die jährlich nachgewiesenen durchschnittlich bezahlten Wochenstunden nach Leistungsgruppen werden auf der Basis eines linearen Regressionsansatzes aus den durchschnittlich bezahlten Wochenstunden nach Leistungsgruppen in den vier Erhebungsmonaten (Januar, April, Juli, Oktober) ermittelt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
DURCHSCHNITTLLICHE BRUTTOMONATSVERDIENSTE	GBK - Nr(n): 3029, 3031, 3035

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Verdiensterhebung
in Industrie und
Handel

01.01.57

B e g r i f f s i n h a l t : Bruttoverdienst je Angestell-
ten während eines Monats.

Der Bruttoverdienst umfaßt alle Beträge, die den Angestellten laufend (regelmäßig) gezahlt werden; dies sind normalerweise das tarifliche oder frei vereinbarte Gehalt einschl. tariflicher und außertariflicher Leistungs-, Sozial- und sonstiger Zulagen und Zuschläge. Bei Angestellten, die neben einem festen Gehalt eine Umsatzprovision beziehen, wird der auf den Berichtsmonat entfallende Provisionsanteil zugerechnet. Einbezogen sind ferner die vom Arbeitgeber freiwillig übernommenen Lohnsteuerbeträge und Arbeitnehmeranteile der Beiträge zur Sozialversicherung sowie die monatlich gezahlten vermögenswirksamen Leistungen.

Nicht zum Bruttoverdienst gehören alle Beträge, die nicht der Arbeitstätigkeit in der Erhebungszeit zuzuschreiben sind bzw. eine einmalige Zahlung darstellen. Dazu gehören z.B.: Nachzahlungen, Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Gratifikationen, Jahresabschlußprämien, 13. Monatsgehalt, Gewinnanteile, Gewinnbeteiligungen, zusätzliches Urlaubsgeld und nicht in monatlichen Teilbeträgen laufend gezahlte vermögenswirksame Leistungen.

Als Angestellte gelten alle Personen in abhängiger Stellung, die der Versicherungspflicht in der Angestelltenrentenversicherung unterliegen oder die von der Versicherungspflicht aufgrund besonderer Vorschriften befreit sind.

Nicht erfaßt werden leitende Angestellte mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis (Leistungsgruppe I), teilzeitbeschäftigte Angestellte, Auszubildende, Mithelfende Familienangehörige, ferner Angestellte, die als Empfänger von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung ein vermindertes Arbeitsentgelt beziehen sowie Angestellte, die wegen Krankheit, Einstellung oder Entlassung nicht für den ganzen Erhebungsmonat entlohnt wurden.

Kaufmännische (technische) Angestellte sind Angestellte, die gemäß ihrer tariflichen Gehaltsgruppe überwiegend im kaufmännischen (technischen) Bereich des Betriebes tätig sind. Wenn die Tarifverträge eine derartige Unterteilung nicht vorsehen, werden sämtliche Angestellte als kaufmännische gezählt.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

DURCHSCHNITTliche BRUTTOMONATSVERDIENSTE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3029, 3031, 3035

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die jährlich nachgewiesenen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste werden auf der Basis eines linearen Regressionsansatzes aus den durchschnittlichen Bruttomonatsverdiensten in den vier Erhebungsmonaten Januar, April, Juli und Oktober ermittelt.

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten werden nach Geschlecht, *Leistungsgruppen* und Beschäftigungsart nachgewiesen.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1963 wurden die jährlich nachgewiesenen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste als arithmetisches Mittel aus den durchschnittlichen Bruttomonatsverdiensten in den vier Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November ermittelt. Ab 1973 werden Meister im Angestelltenverhältnis einbezogen; sie werden zu den technischen Angestellten gerechnet.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DURCHSCHNITTLLICHE BRUTTOWOCHENVERDIENSTE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1730

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Verdiensterhebung
in Industrie und
Handel

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Bruttoverdienst je Arbeiter
während einer Woche.

Der Bruttoverdienst umfaßt alle Beträge, die den Arbeitern
laufend (regelmäßig) gezahlt werden. Dies sind normaler-
weise der tarifliche oder frei vereinbarte Lohn einschl.
tariflicher und außertariflicher Leistungs-, Sozial- und
sonstiger Zulagen und Zuschläge.

Einbezogen sind auch der auf den Erhebungsmonat entfallende
Provisionsanteil, sofern Arbeiter neben einem festen Lohn
Umsatzprovisionen beziehen, ferner lohnsteuerpflichtige
Auslösungen und vom Arbeitgeber freiwillig übernommene Lohn-
steuerbeträge und Arbeitnehmeranteile der Beiträge zur Sozial-
versicherung sowie die monatlich gezahlten vermögenswirksamen
Leistungen.

Nicht zum Bruttoverdienst rechnen alle Beträge, die nicht
der Arbeitstätigkeit in der Erhebungszeit zuzurechnen sind
(z.B. Nachzahlungen) sowie Spesenersatz, Trennungsschädi-
gungen, nichtlohnsteuerpflichtige Auslösungen usw. Auch alle
einmaligen Zahlungen wie Gratifikationen, Jahresabschluß-
prämien, 13. Monatsgehalt, Gewinnanteile, Gewinnbeteiligun-
gen, zusätzliches Urlaubsgeld und nicht in monatlichen Teil-
beträgen laufend gezahlte vermögenswirksame Leistungen wer-
den nicht einbezogen.

Als Arbeiter gelten alle Personen in abhängiger Stellung,
die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversiche-
rung unterliegen.

Nicht erfaßt werden teilzeitbeschäftigte Arbeiter, Auszu-
bildende, Mithelfende Familienangehörige, Arbeiter, die als
Empfänger von Renten aus der gesetzlichen Rentenversiche-
rung ein vermindertes Arbeitsentgelt beziehen sowie Arbei-
ter, die wegen Krankheit, Einstellung oder Entlassung nicht
für den ganzen Erhebungsmonat entlohnt werden. Nicht einbe-
zogen werden ferner die Heimarbeiter und Zwischenmeister.

Die jährlich nachgewiesenen durchschnittlichen Bruttowochen-
verdienste werden auf der Basis eines linearen Regressions-
ansatzes aus den durchschnittlichen Bruttowochenverdiensten
in den Erhebungsmonaten Januar, April, Juli und Oktober er-
mittelt. Die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der
Arbeiter werden nach Geschlecht und Leistungsgruppen nach-
gewiesen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

DURCHSCHNITTLLICHE BRUTTOWOCHENVERDIENSTE

GBK - Nr(n):

1730

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : B i s
einschl. 1963 wurden die jährlich nachgewiesenen durchschnitt-
lichen Bruttowochenverdienste als arithmetisches Mittel aus
den durchschnittlichen Bruttowochenverdiensten in den vier
Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November ermittelt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: DURCHSCHNITTliche HAUSHALTSGRÖSSE	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 644

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Durchschnittliche Zahl von
Personen, die zu einem *Privathaushalt* rechnen.

Privathaushalte sind Personengemeinschaften, die zusammen wohnen und eine gemeinsame Hauswirtschaft führen. Auch eine allein wohnende und wirtschaftende Person kann einen eigenen Privathaushalt bilden.

In der Volks- und Berufszählung 1970 wurde die Zahl der Privathaushalte auf der Grundlage der *Bevölkerung in Privathaushalten* ermittelt und die durchschnittliche Haushaltsgröße als Verhältnis zwischen der Bevölkerung in Privathaushalten und der Zahl der Privathaushalte berechnet.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die durchschnittliche Haushaltsgröße 1961 stellt im Unterschied zu 1970 den Quotienten aus der *Wohnbevölkerung* und der auf der Grundlage der Wohnbevölkerung ermittelten Zahl der Privathaushalte dar.

Die unterschiedliche Berechnungsweise kann sich 1970 vor allem in einer Erhöhung des Zählers des Quotienten (Personen in Haushalten), weniger in einer Erhöhung des Nenners (Zahl der Haushalte) ausgewirkt haben. Daher kann die durchschnittliche Haushaltsgröße 1970, verglichen mit der für 1961, etwas erhöht sein..

Z.B. wurde 1961 eine dreiköpfige Familie, deren Haushaltsvorstand in einer anderen Stadt berufstätig war und dort eine weitere Wohnung hatte, in der einen Gemeinde als Einperson- und in der anderen als Zweipersonenhaushalt erfaßt; 1970 rechnete dagegen eine vergleichbare Familie zum einen als Einperson-, zum anderen als Dreipersonenhaushalt. Trotz gleicher Familien- und Wohnverhältnisse wurde 1970 in diesen Fällen eine höhere durchschnittliche Haushaltsgröße ausgewiesen als 1961.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
DURCHSCHNITTliche MEHRARBEITSSTUNDEN (ARBEITER)	GBK - Nr(n): 3021

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Verdiensterhebung
in Industrie und
Handel

01.01.51

B e g r i f f s i n h a l t : Teil der *durchschnittlich bezahlten Wochenstunden* je Arbeiter, der über die betriebsübliche Arbeitszeit hinaus geleistet und nicht durch Gewährung von Freizeit an anderen Tagen ausgeglichen wird, unabhängig davon, ob für diese Stunden ein Zuschlag bezahlt wird oder nicht.

Als bezahlte Wochenstunden gelten die effektiv geleisteten Stunden (dies sind in der Regel die "hinter der Stechuhr", d.h. innerhalb der Arbeitsstätte bzw. auf der Arbeitsstelle verbrachten Zeiten abzüglich allgemein betrieblich festgesetzter Ruhepausen wie z.B. die Mittagszeit) zuzüglich der bezahlten Ausfallstunden, z.B. für bezahlte Krankheitstage, gesetzliche Feiertage, bezahlten Urlaub, bezahlte Arbeitspausen, bezahlte Freizeit aus betrieblichen und persönlichen Gründen (Betriebsversammlungen, Betriebsausflüge, Arztbesuche, Familienfeiern u.ä.). In die effektiv geleisteten Stunden sind auch die Mehrarbeitsstunden einbezogen.

Die jährlich nachgewiesenen durchschnittlichen Mehrarbeitsstunden je Woche und Arbeiter werden auf der Basis eines linearen Regressionsansatzes aus den durchschnittlichen Mehrarbeitsstunden je Woche und Arbeiter in den vier Erhebungsmonaten (Januar, April, Juli, Oktober) ermittelt.

Änderungen im Zeitablauf: Bis einschl. November 1956 wurden alle mit einem Zuschlag vergüteten Arbeitsstunden erfaßt. Diese Arbeitsstunden konnten auch durch Gewährung von Freizeit ausgeglichen werden (z.B. mit Zuschlag bezahlte Sonn-, Nacht- und Feiertagsstunden).

Von Februar 1957 bis Februar 1958 wurden als Mehrarbeitsstunden alle zuschlagspflichtigen Arbeitszeiten erfaßt, die über die regelmäßige wöchentliche betriebliche Arbeitszeit hinaus geleistet wurden und nicht durch Gewährung von Freizeit ausgeglichen werden konnten.

Bis 1963 ergaben sich die jährlich nachgewiesenen durchschnittlichen Mehrarbeitsstunden je Woche und Arbeiter als arithmetisches Mittel aus den durchschnittlichen Mehrarbeitsstunden je Woche und Arbeiter in den vier Erhebungsmonaten (Februar, Mai, August, November).

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
DURCHSCHNITTliche MEHRARBEITSSTUNDEN (ARBEITER) NACH LEISTUNGSGRUPPEN	GBK - Nr(n): 3021, 1756

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Verdienstenerhebung
in Industrie und
Handel

01.01.51

B e g r i f f s i n h a l t : Durchschnittliche Mehrarbeits-
stunden je Woche und Arbeiter, der gemäß seiner Berufsausbil-
dung und Erfahrung einer bestimmten Leistungsgruppe zugeordnet
wird.

Bei den Arbeitern werden drei Leistungsgruppen unterschieden.
Leistungsgruppe 1 entspricht weitgehend den Facharbeitern,
Leistungsgruppe 2 den angelernten Arbeitern und Leistungs-
gruppe 3 den Hilfsarbeitern.

Im einzelnen gilt folgendes:

Leistungsgruppe 1: Arbeiter, die aufgrund ihrer Fachkenntnisse
und Fähigkeiten mit Arbeiten beschäftigt werden, welche als be-
sonders schwierig oder verantwortungsvoll oder vielgestaltig an-
zusehen sind. Die Befähigung kann durch abgeschlossene Lehre
oder durch langjährige Beschäftigung bei entsprechenden Arbei-
ten erworben sein. In den Tarifen sind die Angehörigen dieser
Gruppe meist als Facharbeiter, auch qualifizierte oder hoch-
qualifizierte Facharbeiter, Spezialfacharbeiter, Facharbeiter
mit meisterlichem Können, Meister und Vorarbeiter im Stunden-
lohn, Betriebshandwerker, gelernte Facharbeiter, Facharbeiter
mit Berufsausbildung und Erfahrung und ähnlich bezeichnet.

Leistungsgruppe 2: Arbeiter, die im Rahmen einer speziellen,
meist branchengebundenen Tätigkeit mit gleichmäßig wieder-
kehrenden oder mit weniger schwierigen und verantwortungsvollen
Arbeiten beschäftigt werden, für die keine allgemeine Berufsbe-
fähigung vorausgesetzt werden muß. Die Kenntnisse und Fähigkei-
ten für diese Arbeiten haben die Arbeiter meist im Rahmen einer
mindestens 3 Monate dauernden Anlernzeit mit oder ohne Abschluß-
prüfung erworben. In den Tarifen werden die hier erwähnten Ar-
beiter meist als Spezialarbeiter, qualifizierte angelernte Ar-
beiter, angelernte Arbeiter mit besonderen Fähigkeiten, ange-
lernte Arbeiter, vollwertige Betriebsarbeiter, angelernte Hilfs-
handwerker, Betriebsarbeiter und ähnlich bezeichnet.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DURCHSCHNITTliche MEHRARBEITSSTUNDEN (ARBEITER) NACH
LEISTUNGSGRUPPEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3021, 1756

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Leistungsgruppe 3: Arbeiter, die mit einfachen, als Hilfsarbeiten zu bewertenden Tätigkeiten beschäftigt sind, für die eine fachliche Ausbildung auch nur beschränkter Art nicht erforderlich ist. In den Tarifen werden diese Arbeiter meist als Hilfsarbeiter, ungelernte Arbeiter, einfache Arbeiter und ähnlich bezeichnet.

Die jährlich nachgewiesenen Mehrarbeitsstunden nach Leistungsgruppen werden auf der Basis eines linearen Regressionsansatzes aus den Mehrarbeitsstunden nach Leistungsgruppen je Woche in den vier Erhebungsmonaten (Januar, April, Juli, Oktober) ermittelt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EG-ANTEIL AN UMSATZSTEUER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1336, 1338

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik
über den
Steuerhaushalt
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Ab 1975 aus dem Bundesanteil
an der Umsatzsteuer geleisteter Beitrag der Bundesrepublik
Deutschland an den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften.

Der Haushalt der EG wird seit 1.1.1975 aus eigenen Mitteln
finanziert, zu denen im Prinzip auch Mehrwertsteuereinnahmen
gehören; derzeit werden die Zahlungen noch aufgrund einer Über-
gangsregelung (Bruttosozialproduktsschlüssel) geleistet.

Der EG-Anteil an Umsatzsteuer wird aus dem Bundesanteil an der
Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer geleistet.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EG-ANTEIL AN ZÖLLEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1336, 1337

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik
über den
Steuerhaushalt
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Anteil am Aufkommen aus
Zöllen der Bundesrepublik Deutschland, der an die Europäischen
Gemeinschaften als eigene Einnahme abgeführt wird.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Erstmals
1971 ist ein in der Folgezeit jährlich wachsender Anteil an
Zöllen, der ab 1975 100 % beträgt, an die Europäischen Gemein-
schaften abzuführen (mit Ausnahme der Zölle der Europäischen
Gemeinschaft für Kohle und Stahl).¹⁾

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die *dem Bund verblei-
benden Steuern* (nach der Steuerverteilung) (Statistik über den
Steuerhaushalt) sind um die EG-Anteile an Steuern gekürzt.

1) Zu näheren Einzelheiten der Berechnung des EG-Anteils an
Zöllen vgl. Finanzbericht 1971, hrsg. vom Bundesministerium
der Finanzen, S. 64.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EG-LÄNDER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

568

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Außenhandels-
statistik

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Zu den EG-Ländern rechnen:

Frankreich (einschl. Monaco)

Belgien

Luxemburg

Niederlande

Italien (einschl. San Marino)

Großbritannien und Nordirland (Vereinigtes Königreich
einschl. Brit. Kanalinseln und Insel Man)

Republik Irland

Dänemark

2. Statistik der
ausländischen
Arbeitnehmer01.01.59 -
31.12.72

B e g r i f f s i n h a l t : Zu den EG-Ländern rechnen:

Frankreich

Belgien

Luxemburg

Niederlande

Italien

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EHESCHIEDUNGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

536

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
natürlichen
Bevölkerungs-
bewegung

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Als Ehescheidungen gelten durch Gerichtsurteil aufgelöste Ehen.

Erfaßt werden alle Scheidungen von Ehen zwischen Personen der *Wohnbevölkerung*. Berücksichtigt werden daher auch Ehescheidungen von Ausländern, die im Bundesgebiet ihren Wohnsitz haben. Einbezogen werden auch die Fälle, in denen deutsche Gerichte Ehescheidungen nach fremdem Recht aussprechen.

Unberücksichtigt bleiben die Fälle, in denen beide Ehepartner Mitglieder der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte sind.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EHESCHLIESSUNGEN

OFK - Nr:

GBK - Nr(n):

535

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
natürlichen
Bevölkerungs-
bewegung

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Als Eheschließungen gelten
standesamtliche Trauungen.

Erfaßt werden alle Eheschließungen von Personen der *Wohnbevölkerung*. Berücksichtigt werden daher auch Eheschließungen von Ausländern, die im Bundesgebiet ihren Wohnsitz haben. Unberücksichtigt bleiben nur diejenigen Fälle, in denen beide Ehegatten Mitglieder der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte sind.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EIGENERZEUGUNG VON STROM

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 308

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Monatlicher
Industriebericht01.01.50 -
31.12.76

B e g r i f f s i n h a l t : Brutto-Stromerzeugung aus
Wasserkraft, Kohle und sonstigen Kraftquellen in betriebs-
eigenen Stromerzeugungsanlagen.

Die Brutto-Stromerzeugung wird gemessen an der Generator-
klemme. Sie umfaßt auch den Verlust und den Eigenverbrauch
der Stromerzeugungsanlagen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EIGENFLÄCHE DER BETRIEBE

DFK - Nr.:

GBK - Nr(n):

2672

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Landwirtschafts-
zählung 1971

B e g r i f f s i n h a l t : Die von den Betriebsinhabern selbstbewirtschaftete und auch in ihrem Eigentum befindliche *landwirtschaftlich genutzte Fläche* der Betriebe.

Zugepachtete landwirtschaftlich genutzte Flächen zählen nicht zur Eigenfläche, sondern zur *Pachtfläche*. Ebenso ist die vom Betrieb verpachtete bzw. unentgeltlich abgegebene landwirtschaftlich genutzte Fläche im Eigentum im Nachweis nicht enthalten.

Landwirtschaftlich genutzte Flächen sind Flächen, die zur Erzeugung pflanzlicher landwirtschaftlicher Produkte genutzt werden (als *Ackerland, Dauergrünland, Dauerkulturen* oder *Gartenland*).

Nachgewiesen wird nur die Eigenfläche der *landwirtschaftlichen Betriebe*.

Landwirtschaftliche Betriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen, land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche mindestens 10 % ihrer Waldfläche beträgt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EINFUHRUMSATZSTEUER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1131

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik
über den
Steuerhaushalt

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Umsatzsteuer, die auf die Einfuhr von Gegenständen in das Zollgebiet erhoben wird.

Die Einfuhrumsatzsteuer ist eine Verbrauchsteuer, für die von geringen Ausnahmen abgesehen die Vorschriften für Zölle gelten.¹⁾

Bemessungsgrundlage der Einfuhrumsatzsteuer ist der Wert des eingeführten Gegenstandes, der sich nach den jeweiligen zollrechtlichen Vorschriften über den Zollwert und seine Feststellung bemißt. Unterliegt die Einfuhr nicht dem Wertzoll, dann bemißt sich die Einfuhrumsatzsteuer nach dem Entgelt. Das Entgelt umfaßt alles, was der Empfänger einer Lieferung oder sonstigen Leistung aufwendet, um die Leistung zu erhalten, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer. Dem Zollwert bzw. dem Entgelt sind bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage der Zoll einschl. der Abschöpfung sowie die Beförderungskosten bis zum ersten inländischen Bestimmungsort hinzuzurechnen, soweit diese nicht im Zollwert oder Entgelt enthalten sind.

Der allgemeine Steuersatz beträgt wie bei der Umsatzsteuer 12 v.H.; auf die Hälfte ermäßigte Steuersätze gelten z.B. für Umsätze von Lebensmitteln, Büchern, Zeitschriften usw.

Von der Einfuhrumsatzsteuer ist u.a. die Einfuhr von Wasserfahrzeugen für die gewerbliche Wirtschaft, von Wertpapieren, gesetzlichen Zahlungsmitteln, amtlichen Wertzeichen sowie von Blutkonserven befreit. Steuerfrei oder steuerermäßigt ist z.B. auch die Einfuhr unentgeltlich gelieferter und nicht zum Verkauf bestimmter Bücher, Druckschriften usw., von Aktien und Urkunden sowie die Einfuhr von Gegenständen im Rahmen des zollfreien Reiseverkehrs.

Auf Antrag wird die Zahlung der Einfuhrumsatzsteuer bis zum 15. des auf die Entstehung der Einfuhrumsatzsteuerschuld folgenden Monats aufgeschoben, so daß das Aufkommen aus der Einfuhrumsatzsteuer der Einfuhrentwicklung mit einmonatiger Verzögerung folgt.

Bei der Einfuhrumsatzsteuer handelt es sich um eine *Gemeinschaftsteuer*.

1) Zu weiteren Einzelheiten siehe § 21 des Umsatzsteuergesetzes i.d.F. v. 16.11.1973 (BGBl. I S. 1681), zuletzt geändert durch Artikel 3 Steueränderungsgesetz 1979 v. 30.11.1978 (BGBl. I S. 1849).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: EINFUHRUMSATZSTEUER	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1131

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis zum 31.12.1967 wurde die sog. Umsatzausgleichsteuer zum allgemeinen Steuersatz von 4 v.H. des Wertes erhoben; für bestimmte Einfuhren ermäßigte bzw. erhöhte sich dieser Steuersatz auf 1 bis 3 v.H. bzw. 5 bis 9 v.H.

Mit dem am 1.1.1968 in Kraft getretenen Umsatzsteuergesetz wurde der Übergang von der Allphasenbruttoumsatzsteuer zur Nettoumsatzsteuer (Mehrwertsteuer), deren wesentliches Merkmal der Vorsteuerabzug ist, vollzogen; gleichzeitig erfolgte der Wechsel von der Umsatzausgleichsteuer zur Einfuhrumsatzsteuer. Sie ist für Gegenstände, die ein Unternehmer für sein Unternehmen eingeführt hat, ebenfalls als Vorsteuer abzugsfähig.

Ab 1.1.1968 beträgt der allgemeine Steuersatz 10 v.H. (5 v.H.) der Bemessungsgrundlage, ab 1.7.1968 11 v.H. (5,5 v.H.) und ab 1.1.1978 12 v.H. (6 v.H.).

Die Einfuhrumsatzsteuer rechnete bis einschl. 1969 zu den Bundessteuern. Ab 1970 wird die Einfuhrumsatzsteuer den Gemeinschaftsteuern zugeordnet, deren Aufkommen zu bestimmten Anteilen dem Bund bzw. den Ländern zusteht.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zur Einfuhrumsatzsteuer wird die Umsatzsteuer (Statistik über den Steuerhaushalt) auf Lieferungen und sonstige Leistungen, die Unternehmer im Inland erbringen sowie auf den Eigenverbrauch des Unternehmers erhoben.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

EINFUHR VON INVESTITIONSGÜTERN
(OHNE BAUINVESTITIONSGÜTER)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

579

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Einfuhr von Gütern, die überwiegend von Unternehmen als Anlagegüter gekauft werden; ausgenommen sind Güter für Bauinvestitionen.

Zu den Investitionsgütern rechnen Stahlbauten, Maschinen und maschinelle Anlagen, Straßenfahrzeuge, elektrotechnische Investitionsgüter u.a.

Nicht zu den Investitionsgütern gehören alle Fertigungsverfahren, Energie-, Brenn- und Kraftstoffe, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren für die laufende Instandhaltung von Anlagen und geringwertige Wirtschaftsgüter, die nicht in den Bilanzen der Unternehmen aktiviert werden.

Ein Investitionsgut wird eingeführt, wenn es aus dem Ausland in das Erhebungsgebiet verbracht wird. Zu Einzelheiten siehe *Wareneinfuhr* (Außenhandelsstatistik).

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Für den Begriff der Einfuhr von Investitionsgütern gelten alle Änderungen im Zeitablauf, die für die *Wareneinfuhr* (Außenhandelsstatistik) nachgewiesen werden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EINFUHR VON VERBRAUCHSGÜTERN
(OHNE NAHRUNGS- UND GENUSSMITTEL)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

581

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Einfuhr von Gütern, die überwiegend von privaten Haushalten gekauft werden; ausgenommen sind Nahrungs- und Genußmittel.

Zu den Verbrauchsgütern rechnen Textilien, Bekleidung und Schuhe, Straßenfahrzeuge, elektrotechnische Verbrauchsgüter, Möbel, kosmetische Artikel, Wasch- sowie Putzmittel u.a.

Den Verbrauchsgütern werden auch die Waren zugerechnet, die in privaten Haushalten noch weiter bearbeitet oder verarbeitet werden. Erfast sind sowohl kurz- als auch langlebige Wirtschaftsgüter.

Ein Verbrauchsgut wird eingeführt, wenn es aus dem Ausland in das Erhebungsgebiet verbracht wird. Zu Einzelheiten siehe *Wareneinfuhr* (Außenhandelsstatistik).

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Für den Begriff der Einfuhr von Verbrauchsgütern gelten alle Änderungen im Zeitablauf, die für die *Wareneinfuhr* (Außenhandelsstatistik) nachgewiesen werden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EINHEITSWERT (BETRIEBSVERMÖGEN)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1405

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Ein-
heitswerte der ge-
werblichen Betriebe

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Einheitlicher Wert, der für eine wirtschaftliche Einheit des Betriebsvermögens gewerblicher Betriebe für steuerliche Zwecke von der Finanzverwaltung in einem gesonderten Verfahren als Besteuerungsgrundlage für mehrere Steuern nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes festgestellt wird.

Zum Betriebsvermögen gehören alle Teile einer wirtschaftlichen Einheit, die dem Betrieb eines Gewerbes als Hauptzweck dient, soweit die Wirtschaftsgüter dem Betriebsinhaber oder im Falle der Zusammenveranlagung zur Vermögensteuer seinem Ehegatten gehören (gewerblicher Betrieb). Ein Wirtschaftsgut gehört dann dem Betriebsinhaber, wenn es rechtlich sein Eigentum ist. Hierbei müssen jedoch auch die Vorschriften des Steueranpassungsgesetzes beachtet werden; so sind z.B. Wirtschaftsgüter, die jemand im Eigenbesitz hat, nicht dem Eigentümer, sondern dem Eigenbesitzer zuzurechnen. Als Gewerbe gilt auch die gewerbliche Bodenbewirtschaftung z.B. der Bergbau und die Gewinnung von Torf, Steinen und Erden. Die Ausübung eines freien Berufes steht in der Regel dem Betrieb eines Gewerbes gleich, es sei denn, es handelt sich um eine selbständig ausgeübte rein künstlerische oder wissenschaftliche Tätigkeit.

Die Einbeziehung von Wirtschaftsgütern in das Betriebsvermögen setzt voraus, daß sie dem Betrieb tatsächlich zugeführt bzw. nicht entnommen sind. Wird ein Wirtschaftsgut nur teilweise betrieblich genutzt, so ist es stets zum Betriebsvermögen zu rechnen, wenn es mehr als 50 v.H. dem Betrieb dient. Wirtschaftsgüter, die dazu bestimmt sind, sowohl einem gewerblichen Betrieb als auch einem Betrieb der Land- und Forstwirtschaft desselben Inhabers dauernd zu dienen, sind den beiden Betrieben anteilig zuzurechnen. Auch ein verpachtetes gewerbliches Unternehmen ist immer dann ein gewerblicher Betrieb des Verpächters, wenn die wesentlichen Betriebsgegenstände des Anlagevermögens mitverpachtet sind.

Eine Sonderstellung nehmen die in § 97 Abs. 1 des Bewertungsgesetzes genannten Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen ein, wenn sie ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Inland haben (z.B. Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften). Alle Wirtschaftsgüter, die diesen Körperschaften usw. gehören, bilden einen gewerblichen Betrieb, wobei unerheblich ist, ob die Wirtschaftsgüter dem gewerblichen Betrieb tatsächlich dienen;

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EINHEITSWERT (BETRIEBSVERMÖGEN)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1405

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

d.h. das gesamte Vermögen ist ein Betriebsvermögen (Gewerbebetrieb kraft Rechtsform). Einen gewerblichen Betrieb bilden auch die Wirtschaftsgüter, die den sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts, den nichtrechtsfähigen Vereinen, Anstalten, Stiftungen und anderen Zweckvermögen gehören, soweit sie einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (ausgenommen Land- und Forstwirtschaft) dienen.

Bei den Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die weder ihre Geschäftsleitung noch ihren Sitz im Inland haben, bilden nur die Wirtschaftsgüter einen gewerblichen Betrieb, die zum inländischen Betriebsvermögen gehören.

Nicht zum Betriebsvermögen zählen die Wirtschaftsgüter, die nach dem Vermögensteuergesetz oder anderen Gesetzen von der Vermögensteuer befreit sind sowie Erfindungen, Urheberrechte u.ä., die nach dem Bewertungsgesetz nicht zum sonstigen Vermögen gehören.

Die materiell-rechtlichen Vorschriften zur Bewertung des Betriebsvermögens ergeben sich aus dem Bewertungsgesetz, die verfahrensrechtlichen auch aus der Abgabenordnung.

Der Einheitswert (Betriebsvermögen) des gewerblichen Betriebs wird ermittelt, indem sein *Roh-(betriebs-)vermögen* um die *Schulden und sonstigen Abzüge* sowie die *Abzüge aufgrund von Schachtelbeteiligungen* vermindert und auf volle 1 000 DM abgerundet wird. Das Rohvermögen umfaßt dabei das *Anlagevermögen (Betriebsgrundstücke, Maschinen und ähnliche Anlagen, sonstige Sachanlagen und Finanzanlagen)* und das *Umlaufvermögen (Betriebskapital und Vorratsvermögen)*. Bei öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen gelten jedoch nur 70 vom Hundert dieses Wertes als Betriebsvermögen.¹⁾

1) Zu Einzelheiten siehe Bewertungsgesetz v. 10.9.1965 (BGBl. I S. 1861), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes zur Wahrung der steuerlichen Gleichmäßigkeit bei Auslandsbeziehungen und zur Verbesserung der steuerlichen Wettbewerbslage bei Auslandsinvestitionen v. 8.9.1972 (BGBl. I S. 1713) sowie die entsprechenden Vermögensteuerrichtlinien.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: EINHEITSWERT (BETRIEBSVERMÖGEN)	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1405
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Aus aufbereitungstechnischen Gründen ist in der Statistik das unabgerundete Reinvermögen als Betriebsvermögen und nicht der auf volle Tausend nach unten abgerundete Einheitswert erfaßt worden.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis 1966 gehörten bei öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen nur die Wirtschaftsgüter zum Betriebsvermögen, die nicht der Pflege des eigentlichen Sparverkehrs dienten. Zu diesem Zweck wurden von dem wie im Regelfall ermittelten Wert 1953 pauschal nur 25 vom Hundert und 1957 bis 1966 aus Vereinfachungsgründen der sich aus dem Einzelfall bei der Körperschaftsteuer festgesetzten Hundertsatz ergebende Wert angesetzt.

Vor 1963 bildeten unter bestimmten Voraussetzungen alle Wirtschaftsgüter der sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts sowie der nichtrechtsfähigen Vereine, Anstalten, Stiftungen und anderen Zweckvermögen kraft Gesetzes einen gewerblichen Betrieb. Des weiteren wird auf die im Zeitablauf ergangenen steuerrechtlichen Vorschriften und Richtlinien verwiesen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Der Einheitswert (Betriebsvermögen) in der Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe umfaßt dieselben Begriffsmerkmale wie das Betriebsvermögen in der Vermögensteuerstatistik. Während in der Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe alle Betriebe für die ein Einheitswert von 1 000 DM und mehr festgestellt worden ist erfaßt sind, weist das Betriebsvermögen der Vermögensteuerstatistik die Summe aus positiven abgerundeten Einheitswerten (ggf. Anteilen daran) und sofern sich die wirtschaftliche Einheit eines Gewerbebetriebes nur auf das Ausland erstreckt, ggf. dessen positiven gemeinen Wert aus.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff: EINKOMMEN	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1370

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Einkommensteuer-
statistik
01.01.61

B e g r i f f s i n h a l t : *Gesamtbetrag der Einkünfte*, vermindert um die ausländischen Steuern vom Einkommen, den Freibetrag für freie Berufe und die Sonderausgaben.

Zu den Sonderausgaben zählen u.a. folgende Aufwendungen, wenn sie weder Betriebsausgaben noch Werbungskosten sind: Auf besonderen Verpflichtungsgründen beruhende Renten und dauernde Lasten, die nicht mit Einkünften in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, die bei der Veranlagung außer Betracht bleiben; Beiträge zu Kranken-, Unfall- und Haftpflichtversicherungen, zu den gesetzlichen Rentenversicherungen und zur Arbeitslosenversicherung; Versicherungen auf den Erlebens- oder Todesfall, sowie zu Witwen-, Waisen-, Versorgungs- und Sterbekassen; ferner Bausparbeiträge, gezahlte Kirchensteuer, gezahlte Vermögensteuer, abzugsfähige Teile der Lastenausgleichsabgaben, Beiträge nach den Kindergeldgesetzen, Steuerberatungskosten, Aus- und Weiterbildungskosten, Spenden und Beiträge an politische Parteien. Als Sonderausgaben gelten auch der steuerbegünstigte nicht entnommene Gewinn und die Verlustabzüge aus den fünf vorangegangenen Veranlagungszeiträumen.¹⁾

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Im Jahre 1961 wurde das Einkommen ermittelt, indem der *Gesamtbetrag der Einkünfte* um den Freibetrag für freie Berufe und die Sonderausgaben einschl. der steuerbegünstigten nichtentnommenen Gewinne und der Verlustabzüge aus den fünf vorangegangenen Veranlagungszeiträumen vermindert wurde. Zu den Sonderausgaben zählten 1961 auch Schuldzinsen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zum Einkommen sind im *Haushaltsbruttoeinkommen* (Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte) u.a. die ausländischen Steuern vom Einkommen, der Freibetrag für freie Berufe, die Werbungskosten und die Sonderausgaben enthalten.

1) Zu weiteren Einzelheiten siehe Einkommensteuergesetz v. 15.8.1974 (BGBl. I S. 1993), §§ 10 - 10d.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EINKOMMENSTEUERPFLICHTIGE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1357

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Einkommensteuer-
statistik

01.01.61

B e g r i f f s i n h a l t : Alle natürlichen Personen, die unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind. Dazu zählen alle Personen, deren Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt sich im Inland befindet.

Bei den unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen unterliegen sämtliche in- und ausländischen Einkünfte der Einkommensteuer.

Nicht einbezogen sind natürliche Personen ohne einen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland; sie sind mit ihren inländischen Einkünften beschränkt einkommensteuerpflichtig.

Als Einkommensteuerpflichtiger wird jeder Veranlagungsfall gezählt, bei dem die Veranlagung zu einem *Einkommen* geführt hat. Entsprechend dem Veranlagungsverfahren kann es sich dabei um Einzelpersonen (Ledige, Geschiedene, Verwitwete, getrennt veranlagte Ehegatten) oder um zusammenveranlagte Ehegatten handeln; die Zahl der erfaßten Einkommensteuerpflichtigen ist deshalb nicht identisch mit der Zahl der tatsächlich besteuerten natürlichen Personen.

Ebenfalls nicht in der Zahl der Einkommensteuerpflichtigen enthalten sind die sog. *Verlustfälle*. Verlustfälle sind jene unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen, bei denen die Veranlagung zur Einkommensteuer zu einem negativen Einkommen (= *Verlust*) statt zu einem positiven Einkommen geführt hat.

Im einzelnen werden Einkommensteuerpflichtige mit *Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft*, mit *Einkünften aus Gewerbebetrieb*, mit *Einkünften aus selbständiger Arbeit*, mit *Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit*, mit *Einkünften aus Kapitalvermögen*, mit *Einkünften aus Vermietung und Verpachtung* und mit *sonstigen Einkünften* nachgewiesen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EINKOMMENSTEUERSCHULD

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1371

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Einkommensteuer-
statistik

01.01.61

B e g r i f f s i n h a l t : Jahressteuerschuld der unbeschränkt *Einkommensteuerpflichtigen*, die sich aufgrund der Veranlagung zur Einkommensteuer aus dem zu versteuernden Einkommen ergibt.

Die Einkommensteuerschuld ergibt sich nach Berücksichtigung bestimmter Steuerermäßigungen (z.B. ermäßigte Steuersätze bei außerordentlichen Einkünften, Steuerermäßigungen bei ausländischen Einkünften) aus der Einkommensteuertabelle (Grund- oder Splittingtabelle). Während sich aus der Grundtabelle die Einkommensteuerschuld für die Einzelveranlagungen errechnet, enthält die Splittingtabelle die Steuerbeträge für Fälle von Zusammenveranlagungen (Ehegatten) und Veranlagungen in besonderen Fällen.¹⁾

Das zu versteuernde Einkommen der Einkommensteuerpflichtigen wird wie folgt berechnet:

1) Zu Einzelheiten der Veranlagung sowie des Einkommensteuertarifs siehe §§ 25-34d des Einkommensteuergesetzes i.d.F. v. 15.8.1974 (BGBl. I 1974 S. 1993).

Statistische Datenbank - Definitionskatalog -	
Begriff: EINKOMMENSTEUERSCHULD	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1371
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
	<p>Summe der positiven Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten</p> <ul style="list-style-type: none"> + nachzuversteuernder Betrag nach § 10a Einkommensteuergesetz + ein Drittel (ein Viertel) der von einem Dritten bewirkten Leistungen auf die Vermögensabgabe + Hinzurechnungsbetrag nach § 2 Abs. 1 Satz 3 Auslandsinvestitionsgesetz - Freibetrag für Land- und Forstwirte - ausländische Verluste nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Auslandsinvestitionsgesetz - ausgeglichene Verluste (negative Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten) <hr/> <p>= Gesamtbetrag der Einkünfte</p> <ul style="list-style-type: none"> - ausländische Steuern vom Einkommen - Sonderausgaben - Freibetrag für freie Berufe <hr/> <p>= Einkommen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Freibeträge nach § 33a Einkommensteuergesetz - Pauschbeträge für Körperbehinderte, Hinterbliebene - Überbelastungsbetrag nach § 33 Einkommensteuergesetz - Altersfreibetrag - Kinderfreibeträge - sonstige vom Einkommen abzuziehende Beträge <hr/> <p>= zu versteuernder Einkommensbetrag.</p> <p>Auf die Einkommensteuerschuld werden die durch Steuerabzug erhaltenen Beträge angerechnet, soweit sie auf die im Veranlagungszeitraum bezogenen Einkünfte entfallen. Solche Steuerabzüge werden bei den unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen für die Lohnsteuer und Kapitalertragsteuer vorgenommen. Die Lohnsteuer bzw. Kapitalertragsteuer sind besondere Erhebungsformen der Einkommensteuer, die bei den <i>Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit</i> durch Abzug vom Arbeitslohn bzw. bei bestimmten im Ein-</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: EINKOMMENSTEUERSCHULD	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1371
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

kommensteuergesetz aufgeführten inländischen Kapitalerträgen durch Abzug vom Kapitalertrag erhoben werden. Zur Ermittlung der verbleibenden Steuerschuld der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen sind diese Steuerabzugsbeträge von der Einkommensteuerschuld abzuziehen.

Eine Veranlagung zur Einkommensteuer wird bei Arbeitnehmern, bei denen Lohnsteuer einbehalten wird, nur dann durchgeführt, wenn z.B. das Einkommen von Ehegatten 48 000 DM, im übrigen 24 000 DM übersteigt oder wenn noch andere Einkünfte von mehr als 800 DM bezogen worden sind, die nicht der Lohnsteuer zu unterwerfen waren.¹⁾

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Das Einkommensteuerrecht wurde im Zeitablauf häufig geändert; von den Änderungen waren u.a. der Einkommensteuertarif und die Freibeträge der Einkommensteuerpflichtigen betroffen.²⁾

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die in der Einkommensteuerstatistik nachgewiesene Einkommensteuerschuld ist zu unterscheiden von der *veranlagten Einkommensteuer* (Statistik über den Steuerhaushalt). Als Einkommensteuerschuld wird die aufgrund der Veranlagung zur Einkommensteuer festgesetzte Jahressteuerschuld nachgewiesen. Die veranlagte Einkommensteuer der Statistik über den Steuerhaushalt rechnet dagegen zu den kassenmäßigen Steuereinnahmen des Bundes und der Länder (Gemeinschaftsteuern) und damit zu den Steuereinnahmen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums in die Kassen von Bund und Ländern fließen, unabhängig davon, für welches Jahr sie geleistet wurden oder wann die Einkommensteuerschuld entstanden ist. Zu beachten ist außerdem, daß die Einkommensteuerschuld lediglich für unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige nachgewiesen wird.

1) Zu Einzelheiten siehe §§ 46, 46a des Einkommensteuergesetzes i.d.F. v. 15.8.1974 (BGBl. I 1974 S. 1993).

2) Zu einem Überblick über die zahlreichen Veränderungen des Einkommensteuerrechts im Zeitablauf siehe Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): Die Steuern des Bundes und der Länder, Bonn 1977, S. 12 bis 19.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EINKOMMEN- UND KÖRPERSCHAFTSTEUER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1130

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik
über den
Steuerhaushalt
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Dem Bund bzw. den Ländern nach der Steuerverteilung tatsächlich zugeflossene Anteile an *Lohnsteuer, veranlagter Einkommensteuer, Kapitalertragsteuer* und *Körperschaftsteuer*.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Bund-/Länderanteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer betrugen

1962	: 35 bzw. 65 %
1963	: 38 bzw. 62 %
1964 - 1966	: 39 bzw. 61 %
1967 - 1968	: 37 bzw. 63 %
1969	: 35 bzw. 65 %.

Ab 1.1.1970 (Inkrafttreten des Finanzreformgesetzes) fließen dem Bund bzw. den Ländern je
 - 43 % der *Lohnsteuer* und der *veranlagten Einkommensteuer* und je
 - 50 % der *Kapitalertragsteuer* und der *Körperschaftsteuer* zu.

Nach dem Gemeindefinanzreformgesetz erhalten die Gemeinden ab 1.1.1970 14 % der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1454

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Wirtschaftsrech-
nungen ausge-
wählter privater
Haushalte

01.01.58

B e g r i f f s i n h a l t : Die Einkommen- und Vermögen-
steuern je Haushalt und Monat umfassen die geleisteten Lohn-
steuern, Einkommensteuern, Vermögensteuern, die laufenden
Lastenausgleichsabgaben und die Kirchensteuern.

Die Lohnsteuer ist eine besondere Erhebungsform der Einkommen-
steuer, die bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit durch
Abzug vom Arbeitslohn erhoben wird. Zu den Einkünften aus nicht-
selbständiger Arbeit rechnen alle Einnahmen, die einem Arbeit-
nehmer aus seinem Dienstverhältnis oder einem früheren Dienst-
verhältnis in Form von Geld oder Sachleistungen zufließen. Dazu
gehören z.B. Löhne, Gehälter, Gratifikationen und Tantiemen.

Die Einkommensteuer ist eine Steuer, die auf das Einkommen von
Einkommensteuerpflichtigen, die zur Einkommensteuer veranlagt
worden sind, erhoben wird. Der Einkommensteuer unterliegen die
Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Einkünfte aus Gewerbe-
betrieb, Einkünfte aus selbständiger Arbeit, Einkünfte aus
nichtselbständiger Arbeit, Einkünfte aus Kapitalvermögen, Ein-
künfte aus Vermietung und Verpachtung sowie die sonstigen Ein-
künfte.

Die Vermögensteuer ist eine Steuer, die auf das Vermögen von
Vermögensteuerpflichtigen erhoben wird. Bemessungsgrundlage
der Vermögensteuer bei unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen
natürlichen Personen (Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem
Aufenthalt im Inland) ist das Gesamtvermögen. Das Gesamtvermögen
wird als Summe aus dem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen,
dem Grundvermögen, dem Betriebsvermögen und dem sonstigen Vermö-
gen abzüglich der Schulden und sonstigen Abzüge ermittelt.

Lastenausgleichsabgaben sind die nach dem Lastenausgleichs-
gesetz zur Durchführung des Lastenausgleichs erhobenen Abgaben.
Sie dienen dem Ausgleich von Schäden und Verlusten, die durch
Vertreibungen und kriegsbedingte Zerstörung sowie im Zusammen-
hang mit der Neuordnung des Geldwesens durch die Währungsre-
form 1948 entstanden sind.

Die Kirchensteuer ist eine zur Deckung des allgemeinen Kirchen-
bedarfs von steuerberechtigten Religionsgemeinschaften erhobene
Steuer. Die Höhe und die Bemessungsgrundlage der Kirchensteuer
weichen in den einzelnen Bundesländern voneinander ab, in der
Regel besteht sie jedoch in einem Prozentsatz der Einkommen-
bzw. Lohnsteuer.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EINKÜNFTE AUS GWERBEBETRIEB

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1854, 3185

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Einkommensteuer-
statistik

01.01.61

B e g r i f f s i n h a l t : Einkünfte aus Gewerbebetrieb
sind

- Einkünfte aus gewerblichen Unternehmen. Dazu gehören auch Einkünfte aus gewerblicher Bodenbewirtschaftung, z.B. aus Bergbauunternehmen und aus Betrieben zur Gewinnung von Torf, Steinen und Erden, soweit sie nicht land- oder forstwirtschaftliche Nebenbetriebe sind;
- die Gewinnanteile der Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft, einer Kommanditgesellschaft und einer anderen Gesellschaft, bei der der Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) anzusehen ist, und die Vergütungen, die der Gesellschafter von der Gesellschaft für seine Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft oder für die Hingabe von Darlehen oder für die Überlassung von Wirtschaftsgütern bezogen hat;
- die Gewinnanteile der persönlich haftenden Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft auf Aktien, soweit sie nicht auf Anteile am Grundkapital entfallen, und die Vergütungen, die der persönlich haftende Gesellschafter von der Gesellschaft für seine Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft oder für die Hingabe von Darlehen oder für die Überlassung von Wirtschaftsgütern bezogen hat.

Zu den Einkünften aus Gewerbebetrieb gehören u.a. auch Gewinne aus Betriebsveräußerungen und aus Veräußerungen von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft, wenn der Veräußerer innerhalb der letzten fünf Jahre am Kapital der Gesellschaft wesentlich beteiligt war.¹⁾

1) Zu weiteren Einzelheiten siehe Einkommensteuergesetz i.d.F. v. 15.8.1974 (BGBl. I S. 1993), §§ 15 - 17.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EINKÜNFTE AUS GWERBEBETRIEB

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1854, 3185

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bei den Einkünften aus Gewerbebetrieb handelt es sich um den Gewinn, der sich bei buchführungspflichtigen oder freiwillig Bücher führenden Gewerbetreibenden als Unterschiedsbetrag zwischen dem Betriebsvermögen am Schluß des Wirtschaftsjahres und dem Betriebsvermögen am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahres, vermehrt um den Wert der Entnahmen und vermindert um den Wert der Einlagen ergibt.¹⁾ Bei nicht buchführungspflichtigen Steuerpflichtigen, die auch keine Bücher führen, wird als Gewinn der Überschuß der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben angesetzt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Einkünfte aus Gewerbebetrieb sind u.a. zu unterscheiden von den *Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft* und den *Einkünften aus selbständiger Arbeit* (jeweils Einkommensteuerstatistik).

Die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft sind Einkünfte aus der planmäßigen Nutzung des Bodens und der Verwertung der dadurch gewonnenen Erzeugnisse. Beschränkt sich ein Betrieb nicht auf den Absatz selbstgewonnener Erzeugnisse, sondern kauft er dauernd und nachhaltig fremde Erzeugnisse über den betriebsnotwendigen Umfang hinaus hinzu, so ist ein solcher Betrieb als Gewerbebetrieb zu behandeln.

Als fremde Erzeugnisse gelten nur solche Erzeugnisse, die nicht im eigenen Betrieb im Wege des Erzeugungsprozesses bearbeitet werden, sondern für Zwecke der Weiterveräußerung zugekauft werden. Daher gelten Erzeugnisse, die für die Weiterzucht im Rahmen des Erzeugungsprozesses im eigenen Betrieb verwendet werden (z.B. Saatgut, Jungpflanzen), nicht als fremde Erzeugnisse.

Im Unterschied zu den Einkünften aus Gewerbebetrieb bei denen die Einkünfte einen Betrieb (Gewerbebetrieb) voraussetzen, ergeben sich die Einkünfte aus selbständiger Arbeit aus bestimmten selbständig ausgeübten Tätigkeiten, die in der Regel keinen Betrieb voraussetzen.

Bei den Einkünften aus selbständiger Arbeit handelt es sich überwiegend um Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit, die im Einkommensteuergesetz nur durch die Aufzählung der wesentlichsten Berufsgruppen (z.B. Ärzte, Rechtsanwälte) beschrieben wird. Danach können auch Tätigkeiten unter den Begriff der selbständigen Arbeit fallen, die im Einkommensteuergesetz nicht ausdrücklich bezeichnet sind. Voraussetzung ist jedoch, daß diese Tätigkeiten tatsächlich einer der in § 18 Abs. 1 Ziff. 1 bis 3 des Einkommensteuergesetzes aufgeführten Tätigkeiten ähnlich sind.

1) Zu weiteren Einzelheiten der Gewinnermittlung siehe ebenda, §§ 4 - 7e.

Statistische Datenbank - Definitionskatalog -	
Begriff: EINKÜNFTE AUS KAPITALVERMÖGEN	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1854, 3185
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Einkommensteuer- statistik 01.01.61	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Zu den Einkünften aus Kapitalvermögen gehören</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gewinnanteile (Dividenden), Zinsen, Ausbeuten und sonstige Bezüge aus Aktien, Kuxen, Genußscheinen, Anteilen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung, an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Kolonialgesellschaften, aus Anteilen an der Reichsbank und bergbautreibenden Vereinigungen, die die Rechte einer juristischen Person haben; - Einkünfte aus der Beteiligung an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter; - Zinsen aus Hypotheken und Grundschulden und Renten aus Rentenschulden. Bei Tilgungshypotheken und Tilgungsgrundschulden ist nur der Teil der Zahlung steuerpflichtig, der als Zins auf den jeweiligen Kapitalrest entfällt; - Zinsen aus sonstigen Kapitalforderungen jeder Art, z.B. aus Darlehen, Anleihen, Einlagen und Guthaben bei Sparkassen, Banken und anderen Kreditanstalten; - Diskontbeträge von Wechseln und Anweisungen einschließlich der Schatzwechsel. <p>Einbezogen sind u.a. auch Einkünfte aus der Veräußerung von Dividendenscheinen, Zinsscheinen und sonstigen Ansprüchen, wenn die dazugehörigen Aktien, Schuldverschreibungen oder sonstigen Anteile nicht mitveräußert werden.¹⁾</p> <p>Die Einkünfte aus Kapitalvermögen ergeben sich als Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten. Einnahmen sind dabei alle Güter, die in Geld oder Geldeswert bestehen. Werbungskosten sind Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen.²⁾</p>
<p>1) Zu weiteren Einzelheiten siehe Einkommensteuergesetz i.d.F. v. 15.8.1974 (BGBl. I S. 1993), § 20.</p> <p>2) Zu weiteren Einzelheiten siehe ebenda, §§ 8 - 9a.</p>	

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EINKÜNFTE AUS LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1854, 3185

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Einkommensteuer-
statistik

01.01.61

B e g r i f f s i n h a l t : Einkünfte aus Land- und Forst-
wirtschaft sind

- Einkünfte aus dem Betrieb von Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Weinbau, Gartenbau, Obstbau, Gemüsebau, Baumschulen und aus allen Betrieben, die Pflanzen und Pflanzenteile mit Hilfe der Naturkräfte gewinnen. Zu diesen Einkünften gehören unter bestimmten Voraussetzungen auch die Einkünfte aus Tierzucht und Tierhaltung;
- Einkünfte aus Binnenfischerei, Teichwirtschaft, Fischzucht für Binnenfischerei und Teichwirtschaft, Imkerei und Wanderschäferei;
- Einkünfte aus Jagd, wenn diese mit dem Betrieb einer Landwirtschaft oder einer Forstwirtschaft im Zusammenhang steht;
- Einkünfte von Hauberg-, Wald-, Forst- und Laubgenossenschaften und ähnlichen Realgemeinden im Sinne des § 3 Abs. 2 des Körperschaftsteuergesetzes.

Zu den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft gehören u.a. auch Einkünfte aus einem land- und forstwirtschaftlichen Nebenbetrieb sowie der Nutzungswert der Wohnung des Steuerpflichtigen, wenn die Wohnung die bei Betrieben gleicher Art übliche Größe nicht überschreitet. Einbezogen sind ferner Gewinne, die bei der Veräußerung eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebs oder Teilbetriebs oder eines Anteils an einem land- und forstwirtschaftlichen Betriebsvermögen erzielt werden.¹⁾

1) Zu weiteren Einzelheiten siehe Einkommensteuergesetz i.d.F. v. 15.8.1974 (BGBl. I S. 1993), §§ 13, 14, 14a.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EINKÜNFTE AUS LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1854, 3185

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bei den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft handelt es sich um den Gewinn, der sich bei buchführungspflichtigen oder freiwillig Bücher führenden Land- und Forstwirten als Unterschiedsbetrag zwischen dem Betriebsvermögen am Schluß des Wirtschaftsjahres und dem Betriebsvermögen am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahres, vermehrt um den Wert der Entnahmen und vermindert um den Wert der Einlagen, ergibt (siehe §§ 4 - 7e Einkommensteuergesetz i.d.F. v. 15.8.1974).

Der Gewinn nichtbuchführungspflichtiger Land- und Forstwirte wird nach Durchschnittssätzen (§ 13a Einkommensteuergesetz) ermittelt. Bei Land- und Forstwirten, die zur Buchführung verpflichtet sind, aber keine ordnungsgemäßen Bücher führen, ist der Gewinn zu schätzen (Einkommensteuer-Richtlinien 1972 Abschnitt 127, Abs. 2). Eine Schätzung des Gewinns wird auch bei den in Abschnitt 127 Abs. 4 der Einkommensteuer-Richtlinien 1972 aufgeführten Land- und Forstwirten vorgenommen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zu Unterschieden zwischen den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, den *Einkünften aus Gewerbebetrieb* und den *Einkünften aus selbständiger Arbeit* (jeweils Einkommensteuerstatistik) siehe unter Einkünfte aus Gewerbebetrieb.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

· EINKÜNFTE AUS NICHTSELBSTÄNDIGER ARBEIT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1854, 3185

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Einkommensteuer-
statistik

01.01.61

B e g r i f f s i n h a l t : Zu den Einkünften aus nicht-selbständiger Arbeit gehören

- Gehälter, Löhne, Gratifikationen, Tantiemen und andere Bezüge und Vorteile, die für eine Beschäftigung im öffentlichen oder privaten Dienst gewährt werden;
- Wartegelder, Ruhegelder, Witwen- und Waisengelder und andere Bezüge und Vorteile aus früheren Dienstleistungen.

Es ist gleichgültig, ob es sich um laufende oder um einmalige Bezüge handelt und ob ein Rechtsanspruch auf sie besteht.¹⁾

Die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit ergeben sich als Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten. Einnahmen sind dabei alle Güter, die in Geld oder Geldeswert bestehen. Werbungskosten sind Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen (z.B. Aufwendungen des Arbeitnehmers für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, Aufwendungen aus Anlaß einer doppelten Haushaltsführung, Aufwendungen für Arbeitsmittel).²⁾

1) Zu weiteren Einzelheiten siehe Einkommensteuergesetz i.d.F. v. 15.8.1974 (BGBl. I.S. 1993), § 19.

2) Zu weiteren Einzelheiten siehe ebenda, §§ 8 - 9a.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EINKÜNFTE AUS SELBSTÄNDIGER ARBEIT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1854, 3185

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Einkommensteuer-
statistik

01.01.61

B e g r i f f s i n h a l t : Einkünfte aus selbständiger
Arbeit sind

- Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit;
- Einkünfte der Einnehmer einer staatlichen Lotterie, wenn sie nicht Einkünfte aus Gewerbebetrieb sind;
- Einkünfte aus sonstiger selbständiger Arbeit.

Zu der freiberuflichen Tätigkeit gehören die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, künstlerische, schriftstellerische, unterrichtende oder erzieherische Tätigkeit, die selbständige Berufstätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Rechtsanwälte, Notare, Patentanwälte, Vermessungsingenieure, Ingenieure, Architekten, Handelschemiker, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, beratenden Volks- und Betriebswirte, vereidigten Buchprüfer (vereidigten Bücherrevisoren), Steuerbevollmächtigten, Heilpraktiker, Dentisten, Krankengymnasten, Journalisten, Bildberichterstatte, Dolmetscher, Übersetzer, Lotsen und ähnlicher Berufe. Ein Angehöriger eines freien Berufs ist auch dann freiberuflich tätig, wenn er sich der Mithilfe fachlich vorgebildeter Arbeitskräfte bedient; Voraussetzung ist, daß er aufgrund eigener Fachkenntnisse leitend und eigenverantwortlich tätig wird. Eine Vertretung im Falle vorübergehender Verhinderung steht der Annahme einer leitenden und eigenverantwortlichen Tätigkeit nicht entgegen.

Zu den Einkünften aus sonstiger selbständiger Arbeit zählen z.B. Vergütungen für die Vollstreckung von Testamenten, für Vermögensverwaltung und für die Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied.

Zu den Einkünften aus selbständiger Arbeit gehört auch der Gewinn, der bei der Veräußerung des Vermögens oder eines selbständigen Teils des Vermögens oder eines Anteils am Vermögen erzielt wird, das der selbständigen Arbeit dient.¹⁾

1) Zu weiteren Einzelheiten siehe Einkommensteuergesetz i.d.F. v. 15.8.1974 (BGBl. I S. 1993), § 18.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EINKÜNFTE AUS SELBSTÄNDIGER ARBEIT

DFK - Nr.:

GBK - Nr(n):

1854, 3185

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bei den Einkünften aus selbständiger Arbeit handelt es sich um den Gewinn, der sich bei buchführungspflichtigen oder freiwillig Bücher führenden Steuerpflichtigen als Unterschiedsbetrag zwischen dem Vermögen der Selbständigen am Schluß des Wirtschaftsjahres und dem Vermögen der Selbständigen am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahres, vermehrt um den Wert der Entnahmen und vermindert um den Wert der Einlagen, ergibt.¹⁾ Bei nicht-buchführungspflichtigen Steuerpflichtigen, die auch keine Bücher führen, wird als Gewinn der Überschuß der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben angesetzt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zu Unterschieden zwischen den Einkünften aus selbständiger Arbeit, den *Einkünften aus Gewerbebetrieb* und den *Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft* (jeweils Einkommensteuerstatistik) siehe unter Einkünfte aus Gewerbebetrieb.

¹⁾ Zu weiteren Einzelheiten der Gewinnermittlung siehe ebenda, §§ 4 - 7e.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff: EINKÜNFTE AUS VERMIETUNG UND VERPACHTUNG	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1854, 3185
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Einkommensteuer- statistik 01.01.61	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sind</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung von unbeweglichem Vermögen, insbesondere von Grundstücken, Gebäuden, Gebäudeteilen, Schiffen, die in ein Schiffsregister eingetragen sind, und Rechten, die den Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke unterliegen (z.B. Erbbaurecht, Erbpachtrecht, Mineralgewinnungsrecht); - Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung von Sachinbegriffen, insbesondere von beweglichem Betriebsvermögen; - Einkünfte aus zeitlich begrenzter Überlassung von Rechten, insbesondere von schriftstellerischen, künstlerischen und gewerblichen Urheberrechten, von gewerblichen Erfahrungen und von Gerechtigkeiten und Gefällen; - Einkünfte aus der Veräußerung von Miet- und Pachtzinsforderungen, auch dann, wenn die Einkünfte im Veräußerungspreis von Grundstücken enthalten sind und die Miet- oder Pachtzinsen sich auf einen Zeitraum beziehen, in dem der Veräußerer noch Besitzer war. <p>Zu den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung gehört auch der Nutzungswert der Wohnung im eigenen Haus oder der Nutzungswert einer dem Steuerpflichtigen ganz oder teilweise unentgeltlich überlassenen Wohnung einschl. der zugehörigen sonstigen Räume und Gärten.¹⁾</p> <p>Die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung ergeben sich als Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten. Einnahmen sind dabei alle Güter, die in Geld oder Geldeswert bestehen. Werbungskosten sind Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen (z.B. Steuern vom Grundbesitz).²⁾</p>
<p>1) Zu weiteren Einzelheiten siehe Einkommensteuergesetz i.d.F. v. 15.8.1974 (BGBl. I S. 1993), §§ 21, 21a.</p> <p>2) Zu weiteren Einzelheiten siehe ebenda, §§ 8 - 9a.</p>	

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EINLAGEN UND AUFGENOMMENE GELDER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1262

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Bausparkassen

01.01.54

B e g r i f f s i n h a l t : Die Einlagen und aufgenommenen Gelder umfassen den Bestand an Spareinlagen sowie den Bestand an aufgenommenen Fremdmitteln bei den Bausparkassen.

Als *Spareinlagenbestand* (einschließlich verrechneter Bausparprämien) gilt der Bestand an Bauspareinlagen (einschl. Zinsgutschriften) und verrechneten Bausparprämien.

Als *aufgenommene Fremdmittel* gelten Verbindlichkeiten der Bausparkassen gegenüber Dritten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Einlagen und aufgenommenen Geldern stellen die *Einzahlungen* (Statistik der Bausparkassen) keine Bestands-, sondern eine Stromgröße dar. Zudem umfassen die *Einzahlungen* keine aufgenommenen Fremdmittel.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EINPERSONENHAUSHALTE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

650, 2559

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : *Privathaushalte*, die aus
nur einer Person bestehen.

Privathaushalte sind normalerweise Personengemeinschaften,
die zusammen wohnen und eine gemeinsame Hauswirtschaft
führen. Jedoch kann auch eine allein wohnende und wirt-
schaftende Person einen eigenen Privathaushalt bilden (z.B.
auch ein Untermieter). Entscheidendes Merkmal ist das
selbständige Wirtschaften des Haushaltsmitgliedes.

Bei der Zuordnung von Personen zu Privathaushalten wird
von der *Bevölkerung in Privathaushalten* ausgegangen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EINZÄHLUNGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1222, 1232, 1535

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Bausparkassen
01.01.54

B e g r i f f s i n h a l t : Zahlungen, die im Berichts-
zeitraum an die Bausparkassen fließen und die für die Zuteilung
an die Bausparer bestimmt sind.

Im einzelnen umfassen die Einzahlungen *Spargeldeinzahlungen*,
Wohnungsbauprämien sowie *Zins- und Tilgungsleistungen*.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den
Einzahlungen stellen die *Einlagen und aufgenommenen Gelder*
(Statistik der Bausparkassen) keine Strom-, sondern eine Be-
standsgröße dar, zudem werden bei den Einlagen und aufgenommenen
Geldern auch die aufgenommenen Fremdmittel erfaßt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EINZIGE NIEDERLASSUNG

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2816

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Arbeitsstätten-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Arbeitsstätte eines Unterneh-
mens, das nur aus dieser einen Arbeitsstätte besteht.

Obgleich Arbeitsstätte und Unternehmen hier identisch sind,
liegen den einzelnen Begriffsabgrenzungen verschiedene Kon-
zepte zugrunde.

Als Arbeitsstätte gilt eine örtliche Einheit (Grundstück
oder abgegrenzte Räumlichkeit), in der am Stichtag minde-
stens eine Person oder - unter einheitlicher Leitung -
mehrere Personen regelmäßig haupt- oder nebenberuflich er-
werbstätig waren.

Als Unternehmen wird die kleinste rechtlich selbständige
Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Ab-
schlüsse aufzustellen hat, aufgefaßt.

In der Arbeitsstättenzählung werden Unternehmensergebnisse
nur für den erwerbswirtschaftlichen Bereich ausgewiesen. Zu
diesem rechnen die Wirtschaftszweige Land- und Forstwirtschaft,
Tierhaltung und Fischerei, Produzierendes Gewerbe (Energie-
wirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Ge-
werbe, Baugewerbe), Handel, Nachrichtenübermittlung, Kredit-
institute, Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen
(Gastgewerbe, Wissenschaft und Bildung, Gesundheitswesen,
Rechtsberatung), ferner die wirtschaftlichen Unternehmen im
Eigentum der Gebietskörperschaften einschl. der staatlichen
und kommunalen Regiebetriebe und der Deutschen Bundesbahn
und der Deutschen Bundespost.

Für die Bereiche Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung werden keine
Unternehmensergebnisse ausgewiesen, dort bestehen keine
Einzigigen Niederlassungen.

Zu den Einzigigen Niederlassungen, d.h. als selbständige Unter-
nehmen werden auch Zweigniederlassungen von ausländischen
Unternehmen und von Unternehmen aus der DDR und Berlin (Ost)
im Bundesgebiet gezählt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ELEKTRISCHER STROM, GAS, WASSER

DFK - Nr.:

GBK - Nr(n):

497

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Erzeugerpreise
industrieller
Produkte

01.01.68

B e g r i f f s i n h a l t : Sammelposition, die die Abgabe von Elektrizität aus dem öffentlichen Versorgungsnetz, die Versorgung mit Gas durch Ortsgasversorgungsunternehmen und Ferngasgesellschaften und die Wasserversorgung umfaßt.

Bei der Abgabe von Elektrizität ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz¹⁾ berücksichtigt.

1) Zu Einzelheiten siehe drittes Verstromungsgesetz v. 13.12.1974 (BGBl. I S. 3473).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	ELEKTRIZITÄTSVERSORGUNGSUNTERNEHMEN	DFK - Nr:
	FACHLICHE UNTERNEHMENSTEILE	GBK - Nr(n): 482

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Investitionserhebung in der öffentlichen Energieversorgung

01.01.62 -
31.12.74

B e g r i f f s i n h a l t : Unternehmen, die entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen ¹⁾ als Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung gelten.

Als Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung gelten nach den gesetzlichen Bestimmungen Unternehmen, die andere Wirtschaftseinheiten (Unternehmen, Haushalte u.a.) mit Elektrizität versorgen und dafür eine staatliche Genehmigung haben.

Sie stehen hinsichtlich ihrer Investitionen und der Gestaltung der Tarife und der allgemeinen Geschäftsbedingungen unter staatlicher Aufsicht und unterliegen der allgemeinen Anschluß- und Versorgungspflicht.

Unternehmen, die nur teilweise oder im Nebenbetrieb öffentliche Elektrizitätsversorgung betreiben, gelten mit ihrem fachlichen Unternehmensteil als Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung, auch wenn der wirtschaftliche Schwerpunkt des gesamten Unternehmens außerhalb der Elektrizitätsversorgung liegt.

Die vorwiegend zur Deckung des Eigenbedarfs betriebenen Elektrizitätsversorgungsanlagen der Industrie und der Deutschen Bundesbahn rechnen nicht zur öffentlichen Elektrizitätsversorgung, auch wenn sie zeitweise Elektrizität an das öffentliche Netz abgeben. Der Bundeswirtschaftsminister entscheidet endgültig darüber, ob und inwieweit ein Unternehmen als Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung im Sinne der gesetzlichen Regelung zu gelten hat.

Die Versorgung mit Elektrizität umfaßt die Erzeugung, die Fortleitung und die Abgabe von Elektrizität.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Seit 1972 werden einige Wärmekraftwerke des Steinkohlebergbaus, die vorher zur Industrie zählten, zur öffentlichen Energieversorgung gerechnet.

1) Vgl. Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft v. 13.12.1935 (RGBl. I S. 1451).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ELEKTROTECHNISCHE INVESTITIONSGÜTER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2605, 2604, 564, 589

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Produktions-
Eilbericht
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren (Waren-
arten) aus der Warengruppe

Elektrotechnische Erzeugnisse Warengruppe 36

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-
statistik, Ausgabe 1970, die zu den *Investitionsgütern* zählen.

Als Investitionsgüter gelten Waren, die von der Industrie her-
gestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) ange-
sehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat
als Anlagegüter gekauft werden.

Dazu rechnen im wesentlichen:

Elektromotoren und -generatoren,
Transformatoren,
Stromrichter,
Starkstromkondensatoren,
Hochspannungsschaltgeräte und -anlagen,
Elektrowerkzeuge bis 2 kW,
Elektroschweißgeräte,
elektrochemische und elektrophysikalische Geräte und
Einrichtungen,
elektrische Industrieöfen,
Elektrowärmegeräte für gewerbliche Anwendung
elektrische Winderzeuger,
elektrische Leuchten (ohne Wohnraum- und Repräsentativleuchten),
Geräte und Einrichtungen der Drahtnachrichtentechnik,
der Funknachrichtentechnik,
elektrische Zeitdienstgeräte,
elektrische Signal- und Sicherheitsgeräte,
elektrische Meßgeräte,
Elektrizitätszähler,

elektrische Prüfgeräte und Untersuchungseinrichtungen,
elektrische Regel- und Steuerungseinrichtungen,
elektromedizinische Geräte und Einrichtungen,
elektrische Industriebahnfahrzeuge,
Montagen dieser Erzeugnisse.

2. Außenhandels-
statistik
01.01.60

B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., jedoch ohne Montage-
arbeiten; aber zusätzlich mit elektrischen Ausrüstungen für
vollständige Fabrikationseinrichtungen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ELEKTROTECHNISCHE INVESTITIONSGÜTER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2605, 2604, 564, 589

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Der Index des Außenhandelsvolumens wird sowohl auf Basis 1962 = 100 (für die Jahre 1960 - 74) als auch auf Basis 1970 = 100 (für die Jahre ab 1970) nachgewiesen. Bei der Umstellung des Index von Basisjahr 1962 auf Basisjahr 1970 wurden bei der Warenauswahl eine Reihe von Änderungen vorgenommen. Nur in der Warenauswahl auf Basis 1962 sind im wesentlichen enthalten Gefrierschränke und -truhen mit weniger als 250 l Kühlrauminhalt, Rohrpostanlagen, Elektro-Heizgeräte, Mikrophone, Verstärker, Niederspannungsschalttafeln, -Schaltgeräte, -Sicherungen, -Stecker, Verbund-, Bogenlampen, Fotoblitzlichtlampen, Kabel, Kabelgarnituren, elektronische Musikinstrumente, Diktiergeräte, Schallplatten-Tonabnehmer.

Nur in der Warenauswahl auf Basis 1970 sind im wesentlichen enthalten Leuchtkörper aus Glas, Brutapparate, Elektromotoren und -generatoren bis 10 kW, Halbleitergleichrichter, Ventilatoren, Rohrheizkörper, Akku-betriebene elektrische Lokomotiven, Scheinwerfer, Röntgenröhren, elektrische Zählwerke, Registrier- und Stempeluhren, Video-Recorder.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ELEKTROTECHNISCHE VERBRAUCHSGÜTER

DFK - Nr.:

GBK - Nr(n):

602, 2605, 2604, 1095

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Produktions-
Eilbericht
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren (Waren-
arten) aus der Warengruppe

Elektrotechnische Erzeugnisse Warengruppe 36

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-
statistik, Ausgabe 1970, die zu den Verbrauchsgütern zählen.

Als Verbrauchsgüter gelten Waren, die von der Industrie herge-
stellt werden, als technisch fertig (verbrauchsreif) angesehen
werden und überwiegend von den privaten Haushalten ver-
braucht werden.

Im wesentlichen zählen dazu:

Rundzellenelemente und Batterien daraus,
Elektrowärmegeräte (Plattenkocher, Herde, Back- und Bratgeräte,
Kocher, Heißwasserbereiter, Heizlüfter, Kleinwärmegeräte,
Bügelgeräte),
elektromotorische Wirtschaftsgeräte (Staubsauger, Küchengeräte,
Geschirrspülmaschinen, sanitäre Elektrogeräte, (Rasierapparate,
Trockenhauben u. dgl.)),
elektrische Haushaltskühlmöbel (Haushaltskühlschränke, -gefrier-
schränke und -truhen),
Haushaltswaschmaschinen, -wäscheschleudern und -trockner,
Wohnraum- und Repräsentativleuchten, Glühbirnen bis 100 W,
Fotoblitzbirnen,
Rundfunkempfänger (Tischgeräte, Musikschränke, Koffer-, Taschen-,
Autoradios),
Fernsehempfangsgeräte (Koffer-, Tisch-, Standgeräte als
Schwarzweiß- oder Farbgeräte),
Antennen und Antennenverstärker,
Plattenspieler und -wechsler, Tonbandgeräte,
bespielte Schallplatten und Tonbänder.

2. Außenhandels-
statistik
01.01.60

B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach
dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden
auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenver-
zeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da
im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen,
im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien
gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung gering-
fügige Abweichungen ergeben.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ELEKTROTECHNISCHE VERBRAUCHSGÜTER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

602, 2605, 2604, 1095

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Der Index des Außenhandelsvolumens wird sowohl auf Basis 1962 = 100 (für die Jahre 1960 - 74) als auch auf Basis 1970 = 100 (für die Jahre ab 1970) nachgewiesen. Bei der Umbasierung von 1962 auf 1970 wurde die zugrunde liegende Warenauswahl teilweise abgeändert.

Nur in der Warenauswahl auf Basis 1962 sind enthalten Dunstabzugshauben, Ventilatoren, Taschenlampen, Hörgeräte, Tonaufnahmegeräte, kommerzielle Tonbandgeräte, Magnetbandkopieranlagen, Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte für das Fernsehen und Tonfilmgeräte.

Nur in der Warenauswahl auf Basis 1970 sind enthalten Wohnraum- und Repräsentativleuchten, Tiefkühlschränke und -truhen mit weniger als 250 l Kühlrauminhalt, Rundzellenbatterien, Haushalts-Haartrockenhauben, Heizlüfter und Fotoblitzbirnen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

E-LOKOMOTIVEN

DFK - Nr:

GDK - Nr(n):

900

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik
(Bestands- und
Betriebsstatistik)
01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Lokomotiven, die durch Elektromotoren angetrieben werden, unabhängig davon, ob die elektrische Energie von Oberleitungen, Stromschienen oder Akkumulatoren, die von der Lokomotive mitgeführt werden, bezogen wird. Lokomotiven, die mit einem nicht elektrisch angetriebenen Zusatzmotor ausgerüstet sind, zählen ebenfalls zu den E-Lokomotiven.

Lokomotiven sind schienengebundene Fahrzeuge, die nach ihrer Bauart ausschließlich zum Bewegen von Schienenfahrzeugen bestimmt sind.

Als Bestand an Lokomotiven wird der Einsatzbestand angegeben. Dazu zählen E-Lokomotiven, die der entsprechenden Eisenbahnverwaltung gehören, abzüglich der vermieteten und zuzüglich der von ihr angemieteten E-Lokomotiven. Berücksichtigt werden auch kurzfristig unbenutzte betriebsfähige E-Lokomotiven sowie die in Ausbesserung befindlichen, auf Ausbesserung wartenden oder in gutem oder schlechtem Zustand abgestellten oder in Reserve gehaltenen E-Lokomotiven.

Nicht berücksichtigt werden die E-Lokomotiven, die zum Verkauf, zur Zerlegung oder zur Ausmusterung abgestellt sind.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu Lokomotiven sind Triebwagen (*Dieseltriebwagen, E-Triebwagen* - Eisenbahnstatistik) auch für die Beförderung von Personen und/oder Gütern ausgerüstet.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
EMPFANG AUS DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK UND BERLIN (OST)	GBK - Nr(n): 903

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistiken des
gewerblichen
Güter- und Möbel-
fernverkehrs und
des Werkfern-
verkehrs

01.01.64

B e g r i f f s i n h a l t : Beförderung von Gütern im Fernverkehr von einem Ort in der Deutschen Demokratischen Republik oder von Berlin (Ost) nach einem Ort im Bundesgebiet (einschließlich Berlin (West)).

Zum Fernverkehr rechnen der *gewerbliche Fernverkehr* und der *Werkfernverkehr*, gleichgültig, ob sie mit deutschen oder ausländischen Fahrzeugen durchgeführt werden. Gütertransporte durch Fahrzeuge, die in der Deutschen Demokratischen Republik oder Berlin (Ost) beheimatet sind, werden nicht erfaßt.

Im Werkfernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge werden nur Gütertransporte von Fahrzeugen mit mehr als 1 t Nutzlast erfaßt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Der Empfang aus der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) ergibt zusammen mit dem *Empfang im grenzüberschreitenden Verkehr* (Statistiken des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs und des Werkfernverkehrs) den gesamten Empfang von Gütern im Fernverkehr (ohne Empfang im Binnenverkehr), der mit deutschen (bundesdeutschen) oder ausländischen Lastkraftfahrzeugen durchgeführt wird.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

EMPFANG AUS GEBIETEN AUSSERHALB DES BUNDESGBIETES

GBK - Nr(n):

903

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Eisenbahn-
statistik
(Statistik der
Personen- und
Güterbeförderung
auf Eisenbahnen)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Beförderung von Gütern
im *Wagenladungsverkehr* von Bahnhöfen außerhalb des Bundes-
gebietes nach Bahnhöfen im Bundesgebiet (einschließlich
Berlin (West)).

Zu den Gebieten außerhalb des Bundesgebietes gehören
auch die DDR und Berlin (Ost).

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 3.

2. Statistik des
grenzüberschrei-
tenden Güter-
kraftverkehrs

01.01.64

B e g r i f f s i n h a l t : Beförderung von Gütern
durch Lastkraftfahrzeuge über die Auslandsgrenzen der
Bundesrepublik Deutschland zu Entladeorten in der Bundes-
republik Deutschland (einschließlich Berlin (West)).

Zu den Auslandsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland rech-
nen alle Grenzen außer denen zur DDR einschließlich Berlin
(Ost).

Zu den Lastkraftfahrzeugen zählen Lastkraftwagen mit oder
ohne Anhänger, Sattelkraftfahrzeuge, Zugmaschinen mit Anhän-
gern und Anhänger, bei denen das Zugfahrzeug die Grenze
nicht überquert, gleichgültig, ob es sich um deutsche oder
ausländische Fahrzeuge handelt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied
zum Empfang aus Gebieten außerhalb des Bundesgebietes um-
faßt der *Empfang im grenzüberschreitenden Verkehr* (Statisti-
ken des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs und des
Werkfernverkehrs) ausschließlich den Fernverkehr über die
Auslandsgrenzen, nicht jedoch den Nahverkehr. Siehe auch
unter 3.

3. Statistik des
gewerblichen
Luftverkehrs
auf ausgewähl-
ten Flugplätzen

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Beförderung von Gütern
durch Luftfahrzeuge von Flughäfen außerhalb des Bundes-
gebietes nach Flughäfen im Bundesgebiet (einschließlich
Berlin (West)).

Zu den Flughäfen außerhalb des Bundesgebietes zählen auch
Flughäfen in der DDR und Berlin (Ost).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EMPFANG AUS GEBIETEN AUSSERHALB DES BUNDESGBIETES

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

903

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bezüglich der Luftfahrzeuge ist es gleichgültig, wo diese beheimatet sind; entscheidend ist, daß es sich um gewerblichen Luftverkehr handelt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zum Empfang aus Gebieten außerhalb des Bundesgebietes in der Eisenbahnstatistik und der Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen sind bei der Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs die Transporte aus der DDR und Berlin (Ost) nicht einbezogen.

4. Rohrfernleitungs-
statistik
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Beförderung von rohem Erdöl durch Rohrfernleitungen von allen Gebieten außerhalb des Bundesgebietes, zu denen Rohrfernleitungsverbindungen bestehen, in das Bundesgebiet.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EMPFANG IM GRENZÜBERSCHREITENDEN VERKEHR

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

903

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistiken des
gewerblichen
Güter- und Möbel-
fernverkehrs und
des Werkfern-
verkehrs

01.01.64

B e g r i f f s i n h a l t : Beförderung von Gütern im Fernverkehr über die Auslandsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland zu Ausladeorten in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West).

Als Auslandsgrenzen gelten alle Grenzen der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme ihrer Grenzen zur DDR und Berlin (Ost).

Zum Fernverkehr rechnen der *gewerbliche Fernverkehr* und der *Werkfernverkehr*, gleichgültig, ob sie mit deutschen oder ausländischen Fahrzeugen durchgeführt werden. Güterbeförderungen durch Fahrzeuge, die in der DDR oder Berlin (Ost) beheimatet sind, werden dagegen nicht erfaßt.

Im Werkfernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge werden nur Gütertransporte von Fahrzeugen mit mehr als 1 t Nutzlast erfaßt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Der Empfang im grenzüberschreitenden Verkehr ergibt zusammen mit dem *Empfang aus der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)* (Statistiken des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs und des Werkfernverkehrs) den gesamten Empfang von Gütern im Fernverkehr (ohne Empfang im Binnenverkehr), der mit deutschen (bundesdeutschen) oder ausländischen Lastkraftwagen durchgeführt wird.

Im Unterschied zum Empfang im grenzüberschreitenden Verkehr umfaßt der *Empfang aus Gebieten außerhalb des Bundesgebietes* (Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs) sowohl den Fern- als auch den Nahverkehr, der die Auslandsgrenzen überschreitet.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ENDERZEUGNISSE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2603

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Erzeugnisse, die im gewerblichen Produktionsprozeß stärker bearbeitet wurden und die endgültige Verwendungsreife erlangt haben.

Die Enderzeugnisse umfassen ausgewählte Waren (Warennummern) des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik. Im wesentlichen zählen dazu:¹⁾

Strick-, Wirkwaren u. dgl. aus: Seide oder Chemiefasern, Wolle und anderen Tierhaaren, Baumwolle; sonstige Kleidung u. dgl. aus: Seide oder Chemiefasern, Wolle und anderen Tierhaaren, Baumwolle, Flachs, Hanf, Jute, Hartfasern u. dgl.;

Hüte;
sonstige Spinnstoffwaren;
Pelzwaren;

Schuhe aus Leder;
andere Lederwaren;

Papierwaren;
Bücher, Karten, Noten, Bilder;

Holzwaren;

Kautschukwaren;

Steinwaren;
Steinzeug-, Ton-, Steingut- und Porzellanwaren;

Glaswaren;

Messerschmiedewaren;
Werkzeuge und landwirtschaftliche Geräte;
sonstige Eisenwaren;

Waren aus Kupfer und Kupferlegierungen;
Edelmetallwaren;

vergoldete und versilberte Waren;
sonstige Waren aus unedlen Metallen;

1) Zu weiteren Einzelheiten siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 3, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ENDERZEUGNISSE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2603

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Werkzeugmaschinen einschl. Walzwerksanlagen;
 Maschinen für die Spinnstoff-, Leder- und Lederwaren-
 industrie;
 landwirtschaftliche Maschinen einschl. Ackerschlepper;
 Dampflokomotiven;
 Kraftmaschinen;
 Pumpen, Druckluftmaschinen u. dgl.
 Fördermittel;
 Papier- und Druckmaschinen;
 Büromaschinen;
 Maschinen für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie;
 sonstige Maschinen;

elektrotechnische Erzeugnisse (auch elektrische Maschinen);
 feinmechanische und optische Erzeugnisse;
 Uhren;

Waren aus Wachs oder Fetten, Seifen;
 Waren aus Kunststoffen;
 Spielfilme und andere belichtete Filme und Platten;
 photochemische Erzeugnisse;
 Bleistifte und chemischer Bürobedarf;
 pharmazeutische Erzeugnisse (auch unzubereitet);
 kosmetische Erzeugnisse;
 sonstige chemische Erzeugnisse;

Musikinstrumente;
 Kinderspielzeug;
 Christbaumschmuck;

Kraftfahrzeuge;
 Wasserfahrzeuge;
 Luftfahrzeuge;
 Fahrräder;
 sonstige Fahrzeuge;

sonstige Enderzeugnisse.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Enderzeugnisse und die
 Summe der *Investitionsgüter* und der *Verbrauchsgüter* (beide
 Außenhandelsstatistik) unterscheiden sich in vielen Waren. Nur
 zu den Investitions- und Verbrauchsgütern rechnen im wesentlichen:

Briketts aus Steinkohle und Braunkohle, Motorenbenzin,
 leichtes Heizöl, Torf,
 Garne aus Wolle, Baumwolle, Seide, synthetischen oder künstlichen
 Spinnfasern in Aufmachung für den Einzelverkauf,

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ENDERZEUGNISSE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2603

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Teppiche, Gardinenstoffe, Taschentücher, Tüll, Drehergewebe (teilweise), Decken aus verschiedenen Materialien, ungerahmte Spiegel, gefüllte Farbkästen, pyrotechnische Artikel, Zündhölzer, Jagd- und Sportpatronen, bearbeitete natürliche Schnitz- und Formstoffe (Schildpatt, Perlmutter, Elfenbein, Bein, Korallen, Meerscham). .

Nur zu den Enderzeugnissen rechnen:

- Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile von Waren verschiedener Art, insbesondere von Maschinen und Kraftfahrzeugen;
- Waren, die überwiegend von Unternehmen gekauft werden, aber keine Anlage(Investitions-)güter sind, z.B. Bedarfsartikel für kaufmännische und technische Büros, Werkzeuge, Armaturen, Kugellager, Meß- und Regelgeräte, Gußformen u.ä., Metallkurzwaren, Verpackungsmittel, technische Bedarfsartikel, chemische Hilfsmittel und Bedarfsartikel, Laborbedarf, Zubehör für Textilien, Bekleidung und Schuhe, Werbedrucke, Kataloge u.ä.;
- Waren, die überwiegend von den Sozialversicherungen gekauft werden und keine Anlagegüter sind, z.B. Pharmazeutika, Prothesen, Krankenhausbedarf;
- Waren, die in Bauten eingebaut werden, z.B. Sanitär- und Heizungsinstallation, Bodenbeläge;
- Waffen;
- Kunst- und Sammlergegenstände;
- belichtetes und unbelichtetes Fotomaterial.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ENDERZEUGNISSE (OHNE GÜTER DER BUNDES-
REGIERUNG)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2870

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Enderzeugnisse, aber ohne
Güter der Bundesregierung.¹⁾

Als Güter der Bundesregierung gelten im wesentlichen militärische Ausrüstungsgüter.

Als Enderzeugnisse gelten Erzeugnisse, die im gewerblichen Produktionsprozeß stärker bearbeitet wurden und die endgültige Verwendungsreife erlangt haben. Im wesentlichen zählen dazu Textilwaren, Bekleidung, Papierwaren, Holzwaren, Steinwaren, Glaswaren, Eisenwaren, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Waren aus Kunststoffen, chemische Enderzeugnisse, Wasser-, Luft- und Kraftfahrzeuge. Zu Einzelheiten siehe unter Enderzeugnisse.

1) Zu weiteren Einzelheiten siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 3, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ENERGIEWIRTSCHAFT, MONTANINDUSTRIE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2959

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Effektenkurse

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Wirtschaftsbereich, der
die ZweigeEnergiewirtschaft und Wasserversorgung,
Steinkohlenbergbau,Übriger Bergbau (Braunkohlen-, Erz-, Kali-, Steinsalzbergbau,
Gewinnung von Erdöl und Erdgas usw.),Eisen- und Stahlerzeugung (einschl. -halbzeugwerke),
Ziehereien und Kaltwalzwerke,
Stahlverformung, Oberflächenveredelung und Härtungin der Abgrenzung der Systematik der Wirtschaftszweige,
Ausgabe 1961, umfaßt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ENTWICKLUNGSLÄNDER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

572, 3081

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Außenhandels-
statistik
01.01.50B e g r i f f s i n h a l t : Zu den Entwicklungsländern
rechnen:

Afrika

Kanar. Inseln
Marokko
Ceuta und Melilla
Algerien
Tunesien
Libyen
Ägypten
Sudan
Mauretanien
Mali
Obervolta
Niger
Tschad
Republik Kap Verde
Senegal
Gambia
Guinea-Bissau
Republik Guinea
Sierra Leone
Liberia
Elfenbeinküste
Ghana
Togo
Benin
Nigeria
Kamerun
Zentralaf. Kaiser-
reich
Äquatorialguinea
S.Tomé u.Principe
Gabun
VR Kongo
Zaire
Ruanda
Burundi
St. Helena
Angola
Äthiopien
Dschibuti
Somalia
Kenia
Uganda

Tansania
Seychellen
Brit.Geb.Ind.Oz.
Mosambik
Madagaskar
Réunion
Mauritius
Komoren
Mayotte
Sambia
Rhodesien
Malawi
Botsuana
Swasiland
Losotho

Niederl. Antillen
Kolumbien
Venezuela
Rep. Guyana
Surinam
Franz.-Guayana
Ecuador
Peru
Brasilien
Chile
Bolivien
Paraguay
Uruguay
Argentinien
Falklandinseln

Amerika

Grönland
St. Pierre, Miquel.
Mexiko
Bermuda
Guatemala
Belize
Rep. Honduras
El Salvador
Nicaragua
Costa Rica
Panama o.Kanalz.
Panamakanal-Zone
Kuba
Republik Haiti
Bahamas
Turks-,Caicosins.
Dominik.Republik
Am.Jungferninseln
Guadeloupe
Martinique
Kaimaninseln
Jamaika
Barbados
Westindien
Trinidad u.Tobago
Grenada

Asien

Zypern
Libanon
Syrien
Irak
Iran
Israel
Jordanien
Saudi-Arabien
Kuwait
Bahrain
Katar
Verein. Arab.
Emirate
Oman
Nordjemen
Südjemen
Afghanistan
Pakistan
Indien
Bangladesh
Malediven
Sri Lanka
Nepal
Bhutan
Birma
Thailand

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ENTWICKLUNGSLÄNDER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

572, 3081

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Laos

Kambodscha

Indonesien

Malaysia

Brunei

Singapur

Philippinen

Südkorea

Taiwan

Hongkong

Macau

Ozeanien

Papua-Neuguinea

Austr.-Ozeanien

Nauru

Am.-Ozeanien

Neukaledonien

Wallis u. Futuna

Br.-Ozeanien

Neusl.-Ozeanien

Fidschi

Neue Hebriden

Tonga

Westsamoa

Franz.-Polynesien

2. Zahlungs-
bilanz-
statistik
01.01.50B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., zusätzliche aber
noch folgende europäische Länder:

Gibraltar

Griechenland

Jugoslawien

Malta

Portugal (einschl. Azoren u. Madeira) (ab 1.1.75)

Spanien

Türkei

Andererseits werden Grönland, die Panama-Kanalzone und die
Amerikanischen Jungferninseln nicht den Entwicklungsländern
sondern den westlichen Industrieländern zugeordnet.Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Portugal
(einschl. Azoren und Madeira) wurde bis 31.12.74 zu den
europäischen Industrieländern gerechnet.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: ERGÄNZUNGSABGABE	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1372

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Einkommensteuer-
statistik

01.01.68 -
31.12.74

B e g r i f f s i n h a l t : Zusätzliche Abgabe zur Einkommensteuer der zur Einkommensteuer veranlagten unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen.

Die Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer wurde von 1968 bis 1974 erhoben. Sie betrug 3 v.H. der für den Veranlagungszeitraum festgesetzten *Einkommensteuerschuld* (Bemessungsgrundlage) der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen. Diese Abgabe war bei veranlagten unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen nur zu erheben, wenn das zu versteuernde Einkommen bei zusammen veranlagten Ehegatten 32 040 DM, bei Einzelveranlagten 16 020 DM oder mehr betrug.¹⁾

Das zu versteuernde Einkommen wurde ermittelt, indem das *Einkommen* um die Freibeträge nach § 33a des Einkommensteuergesetzes, Pauschbeträge für Körperbehinderte und Hinterbliebene, Überbelastungsbeträge nach § 33 des Einkommensteuergesetzes, Alters- und Kinderfreibeträge und um die sonstigen vom Einkommen abzuziehenden Beträge vermindert wurde.

Auf die Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer wurden die Ergänzungsabgaben zur *Lohnsteuer* und *Kapitalertragsteuer* angerechnet, die im Veranlagungszeitraum von den unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen mit der Lohnsteuer bzw. Kapitalertragsteuer entrichtet wurden.

Die Ergänzungsabgabe zur Lohnsteuer war nur zu erheben, wenn der Jahresarbeitslohn Beträge erreichte, die unter Berücksichtigung der Kinderfreibeträge und der sonstigen vom Einkommen abzuziehenden Beträge den oben genannten zu versteuernden Einkommensbeträgen entsprachen. Zur Ermittlung der für die unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen verbleibende Ergänzungsabgabeschuld waren die Ergänzungsabgaben zur Lohnsteuer bzw. Kapitalertragsteuer von der Ergänzungsabgabe abzuziehen.

1) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer (Ergänzungsabgabengesetz) v. 21.12.1967 (BGBl. I S. 1254).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
ERNÄHRER, DIE SICH SELBST ERNÄHREN	GBK - Nr(n): 660, 658

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die nur für sich selbst und nicht für weitere Haushaltsmitglieder den überwiegenden Lebensunterhalt bestreiten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den "Ernährern, die sich selbst ernähren" umfaßt die Zahl der *Ernährer, die sich und andere ernähren* (Volks- und Berufszählung 1970) auch jene Personen, die für weitere Haushaltsmitglieder den überwiegenden Lebensunterhalt bestreiten.

Die Zusammenfassung der "Ernährer, die sich selbst ernähren" mit den "Ernährern, die sich und andere ernähren" entspricht der Zusammenfassung der *Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit* und der *Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente, Pension usw.* (jeweils Volks- und Berufszählung 1970).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
ERNÄHRER, DIE SICH UND ANDERE ERNÄHREN	GBK - Nr(n): 660, 659

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die sowohl für sich selbst als auch für weitere Haushaltsmitglieder den überwiegenden Lebensunterhalt bestreiten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den "Ernährern, die sich und andere ernähren" umfaßt die Zahl der *Ernährer, die sich selbst ernähren* (Volks- und Berufszählung 1970) die Personen, die nur für sich selbst und nicht für weitere Haushaltsmitglieder den überwiegenden Lebensunterhalt bestreiten.

Die Zusammenfassung der "Ernährer, die sich und andere ernähren" mit den "Ernährern, die sich selbst ernähren" entspricht der Zusammenfassung der *Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit* und der *Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente, Pension usw.* (jeweils Volks- und Berufszählung 1970).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERNÄHRTE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

661

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die überwiegend vom Unterhalt der Eltern, des Ehegatten oder sonstiger Angehöriger leben.

Dies schließt jedoch nicht aus, daß diese Personen selbst noch eine andere Unterhaltsquelle haben (z.B. Lehrlinge, die überwiegend von ihren Eltern ernährt werden oder Ehefrauen, die eine Nebentätigkeit ausüben, jedoch überwiegend vom Unterhalt des Ehemannes leben.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Ernährte und Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige (Eltern usw.) (Volks- und Berufszählung 1970) sind synonym.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERNÄHRTE JE ERNÄHRER, DIE SICH UND ANDERE ERNÄHREN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

662

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Verhältnis aus der Zahl der Ernährten und der Zahl der Ernährer, die sich und andere ernähren.

Ernährte sind Personen, die überwiegend vom Unterhalt anderer Personen (in der Regel der Eltern, des Ehegatten oder sonstiger Angehöriger) leben. Dies schließt jedoch nicht aus, daß diese wirtschaftlich abhängigen Personen selbst noch eine andere Unterhaltsquelle haben (z.B. Lehrlinge, die überwiegend von ihren Eltern ernährt werden).

"Ernährer, die sich und andere ernähren" sind Personen, die sowohl für sich selbst als auch für andere Personen den überwiegenden Lebensunterhalt bestreiten.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

562

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Warenposition, die *Lebende Tiere, Nahrungsmittel tierischen Ursprungs, Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs* und *Genußmittel* umfaßt.¹⁾

Zu den lebenden Tieren zählen Pferde, Rindvieh, Schweine und sonstige lebende Tiere (u.a. Hausgeflügel).

Die Nahrungsmittel tierischen Ursprungs umfassen im wesentlichen Milch, Butter, Käse, Eier, Fleisch und Fleischwaren, Fische und Fischzubereitungen, tierische Fette und Öle zur Ernährung.

Die Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs umfassen im wesentlichen Getreide (einschl. Mais und Reis), Kartoffeln, andere Hackfrüchte, Hülsenfrüchte, Gemüse, Obst und Südfrüchte, Säfte und Konserven, Ölfrüchte zur Ernährung, Ölkuchen und sonstige Futtermittel sowie lebende Pflanzen und Erzeugnisse der Ziergärtnerei.

Zu den Genußmitteln zählen Hopfen, Kaffee, Tee, Rohtabak, Tabakerzeugnisse, Bier, Branntwein und Wein.

Die Warengruppe Ernährungswirtschaft umfaßt ausgewählte Warennummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Ernährungswirtschaft und Güter der Ernährungswirtschaft (Statistik der Außenhandelspreise) sind synonym.

Zur Ernährungswirtschaft rechnen im wesentlichen die gleichen Waren wie zur Zusammenfassung der *Erzeugnisse der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei* (Außenhandelsstatistik, Statistik der Außenhandelspreise) und der *Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittelindustrien* (Außenhandelsstatistik, Statistik der Außenhandelspreise, Statistik der Erzeugerpreise industri-

1) Zu Einzelheiten siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 3, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

562

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

eller Produkte). Im Unterschied zur Warenposition Ernährungswirtschaft enthalten die beiden Erzeugnisgruppen auch solche land- und forstwirtschaftlichen Produkte, die nicht als Nahrungsmittel gelten, wie etwa Rundholz, Kork, rohe Häute und Felle, Haare, Knochen, Federn, Rohwolle, Rohbaumwolle, sonstige Spinnstoffe, Flecht- und Polsterstoffe, Guano, Latex, Stärke und Kleber.

Ernährungswirtschaft und *landwirtschaftliche Produkte* (Statistik der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte) unterscheiden sich in einigen Waren. Nur zu den landwirtschaftlichen Produkten rechnet Wolle; umgekehrt zählen zur Ernährungswirtschaft aber Waren, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht angebaut werden, Waren die die landwirtschaftliche Erzeugerstufe überschritten haben sowie der größte Teil der Genußmittel. Dies sind im wesentlichen Malz, Südfrüchte, Gemüse- und Obstkonserven, Fruchtsäfte, Kakao und Kakaoerzeugnisse, Gewürze, Zucker, pflanzliche Öle und Fette, Margarine und ähnliche Speisefette, Ölkuchen, Kleie; Butter, Käse, Fleisch und Fleischwaren, Fische und Fischzubereitungen, Walöl, Schmalz, Talg, andere tierische Öle und Fette zur Ernährung, Eiweiß, Eigelb, Fischmehl; Kaffee, Tee, Tabakerzeugnisse, Bier, Branntwein, Wein.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERNTEMENGE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

351

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Berichterstattung
über Wachstumstand
und Erträge der
landwirtschaftli-
chen Feldfrüchte
und des Grünlandes
und besondere
Erntermittlung

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Eingebraachte Ernte bei land-
wirtschaftlichen Feldfrüchten und Grünland ohne Berücksichti-
gung des Verwendungszwecks.

Erntemengen werden berechnet auf der Basis der durch die Boden-
nutzungserhebungen ermittelten *Anbauflächen* und der durch die
Ernteberichterstattung festgestellten durchschnittlichen
Hektarerträge.

Für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer gilt als Erntemenge die
auf 14 % Feuchtigkeitsgehalt umgerechnete, eingebrachte Ernte.

Bei Klee, Klee gras, Luzerne und Klee-Luzernegemisch wird die
Erntemenge in Heu angegeben; dazu wird die geerntete Grünmasse
im Verhältnis 4 : 1 in Heu umgerechnet.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl.
1968 wurde die Fruchtart "Klee, Klee gras, Luzerne und Klee-
Luzernegemisch" ohne das Klee-Luzernegemisch nachgewiesen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
ERÖFFNETE KONKURSVERFAHREN	GBK - Nr(n): 1294

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Statistik der
Konkurs- und Ver-
gleichsverfahren

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : *Beantragte Konkursverfahren (einschl. Anschlußkonkurse), die vom Amtsgericht eröffnet werden.*

Das Konkursverfahren ist in der Konkursordnung geregelt. Es bezweckt eine gleichzeitige und gleichmäßige Verteilung des Vermögens eines zahlungsunfähigen und/oder überschuldeten Schuldners (Gemeinschuldner) an die Gläubiger unter Leitung des Konkursgerichts.¹⁾

Als beantragt gilt ein Konkursverfahren, wenn beim zuständigen Amtsgericht ein Konkursantrag gestellt wurde. Ein beantragtes Konkursverfahren wird entweder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt.

Der Großteil der eröffneten Konkursverfahren wird bis zum Ende des dem Eröffnungsjahr folgenden Jahres finanziell abgewickelt (*abgewickelte (einschl. mangels Masse eingestellter) Konkursverfahren*). Im Verlauf der Abwicklung kann ein eröffnetes Konkursverfahren nachträglich mangels Masse eingestellt werden.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Eröffnete Konkursverfahren und *beantragte Konkursverfahren (einschl. Anschlußkonkurse)* (Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren) unterscheiden sich durch die Zahl der zwar beantragten, aber mangels Masse abgelehnten Konkurse. Diese zählen nur zu den beantragten Konkursverfahren.

Eröffnete Konkursverfahren und *abgewickelte (einschl. mangels Masse eingestellter) Konkursverfahren* (Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren) unterscheiden sich durch die Anzahl der Konkurse, deren Abwicklungsdauer über das dem Eröffnungsjahr folgende Jahr hinausreicht. Diese zählen nur zu den eröffneten Konkursen.

1) Zu Einzelheiten siehe Konkursordnung v. 20.5.1898 (RGBl. S. 612).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERÖFFNETE VERGLEICHsverFAHREN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1287

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Konkurs- und Ver-
gleichsverfahrenB e g r i f f s i n h a l t : Vom zuständigen Amtsgericht
eröffnete Vergleichsverfahren.

01.01.62

Ein Vergleichsverfahren ist ein in der Vergleichsordnung
geregeltes Verfahren zur Abwendung des Konkurses bei einem
zahlungsunfähigen und/oder überschuldeten würdigen Schuldner.¹⁾

Zwischen Gläubigern und Schuldnern zustande kommende außerge-
richtliche Vergleiche sowie Anträge auf Eröffnung von Ver-
gleichsverfahren, die vom Gericht abgelehnt werden, rechnen
nicht zu den eröffneten Vergleichsverfahren.

Nach der Eröffnung wird ein Vergleichsverfahren durch einen
Erlaßvergleich bzw. einen Stundungsvergleich beendet oder
in ein Anschlußkonkursverfahren übergeleitet. Der Großteil
der eröffneten Vergleichsverfahren wird bis zum Ende des dem
Eröffnungsjahr folgenden Jahres finanziell abgewickelt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die eröffneten Ver-
gleichsverfahren ergeben zusammen mit den beantragten Kon-
kursverfahren (einschl. Anschlußkonkurse) (Statistik der Kon-
kurs- und Vergleichsverfahren) die Gesamtheit der Insolvenzen.
Da jedoch die Anschlußkonkurse bereits als eröffnete Ver-
gleichsverfahren erfaßt werden, sind sie, um Doppelzählungen zu
vermeiden, von der Gesamtzahl abzuziehen. Es ergeben sich
dann die Insolvenzen (ohne Anschlußkonkurse) (Statistik der
Konkurs- und Vergleichsverfahren).

Eröffnete Vergleichsverfahren und abgewickelte Erlaßvergleiche
(Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren) sind unter-
schiedlich abgegrenzt. Ein eröffnetes Vergleichsverfahren wird
zunächst als solches gezählt; ist es bis zum Ende des dem Er-
öffnungsjahr folgenden Jahres in der Form eines Erlaßvergleichs
finanziell abgewickelt, wird es erneut - als abgewickelter
Erlaßvergleich - erfaßt. Nur als eröffnete Vergleichsverfahren,
aber nicht zu den abgewickelten Erlaßvergleichen rechnen Ver-
gleichsverfahren, die durch einen Stundungsvergleich beendet
oder in einen Anschlußkonkurs übergeleitet werden, sowie Ver-
gleichsverfahren, deren Abwicklung über das dem Jahr der Er-
öffnung folgende Jahr hinausreicht.

1) Zu Einzelheiten siehe Vergleichsordnung v. 26.2.1935
(RGrB. I S. 321).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERTEILTE BAUGENEHMIGUNGEN FÜR FERTIGTEILBAUTEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

532

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Baugenehmigungen

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Erlaubnis der zuständigen Behörden, Fertigteilbauten in der durch den Bauherren vorgelegten Form (Bauvorlage) neu zu errichten.

Als Fertigteilbauten gelten Bauwerke, für deren Außen- oder Innenwände geschoßhohe oder raumbreite Fertigteile verwendet werden. Fertigteile sind nicht an der Einbaustelle hergestellte, tragende oder nichttragende Bauteile, die mit Anschlußstellen versehen sein müssen, mit deren Hilfe sie ohne weitere Bearbeitung zum Bauwerk zusammengefügt oder mit am Bau hergestellten Bauteilen fest verbunden werden können.

Eine Baugenehmigung wird schriftlich in Form eines Bau-scheines erteilt, wenn die Baumaßnahme den rechtlichen Vorschriften entspricht. Als Baugenehmigung gilt auch eine vorläufige, mit Auflagen versehene oder eine Teilbaugenehmigung.

Zu den erteilten Baugenehmigungen rechnen ferner Bauan-zeigen, die nicht zurückgewiesen wurden, sowie Zustim-mungen zu Baumaßnahmen des Bundes und der Länder.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die erteilten Baugenehmigungen für Fertigteilbauten sind bei den erteilten Baugenehmigungen (nur Errichtung neuer Gebäude) (Statistik der Baugenehmigungen) enthalten.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

ERTEILTE BAUGENEHMIGUNGEN FÜR SONSTIGE BAUMASSNAHMEN

GBK - Nr(n):

533

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Baugenehmigungen

01.01.55

B e g r i f f s i n h a l t : Erlaubnis der zuständigen Behörden, Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden in der durch den Bauherren vorgelegten Form (Bauvorlage) durchzuführen.

Eine Baugenehmigung wird schriftlich in Form eines Bauscheines erteilt, wenn die Baumaßnahme den rechtlichen Vorschriften entspricht. Als Baugenehmigung gilt auch eine vorläufige, mit Auflagen versehene oder eine Teilbaugenehmigung.

Zu den erteilten Baugenehmigungen rechnen ferner Bauanzeigen, die nicht zurückgewiesen wurden, sowie Zustimmung zu Baumaßnahmen des Bundes und der Länder.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die erteilten Baugenehmigungen für sonstige Baumaßnahmen ergeben zusammen mit den erteilten Baugenehmigungen (nur Errichtung neuer Gebäude) (Statistik der Baugenehmigungen) die Gesamtzahl der erteilten Baugenehmigungen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERTEILTE BAUGENEHMIGUNGEN (NUR ERRICHTUNG NEUER
GEBÄUDE)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

518

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Baugenehmigungen

01.01.55

B e g r i f f s i n h a l t : Erlaubnis der zuständigen Behörden, Gebäude in der durch den Bauherrn vorgelegten Form (Bauvorlage) neu zu errichten.

Eine Baugenehmigung wird schriftlich in Form eines Bau-scheines erteilt, wenn die Baumaßnahme den rechtlichen Vorschriften entspricht. Als Baugenehmigung gilt auch eine vorläufige, mit Auflagen versehene oder eine Teil-genehmigung.

Zu den erteilten Baugenehmigungen rechnen ferner Bau-anzeigen, die nicht zurückgewiesen wurden, sowie Zustim-mungen zu Baumaßnahmen des Bundes und der Länder.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die für die Errichtung neuer Gebäude erteilten Baugenehmigungen er-geben zusammen mit den erteilten Baugenehmigungen für sonstige Baumaßnahmen (Statistik der Baugenehmigungen) die Gesamtzahl der Baugenehmigungen.

Die erteilten Baugenehmigungen für Fertigteilbauten (Statistik der Baugenehmigungen) sind in den Baugenehmi-gungen für neue Gebäude enthalten.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
ERWERBSLOSE	GBK - Nr(n): 2508

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die mindestens 15 Jahre alt sind und nicht unmittelbar am Erwerbsleben teilnehmen, sich aber um eine Erwerbstätigkeit bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet sind.

Erwerbslose sind einmal solche Personen, die normalerweise erwerbstätig und nur vorübergehend aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, zum anderen Personen, die normalerweise keinem Erwerb nachgehen (z.B. Hausfrauen, Rentner, Studenten), sich aber gegenwärtig um eine Arbeitsstelle bemühen.

Nicht zu den Erwerbslosen rechnen Personen, die keine ihren Vorstellungen und ihrer Ausbildung entsprechende Arbeit finden, aber kurzfristig eine Aushilfstätigkeit ausüben, auch wenn sie nur eine Stunde pro Woche arbeiten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Erwerbslose und Arbeitslose (Statistik der Arbeitsvermittlung) sind nicht unmittelbar vergleichbar, weil für die Zuordnung einer Person zu den Erwerbslosen ihr persönlicher Entschluß zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und nicht ihre Meldung beim Arbeitsamt maßgebend ist.

Andererseits zählen Personen, die im Berichtszeitraum als Arbeitslose beim Arbeitsamt gemeldet sind und gleichzeitig geringfügige oder aushilfsweise Erwerbstätigkeiten ausüben, nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den *Erwerbstätigen* (Volks- und Berufszählung 1970, Mikrozensus).

Zur Abgrenzung der Erwerbslosen gegenüber den *sonstigen Nicht-erwerbstätigen* (Wohngeldstatistik) siehe dort.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff: ERWERBSPERSONEN	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 547

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

1. Volks- und
Berufszählung
1970

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die mindestens 15 Jahre alt sind und entweder eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Bedeutung des Ertrags dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete bzw. zu leistende Arbeitszeit, oder die nicht unmittelbar am Erwerbsleben teilnehmen, sich aber um eine Erwerbstätigkeit bemühen.

Zu den Erwerbspersonen zählen die *Erwerbstätigen* und die *Erwerbslosen*.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 3.

2. Mikrozensus
01.01.64 -
31.12.71

B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., jedoch beträgt das Mindestalter 13 Jahre. Nicht einbezogen sind die Soldaten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 3.

3. Wanderungs-
statistik
01.01.57

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die bei Zuzügen bzw. Fortzügen im An- bzw. Abmeldeschein der Einwohnermeldeämter eine Berufsbezeichnung angegeben haben.

Als Berufsbezeichnung gilt eine Eintragung wie z.B. "Angestellter", "Beamter", "Selbständiger" oder "Arbeiter".

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Unterschiede zwischen dem Begriff Erwerbspersonen in der Volks- und Berufszählung 1970 bzw. im Mikrozensus und der Wanderungsstatistik ergeben sich u.a. bei der Einbeziehung der Schüler, Studenten, Rentner, Pensionäre u. dgl.

Werden von den Schülern, Studenten, Rentnern oder Pensionären auch nur geringfügige oder aushilfsweise Erwerbstätigkeiten ausgeübt, so zählen sie in der Volks- und Berufszählung 1970 und im Mikrozensus zu den Erwerbs-

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERWERBSPERSONEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

547

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

personen, speziell zu den Erwerbstätigen. Werden in der Wanderungsstatistik von diesen Personengruppen im An- bzw. Abmeldeschein die Berufsbezeichnungen "Schüler", "Student", "Rentner" oder "Pensionär" angegeben, so rechnen diese Personengruppen generell nicht zu den Erwerbspersonen.

Im Unterschied zu den Erwerbspersonen handelt es sich bei den *Nichterwerbspersonen* (Volks- und Berufszählung 1970, Mikrozensus, Wanderungsstatistik) um Personen, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben und sich auch um keine Arbeitsstelle bemühen bzw. um Personen, die bei einem Zuzug oder Fortzug im An- bzw. Abmeldeschein der Einwohnermeldeämter als Berufsbezeichnung "Schüler", "Student", "Rentner", "Pensionär", "Hausfrau" u. dgl. angegeben haben.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERWERBSPERSONEN MIT ÜBERWIEGENDEM
LEBENSUNTERHALT DURCH ANGEHÖRIGE

DFK-Nr:

GBK - Nr(n):

547, 7, 3347

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Mikrozensus

01.01.64 -
31.12.71

B e g r i f f s i n h a l t : *Erwerbspersonen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Einkünfte oder Erträge ihrer Familienangehörigen bestreiten.*

Als Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) gelten Personen der *Wohnbevölkerung*, die entweder eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, ohne Rücksicht auf den Ertrag dieser Tätigkeit und die von ihnen geleistete oder zu leistende Arbeitszeit, bzw. Personen, die nicht unmittelbar am Erwerbsleben teilnehmen, sich aber um eine Erwerbstätigkeit bemühen.

Die Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige können daneben noch weitere Unterhaltsquellen haben (z.B. Einkommen aus Erwerbstätigkeit, aus Rente, Pension, aus Arbeitslosengeld oder aus eigenem Vermögen). Zu den Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige rechnen sie in diesen Fällen nur, wenn sie ihren Lebensunterhalt überwiegend aus den Einkünften oder Erträgen ihrer Ehegatten, Eltern usw. bestreiten und auch - sofern sie erwerbstätig und keine Auszubildenden sind - eine normale wöchentliche Arbeitszeit von weniger als 25 Stunden haben.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Für die Zuordnung von Personen zu den Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige ist als überwiegende Unterhaltsquelle die Unterstützung durch Familienangehörige maßgebend. Deshalb zählen z.B. Erwerbstätige, die überwiegend von ihrer Erwerbstätigkeit leben, zu den *Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit*, Arbeitslose, die überwiegend von Arbeitslosenunterstützung leben, zu den *Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld, -hilfe*, erwerbstätige Rentner, die überwiegend von ihrer Rente leben, zu den *Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und dgl.* (alle Mikrozensus).

Die Zusammenfassung der Erwerbspersonen und der Nichterwerbspersonen mit *überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige* (Mikrozensus) entspricht den Begriffen *Ernährte* sowie *Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige* (Eltern usw.) (beide Volks- und Berufszählung 1970). Bezieht man darüber hinaus auch die Erwerbs- und Nichterwerbspersonen mit *überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und dgl.* (Mikrozensus) sowie die Erwerbspersonen mit *überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld, -hilfe* ein, ergibt sich die *Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente, Pension usw., Angehörige* (Eltern usw.) (Volks- und Berufszählung 1970).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERWERBSPERSONEN MIT ÜBERWIEGENDEM LEBENSUNTERHALT
DURCH ARBEITSLOSENGELD, -HILFE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

547, 7, 3347

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Mikrozensus

01.01.64 -
31.12.71

B e g r i f f s i n h a l t : *Erwerbspersonen*, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch *Arbeitslosengeld* oder *Arbeitslosenhilfe* bestreiten.

Als Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) gelten Personen der *Wohnbevölkerung*, die entweder eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, ohne Rücksicht auf den Ertrag dieser Tätigkeit und die von ihnen geleistete oder zu leistende Arbeitszeit bzw. Personen, die nicht unmittelbar am Erwerbsleben teilnehmen, sich aber um eine Erwerbstätigkeit bemühen.

Arbeitslosengeld ist eine Zahlung an *Arbeitslose*, die der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen, die Anwartschaftszeit erfüllen, sich persönlich beim Arbeitsamt gemeldet und Arbeitslosengeld beantragt haben. Arbeitslosenhilfe ist eine Zahlung an *Arbeitslose*, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, da entweder die Anwartschaftszeit noch nicht erfüllt ist oder das Arbeitslosengeld bereits bis zur maximalen Leistungsdauer gewährt wurde. Die Arbeitslosenhilfe wird nur bei Bedürftigkeit gewährt.

Die Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld, -hilfe können daneben noch weitere Unterhaltsquellen haben (z.B. Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Einkünfte aus eigenem Vermögen oder aus anderen Sozialleistungen, Unterstützungen von Angehörigen). Zu den Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld, -hilfe rechnen sie in diesen Fällen nur, wenn sie ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Arbeitslosengeld oder -hilfe bestreiten (z.B. eine Ehefrau, die überwiegend von der Arbeitslosenunterstützung aus einer früheren Erwerbstätigkeit lebt und nicht vom Einkommen ihres Ehemannes).

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Für die Zuordnung von Personen zu den Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld, -hilfe sind als überwiegende Unterhaltsquelle die Einkünfte aus Arbeitslosengeld oder -hilfe maßgebend. Deshalb zählen z.B. Arbeitslose mit Arbeitslosengeld oder -hilfe, die überwiegend von einer Aushilfstätigkeit leben, zu den *Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit*, Arbeitslose, die überwiegend von eigenem Vermögen leben, zu den *Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und dgl.* und Arbeitslose, die überwiegend von Angehörigen unterstützt werden, zu den *Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige* (alle Mikrozensus).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERWERBSPERSONEN MIT ÜBERWIEGENDEM LEBENSUNTERHALT
DURCH ARBEITSLOSENGELD, -HILFE

DFK-Nr:

GBK - Nr(n):

547, 7, 3347

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Zusammenfassung der Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld, -hilfe, der Erwerbs- und der Nichterwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und dgl. (Mikrozensus) entspricht der Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente, Pension usw. (Volks- und Berufszählung 1970). Bezieht man darüber hinaus auch die Erwerbs- und Nichterwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige (Mikrozensus) ein, ergibt sich die Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente, Pension usw., Angehörige (Eltern usw.) (Volks- und Berufszählung 1970).

Im Unterschied zu den Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld, -hilfe umfaßt die Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers durch Arbeitslosengeld, -hilfe (Volks- und Berufszählung 1970) neben den Personen, die selbst Arbeitslosengeld oder beziehen und überwiegend davon leben, auch die Angehörigen dieser Personen, sofern sie ebenfalls ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus den Einkünften ihrer Ernährer bestreiten.

Zu den Leistungsempfängern (Statistiken der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe) rechnen ebenso wie zu den Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld, -hilfe nur Personen, die selbst Arbeitslosengeld oder -hilfe erhalten. Allerdings zählt zu den Leistungsempfängern jeder Bezieher von Arbeitslosenunterstützung, unabhängig davon, welche Bedeutung diese Sozialleistung für den Lebensunterhalt der Empfänger hat.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERWERBSPERSONEN MIT ÜBERWIEGENDEM LEBENS-
UNTERHALT DURCH ERWERBSTÄTIGKEIT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

547, 7, 3347

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Mikrozensus

01.01.64 -
31.12.71

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus dem Ertrag ihrer eigenen auf Erwerb gerichteten Tätigkeit bestreiten.

Als Erwerbspersonen gelten grundsätzlich Personen der Wohnbevölkerung, die entweder eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Bedeutung des Ertrags dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete bzw. zu leistende Arbeitszeit (*Erwerbstätige*) oder die nicht unmittelbar am Erwerbsleben teilnehmen, sich aber um eine Erwerbstätigkeit bemühen (*Erwerbslose*). Da Erwerbslose am Erhebungsstichtag keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, können sie ihren überwiegenden Lebensunterhalt auch nicht durch Erwerbstätigkeit bestreiten. Nachgewiesen werden deshalb ausschließlich Erwerbstätige, die überwiegend von ihrer Erwerbstätigkeit leben.

Eine Erwerbstätigkeit liegt vor, wenn eine Person in einem Arbeitsverhältnis steht oder selbständig ein Gewerbe, einen freien Beruf oder eine Landwirtschaft betreibt. Dauer und Regelmäßigkeit spielen bei der Frage, wann eine Erwerbstätigkeit vorliegt, keine Rolle. Auch Aushilfstätigkeiten, die regelmäßig oder unregelmäßig etwa am Wochenende und nur stundenweise ausgeübt werden, z.B. als Kellner oder Musiker, gelten als Erwerbstätigkeit. Zu den Erwerbstätigen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit rechnet dieser Personenkreis jedoch nur dann, wenn durch die Aushilfstätigkeit der überwiegende Lebensunterhalt bestritten wird.

Rentner sowie Schüler und Studenten, die eine geringfügige Tätigkeit ausüben, im wesentlichen aber von Rente bzw. vom Einkommen der Eltern leben, sind zwar auch erwerbstätig, jedoch rechnen sie nicht zu den Erwerbstätigen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Erwerbstätigkeit bestreiten. Gleiches gilt z.B. für Auszubildende, Praktikanten und Volontäre.

Berufssoldaten, Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung und Soldaten auf Zeit gelten ebenfalls als erwerbstätig. Zu den Erwerbstätigen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit rechnen sie, wie oben schon erläutert, nur dann, wenn sie durch diese Tätigkeit ihren überwiegenden Lebensunterhalt bestreiten.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERWERBSPERSONEN MIT ÜBERWIEGENDEM LEBENS-
UNTERHALT DURCH ERWERBSTÄTIGKEIT

DFK - Nr:

38K - Nr(n):

547, 7, 3347

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit können durchaus noch weitere Unterhaltsquellen haben (z.B. Rente, Pension, Arbeitslosengeld, eigenes Vermögen). Ferner ist es denkbar, daß z.B. ein Rentner in der Hauptsache von einer Nebenbeschäftigung (Erwerbstätigkeit) und nicht von seiner Rente lebt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit und Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit (Volks- und Berufszählung 1970) unterscheiden sich durch die Berücksichtigung eines Mindestalters bei den Erwerbspersonen. Während in der Volks- und Berufszählung 1970 für die Zuordnung von Personen zu den Erwerbspersonen ein Mindestalter von 15 Jahren zugrunde gelegt wird, spielt im Mikrozensus bis 1974 das Alter keine Rolle.

Für die Zuordnung von Personen zu den Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit ist als überwiegende Unterhaltsquelle die "Erwerbstätigkeit" maßgebend. Deshalb zählen z.B. erwerbstätige Rentner, die überwiegend von Rente leben, zu den Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente u. dgl. (Mikrozensus) bzw. zur Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente, Pension usw. (Volks- und Berufszählung 1970); erwerbstätige Schüler und Studenten sowie Soldaten im Grundwehrdienst, die z.B. überwiegend vom Einkommen der Eltern leben, rechnen zu den Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige (Mikrozensus) bzw. zur Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige (Eltern usw.) (Volks- und Berufszählung 1970).

Arbeitslose, die überwiegend von Arbeitslosengeld/-hilfe (Arbeitslosenunterstützung) leben, zählen zu den Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld, -hilfe (Mikrozensus) bzw. zur Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente, Pension usw.

Im Unterschied zu den Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit umfaßt die Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers durch Erwerbstätigkeit (Volks- und Berufszählung 1970) neben den Personen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch eigene Erwerbstätigkeit bestreiten ("Ernährer"), auch jene Personen, die ebenfalls von dieser Erwerbstätigkeit überwiegend leben (z.B. Ehefrau, Kinder, sog. "Ernährte").

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERWERBSPERSONEN MIT ÜBERWIEGENDEM LEBENSUNTERHALT
DURCH RENTE UND DGL.

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

547, 7, 3347

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Mikrozensus

01.01.64 -
31.12.71

B e g r i f f s i n h a l t : Erwerbspersonen, die Einkünfte aus Sozialleistungen (ohne Arbeitslosengeld und -hilfe) und/oder Erträge aus eigenem Vermögen beziehen und ihren überwiegenden Lebensunterhalt daraus bestreiten.

Als Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) gelten Personen der Wohnbevölkerung, die entweder eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, ohne Rücksicht auf den Ertrag dieser Tätigkeit und die von ihnen geleistete oder zu leistende Arbeitszeit bzw. Personen, die nicht unmittelbar am Erwerbsleben teilnehmen, sich aber um eine Erwerbstätigkeit bemühen.

Sozialleistungen sind Renten und Pensionen, Sozialhilfe sowie sonstige Unterstützungen. Zu den Renten und Pensionen zählen die Sozialversicherungsrenten einschl. der Witwen- und Waisenrenten, Unfallrenten, Kriegsbeschädigtenrenten, Beamtenruhegehälter einschl. der Witwen- und Waisengelder, Rentenzahlungen aus dem Ausland usw.. Zu den sonstigen Unterstützungen rechnen Unterhaltszahlungen des geschiedenen Ehemannes, Alimente, Ausbildungsförderung, Stipendien, private Zahlungen und Unterstützungen wie betriebliche Pensionen und die Altersversorgung der freien Berufe, Ausbildungsbeihilfen von nicht verwandten Personen usw..

Zu den Erträgen aus eigenem Vermögen rechnen u.a. Einkünfte aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und aus Altenteilen.

Die Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und dgl. können daneben noch weitere Unterhaltsquellen haben (z.B. Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Unterstützungen von Angehörigen, Arbeitslosengeld, -hilfe). Zu den Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und dgl. rechnen sie in diesen Fällen nur, wenn sie ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Sozialleistungen oder Erträgen aus eigenem Vermögen bestreiten (z.B. eine erwerbstätige Person, die in der Hauptsache von Vermögenseinkünften lebt und nicht von dem Einkommen aus Erwerbstätigkeit).

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Für die Zuordnung von Personen zu den Erwerbspersonen mit überwiegendem Unterhalt durch Rente und dgl. sind als überwiegende Unterhaltsquelle die Einkünfte aus Sozialleistungen (ohne Arbeitslosengeld und -hilfe) oder Vermögen maßgebend. Deshalb zählen z.B.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERWERBSPERSONEN MIT ÜBERWIEGENDEM LEBENSUNTERHALT
DURCH RENTE UND DGL.

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

547, 7, 3347

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

erwerbstätige Rentner, die überwiegend von ihrer Erwerbstätigkeit leben, zu den *Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit*, während ein Arbeitsloser, der überwiegend von Arbeitslosenunterstützung lebt, zu den *Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld, -hilfe* rechnet (beide Mikrozensus). Entsprechend zählt z.B. ein Auszubildender, der überwiegend von seinen Eltern lebt, zu den *Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige* (Mikrozensus, Volks- und Berufszählung 1970).

Die Zusammenfassung der Erwerbspersonen und der *Nichterwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und dgl.* (Mikrozensus) und der Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld, -hilfe entspricht der *Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente, Pension usw.* (Volks- und Berufszählung 1970). Bezieht man darüber hinaus auch die Erwerbs- und *Nichterwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige* (Mikrozensus) ein, ergibt sich die *Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente, Pension usw., Angehörige (Eltern usw.)* (Volks- und Berufszählung 1970).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: ERWERBSTÄTIGE	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 668

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

1. Volks- und
Berufszählung
1970

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die mindestens 15 Jahre alt sind und eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Bedeutung des Ertrags dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete oder vertragsmäßig zu leistende Arbeitszeit.

Zu den Erwerbstätigen rechnen Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen oder selbständig ein Gewerbe, einen freien Beruf oder eine Landwirtschaft betreiben oder als Mithelfende Familienangehörige im Betrieb eines Familienmitgliedes mitarbeiten, ohne dafür Lohn oder Gehalt zu beziehen. Personen, die nur geringfügige oder aushilfsweise Erwerbstätigkeiten ausüben wie z.B. Kellner und Musiker, die nur stundenweise oder am Wochenende tätig sind oder arbeitende Studenten und Schüler zählen ebenfalls zu den Erwerbstätigen.

Einbezogen sind ferner Berufssoldaten, Soldaten im Grundwehrdienst/auf Wehrübung, Soldaten auf Zeit sowie Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei, ferner Ordensangehörige im erwerbsfähigen Alter und Strafgefangene, die in der Regel verpflichtet sind, in und außerhalb der Anstalt Arbeiten zu verrichten.

Nicht zu den Erwerbstätigen werden Personen gezählt, die ehrenamtliche Tätigkeiten z.B. als Vereinsvorstand oder Abgeordneter, ausüben.

Zu den Erwerbstätigen rechnen im einzelnen *Selbständige, Mithelfende Familienangehörige, Beamte, Angestellte, Arbeiter, kaufmännische, technische und Verwaltungsauszubildende sowie gewerblich Auszubildende.*

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 2.

2. Mikrozensus
01.01.64 -
31.12.71

B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., jedoch beträgt das Mindestalter 13 Jahre. Nicht einbezogen sind die Soldaten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Unterschiede zwischen dem Begriff Erwerbstätige und den Begriffen

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERWERBSTÄTIGE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

668

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Tätige Personen (Bereichsstatistiken, Arbeitsstättenzählung 1970), *Tätige Personen in der Binnenschifffahrt* (Statistik über die Unternehmen in der Binnenschifffahrt), *Tätige Personen im Schienenverkehr* (Eisenbahnstatistik), *Tätige Personen im Straßenpersonenverkehr* (Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr), *Beschäftigte, die in der Luftfahrt tätig sind* (Statistik der Luftfahrtunternehmen) und *Familienarbeitskräfte und ständige familienfremde Arbeitskräfte (im Jahresdurchschnitt)* (Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft) sind vor allem durch die unterschiedliche Wahl der Erhebungseinheiten bedingt. Im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1970 bzw. des Mikrozensus ist die einzelne Person bzw. der Haushalt die Erhebungseinheit, in den Bereichsstatistiken, den Verkehrsstatistiken und der Arbeitsstättenzählung dagegen das Unternehmen, der Betrieb oder die Arbeitsstätte, die jeweils Gesamtangaben über ihre Tätigen Personen melden. Hieraus folgt u.a.: Personen, die im Berichtszeitraum geringfügige oder aushilfsweise Erwerbstätigkeiten ausüben (z.B. Kellner und Musiker, die nur stundenweise oder am Wochenende tätig sind) sowie besondere Personengruppen (z.B. Ordensangehörige im erwerbsfähigen Alter, Strafgefangene, die in der Regel verpflichtet sind Arbeiten in und außerhalb der Anstalt zu verrichten u.ä.) zählen grundsätzlich zu den Erwerbstätigen, häufig aber nicht zu den Tätigen Personen, wenn sie in keinem regulären Arbeitsverhältnis zu einem Unternehmen, Betrieb oder einer Arbeitsstätte stehen.

Während bei den Erwerbstätigen in der Volks- und Berufszählung 1970 alle Soldaten erfaßt werden, sind bei den Tätigen Personen bzw. Beschäftigten lediglich die Soldaten auf Wehrübung einbezogen. Im Mikrozensus werden die Soldaten nicht nachgewiesen. Die Mithelfenden Familienangehörigen zählen grundsätzlich zu den Erwerbstätigen und zwar ohne Berücksichtigung der von ihnen geleisteten Arbeitszeit. Gleiches gilt für die Berücksichtigung der Mithelfenden Familienangehörigen bei den Tätigen Personen (Arbeitsstättenzählung 1970, Verkehrsstatistiken (außer Eisenbahnstatistik) und Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft).

In den Bereichsstatistiken und der Eisenbahnstatistik werden die Mithelfenden Familienangehörigen entweder überhaupt nicht oder nur dann erfaßt, wenn sie mindestens ein Drittel der betriebsüblichen Arbeitszeit tätig sind.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 668
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Sind Personen in mehreren Unternehmen, Betrieben oder Arbeitsstätten beschäftigt, können sie auch in mehreren Unternehmens-, Betriebs- oder Arbeitsstättenmeldungen enthalten sein. Die Bereichsstatistiken, die Verkehrsstatistiken, die Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und die Arbeitsstättenzählung 1970 weisen daher beim Vorliegen von Mehrfachzählungen Tätigkeitsfälle und nicht insgesamt Tätige Personen aus. Bei den Erwerbstätigen wird jede Person nur einmal erfaßt, weil die Person selbst bzw. der Haushalt die Erhebungseinheit ist.</p> <p>Unterschiede ergeben sich auch bei der Zuordnung der Erwerbstätigen und Tätigen Personen zu Wirtschaftszweigen, weil die befragten Personen häufig nur ungenauere Angaben über den Wirtschaftszweig als die Unternehmen, Betriebe und Arbeitsstätten machen können.</p> <p>Zu den Erwerbstätigen zählen Personen der Wohnbevölkerung, zu den Tätigen Personen dagegen Personen (Fälle) mit Arbeitsort im Inland.</p> <p>Für die Zuordnung von Erwerbstätigen zu den <i>Erwerbstätigen am Wohnort</i> bzw. zu den <i>Erwerbstätigen am Arbeitsort</i> (jeweils Volks- und Berufszählung 1970) ist es zusätzlich erforderlich, daß sie in der Erfassungsgemeinde zur Wohnbevölkerung zählen bzw. in der Darstellungsgemeinde ihre Erwerbstätigkeit ausüben.</p>	

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

ERWERBSTÄTIGE AM ARBEITSORT

GBK - Nr(n):

2157

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : *Erwerbstätige*, die in der jeweiligen Gemeinde ihre Erwerbstätigkeit ausüben.

Erwerbstätige sind Personen, die mindestens 15 Jahre alt sind und eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Bedeutung des Ertrages dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete oder vertragsmäßig zu leistende Arbeitszeit.

Die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort wird ermittelt, indem von den *Erwerbstätigen am Wohnort* die *Berufsauspendler* abgezogen und die *Berufseinpender* aus anderen Gemeinden des Inlandes hinzugezählt werden. Nicht erfaßt werden Personen, die im Inland erwerbstätig sind, aber im Ausland ihren Wohnsitz haben (sog. Grenzgänger).

Für Erwerbstätige mit häufig wechselndem Arbeitsort (z.B. Monteure, Fernfahrer, Vertreter u.dgl.) sowie Landwirte gilt als Arbeitsort ihr Wohnort. Falls mehrere Erwerbstätigkeiten ausgeübt werden, erfolgt die Zuordnung nach der Arbeitsstätte, an der der Erwerbstätige überwiegend arbeitet.

Für die Zuordnung von Erwerbstätigen zu den Erwerbstätigen am Arbeitsort ist es unerheblich (mit Ausnahme der Erwerbstätigen mit wechselndem Arbeitsort und der Landwirte), ob diese Erwerbstätigen in der Erfassungsgemeinde auch zur *Wohnbevölkerung* zählen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Erwerbstätigen am Arbeitsort handelt es sich bei den *Erwerbstätigen am Wohnort* (Volks- und Berufszählung 1970) um Erwerbstätige, die in der Erfassungsgemeinde zur Wohnbevölkerung zählen. Für die Zuordnung zu den Erwerbstätigen am Wohnort ist es unerheblich, ob diese Erwerbstätigen in der Erfassungsgemeinde auch zur Arbeit gehen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERWERBSTÄTIGE AM WOHNORT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2154

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : *Erwerbstätige, die in der Erfassungsgemeinde zur Wohnbevölkerung zählen.*

Erwerbstätige sind Personen, die mindestens 15 Jahre alt sind und eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Bedeutung des Ertrags dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete oder vertragsmäßig zu leistende Arbeitszeit.

Zu den Erwerbstätigen am Wohnort der Erfassungsgemeinde zählen alle Erwerbstätigen, die in der Gemeinde ihre alleinige Wohnung haben. Erwerbstätige, die eine weitere Wohnung oder Unterkunft in einer anderen Gemeinde haben, werden der Wohnbevölkerung derjenigen Gemeinde zugeordnet, von der aus sie normalerweise zur Arbeit gehen.

Für die Zuordnung von Erwerbstätigen zu den Erwerbstätigen am Wohnort ist es unerheblich, ob diese Erwerbstätigen in der Erfassungsgemeinde auch zur Arbeit gehen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Erwerbstätigen am Wohnort umfassen die *Erwerbstätigen am Arbeitsort* (Volks- und Berufszählung 1970) alle Erwerbstätigen, die in der jeweiligen Gemeinde ihre Erwerbstätigkeit ausüben. Werden von der Zahl der Erwerbstätigen am Wohnort die Berufsauspendler abgezogen und die Berufseinpender aus anderen Gemeinden des Inlandes hinzugefügt, so erhält man die Erwerbstätigen am Arbeitsort. Für die Zuordnung zu den Erwerbstätigen am Arbeitsort spielt die Zugehörigkeit zur Wohnbevölkerung der Erfassungsgemeinde also keine Rolle.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERWERBSTÄTIGE MIT WEITERER TÄTIGKEIT AUSSERHALB DER
LANDWIRTSCHAFT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

668, 666

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Erwerbstätige, die neben ihrer hauptsächlichen Erwerbstätigkeit noch eine weitere Tätigkeit außerhalb der Landwirtschaft ausüben.

Als weitere Tätigkeit gilt jede Tätigkeit noch so geringen Umfangs einschl. der unentgeltlichen Mithilfe im Betrieb eines Familienangehörigen. Nicht dazu rechnen ehrenamtliche Tätigkeiten (z.B. als Vereinsvorsitzender) und die Hausfrauentätigkeit.

Als Haupterwerbstätigkeit zählt die Tätigkeit, für die normalerweise die meisten wöchentlichen Arbeitsstunden geleistet werden.

Für die Zuordnung von Erwerbstätigen zu den Erwerbstätigen mit weiterer Tätigkeit außerhalb der Landwirtschaft ist es unerheblich, ob ihre hauptsächliche Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft oder in einem anderen Beruf ausgeübt wird (z.B. selbständiger Landwirt, der zusätzlich noch als Versicherungsagent tätig ist; in einem Installationsgeschäft angestellter Schlosser, der nach Dienstsclluß oder am Wochenende auf eigene Rechnung in seinem Beruf arbeitet).

Wird eine Tätigkeit als Selbständiger und als Abhängiger ausgeübt (z.B. als selbständiger Landwirt und als Postangestellter) und kann nicht angegeben werden, welche dieser beiden Tätigkeiten als Haupterwerbstätigkeit zu betrachten ist, so gilt diejenige Tätigkeit, für die eine Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung und Rentenversicherung besteht als hauptsächliche Erwerbstätigkeit. Im obigen Beispiel ist dies die Tätigkeit als Postangestellter, d.h. diese Person rechnet nicht zu den Erwerbstätigen mit weiterer Tätigkeit außerhalb der Landwirtschaft.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERWERBSTÄTIGE MIT WEITERER TÄTIGKEIT IN DER
LANDWIRTSCHAFT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

668, 667

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Erwerbstätige, die neben ihrer
Haupterwerbstätigkeit noch eine weitere Tätigkeit in der Land-
wirtschaft ausüben.

Als weitere Tätigkeit gilt jede Tätigkeit noch so geringen
Umfangs einschl. der unentgeltlichen Mithilfe im landwirt-
schaftlichen Betrieb eines Familienangehörigen. Nicht dazu
rechnet die Hausfrauentätigkeit.

Als Haupterwerbstätigkeit zählt die Tätigkeit, für die normaler-
weise die meisten wöchentlichen Arbeitsstunden geleistet werden.

Für die Zuordnung von Erwerbstätigen zu den Erwerbstätigen mit
weiterer Tätigkeit in der Landwirtschaft ist es unerheblich,
ob ihre Haupterwerbstätigkeit ebenfalls in der Landwirtschaft
oder in einem anderen Beruf ausgeübt wird (z.B. selbständiger
Landwirt, der zusätzlich noch in einem anderen landwirtschaft-
lichen Betrieb mitarbeitet; Versicherungsangestellter, der nach
Dienstsclluß in der eigenen Landwirtschaft arbeitet).

Wird eine Tätigkeit als Selbständiger und als Abhängiger ausge-
übt (z.B. als selbständiger Landwirt und als Waldarbeiter) und
kann nicht angegeben werden, welche dieser beiden Tätigkeiten
als Haupterwerbstätigkeit zu betrachten ist, so gilt diejenige
Tätigkeit, für die eine Versicherungspflicht in der gesetzlichen
Krankenversicherung und Rentenversicherung besteht als haupt-
sächliche Erwerbstätigkeit (im vorliegenden Fall also die Tätig-
keit als Waldarbeiter).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERZEUGNISSE DER ERNÄHRUNGSINDUSTRIE, TABAKWAREN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2606, 2872

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Die Begriffe Erzeugnisse der Ernährungsindustrie, Tabakwaren sowie *Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittelindustrien* (Außenhandelsstatistik, Statistik der Außenhandelspreise, Statistik der Erzeugerpreise industrieller Produkte) sind synonym. Zu Einzelheiten siehe dort.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERZEUGNISSE DER GRUNDSTOFF- UND
PRODUKTIONSGÜTERINDUSTRIEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 3211, 497, 3153,
584, 2606, 2873Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik der
Erzeugerpreise
industrieller
Produkte

01.01.68

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Waren der Warengruppen,
-zweige und -klassen

Mineralölerzeugnisse	Warengruppe 22
Steine und Erden, Asbestwaren, Schleifmittel	" 25
Eisen und Stahl	" 27
NE-Metalle und Metallhalbzeug	" 28
Gießereierzeugnisse	" 29
Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke	Warenzweig 301
Chemische Erzeugnisse	Warengruppe 40
Flachglas	Warenklasse 5211
Glasfasern	" 5271
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz	Warengruppe 53
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	" 55
Gummiwaren	" 59

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-
statistik, Ausgabe 1975.Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Zwischen
den verschiedenen, jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen
Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bestehen gering-
fügige Abweichungen.2.1 Außenhandels-
statistik

01.01.56

B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., aber ohne Waren
der Warenklassen Flachglas und Glasfasern.2.2 Statistik der
Außenhandels-
preise

01.01.50

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach
dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden
auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenver-
zeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da
im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen,

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERZEUGNISSE DER GRUNDSTOFF- UND
PRODUKTIONSGÜTERINDUSTRIEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 3211, 497, 3153,
584, 2606, 2873Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.¹⁾

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Siehe unter 1.

- 1) Zu Einzelheiten über die Auswahl der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -zweige des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff: ERZEUGNISSE DER INVESTITIONSGÜTERINDUSTRIEN	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 3153, 584, 2606, 2874, 3211, 497
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1.1 Statistik der Erzeugerpreise industrieller Produkte	B e g r i f f s i n h a l t : Alle Waren der Waren-	
	gruppen und -zweige	
	Stahlverformung	Warenzweig 302
01.01.68	Stahlbauerzeugnisse	Warengruppe 31
	Maschinenbauerzeugnisse	" 32
1.2 Statistik der Außenhandelspreise	Straßenfahrzeuge	" 33
	Elektrotechnische Erzeugnisse	" 36
01.01.50	Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	" 37
	Eisen-, Blech- und Metallwaren	" 38
	Büromaschinen; Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	" 50

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-
statistik, Ausgabe 1975.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.¹⁾

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Zwischen
den verschiedenen, jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen
Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bestehen gering-
fügige Abweichungen.

2. Außenhandels-	B e g r i f f s i n h a l t :	Wie unter 1., aber zusätzlich
statistik		
01.01.56	Wasserfahrzeuge	Warengruppe 34
	Luft- und Raumfahrzeuge	" 35

1) Zu Einzelheiten über die Auswahl der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -zweige des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERZEUGNISSE DER INVESTITIONSGÜTERINDUSTRIEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 3153, 584, 2606,
2874, 3211, 497Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Siehe unter 1.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien und *Investitionsgüter* (Außenhandelsstatistik, Statistik der Außenhandelspreise, Produktions-Eilbericht, Statistik der Erzeugerpreise industrieller Produkte) bezeichnen unterschiedliche Tatbestände: Als Investitionsgüter gelten ausgewählte Warenarten (Sechssteller) des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, die als technisch fertig angesehen werden und überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden. Als Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien gelten dagegen ausgewählte Warengruppen (Zweisteller) des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, die überwiegend als Investitionsgüter verwendet werden. Unterschiede ergeben sich daraus, daß unterschiedliche Auswahlseinheiten angewendet werden. Die ausgewählten Warengruppen (Zweisteller) enthalten häufig Warenarten (Sechssteller), die nicht als Investitionsgüter gelten, da sie entweder als technisch nicht fertig angesehen werden (z.B. Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile) oder da sie überwiegend als Verbrauchsgüter verwendet werden (z.B. in der Warengruppe elektrotechnische Erzeugnisse die Rundfunk-, Fernseh-, phonotechnischen Geräte und Einrichtungen).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERZEUGNISSE DER LAND-, FORST-, JAGDWIRTSCHAFT
UND FISCHEREI

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

584, 3211

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Außenhandels-
statistik

01.01.56

B e g r i f f s i n h a l t : Sammelposition für Produkte
der land-, forst- und fischwirtschaftlichen Erzeugerstufe.Dazu zählen im wesentlichen: ¹⁾2. Statistik der
Außenhandels-
preise

01.01.54

lebende Tiere, Frischfisch, Eier, Honig;
Getreide, Kartoffeln, andere Hackfrüchte, Hülsenfrüchte,
Obst, Gemüse, Südfrüchte;
Ölfrüchte zur Ernährung;
Grün- und Rauhfutter;
Hopfen, Rohkaffee, Tee, Rohtabak, Wein;
lebende Pflanzen, Erzeugnisse der Ziergärtnerei,
nichtöhlhaltige Sämereien;
Wachse, Flecht- und Polsterstoffe;
Rundholz, Kork;
Rohbaumwolle und andere pflanzliche Spinnstoffe;
rohe Häute und Felle;
Rohwolle;
andere Waren tierischen Ursprungs (Haare, Federn u.ä.).

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zur Abgrenzung gegen-
über der *Ernährungswirtschaft* (Außenhandelsstatistik) siehe dort.

Zur Abgrenzung gegenüber den *landwirtschaftlichen Produkten*
(Statistik der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte)
siehe dort.

1) Zu weiteren Einzelheiten vgl. Fachserie 7, Außenhandel,
Reihe 1, Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel,
Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -zweige des
Warenverzeichnisses für die Industriestatistik und der Nummern
des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERZEUGNISSE DER NAHRUNGS- UND
GENUSSMITTELINDUSTRIEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3153, 584, 3211, 497

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik der Erzeugerpreise industrieller Produkte

01.01.68

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Waren der Warengruppen

Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes Warengruppe 68

Tabakwaren " 69

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-
statistik, Ausgabe 1975.

2. Außenhandels-
statistik

01.01.56

Dazu zählen im wesentlichen:

3. Statistik der Außenhandels-
preise

01.01.50

Mahl- und Schälmlühlenerzeugnisse, Teigwaren, Nahrungsmittel,
Stärke und Stärkeerzeugnisse, Kartoffelerzeugnisse, Brot,
Klein- und Feingebäck, Dauerbackwaren, Zucker, Süßwaren;
verarbeitetes Obst und Gemüse;Milch, Butter, Käse, Dauermilch, Milchpräparate, Schmelzkäse,
Kasein, Eis;Erzeugnisse der Ölmühlen, Margarine, Platten- und andere Nah-
rungsfette, Erzeugnisse der Talgschmelzen und Schmalzsiedereien;

Fleisch und Fleischerzeugnisse;

Fisch und Fischerzeugnisse;

Kaffeemittel, Röstkaffee, bearbeiteter Tee, teeähnliche Erzeug-
nisse, Bier, Malz, Spiritus, Spirituosen, verarbeitete Weine,
Frucht- und Obstweine, Tafelwasser und süße alkoholfreie
Erfrischungsgetränke;

Essig, Senf, Essenzen, Gewürze;

Futtermittel;

Zigaretten, Tabakfolien (Bandtabak), Zigarren, Rauch-, Kau- und
Schnupftabak.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERZEUGNISSE DER NAHRUNGS- UND
GENUSSMITTELINDUSTRIEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3153, 584, 3211, 497

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.¹⁾

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Zwischen den verschiedenen, jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bestehen geringfügige Abweichungen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittelindustrien sowie *Erzeugnisse der Ernährungsindustrie, Tabakwaren* (Außenhandelsstatistik) sind synonym.

Die Begriffe Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittelindustrien sowie *Nahrungsmittel* (Statistik der Verbraucherpreise) sind unterschiedlich abgegrenzt. Von privaten Haushalten gekaufte Nahrungsmittel sind zwar weitgehend Erzeugnisse der Nahrungsmittelindustrie, einbezogen sind aber auch Produkte, die private Haushalte direkt von der Landwirtschaft beziehen. Umgekehrt sind in den Erzeugnissen der Nahrungs- und Genußmittelindustrien Genußmittel (Tabakwaren, alkoholische Getränke, Kaffee, Tee), Futtermittel und industrielle Zwischenprodukte (z.B. Backmittel, Stärke, Zuckerrübenschnitzel, Kakaomasse, rohe Öle u.ä.) enthalten.

Zur Abgrenzung gegenüber der *Ernährungswirtschaft* (Außenhandelsstatistik) siehe dort.

-
- 1) Zu Einzelheiten über die Auswahl der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -zweige des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERZEUGNISSE DER VERARBEITENDEN INDUSTRIE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

497, 3211

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik der Erzeugerpreise industrieller Produkte 01.01.68	B e g r i f f s i n h a l t : Alle Waren der Warengruppen	
	Mineralölerzeugnisse	Warengruppe 22
	Steine, Erden, Asbestwaren, Schleifmittel	" 25
	Eisen und Stahl (Erzeugnisse der Eisenschaffenden und Ferrolegierungsindustrie)	" 27
2. Statistik der Außenhandelspreise 01.01.50	NE-Metalle und -Metallhalbzeug (einschl. Edelmetalle und deren Halbzeug)	" 28
	Gießereierzeugnisse	" 29
	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung	" 30
	Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	" 31
	Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschlepper)	" 32
	Straßenfahrzeuge	" 33
	Elektrotechnische Erzeugnisse	" 36
	Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	" 37
	Eisen-, Blech- und Metallwaren	" 38
	Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, bearbeitete Edelsteine	" 39
	Chemische Erzeugnisse	" 40
	Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	" 50
	Feinkeramische Erzeugnisse	" 51
	Glas und Glaswaren	" 52
	Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz	" 53
	Holzwaren	" 54
	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	" 55
	Papier- und Pappwaren	" 56
	Druckereierzeugnisse, Lichtpaus- und verwandte Waren	" 57
	Kunststofferzeugnisse	" 58

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERZEUGNISSE DER VERARBEITENDEN INDUSTRIE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 497, 3211

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Gummiwaren	Warengruppe 59
Leder	" 61
Lederwaren und Schuhe	" 62
Textilien	" 63
Bekleidung	" 64
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	" 68
Tabakwaren	" 69

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-
statistik, Ausgabe 1975.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.¹⁾

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Zwischen den verschiedenen jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bestehen geringfügige Abweichungen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie entsprechen der Summe der *Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien*, der *Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien*, der *Erzeugnisse der Verbrauchsgüterindustrien* und der *Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittelindustrien* (jeweils Außenhandelsstatistik, Statistik der Außenhandelspreise, Statistik der Erzeugerpreise industrieller Produkte).

Die Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie zählen zu den *industriellen Erzeugnissen* (Statistik der Außenhandelspreise).

1) Zu Einzelheiten über die Auswahl der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -zweige des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERZEUGNISSE DER VERARBEITENDEN INDUSTRIE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

497, 3211

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Diese umfassen aber zusätzlich noch die *bergbaulichen Erzeugnisse* (Statistik der Erzeugerpreise industrieller Produkte, Außenhandelsstatistik, Statistik der Außenhandelspreise).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERZEUGNISSE DER VERBRAUCHSGÜTERINDUSTRIEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 3153, 584, 2606,
2875, 3211, 497Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik der
Erzeugerpreise
industrieller
Produkte

01.01.68

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Waren der Waren-
gruppen und -klassenMusikinstrumente, Spielwaren,
Sportgeräte, Schmuck, belichtete
Filme, Füllhalter u.ä.

Warengruppe 39

Feinkeramische Erzeugnisse

" 51

Hohlglas

Warenklasse 5221

Holzwaren

Warengruppe 54

Papier- und Pappwaren

" 56

Druckereierzeugnisse, Licht-
paus- und verwandte Waren

" 57

Kunststofferzeugnisse

" 58

Leder

" 61

Lederwaren und Schuhe

" 62

Textilien

" 63

Bekleidung

" 64

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-
statistik, Ausgabe 1975.Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Zwischen
den verschiedenen, jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen
Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bestehen gering-
fügige Abweichungen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 2.

2.1 Außenhandels-
statistik

01.01.56

B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., aber statt der
Warenklasse Hohlglas die gesamte Warengruppe Glas und Glas-
waren (Warengruppe 52).2.2 Statistik der
Außenhandels-
preise

01.01.50

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach
dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden
auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenver-
zeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da
im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen,
im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien
gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung gering-

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERZEUGNISSE DER VERBRAUCHSGÜTERINDUSTRIEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 3153, 584, 2606,
2875, 3211, 497Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

füge Abweichungen ergeben.¹⁾Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Siehe
unter 1.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Erzeugnisse der Verbrauchsgüterindustrien sowie *Verbrauchsgüter* (Außenhandelsstatistik, Statistik der Außenhandelspreise, Produktions-Eilbericht, Statistik der Erzeugerpreise industrieller Produkte) bezeichnen ähnliche Tatbestände. Als Verbrauchsgüter gelten aus dem Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik ausgewählte Warenarten (Sechssteller), die als technisch fertig angesehen werden und vorwiegend als Verbrauchsgüter verwendet werden. Als Erzeugnisse der Verbrauchsgüterindustrien gelten aus dem Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik ausgewählte Warengruppen (Zweisteller) und Warenzweige (Dreisteller). Unterschiede ergeben sich daraus, daß unterschiedliche Auswahlseinheiten angewendet werden. Die ausgewählten Warengruppen (Zweisteller) enthalten häufig Warenarten (Sechssteller), die nicht als Verbrauchsgüter gelten, da sie entweder als technisch nicht fertig angesehen werden (z.B. die gesamte Warengruppe 61, Leder) oder da sie überwiegend als Investitionsgüter verwendet werden. Andererseits sind wesentliche, als Verbrauchsgüter geltende Warenarten, in den Erzeugnissen der Verbrauchsgüterindustrien nicht enthalten (z.B. Straßenfahrzeuge, elektrotechnische und chemische Verbrauchsgüter).

1) Zu Einzelheiten über die Auswahl der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -zweige des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
ERZEUGUNG (VON ELEKTRIZITÄT)	GBK - Nr(n): 487
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Erhebung bei den öffentlichen Elek- trizitätsversor- gungsunternehmen	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Von Kraftwerken der <i>Elektrizi- tätsversorgungsunternehmen</i> erbrachte Bruttoerzeugung von Elek- trizität.</p> <p>Als Elektrizitätsversorgungsunternehmen gelten Unternehmen bzw. fachliche Teile von Unternehmen, die entsprechend den gesetzli- chen Bestimmungen ¹⁾ andere Wirtschaftseinheiten mit Strom ver- sorgen und dafür eine staatliche Genehmigung haben.</p> <p>Die Bruttoerzeugung wird am Generator gemessen und schließt den Eigenverbrauch der Kraftwerke und die Verluste mit ein.</p> <p>Sie umfaßt die Erzeugung von Elektrizität aus Wasser (Laufwas- ser, Speicherwasser, Pumpspeicherung) und aus Wärme (Braunkohle, Steinkohle, Gas, Heizöl, Kernenergie u.a.).</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Erzeugung von Elektri- zität und <i>Stromabgabe an Letztverbraucher</i> (Erhebung bei den öf- fentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen) sind unterschied- lich abgegrenzt. Dabei besteht folgender Zusammenhang:</p> <p>Bruttoerzeugung von Elektrizität</p> <ul style="list-style-type: none"> - <u>Eigenverbrauch der Kraftwerke (einschl. Pumpstromverbrauch)</u> = <u>Stromabgabe der Kraftwerke an das öffentliche Netz</u> + Einfuhr - Ausfuhr + Industrie-Einspeisungen in das öffentliche Netz (ohne Durch- leitung) - <u>Netzverluste und Nichterfaßtes</u> = <u>Stromabgabe an Letztverbraucher.</u>
01.01.50 - 31.12.74	

1) Zu Einzelheiten vgl. Gesetz zur Förderung der Energiewirt-
schaft vom 13.12.1935 (RGBl. I S. 1451).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

ERZEUGUNG (VON GAS)

OFK - Nr:

GBK - Nr(n):

487

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Erhebung bei den
Gasversorgungs-
unternehmen01.01.50 -
31.12.74B e g r i f f s i n h a l t : Bruttoerzeugung der Ortsgas-
werke und der Ferngasgesellschaften.Die Bruttoerzeugung schließt den Eigenverbrauch der Ortsgas-
werke und Ferngasgesellschaften und die Verluste mit ein.B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Erzeugung von Gas und
Gasabgabe an Letztverbraucher (Erhebung bei den Gasversorgungs-
unternehmen) sind unterschiedlich abgegrenzt. Dabei besteht fol-
gender Zusammenhang:

Bruttoerzeugung der Ortsgaswerke und der Ferngasgesellschaften

- Eigenverbrauch der Ortsgaswerke und der Ferngasgesellschaften
- + Bezüge der Gasversorgungsunternehmen von Erzeugungs- und Gewinnungsunternehmen im Inland
- + von Kokereien, Erdgas- und Erdölgasgewinnungsunternehmen an Letztverbraucher abgegebenes Gas
- Verluste
- + Einfuhr
- Ausfuhr

= Gasabgabe an Letztverbraucher.

Dabei ist zu beachten, daß bei der Gasabgabe an Letztverbraucher die unterschiedlichen Gasqualitäten auf einen einheitlichen Heizwert von 8 400 kcal/m³ umgerechnet sind.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

E-TRIEBWAGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 900

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik
(Bestands- und
Betriebsstatistik)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Triebwagen, die durch Elektromotoren angetrieben werden, unabhängig davon, ob die elektrische Energie von Oberleitungen, Stromschienen oder Akkumulatoren bezogen wird.

Triebwagen sind schienengebundene Fahrzeuge, die nach ihrer Bauart zum Bewegen von Schienenfahrzeugen und zugleich für die Beförderung von Personen und/oder Gütern bestimmt sind.

Als Bestand an Triebwagen wird der Einsatzbestand angegeben. Dazu zählen elektrische Triebwagen, die der entsprechenden Eisenbahnverwaltung gehören, abzüglich der vermieteten und zuzüglich der von ihr angemieteten E-Triebwagen. Berücksichtigt werden auch kurzfristig unbenutzte betriebsfähige E-Triebwagen sowie die in Ausbesserung befindlichen, auf Ausbesserung wartenden oder in gutem oder schlechtem Zustand abgestellten oder in Reserve gehaltenen elektrischen Triebwagen.

Nicht berücksichtigt werden die elektrischen Triebwagen, die zum Verkauf, zur Zerlegung oder zur Ausmusterung abgestellt sind.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Triebwagen sind Lokomotiven (*Dampflokomotiven, Diesellokomotiven, E-Lokomotiven* - Eisenbahnstatistik) nicht für die Beförderung von Personen und/oder Gütern ausgerüstet.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

EXPRESSGUTVERKEHR

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

817

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahn-
statistik
(Statistik der
Personen- und
Güterbeförderung
auf Eisenbahnen)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Frachtpflichtige Beförderung von besonders eiligen Gütern, die besonders gekennzeichnet und verpackt sind und sich nach dem Ermessen des Versandbahnhofs zur Beförderung im Gepäckwagen eignen.

Expreßgut ist Kleingut mit in der Regel bis zu 100 kg Gewicht je Einzelstück. Expreßgut wird grundsätzlich wie Gepäck der Personenzüge befördert, sofern nicht besondere Expreßgutzüge oder -kurswagen eingerichtet sind. Sie werden daher auch abfertigungstechnisch besonders behandelt.

Expreßgut kann weder nach der Art der transportierten Güter noch nach Verkehrsbeziehungen aufgegliedert werden.

Erfaßt werden alle von Eisenbahnunternehmen (Deutsche Bundesbahn, Nichtbundeseigene Eisenbahnen) transportierten Expreßgüter, deren Versand- und/oder Empfangsort im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) liegt, sowie Expreßgutbeförderungen im *Durchgangsverkehr*.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Expreßgutverkehr werden ähnliche Güter wie im *Stückgutverkehr* (Eisenbahnstatistik) befördert. Während aber beim Expreßgutverkehr nur Gegenstände zur Beförderung zugelassen sind, die hinsichtlich Umfang, Menge und Gewicht zur Beförderung im Gepäckwagen geeignet sind, unterliegen Stückgüter diesen engen Bedingungen nicht. Sie werden außerdem nicht in Personenzügen, sondern in der Regel in Güterzügen befördert. Expreßgutverkehr und *Wagenladungsverkehr* (Eisenbahnstatistik) unterscheiden sich hinsichtlich der Dauer des Transports und hinsichtlich der Art des Transports. Wagenladungen werden weniger schnell befördert als Expreßgüter und die transportierten Güter unterliegen weniger strengen Beschränkungen hinsichtlich Verpackung, Größe und Menge.

Im Unterschied zum Expreßgutverkehr ist der *Dienstgutverkehr* (Eisenbahnstatistik) nicht frachtpflichtig.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FACHARBEITER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

422, 3684

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Monatlicher
Baubericht01.01.50 -
31.12.772. Monatsbericht
einschl. Auf-
tragseingangs-
erhebung im
Bauhauptgewer-
be (einschl.
Fertigteilbau)

01.01.77

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die in einem ar-
beitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen und die auf-
grund einer abgeschlossenen Lehre oder durch Fachkenntnisse,
die in mehrjähriger Tätigkeit erworben wurden, mit allen Ar-
beiten eines bestimmten Arbeitsgebietes vertraut sind und be-
schäftigt werden können.

Facharbeiter sind Personen, die aufgrund ihrer Fachkenntnisse
und Fähigkeiten mit Arbeiten beschäftigt werden, die als be-
sonders schwierig, verantwortungsvoll oder vielgestaltig an-
zusehen sind.

Für die Zuordnung zu den Facharbeitern ist es unerheblich, ob
ein Beschäftigter in der Angestellten- oder Arbeiterrentenver-
sicherung versichert ist.

Zu den Facharbeitern rechnen im einzelnen:
Poliere, Schachtmeister und Meister, Werkpoliere, Bauvorarbei-
ter, Spezialbaufacharbeiter, gehobene Baufacharbeiter, wie
Maurer, Betonbauer, Zimmerer, Isolierer, Gipser, nicht jedoch
Arbeiter mit angelernten Spezialtätigkeiten; ferner Baufach-
arbeiter, die ihre Berufsausbildung in Form der Stufenausbildung
mit der ersten Stufe abgeschlossen haben, Baumaschinen-Fach-
meister und -Vorarbeiter, Baumaschinenführer sowie die Gruppe
der Baumaschinenwarte und Kraftfahrer.

Nach dem Anhang zum Bundesrahmentarifvertrag für das Baugewerbe
umfaßt diese Gliederung die Berufsgruppen I - IV 3, V 1,
M I - M III und M IV 1.1)

Für die Zuordnung der Beschäftigten zu den verschiedenen Gruppen
wird in Zweifelsfällen nicht die Tarifgruppe, nach der sie be-
zahlt werden, sondern die Art der Tätigkeit (die Tätigkeits-
merkmale) zugrunde gelegt.

1) "Berufsgruppen für die Berufe des Baugewerbes", Anhang zum
Bundesrahmentarifvertrag für das Baugewerbe, gültig ab
1.7.1978.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
FACHARBEITER	GBK - Nr(n):
	422, 3684
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
	<p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis zum 30.6.1978 rechneten zu den Facharbeitern die in der Rentenversicherung der Angestellten versicherungspflichtigen Poliere, Schachtmeister und Meister sowie die in den Tarifverträgen für das Baugewerbe festgelegten Berufsgruppen I - III c. Dazu zählen Hilfspolier, Hilfsmeister, Fachvorarbeiter (Tarifberufsgruppe I und II), Maurer, Betonbauer, Zimmerer, übrige Baufacharbeiter wie Dachdecker, Isolierer, Gipser, Stukkateure usw. sowie sonstige Facharbeiter nach Berufsgruppe III a - c (z.B. Kran- und Baggerführer).¹⁾ Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse ist aber durch diese Änderung der Berufsgruppen nicht beeinträchtigt worden.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Während zu den Facharbeitern Personen mit abgeschlossener Lehre oder mit durch mehrjährige Tätigkeit erworbenen Kenntnissen zählen, rechnen zu den <i>Fachwerkern und Werkern</i> (Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)) vor allem Arbeiter, die angelernte Spezialtätigkeiten ausüben oder bestimmte Tätigkeitsmerkmale solcher Tätigkeiten erfüllen sowie Arbeiter, die einfache Bauarbeiten verrichten.</p> <p>Zu den <i>Arbeitern</i> (Volks- und Berufszählung 1970, Arbeitsstättenzählung 1970, Monatlicher Industriebericht, Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen, Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes) rechnen neben den Facharbeitern u.a. auch angelernte und ungelernte Arbeiter sowie Hilfsarbeiter.</p> <p>Für die Zuordnung von Personen zu den Arbeitern ist in der Volks- und Berufszählung 1970 die Art der ausgeübten Tätigkeit und nicht, wie in den anderen oben genannten Statistiken, die Beitragspflicht zur Arbeiterrentenversicherung maßgebend.</p> <p>¹⁾ Bundesrahmentarifvertrag für das Baugewerbe vom 1.4.1971 sowie gültiger Anhang "Begriffsbestimmungen und Berufsbilder für die Berufe der deutschen Bauwirtschaft".</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: FACHARBEITER	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 422, 3684
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Unterschiede zwischen Zahlen über Arbeiter in der Volks- und Berufszählung 1970 und den Zahlen über Facharbeiter in den o.g. Statistiken für das Baugewerbe ergeben sich u.a. auch daraus, daß Facharbeiter in mehreren Betrieben beschäftigt sein und deshalb mehrfach erfaßt und nachgewiesen werden können. In der Volks- und Berufszählung 1970 wird jeder Arbeiter nur einmal erfaßt, da die einzelne Person und nicht der Betrieb die Erhebungseinheit ist.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FACHÄRZTE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

400

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Berufe
des Gesundheits-
wesens
01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Berufstätige Ärzte mit abgeschlossener Facharztausbildung, die auf einem der erfaßten Fachgebiete tätig sind.

Einbezogen werden Fachärzte im Besitz einer Approbation (oder Bestallung nach altem Recht), sofern die Approbation (bzw. Bestallung) nicht ruht, sowie Fachärzte im Besitz einer Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung des ärztlichen Berufs.¹⁾

Ärzte für Allgemeinmedizin, Ärzte in der Weiterbildung zum Facharzt sowie Fachärzte, deren Fachgebiet nicht erfaßt wird, werden nicht zu den Fachärzten, sondern zu den Ärzten ohne Facharztstätigkeit gerechnet.

1) Zu Einzelheiten siehe Bundesärzteordnung i.d.F. v. 14.10.1977 (BGBl. I S 1885).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FACHWERKER UND WERKER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

422, 3684

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Monatlicher
Baubericht01.01.50 -
31.12.77

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen und den Berufsgruppen IV 4, V 2, VI, VII, M IV 2 und 3, M V und M VI des Anhangs zum Bundesrahmentarifvertrag für das Baugewerbe zugeordnet sind.¹⁾

2. Monatsbericht
einschl. Auf-
tragseingangs-
erhebung im
Bauhauptgewer-
be (einschl.
Fertigteilbau)

01.01.77

Zu ihnen zählen Arbeiter, die angelernte Spezialtätigkeiten ausüben oder bestimmte Tätigkeitsmerkmale solcher Tätigkeiten erfüllen; ferner Kraftfahrer, die lediglich über Fahrpraxis verfügen, Baumaschinisten und Maschinenfachwerker sowie Arbeiter, die einfache Bauarbeiten verrichten.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. März 1971 wurden die Fachwerker und Werker als Helfer und Hilfsarbeiter bezeichnet.

Bis zum 30.6.1978 rechneten zu den Fachwerkern und Werkern Personen, die den Berufsgruppen IV und V der Tarifverträge für das Baugewerbe zugeordnet waren.²⁾

Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse ist aber durch die beiden Änderungen der Berufsgruppen nicht beeinträchtigt worden.

Zu den Fachwerkern (Tarifberufsgruppe V) rechneten Arbeiter, die mindestens 22 Jahre alt waren und im Rahmen der betrieblichen Aufsteckungsmöglichkeiten aufgrund ihrer Eignung aus der Gruppe V(Werker) ausgewählt wurden. Sie hatten die Fertigkeiten und Kenntnisse für einen bestimmten Beruf während einer vorgeschriebenen Einarbeitungszeit erworben. Zu ihnen zählten z.B. Mörtelbereiter, Eisenbieger und -flechter, Einschaler im Beton- und Eisenbetonbau, Baumaschinisten und Verputzer.

1) "Berufsgruppen für die Berufe des Baugewerbes", Anhang zum Bundesrahmentarifvertrag für das Baugewerbe, gültig ab 1.7.1978.

2) Bundesrahmentarifvertrag für das Baugewerbe vom 1.4.1971 sowie gültiger Anhang "Begriffsbestimmungen und Berufsbilder für die Berufe der deutschen Bauwirtschaft".

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FACHWERKER UND WERKER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

422, 3684

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Während zu den Fachwerkern und Werkern vor allem Arbeiter rechnen, die angelernte Spezialtätigkeiten ausüben oder bestimmte Tätigkeitsmerkmale solcher Tätigkeiten erfüllen, sowie Arbeiter, die einfache Bauarbeiten verrichten, zählen zu den *Facharbeitern* (Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)) Personen mit abgeschlossener Lehre oder mit durch mehrjährige Tätigkeit erworbenen Kenntnissen.

Zu den *Arbeitern* (Volks- und Berufszählung 1970, Arbeitsstättenzählung 1970, Monatlicher Industriebericht, Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen, Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes) rechnen neben Fachwerkern und Werkern u.a. auch die *Facharbeiter*. Für die Zuordnung zu den *Arbeitern* ist in der Volks- und Berufszählung 1970 die Art der ausgeübten Tätigkeit, in den anderen oben genannten Statistiken die Beitragspflicht zur Arbeiterrentenversicherung maßgebend.

Unterschiede zwischen Zahlen über Arbeiter in der Volks- und Berufszählung 1970 und den Zahlen über Fachwerker und Werker in den o.g. Statistiken für das Baugewerbe ergeben sich u.a. auch daraus, daß Fachwerker und Werker in mehreren Betrieben beschäftigt sein und deshalb mehrfach erfaßt und nachgewiesen werden können. In der Volks- und Berufszählung 1970 wird jeder Arbeiter nur einmal erfaßt, da die einzelne Person und nicht der Betrieb die Erhebungseinheit ist.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FÄHR-, FÖRDE- UND BÄDERSCHIFFE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 912

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des
Bestandes an
Seeschiffen01.01.51 -
31.12.70

B e g r i f f s i n h a l t : In die Seeschiffsregister eingetragene Schiffe, die dem Transport von Personen und/oder zum Übersetzen von Fahrzeugen aller Art gegen Entgelt dienen, ohne *Fahrgastschiffe* mit Kabinen.

In die Seeschiffsregister werden Schiffe eingetragen, die für die Schifffahrt außerhalb von Binnengewässern (Flüssen, Kanälen und geschlossenen Seen) bestimmt sind und einen Raumgehalt von mehr als 17,65 BRT haben.

Zu den Fähr-, Förde- und Bäderschiffen zählen neben den Fähren und Fahrgastschiffen ohne Kabinen auch Ausflugsboote und Sportangelfahrzeuge.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Fähr-, Förde- und Bäderschiffen werden bei den Fahrgastschiffen (Statistik des Bestandes an Seeschiffen) ausschließlich Fahrgastschiffe mit Kabinen nachgewiesen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: FAHRGASTSCHIFFE	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 919, 3151

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Alle folgenden
Statistiken der
Binnen- und See-
schifffahrt

B e g r i f f s i n h a l t : Binnen- oder Seeschiffe, auf denen Personen befördert werden.

1. Statistik des
Bestandes an
Binnenschiffen
01.01.61

B e g r i f f s i n h a l t : Erfast werden die Fahrgast-
schiffe, die in die Binnenschiffsregister eingetragen sind.

Die Schiffe müssen über mindestens 37 KW (50 PS) Maschinenleistung verfügen und für die Schifffahrt auf Binnengewässern (Flüssen, Kanälen und geschlossenen Seen) bestimmt sein.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Seit 1973 sind in der Position Fahrgastschiffe auch die Schiffe auf geschlossenen Seen enthalten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 2. und 3.

2. Statistik über
die Unternehmen
in der Binnen-
schifffahrt
01.01.70

B e g r i f f s i n h a l t : Erfast werden die Fahrgast-
schiffe, die zum verfügbaren Bestand der Unternehmen der Binnenschifffahrt gehören.

Der verfügbare Bestand umfaßt die eigenen Schiffe, zuzüglich der gemieteten und abzüglich der vermieteten Fahrgastschiffe.

Zu den Unternehmen der Binnenschifffahrt zählen hier alle Unternehmen, die in irgendeiner Form Binnenschifffahrt betreiben, gleichgültig ob ihr wirtschaftlicher Schwerpunkt in der gewerblichen Binnenschifffahrt liegt oder nicht oder ob die Unternehmen Binnenschifffahrt nur im Werkverkehr betreiben.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Der Bestand an Fahrgastschiffen in der Unternehmensstatistik der Binnenschifffahrt ist nicht unmittelbar vergleichbar mit dem der Bestandsstatistik: Zum einen werden die Erhebungen an verschiedenen Stichtagen durchgeführt, zum anderen erfaßt die Bestandsstatistik - im Unterschied zur Unternehmensstatistik - auch die an das Ausland vermieteten, jedoch nicht die vom Ausland gemieteten Schiffe sowie Schiffe, die als endgültig verloren oder ausbesserungsunfähig anzusehen sind, aber nicht im Register gelöscht wurden.

Siehe auch unter 3.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FAHRGASTSCHIFFE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

919, 3151

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

3. Statistik des
Bestandes an
Seeschiffen

01.01.51

B e g r i f f s i n h a l t : Erfaßt werden Fahrgastschiffe, die unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland fahren und über mehr als 17,65 BRT Raumgehalt verfügen.

Unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland können u.a. auch Seeschiffe fahren, die von deutschen Reedern auf Bare-Boat-Basis aus dem Ausland gechartert wurden. Entsprechend fahren auf Bare-Boat-Basis an das Ausland vercharterte Schiffe im allgemeinen nicht unter deutscher Flagge.

Die Fahrgastschiffe umfassen im einzelnen Fahrgastschiffe mit und ohne Kabinen, Fahrgastschiffe mit Massenquartieren, Fracht-Fahrgastschiffe mit Kabinen für mindestens 12 Personen, Sportangelfahrzeuge und Ausflugsboote.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Fahrgastschiffe umfassen bis einschl. 1970 lediglich Fahrgastschiffe mit Kabinen, Fahrgastschiffe mit Massenquartieren sowie Fracht-Fahrgastschiffe mit Kabinen für mindestens 12 Personen.

Bis einschl. 1973 wurden die Fahrgastschiffe erfaßt, die in die deutschen Seeschiffsregister eingetragen waren, unabhängig davon ob sie unter deutscher Flagge fuhren.

In die Seeschiffsregister werden Schiffe eingetragen, die für die Schifffahrt außerhalb von Binnengewässern (Flüssen, Kanälen und geschlossenen Seen) bestimmt sind, die einen Raumgehalt von mehr als 17,65 BRT haben und deren Eigentümer Deutsche sind (natürliche und juristische Personen).

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Fahrgastschiffe der Seeschifffahrt unterscheiden sich von denen der Binnenschifffahrt durch ihr Einsatzgebiet und die durch Vorschriften bedingte unterschiedliche technische Ausrüstung.

Außerdem werden in der Statistik des Bestandes an Seeschiffen Fahrgastschiffe erfaßt, die die Bundesflagge führen, in der Statistik des Bestandes an Binnenschiffen Fahrgastschiffe, die in die Binnenschiffsregister eingetragen sind.

Im Unterschied zu den Fahrgastschiffen werden bei den Fähr-, Förde- und Bäderschiffen (Statistik des Bestandes an Seeschiffen) ausschließlich Fahrgastschiffe ohne Kabinen nachgewiesen.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

FAHRZEUGBESTAND

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

849, 831

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik des
Kraftfahrzeug-
und Kraftfahr-
zeuganhänger-
bestandes

01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t : Zahl der zugelassenen
oder nur vorübergehend, d.h. bis zu einem Jahr, abgemeldeten
Kraftfahrzeuge und *Kraftfahrzeuganhänger*.

Die Zulassung erfolgt durch die Zuteilung eines amtlichen
Kennzeichens sowie die Erteilung einer Betriebserlaubnis,
die allerdings bei Serienfahrzeugen durch die allgemeine
Betriebserlaubnis für den Fahrzeugtyp als bereits erteilt
gilt.

Der Fahrzeugbestand wird nach Fahrzeughaltern gegliedert.
Als Fahrzeughalter gilt derjenige, auf den das Fahrzeug
zugelassen wird. Halter und Eigentümer eines Fahrzeugs
müssen nicht identisch sein.

2. Statistik der
Personenbeför-
derung im
Straßenverkehr

01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t : Zahl der verfügbaren
Fahrzeuge bei den Unternehmen, die genehmigungspflichtigen
Verkehr nach dem Personenbeförderungsgesetz¹⁾ betreiben.

Als Fahrzeuge im Sinne dieser Statistik gelten:
Trieb- und Beiwagen von *Straßenbahnen* und *Stadtschnellbahnen*,
Obus-Triebwagen, *Kraftomnibusse* sowie *Personenkraftwagen* mit
Genehmigung für den *Linienverkehr* und *Personenkraftwagen*
mit genau 8 Fahrgastplätzen, soweit sie bei Unternehmen des
Kraftomnibusverkehrs im *Gelegenheitsverkehr* eingesetzt werden.

Als verfügbar gelten die eigenen zuzüglich der angemieteten
und abzüglich der vermieteten Fahrzeuge. Jedes am Erhebungs-
stichtag auch nur stundenweise angemietete Fahrzeug wird ein-
bezogen, während jedes am Stichtag - und sei es nur für Stun-
den - vermietete Fahrzeug von der Erfassung ausgeschlossen
wird.

1) Vgl. Personenbeförderungsgesetz v. 21.3.1961 (BGBl. I
S. 241) und nachfolgende Änderungsgesetze.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

FAMILIEN

GBK - Nr(n):

2560

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Personengemeinschaften, die im gleichen Haushalt wohnen und zu einer der folgenden Kategorien gehören:

- Ehepaare ohne in der Familie lebende ledige Kinder,
- Eltern mit in der Familie lebenden ledigen Kindern,
- Ehepaare ohne im Haushalt lebende Kinder, aber mit ledigen Enkeln,
- verwitwete, geschiedene oder verheiratete, aber getrennt lebende Personen ohne im Haushalt lebende ledige Kinder (Einpersonenfamilien),
- Elternteile (ledige, verwitwete, geschiedene oder verheiratete, aber getrennt lebende Personen) mit ledigen Kindern.

Die Zusammenfassung von Haushaltsmitgliedern zu Familien erfolgt zur näheren Kennzeichnung der verwandtschaftlichen Beziehung, insbesondere des Generationenverhältnisses, zwischen den Personen eines *Privathaushalts*.

Als Kinder bzw. Enkel gelten ledige Personen ohne Rücksicht auf ihr Alter, die ohne eigene Kinder, aber mit ihren Eltern, Elternteilen oder Großeltern in einem Haushalt wohnen, einschl. der Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder.

Ausgehend vom Familienstand und dem Vorhandensein von Kindern werden acht *Familientypen* und eine (Rest-)Position *nicht familienangehörige ledige Personen* gebildet.

Bei der Zuordnung von Personen zu Familien wird von der *Bevölkerung am Familienwohnsitz* ausgegangen, wodurch Mehrfacherfassungen von Personen mit mehr als einem Wohnsitz weitgehend ausgeschlossen werden. Zu Einzelheiten siehe dort.

Da die Abgrenzung der Familie enger ist als die des Privathaushalts, ist es möglich, daß in einem Haushalt mehrere Familien wohnen. Leben z.B. drei Generationen in einem Haushalt, so können die beiden jüngsten eine Familie vom Typ "Ehepaare mit in der Familie lebenden ledigen Kindern" und die Großeltern eine Familie vom Typ "Ehepaare ohne in der Familie lebende ledige Kinder" bilden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FAMILIEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2560

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Familien, deren Abgrenzung vorwiegend auf einer verwandtschaftlichen Beziehung beruht, stellen die *Privathaushalte* (Volks- und Berufszählung 1970, Mikrozensus) Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften dar. In einem Privathaushalt können daher mehrere Familien wohnen (z.B. ein Ehepaar, das mit den Eltern des einen Ehepartners zusammenwohnt); im Grenzfall kann sogar jedes Haushaltsmitglied eine eigene Familie bilden (z.B. zusammenwohnende Geschwister). Verwandte, die in verschiedenen Privathaushalten wohnen, können andererseits nicht zu einer Familie zusammengefaßt werden. Daher kann eine Familie nie größer als der Privathaushalt sein, dem die Familie angehört. Diese Abgrenzung führt daher zu einer geringeren Zahl von Privathaushalten als Familien.

Jedoch ist zu beachten, daß bei der Zuordnung von Personen zu Familien von der Bevölkerung am Familienwohnsitz, bei der Zuordnung von Personen zu Privathaushalten von der Bevölkerung in Privathaushaltenausgegangen wird. Bestimmte Personen mit mehr als einem Wohnsitz können bei der Bevölkerung am Familienwohnsitz nur einmal berücksichtigt, bei der Bevölkerung in Privathaushalten aber mehrfach gezählt werden. Dadurch erhöht sich andererseits die Zahl der Haushaltsmitglieder und der Privathaushalte, verglichen mit der Zahl der Familienmitglieder und der Familien.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FAMILIENARBEITSKRÄFTE, IM BETRIEB EINSCHL. HAUSHALT DES BETRIEBSINHABERS BESCHÄFTIGT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2693, 2694

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Landwirtschafts-
zählung 1971

B e g r i f f s i n h a l t : Betriebsinhaber und ihre auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen im Alter von 14 Jahren und darüber, die im Berichtszeitraum im Arbeitsbereich "Betrieb" bzw. im Arbeitsbereich "Haushalt des Betriebsinhabers" bzw. in diesen beiden Arbeitsbereichen beschäftigt waren.

Zu den betrieblichen Arbeiten rechnen alle im Berichtszeitraum für den *landwirtschaftlichen Betrieb* geleisteten Arbeiten, z.B. Feld-, Hof-, Stallarbeiten (einschl. Melken), Transportarbeiten für den Absatz selbsterzeugter landwirtschaftlicher Produkte bzw. für den Bezug von Betriebsmitteln, Betriebsführung, ferner Tätigkeit für die zum Betrieb gehörenden Waldflächen und verarbeitenden Nebenbetriebe.

Als Arbeiten für den Haushalt des Betriebsinhabers gelten alle Arbeiten für die Beköstigung und Versorgung der im Berichtszeitraum auf dem Betrieb lebenden Personen.

Nachgewiesen werden auch die im Betrieb einschl. Haushalt des Betriebsinhabers vollbeschäftigten Familienarbeitskräfte. Dazu zählen

- Familienarbeitskräfte, die in einem der beiden Arbeitsbereiche mindestens 47 Wochen mit durchschnittlich mindestens 45 Stunden je Woche beschäftigt waren;
- Familienarbeitskräfte, für die die Zusammenrechnung der Arbeitszeiten in beiden Arbeitsbereichen mindestens 2 115 Arbeitsstunden (regelmäßig beschäftigt: 47 Wochen mal 45 Stunden/Woche; unregelmäßig beschäftigt: 1 Arbeitstag = 9 Stunden) ergibt, sofern sie in mindestens einem der beiden Arbeitsbereiche 47 Wochen tätig waren;
- Familienarbeitskräfte, für die die Zusammenrechnung der in beiden Arbeitsbereichen in unregelmäßiger Beschäftigung geleisteten Arbeitstage mindestens 275 Arbeitstage ergibt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FAMILIENARBEITSKRÄFTE (IM ERHEBUNGSMONAT)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2252

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Arbeitskräfte
in der Land-
wirtschaft

01.07.64

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die mindestens 14 Jahre alt sind und landwirtschaftliche Betriebe entweder als Betriebsinhaber leiten oder als deren Familienangehörige im Betrieb (ohne Haushalt des Betriebsinhabers) mitarbeiten.

Betriebsinhaber ist diejenige natürliche Person, für deren Rechnung der Betrieb bewirtschaftet wird.

Zu den Familienangehörigen rechnen alle Familienangehörigen einschl. der Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers bzw. dessen Ehefrau, die während des Berichtsmonates, wenn auch nur vorübergehend, dem mit dem landwirtschaftlichen Betrieb räumlich verbundenen Haushalt des Betriebsinhabers angehören. Einbezogen sind ferner Verwandte und Verschwägte des Betriebsinhabers bzw. dessen Ehefrau, die im Berichtsmonat einem anderen, räumlich mit dem Betrieb verbundenen Haushalt angehören, sofern ihre Verpflegung überwiegend von landwirtschaftlichen Betrieben bezogen wird.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1967 wurden auch Arbeitskräfte des genannten Personenkreises mitgezählt, die im landwirtschaftlichen Betrieb einschl. Haushalt des Betriebsinhabers tätig waren.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Familienarbeitskräften umfassen die *Familienarbeitskräfte und ständigen familienfremden Arbeitskräfte* (Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft) auch familienfremde Personen, die in einem unbefristeten oder auf mindestens drei Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum landwirtschaftlichen Betrieb stehen. Die Familienarbeitskräfte und ständigen familienfremden Arbeitskräfte werden in der Statistischen Datenbank außerdem im Jahresdurchschnitt nachgewiesen.

Bei den *nichtständigen familienfremden Arbeitskräften* (Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft) handelt es sich im Gegensatz zu den Familienarbeitskräften um familienfremde Personen, die in einem auf weniger als drei Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum landwirtschaftlichen Betrieb stehen. Die nichtständigen familienfremden Arbeitskräfte werden in der Statistischen Datenbank außerdem im Jahresdurchschnitt nachgewiesen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FAMILIENARBEITSKRÄFTE (IM ERHEBUNGSMONAT)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2252

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Im Unterschied zu den Familienarbeitskräften umfassen die *Mithelfenden Familienangehörigen* (Volks- und Berufszählung 1970, Arbeitsstättenzählung 1970, Mikrozensus) nicht die Betriebs-, Unternehmens- oder Arbeitsstätteninhaber. Für die Zuordnung zu den Mithelfenden Familienangehörigen ist es außerdem unerheblich, ob sie mit dem Betriebs-, Unternehmens- oder Arbeitsstätteninhaber im gleichen Haushalt leben. Familienangehörige, die in einem Lohn- oder Gehaltsverhältnis zum Betrieb (Unternehmen, Arbeitsstätte) stehen, zählen im Gegensatz zu den Familienarbeitskräften nicht zu den Mithelfenden Familienangehörigen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FAMILIENARBEITSKRÄFTE, MIT BETRIEBLICHEN ARBEITEN
(OHNE HAUSHALT DES BETRIEBSINHABERS) BESCHÄFTIGT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2693, 2696

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Landwirtschafts-
zählung 1971

B e g r i f f s i n h a l t : Betriebsinhaber und ihre auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen im Alter von 14 Jahren und darüber, die im Berichtszeitraum im Arbeitsbereich "Betrieb (ohne Haushalt des Betriebsinhabers)" beschäftigt waren.

Zu den betrieblichen Arbeiten rechnen alle im Berichtszeitraum für den *landwirtschaftlichen Betrieb* geleisteten Arbeiten, z.B. Feld-, Hof-, Stallarbeiten (einschl. Melken), Transportarbeiten für den Absatz selbsterzeugter landwirtschaftlicher Produkte bzw. für den Bezug von Betriebsmitteln, Betriebsführung, ferner Tätigkeiten für die zum Betrieb gehörenden Waldflächen und verarbeitenden Nebenbetriebe.

Nachgewiesen werden auch die mit betrieblichen Arbeiten voll- und teilbeschäftigten Familienarbeitskräfte. Eine Familienarbeitskraft gilt in der Landwirtschaftszählung 1971 als vollbeschäftigt, wenn sie im Berichtszeitraum im Arbeitsbereich "Betrieb" mindestens 47 Wochen mit durchschnittlich mindestens 45 Stunden je Woche beschäftigt war.

Eine mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Familienarbeitskraft gilt als teilbeschäftigt, wenn sie die o.g. Mindestzeiten für vollbeschäftigte Arbeitskräfte in der Zahl der Arbeitswochen und/oder der Zahl der Arbeitsstunden im Durchschnitt je Woche nicht erreicht (einschl. der unregelmäßig Beschäftigten).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:		DFK - Nr:
FAMILIENARBEITSKRÄFTE UND STÄNDIGE FAMILIENFREMDE ARBEITSKRÄFTE (IM JAHRESDURCHSCHNITT)		GBK - Nr(n): 2250
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen	
Statistik der Arbeitskräfte in der Land- wirtschaft 01.07.64	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die mindestens 14 Jahre alt und in landwirtschaftlichen Betrieben (ohne Haushalt des Betriebsinhabers) beschäftigt sind und entweder den Betrieb als Betriebsinhaber leiten oder als deren Familienangehörige im Betrieb mitarbeiten oder als familienfremde Personen in einem auf mindestens drei Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb stehen.</p> <p>Betriebsinhaber ist diejenige natürliche Person, für deren Rechnung der Betrieb bewirtschaftet wird.</p> <p>Zu den Familienangehörigen rechnen alle Familienangehörigen einschl. der Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers bzw. dessen Ehefrau, die während des Berichtszeitraumes, wenn auch nur vorübergehend, dem mit dem landwirtschaftlichen Betrieb räumlich verbundenen Haushalt des Betriebsinhabers angehören. Einbezogen sind ferner Verwandte und Verschwägte des Betriebsinhabers bzw. dessen Ehefrau, die im Berichtszeitraum einem anderen, räumlich mit dem Betrieb verbundenen Haushalt angehören, sofern ihre Verpflegung überwiegend vom landwirtschaftlichen Betrieb bezogen wird.</p> <p>Als familienfremde Arbeitskräfte gelten Personen, die nicht zu den Betriebsinhabern oder deren Familienangehörigen zählen. Einbezogen sind auch Verwandte und Verschwägte des Betriebsinhabers bzw. dessen Ehefrau, sofern sie nicht im Haushalt des Betriebsinhabers leben. Für die Zuordnung zu den ständigen familienfremden Arbeitskräften ist es außerdem erforderlich, daß der genannte Personenkreis in einem auf mindestens drei Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb steht.</p> <p>Die Zahl der Familienarbeitskräfte und ständigen familienfremden Arbeitskräfte im Jahresdurchschnitt (Wirtschaftsjahr) wird als arithmetisches Mittel aus den Zahlen der Familienarbeitskräfte und ständigen familienfremden Arbeitskräfte in den einzelnen Berichtsmonaten ermittelt.</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1967 wurden auch Arbeitskräfte des genannten Personenkreises mitgezählt, die im landwirtschaftlichen Betriebeinschl. Haushalt des Betriebsinhabers tätig waren.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Familienarbeitskräften und ständig familienfremden Arbeitskräften umfassen die <i>Familienarbeitskräfte</i> (Statistik der Arbeits-</p>	

- 2 -

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FAMILIENARBEITSKRÄFTE UND STÄNDIGE FAMILIENFREMD
ARBEITSKRÄFTE (IM JAHRESDURCHSCHNITT)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2250

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

kräfte in der Landwirtschaft) nur die Betriebsinhaber und ihre Familienangehörigen, die im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigt sind. Die Familienarbeitskräfte werden in der Statistischen Datenbank außerdem im Erhebungsmonat nachgewiesen.

Zu den *nichtständigen familienfremden Arbeitskräften* (Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft) zählen im Gegensatz zu den Familienarbeitskräften und ständig familienfremden Arbeitskräften nur jene familienfremden Arbeitskräfte, die in einem auf weniger als drei Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb stehen. Beide genannten Personenkreise werden in der Statistischen Datenbank im Jahresdurchschnitt nachgewiesen.

Die Begriffe Familienarbeitskräfte und ständige familienfremde Arbeitskräfte sowie *Tätige Personen* (Bereichsstatistiken, Arbeitsstättenzählung 1970), *Tätige Personen in der Binnenschiffahrt* (Statistik über die Unternehmen in der Binnenschiffahrt), *Tätige Personen im Schienenverkehr* (Eisenbahnstatistik), *Tätige Personen im Straßenpersonenverkehr* (Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr) und *Beschäftigte, die in der Luftfahrt tätig sind* (Statistik der Luftfahrtunternehmen) sind nicht unmittelbar vergleichbar. Während die Tätigen Personen in den o.g. Bereichsstatistiken vorwiegend nach ihrer Stellung im Betrieb (Tätige Inhaber, Mithelfende Familienangehörige, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Auszubildende) unterschieden werden, ist für die Zuordnung zu den Familienarbeitskräften und ständigen familienfremden Arbeitskräften insbesondere die Familienzugehörigkeit und die Dauer des Arbeitsverhältnisses maßgebend. Daraus ergeben sich u.a. folgende Unterschiede:

Die Tätigen Personen bzw. die Beschäftigten in den o.g. Statistiken umfassen auch jene Personen, deren Arbeitsvertrags- bzw. Dienstverhältnis zum Betrieb (Unternehmen, Arbeitsstätte) auf weniger als drei Monate begrenzt ist. Unterschiede ergeben sich auch bei der Einbeziehung der unbezahlt Mithelfenden Familienangehörigen. Während sie in die Familienarbeitskräfte und ständigen familienfremden Arbeitskräfte ohne Berücksichtigung der von ihnen geleisteten Arbeitszeit einbezogen werden, können für die Bereichsstatistiken, die Arbeitsstättenzählung 1970 und die Verkehrsstatistiken folgende Fälle unterschieden werden:

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FAMILIENARBEITSKRÄFTE UND STÄNDIGE FAMILIENFREMDE
ARBEITSKRÄFTE (IM JAHRESDURCHSCHNITT)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2250

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- a) Sie werden ohne Berücksichtigung der von ihnen geleisteten Arbeitszeit erfaßt (z.B. Arbeitsstättenzählung 1970)
- b) Sie werden nur dann erhoben, wenn sie mindestens ein Drittel der betriebsüblichen Arbeitszeit tätig sind (z.B. Monatlicher Industriebericht, Totalerhebung im Bauhauptgewerbe)
- c) Sie werden nicht erfaßt bzw. können in bestimmten Bereichen überhaupt nicht auftreten (z.B. Eisenbahnstatistik).

Für die Zuordnung zu den Familienangehörigen in der Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft ist es im Unterschied zu den Bereichsstatistiken außerdem erforderlich, daß diese Personen während des Berichtszeitraums im Haushalt des Betriebsinhabers leben. Unerheblich ist dabei, ob die Familienangehörigen entgeltlich oder unentgeltlich im Betrieb mitarbeiten. In den Bereichsstatistiken hingegen zählen mithelfende Familienangehörige, die in einem Lohn- oder Gehaltsverhältnis zum Betrieb (Unternehmen, Arbeitsstätte) stehen, zu den Arbeitern bzw. zu den Angestellten.

Zu den familienfremden Arbeitskräften in der Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft rechnen auch Verwandte und Verschwägerter des Betriebsinhabers, sofern sie nicht im Haushalt des Betriebsinhabers leben. Unerheblich ist dabei, ob diese Personen entgeltlich oder unentgeltlich im Betrieb mitarbeiten.

Zur Abgrenzung der Familienarbeitskräfte und ständigen familienfremden Arbeitskräfte gegenüber den *Erwerbstätigen* (Volks- und Berufszählung 1970) siehe unter *Tätige Personen*.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FAMILIENSTAND

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

556, 2522, 3349

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Volks- und Be-
rufszählung 19702. Fortschreibung
des Bevölke-
rungsstandes

01.01.50

3. Mikrozensus

01.01.64 -
31.12.71

B e g r i f f s i n h a l t : Zugehörigkeit von Personen
zu einer der folgenden vier Gruppen: Ledige, Verheiratete,
Verwitwete oder Geschiedene.

Personen, deren Ehegatte vermißt, aber noch nicht für tot
erklärt worden ist, gelten als verheiratet, Personen, deren
Ehegatte für tot erklärt worden ist, als verwitwet. Per-
sonen, deren Ehe durch ein Gerichtsurteil aufgehoben worden
ist, gelten als geschieden. Personen, deren Ehe als nichtig
erklärt worden ist, werden mit ihrem Familienstand vor der
Eheschließung erfaßt.

Leben die Ehepartner getrennt, ohne daß eine gerichtliche
Scheidung ausgesprochen ist, sind sie als verheiratet an-
zusehen, ebenso alle in Scheidung lebenden Personen, so-
lange das Scheidungsurteil noch nicht vorliegt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FAMILIENTYPEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2577

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Zur Kennzeichnung der verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den in einem *Privathaushalt* wohnenden Personen werden die Haushaltsmitglieder bestimmten Typen von *Familien* zugeordnet.

Im einzelnen werden folgende Familientypen unterschieden:

F 1: Ehepaare ohne in der Familie lebende ledige Kinder:

Hierzu rechnen sowohl kinderlose Ehepaare als auch Ehepaare, deren Kinder und/oder ggf. Enkel nicht (mehr) im gleichen Privathaushalt wohnen.

F 2: Ehepaare mit in der Familie lebenden ledigen Kindern (evtl. zusätzlich mit ledigen Enkeln, sofern die Eltern dieser Enkel nicht in der Familie leben).

F 3: Ehepaare ohne ledige Kinder, aber mit ledigen Enkeln.

F 4: Verwitwete oder geschiedene Personen ohne ledige Kinder bzw. ledige Enkel.

F 5: Verwitwete oder geschiedene Personen mit in der Familie lebenden ledigen Kindern und/oder ledigen Enkeln, sofern die Eltern oder ein Elternteil dieser Enkel nicht in der Familie leben.

F 6: Ledige Personen mit ledigen Kindern bzw. ledigen Enkeln, sofern die Eltern oder ein Elternteil dieser Enkel nicht in der Familie leben.

F 7: Verheiratete Personen, die keine Angaben über ihren Ehepartner gemacht haben, ohne in der Familie lebende ledige Kinder:

Hierzu rechnen nicht Personen, die eine weitere im Bundesgebiet gelegene Wohnung oder Unterkunft haben. Es wird davon ausgegangen, daß es sich bei der weiteren Wohnung oder Unterkunft um den Wohnsitz der Familienangehörigen handelt. Durch diese Zuordnung soll erreicht werden, daß Wochenendpendler und ähnliche Personen nur am Wohnsitz ihrer Familienangehörigen berücksichtigt werden.

F 8: Verheiratete Personen, die keine Angaben über ihren Ehepartner gemacht haben, mit in der Familie lebenden

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FAMILIENTYPEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2577

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

ledigen Kindern und/oder ledigen Enkeln, sofern die Eltern oder ein Elternteil dieser Enkel nicht in der Familie leben.

Bei den Familientypen F 4 und F 7 handelt es sich immer um Einpersonenfamilien, beim Familientyp F 1 um Zweipersonenfamilien. Die übrigen Familientypen bestehen - je nach der Zahl der Kinder oder Enkel - aus mindestens zwei bzw. drei Mitgliedern.

Alle nichtledigen Personen werden einem Familientyp zugeordnet. Ledige Personen ohne im Haushalt wohnende ledige Kinder gelten nicht als eigene Familie. Sofern diese Personen mit ihren Eltern, einem Elternteil oder den Großeltern in einem Haushalt wohnen, werden sie - ohne Rücksicht auf ihr Alter - als Kinder bzw. Enkel aufgefaßt und der Familie ihrer Eltern bzw. Großeltern zugeordnet (Vgl. Familientypen F 2, F 3, F 5, F 6 und F 8). Wohnt auch kein Elternteil im Haushalt (z.B. zusammenwohnende Junggesellen), rechnen diese Personen zu den *nicht familienangehörigen ledigen Personen*.

Bei der Zuordnung von Personen zu Familien wird von der *Bevölkerung am Familienwohnsitz* ausgegangen. Hierdurch werden die in Anstalten wohnenden Personen (*Anstaltsbevölkerung*) ausgeschlossen. Außerdem werden verschiedene Personengruppen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften - zusätzlich zu den bei den Familientypen geltenden Festlegungen - nur an einem Wohnsitz erfaßt. Im einzelnen gelten für Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften die folgenden Zuordnungs- (Ausnahme-)Regeln:

- Familien, deren Angehörige sich sämtlich überwiegend in einer anderen im Bundesgebiet gelegenen Wohnung oder Unterkunft aufhalten bzw. von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung gehen, werden an dem Familienwohnsitz, an dem sie sich nur zeitweilig aufhalten, nicht berücksichtigt. Dadurch werden z.B. Wochenendwohnsitze u.ä. nicht einbezogen.
- Ledige Personen mit 25 und mehr Jahren werden nicht zum Haushalt ihrer Eltern gerechnet, wenn sie eine weitere im Bundesgebiet gelegene Wohnung oder Unterkunft haben, von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. sich dort überwiegend aufhalten, nicht überwiegend von Einkünften ihrer Eltern leben und auch nicht *Haushaltsvorstand* im elterlichen Haushalt sind.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FAMILIENVORSTAND

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2563

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Die Angabe des Familienvorstandes dient der näheren Kennzeichnung bestimmter Personen in *Familien* bzw. in einzelnen *Familientypen*. Bei Ehepaaren gilt der Ehemann als Familienvorstand, bei verwitweten, geschiedenen sowie verheirateten, aber getrennt lebenden Personen jeweils diese Personen. Ferner gelten auch ledige Personen mit ledigen Kindern sowie *nicht familienangehörige ledige Personen* als Familienvorstand.

In der Gliederung nach dem Geschlecht des Familienvorstandes ist bei Ehepaaren (Familientypen F1, F2 und F3) der Nachweis des Familienvorstandes nicht sinnvoll.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Während der Familienvorstand bei Mehrpersonenfamilien durch die verwandtschaftlichen Beziehungen und das Generationenverhältnis zu den anderen Familienmitgliedern bestimmt wird, gelten als *Haushaltsvorstände* (Volks- und Berufszählung 1970) in Mehrpersonenhaushalten diejenigen Personen, die sich als solche bezeichnen.

Da in einem Haushalt einerseits mehrere Familien wohnen können und andererseits verwandte Personen, die getrennt, d.h. in verschiedenen Privathaushalten wohnen, nicht zu einer Familie zusammengefaßt werden können, ergibt sich hierdurch zunächst eine höhere Zahl von Familien und Familienvorständen als von Privathaushalten und Haushaltsvorständen. Jedoch ist zu beachten, daß bei der Zuordnung von Personen zu Familien von der Bevölkerung am Familienwohnsitz, bei der Zuordnung von Personen zu Privathaushalten von der Bevölkerung in Privathaushalten ausgegangen wird. Daraus folgt, daß bestimmte Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften mehrfach als Haushaltsvorstand, aber nur einmal als Familienvorstand gezählt werden können. Dadurch erhöht sich andererseits wieder die Zahl der Privathaushalte und Haushaltsvorstände, verglichen mit der Zahl der Familien und Familienvorstände.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FANGERGEBNIS

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1717

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Hochsee- und
Küstenfischerei-
statistik -
Nationale Anlande-
statistik

01.01.68

B e g r i f f s i n h a l t : Fanggewicht der von deutschen
Hochsee- und Küstenfischereifahrzeugen unmittelbar vom Fangplatz
aus im Bundesgebiet angelandeten Mengen an Fisch.

Dazu gehören u.a. die Mengen an angelandetem Hering, Kabeljau,
Dorsch, Schellfisch, Seelachs, Köhler, Rotbarsch, Krabben
und Krebsen.

Ausgewiesen wird das Fanggewicht der angelandeten Menge. Dazu
wird das Anlandegewicht über Faktoren, die sich an der Fischart
und der Fischverwendungsart orientieren, auf das Fanggewicht
umgerechnet.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl.
1967 wurde das Frischfischanlandegewicht anstelle des Fangge-
wichts berechnet. Auch dieses Gewicht wurde über fischart- und
bearbeitungsspezifische Faktoren aus dem tatsächlichen Anlande-
gewicht errechnet. Allerdings lagen die Faktoren niedriger als
jene zur Umrechnung des Anlandegewichts in das Fanggewicht, da
nur bearbeitungsbedingte Verluste bis zur Anlandung, nicht jedoch
anderweitige Verluste berücksichtigt wurden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FEINSCHNITTABAK (EINSCHL. KAU-FEINSCHNITT)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1152

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Verbrauchssteuer-
statistiken

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Geschnittener oder auf
andere Weise zerkleinerter Tabak, dessen Teile unter 1,4 mm
lang oder breit sind.¹⁾

Dazu gehört auch Tabak mit den obigen Merkmalen, der so stark
gesoßt ist, daß er sich ungetrocknet nicht zum Rauchen, son-
dern nur zum Kauen eignet.

1) Zu weiteren Einzelheiten siehe Tabaksteuergesetz
(§ 2, Abs. 3, 5 und 6) v. 1.9.1972 (BGBl. I S. 1633).

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

FERNSEHGENEHMIGUNGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1019

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Deutschen
Bundespost

01.01.54

B e g r i f f s i n h a l t : Genehmigungen zur Er-
richtung und zum Betrieb einer Fernsehempfangsanlage.

Erfaßt werden lediglich die Fernsehgenehmigungen, die ge-
bührenpflichtigen Fernsehfunkteilnehmern erteilt wurden.

Ausgewiesen wird der Bestand an erteilten Fernsehgenehmi-
gungen am Jahresende.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis
einschl. 1970 umfaßten die Fernsehgenehmigungen auch die
Genehmigungen, die nicht gebührenpflichtigen Fernseh-
funkteilnehmern erteilt wurden.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Der Bestand an
Fernsehgenehmigungen ist im Bestand an *Hörfunkgenehmi-
gungen* (Statistik der Deutschen Bundespost) enthalten,
da mit der Erteilung einer Fernsehgenehmigung zugleich
eine Hörfunkgenehmigung als erteilt gilt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FERNSPRECHHAUPTANSCHLÜSSE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1020

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Deutschen
Bundespost
01.01.54

B e g r i f f s i n h a l t : Fernsprechstellen, die als Einzel- oder Gemeinschaftsanschlüsse mit den Vermittlungsstellen des öffentlichen Fernsprechnetzes unmittelbar verbunden sind.

Ausgewiesen wird die Zahl der Fernsprechhauptanschlüsse am Jahresende.

Öffentliche Fernsprechstellen und amtsberechtigte Fernsprechnebenanschlüsse werden nicht erfaßt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Fernsprechhauptanschlüssen sind die *amtsberechtigten Fernsprechnebenanschlüsse* (Statistik der Deutschen Bundespost) nicht unmittelbar, sondern über eine andere Fernsprechstelle an das Fernsprechnetzt angeschlossen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FERTIGE UND UNFERTIGE ERZEUGNISSE AUS
EIGENER PRODUKTION

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

515

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Investitionserhebung im Bergbau und in der Industrie (ohne Bauindustrie)

01.01.64 -
31.12.75

B e g r i f f s i n h a l t : Produkte aus eigener Fertigung, die entweder verkauft oder im eigenen Unternehmen be- oder verarbeitet oder verbraucht werden.

Dazu zählen neben den verkaufsfertigen Erzeugnissen angefangene Arbeiten sowie Materialien und Teile, sofern sie im eigenen Unternehmen produziert wurden.

Fremdbezogene Materialien und Teile, die noch nicht be- oder verarbeitet wurden, rechnen nicht zu den fertigen und unfertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion.

Fertige und unfertige Erzeugnisse aus eigener Produktion werden zu Herstellungskosten bewertet. Als Herstellungskosten gelten die in die Handelsbilanz eingestellten Werte. Anzahlungen bzw. Abschlagszahlungen (z.B. im Stahlbau, Schiffsbau, Großapparatebau) werden nicht abgesetzt.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1967 war in den Herstellungskosten die Umsatzsteuer enthalten.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

FERTIGGESTELLTE WOHNUNGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2 945

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Baufertig-
stellungen
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Wohnungen, die im Rahmen der Errichtung neuer Gebäude sowie im Rahmen von Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden fertiggestellt werden.

Als fertiggestellt gelten bezugsfertige Wohnungen, an denen die Bauarbeiten weitgehend abgeschlossen sind. Für den Zeitpunkt der Fertigstellung ist die Ingebrauchnahme, nicht die baupolizeiliche Schlußabnahme entscheidend.

Zu den fertiggestellten Wohnungen rechnen sowohl Wohnungen in Wohn- als auch in Nichtwohngebäuden.

Zu den Wohnungen, die im Rahmen von Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden fertiggestellt werden, rechnen im wesentlichen Umbauten von gewerblich genutzten Räumen, Teilungen von Wohnungen und Erweiterungsbauten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen entspricht der Zahl der *Wohnungen* (Statistik der Baufertigstellungen), die sich aus der Zusammenfassung von Fertigstellungen von Wohnungen im Rahmen der Errichtung neuer Gebäude und im Rahmen der Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden ergibt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FERTIGWAREN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2883, 3210

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Außenhandels-
statistik
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Erzeugnisse, die im gewerb-
lichen Produktionsprozeß stärker bearbeitet wurden.

2. Statistik der
Außenhandels-
preise
01.01.54

Die Fertigwaren umfassen die *Vorerzeugnisse* und die *Ender-
zeugnisse*.¹⁾

Als Vorerzeugnisse gelten Erzeugnisse, die im gewerblichen
Produktionsprozeß stärker bearbeitet wurden, aber noch nicht
die endgültige Verwendungsreife erlangt haben.

Im wesentlichen zählen dazu textile Gewebe und Gewirke, Papier
und Pappe, Furniere, Sperrholz, Steinzeug, Glas, Kunststoffe,
Farbstoffe, chemische Vorerzeugnisse, Stangen, Bleche, Draht usw.
aus Eisen und NE-Metallen.

Als Enderzeugnisse gelten Erzeugnisse, die im gewerblichen Pro-
duktionsprozeß stärker bearbeitet wurden und die endgültige
Verwendungsreife erlangt haben. im wesentlichen zählen dazu
Textilwaren, Bekleidung, Papierwaren, Holzwaren, Steinwaren,
Glaswaren, Eisenwaren, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse,
Waren aus Kunststoffen, chemische Enderzeugnisse, Wasser-,
Luft- und Kraftfahrzeuge.

1) Zu Einzelheiten siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 3,
Außenhandel nach Ländern und Warengruppen, Anhang 2: Gegen-
überstellung der Warengruppen und -untergruppen der Ernäh-
rungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft und der
Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: FERTIGWAREN (OHNE GÜTER DER BUNDESREGIERUNG)	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 2868

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Außenhandels-
statistik
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Erzeugnisse, die im gewerblichen Produktionsprozeß stärker bearbeitet wurden, aber ohne Güter der Bundesregierung.

Die Fertigwaren (ohne Güter der Bundesregierung) umfassen die *Vorerzeugnisse* und die *Enderzeugnisse (ohne Güter der Bundesregierung)*.¹⁾

Als Güter der Bundesregierung gelten im wesentlichen militärische Ausrüstungsgüter.

Als Vorerzeugnisse gelten Erzeugnisse, die im gewerblichen Produktionsprozeß stärker bearbeitet wurden, aber noch nicht die endgültige Verwendungsreife erlangt haben.

Im wesentlichen zählen dazu textile Gewebe und Gewirke, Papier und Pappe, Furniere, Sperrholz, Steinzeug, Glas, Kunststoffe, Farbstoffe, chemische Vorerzeugnisse, Stangen, Bleche, Draht usw. aus Eisen und NE-Metallen.

Als Enderzeugnisse gelten Erzeugnisse, die im gewerblichen Produktionsprozeß stärker bearbeitet wurden und die endgültige Verwendungsreife erlangt haben. Im wesentlichen zählen dazu Textilwaren, Bekleidung, Papierwaren, Holzwaren, Steinwaren, Glaswaren, Eisenwaren, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Waren aus Kunststoffen, chemische Enderzeugnisse, Wasser-, Luft- und Kraftfahrzeuge.

1) Zu Einzelheiten siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 3, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1146
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Einzelhandels- statistik 01.01.65	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Unternehmen des Einzelhandels mit fünf oder mehr Verkaufsstellen, sofern sie weder <i>Konsumgenossenschaften</i>, sonstige Verbraucherorganisationen, <i>Versandhandelsunternehmen</i> oder <i>Warenhausunternehmen</i> sind.</p> <p>Als Unternehmen gilt die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen hat. Rechtlich selbständige Tochtergesellschaften gelten als Unternehmen. Die Unternehmen werden in ihrer Gesamtheit erfaßt einschl. bereichsfremder Teile und Tätigkeiten, aber ohne land- und forstwirtschaftliche Nebenbetriebe und ohne Zweigniederlassungen im Ausland.</p> <p>Zum Einzelhandel wird ein Unternehmen gerechnet, wenn seine wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Handelsware zu beziehen und in eigenem Namen entweder an private Haushalte oder in einer sonst nur im Einzelhandel üblichen Form oder in kleinen Mengen an andere als Wiederverkäufer abzusetzen. Die Waren dürfen dabei nicht oder nur in handelsüblichem Maße be- oder verarbeitet werden. Nicht zum Einzelhandel zählen die rechtlich unselbständigen offenen Verkaufsstellen der Industrie.</p> <p>Als Verkaufsstelle gilt jede <i>Arbeitsstätte</i> eines Unternehmens des Einzelhandels, in der Einzelhandelstätigkeit ausgeübt wird.</p> <p>Als Arbeitsstätte wird eine räumliche Einheit (Grundstück oder abgegrenzte Räumlichkeit) aufgefaßt, in der mindestens eine Person - oder unter einheitlicher Leitung - mehrere Personen regelmäßig erwerbstätig sind.</p> <p>Zu den Filialunternehmen rechnen auch sonstige Verbraucherorganisationen, sofern sie andere Sortimente führen als "Waren verschiedener Art" und "Nahrungs- und Genußmittel verschiedener Art" und fünf oder mehr Verkaufsstellen unterhalten.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Filialunternehmen unterscheiden sich von den anderen Betriebsformen des Einzelhandels durch die Rechtsform des Unternehmens, die Vertriebs-</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FILIALUNTERNEHMEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1146

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

form, das Warensortiment und die Anzahl der Verkaufsstellen. Im einzelnen bestehen folgende Zusammenhänge: Schätzt ein Unternehmen des Einzelhandels sich selbst als Konsumgenossenschaft oder als sonstige Verbraucherorganisation ein, so gilt es, unabhängig von seinen sonstigen Merkmalen, als *Konsumgenossenschaft*. Erzielt von den verbleibenden Unternehmen eines seinen Umsatz überwiegend durch den Versand von Waren auf Bestellung, so gilt es als *Versandhandelsunternehmen*. Betreibt eines der danach verbleibenden Unternehmen Einzelhandel mit Waren verschiedener Art in der Hauptrichtung Nichtnahrungsmittel und beschäftigt in mindestens einer Niederlassung mindestens 25 Personen und erzielt in dieser(n) Niederlassung(en) mindestens 50 % seines Gesamtumsatzes, so gilt es als *Warenhausunternehmen*. Unterhält eines der danach verbleibenden Unternehmen fünf oder mehr Einzelhandelsverkaufsstellen, so gilt es als *Filialunternehmen*. Die danach verbleibenden Unternehmen des Einzelhandels werden als *übrige Unternehmen* zusammengefaßt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FINANZANLAGEN

DFK - Nr:

GDK - Nr(n):

1129

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe
01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Die Finanzanlagen der gewerblichen *Betriebe* umfassen die Mineralgewinnungsrechte sowie das übrige nicht zu den Sachanlagen gehörende *Anlagevermögen*, u.a. den Firmenwert und sonstige immaterielle Wirtschaftsgüter, die Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens.

Die Finanzanlagen rechnen zu jenen Wirtschaftsgütern, die dauernd dem Geschäftsbetrieb des gewerblichen Betriebes dienen und nicht zur Veräußerung bestimmt sind.

Mineralgewinnungsrechte sind verliehene oder aufgrund staatlicher Erlaubnis überlassene Rechte, die zur Suche und Gewinnung bestimmter Bodenschätze berechtigen. Ihnen gleichgestellt ist die aus dem Eigentum am Grundstück fließende Berechtigung zur Gewinnung von Bodenschätzen. Es gehören daher nicht nur die Mineralien zu ihnen, die unter die einzelnen Berggesetze fallen, sondern ggf. auch Vorkommen von Steinen und Erden sowie Mineral- und Heilquellen.

Neben den Mineralgewinnungsrechten sind noch weitere immaterielle Wirtschaftsgüter wie z.B. Patente, nichtgeschützte Erfindungen und Urheberrechte, soweit sie nicht nach dem Bewertungsgesetz außer Ansatz bleiben, ferner Brennrechte, Verlagsrechte, Wassernutzungsrechte, Wettbewerbsverbote, Optionsrechte u.a. dann bei den Finanzanlagen anzusetzen, wenn sie entgeltlich erworben wurden oder wenn die selbständige Bewertungsfähigkeit durch die allgemeine Verkehrsauffassung oder durch Aufwendungen anerkannt wird, die auf das Wirtschaftsgut gemacht worden sind. Dabei kommt es nicht darauf an, ob eine Aktivierung in der Steuerbilanz erfolgte. Ein Geschäfts- oder Firmenwert dagegen ist nur dann zu erfassen, wenn er entweder in der DM-Eröffnungsbilanz angesetzt oder nach dem 20. Juli 1948 für seinen Erwerb ein Entgelt gezahlt worden ist. Auch langfristige Darlehens- und Hypothekenforderungen gehören in der Regel zu den Finanzanlagen.

Für den Bestand und die Bewertung der Finanzanlagen gewerblicher Betriebe sind grundsätzlich die Verhältnisse im Hauptfeststellungszeitpunkt maßgebend. Bei Betrieben, die regel-

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FINANZANLAGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1129

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

mäßig jährliche Abschlüsse am Schluß des Kalenderjahres machen, ist dieser Abschlußtag zugrunde zu legen. Auf Antrag kann für Betriebe, die regelmäßig jährliche Abschlüsse auf einen anderen Tag machen (Betriebe mit einem vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahr), als Bewertungsstichtag der Schluß des Wirtschaftsjahres zugrunde gelegt werden, das dem Feststellungszeitpunkt vorangeht. Die vorgenannten Ausnahmen gelten jedoch nicht für die Bewertung von Wertpapieren, Anteilen und Genußscheinen an Kapitalgesellschaften sowie Beteiligungen an einer Personengesellschaft.

Bewertungsmaßstab für die einzelnen zu einem gewerblichen Betrieb gehörenden Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens ist in der Regel der Teilwert. Dabei handelt es sich um den Betrag, den ein Erwerber des ganzen Unternehmens bei dessen Fortführung im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde.

Abweichend davon sind im Bereich der Finanzanlagen u.a. die Mineralgewinnungsrechte mit dem gemeinen Wert zu bewerten und dem sich daraus ergebenden Einheitswert anzusetzen. Obwohl rechtlich nicht die Bodenschätze, sondern das Recht, die Bodenschätze zu gewinnen und zu verwerten, zu bewerten ist, bildet der Wert der Bodenschätze die rechnerische Grundlage für die Bewertung des Rechts. Beteiligungen an Personengesellschaften werden mit dem für den Betrieb festgestellten Anteil am Einheitswert einbezogen. Wertpapiere, Anteile und Genußscheine an Kapitalgesellschaften sind in der Regel entweder:

- a) mit dem niedrigsten im amtlichen Handel notierten Kurs oder aber, falls kein Kurs besteht,
 - aa) soweit die Wertpapiere Anteile an Kapitalgesellschaften verbriefen, mit dem gemeinen Wert
 - bb) soweit die Wertpapiere Forderungsrechte verbriefen, mit dem Nennwert;
- b) mit dem Rücknahmepreis, sofern die Wertpapiere Rechte der Einleger gegen eine Kapitalanlagegesellschaft oder einen sonstigen Fonds verbriefen, zu erfassen.

Bei Kapitalforderungen ist grundsätzlich der Nennwert maßgebend, und die Bewertung von Rechten auf wiederkehrende Nutzungen und Leistungen (z.B. Ansprüche aus Rentenversicherungen) erfolgt mit dem Kapitalwert.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FINANZANLAGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1129

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Der gemeine Wert stellt den Einzelveräußerungspreis dar, der sich für das aus dem Betrieb herausgelöste Wirtschaftsgut im gewöhnlichen Geschäftsverkehr bei der Veräußerung erzielen läßt.¹⁾

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1960 wurden alle Gewerbeberechtigungen mit dem Einheitswert angesetzt. Dies gilt ab 1963 nur noch für die Mineralgewinnungsrechte. Der Wertansatz für die übrigen Gewerbeberechtigungen erfolgt seitdem innerhalb der Finanzanlagen gemeinsam mit den anderen immateriellen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, für deren selbständige Bewertungsfähigkeit vor 1972 allein die diesbezügliche Verkehrsauffassung maßgebend war. Für die Mineralgewinnungsrechte wurde vor dem 1.1.1972 die letzte Hauptfeststellung - gemeinsam mit der für die übrigen o.g. Gewerbeberechtigungen - auf den 1.1.1935 durchgeführt. Danach sind nur noch unter bestimmten Voraussetzungen Wertfortschreibungen oder Nachfeststellungen erfolgt, bei denen der Bestand und auch die Wertverhältnisse vom jeweiligen Bewertungsstichtag berücksichtigt wurden.

Ferner galt vor 1963 insbesondere für die Festsetzung der Steuerkurse ein anderes Verfahren mit für den gesamten Bewertungszeitraum starr festgesetzten besonderen "Steuerkurswerten". Außerdem gehörten u.a. Dienstleistungen - auch wenn sie nicht in Lizenz vergeben worden waren - noch zum Betriebsvermögen (Finanzanlagen). Bezüglich näherer Einzelheiten und weiterer Änderungen wird auf die im Zeitablauf ergangenen steuerrechtlichen Vorschriften verwiesen.

1) Zu Einzelheiten der Bewertung siehe Bewertungsgesetz v. 10.9.1965 (BGBl. I S. 1861) zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes zur Wahrung der steuerlichen Gleichmäßigkeit bei Auslandsbeziehungen und zur Verbesserung der steuerlichen Wettbewerbslage bei Auslandsinvestitionen v. 8.9.1972 (BGBl. I S. 1713) sowie die entsprechenden Vermögensteuer-richtlinien.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FINANZANLAGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1129

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Finanzanlagen umfaßt das *Betriebskapital* (Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe) neben den Barbeständen, den Bank- und Postscheckguthaben, den Forderungen sowie Wechselbeständen und aktiven Rechnungsabgrenzungsposten auch Geschäftsanteile und Wertpapiere, die keinen Anlagecharakter haben. Zum Betriebskapital rechnen also jene Wirtschaftsgüter, die im Gegensatz zu den Finanzanlagen nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb des gewerblichen Betriebes zu dienen, sondern umlaufenden Charakter haben und deshalb dem Umlaufvermögen zuzurechnen sind.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

FORTZÜGE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

546

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Wanderungs-
statistik
01.01.57

B e g r i f f s i n h a l t : Behördliche Abmeldungen von Personen, die in einer Gemeinde eine Wohnung oder Unterkunft aufgegeben haben und/oder sich in einer anderen anmelden und dort als Zuzüge erfaßt werden.

Einbezogen werden nur Personen, die zur *Wohnbevölkerung* gehören. Gezählt wird jeder Fortzug einer Person innerhalb des Berichtszeitraums. Wohnungswechsel innerhalb einer Gemeinde (Ortsumzüge) werden nicht erfaßt.

Gäste in Beherbergungsstätten u.ä. und Besucher bei Verwandten und Bekannten werden nur erfaßt, wenn ihr Aufenthalt in der betreffenden Gemeinde gemäß den jeweiligen landesrechtlichen Meldebestimmungen von längerer Dauer ist und sie der Meldebehörde tatsächlich gemeldet werden.

Soldaten im Grundwehrdienst und auf Wehrübung und Ersatzdienstleistende bleiben, da für sie keine Meldepflicht besteht, unberücksichtigt; ebenso Personen in Untersuchungshaft, Strafhaft und Sicherheitsverwahrung sowie in Polizeigewahrsam befindliche Personen.

Nicht erfaßt werden auch bestimmte in Anstalten untergebrachte Personen (z.B. Patienten in Krankenhäusern usw.), Angehörige des konsularischen Dienstes und der ausländischen Stationierungsstreitkräfte, Seeleute und Binnenschiffer, Zeit- und Berufssoldaten bei vorübergehender Abwesenheit vom Standort und ähnliche Sonderfälle (vgl. auch Wohnbevölkerung).

Jede Person, die von einer im Bundesgebiet gelegenen Gemeinde in eine andere zieht, wird in der neuen Gemeinde als Zuzug und in der bisherigen als Fortzug gezählt (Binnenwanderung). Personen, die ins Ausland ziehen, werden abweichend von dieser Regelung nur dann gezählt, wenn sie ihren im Bundesgebiet gelegenen Wohnsitz aufgeben; sie werden dann lediglich als Fortzug gezählt. Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes einschl. Berlin (West) werden als Bundesaußenwanderung bezeichnet.

Auch die Abmeldung von einer Nebenwohnung gilt als Fortzug. Meldet sich jemand von seiner Nebenwohnung nach "Unbekannt" ab, wird er gleichfalls als Fortzug berücksichtigt und entsprechend als Zuzug in der Gemeinde, in der seine Hauptwohnung liegt. Dagegen wird eine Ausländer, der sich von

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FORTZÜGE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

546

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

seiner einzigen Wohnung nach "Unbekannt " abmeldet, nur als Fortzug erfaßt und daher zur Bundesaußenwanderung gerechnet.

Da außerdem immer dann ein Fortzug ausgewiesen wird, wenn im Rahmen der Binnenwanderung ein Zuzug registriert wird, gilt auch als Fortzug, wenn jemand weiteren Wohnraum in einer anderen Gemeinde bezieht, ohne die bisherige Hauptwohnung (und ggf. weitere Nebenwohnungen) aufzugeben.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :

Bis einschl. 1964 rechneten auch die Wanderungen zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet zur Bundesaußenwanderung.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Der Unterschied zwischen der Zahl der Fortzüge und der Zuzüge (Wanderungsstatistik) stellt für jede Gemeinde den Wanderungssaldo dar. Da im Rahmen der Binnenwanderung in der Regel für jeden Fortzug ein Zuzug ausgewiesen wird, stellt die Differenz zwischen der Zahl der Fortzüge und der Zuzüge, bezogen auf das Bundesgebiet, den Saldo der Bundesaußenwanderung dar.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FRACHTEINNAHMEN DES DEUTSCHEN GEWERBLICHEN
GÜTERFERNVERKEHRS

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

865

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistiken des
gewerblichen
Güter- und Möbel-
fernverkehrs und
des Werkfern-
verkehrs

01.01.64

B e g r i f f s i n h a l t : Entgelte für Beförderungslei-
stungen deutscher Lastfahrzeuge im *gewerblichen Fernverkehr*.

Erfaßt werden nur Frachteinnahmen aus dem Binnenfernverkehr.
Er umfaßt den Verkehr innerhalb des Bundesgebietes einschl.
Berlin (West) und den Wechselverkehr mit der Deutschen Demo-
kratischen Republik, sofern diese Fahrten mit Fahrzeugen durch-
geführt werden, die ihren Standort im Bundesgebiet haben.

Als Entgelte werden die in den Frachtbriefen ausgewiesenen
Einnahmen einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer angesetzt.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl.
Oktober 1971 waren neben den Frachteinnahmen aus dem Binnen-
fernverkehr auch Frachteinnahmen aus dem grenzüberschreitenden
gewerblichen Fernverkehr deutscher Fahrzeuge enthalten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Frachteinnahmen
des deutschen gewerblichen Güterfernverkehrs sind vergleichbar
abgegrenzt wie die *Verkehrseinnahmen (Expressgut-, Güterverkehr)*
(Eisenbahnstatistik (Statistik der Personen- und Güterbeförde-
rung auf Eisenbahnen)).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FRAUEN IN ERSTER EHE (BEIDE EHEPARTNER)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2535, 2541

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : In erster Ehe verheiratete Frauen, die die deutsche Staatsangehörigkeit haben oder den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit gleichgestellt sind und deren Ehemänner ebenfalls in erster Ehe verheiratet sind, einschl. der Frauen ohne Kinder.

Einbezogen werden alle verheirateten Frauen, deren Ehemänner am Familienwohnsitz erfaßt werden (vgl. *Bevölkerung am Familienwohnsitz*). Frauen, die getrennt von ihrem Ehemann leben (unvollständige Familien), sowie Frauen, die selbst und/oder deren Ehemänner nicht in erster Ehe verheiratet sind, rechnen zu den übrigen Frauen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FRAUEN MIT LEBENDGEBORENEN EHELICHEN KINDERN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2535

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Nachgewiesen werden Gesamt-
zahlen über nicht ledige Frauen über 14 Jahre und deren
Kinder, jeweils gegliedert nach dem *Familienstand* der
Frauen.

Erfaßt werden nur Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit
und Frauen, die den Personen mit deutscher Staatsangehörig-
keit gleichgestellt sind.

Nachgewiesen werden auch Frauen ohne Kinder.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FREMDENUBERNACHTUNGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1686

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des
Fremdenverkehrs
in Beherbergungs-
stätten

01.01.60

B e g r i f f s i n h a l t : Übernachtungen von Gästen in Beherbergungsstätten in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 5 000 Übernachtungen von Reisenden im Jahr.

Erfaßt werden nur Übernachtungen während eines vorübergehenden, jedoch im allgemeinen nicht länger als zwei Monate dauernden und keinen (Zweit-)Wohnsitz begründenden Aufenthaltes.

Zu den Beherbergungsstätten rechnen Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime und Pensionen, Hotels garnis, Erholungs- und Ferienheime, Heilstätten und Sanatorien, Ferienhäuser und Ferienwohnungen. Ebenso zählen hierzu Privatquartiere, in denen gegen Entgelt Unterkunft gewährt wird. Privatquartiere in Großstädten (mit 100 000 oder mehr Einwohnern) werden jedoch nicht dargestellt.

Nicht einbezogen sind Übernachtungen in Jugendherbergen, Kinderheimen und auf Campingplätzen.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1970 wurde die Bettenkapazität in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 3 000 Übernachtungen im Jahr erfaßt.

Ab 1971 werden die Hotels garnis aus den Hotels, Fremdenheimen und Pensionen ausgegliedert und als gesonderte Betriebsart dargestellt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FRISCHFISCH

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1150

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Hochsee- und
Küstenfischerei-
statistik -
Nationale Anlande-
statistik

01.01.68

B e g r i f f s i n h a l t : Gefangener Seefisch, der als
Fisch für Konsumzwecke frisch angelandet wird.

Als gefangener Seefisch gilt die Menge des im Bundesgebiet
angelandeten Seefisches. Zu den Fangschiffen zählen deutsche
Hochsee- und Küstenfischereifahrzeuge (Trawler, Logger,
Kutter und kleinere Fangboote).

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

FÜHRER UND MITFAHRER VON FAHRZEUGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

909

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Straßenverkehrs-
unfälle

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t: Personen, die ein Fahrzeug
als Führer oder Mitfahrer benutzt haben und bei Straßen-
verkehrsunfällen verletzt bzw. getötet wurden (*verletzte
Personen, getötete Personen*).

Im Einzelnen werden Führer und Mitfahrer der folgenden Fahr-
zeugarten unterschieden:

- Führer und Mitfahrer von *Krafträdern und -rollern*,
- Führer und Mitfahrer von *Personenkraftwagen*,
- Führer und Mitfahrer von *Kraftomnibussen und Obussen*,
- Führer und Mitfahrer von *Lastkraftwagen und Zugmaschinen*,
- Führer und Mitfahrer von *Sonderkraftfahrzeugen*,
- Führer und Mitfahrer von *Mopeds und Mofas*,
- Führer und Mitfahrer von *Fahrrädern* und
- Führer und Mitfahrer von *sonstigen Fahrzeugen*.

Zur Abgrenzung der verschiedenen Fahrzeugarten siehe je-
weils dort.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FUNDIERTE SCHULDEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1781

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Vierteljährliche
Schuldenstatistik
01.01.74

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Verbindlichkeiten aus Darlehensaufnahmen, soweit sie durch Übernahme einer besonderen Schuldverpflichtung, durch Schuldurkunde oder Eintragung in das Schuldbuch fundiert und haushaltsmäßig vereinnahmt werden.

2. Jährliche
Schuldenstatistik
01.01.50

Die fundierten Schulden umfassen die *Schulden aus Kreditmarktmitteln*, die *Ausgleichsforderungen und sonstigen Altverbindlichkeiten*, die *Auslandsschulden* und die *Schulden beim öffentlichen Bereich*.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Ab 1.1.1974 sind die nach dem bisherigen Gemeindehaushaltsrecht von den *Gemeinden/Gv.* für die Eigenbetriebe und die nach der neuen Gem.HVO von den Eigenbetrieben aufgenommenen Schulden nicht mehr in den *fundierten Schulden* der *Gemeinden/Gv.* enthalten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den fundierten Schulden sind *schwebende Schulden* (Vierteljährliche Schuldenstatistik, Jährliche Schuldenstatistik) kurzfristige Verbindlichkeiten, die zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen dienen (z.B. Kassenkredite der Deutschen Bundesbank). Sie müssen weder durch Übernahme einer besonderen Schuldverpflichtung, durch Schuldurkunde oder Eintragung in das Schuldbuch fundiert und haushaltsmäßig vereinnahmt werden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

FUSSGÄNGER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

909

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Straßenverkehrs-
unfälle

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Personen, die in einem weitgefaßten Sinn zu Fuß unterwegs sind, soweit sie sich nicht durch ihr besonderes Verhalten oder durch verkehrsrechtliche Vorschriften vom gewöhnlichen Fußgänger unterscheiden.

Zu den Fußgängern rechnen daher nicht nur Fußgänger im eigentlichen Sinne, sondern auch Skiläufer, Personen mit Kinderwagen und Hunden, Kinder im Kinderwagen, Kinder auf Rollern, Schlitten, Rollschuhen usw.

Personen, die sich durch ihr besonderes Verhalten oder durch verkehrsrechtliche Vorschriften vom gewöhnlichen Fußgänger unterscheiden, wie z.B. Verkehrspolizisten, Marschkolonnen, Straßenbauarbeiter usw., zählen zu den *anderen Personen*.

Nachgewiesen werden Personen, die bei Straßenverkehrsunfällen verletzt (*verletzte Personen*) oder getötet (*getötete Personen*) wurden.

Stand:

Blatt-Nr.:

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

D F K - Nr.:

G B K - Nr.:

S W K - Nr.:

Statistik /
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt / Änderungen im Zeitablauf / Begriffsbeziehungen

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
GASABGABE AN LETZTVERBRAUCHER	GBK - Nr(n): 477

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Erhebung bei den
Gasversorgungs-
unternehmen

01.01.50 -
31.12.74

B e g r i f f s i n h a l t : Von Gasversorgungsunternehmen
an Letztverbraucher abgegebenes Gas.

Als Gasversorgungsunternehmen gelten Unternehmen bzw. fachliche Teile von Unternehmen, die entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen¹⁾ andere Wirtschaftseinheiten mit Gas versorgen und dafür eine staatliche Genehmigung haben. Im einzelnen zählen dazu die Ortsgasversorgungsunternehmen, die Ferngasgesellschaften sowie die Kokereien und die Erdgas- und Erdölgasgewinnungsunternehmen, soweit sie Gas an Letztverbraucher abgeben.

Zu den Letztverbrauchern an Gas rechnen die Industrie, die öffentlichen Kraftwerke, die Haushalte, der Handel und das Klein-gewerbe, die Landwirtschaft, öffentliche Einrichtungen sowie sonstige Abnehmer.

Die Gasabgabe an Letztverbraucher umfaßt den Absatz der Orts-gasversorgungsunternehmen und der Ferngasgesellschaften sowie den Teil des Absatzes von Kokereien, Erdgas- und Erdölgasgewin-nungsunternehmen, den diese an Letztverbraucher abgeben.

Nicht in die Gasabgabe einbezogen sind der Eigenverbrauch der Gasversorgungsunternehmen, die Verluste und die Abgabe von Gas an Wiederverkäufer.

Die Gasabgabe an Letztverbraucher wird auf der Basis eines Heiz-wertes von 8 400 kcal/m³ berechnet.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1972 wurde die Gasabgabe an Letztverbraucher auf der Basis eines Heizwertes von 4 300 kcal/m³ berechnet.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zur Abgrenzung gegen-über der *Erzeugung von Gas* (Erhebung bei den Gasversorgungs-unternehmen) siehe dort.

1) Zu Einzelheiten vgl. Gesetz zur Förderung der Energiewirt-schaft v. 13.12.1935 (RGBl. I S. 1451).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GASTGEWERBELEISTUNGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1126

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Verbraucherpreise

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Leistungen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, die von privaten Haushalten in Anspruch genommen werden.

Die Gastgewerbeleistungen umfassen im einzelnen den Verzehr von Speisen und Getränken in Gaststätten und Übernachtungen mit Frühstück.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GASTSTÄTTENGWERBE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1667

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Gastgewerbe-
statistik

01.01.63

B e g r i f f s i n h a l t : Zum Gaststättengewerbe rechnen
Gast- und Speisewirtschaften, Bahnhofswirtschaften, Cafés, Bars,
Tanz- und Vergnügungslokale, Kantinen, Eisdielen sowie Trink-
und Imbißhallen.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis
einschl. 1969 (Basis 1962 = 100) waren Kantinen, Eisdielen,
Trink- und Imbißhallen nicht beim Gaststättengewerbe einbezogen.

Statistische Datenbank - Definitionskatalog -	
Begriff: GASTSTÄTTEN- UND BEHERBERGUNGSGEWERBE	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 232
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Gastgewerbe- statistik 01.01.63	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Zum Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe rechnen Gast- und Speisewirtschaften, Bahnhofswirtschaften, Cafés, Bars, Tanz- und Vergnügungslokale, Kantinen, Eisdienen, Trink- und Imbißhallen sowie Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime und Pensionen, Erholungs- und Ferienheime.</p> <p>Nicht einbezogen werden Schlaf- und Speisewagenbetriebe, Campingplätze, alle Heime, die nicht als Unternehmen betrieben werden, sowie Heime, die als Unternehmen betrieben werden, jedoch nicht zu den o.g. Fremden-, Erholungs- und Ferienheimen rechnen.</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1969 (Basis 1962 = 100) waren Erholungs- und Ferienheime, Kantinen, Eisdienen, Trink- und Imbißhallen nicht beim Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe einbezogen.</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:		DFK - Nr:
GASVERSORGUNGSUNTERNEHMEN FACHLICHE UNTERNEHMENSTEILE		GBK - Nr(n): 483
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen	
Investitionserhebung in der öffentlichen Energieversorgung 01.01.62 - 31.12.74	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Unternehmen, die entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen ¹⁾ als Unternehmen der öffentlichen Gasversorgung gelten.</p> <p>Als Unternehmen der öffentlichen Gasversorgung gelten nach den gesetzlichen Bestimmungen Unternehmen, die andere Wirtschaftseinheiten (Unternehmen, Haushalte u.a.) mit Gas versorgen und dafür eine staatliche Genehmigung haben. Sie stehen hinsichtlich ihrer Investitionen und der Gestaltung der Tarife und der allgemeinen Geschäftsbedingungen unter staatlicher Aufsicht und unterliegen der allgemeinen Anschluß- und Versorgungspflicht. Im einzelnen zählen dazu die Ortsgasversorgungsunternehmen, die Ferngasgesellschaften, die Kokereien und die Erdgas- und die Erdölgasgewinnungsunternehmen.</p> <p>Unternehmen, die nur teilweise oder im Nebenbetrieb öffentliche Gasversorgung betreiben, gelten mit ihrem fachlichen Unternehmensteil als Unternehmen der öffentlichen Gasversorgung, auch wenn der wirtschaftliche Schwerpunkt des gesamten Unternehmens außerhalb der Gasversorgung liegt.</p> <p>Die vorwiegend auf Deckung des Eigenbedarfs gerichtete Gaserzeugung in der Industrie und die Erzeugung technischer Industriegase rechnen nicht zur öffentlichen Gasversorgung. Die Entscheidung, ob ein Unternehmen als öffentliches Gasversorgungsunternehmen anzusehen ist, steht im Einzelfall dem Bundeswirtschaftsminister zu.</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Vor 1965 waren die Erdgas- und Erdölgasgewinnungsunternehmen nicht in die öffentliche Gasversorgung einbezogen.</p>	
<hr/> 1) Vgl. Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft v. 13.12.1935 (RGBl. I S. 1451).		

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEBÄUDE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

519

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Alle folgenden
Bautätigkeits-
statistiken

B e g r i f f s i n h a l t : Freistehende Bauwerke oder Bauwerke, die durch Brandmauern von angrenzenden Bauwerken getrennt sind.

Bei Doppel-, Gruppen- oder Reihenhäusern gilt jeder Bauteil, der von dem anderen durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Trennwand geschieden ist, als ein selbständiges Gebäude. Großbauten mit mehreren Eingängen gelten als ein Gebäude, wenn sie nicht durch durchgehende Trennmauern aufgeteilt sind.

Nicht als Gebäude gelten Hallen ohne Wände (z.B. Lagerhallen) und freistehende selbständige Konstruktionen.

1. Statistik der
Baugenehmigungen

01.01.55

B e g r i f f s i n h a l t : Erfaßt werden Gebäude, für die die zuständigen Behörden eine Bauerlaubnis erteilt haben, auch wenn es sich um eine vorläufige, mit Auflagen versehene oder eine Teilbaugenehmigung handelt.

Gebäude, die von Bund oder Ländern errichtet werden und für die die Baubehörden lediglich ihre Zustimmung geben müssen, zählen ebenfalls zu den genehmigten Gebäuden.

Nichtwohnbauten ohne Wohnraum unter 350 m³ umbauten Raum bzw. mit veranschlagten reinen Baukosten unter 25 000 DM (sog. Bagatellbauten) werden nicht erfaßt.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1964 galten Bauten mit weniger als 100 m³ umbauten Raum bzw. weniger als 5 000 DM veranschlagten reinen Baukosten als Bagatellbauten und wurden als solche nicht erfaßt.

2. Statistik der
Baufertig-
stellungen

01.01.55

B e g r i f f s i n h a l t : Erfaßt werden bezugsfertige Gebäude, bei denen die Bauarbeiten weitgehend abgeschlossen sind.

Gebäude, bei denen lediglich noch Schönheitsarbeiten vorzunehmen sind, gelten als fertiggestellt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEBÄUDE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

519

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Bezüglich des Zeitpunkts der Fertigstellung ist die Ingebrauchnahme und nicht die baupolizeiliche Schlußabnahme entscheidend.

3. Statistik des
Bauüberhanges
01.01.55

B e g r i f f s i n h a l t : Erfast werden Gebäude,
die genehmigt, aber noch nicht fertiggestellt sind.

Bezüglich der Genehmigung und Fertigstellung von Gebäuden
siehe oben unter 1. und unter 2.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEBÄUDE- UND HOFFLÄCHE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

613

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

**Bodennutzungs-
vorerhebung**

01.01.50 -

31.12.76

B e g r i f f s i n h a l t : Die Gebäude- und Hoffläche umfaßt neben der eigentlichen Gebäude- und Hoffläche auch Industriegelände, Lager- und Stapelplätze u.ä.

Bei der Gebäude- und Hoffläche handelt es sich weitgehend um die im Reichskataster unter "Hof- und Gebäudeflächen" und "Betriebsgebäude" ausgewiesenen Flächen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN, SOZIAL-
VERSICHERUNG

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

907

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des
Kraftfahrzeug- und
Kraftfahrzeugan-
hängerbestandes

01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t : Bund, Länder und Gemeinden
zuzüglich der Sozialversicherung.Zu den Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, rechnen auch
ausländische diplomatische Vertretungen und Konsularbeamte.

In der Statistik des Kraftfahrzeug- und des Kraftfahrzeugan-
hängerbestandes werden Fahrzeugbestände nachgewiesen, die von
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung gehalten werden. Als
Fahrzeughalter gilt derjenige, für den das Fahrzeug zugelassen
wird. Halter und Eigentümer eines Fahrzeugs müssen nicht
identisch sein.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Im Jahre 1954
sind die Krafträder der Gebietskörperschaften in die Angaben
für die Beamten einbezogen. Bis einschl. 1962 wurde die Sozial-
versicherung nicht zu den Gebietskörperschaften, Sozialversiche-
rung, gerechnet. Die Einbeziehung ab 1963 berührt, aus erhe-
bungstechnischen Gründen die Angaben für mehrere nachfolgende
Jahre.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEHALTENE TIERE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

384

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Allgemeine
Viehzählung

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Bestände an Vieh im unmittelbaren Besitz eines Viehhalters ohne Rücksicht auf das Eigentum oder die sonstigen Rechtsgründe des Besitzverhältnisses.

Dazu rechnet alles Vieh, das in den Ställen und auf den Flächen von Viehhaltungen landwirtschaftlicher oder gewerblicher Art, z.B. in *landwirtschaftlichen Betrieben* oder bei Händlern und Schlachtern steht einschl. der auf dem Transport befindlichen Tiere. Krankes Vieh ist miteinbezogen, auch wenn mit seinem Eingehen gerechnet wird.

Nach der Tierart werden Pferde, Rindvieh (darunter: Milchkühe), Schweine (darunter: Zuchtsauen), Schafe und Legehennen ausgewiesen.

Milchkühe sind Tiere, die zur *Erzeugung von Kuhmilch* für den Verkauf oder für die eigene Ernährung gehalten werden einschl. der trockenstehenden und abgemolkenen Milchkühe aber ausschl. der Ammen- und Mutterkühe.

Zuchtsauen umfassen trächtige und nicht trächtige jedoch zur Zucht bestimmte Sauen mit einem Lebendgewicht von 50 kg und mehr ausschl. der ausgemerzten Zuchttiere.

Als Legehennen werden nur solche Tiere erfaßt, die ein halbes Jahr alt oder älter sind, nicht aber die zur Aufzucht als Legehennen bestimmten Küken und Junghennen unter einem halben Jahr.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe gehaltene Tiere und *Viehbestand* (Landwirtschaftszählung 1971) bezeichnen prinzipiell den gleichen Tatbestand. Während jedoch in der Allgemeinen Viehzählung alle Viehhalter, d.h. alle Haushalte und Betriebe, die Tiere mindestens einer Viehkategorie besitzen, Erhebungseinheiten darstellen, werden in der Landwirtschaftszählung 1971 nur Viehbestände von landwirtschaftlichen Betrieben erhoben. Bei kleinräumlicher Gliederung ist ein weiterer Unterschied zu beachten. In der Landwirtschaftszählung werden Viehbestände nach dem abgewandelten Betriebsprinzip erfaßt, d.h. das auf den Flächen und in den Ställen landwirtschaftlicher Betriebe befindliche - eigene und fremde - Vieh wird am Ort des Betriebssitzes nachgewiesen. In der Allgemeinen Viehzählung wird dagegen beim Nachweis der Viehbestände das Standortprinzip angewandt; danach wird das - eigene und fremde - Vieh an der Stelle nachgewiesen, an der es sich zum Zeitpunkt der Erhebung befindet.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEHALTSUMME

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

473

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Monatlicher
Industriebericht
01.01.50 -
31.12.76

B e g r i f f s i n h a l t : Summe der Bruttobezüge (Bar- und Sachbezüge) der Angestellten einschließlich der kaufmännisch und technisch Auszubildenden ohne die Pflichtanteile des Arbeitgebers zur Sozialversicherung.

2. Monatsbericht
für Unternehmen
und Betriebe im
Bergbau und im
Verarbeitenden
Gewerbe
01.01.70

In die Gehaltssumme einbezogen sind u.a. Gehaltszuschläge, Vergütungen für Urlaub und Feiertage, Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfalle einschl. Zuschüsse zum Krankengeld, vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers, Gratifikationen, Provisionen, Tantiemen sowie die Bezüge von leitenden Angestellten, Gesellschaftern und Vorstandsmitgliedern soweit sie steuerlich als *Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit* anzusehen sind.

Nicht einbezogen sind u.a. allgemeine soziale Aufwendungen (z.B. Zuschüsse für Kantinen), Vergütungen, die als Spesenersatz (z.B. Trennungsentschädigung) anzusehen sind, Ruhegelder, Betriebspensionen sowie Aufwendungen zur betrieblichen Altersversorgung.

Zu den Angestellten zählen alle Personen, die der Versicherungspflicht in der Angestelltenrentenversicherung unterliegen einschl. der kaufmännisch und technisch Auszubildenden. Zu den kaufmännisch und technisch Auszubildenden rechnen Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in anerkannten kaufmännischen oder technischen Ausbildungsberufen ausgebildet werden. Normalerweise mündet die Ausbildung dieser Personen in einen Angestelltenberuf ein.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die vermögenswirksamen Leistungen sind seit 1962 in der Gehaltssumme enthalten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Gehaltssumme und *Bruttogehaltssumme* (Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe, Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen) bezeichnen annähernd gleiche Begriffe. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß für die Zuordnung zu den Angestellten bei der Ermittlung der Bruttogehaltssumme im Monatlichen Baubericht und im Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe nicht die Beitragspflicht in der Angestelltenrentenversicherung sondern die Art der ausgeübten Tätigkeit maßgebend ist. Die Bruttogehaltssumme umfaßt in diesen Statistiken deshalb nicht die Gehälter der angestelltenversicherungspflichtigen Poliere, Schachtmeister und Meister.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEHALTSUMME

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

473

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Im Unterschied zur Gehaltsumme umfaßt die *Lohnsumme* (Monatlicher Industriebericht, Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe) bzw. die *Bruttolohnsumme* (Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe, Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen) die entsprechende Summe der Bruttobezüge der Arbeiter einschl. der gewerblich Auszubildenden.

Addiert man die Lohnsumme und Gehaltsumme bzw. die Bruttolohnsumme und Bruttogehaltsumme so sind diese Summen vergleichbar abgegrenzt wie die *Löhne und Gehälter für 1969* (Arbeitsstättenzählung 1970) und die *Bruttolohn- und Gehaltsumme* (Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes). Zu beachten ist jedoch, daß in den Löhnen und Gehältern für 1969 auch die Dienstbezüge der Beamten enthalten sind.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GELEGENHEITSVERKEHR

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

908

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Personenbeförderung
im Straßenverkehr

01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t : Genehmigungspflichtiger, nicht regelmäßiger Verkehr mit Kraftfahrzeugen (*Kraftomnibusse und Personenkraftwagen*) zur Personenbeförderung im Straßenverkehr.

Der Gelegenheitsverkehr umfaßt den Verkehr mit Mietomnibussen sowie Ausflugsfahrten, Ferienzielreisen u.ä.

Die Beförderung von Personen in Personenkraftwagen wird nur berücksichtigt, soweit sie bei Unternehmen des Kraftomnibusverkehrs und in Personenkraftwagen mit genau 8 Fahrgastplätzen erfolgt.

Der Verkehr mit Kraftdroschken wird nicht erfaßt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zum Gelegenheitsverkehr wird beim *Linienverkehr* (Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr) der regelmäßige Verkehr zur Personenbeförderung im Straßenverkehr erfaßt, bei dem neben Kraftomnibussen und Personenkraftwagen auch Stadtschnellbahnen, Obusse und Straßenbahnen als Transportmittel eingesetzt werden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GELEISTETE ARBEITERSTUNDEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

471

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Monatlicher Industriebericht
01.01.50 - 31.12.76
- B e g r i f f s i n h a l t : Arbeitsstunden, die von Tätigen Personen, die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen, tatsächlich geleistet werden.
2. Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe
01.01.70
- Einbezogen sind auch geleistete Über-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsstunden sowie bei Schichtbetrieb die Summe der geleisteten Stunden aus allen Schichten.
- Nicht als Arbeiterstunden zählen alle ausgefallenen Arbeiterstunden, auch wenn sie bezahlt wurden (z.B. Ausfälle wegen gesetzlichen Urlaubs, Arbeitsbefreiung, Krankheit, Arbeitsversäumnis oder aus betrieblichen Gründen wie Materialmangel, Absatzstockung, Kurzarbeit, Betriebsferien, Ausfälle durch Unfälle, Streiks und Aussperrungen), ferner Heimarbeiterstunden, Arbeiterstunden von unbezahlt Mithelfenden Familienangehörigen, Arbeiterstunden für Montage- und Reparaturarbeiten von Beauftragten anderer Betriebe bzw. Unternehmen sowie Arbeitsstunden von Arbeitskräften, die in keinem festen Lohnverhältnis zum befragten Betrieb (Unternehmen) stehen und nur regelmäßig zeitweise bestimmte Arbeiten durchführen.
3. Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen
01.01.50 - 31.12.74
4. Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen
01.01.50 - 31.12.74
- Zu den Tätigen Personen, die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen rechnen *Arbeiter*, *gewerblich Auszubildende* und Arbeitskräfte, die von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung überlassen werden (Leiharbeitnehmer).
- B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den geleisteten Arbeiterstunden umfassen die *geleisteten Arbeitsstunden* (Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)) und die *geleisteten Arbeitsstunden (im Berichtsmonat)* (Totalerhebung im Bauhauptgewerbe, Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)) auch die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden von Personen, die nicht in der Arbeiterrentenversicherung beitragspflichtig sind. Dazu rechnen z.B. die geleisteten Arbeitsstunden der Poliere, Schachtmeister und Meister im Angestelltenverhältnis sowie die geleisteten Arbeitsstunden des Betriebsinhabers.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2924

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Monatlicher
Baubericht

01.01.50 -
31.12.77

B e g r i f f s i n h a l t : Arbeitsstunden, die von Arbeitern einschließlich Polieren, Schachtmeistern und Meistern, Inhabern, Familienangehörigen oder Auszubildenden auf Baustellen und Bauhöfen im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) tatsächlich geleistet werden.

2. Monatsbericht
einschl. Auf-
tragseingangser-
hebung im Bau-
hauptgewerbe
(einschl. Fer-
tigteilbau)

01.01.77

Einbezogen sind auch die Arbeitsstunden solcher Arbeitskräfte, die von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung überlassen werden sowie etwa geleistete Mehr-, Über-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsstunden.

Bezahlte, aber nicht geleistete Stunden sowie Berufsschulstunden sind abgesetzt. Nicht einbezogen sind ferner die für Bürotätigkeiten geleisteten Arbeitsstunden.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe geleistete Arbeitsstunden und *geleistete Arbeitsstunden (im Berichtsmonat)* (Totalerhebung im Bauhauptgewerbe, Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)) sind synonym.

Im Unterschied zu den geleisteten Arbeitsstunden umfassen die *geleisteten Arbeiterstunden* (Monatlicher Industriebericht, Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe, Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen) nur die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden von Tätigen Personen, die in der Arbeiterrentenversicherung beitragspflichtig sind. Daraus folgt, daß z.B. die Arbeitsstunden von Meistern im Angestelltenverhältnis sowie die Arbeitsstunden des Betriebsinhabers nicht in den geleisteten Arbeiterstunden enthalten sind.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN (IM BERICHTSMONAT)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

426

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Totalerhebung im
Bauhauptgewerbe

01.01.55 -
31.12.76

B e g r i f f s i n h a l t : *Geleistete Arbeitsstunden* im
Juni jedes Jahres.

Als Stichtag für die Ermittlung der geleisteten Arbeitsstunden
ist der 30. Juni maßgebend.

2. Totalerhebung im
Bauhauptgewerbe
(einschl. Fer-
tigteilkbau)

01.01.76

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl.
1962 war der Monat Juli der Berichtsmonat für die geleisteten
Arbeitsstunden. Als Stichtag war der 31. Juli jedes Jahres
maßgebend.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe gelei-
stete Arbeitsstunden (im Berichtsmonat) und *geleistete Ar-
beitsstunden* (Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl.
Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertig-
teilkbau)) sind synonym.

Im Unterschied zu den geleisteten Arbeitsstunden (im Berichts-
monat) umfassen die *geleisteten Arbeiterstunden* (Monatlicher
Industriebericht, Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe
im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe, Erhebung bei den
öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung
bei den Gasversorgungsunternehmen) nur die tatsächlich ge-
leisteten Arbeitsstunden von Tätigen Personen, die in der Ar-
beiterrentenversicherung beitragspflichtig sind. Daraus folgt,
daß z.B. die Arbeitsstunden von Meistern im Angestelltenver-
hältnis sowie die Arbeitsstunden des Betriebsinhabers nicht
in den geleisteten Arbeiterstunden enthalten sind.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: GELEISTETE EFFEKTIV-TONNENKILOMETER	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1001

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

- | | |
|---|--|
| <p>1. Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen
01.01.62</p> | <p>B e g r i f f s i n h a l t : Die geleisteten Effektiv-Tonnenkilometer entsprechen den <i>geleisteten Tonnenkilometern (Effektiv-Tonnenkilometer) innerhalb des Bundesgebietes</i> (Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen bzw. Rohrfernleistungsstatistik). Zu Einzelheiten siehe dort.</p> |
| <p>2. Rohrfernleistungsstatistik
01.01.62</p> | |
| <p>3. Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen
01.01.62</p> | <p>B e g r i f f s i n h a l t : Die geleisteten Effektiv-Tonnenkilometer entsprechen den <i>geleisteten Tonnenkilometern über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland</i> (Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen). Zu Einzelheiten siehe dort.</p> |

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

GELEISTETE PERSONENKILOMETER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

841

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Personenbeförderung
im Straßenverkehr
01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t : Summe der Fahrtstrecken, über die Fahrgäste von Straßenverkehrsunternehmen im Stadtschnellbahn-, Straßenbahn- und Obusverkehr sowie Kraftomnibusverkehr befördert werden.

Die im Straßenverkehr berechneten geleisteten Personenkilometer werden im *Gelegenheitsverkehr* fahrtenweise direkt berechnet, indem die Anzahl der auf einer Fahrt beförderten Personen mit den zurückgelegten Kilometern multipliziert wird. Bei den Sonderformen des Linienverkehrs wird ähnlich verfahren. Dagegen werden die Personenkilometer im allgemeinen *Linienverkehr* durch Multiplikation der errechneten Zahl beförderter Personen (Zahl der verkauften Fahrtausweise x Kennzahl "Fahrtenhäufigkeit") mit der Kennzahl "mittlere Reiseweite der Fahrgäste" berechnet. Die Kennzahlen werden von jedem auskunftspflichtigen Unternehmen individuell je Verkehrsform (allgemeiner Linienverkehr, Berufsverkehr, Schülerfahrten, Markt- und Theaterfahrten, freigestellter Schülerverkehr) bestimmt.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1968 waren die im freigestellten Schülerverkehr geleisteten Personenkilometer nicht einbezogen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Geleistete Personenkilometer und *geleistete Personenkilometer innerhalb des Bundesgebietes* (Eisenbahnstatistik) sowie *geleistete Personenkilometer über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland* (Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen) bezeichnen gleichartige Tatbestände. In den geleisteten Personenkilometer sind jedoch im Gegensatz zu den geleisteten Personenkilometer innerhalb des Bundesgebietes sowie den geleisteten Personenkilometer über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland die im Ausland geleisteten Personenkilometer enthalten.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GELEISTETE PERSONENKILOMETER INNERHALB
DES BUNDESGBIETES

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

810

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahn-
statistik
(Statistik der
Personen- und
Güterbeförderung
auf Eisenbahnen)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Summe der Fahrtstrecken,
über die Fahrgäste von Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs
befördert werden.

Die im Eisenbahnverkehr berechneten geleisteten Personenki-
lometer innerhalb des Bundesgebietes werden von den Eisenbahn-
unternehmen für die einzelnen Fahrkartengattungen (Normaltarif,
Zeitkarten, Netzkarten usw.) getrennt ermittelt, ausgehend von
den Einnahmen in den Fahrkartengattungen, die durch den Ein-
heitssatz für einen Kilometer geteilt werden. Bei Zeit- und
Netzkarten werden entsprechend modifizierte Verfahren angewandt.

Beim Reiseverkehr vom Ausland, ins Ausland und beim Durchgangs-
verkehr werden nur die innerhalb des Bundesgebietes geleisteten
Personenkilometer einbezogen. Der nur durch Berlin (West) füh-
rende Durchgangsverkehr wird dabei jedoch nicht berücksichtigt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Geleistete Personen-
kilometer innerhalb des Bundesgebietes und *geleistete Personen-
kilometer* (Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr)
sowie *geleistete Personenkilometer über dem Gebiet der Bundes-
republik Deutschland* (Statistik des gewerblichen Luftverkehrs
auf ausgewählten Flugplätzen) bezeichnen gleichartige Tatbe-
stände. Hinsichtlich begrifflicher Unterschiede siehe *beförderte
Personen* in diesen Statistiken.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

GELEISTETE PERSONENKILOMETER ÜBER DEM GEBIET DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

975

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des
gewerblichen
Luftverkehrs
auf ausgewähl-
ten Flugplätzen

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Summe der Flugstrecken, über die Fluggäste mit Luftfahrzeugen im gewerblichen Luftverkehr befördert werden.

Die im Luftverkehr ausgewiesenen geleisteten Personenkilometer über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland werden mit Hilfe von Großkreis-Entfernungen ermittelt. Großkreis-Entfernungen sind standardisierte Flugentfernungen zwischen den ausgewählten Flugplätzen im Bundesgebiet oder zwischen diesen Flugplätzen und der Grenze der Bundesrepublik Deutschland.

Beim Flugverkehr vom Ausland, ins Ausland und beim Durchgangsverkehr werden nur die über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) zurückgelegten Personenkilometer einbezogen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Geleistete Personenkilometer über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und *geleistete Personenkilometer innerhalb des Bundesgebietes* (Eisenbahnstatistik) sowie *geleistete Personenkilometer* (Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr) bezeichnen gleichartige Tatbestände. Hinsichtlich begrifflicher Unterschiede siehe *beförderte Personen* in diesen Statistiken.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GELEISTETE TONNENKILOMETER (EFFEKTIV - TONNEN-
KILOMETER) INNERHALB DES BUNDESGBIETES

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

927

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik des
Schiffs- und
Güterverkehrs
auf den
Binnenwasser-
straßen

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Produkt aus dem Tonnengewicht
der im Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen beförderten
Güter und den tatsächlich zurückgelegten Entfernungen.

Das Gewicht der beförderten Güter umfaßt das Bruttogewicht,
jedoch ohne ggf. verwendete Container oder sonstige Lade-
hilfsmittel.

Beim Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen vom Ausland, ins Aus-
land oder im Durchgangsverkehr werden lediglich die innerhalb
des Bundesgebietes und innerhalb Berlins (West) geleisteten
Tonnenkilometer berücksichtigt.

2. Rohrfernleitungs-
statistik

01.01.58

B e g r i f f s i n h a l t : Produkt aus dem Tonnengewicht
des beförderten, rohen Erdöls und den tatsächlich zurückge-
legten Entfernungen.

Das rohe Erdöl ist mit seinem effektiven Tonnengewicht
angesetzt.

Die geleisteten Tonnenkilometer innerhalb des Bundesgebietes
umfassen die geleisteten Tonnenkilometer zwischen Einspeisungs-
ort und Entnahmeort, sofern beide im Bundesgebiet liegen,
sowie zwischen Grenzübergangsstelle und Entnahmeort, sofern
das beförderte rohe Erdöl aus dem Ausland ins Bundesgebiet
transportiert wird.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GELEISTETE TONNENKILOMETER (TARIF-TKM)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2889

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistiken des
gewerblichen
Güter- und Möbel-
fernverkehrs und
des Werkfern-
verkehrs

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Die geleisteten Tonnenkilo-
meter (Tarif-TKM) entsprechen den *geleisteten Tonnenkilometern*
(*Tarif-TKM*) *innerhalb des Bundesgebietes* (Statistiken des
gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs und des Werkfern-
verkehrs). Zu Einzelheiten siehe dort.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GELEISTETE TONNENKILOMETER (TARIF-TKM) (EINSCHL.
STÜCK- UND DIENSTGUT)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2892

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahn-
statistik
(Statistik der
Personen- und
Güterbeförderung
auf Eisenbahnen)

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Die geleisteten Tonnenkilometer (Tarif-TKM) (einschl. Stück- und Dienstgut) entsprechen den *geleisteten Tonnenkilometern (Tarif-TKM) innerhalb des Bundesgebietes* (Eisenbahnstatistik (Statistik der Personen- und Güterbeförderung auf Eisenbahnen)). Zu Einzelheiten siehe dort.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GELEISTETE TONNENKILOMETER (TARIF-TKM) INNERHALB
DES BUNDESGBIETES

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

818

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Eisenbahn-
statistik
(Statistik der
Personen- und
Güterbeförderung
auf Eisenbahnen)
01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Produkt aus dem Tonnengewicht
der *beförderten Güter* und der Tarifentfernung.

Die im Eisenbahnverkehr ausgewiesenen geleisteten Tonnenkilome-
ter innerhalb des Bundesgebietes basieren auf dem Bruttogewicht
der beförderten Güter und den Tarifentfernungen.

Im Güterverkehr vom Ausland, ins Ausland und beim Durchgangsver-
kehr werden nur die innerhalb des Bundesgebietes geleisteten
Tonnenkilometer einbezogen. Der nur durch Berlin (West) führende
Durchgangsverkehr wird dabei nicht berücksichtigt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zur Abgrenzung der
Begriffe geleistete Tonnenkilometer (Tarif-TKM) innerhalb des
Bundesgebietes im Rahmen der Eisenbahnstatistik und in den
Statistiken des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs und
des Werkfernverkehrs siehe weiter unten.

2. Statistiken des
gewerblichen
Güter- und Möbel-
fernverkehrs und
des Werkfern-
verkehrs
01.01.64

B e g r i f f s i n h a l t : Produkt aus dem Tonnenge-
wicht der *beförderten Güter* und der Entfernung.

Die beförderten Güter sind mit ihrem Bruttogewicht angesetzt.

Beim gewerblichen Fernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge wer-
den als Entfernungen Tarifentfernungen, beim gewerblichen Fern-
verkehr ausländischer Lastkraftfahrzeuge sowie beim Werkfernver-
kehr Kreismittelpunktentfernungen zugrunde gelegt. Tarifentfer-
nungen sind die in den Frachtbriefen verzeichneten Entfernungen.
Bei den Kreismittelpunktentfernungen handelt es sich um die
Tarifentfernungen zwischen dem Mittelpunkt des Kreises des Be-
ladeortes und dem Mittelpunkt des Kreises des Entladeortes
(Binnenverkehr), zwischen diesen Kreismittelpunkten und den
Grenzzollstellen (grenzüberschreitender Verkehr) bzw. zwischen
den Grenzzollstellen (Durchgangsverkehr).

Im Fernverkehr vom Ausland, ins Ausland und beim *Durchgangsver-
kehr* werden nur die innerhalb des Bundesgebietes geleisteten
Tonnenkilometer berücksichtigt. Die im Verkehr mit Berlin (West)
auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik geleisteten
Tonnenkilometer werden miteinbezogen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GELEISTETE TONNENKILOMETER (TARIF-TKM) INNERHALB
DES BUNDESGBIETES

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

818

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. Juni 1973 wurden für den Werkfernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge ebenfalls Tarifentfernungen angesetzt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Geleistete Tonnenkilometer (Tarif-TKM) innerhalb des Bundesgebietes in den Statistiken des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs und des Werkfernverkehrs und in der Eisenbahnstatistik bezeichnen den gleichen Tatbestand. Allerdings basieren geleistete Tonnenkilometer in der Eisenbahnstatistik einheitlich auf Tarifentfernungen, während in den Statistiken des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs und des Werkfernverkehrs für einen Teil Tarifentfernungen, für einen anderen Teil Kreismittelpunktentfernungen angesetzt sind. Ferner sind die Tonnenkilometer, die im Berlinverkehr in der Deutschen Demokratischen Republik geleistet werden, in den Statistiken des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs und des Werkfernverkehrs enthalten, in der Eisenbahnstatistik nicht.

Zur Abgrenzung der Begriffe geleistete Tonnenkilometer (Tarif-TKM) innerhalb des Bundesgebietes und *geleistete Tonnenkilometer über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland* (Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen) siehe dort.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GELEISTETE TONNENKILOMETER ÜBER DEM GEBIET
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

976

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des
gewerblichen
Luftverkehrs
auf ausgewähl-
ten Flugplätzen

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Produkt aus dem Tonnengewicht
der *beförderten Güter* und der Entfernung.

Die in der Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausge-
wählten Flugplätzen ausgewiesenen geleisteten Tonnenkilometer
über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland basieren auf
dem Bruttogewicht der beförderten Güter.

Als Entfernungen werden standardisierte Flugentfernungen (Groß-
kreis-Entfernungen) zugrunde gelegt.

Beim Flugverkehr vom Ausland, ins Ausland und beim Durchgangs-
verkehr werden nur die über dem Gebiet der Bundesrepublik
Deutschland einschl. Berlin (West) zurückgelegten Tonnenkilo-
meter einbezogen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Geleistete Tonnenkilo-
meter über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und *gelei-
stete Tonnenkilometer (Tarif-TKM) innerhalb des Bundesgebietes*
(Statistiken des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs und
des Werkfernverkehrs) bezeichnen den gleichen Tatbestand. Aller-
dings basieren geleistete Tonnenkilometer im Güterfernverkehr
teils auf Tarifentfernungen, teils auf Kreismittelpunktentfer-
nungen, im Luftverkehr einheitlich auf Großkreisentfernungen.
Hinzu kommt, daß die im Berlinverkehr in der Deutschen Demokra-
tischen Republik geleisteten Tonnenkilometer, die im Güterfern-
verkehr enthalten sind, im Luftverkehr außer Ansatz bleiben.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEMEINDEANTEIL AN LOHN- UND EINKOMMENSTEUER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1344

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik
über den
Steuerhaushalt
01.01.70

B e g r i f f s i n h a l t : Anteil an der in einem Bundesland jährlich aufgekomenen *Lohnsteuer* und *veranlagten Einkommensteuer*, der den Gemeinden dieses Bundeslandes zusteht. Er beträgt gegenwärtig 14 v.H.¹⁾

Der Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer wird für jedes Bundesland aus den Lohn- und Einkommensteuerbeträgen ermittelt, die von den Finanzbehörden in diesem Gebiet - unter Berücksichtigung der Zerlegung nach Artikel 107 Abs. 1 des Grundgesetzes - vereinnahmt werden.

Der Anteil der einzelnen Gemeinde bestimmt sich nach ihrem Anteil an der Summe der im Rahmen der Bundesstatistiken über die Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer ermittelten Einkommensteuerbeträge. Dabei werden nur Steuerbeträge bis zu der Höhe zugrunde gelegt, die auf einen zu versteuernden Einkommensbetrag von 25 000 DM bei Nicht-Zusammenveranlagten und von 50 000 DM bei Zusammenveranlagten entfallen (Zweites Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes v. 19.1.1979 (BGBl. I S. 97)).

Der Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ist den Gemeinden jährlich bis zum 1.2. des auf das Erhebungsjahr folgenden Jahres - unter Anrechnung der geleisteten Abschlags-/Vorauszahlungen (Schlußabrechnung) - zuzuweisen. Die kassenmäßigen Zuflüsse (Abschlagszahlungen) erfolgen vierteljährlich bis zum 1.5., 1.8. und 1.11. des Erhebungsjahres - unter Zugrundelegung des Lohn- und Einkommensteuer-Istaufkommens des jeweils vorangegangenen Quartals. Im Dezember erfolgt eine Vorauszahlung auf die Schlußabrechnung in Höhe der Abschlagszahlung für das 3. Quartal. Der Restbetrag ist bis zum 1.2. des folgenden Jahres zu entrichten.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : In den Jahren 1970 und 1971 wurden zur Ermittlung des Anteils der einzelnen Gemeinden an der Lohn- und Einkommensteuer Steuerbeträge nur bis zu der Höhe zugrunde gelegt, die auf einen zu versteuernden Einkommensbetrag von 8 000 DM bei Nicht-Zusammenveranlagten und von 16 000 DM bei Zusammenveranlagten

1) Zu Einzelheiten siehe Gemeindefinanzreformgesetz v. 8.9.1969 (BGBl. I S. 1587) mit Änderungen sowie Landesverordnungen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEMEINDEANTEIL AN LOHN- UND EINKOMMENSTEUER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1344

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

entfielen. Von 1972 - 1978 galten entsprechende Höchstbeträge von 16 000 DM bei Nicht-Zusammenveranlagten und von 32 000 DM bei Zusammenveranlagten.

In den Jahren 1974 und 1975 waren im Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer auch Beträge des aufgelösten Stabilitätzuschlags in Höhe von 15,327 Mio. DM bzw. 307,686 Mio. DM enthalten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im statistischen Nachweis der Steuereinnahmen des Bundes und der Länder wird der Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer für die Berechnung der *Einkommen- und Körperschaftsteuer* (Statistik über den Steuerhaushalt) ohne zeitliche Verzögerung in Höhe von 14 % des Aufkommens an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer abgesetzt; dabei bleibt auch der aufgelöste Stabilitätzuschlag außer Ansatz.

Statistische Datenbank.

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEMEINDEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

594

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Tiefbaustatistik

01.01.62 -
31.12.78

B e g r i f f s i n h a l t : Öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaften auf der Ebene der Kommunen.

In die Angaben für die Gemeinden nicht einbezogen sind die juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie die juristischen Personen des privaten Rechts, an denen Gemeinden maßgeblich beteiligt sind.

Nachgewiesen werden Tiefbauaufträge der Gemeinden. Tiefbauaufträge von Gemeindeverbänden werden gesondert ausgewiesen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: GEMEINDESTEUERN	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1343

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Statistik
über den
Steuerhaushalt
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 6 Grundgesetz den Gemeinden (Gemeindeverbänden) zusteht.

Dazu gehören die sog. Realsteuern (*Grundsteuer A und Grundsteuer B, Gewerbesteuer (Ertrag und Kapital), Lohnsummensteuer*), der Zuschlag zur Grunderwerbsteuer sowie die örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern (wie Schank-erlaubnis-, Jagd- und Fischerei-, Getränke-, Hunde- und Vergnügungsteuer).

In Bundesländern ohne Gemeinden (Hamburg und Berlin (West)) steht das Aufkommen an Gemeindesteuern dem Land zu (Artikel 106 Abs. 6 Satz 3 Grundgesetz), in der Statistik des Steuerhaushalts wird der Nachweis jedoch unter Gemeindesteuern geführt.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

GEMEINDEVERBÄNDE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

594

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Tiefbaustatistik

01.01.62 -
31.12.78

B e g r i f f s i n h a l t : Alle öffentlichen Institutionen, zu denen sich Gemeinden zusammenschließen.

Als Gemeindeverbände gelten u.a. Ämter, Landkreise und Bezirksverbände.

Nachgewiesen werden Tiefbauaufträge von Gemeindeverbänden. In diese Angaben sind die Zweckverbände mit einbezogen. Andere juristische Personen des öffentlichen wie des privaten Rechts, an denen Gemeindeverbände maßgeblich beteiligt sind, gehören nicht zu den Gemeindeverbänden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEMEINSCHAFTSBAHNHÖFE (DB UND NE)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

797

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik
(Bestands- und
Betriebsstatistik)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : *Bahnhöfe, die von der Deutschen Bundesbahn und Nichtbundeseigenen Eisenbahnen gemeinsam benutzt werden.*

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEMEINSCHAFTSTEUERN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1330

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik
über den
Steuerhaushalt
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 3 Grundgesetz dem Bund und den Ländern gemeinsam zusteht.

Die Gemeinschaftsteuern umfassen *Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Kapitalertragsteuer, Körperschaftsteuer* (sie bilden zusammen die sog. *Einkommen- und Körperschaftsteuer*), *Umsatzsteuer* und *Einfuhrumsatzsteuer*.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1969 rechneten die *Umsatzsteuer* und die *Einfuhrumsatzsteuer* zu den *Bundessteuern*, ab 1970 gehören sie zu den *Gemeinschaftsteuern*.

Zur Beteiligung von Bund und Ländern an den Gemeinschaftsteuern siehe unter *Einkommen- und Körperschaftsteuer* und *Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer*.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GENEHMIGTE WOHNUNGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2 933

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Baugenehmigungen

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Wohnungen, die im Rahmen der Errichtung neuer Gebäude sowie im Rahmen von Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden genehmigt werden.

Als genehmigt gelten Wohnungen, für die die zuständigen Behörden eine Bauerlaubnis bzw., bei bestimmten Baumaßnahmen des Bundes und der Länder, ihre Zustimmung erteilt haben. Auch eine vorläufige, mit Auflagen versehene oder eine Teilbaugenehmigung gilt als erteilte Baugenehmigung.

Zu den genehmigten Wohnungen rechnen sowohl Wohnungen in Wohn- als auch in Nichtwohngebäuden.

Zu den Wohnungen, die im Rahmen von Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden genehmigt werden, gehören im wesentlichen Umbauten von gewerblich genutzten Räumen und Erweiterungsbauten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Zahl der genehmigten Wohnungen entspricht der Zahl der *Wohnungen* (Statistik der Baugenehmigungen), die sich aus der Zusammenfassung von Genehmigungen von Wohnungen im Rahmen der Errichtung neuer Gebäude und im Rahmen der Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden ergibt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GENERALHANDEL

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

7

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Der Generalhandel enthält alle in das Erhebungsgebiet eingehenden und alle aus ihm ausgehenden Waren mit Ausnahme der Waren der Durchfuhr und des Zwischenauslandsverkehrs.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Von 1962 bis 1973 waren die offenen Zollager (bis 1969 Zollaufschublager) dem freien Verkehr zugeordnet. Ab 1974 wurden diese Lager wieder wie vor 1962 in den Lagerverkehr einbezogen. Von diesem Zeitpunkt an werden Einfuhren auf offene Zollager und Ausfuhren aus offenen Zollagern nicht mehr im Spezialhandel, sondern nur im Generalhandel nachgewiesen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Generalhandel und *Spezialhandel* (Außenhandelsstatistik) unterscheiden sich in der unterschiedlichen Einbeziehung des Lagerverkehrs. Gegenstand des Lagerverkehrs sind die auf Freihafen- und Zollager eingeführten ausländischen Waren einschließlich einiger Sonderfälle (z.B. Einfuhr zur vorübergehenden Zollgutverwendung).

Vom Lagerverkehr umfaßt der Generalhandel die Einfuhr auf Lager sowie die Ausfuhr aus Lager. Der Spezialhandel bezieht dagegen nur die Einfuhr aus Lager mit ein. Mithin ergibt sich:

Einfuhr im Spezialhandel
- Einfuhr aus Lager
+ Einfuhr auf Lager

= Einfuhr im Generalhandel

Ausfuhr im Spezialhandel
+ Ausfuhr aus Lager

= Ausfuhr im Generalhandel

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GENUSSMITTEL

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2603

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren (Waren-
nummern) des Warenverzeichnisses für die Außenhandels-
statistik.

Im wesentlichen zählen dazu:

Hopfen, Kaffee, Tee, Rohtabak, Tabakerzeugnisse, Bier,
Branntwein und Wein.¹⁾

-
- 1) Zu weiteren Einzelheiten siehe Fachserie 7, Außenhandel,
Reihe 3, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen, Anhang 2:
Gegenüberstellung der Warengruppen und -untergruppen der
Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft und
der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandels-
statistik.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GESAMTBETRAG DER EINKÜNFTE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1368, 1369

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Einkommensteuer-
statistik

01.01.61

B e g r i f f s i n h a l t : Summe der positiven Einkünfte
aus den sieben Einkunftsartenzuzüglich: nachzuversteuernder Betrag nach § 10a Einkommen-
steuergesetz,ein Drittel (ein Viertel) der von einem Dritten be-
wirkten Leistungen auf die Vermögensabgabe,Hinzurechnungsbetrag nach § 2 Abs. 1 Satz 3 Aus-
landsinvestitionsgesetz

abzüglich: Freibetrag für Land- und Forstwirte,

ausländische Verluste nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Aus-
landsinvestitionsgesetz,ausgeglichene Verluste (negative Einkünfte aus den
sieben Einkunftsarten).

Bei den Einkunftsarten handelt es sich im einzelnen um *Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Einkünfte aus Gewerbebetrieb, Einkünfte aus selbständiger Arbeit, Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Einkünfte aus Kapitalvermögen, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung und sonstige Einkünfte.*

Einkünfte im Sinne des Einkommensteuergesetzes sind bei Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit der Gewinn, bei den anderen Einkunftsarten der Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten.¹⁾

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : In den Jahren 1961 und 1965 errechnete sich der Gesamtbetrag der Einkünfte aus der Summe der sieben Einkunftsarten unter Berücksichtigung auszugleichender Verluste (negative Einkünfte) in einer oder mehreren Einkunftsart(en) und ab 1965 abzüglich des Freibetrags für Land- und Forstwirte.

1) Zu Einzelheiten siehe Einkommensteuergesetz i.d.F. v. 15.8.1974 (BGBl. I S. 1993).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GESAMTBETRAG DER EINKÜNFTE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1368, 1369

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Im Jahre 1968 ergab sich der Gesamtbetrag der Einkünfte aus der Summe der sieben Einkunftsarten unter Berücksichtigung auszugleichender Verluste (negative Einkünfte) in einer oder mehreren Einkunftsart(en), zuzüglich der nach § 10a des Einkommensteuergesetzes nachzuversteuernden Beträge und der von Dritten bewirkten Leistungen auf die Vermögensabgabe.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zum Gesamtbetrag der Einkünfte ist das *Einkommen* (Einkommensteuerstatistik) um die ausländischen Steuern vom Einkommen, den Freibetrag für freie Berufe sowie die Sonderausgaben gemindert.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

GESAMTER ROHZUGANG AN WOHNUNGEN

GBK - Nr(n):

703

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Baufertig-
stellungen

01.01.55

B e g r i f f s i n h a l t : Zugang an öffentlich ge-
förderten Wohnungen in neu errichteten oder in bereits be-
stehenden Gebäuden.

Als öffentlich gefördert gelten hier Wohnungen, die im
Rahmen des sozialen Wohnungsbaus (gemäß § 25 und § 6,1
II. Wohnungsbaugesetz ¹⁾) gefördert werden.

Erfaßt werden lediglich Wohnungen, die im Zusammenhang
mit vollgeforderten Baumaßnahmen, d.h. Baumaßnahmen,
bei denen alle Wohneinheiten gefördert werden, erstellt
werden.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :
Bis einschl. 1967 wurden öffentlich geförderte Wohnungen in
bestehenden Gebäuden nach der Bruttomethode erfaßt, ab
1968 jedoch nach der Nettomethode, d.h. die Zugänge an
Wohnungen werden seit 1968 um die Abgänge korrigiert.
Da der Anteil der geförderten Wohnungen in bestehenden
Gebäuden an der Gesamtheit der geförderten Wohnungen
sowohl vor als auch nach der Umstellung nur gering war
(unter 1 %), dürfte diese Änderung in der Erfassungsmethode
die Ergebnisse kaum beeinflussen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Der gesamte
Rohzugang an Wohnungen umfaßt im Unterschied zu der Zahl
der vollgeforderten Wohnungen (Statistik der Baufertig-
stellungen) auch die Zahl der öffentlich geförderten
Wohnungen in bestehenden Gebäuden.

1) Zu Einzelheiten siehe Zweites Wohnungsbaugesetz,
letzte Neufassung vom 1.9.1976 (BGB1. I S. 2673).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GESAMTFLÄCHE DER BETRIEBE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

715

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Landwirtschafts-
zählung 1971

B e g r i f f s i n h a l t : Selbstbewirtschaftete Fläche
der land- oder forstwirtschaftlichen Betriebe.

Die Gesamtfläche umfaßt die selbstbewirtschaftete Eigentums-
fläche, die zugepachteten Flächen, die zur Bewirtschaftung
unentgeltlich erhaltenen Flächen (z.B. Dienstland), die auf-
geteilte Allmende sowie das Heuerlingsland und ähnliche vom
Betrieb bewirtschaftete sonstige Flächen.

Nicht enthalten sind verpachtete und unentgeltlich zur Bewirt-
schaftung abgegebene Flächen.

Untergliedert nach der Nutzung, gehören zur Gesamtfläche die
*landwirtschaftlich genutzte Fläche, Waldfläche, nicht mehr ge-
nutzte landwirtschaftliche Fläche* sowie die sonstigen vom Be-
trieb bewirtschafteten Flächen (Gebäude- und Hofflächen, Ge-
wässer, Öd- und Unland, unkultivierte Moorflächen, Wegeland,
Ziergärten, Rasenflächen usw.).

Als Gesamtfläche wird die Zusammenfassung der Betriebsflächen
der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nachgewiesen. Land-
und forstwirtschaftliche Betriebe sind technisch-wirtschaftliche
Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsin-
habers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung
unterstehen sowie land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeug-
nisse hervorbringen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Gesamt-
fläche der Betriebe und *Betriebsfläche* (Landwirtschaftszählung
1971) sind synonym.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GESAMTLEISTUNG

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1364

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Jahreserhebung
einschl. Investitionserhebung
bei Unternehmen
des Bauhauptgewerbes (einschl.
Fertigteilbau)

01.01.77

B e g r i f f s i n h a l t : Jahresbauleistung zuzüglich des Umsatzes aus sonstigen eigenen Erzeugnissen, aus industriellen/handwerklichen Dienstleistungen, aus Handelsware und aus sonstigen nichtindustriellen/nicht-handwerklichen Tätigkeiten sowie zuzüglich der Bestandsveränderung an unfertigen und fertigen Erzeugnissen aus sonstiger eigener Produktion und zuzüglich der selbst-erstellten Maschinen.

Die *Jahresbauleistung* umfaßt den Wert aller vom Unternehmen im Geschäftsjahr erbrachten Bauleistungen im Inland.

Zu den sonstigen eigenen Erzeugnissen rechnen Erzeugnisse, die aus einer sonstigen Produktionstätigkeit des Unternehmens entstehen.

Zu den selbsterstellten Maschinen rechnen von eigenen Arbeitskräften erstellte Maschinen und Werkzeuge u.a.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zwischen den Begriffen Gesamtleistung, *Jahresbauleistung*, *sonstiger Umsatz* und *Jahresbauleistung* (Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes einschl. Fertigteilbau) besteht folgende Beziehung:

Gesamtleistung

- selbsterstellte Maschinen

+ Bestandsveränderungen an sonstigen eigenen Erzeugnissen

= Jahresbauleistung, sonstiger Umsatz

- Umsatz aus Handelsware und aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten

- Umsatz aus sonstigen eigenen Erzeugnissen und aus industriellen/handwerklichen Dienstleistungen

= Jahresbauleistung.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GESAMTSCHLACHTMENGE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

393

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Schlachtungs-
und Schlachtge-
wichtsstatistik

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Produkt aus dem Lebendgewicht
der *geschlachteten Tiere* und dem Ausbeutesatz.

Der Ausbeutesatz wird berechnet als Quotient aus Schlachtgewicht und Lebendgewicht. Das Schlachtgewicht ist das um 2 v.H. verminderte Warmgewicht des geschlachteten und ausgeweideten Tieres; bei Rindern, Kälbern und Schafen ausschl. der Haut, des Kopfes vom ersten Halswirbel ab und der im Karpal- und Tarsalgelenk ausgelösten Gliedmaßen, bei Rindern ausschl., bei Kälbern und Schafen jedoch einschl. der Nieren und des Nierenfettes. Bei Schweinen sind Haut, Kopf, Flomen und Nieren enthalten. Für die einzelne Erhebung ist der Ausbeutesatz je Tierart und Handelsklasse eine feststehende Größe.

Als geschlachtete Tiere gelten die in öffentlichen Schlacht- und Viehhöfen, in Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken sowie in privaten Schlachthäusern, Landschlachtereien (*gewerbliche Schlachtungen*) und bei *Hausschlachtungen* geschlachteten Rinder, Kälber, Schweine, Schafe und übrige Tiere (Ziegen und Pferde).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GESAMTUMSATZ

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1350

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Monatsbericht
einschl. Auf-
tragseingangs-
erhebung im
Bauhauptgewer-
be (einschl.
Fertigteilbau)

01.01.77

B e g r i f f s i n h a l t : Baugewerblicher Umsatz zuzüglich Umsatz aus sonstigen eigenen Erzeugnissen und aus industriellen/handwerklichen Dienstleistungen und zuzüglich Umsatz aus Handelsware und aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten.

Der *baugewerbliche Umsatz* umfaßt Entgelte für im Inland erbrachte Bauleistungen, die als steuerbare (steuerpflichtige und steuerfreie) Beträge zur Festsetzung der Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) zu melden sind.

Zu den Umsätzen aus sonstigen eigenen Erzeugnissen und aus industriellen/handwerklichen Dienstleistungen rechnen Umsätze (Gesamtbetrag der abgerechneten Lieferungen) aus allen im Rahmen einer sonstigen Produktionstätigkeit des Betriebes entstandenen Erzeugnissen (z.B. Baustoffe, Betonwaren, Kies, Zimmereierzeugnisse), soweit sie nicht in der eigenen Bauleistung abgerechnet sind, sowie Umsätze aus industriellen/handwerklichen Dienstleistungen (z.B. Gerätereparaturen für Dritte). Ferner rechnen dazu Erlöse für verkaufsfähige Produktionsrückstände und ähnliche Materialien (z.B. bei der Produktion anfallender Schrott und Material, das bei Abbrucharbeiten anfällt).

Zu den Umsätzen aus Handelsware und aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten rechnen Umsätze aus nichtbaugewerblichen Tätigkeiten. Hierzu zählen insbesondere:

- Umsätze aus Handelsware, d.h. aus fremden Erzeugnissen, die im allgemeinen unbearbeitet und ohne fertigungstechnische Verbindung mit eigenen Erzeugnissen weiterverkauft werden,
- Umsätze aus Vermietung und Verpachtung von Geräten, betrieblichen Anlagen und Einrichtungen (einschl. Leasing),
- Erlöse aus Wohnungsvermietung von betrieblich und nichtbetrieblich genutzten Wohngebäuden, jedoch ohne Erlöse aus Grundstücksverpachtung,
- Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen sowie für Gutachtertätigkeit,
- Erlöse aus der Veräußerung von Patenten und der Vergabe von Lizenzen,
- Provisionseinnahmen,

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GESAMTUMSATZ

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1350

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- Erlöse aus Transportleistungen für Dritte (Lohnfahren),
- Erlöse aus Belegschaftseinrichtungen (z.B. aus einer vom Betrieb auf eigene Rechnung betriebenen Kantine).

Getrennt in Rechnung gestellte Kosten (z.B. für Fracht, Porto und Verpackung) sind im Gesamtumsatz enthalten.

Nicht enthalten ist die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer). Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti, Abzüge, die auf begründeten Beanstandungen beruhen u. dgl.) sowie Retouren werden abgesetzt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GESAMTVERMÖGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1396

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Vermögensteuer-
statistik

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Wert des gesamten Vermögens, das bei der Veranlagung zur Vermögensteuer der unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen natürlichen bzw. nichtnatürlichen Personen ermittelt wird.

Das Gesamtvermögen der unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen natürlichen Personen wird ermittelt, indem die *Schulden und sonstigen Abzüge* einschl. der Ausgleichsabgaben nach dem Lastenausgleichsgesetz sowie ggf. eines Abzugs für im Rahmen eines Betriebs der Land- und Forstwirtschaft geleisteter Entwicklungshilfe vom *Rohvermögen* (der Summe aus *land- und forstwirtschaftlichem Vermögen, Grundvermögen, Betriebsvermögen* und *sonstigem Vermögen*) abgezogen werden.

Bei der überwiegenden Anzahl der unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen nichtnatürlichen Personen stellt dagegen das Vermögen kraft Rechtsform Betriebs(rein)vermögen dar. Das Gesamtvermögen ergibt sich in diesen Fällen aus dem *Betriebsvermögen* durch Abzug des Zeitwerts der Vermögensabgabe nach dem Lastenausgleichsgesetz zuzüglich etwaiger Zahlungsrückstände. Bei den übrigen nichtnatürlichen Personen, für die auch Vermögen aus anderen Vermögensarten (z.B. Grundvermögen) möglich ist, wird das Gesamtvermögen wie bei den natürlichen Personen ermittelt.

Bei der Ermittlung des Gesamtvermögens ist jedoch nur das vermögensteuerpflichtige Betriebsvermögen anzusetzen, d.h. Befreiungsbeträge für Krankenanstalten, Versorgungsunternehmen sowie Verkehrs-, Hafen- oder Flughafenbetriebe sind außer Acht zu lassen; sie sind im nachgewiesenen Betriebsvermögen bereits berücksichtigt worden.

Der Wert des Gesamtvermögens wird zwar nach dem Vermögensteuergesetz auf volle 1 000 Deutsche Mark nach unten abgerundet, aus aufbereitungstechnischen Gründen aber vor der Abrundung erfaßt.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : 1960/63 wurde bei der Bildung des Gesamtvermögens ggf. ein Abzug nach dem Einführungsgesetz - Saarland berücksichtigt. Bei den Erhebungen 1966 und 1969 konnte bei der Ermittlung des Gesamtvermögens ggf. ein Freibetrag für Entwicklungshilfe durch Kapitalanlagen in Entwicklungsländern abgesetzt werden; das Verfahren wurde durch das Entwicklungshilfe-Steuergesetz jedoch geändert.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GESAMTVERMÖGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1396

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Das (abgerundete) Gesamtvermögen und das *steuerpflichtige Vermögen* (Vermögensteuerstatistik) entsprechen sich bei den unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen nichtnatürlichen Personen. Bei den unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen natürlichen Personen besteht folgende Beziehung:

abgerundetes Gesamtvermögen

- Freibeträge für den Steuerpflichtigen, seine Ehefrau und die Kinder einschl. der Freibeträge wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit

= steuerpflichtiges Vermögen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: GESCHLACHTETE TIERE	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 388

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Schlachtungs-
und Schlachtge-
wichtsstatistik

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : In öffentlichen Schlacht- und Viehhöfen, in Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken sowie in privaten Schlachthäusern, Landschlachtereien und bei Hausschlachtungen geschlachtete Rinder, Kälber, Schweine, Schafe und übrige Tiere (Ziegen und Pferde).

Kälber sind Rinder mit einem Lebendgewicht bis zu 220 kg, die noch keine zweiten Zähne haben oder unter einem halben Jahr alt sind.

Geschlachtete Tiere werden nach ihrer Herkunft unterschieden in inländische Tiere und ausländische Tiere. Inländische Tiere stammen aus dem Bundesgebiet, ausländische Tiere werden aus der Deutschen Demokratischen Republik oder dem Ausland importiert.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1973 wurden als Kälber alle Rinder unter 3 Monaten bezeichnet.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GESELLSCHAFTEN MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG -
BESTAND AM 31.12./ZUGANG ZWISCHEN 1.1. UND 31.12./
ABGANG ZWISCHEN 1.1. UND 31.12.

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 457, 459, 460,
464

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Kapitalgesell-
schaften

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Unternehmen, die in der vom
GmbH-Gesetz¹⁾ festgelegten Rechtsform geführt werden.

Zum Bestand am 31. Dezember rechnen die Gesellschaften, die zu diesem Zeitpunkt in den Handelsregistern eingetragen sind. Nicht dazu rechnen Gesellschaften, deren Nennkapital nicht auf einen Betrag in Deutscher Mark lautet sowie Gesellschaften, die aufgelöst sind. Dazu rechnen aber Gesellschaften, die sich in einem Vergleichsverfahren befinden.

Der Abgang zwischen dem 1.1. und dem 31.12. eines Jahres beruht im wesentlichen darauf, daß Gesellschaften mit anderen Gesellschaften verschmelzen, in andere Rechtsformen umgewandelt oder aufgelöst werden. Eine Gesellschaft wird u.a. aufgelöst durch Beschluß der Gesellschafter auf Eröffnung der Abwicklung oder durch die Eröffnung eines Konkursverfahrens. Die Eröffnung eines Vergleichsverfahrens wirkt sich nicht als Abgang aus.

Der Zugang zwischen dem 1.1. und dem 31.12. eines Jahres beruht im wesentlichen darauf, daß Gesellschaften neu gegründet, aus einer anderen Rechtsform in eine GmbH umgewandelt oder nach Auflösung fortgesetzt werden. Die Fortsetzung einer aufgelösten Gesellschaft ist in bestimmten Fällen möglich, solange noch nicht damit begonnen wurde, das Vermögen auf die Gesellschafter zu verteilen.

Als Unternehmen gilt die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen hat. Dazu zählen auch rechtlich selbständige Unternehmen, die mittelbar oder unmittelbar von einem anderen Unternehmen abhängig sind (Tochtergesellschaften), auch wenn solche Tochtergesellschaften zusammen mit dem sie beherrschenden Unternehmen einheitlich geleitet werden (Konzerngesellschaften).

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung zählen zu den *Kapitalgesellschaften* (Statistik der Kapitalgesellschaften). Die Kapitalgesellschaften umfassen außerdem noch die *Aktiengesellschaften*, *Kommanditgesellschaften auf Aktien* (Statistik der Kapitalgesellschaften).

1) Zu Einzelheiten siehe Gesetz betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung v. 20.4.1892 (RGBl. I S. 477).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GESELLSCHAFTEN MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG
BESTAND AM 31.12./ZUGANG ZWISCHEN 1.1. UND 31.12./
ABGANG ZWISCHEN 1.1. UND 31.12.

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 457, 459, 460,
464

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Gesellschaften mit beschränkter Haftung und *Unternehmen* in der Rechtsform der GmbH (Arbeitsstättenzählung) sind ähnlich abgegrenzt.

Nur zu den Gesellschaften mit beschränkter Haftung rechnen Gesellschaften, die zwar im Handelsregister eingetragen und nicht aufgelöst sind, aber keine eigenen Beschäftigten haben (ruhende und Mantelgesellschaften).

Nur zu den Unternehmen zählen Gesellschaften in der Rechtsform der GmbH, die noch nicht im Handelsregister eingetragen sind, aber schon eigene Beschäftigte haben, sowie Gesellschaften, die schon aufgelöst sind, aber noch über eigene Beschäftigte verfügen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GESTORBENE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

540

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
natürlichen
Bevölkerungs-
bewegung

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Verstorbene Personen ohne
nachträglich beurkundete Sterbefälle aus früheren Jahren
(Kriegssterbefälle) und ohne die gerichtlichen Todeser-
klärungen.

Totgeborene sind nicht enthalten.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GESTORBENE IM 1. LEBENSJAHR

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

540, 541

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
natürlichen
Bevölkerungs-
bewegung

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Kinder, die vor Vollendung
des ersten Lebensjahres gestorben sind.

Totgeborene sind nicht enthalten.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GESTORBENE IN DEN ERSTEN 7 LEBENSTAGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

540, 542

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
natürlichen
Bevölkerungs-
bewegung

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Kinder, die nach ihrer
Geburt innerhalb eines Zeitraums von bis zu sieben Tagen
gestorben sind.

Totgeborene sind nicht enthalten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu
den Gestorbenen in den ersten 7 Lebenstagen gelten als
Totgeborene (Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung)
solche Geborene, bei denen nach der Scheidung vom Mutterleib
weder das Herz geschlagen, noch die Nabelschnur pulsiert, noch
die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat und deren Körper-
gewicht mindestens 1000 g beträgt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GETÖTETE PERSONEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

821

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik der
Straßenverkehrs-
unfälle
01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die bei Unfällen im Fahrverkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen am Unfallort ums Leben kommen oder innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen sterben.

Unfälle, die Fußgänger allein betreffen (z.B. Sturz bei Glatteis) und Unfälle, die sich auf Privatgrundstücken ereignen, werden nicht erfaßt.

Einbezogen werden aber Unfälle, bei denen Teilnehmer am Straßenverkehr im Bereich von Eisenbahnen getötet werden. Bei Unfällen, die sowohl dem Straßen- als auch dem Bahnverkehr zuzurechnen sind (hauptsächlich Unfälle, bei denen Personen oder Fahrzeuge auf schienengleichen Bahnübergängen von Zügen erfaßt werden), werden z.B. die getöteten Zugreisenden sowohl in der Statistik der Straßenverkehrsunfälle als auch in der Eisenbahnunfallstatistik berücksichtigt.

2. Eisenbahnun-
fallstatistik
01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Reisende, Bedienstete und bahnfremde Personen, die bei Bahnunfällen am Unfallort ums Leben kommen oder innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen sterben.

Erfaßt werden Personen, die bei Zugentgleisungen, Zugzusammenstößen oder durch persönliche Unfälle im Bereich von Eisenbahnen getötet werden, ebenso Wegebenutzer aller Art, die durch den Zugverkehr ums Leben kommen.

Nicht in der Eisenbahnunfallstatistik, sondern in der Statistik der Straßenverkehrsunfälle werden Personen erfaßt, die im Bereich von Stadtschnellbahnen, die nicht von der Deutschen Bundesbahn betrieben werden, von Straßenbahnen o.ä. verunglücken.

Einbezogen werden aber Unfälle, bei denen Teilnehmer im Straßenverkehr im Bereich von Eisenbahnen getötet werden. Bei Unfällen, die sowohl dem Straßen- als auch dem Bahnverkehr zuzurechnen sind (hauptsächlich Unfälle, bei denen Personen oder Fahrzeuge auf schienengleichen Bahnübergängen von Zügen erfaßt werden), werden z.B. die getöteten Insassen von Kraftfahrzeugen sowohl in der Eisenbahnunfallstatistik als auch in der Statistik der Straßenverkehrsunfälle berücksichtigt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GETÖTETE PERSONEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

821

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

3. Statistik der
Luftverkehrs-
unfälle
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die bei Flug-
verkehrs- oder Flugbetriebsunfällen ziviler Luftfahrzeuge
ums Leben kommen.

Einbezogen werden alle Unfälle im gewerblichen und nichtge-
werblichen Luftverkehr, also auch Unfälle im privaten Reise-,
Sportmotor- und Segelflugbetrieb, im Werksverkehr und Schul-
flugbetrieb, bei denen Menschen (Fahrgäste, Piloten, Ange-
hörige des Flug- und Bodenpersonals oder sonstige Personen)
unmittelbar ums Leben kommen.

Berücksichtigt werden auch Unfälle bei der Abfertigung auf
dem Vorfeld sowie Unfälle beim Rollen der Flugzeuge, nicht
aber Unfälle bei Wartungs- und Überholungsarbeiten in Werften
und Reparaturhallen.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis
einschl. 1968 wurden zu den getöteten Personen auch diejeni-
gen gerechnet, die innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen
starben.

4. Statistik der
Unfälle auf
den Binnen-
wasserstraßen
01.01.59

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die bei Verkehrs-
unfällen auf den Binnenwasserstraßen oder in den Binnen-
häfen noch am Unfallort getötet werden oder vor Abschluß
der Untersuchungen an den Unfallfolgen sterben.

Einbezogen werden nur Unfälle im Schiffsverkehr (z.B. Zusam-
menstöße, Auflaufen), bei denen Mitglieder der Besatzung,
Fahrgäste oder sonstige Personen getötet werden. Nicht ein-
bezogen werden Schiffsbetriebsunfälle (z.B. Feuer, Explo-
sionen) und andere Unfälle.

5. Seeunfall-
statistik
01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die bei Seeunfäl-
len im Bereich von unter deutscher Flagge fahrenden Schiffen
umkommen.

Es werden alle Personen erfaßt, die noch am Unfallort oder
vor Abschluß der seeamtlichen Untersuchung an den Unfall-
folgen sterben. Einbezogen werden Unfälle im Schiffsverkehr
(z.B. Zusammenstöße, Grundberührungen) und Schiffsbetrieb
(z.B. Feuer, Explosionen), bei denen Mitglieder der Besatzung,
Fahrgäste oder sonstige Personen getötet werden, soweit diese
Unfälle seeamtlich untersucht werden. Nicht erfaßt werden die
vermißten Personen sowie die reinen Personenunfälle (z.B.
auch Freitodfälle).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: GEWERBESTEUER (ERTRAG UND KAPITAL)	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 3046

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Statistik
über den
Steuerhaushalt
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Realsteuer, der jeder stehende Gewerbebetrieb unterliegt, soweit dieser im Inland betrieben wird.¹⁾

Unter Gewerbebetrieb ist ein gewerbliches Unternehmen im Sinne des Einkommensteuergesetzes zu verstehen. Als Gewerbebetrieb gilt stets die Tätigkeit der Offenen Handelsgesellschaften, der Kommanditgesellschaften, der Kapitalgesellschaften, der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sowie der sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts und der nichtrechtsfähigen Vereine, soweit sie einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb unterhalten.

Von der Gewerbesteuer befreit sind u.a. die Deutsche Bundespost, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundesbank und andere im Gewerbesteuergesetz aufgeführte öffentliche Banken sowie Unternehmen, die gemäß ihrer Satzung ausschließlich gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen.

Besteuerungsgrundlagen für die Gewerbesteuer sind der Gewerbeertrag und das Gewerbekapital. Ausgangspunkt für die Ermittlung des Gewerbeertrags ist der nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes oder des Körperschaftsteuergesetzes ermittelte Gewinn aus dem Gewerbebetrieb, der um bestimmte Hinzurechnungen (z.B. Schuldzinsen für Dauerschulden) erhöht und um bestimmte Kürzungen (z.B. Spenden für wissenschaftliche Zwecke gem. § 9 Nr. 5 Gewerbesteuergesetz, Zinsen aus bestimmten festverzinslichen Wertpapieren gem. § 9 Nr. 6 Gewerbesteuergesetz) vermindert wird.

Bei der Berechnung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag wird von einem Steuermeßbetrag ausgegangen. Der Steuermeßbetrag wird durch Anwendung eines Hundertsatzes (Steuermeßzahl) auf den auf volle 100 DM abgerundeten Gewerbeertrag ermittelt. Bei natürlichen Personen und Personengesellschaften ist der abgerundete Gewerbebetrag um einen Freibetrag von 24 000 DM zu vermindern. Die Steuermeßzahl für den Gewerbeertrag beträgt 5 v.H.; ermäßigte Steuermeßzahlen gelten u.a. für Hausgewerbetreibende und ihnen gleichgestellten Personen (2,5 v.H.) sowie für öffentliche Sparkassen, bestimmte Kreditgenossenschaften und Zentralkassen (4,25 v.H.).

1) Zu Einzelheiten siehe Gewerbesteuergesetz v. 22.9.1978 (BGBl. I S. 1557), insbesondere §§ 2, 3, 7-9, 11, 12 und §§ 28-34.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEWERBESTEUER (ERTRAG UND KAPITAL)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3046

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Als Gewerbekapital gilt der Einheitswert des gewerblichen Betriebes im Sinne des Bewertungsgesetzes zuzüglich bestimmter Hinzurechnungen (z.B. Dauerschulden) und abzüglich bestimmter Kürzungen (z.B. Einheitswert der Betriebsgrundstücke).

Bei der Berechnung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital wird von einem Steuermeßbetrag ausgegangen, der durch Anwendung eines Tausendsatzes (Steuermeßzahl) auf das auf volle 1 000 DM abgerundete und um 60 000 DM verminderte Gewerbekapital ermittelt wird.

Die Steuermeßzahl für das Gewerbekapital beträgt 2 v.T.; eine ermäßigte Steuermeßzahl von 1 v.T. gilt für Unternehmen, soweit sie den Betrieb von Schiffen im internationalen Verkehr zum Gegenstand haben.

Durch Zusammenrechnung der Steuermeßbeträge nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital setzt das veranlagende Finanzamt nach Ablauf des Kalenderjahres den sog. einheitlichen Steuermeßbetrag fest.

Sind im Erhebungszeitraum Betriebstätten zur Ausübung des Gewerbes in mehreren Gemeinden unterhalten worden oder erstreckt sich eine Betriebstätte über mehrere Gemeinden, so ist der einheitliche Steuermeßbetrag in die auf die einzelnen Gemeinden entfallenden Anteile (Zerlegungsanteile) zu zerlegen. Zerlegungsmaßstab sind die Arbeitslöhne; bei Wareneinzelhandelsunternehmen hingegen die Betriebseinnahmen und die Arbeitslöhne je zur Hälfte.

Durch Anwendung eines durch Gemeindegesetz festgesetzten Hebesatzes auf den einheitlichen Steuermeßbetrag/Zerlegungsanteil wird die Gewerbesteuer ermittelt und von den Gemeinden erhoben. Der Hebesatz ist für alle in der Gemeinde vorhandenen Unternehmen gleich hoch; er differiert jedoch von Gemeinde zu Gemeinde.

Für die Feststellung der Besteuerungsgrundlagen, die Festsetzung und Zerlegung des Meßbetrags sind die Finanzämter zuständig (die einheitlichen Steuermeßbeträge sind grundsätzlich in einem Arbeitsgang mit der Veranlagung zur Einkommen- oder Körperschaftsteuer, der einheitlichen Gewinnfeststellung oder der gesonderten Feststellung des Gewinns aus dem gewerblichen Betrieb festzusetzen), für die Festsetzung des Hebesatzes und die Erhebung der Steuer dagegen die Gemeinden.

Vorauszahlungen zur Gewerbesteuer sind am 15.2., 15.5., 15.8. und 15.11. zu entrichten. Die Höhe der Vorauszahlungen beträgt grundsätzlich ein Viertel der Gewerbesteuer, die sich bei der letzten Veranlagung ergeben hat; die Gemeinde kann die Vorauszahlungen an

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEWERBESTEUER (ERTRAG UND KAPITAL)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3046

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

die sich voraussichtlich ergebende Steuer anpassen. Abschlußzahlungen zur Gewerbesteuer erfolgen nach Festsetzung der Steuer durch die Gemeinde. Die Gewerbesteuer folgt damit dem Wirtschaftsverlauf durchschnittlich mit ein- bis zweijähriger Verzögerung.

Bei der Gewerbesteuer (Ertrag und Kapital) handelt es sich um eine *Gemeindesteuer*.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Steuermeßzahlen für den Gewerbeertrag waren von 1962 bis 1974 bzw. von 1975 bis 1977 für natürliche Personen und Personengesellschaften so gestaffelt, daß sie für die ersten 7 200 DM bzw. 15 000 DM des Gewerbeertrags 0 v.H. und für vier weitere Ertragsstufen von je 2 400 DM bzw. je 3 600 DM des Gewerbeertrags 1, 2, 3 und 4 v.H. betrug. Erst ab einem Gewerbeertrag von 16 800 DM bzw. 29 400 DM wurde die "normale" Steuermeßzahl von 5 v.H. angewandt. Bei Hausgewerbetreibenden und ihnen gleichgestellten Personen ermäßigten sich die obigen Steuermeßzahlen jeweils auf die Hälfte.

Im Jahre 1968 wurde die besondere Steuermeßzahl für den Gewerbeertrag öffentlicher Sparkassen usw. in Höhe von 3,5 v.H. eingeführt; sie beträgt seit 1974 4,25 v.H.

Von 1962 bis 1977 wurde bei Gewerbebetrieben, deren Gewerbekapital weniger als 6 000 DM betrug, kein Steuermeßbetrag nach dem Gewerbekapital festgesetzt.

Zu beachten ist ferner eine zunehmende Hebesatzanspannung im Laufe der Jahre.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEWERBESTEUERUMLAGE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1345

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik
über den
Steuerhaushalt
01.01.70

B e g r i f f s i n h a l t : Umlage, die auf der Grundlage der *Gewerbsteuer (Ertrag und Kapital)* berechnet und von den Gemeinden je zur Hälfte an Bund und Länder abgeführt wird.¹⁾

Die Gewerbesteuerumlage wird für jede einzelne Gemeinde nach der Formel "Istaufkommen der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital dividiert durch den Hebesatz dieser Steuer mal 120" für das Kalenderjahr ermittelt. Der Vervielfältigungsfaktor der Formel ist vom Gesetzgeber so gewählt, daß sich unter Zugrundelegung der Kassenzahlen von 1965 für die Gesamtheit der Gemeinden eine Umlage ergibt, die 40 % des Aufkommens an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital zuzüglich *Lohnsummensteuer* beträgt. Infolge gestiegener Hebesätze der Gewerbesteuer und zunehmender Bedeutung der Lohnsummensteuer erreicht der tatsächliche Umlagenanteil diesen Satz jedoch nicht mehr und ist weiter im Sinken begriffen.

Die Gewerbesteuerumlage ist jährlich bis zum 1.2. des auf das Erhebungsjahr folgenden Jahres - unter Anrechnung der geleisteten Abschlags-/Vorauszahlungen - von den Gemeinden abzuführen (Schlußabrechnung). Die kassenmäßigen Zuflüsse (Abschlagszahlungen) erfolgen vierteljährlich bis zum 1.5., 1.8. und 1.11. entsprechend der Höhe des Gewerbesteuer-Istaufkommens des jeweils vorangegangenen Quartals. Im Dezember erfolgt eine Vorauszahlung auf die Schlußabrechnung in Höhe der Abschlagszahlung für das 3. Quartal, (im Einzelfall jedoch höchstens bis zur Höhe der Vorauszahlung auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer). Der Restbetrag ist bis zum 1.2. des folgenden Jahres zu entrichten.

1) Zu Einzelheiten siehe Gemeindefinanzreformgesetz v. 8.9.1969 (BGBl. I S. 1587) und Landesverordnungen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: GEWERBLICH AUSZUBILDENDE	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 422, 3684

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

- | | |
|--|---|
| <p>1. Monatlicher Baubericht
01.01.50 - 31.12.77</p> | <p>B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen ausgebildet werden.¹⁾</p> |
| <p>2. Monatsbericht einschl. Auftragsseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteiltbau)
01.01.77</p> | <p>Als gewerbliche Ausbildungsberufe gelten solche, die normalerweise in einen Arbeiterberuf einmünden.</p> <p>Zu den gewerblich Auszubildenden rechnen auch Anlernlinge, Praktikanten, Volontäre sowie Umschüler mit entsprechenden Tätigkeiten.</p> <p>Nicht zu den gewerblich Auszubildenden zählen Personen, deren berufliche Ausbildung ausschließlich an Schulen der beruflichen Ausbildung erfolgt (z.B. Lehre ersetzende Berufsfachschulen) sowie Personen im öffentlichen Dienst, die im technischen oder nichttechnischen Dienst den Beamtenstatus anstreben.</p> |
| <p>3. Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen
01.01.50 - 31.12.74</p> | <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den gewerblich Auszubildenden handelt es sich bei den <i>kaufmännischen, technischen und Verwaltungsauszubildenden</i> (Volks- und Berufszählung 1970) um Personen, die aufgrund des Berufsbildungsgesetzes in anerkannten kaufmännischen, technischen oder Verwaltungsausbildungsberufen ausgebildet werden. Die Ausbildung dieser Personen mündet normalerweise in einen Angestelltenberuf ein.</p> |
| <p>4. Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen
01.01.50 - 31.12.74</p> | <p>In den Zahlen der <i>Auszubildenden</i> (Statistik der beruflichen Bildung) und der <i>Nachwuchskräfte</i> (Arbeitsstättenzählung 1970) sind im Unterschied zu den gewerblich Auszubildenden alle Auszubildenden enthalten, deren Ausbildung normalerweise in einen Arbeiter- oder Angestelltenberuf einmündet.</p> |
| <p>5. Volks- und Berufszählung 1970</p> | |

1) Zu Einzelheiten siehe Berufsbildungsgesetz v. 14.8.1969 (BGBl. I S. 1112).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEWERBLICH AUSZUBILDENDE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

422, 3684

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außerdem umfassen die gewerblich Auszubildenden, die kaufmännischen, technischen und Verwaltungsauszubildenden und die Nachwuchskräfte im Unterschied zu den Auszubildenden auch die Praktikanten, Volontäre und Umschüler mit entsprechenden Tätigkeiten.

Zu beachten ist ferner, daß z.B. Praktikanten in mehreren Betrieben, Unternehmen oder Arbeitsstätten beschäftigt sein und daher in den Bereichsstatistiken und der Arbeitsstättenzählung 1970 mehrfach erfaßt und nachgewiesen werden können. In der Volks- und Berufszählung wird jeder Praktikant nur einmal erfaßt, da die einzelne Person und nicht der Betrieb, das Unternehmen oder die Arbeitsstätte die Erhebungseinheit ist.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEWERBLICHE BETRIEBSGEBÄUDE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

523

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik der
Baugenehmigungen
01.01.61

B e g r i f f s i n h a l t : Nichtwohnbauten, die den Zwecken der gewerblichen Wirtschaft dienen und nicht anderen Gebäudegruppen zugeordnet werden können.

2. Statistik der
Baufertig-
stellungen
01.01.61

Dazu rechnen z.B. Fabrik- und Werkstattgebäude, Handels-, Lager- und Verkehrsgebäude (sofern sie überdacht und von Wänden umschlossen sind), Gaststätten, Heilbäder, Lichtspielhäuser, Wäschereien, Hotels und Pensionen.

Nicht zu den gewerblichen Betriebsgebäuden zählen *Bürogebäude* und *landwirtschaftliche Betriebsgebäude*.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Gebäude des Beherbergungsgewerbes (z.B. Hotels und Pensionen) wurden bis einschl. 1964 den *Anstaltsgebäuden* zugeordnet.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den gewerblichen Betriebsgebäuden werden beim *gewerblichen und industriellen Bau* (Monatlicher Baubericht) auch Bürogebäude sowie der gesamte Bereich des gewerblichen Tiefbaus erfaßt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEWERBLICHER UND INDUSTRIELLER BAU

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

427

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Monatlicher
Baubericht01.01.50 -
31.12.77

B e g r i f f s i n h a l t : Errichtung von Hoch- oder Tiefbauten, die überwiegend gewerblichen Zwecken dienen.

Zu den Hochbauten zählen z.B. Bürogebäude, Industriebauten, Tiefgaragen, Sägewerke, Markthallen, Hotels, Kinos und Messegebäude. Der Bau von Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken zählt ebenfalls zum gewerblichen Bau, auch wenn diese im Auftrag eines Versorgungsbetriebs öffentlich-rechtlicher Körperschaften erstellt werden.

Zu den gewerblichen und industriellen Tiefbauten gehören u.a. Kanalanlagen, die der Wasserzufuhr von Elektrizitätswerken dienen, Rohrleitungsbauten und nichtlandwirtschaftliche Wasserbauten mit privatem Auftraggeber.

Straßen- und Brückenbauten mit privatem Auftraggeber (z.B. auf einem Industriegelände) zählen nicht zum gewerblichen Tiefbau, sondern zum *öffentlichen Straßenbau* (Straßen) bzw. zum *öffentlichen sonstigen Tiefbau* (Brücken).

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschließlich 1976 zählten Tiefgaragen nicht zum gewerblichen und industriellen Hochbau, sondern zum gewerblichen und industriellen Tiefbau.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zum gewerblichen und industriellen Bau umfassen die *gewerblichen Betriebsgebäude* (Statistik der Baugenehmigungen, Statistik der Baufertigstellungen) keine Bürogebäude und keinen gewerblichen Tiefbau.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: GEWERBLICHER UND INDUSTRIELLER BAU FÜR UNTERNEHMEN SOWIE LANDWIRTSCHAFTLICHER BAU	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 2301

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

1. Statistik über
den Auftrags-
eingang im
Bauhauptgewerbe

01.01.71 -
31.12.76

B e g r i f f s i n h a l t : Errichtung von Hoch- oder Tiefbauten, die überwiegend gewerblichen bzw. überwiegend landwirtschaftlichen Zwecken dienen.

Zu den Hochbauten zählen z.B. Bürogebäude, Industriebauten, Sägewerke, Markthallen, Hotels, Kinos, Messegebäude sowie - im Bereich des landwirtschaftlichen Baus - Scheunen, Silos, Ställe und Garagen für Traktoren.

2. Statistik über
den Auftrags-
bestand im
Bauhauptgewerbe

01.01.71 -
31.12.76

Der Bau von Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken stellt ebenfalls einen gewerblichen Bau dar, auch wenn es sich um einen Versorgungsbetrieb öffentlich rechtlicher Körperschaften handelt.

Wohnhäuser zur Unterbringung von Landarbeitern oder des Leiters des landwirtschaftlichen Betriebes rechnen nur dann zum landwirtschaftlichen Bau, wenn in ihnen zugleich auch Nutzfläche vorhanden ist und diese die Wohnfläche überwiegt.

Zu den Tiefbauten gehören u.a. Rohrleitungsbauten, Kanalanlagen, die der Wasserzufuhr von Elektrizitätswerken dienen, und Wasserbauten mit privatem Auftraggeber, z.B. Uferbefestigungen, Be- und Entwässerungsanlagen.

Straßen- und Brückenbauten mit privatem Auftraggeber (z.B. auf einem Industriegelände) zählen nicht zum gewerblichen Tiefbau, sondern zum Straßenbau (Straßen) bzw. zum sonstigen Tiefbau (Brücken).

Bauten für Bundesbahn und Bundespost werden nicht dem gewerblichen Bau für Unternehmen zugeordnet, sondern getrennt ausgewiesen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEWERBLICHE SCHLACHTUNGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

389

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Schlachtungs-
und Schlachtge-
wichtsstatistik

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Schlachtungen auf den öffentlichen Schlacht- und Viehhöfen, in den Versand-schlachtereien und Fleischwarenfabriken sowie in privaten Schlachthäusern und Landschlachtereien.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Gewerbliche Schlachtungen sind zu unterscheiden von *Hausschlachtungen* (Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik). Letztere umfassen die Schlachtungen von Selbstversorgern, in aller Regel den Haltern von Tieren, erstere umfassen die Schlachtungen gewerblicher Art, bei denen die geschlachteten Tiere nicht für den Selbstverbrauch bestimmt sind.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

GEWERBLICHE WIRTSCHAFT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

563, 2882

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Warenposition, die Rohstoffe,
Halbwaren und Fertigwaren umfaßt.¹⁾

Als Rohstoffe gelten Erzeugnisse der gewerblichen und der landwirtschaftlichen Urproduktion. Im wesentlichen zählen dazu Erdöl, Kohle, Erze, Steine und Erden, Kautschuk, Rundholz, Holz für Holzmasse, Spinnstoffe, Rohphosphate.

Als Halbwaren gelten Erzeugnisse, die einem gewerblichen Bearbeitungsprozeß unterlagen, aber noch verhältnismäßig gering bearbeitet sind. Im wesentlichen zählen dazu Kraftstoffe, Schmieröle, Erdgas, textile Gespinste, Schnittholz, Holzmasse, Zellstoff, Zement, sonstige mineralische Baustoffe, Ferrolegierungen, Eisenhalbzeug, NE-Metalle, Koks, Teer, Düngemittel, sonstige chemische Halbwaren.

Die Fertigwaren umfassen die Vorerzeugnisse und die Enderzeugnisse.

Als Vorerzeugnisse gelten Erzeugnisse, die im gewerblichen Produktionsprozeß stärker bearbeitet wurden, aber noch nicht die endgültige Verwendungsreife erlangt haben. Im wesentlichen zählen dazu textile Gewebe und Gewirke, Papier und Pappe, Furniere, Sperrholz, Steinzeug, Glas, Kunststoffe, Farbstoffe, chemische Vorerzeugnisse, Stangen, Bleche, Draht usw. aus Eisen und NE-Metallen.

Als Enderzeugnisse gelten Erzeugnisse, die im gewerblichen Produktionsprozeß stärker bearbeitet wurden und die endgültige Verwendungsreife erlangt haben. Im wesentlichen zählen dazu Textilwaren, Bekleidung, Papierwaren, Holzwaren, Steinwaren, Glaswaren, Eisenwaren, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Waren aus Kunststoffen, chemische Enderzeugnisse, Wasser-, Luft- und Kraftfahrzeuge.

1) Zu Einzelheiten siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 3, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Statistische Datenbank - Definitionskatalog -	
Begriff: GEWERBLICHE WIRTSCHAFT	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 563, 2882
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
	<p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Vor 1976 wurde der elektrische Strom in der Außenhandelsstatistik nicht nachgewiesen.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Gewerbliche Wirtschaft und Güter der Gewerblichen Wirtschaft (Statistik der Außenhandelspreise) sind synonym.</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEWERBLICHE WIRTSCHAFT (OHNE GÜTER
DER BUNDESREGIERUNG)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2864

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Warenposition, die *Rohstoffe*,
Halbwaren und *Fertigwaren* (ohne Güter der Bundesregierung)
umfaßt.¹⁾

Als Güter der Bundesregierung gelten im wesentlichen militäri-
sche Ausrüstungsgüter.

Als Rohstoffe gelten Erzeugnisse der gewerblichen und der länd-
wirtschaftlichen Urproduktion. Im wesentlichen zählen dazu Erdöl,
Kohle, Erze, Steine und Erden, Kautschuk, Rundholz, Holz für
Holzmasse, Spinnstoffe, Rohphosphate.

Als Halbwaren gelten Erzeugnisse, die einem gewerblichen Bear-
beitungsprozeß unterlagen, aber noch verhältnismäßig gering be-
arbeitet sind. Im wesentlichen zählen dazu Kraftstoffe,
Schmieröle, Erdgas, textile Gespinste, Schnittholz, Holzmasse,
Zellstoff, Zement, sonstige mineralische Baustoffe, Ferrolegie-
rungen, Eisenhalbzeug, NE-Metalle, Koks, Teer, Düngemittel,
sonstige chemische Halbwaren.

Die Fertigwaren (ohne Güter der Bundesregierung) umfassen die
Vorerzeugnisse und die *Enderzeugnisse* (ohne Güter der Bundes-
regierung).

Als Vorerzeugnisse gelten Erzeugnisse, die im gewerblichen Pro-
duktionsprozeß stärker bearbeitet wurden, aber noch nicht die
endgültige Verwendungsreife erlangt haben. Im wesentlichen zäh-
len dazu textile Gewebe und Gewirke, Papier und Pappe, Furniere,
Sperrholz, Steinzeug, Glas, Kunststoffe, Farbstoffe, chemische
Vorerzeugnisse, Stangen, Bleche, Draht usw. aus Eisen und
NE-Metallen.

Als Enderzeugnisse (ohne Güter der Bundesregierung) gelten Er-
zeugnisse, die im gewerblichen Produktionsprozeß stärker bear-
beitet wurden und die endgültige Verwendungsreife erlangt haben.

1) Zu Einzelheiten siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 3,
Außenhandel nach Ländern und Warengruppen, Anhang 2: Gegen-
überstellung der Warengruppen und -untergruppen der Ernäh-
rungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft und der Num-
mern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEWERBLICHE WIRTSCHAFT (OHNE GÜTER
DER BUNDESREGIERUNG)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2864

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Im wesentlichen zählen dazu Textilwaren, Bekleidung, Papierwaren, Holzwaren, Steinwaren, Glaswaren, Eisenwaren, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Waren aus Kunststoffen, chemische Enderzeugnisse, Wasser-, Luft- und Kraftfahrzeuge.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Vor 1976 wurde der elektrische Strom in der Außenhandelsstatistik nicht nachgewiesen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GEWERBLICHER FERNVERKEHR

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

908

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistiken des
gewerblichen
Güter- und Möbel-
fernverkehrs und
des Werkfern-
verkehrs

01.01.64

B e g r i f f s i n h a l t : Beförderung von Gütern mit
Kraftfahrzeugen für andere gegen Entgelt über die Grenzen
der Nahzone hinaus oder außerhalb dieser Grenzen.

Der gewerbliche Fernverkehr umfaßt sowohl den Güter- als
auch den Möbelfernverkehr.

Die Nahzone umfaßt das Gebiet innerhalb eines Umkreises von
50 km, gerechnet in der Luftlinie vom Ortsmittelpunkt des
Standorts des Kraftfahrzeugs aus. Gemeinden, deren Orts-
mittelpunkt innerhalb dieses Umkreises liegt, zählen voll-
ständig zur Nahzone.

Man unterscheidet zwischen gewerblichem Fernverkehr deut-
scher Fahrzeuge und gewerblichem Fernverkehr ausländischer
Fahrzeuge. Entscheidend für diese Zuordnung ist das Heimat-
land des Fahrzeugs, d.h. das Land, in dem das Fahrzeug zu-
gelassen ist. Zu den deutschen Fahrzeugen zählen alle Fahr-
zeuge, die in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich
Berlin (West) beheimatet sind, zu den ausländischen alle
übrigen außer denen, die in der DDR und Berlin (Ost) zuge-
lassen sind. Somit sind im Fernverkehr Transporte von Fahr-
zeugen aus der DDR und Berlin (Ost) nicht erfaßt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zum
gewerblichen Fernverkehr erfolgt der *Werkfernverkehr* (Statisti-
ken des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs und des
Werkfernverkehrs) nicht für andere gegen Entgelt, sondern
dient eigenen Zwecken des Unternehmens und stellt im Rahmen
seiner gesamten Tätigkeit lediglich eine Hilfstätigkeit dar.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GROSSCONTAINER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

902

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik
(Bestands- und
Betriebsstatistik)

01.01.71

B e g r i f f s i n h a l t : Transportgefäße, in denen Güter lose oder wenig verpackt befördert werden und die das Umladen von einem zum anderen Verkehrsmittel erleichtern, sofern ihre Größe 20 Fuß¹⁾ oder mehr beträgt.

Container lassen sich leicht füllen und leeren und können mehrfach benutzt werden.

Der Eigentumsbestand erfaßt die Zahl der Großcontainer, die sich im Eigentum des jeweiligen Eisenbahnunternehmens befinden.

1) 20-Fuß-Container haben eine Länge von 6,055 m und ein Bruttogewicht von 20 t.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GROSSE HERINGSFISCHEREI

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1101

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Hochsee- und
Küstenfischerei-
statistik -
Nationale Anlande-
statistik

01.01.68

B e g r i f f s i n h a l t : Meeresfischerei mit
Loggern.

Logger waren besonders für die Heringsfischerei ausgerüstete
Hochseeschiffe, die zwischen 200 und 500 Bruttoregistertonnen
hatten und als deren Eigner zumeist Reedereien und/oder
fischverarbeitende Unternehmen auftraten.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GROSSE HOCHSEEFISCHEREI

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1101

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Hochsee- und
Küstenfischerei-
statistik -
Nationale Anlande-
statistik
01.01.68

B e g r i f f s i n h ä l t : Meeresfischerei mit Verarbei-
tungsschiffen oder Frischfischfängern (Trawlern).

Die Verarbeitungsschiffe und Frischfischfänger haben zwischen
500 und 4 000 Bruttoregistertonnen und ihre Eigner sind zumeist
Reedereien und/oder fischverarbeitende Unternehmen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GROSSHANDEL MIT GETREIDE, FUTTER- UND
DÜNGEMITTELN, TIEREN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1852

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Großhandels-
statistik01.01.63 -
31.12.71

B e g r i f f s i n h a l t : Großhandel mit

- Getreide, Saaten, Futter- und Düngemitteln,
- Blumen, Pflanzen, Blumenbindereibedarf,
- lebendem Vieh,
- sonstigen lebenden Tieren sowie mit zoologischem Bedarf.

Der Großhandel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren umfaßt die Gruppe 401 der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1961.

Großhandel liegt grundsätzlich dann vor, wenn Handelsware (fertig bezogene Ware, die im allgemeinen ohne Be- oder Verarbeitung verkauft wird) im eigenen Namen für eigene oder fremde Rechnung an Unternehmen abgesetzt wird, die sie weiterverkaufen. Zum Großhandel rechnet aber auch der Absatz z.B. an Gebietskörperschaften, Bundesbahn, Bundespost, öffentlich-rechtliche Sparkassen, Handwerkskammern sowie an Abnehmer, die die bezogenen Waren verarbeiten oder für betriebliche Zwecke (z.B. als Treibstoffe, als Büromaterial oder für Investitionen) oder zur Berufsausübung verwenden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GROSSHANDEL MIT NAHRUNGS- UND GENUSSMITTELN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1852

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Großhandels-
statistik01.01.63 -
31.12.71

B e g r i f f s i n h a l t : Großhandel mit

- Nahrungs- und Genußmitteln verschiedener Art (o.a.S.)
- Speise- und Industriekartoffeln, Gemüse, Obst, Früchten und Gewürzen,
- Mehl, Zucker und Süßwaren,
- Milcherzeugnissen, Fettwaren, Eiern und lebendem Geflügel,
- Fischen, Fischerzeugnissen, Wild, geschlachtetem Geflügel, Fleisch und Fleischwaren,
- sonstigen Nahrungsmitteln,
- Kaffee, Tee und Rohkakao,
- Getränken,
- Tabak und Tabakwaren.

Der Großhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln umfaßt die Gruppe 411 der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1961.

Großhandel liegt grundsätzlich dann vor, wenn Handelsware (fertig bezogene Ware, die im allgemeinen ohne Be- oder Verarbeitung verkauft wird) im eigenen Namen für eigene oder fremde Rechnung an Unternehmen abgesetzt wird, die sie weiterverkaufen. Zum Großhandel rechnet aber auch der Absatz z.B. an Gebietskörperschaften, Bundesbahn, Bundespost, öffentlich-rechtliche Sparkassen, Handwerkskammern sowie an Abnehmer, die die bezogenen Waren verarbeiten oder für betriebliche Zwecke (z.B. als Treibstoffe, als Büromaterial oder für Investitionen) oder zur Berufsausübung verwenden.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

GROSSHANDEL MIT SONSTIGEN FERTIGWAREN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1852

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Großhandels-
statistik

01.01.63 -
31.12.71

B e g r i f f s i n h a l t : Großhandel mit

- Eisen- und Metallwaren sowie mit Fertigwaren aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik und Holz (a.n.g.),
- elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie Musikinstrumenten,
- Fahrzeugen und Maschinen,
- technischem Bedarf und Spezialbedarf verschiedener Wirtschaftszweige,
- pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen, Dental-, Labor-, Krankenpflege- und Friseurbedarf,
- Papier, Papierwaren und Druckerzeugnissen.

Der Großhandel mit sonstigen Fertigwaren umfaßt die Gruppen 413-419 der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1961.

Großhandel liegt grundsätzlich dann vor, wenn Handelsware (fertig bezogene Ware, die im allgemeinen ohne Be- oder Verarbeitung verkauft wird) im eigenen Namen für eigene oder fremde Rechnung an Unternehmen abgesetzt wird, die sie weiterverkaufen. Zum Großhandel rechnet aber auch der Absatz z.B. an Gebietskörperschaften, Bundesbahn, Bundespost, öffentlich-rechtliche Sparkassen, Handwerkskammern sowie an Abnehmer, die die bezogenen Waren verarbeiten oder für betriebliche Zwecke (z.B. als Treibstoffe, als Büromaterial oder für Investitionen) oder zur Berufsausübung verwenden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GROSSHANDEL MIT SONSTIGEN ROHSTOFFEN UND HALBWAREN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1852

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Großhandels-
statistik01.01.63 -
31.12.71

B e g r i f f s i n h a l t : Großhandel mit

- textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten und Fellen,
- technischen Chemikalien und Rohdrogen, Kautschuk und Kunstgummi,
- Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen,
- Erzen, Eisen, NE-Metallen und Halbzeug,
- Holz, Holzhalbwaren, Baustoffen und Installationsbedarf,
- Schrott und sonstigen Abfallstoffen.

Der Großhandel mit sonstigen Rohstoffen und Halbwaren umfaßt die Gruppe 402-408 der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1961.

Großhandel liegt grundsätzlich dann vor, wenn Handelsware (fertig bezogene Ware, die im allgemeinen ohne Be- oder Verarbeitung verkauft wird) im eigenen Namen für eigene oder fremde Rechnung an Unternehmen abgesetzt wird, die sie weiterverkaufen. Zum Großhandel rechnet aber auch der Absatz z.B. an Gebietskörperschaften, Bundesbahn, Bundespost, öffentlich-rechtliche Sparkassen, Handwerkskammern sowie an Abnehmer, die die bezogenen Waren verarbeiten oder für betriebliche Zwecke (z.B. als Treibstoffe, als Büromaterial oder für Investitionen) oder zur Berufsausübung verwenden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GROSSHANDEL MIT TEXTILIEN, SCHUHEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1852

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Großhandels-
statistik01.01.63 -
31.12.71

B e g r i f f s i n h a l t : Großhandel mit

- Textilien verschiedener Art (o.a.S.),
- Tuchen, Futterstoffen und Meterware sowie mit Schneidereibedarf,
- Oberbekleidung,
- Wäsche, Wirk-, Strick- und Textilkurzwaren,
- Hüten, Mützen, Schirmen, Bekleidungszubehör,
- Kürschnerwaren,
- Heimtextilien, Innendekorations-, Polsterer- und Sattlerbedarf sowie Bettwaren,
- Sport- und Campingartikel,
- Schuhen und Schuhwaren.

Der Großhandel mit Textilien, Schuhen umfaßt die Gruppe 412 der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1961.

Großhandel liegt grundsätzlich dann vor, wenn Handelsware (fertig bezogene Ware, die im allgemeinen ohne Be- oder Verarbeitung verkauft wird) im eigenen Namen für eigene oder fremde Rechnung an Unternehmen abgesetzt wird, die sie weiterverkaufen. Zum Großhandel rechnet aber auch der Absatz z.B. an Gebietskörperschaften, Bundesbahn, Bundespost, öffentlich-rechtliche Sparkassen, Handwerkskammern sowie an Abnehmer, die die bezogenen Waren verarbeiten oder für betriebliche Zwecke (z.B. als Treibstoffe, als Büromaterial oder für Investitionen) oder zur Berufsausübung verwenden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GRUNDKAPITAL AM 31.12.

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

461

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Kapitalgesell-
schaften

01.01.51

B e g r i f f s i n h a l t : Nennkapital von Aktiengesell-
schaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien am 31. Dezember
jedes Jahres.

Das Grundkapital (Aktienkapital) einer Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien ist die Summe aus den Nennbeträgen der Aktien. Die ausstehenden Einlagen auf das Grundkapital und die durch die Gesellschaft erworbenen eigenen Aktien sind vom Grundkapital nicht abgesetzt. Die Statistik der Kapitalgesellschaften erfaßt das Grundkapital der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, deren Grundkapital auf einen Nennbetrag in Deutscher Mark lautet. Von den Kommanditgesellschaften auf Aktien erfaßt die Statistik der Kapitalgesellschaften nur das Grundkapital, nicht aber die Kapitalanteile der persönlich haftenden Gesellschafter.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Dem Grundkapital am 31.12. bei den Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien entspricht bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung das *Stammkapital am 31.12.* (Statistik der Kapitalgesellschaften).

Im Unterschied zum Grundkapital umfaßt das *Kapital (einschl. offene Rücklagen gemäß § 10 KWG)* (Bilanzstatistik) der inländischen Kreditinstitute auch die offenen (gesetzlichen und sonstigen) Rücklagen gemäß § 10 des Gesetzes über das Kreditwesen sowie die Kapitalanteile der persönlich haftenden Gesellschafter von Kommanditgesellschaften auf Aktien.

Im *Grundkapital und (den) Rücklagen* (Ausweis der Deutschen Bundesbank) der Deutschen Bundesbank sind das Grundkapital der Deutschen Bundesbank sowie die gesetzlichen und sonstigen (freien) Rücklagen enthalten.

Das *Kapital und (die) Rücklagen* (Konsolidierte Bilanz des Bankensystems) des Bankensystems umfassen neben dem Grundkapital der Deutschen Bundesbank und dem Kapital der inländischen Kreditinstitute auch die offenen Rücklagen gemäß § 10 des Gesetzes über das Kreditwesen. Zu beachten ist, daß im Unterschied zum Grundkapital die von den Kreditinstituten erworbenen eigenen Anteile und das nichteingezahlte Kapital vom Kapital und den Rücklagen abgesetzt worden sind.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 3046
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistik über den Steuerhaushalt 01.01.62	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Realsteuer, die auf inländisches land- und forstwirtschaftliches Vermögen, dem die Betriebsgrundstücke gem. § 99 Abs. 1 Nr. 2 des Bewertungsgesetzes gleichzusetzen sind, erhoben wird.</p> <p>Steuergegenstand der Grundsteuer A ist das land- und forstwirtschaftliche Vermögen. Es umfaßt alle Wirtschaftsgüter, die Betrieben der Land- und Forstwirtschaft dauernd zu dienen bestimmt sind. Dazu gehören der Grund und Boden, die Wohn- und Wirtschaftsgebäude sowie stehende und umlaufende Betriebsmittel. Bei den Betriebsgrundstücken handelt es sich hier um den zu einem Gewerbebetrieb gehörigen Grundbesitz, soweit er losgelöst von seiner Zugehörigkeit zum Gewerbebetrieb, einen Betrieb der Land- und Forstwirtschaft bilden würde.¹⁾</p> <p>Grundsteuerbefreiungen erfolgen nach Maßgabe der §§ 3 und 4 des Grundsteuergesetzes (u.a. auch Freistellung öffentlich geförderter oder steuerbegünstigter Wohnungen von der Grundsteuer für die Dauer von 10 Jahren nach dem 2. Wohnungsbaugesetz).</p> <p>Bei der Berechnung der Grundsteuer A wird von einem Steuermeßbetrag ausgegangen, der durch Anwendung eines Tausendsatzes (Steuermeßzahl) auf den Einheitswert zu ermitteln ist. Maßgebend für die Grundsteuer A sind der nach dem Bewertungsgesetz festgestellte Einheitswert des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens und die Steuermeßzahl 6 v.T. Durch Anwendung der durch Gemeindegesetz festgesetzten Hebesätze auf den Steuermeßbetrag wird die Grundsteuer A ermittelt und von den Gemeinden erhoben. Die Höhe der Hebesätze differiert von Gemeinde zu Gemeinde.</p> <p>Die Grundsteuer A wird für das Kalenderjahr festgesetzt und zu einem Viertel ihres Jahresbetrages am 15.2., 15.5., 15.8. und 15.11. fällig. Bei Kleinbeträgen oder bei Antrag des Steuerschuldners können die Gemeinden andere Fälligkeitstermine bestimmen.</p> <p>Bei der Grundsteuer A handelt es sich um eine Gemeindesteuer, deren Aufkommen den Gemeinden verbleibt.</p> <p>¹⁾ Zu weiteren Einzelheiten siehe Grundsteuergesetz v. 7.8.1973 (BGBl. I S. 965) sowie Bewertungsgesetz i.d.F. v. 26.9.1974 (BGBl. I S. 2369).</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GRUNDSTEUER A

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3046

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1973 wurde der Einheitswert des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens auf der Grundlage der Wertverhältnisse vom 1.1.1935 festgestellt. Die allgemeine Steuermeßzahl betrug bis einschl. 1973 10 v.T., bei einem Einheitswert von weniger als 10 000 DM 8 v.T. Zunehmende Hebesatzanspannung im Laufe der Jahre ohne entsprechende Aufkommensteigerung.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Grundsteuer A unterscheidet sich von der Grundsteuer B (Statistik über den Steuerhaushalt) im wesentlichen nur im Steuergegenstand. Unterschiede ergeben sich ferner in der Höhe der Steuermeßzahlen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GRUNDSTEUER B

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3046

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik
über den
Steuerhaushalt
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Realsteuer, die auf inländisches Grundvermögen (ohne land- und forstwirtschaftliches Vermögen) erhoben wird; ihm sind die Betriebsgrundstücke gemäß § 99 Abs. 1 Nr. 1 Bewertungsgesetz gleichzusetzen.

Zum Grundvermögen rechnen u.a. der Grund und Boden, die Gebäude sowie deren Bestandteile und Zubehör (nicht jedoch Maschinen und Betriebsvorrichtungen, auch wenn sie wesentliche Bestandteile des Grund und Bodens oder der Gebäude sind) und das Erbbaurecht. Bei den Betriebsgrundstücken handelt es sich hier um den zu einem gewerblichen Betrieb gehörigen Grundbesitz, soweit er losgelöst von seiner Zugehörigkeit zum Gewerbebetrieb, zum Grundvermögen gehören würde.

Umfangreiche Steuerbefreiungen erfolgen nach Maßgabe der §§ 3 und 4 Grundsteuergesetz (z.B. Grundbesitz der öffentlichen Hand und der Religionsgemeinschaften, ferner Grundbesitz, der gemeinnützigen, mildtätigen oder Zwecken der Wissenschaft, der Erziehung oder des Unterrichts dient. Freistellungen von der Grundsteuer für die Dauer von 10 Jahren sind u.a. auch für öffentlich geförderte oder steuerbegünstigte Wohnungen nach dem 2. Wohnungsbaugesetz möglich.¹⁾)

Bei der Berechnung der Grundsteuer B wird von einem Steuermeßbetrag ausgegangen, der durch Anwendung eines Tausendsatzes (Steuermeßzahl) auf den Einheitswert zu ermitteln ist. Maßgebend für die Grundsteuer B sind die nach dem Bewertungsgesetz festgestellten Einheitswerte des Grundvermögens, die auf den Wertverhältnissen vom 1.1.1964 beruhen, und folgende Steuermeßzahlen:

1) Zu weiteren Einzelheiten siehe Grundsteuergesetz v. 7.8.1973 (BGBl. I S. 965) sowie Bewertungsgesetz i.d.F. v. 26.9.1974 (BGBl. I S. 2369).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GRUNDSTEUER B

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3046

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- für Einfamilienhäuser für die ersten 75 000 DM
2,6 v.T.; für den Rest des Einheitswertes 3,5 v.T.,
- für Zweifamilienhäuser 3,1 v.T.,
- für alle übrigen bebauten oder unbebauten Grundstücke
3,5 v.T.

Durch Anwendung der durch Gemeindegesetz festgesetzten Hebesätze auf die Steuermeßbeträge wird die Grundsteuer B ermittelt und von den Gemeinden erhoben. Die Höhe der Hebesätze differiert von Gemeinde zu Gemeinde.

Die Grundsteuer B wird für das Kalenderjahr festgesetzt und zu einem Viertel ihres Jahresbetrages am 15.2., 15.5., 15.8. und 15.11. fällig. Bei Kleinbeträgen oder bei Antrag des Steuerschuldners können die Gemeinden andere Fälligkeitstermine bestimmen.

Bei der Grundsteuer B handelt es sich um eine *Gemeindesteuer*, deren Aufkommen den Gemeinden verbleibt.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1973 wurden die Einheitswerte des Grundvermögens und der Betriebsgrundstücke auf der Grundlage der Wertverhältnisse vom 1.1.1935 festgestellt. Die Steuermeßzahlen, die zur Berechnung der Steuermeßbeträge anzuwenden waren, betrugen bis einschl. 1973 zwischen 5 und 10 v.T. Die Höhe der Steuermeßzahlen war dabei von der Nutzungsart und vom Alter der Grundstücke bzw. Gebäude, von der Höhe der Einheitswerte und von der Gemeindegröße abhängig.¹⁾ Außerdem ist eine zunehmende Hebesatzanspannung im Laufe der Jahre zu berücksichtigen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Grundsteuer B unterscheidet sich von der *Grundsteuer A* (Statistik über den Steuerhaushalt) im wesentlichen nur im Steuergegenstand. Unterschiede ergeben sich ferner in der Höhe der Steuermeßzahlen.

1) Zu Einzelheiten siehe Grundsteuer-Durchführungsverordnung i.d.F. v. 29.1.1952 (BGBl. I S. 79) §§ 29 - 33.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GRUNDSTÜCKE MIT BAUTEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

273

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- | | |
|---|---|
| <p>1. Investitionserhebung im Bergbau und in der Industrie (ohne Bauindustrie)</p> <p>01.01.62 -
31.12.75</p> | <p>B e g r i f f s i n h a l t : Bruttozugänge an erworbenen und selbsterstellten Bauten einschl. der dazugehörigen erworbenen Grundstücke.</p> <p>Zu dieser Art der <i>Anlageinvestitionen</i> gehören alle Grundstücke mit Geschäfts-, Fabrik-, Wohn- und anderen Bauten einschl. Gleisanlagen, Kanalbauten, Parkplätze usw. sowie alle Bauarbeiten auf bereits bebauten Grundstücken und Eigenbauten auf fremden Grundstücken.</p> |
| <p>2. Unternehmens- und Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe</p> <p>01.01.62 -
31.12.75</p> | <p>Grundstücke mit Bauten werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Der Wertansatz schließt Mehrwertsteuer aus, soweit der Investor die Möglichkeit des Vorsteuerabzugs hat. Investitionssteuer ist, soweit sie erhoben wurde, einbezogen.</p> |
| <p>3. Investitionserhebung im Produzierenden Handwerk (ohne Bauhauptgewerbe)</p> <p>01.01.67 -
31.12.75</p> | <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis 1967 war die Umsatzsteuer in den Wertansätzen für Grundstücke mit Bauten enthalten.</p> |
| <p>4. Investitionserhebung in der öffentlichen Energieversorgung</p> <p>01.01.62 -
31.12.74</p> | |

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GRUNDSTÜCKE OHNE BAUTEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 273

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- | | |
|---|---|
| <p>1. Investitionserhebung im Bergbau und in der Industrie (ohne Bauindustrie)</p> <p>01.01.62 -
31.12.75</p> | <p>B e g r i f f s i n h a l t : Bruttozugänge an erworbenen Grundstücken ohne Bauten einschl. der Grundstücksaufschließungskosten u.ä.</p> <p>Grundstücke ohne Bauten werden zu Anschaffungskosten bewertet. Der Wertansatz schließt Mehrwertsteuer aus, soweit der Investor die Möglichkeit des Vorsteuerabzugs hat. Investitionssteuer ist, soweit sie erhoben wurde, einbezogen.</p> |
| <p>2. Unternehmens- und Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe</p> <p>01.01.62 -
31.12.75</p> | <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :</p> <p>Bis 1967 war die Umsatzsteuer in den Wertansätzen für Grundstücke ohne Bauten enthalten.</p> |
| <p>3. Investitionserhebung im Produzierenden Handwerk (ohne Bauhauptgewerbe)</p> <p>01.01.67 -
31.12.75</p> | |
| <p>4. Investitionserhebung in der öffentlichen Energieversorgung</p> <p>01.01.62 -
31.12.74</p> | |

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GRUNDVERMÖGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2505

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Vermögenssteuer-
statistik

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Das Grundvermögen umfaßt den Grund und Boden, die Gebäude, die sonstigen Bestandteile und das Zubehör sowie das Erbbaurecht und sonstige grundstücks-gleiche Rechte (z.B. Wohnungseigentum, Teileigentum, Wohnungserbbaurecht und Teilerbbaurecht nach dem Wohnungseigentumsge-setz), sofern es sich dabei nicht um *land- und forstwirtschaft-liches Vermögen* oder um *Betriebsgrundstücke* handelt. Als Grund-stück gilt auch ein Gebäude, das auf fremdem Grund und Boden errichtet ist, selbst wenn es wesentlicher Bestandteil des Grund und Bodens geworden ist.

Nicht ins Grundvermögen einbezogen sind die Mineralgewinnungs-rechte und die Maschinen und sonstigen Vorrichtungen aller Art, die zu einer Betriebsanlage gehören (Betriebsvorrichtungen), auch wenn sie wesentliche Bestandteile des Grund und Bodens oder der Gebäude sind.

Land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen werden nur dann dem Grundvermögen und nicht dem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen zugerechnet, wenn nach ihrer Lage, den im Feststellungs-zeitpunkt bestehenden Verwertungsmöglichkeiten oder den sonstigen Umständen anzunehmen ist, daß sie in absehbarer Zeit anderen als land- und forstwirtschaftlichen Zwecken, z.B. als Bauland, Indu-strieland oder Land für Verkehrszwecke, dienen werden.

Die Bewertung der bebauten Grundstücke erfolgte bis einschl. 1973 für Mietwohngrundstücke und gemischtgenutzte Grundstücke grund-sätzlich nach dem Rohmietverfahren (d.h. mit einem Vielfachen der Jahresrohmiete, das beim Vorliegen bestimmter Umstände ggf. noch zu erhöhen bzw. zu ermäßigen war) und für alle übrigen bebauten Grundstücke sowie die unbebauten Grundstücke mit dem gemeinen Wert (d.h. dem Wert der durch den Preis bestimmt wird, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr bei einer Veräußerung normaler-weise zu erzielen wäre). Dies geschah bei den bebauten Grund-stücken nach dem Sachwertverfahren, wobei zunächst der Bodenwert, der Gebäudewert und der Wert der Außenanlagen getrennt ermittelt und zum Ausgangswert zusammengefaßt werden. Der für bebaute Grundstücke anzusetzende Wert durfte jedoch nicht geringer sein als der gemeine Wert, mit dem der Grund und Boden allein als unbebautes Grundstück zu bewerten wäre.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GRUNDVERMÖGEN

DFK - Nr.:

GBK - Nr(n):

2505

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Im Falle eines Erbbaurechts wird zunächst der Gesamtwert für den Grund und Boden einschl. der Gebäude ermittelt und dieser sofern das Erbbaurecht noch mindestens fünfzig Jahre besteht dem Erbbauberechtigten zugeschrieben. Besteht das Recht nur noch kürzere Zeit, so wird der Gesamtwert geteilt und ein mit Ablauf des Rechts zunehmender Anteil am Wert des Grund und Bodens dem Eigentümer zugerechnet - gilt unter besonderen Umständen auch für einen Anteil am Wert des Gebäudes - . Im Einheitswert für die Vermögensteuer sind ggf. auch die Kosten für im Bau befindlichen Gebäude bzw. Gebäudeteile enthalten. Der Bewertung selbst sind die Verhältnisse im Feststellungszeitpunkt d.h. zu Beginn des betreffenden Kalenderjahres zugrunde zu legen.¹⁾

Nachgewiesen wird das Grundvermögen von unbeschränkt *Vermögenssteuerpflichtigen* (natürliche Personen) mit der Summe der nach den Wertverhältnissen vom 1.1.1935 (Saarland 1936) festgestellten, fortgeschriebenen oder nachfestgestellten Einheitswerte und/oder - im Falle steuerrelevanten Besitzes ausländischen Grundvermögens - gemeinen Werte.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Unterschiede zwischen dem Grundvermögen und den *Betriebsgrundstücken* (Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe) ergeben sich im wesentlichen durch die unterschiedlichen Nutzungszwecke, denen diese Vermögensgüter dienen. Während die Betriebsgrundstücke die Grundstücke umfassen, die zu mehr als der Hälfte ihres Wertes einem eigenen gewerblichen Betrieb dienen, rechnen zum Grundvermögen in der Regel jene Grundstücke, die weder einem gewerblichen noch einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb dienen. Das Grundvermögen umfaßt also Vermögensgüter, die überwiegend für "private Zwecke" genutzt werden.

Nicht zum Grundvermögen, sondern zum *land- und forstwirtschaftlichen Vermögen* gehört der Grund und Boden mit Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, der einem Betrieb der Land- und Forstwirtschaft dauernd zu dienen bestimmt ist. Von dieser grundsätzlichen Regelung sind unter bestimmten Voraussetzungen solche Fälle ausgenommen, bei denen in Zukunft mit einer Verwendung für andere als land- und forstwirtschaftliche Zwecke zu rechnen ist.

1) Zu Einzelheiten siehe Bewertungsgesetz v. 16.10.1934 (RGBl. I S. 1035), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Steueränderungsgesetzes 1965 v. 14.5.1965 (BGBl. I S. 377) unter Berücksichtigung des Artikels 2 Abs. 4 und 5 des Gesetzes zur Änderung des Bewertungsgesetzes v. 13.8.1965 (BGBl. I S. 851).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GÜTER DER ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2497

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Außenhandelspreise
01.01.54

B e g r i f f s i n h a l t : Die Begriffe Güter der Ernährungswirtschaft und *Ernährungswirtschaft* (Außenhandelsstatistik) sind synonym. Zu Einzelheiten siehe dort.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GÜTER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2500

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Außenhandelspreise
01.01.54

B e g r i f f s i n h a l t : Die Begriffe Güter der gewerblichen Wirtschaft und *Gewerbliche Wirtschaft* (Außenhandelsstatistik) sind synonym. Zu Einzelheiten siehe dort.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: GÜTERSCHIFFE	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 912 , 915

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistiken der Binnenschifffahrt	B e g r i f f s i n h a l t : Binnenschiffe, auf denen flüssige oder feste (trockene) Güter befördert werden.
1. Statistik des Bestandes an Binnenschiffen 01.01.61	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Erfaßt werden Güterschiffe, die in die Binnenschiffsregister eingetragen sind.</p> <p>Die Schiffe müssen über mindestens 20 t Tragfähigkeit oder 37 kW (50 PS) Maschinenleistung verfügen und für die Schifffahrt auf Binnengewässern (Flüssen, Kanälen und geschlossenen Seen) bestimmt sein.</p> <p>Zu den Güterschiffen zählen auch die Schubleichter, nicht jedoch die Schuten und sonstigen Leichter.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 2.</p>
2. Statistik über die Unternehmen in der Binnen- schifffahrt 01.01.70	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Erfaßt wird der verfügbare Bestand an Güterschiffen bei Unternehmen, die Binnenschifffahrt betreiben, gleichgültig ob im gewerblichen oder im Werkverkehr.</p> <p>Als verfügbar gelten die Schiffe im Eigentum der Unternehmen, zuzüglich der von ihnen gemieteten und abzüglich der vermieteten Schiffe.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Der Bestand an Güterschiffen in der Unternehmensstatistik der Binnenschifffahrt ist nicht unmittelbar vergleichbar mit dem der Bestandsstatistik: Zum einen werden die Erhebungen an verschiedenen Stichtagen durchgeführt, zum anderen erfaßt die Bestandsstatistik - im Unterschied zur Unternehmensstatistik - auch die an das Ausland vermieteten, jedoch nicht die vom Ausland gemieteten Schiffe sowie Schiffe, die als endgültig verloren oder ausbesserungsunfähig anzusehen sind, aber nicht im Register gelöscht wurden.</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GÜTERWAGEN (EIGENTUMSBESTAND)

DFK - Nr:

GSK - Nr(n):

804

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik
(Bestands- und
Betriebsstatistik)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Schienenfahrzeuge, die zur
Beförderung von Gütern bestimmt sind, einschließlich der
entsprechenden Triebwagen, aber ohne Gepäckwagen.Zum Eigentumsbestand zählen Güterwagen mit und ohne eigenen
Antrieb, die sich im Eigentum der Eisenbahnverwaltung be-
finden, d.h. einschließlich der vermieteten und ohne die
angemieteten Fahrzeuge.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

GYMNASIEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1115, 2578, 3042

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Allgemeinbildende Schulen, die den Besuch der Grundschule voraussetzen und nach dem 13. Schuljahr mit dem *Abitur* abschließen.

Die Grundschulen umfassen die ersten vier (in den Stadtstaaten die ersten sechs) Klassen der *Volksschulen*.

Die Gymnasien umfassen entsprechend neun Klassen (in den Stadtstaaten sieben Klassen).

Zu den Gymnasien zählen auch Abendgymnasien, Aufbaugymnasien, Oberschulen des wissenschaftlichen Zweiges der Berliner Schulen, Blindenstudienanstalten, die letzten neun bzw. sieben Schuljahre der Freien Waldorfschulen, die entsprechenden Zweige der additiven und der Oberstufenteil der integrierten Gesamtschulen sowie Sonderformen des Gymnasiums, wie z.B. Wirtschaftsgymnasien und Technische Gymnasien.

Stand:

Blatt-Nr.:

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

D F K - Nr.:

G B K - Nr.:

S W K - Nr.:

Statistik /
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt / Änderungen im Zeitablauf / Begriffsbeziehungen

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HALBWAREN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2867, 2603

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik
01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Erzeugnisse, die einem gewerblichen Bearbeitungsprozeß unterlagen, aber noch verhältnismäßig gering bearbeitet sind.

Die Halbwaren umfassen ausgewählte Waren (Warenarten) des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik. Im wesentlichen zählen dazu:¹⁾

Rohseide und Seidengespinnste;

Reyon (Kunstseide); synthetische Fäden (auch gezwirnt);

Gespinnste aus: Zellwolle, synthetischen Fasern, Wolle, anderen Tierhaaren, Baumwolle, Flachs, Hanf, Jute, Hartfasern u. dgl.;

Bau- und Nutzholz (Schnittholz);

Holzmasse, Zellstoff;

bearbeiteter Kautschuk;

Glasmasse, Rohglas;

Zement;

sonstige mineralische Baustoffe;

Roheisen;

Alteisen (Schrott);

Ferrolegierungen;

Eisenhalbzeug;

rohe NE-Metalle, auch Legierungen und Altmetalle:

Aluminium, Kupfer, Nickel, Blei, Zinn, Zink;

Sonstige unedle Metalle;

1) Zu weiteren Einzelheiten siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 3, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HALBWAREN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2867, 2603

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Fettsäuren, Paraffin, Vaseline, Wachse;

sonstige technische Öle und Fette;

Koks;

Kraftstoffe, Schmieröle, Erdgas;

Teer und Teerdestillationserzeugnisse,

Rückstände der Erdöl- und Steinkohlenteerdestillation;

aufbereitete Kalidüngemittel;

Thomasphosphatmehl, sonstige Phosphordüngemittel;

Stickstoffdüngemittel, sonstige Düngemittel;

Gerbstoffauszüge;

sonstige chemische Halbwaren;

Gold für gewerbliche Zwecke;

sonstige Halbwaren (einschl. elektrischem Strom).

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Vor 1976
wurde der elektrische Strom in der Außenhandelsstatistik
nicht nachgewiesen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: HALBWAREN UND VORERZEUGNISSE	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 2871
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Außenhandels- statistik 01.01.62	<p> B e g r i f f s i n h a l t : Warenposition, die <i>Halbwaren</i> und <i>Vorerzeugnisse</i> umfaßt.¹⁾ </p> <p> Als Halbwaren gelten Erzeugnisse, die einem gewerblichen Be- arbeitungsprozeß unterlagen, aber noch verhältnismäßig gering bearbeitet sind. Im wesentlichen zählen dazu Kraftstoffe, Schmieröle, Erdgas, textile Gespinste, Schnittholz, Holzmasse, Zellstoff, Zement, sonstige mineralische Baustoffe, Ferrolegie- rungen, Eisenhalbzeug, NE-Metalle, Koks, Teer, Düngemittel und sonstige chemische Halbwaren. </p> <p> Als Vorerzeugnisse gelten Erzeugnisse, die im gewerblichen Pro- duktionsprozeß stärker bearbeitet wurden, aber noch nicht die endgültige Verwendungsreife erlangt haben. Im wesentlichen zählen dazu textile Gewebe und Gewirke, Papier und Pappe, Furniere, Sperrholz, Steinzeug, Glas, Kunststoffe, Farbstoffe, chemische Vorerzeugnisse, Stangen, Bleche, Draht usw. aus Eisen und NE-Metallen. </p> <p> Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Vor 1976 wurde der elektrische Strom in der Außenhandelsstatistik nicht nachgewiesen. </p> <p> 1) Zu Einzelheiten siehe auch Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 3, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen, Anhang 2: Gegen- überstellung der Warengruppen und -untergruppen der Ernäh- rungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik. </p>

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

HALTEPUNKTE, HALTESTELLEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

796

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik
(Bestands- und
Betriebsstatistik)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Bahnanlagen der freien Strecke, auf denen Züge für Zwecke des Verkehrs planmäßig halten, beginnen oder enden dürfen.

Die freie Strecke ist durch Einfahrssignale, Trapeztafeln oder Einfahrweichen von den Bahnhöfen getrennt.

Haltepunkte verfügen nicht über Weichen. Bei Haltestellen ist ein Haltepunkt mit einer Abzweig- oder Anschlußstelle örtlich verbunden.

Eine Abzweigstelle ist eine Stelle, an der sich Streckengleise verzweigen. Eine Anschlußstelle verfügt über Rangiergleise bei deren Befahren die Hauptstrecke für den übrigen Verkehr gesperrt wird.

Die Eisenbahnunternehmen erfassen nur Haltepunkte und Haltestellen, die mit stationärem Personal besetzt sind, d.h. Haltepunkte und Haltestellen, auf denen Bedienstete der Eisenbahnunternehmen ständig arbeiten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Haltepunkte und Haltestellen unterscheiden sich von *Bahnhöfen* (Eisenbahnstatistik) durch ihre Lage an der freien Strecke. Haltepunkte verfügen zudem im Unterschied zu Bahnhöfen und Haltestellen nicht über Weichen.

Bahnhöfe wie auch Haltepunkte und Haltestellen dienen der Abwicklung des Personen- und Güterverkehrs.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HALTER VON TIEREN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

382

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Allgemeine
Viehzählung
01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, in deren un-
mittelbarem Besitz sich Pferde, Rindvieh, Schweine, Schafe
oder Hühner befinden, ohne Rücksicht auf das Eigentum an
den Tieren.

Zu den Haltern von Tieren zählen Landwirte, Schlachthöfe,
Schlachter, Viehhändler u.ä. Personen.

Inhaber von *land- und forstwirtschaftlichen Betrieben*, die
eine der genannten Tierarten halten, gelten unabhängig von
der Zahl der gehaltenen Tiere als Halter von Tieren.

Nicht als Halter von Tieren gelten Inhaber land- und
forstwirtschaftlicher Kleinstbetriebe mit weniger als
einem Hektar *landwirtschaftlich genutzter Fläche*, die
weniger als eine Zuchtsau oder drei andere Schweine bzw.
weniger als 20 Legehennen halten. Diese Kleinstbetriebe
werden zwar in jedem vierten Jahr mit erhoben, aber hier
nicht nachgewiesen.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Vor
1974 galten auch die Inhaber land- und forstwirtschaftli-
cher Kleinstbetriebe als Halter von Tieren.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HANDELSCHIFFE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

952, 3151

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des
Bestandes an
Seeschiffen

01.01.51

B e g r i f f s i n h a l t : Schiffe, die dem Erwerb durch Seefahrt dienen, über ein festes Deck und mindestens 17,65 BRT Raumgehalt verfügen, mit Ausnahme der *Seefischereifahrzeuge* und der *Bagger-, Montage- und Bergungsfahrzeuge*.

Erfaßt werden die Handelsschiffe, die unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland fahren. Unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland können u.a. auch Schiffe fahren, die von deutschen Reedern auf Bare-Boat-Basis aus dem Ausland gechartert werden. Entsprechend fahren auf Bare-Boat-Basis an das Ausland vercharterte Schiffe im allgemeinen nicht unter deutscher Flagge.

Im einzelnen zählen zu den Handelsschiffen *Fahrgastschiffe, RO/RO-Schiffe einschl. Fährschiffe, Trockenfrachtschiffe* (ohne Mehrzweckschiffe), *Massengut- und Mehrzweckschiffe* sowie *Tanker*.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1970 wurden die Handelsschiffe in *Fahrgastschiffe, Fähr-, Förde- und Bäderschiffe, Trockenladungsschiffe, Kühlschiffe* und *Tanker* unterteilt.

Bis einschl. 1973 wurden die Handelsschiffe erfaßt, die in die deutschen Seeschiffsregister eingetragen waren unabhängig davon, ob sie unter deutscher Flagge fuhren.

In die Seeschiffsregister werden Schiffe eingetragen, die für die Schifffahrt außerhalb von Binnengewässern (Flüssen, Kanälen und geschlossenen Seen) bestimmt sind, die einen Raumgehalt von mehr als 17,65 BRT haben und deren Eigentümer Deutsche sind (natürliche und juristische Personen).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HANDELSWARE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

515

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Investitionserhebung im Bergbau und in der Industrie (ohne Bauindustrie)

01.01.64 -
31.12.75

B e g r i f f s i n h a l t : Fremdbezogene Erzeugnisse, die von *Unternehmen* unbearbeitet und ohne fertigungstechnische Verbindung mit eigenen Erzeugnissen weiterverkauft werden.

Fremdbezogene Erzeugnisse, die im Unternehmen voraussichtlich be- oder verarbeitet werden, gehören nicht zur Handelsware.

Handelsware wird zu Anschaffungskosten bewertet. Als Anschaffungskosten gelten die Anschaffungspreise ohne Mehrwertsteuer zuzüglich Anschaffungsnebenkosten wie Fracht, Verpackung und dergleichen abzüglich Preisnachlässe (Rabatte, Boni usw.).

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1967 war in den Anschaffungskosten die Umsatzsteuer enthalten.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

HANDEL UND VERKEHR

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3344

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Mikrozensus

01.01.64 -
31.12.71

B e g r i f f s i n h a l t : Wirtschaftsbereich, der die
Abteilungen

Handel

Abteilung 4

Verkehr und Nachrichtenübermittlung

" 5

der Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung 1961
bzw. 1970 umfaßt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HANDWERKERLEISTUNGEN (OHNE BAUHANDWERKER)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1126

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Verbraucherpreise

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Sammelposition, die Schneider- und Schusterarbeiten, Kfz-Pflege und -Reparatur, Friseurleistungen und Reparatur von Fernsehgeräten und Uhren umfaßt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

HAUPTBAHNEN

GBK - Nr(n):

791

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik
(Bestands- und
Betriebsstatistik)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Gleisanlagen, die die technischen Einrichtungen von Hauptbahnen besitzen. Dazu gehören z.B. ein bestimmter Mindestkurvenradius und bestimmte Sicherheitseinrichtungen.¹⁾

Die *Streckenlängen* der Hauptbahnen ergeben sich aus der in der Achse der Gleise gemessenen Länge für Entfernungen zwischen Stationen, die in den öffentlichen Tarifen als selbständige Anfangs- oder Endpunkte für die Beförderung von Personen oder Gütern bezeichnet sind. Dabei ist es ohne Bedeutung, ob die Strecke ein- oder mehrgleisig ausgestattet ist.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Seit 1976 werden die *Streckenlängen* der Hauptbahnen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen den Streckenlängen der entsprechenden Nebenbahnen zugerechnet.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Hauptbahnen und *Nebenbahnen* (Eisenbahnstatistik) unterscheiden sich im wesentlichen dadurch, daß Hauptbahnen für höhere Geschwindigkeiten und größere Gewichte der sie befahrenden Züge eingerichtet sind als Nebenbahnen und für Hauptbahnen strengere Sicherheitsbestimmungen als für Nebenbahnen gelten.¹⁾

1) Zu Einzelheiten vgl. Eisenbahn- Bau- und Betriebsordnung vom 12.5.1967 (BGBI. II S. 1563).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HAUPTNIEDERLASSUNG

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2816

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Arbeitsstätten-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Arbeitsstätte, von der aus
das gesamte Unternehmen geleitet wird.

Zwischenverwaltungen (wie z.B. Bezirksdirektionen von Ver-
sicherungsunternehmen) gelten als *Zweigniederlassungen*.

Als Arbeitsstätte gilt eine örtliche Einheit (Grundstück
oder abgegrenzte Räumlichkeit), in der am Stichtag mindestens
eine Person oder - unter einheitlicher Leitung - mehrere
Personen regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig
waren.

Als Unternehmen wird die kleinste rechtlich selbständige
Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Ab-
schlüsse aufzustellen hat, aufgefaßt. Rechtlich selbstän-
dige Tochtergesellschaften gelten als Unternehmen. Die Un-
ternehmenseigenschaft besteht unabhängig von einer even-
tuellen Zugehörigkeit des Unternehmens zu einem Konzern.

In der Arbeitsstättenzählung werden Unternehmensergebnisse
nur für den erwerbswirtschaftlichen Bereich ausgewiesen. Zu
diesem rechnen die Wirtschaftszweige Land- und Forstwirtschaft,
Tierhaltung, Fischerei, Produzierendes Gewerbe (Energiewirt-
schaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe,
Baugewerbe), Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Kredit-
institute, Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen
(Gastgewerbe, Wissenschaft und Bildung, Gesundheitswesen,
Rechtsberatung), ferner die wirtschaftlichen Unternehmen im
Eigentum von Gebietskörperschaften einschl. der staatlichen
und kommunalen Regiebetriebe und der Deutschen Bundesbahn
und der Deutschen Bundespost.

Für die Bereiche Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung werden keine
Unternehmensergebnisse und entsprechend keine Hauptnieder-
lassungen nachgewiesen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Besteht ein Unter-
nehmen (Arbeitsstättenzählung) nur aus einer Arbeitsstätte,
so gilt diese als *Einzige Niederlassung*. Hauptniederlassungen
bestehen daher nur bei Unternehmen, die mindestens zwei Ar-
beitsstätten (Hauptniederlassung und *Zweigniederlassung(en)*)
umfassen.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1450
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte</p> <p>01.01.58</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Die Haushaltsbruttoeinkommen je Haushalt und Monat umfassen die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit, die Bruttoeinkommen aus Vermögen und die Einnahmen aus Einkommensübertragungen und Untervermietung.</p> <p>Zu den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit rechnen neben den Bruttolöhnen und -gehältern u.a. auch die Einkommen aus nebenberuflicher Tätigkeit, die einmaligen Zahlungen (z.B. Urlaubs-, Weihnachtsgeld, 13. Monatsgehalt, Prämien u.ä.), das Überstundenentgelt und die vermögenswirksamen Leistungen des Arbeitgebers.</p> <p>Bei den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit der verschiedenen Haushaltstypen (z.B. Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern, Arbeitnehmerhaushalte) handelt es sich im wesentlichen um Einnahmen aus selbständiger Arbeit wie z.B. um Entgelte für die Haushaltsbuchführung, Gefälligkeitsleistungen u.ä.</p> <p>Zu den Bruttoeinkommen aus Vermögen zählen neben Zinsen, Dividenden u.ä. die Einnahmen aus Vermietung einschl. der unterstellten Miete für Eigentümerwohnungen abzüglich der Aufwendungen für die Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden und für Schönheitsreparaturen in Eigentümerwohnungen. Der unterstellte Mietwert entspricht der Miete einer vergleichbaren Mietwohnung.</p> <p>Die Einnahmen aus Einkommensübertragungen setzen sich u.a. aus Renten der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung, öffentlichen Pensionen, Kindergeld, Wohngeld, Sozialhilfe, Ausbildungszuschüssen, Renten der Kriegsopferversorgung u.ä., aus den Übertragungen von Unternehmen, von privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter und von anderen privaten Haushalten sowie aus einmaligen Einkommensübertragungen (z.B. Rückerstattungen von Einkommen- und Vermögensteuern) zusammen.</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HAUSHALTSBRUTTOEINKOMMEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1450

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Budgets je Haushalt und Monat sind wie folgt zu berechnen:

Haushaltsbruttoeinkommen

- Einkommen- und Vermögensteuern
- Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung

= Haushaltsnettoeinkommen

+ sonstige Einnahmen

= ausgabefähige Einkommen und Einnahmen (ohne Einnahmen aus Vermögensminderung und Kreditaufnahme)

- Ausgaben für den Privaten Verbrauch
- übrige Ausgaben (jedoch ohne Ausgaben für Vermögensbildung und Kreditrückzahlung)

= Veränderung (+/-) der Vermögens- und Finanzkonten (Ersparnis: Ausgaben für Vermögensbildung und Kreditrückzahlung abzüglich Einnahmen aus Vermögensminderung und Kreditaufnahme, jedoch ohne Wertveränderung des vorhandenen Sach- und Geldvermögens).

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die vermögenswirksamen Leistungen sind seit 1974, die Einnahmen aus Untervermietung seit 1976 im Haushaltsbruttoeinkommen enthalten. Bis einschl. 1975 rechneten die Einnahmen aus Untervermietung zu den *sonstigen Einnahmen*.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zum Haushaltsbruttoeinkommen umfassen die *sonstigen Einnahmen* (Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte) alle Einnahmen aus dem Verkauf im Haushalt erzeugter sowie gebrauchter Waren, die Nettoeinnahmen aus der Erstattung von Ausgaben für geschäftliche (dienstliche) Zwecke, die Rückvergütungen auf Warenkäufe, die Vermögensübertragungen sowie die Einnahmen, die nicht dem Haushaltsbruttoeinkommen zugerechnet werden können.

Das Haushaltsbruttoeinkommen ist ferner vom *Einkommen* (Einkommensteuerstatistik) zu unterscheiden. Im Einkommen der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen sind im Gegensatz zum Haushaltsbruttoeinkommen u.a. die Werbungskosten, die ausländischen Steuern vom Einkommen, der Freibetrag für freie Berufe und die Sonderausgaben nicht enthalten.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HAUSHALTSTYPEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2575

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Wohn- und Wirtschaftsge-
meinschaften von Personen. Nach dem Verwandtschafts- oder
Verschwägerungsgrad oder der Zugehörigkeit anderer Per-
sonen zum Haushalt werden folgende Haushaltstypen unter-
schieden:

A 1: Haushalte, die nur aus Ehepaaren ohne Kinder bestehen:

Haushalte, die jeweils nur aus einem kinderlosen Ehe-
paar bestehen oder aus einem Ehepaar, dessen Kinder oder
ggf. Enkel nicht(mehr) im gleichen Haushalt wohnen, ohne
weitere im Haushalt wohnende Personen (Eingenerationen-
haushalte).

A 2: Haushalte, die aus einer Elterngeneration und ledigen
Kindern oder Enkeln bestehen:

Haushalte, die jeweils aus einer Elterngeneration
(Vater und/oder Mutter) und aus nur ledigen Kindern
oder die aus einer Elterngeneration und Enkeln bestehen
(Zweigenerationenhaushalte). Der Haushaltstyp A 2 ent-
hält keine nichtledigen Kinder und keine weiteren
verwandten oder verschwägerten und auch keine familien-
fremden Personen.

A 3: Haushalte, die aus der Elterngeneration und verheira-
teten Kindern (ohne Enkel) sowie evtl. unverheirateten
Kindern ohne Enkel bestehen:

Haushalte, die jeweils aus einer Elterngeneration
(Vater und/oder Mutter) und aus Kindern bestehen, von
denen mindestens eines nicht ledig (verheiratet, ver-
witwet oder geschieden) ist. Ggf. leben auch die Ehe-
partner der verheirateten Kinder im Haushalt (Zweigene-
rationenhaushalte). Der Haushaltstyp A 3 enthält keine
weiteren verwandten oder verschwägerten und keine fa-
milienfremden Personen.

A 4: Haushalte, die aus der Großeltern-, Eltern-, Kinder-
und evtl. Enkelgeneration bestehen:

Haushalte, die aus mindestens drei Generationen best-
ehen. Der Haushaltstyp A 4 enthält keine Personen, die
nicht in gerader Linie verwandt oder verschwägert sind
sowie keine familienfremden Personen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HAUSHALTSTYPEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2575

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B 1: Haushalte der Typen A 1 bis A 4, in denen außerdem noch andere verwandte oder verschwägte Personen leben:

Haushalte, in denen Ehepaare und/oder in gerader Linie miteinander verwandte Personen leben und in denen mindestens eine weitere, mit den übrigen Haushaltsmitgliedern nicht in gerader Linie verwandte bzw. verschwägte Person wohnt (z.B. ein Ehepaar, das mit der Schwester der Ehefrau zusammenlebt oder eine geschiedene Frau mit Kind, die bei ihrem Bruder wohnt oder zwei zusammenwohnende Ehepaare, wobei die Ehemänner Brüder sind usw.). Der Haushaltstyp B 1 enthält keine familienfremden Personen.

B 2: Haushalte, in denen nur nicht in gerader Linie miteinander verwandte und(oder) verschwägte Personen leben:

Haushalte, deren sämtliche Haushaltsmitglieder zwar miteinander verwandt oder verschwägert sind, aber nicht in gerader Linie und in denen auch keine Ehepaare wohnen (z.B. ein zusammenlebendes Geschwisterpaar oder ein Kind, das bei seiner Tante wohnt).

C 1: Haushalte der Typen A 1 bis A 4 und B 1, in denen noch familienfremde Personen, z.B. Hausgehilfinnen, leben:

Haushalte, in denen außer einem Ehepaar und/oder in gerader Linie verwandten oder verschwägerten Personen (und u.U. weiteren, mit den übrigen Haushaltsmitgliedern nicht in gerader Linie verwandten oder verschwägerten Personen) auch mindestens eine Person wohnt, die mit den übrigen Haushaltsmitgliedern weder verwandt noch verschwägert ist (z.B. ein Ehepaar mit Kindern, in deren Haushalt auch eine Hausgehilfin wohnt oder der Haushalt eines Landwirts, in dem außer den Familienangehörigen noch familienfremde Arbeitskräfte wohnen oder zwei zusammenwohnende Ehepaare, zwischen denen keine Verwandtschaftsbeziehung besteht usw.).

C 2: Haushalte des Typs B 2, in denen noch familienfremde Personen wohnen:

Haushalte, in denen verwandte oder verschwägte Personen leben (ohne in gerader Linie Verwandte oder Verschwägte und ohne Ehepaare) und in denen ferner mindestens eine weitere Person wohnt, die mit den übrigen Haushaltsmitgliedern weder verwandt noch ver-

Statistische Datenbank - Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 2575
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>schwägert ist (z.B. ein zusammenwohnendes Geschwisterpaar, das eine im Haushalt wohnende Hausgehilfin beschäftigt).</p> <p>D: Haushalte, die nur aus Personen bestehen, die weder miteinander verwandt noch verschwägert sind:</p> <p>Haushalte, die nur aus nicht miteinander verwandten oder verschwägerten Personen bestehen (z.B. zwei pensionierte, nicht miteinander verwandte Lehrerinnen, die einen gemeinsamen Haushalt führen oder sog. Wohngemeinschaften).</p> <p>Zu den Haushalten der Typen C 1, C 2 und D zählen auch Haushalte des Gaststättengewerbes, soweit diese als <i>Privathaushalte</i> erfaßt werden.</p> <p>Bei der Zuordnung von Personen zu Haushaltstypen wird von der <i>Bevölkerung in Privathaushalten</i> ausgegangen. Hierdurch werden die in Anstalten wohnenden Personen (<i>Anstaltsbevölkerung</i>) ausgeschlossen. Außerdem werden verschiedene Personengruppen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften nur an einem Wohnsitz erfaßt. Im einzelnen gelten für Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften folgende Zuordnungs- (Ausnahme-) Regeln:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Privathaushalte, deren Angehörige sich sämtlich überwiegend in einer anderen im Bundesgebiet gelegenen Wohnung oder Unterkunft aufhalten bzw. von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung gehen, werden an dem Ort, an dem sie sich nur zeitweilig aufhalten, nicht berücksichtigt. Dadurch werden Wochenendwohnsitze u.ä. nicht einbezogen. - Ledige Personen mit 25 und mehr Jahren werden nicht zum Haushalt ihrer Eltern gerechnet, wenn sie eine weitere im Bundesgebiet gelegene Wohnung oder Unterkunft haben, von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. sich dort überwiegend aufhalten, nicht überwiegend von Einkünften ihrer Eltern leben und auch nicht <i>Haushaltsvorstand</i> im elterlichen Haushalt sind. <p>Alle anderen Personen mit mehreren Wohnsitzen in Privathaushalten, die nicht von den beiden Zuordnungsregeln betroffen werden, werden mehrfach berücksichtigt.</p>	

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HAUSHALTSTYPEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2575

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Als Kinder gelten - unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausnahmeregel - alle Personen ohne Rücksicht auf ihr Alter, die zusammen mit ihren Eltern oder einem Elternteil in einem Haushalt wohnen, einschl. der Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HAUSHALTSVORSTÄNDE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2510

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Volks- und Berufs-
zählung 1970

2. Mikrozensus

01.01.68

B e g r i f f s i n h a l t : Bezugspersonen in *Privat-haushalten*, mit deren Hilfe die Beziehungen zwischen den Haushaltsmitgliedern bestimmt und dargelegt werden können.

Grundsätzlich ist Haushaltsvorstand, wer sich als solcher bezeichnet. Da nach dem Gleichheitsgrundsatz bei Ehepaaren beide Ehepartner Haushaltsvorstand sein können, wird in den Fällen, in denen mehr als ein Haushaltsvorstand genannt wird, aus statistischen Gründen die männliche Person als Haushaltsvorstand betrachtet. Die Festlegung auf eine Bezugsperson ist erforderlich, um den Grad der Verwandtschaft und Verschwägerung der Haushaltsmitglieder untereinander, insbesondere das Generationenverhältnis, zu ermitteln und abzuleiten sowie um Personen zu erkennen, die nicht mit dem Haushaltsvorstand verwandt sind.

Personen, die *Einpersonenhaushalte* bilden, sind grundsätzlich auch Haushaltsvorstand.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Während der Haushaltsvorstand in einem Mehrpersonenhaushalt diejenige Person ist, die sich als solche bezeichnet, wird der *Familienvorstand* (Volks- und Berufszählung 1970) durch das Generationenverhältnis zu den übrigen Familienmitgliedern bestimmt.

Da in einem Haushalt einerseits mehrere Familien wohnen können und andererseits verwandte Personen, die getrennt, d.h. in verschiedenen Privathaushalten wohnen, nicht zu einer Familie zusammengefaßt werden können, ergibt sich hierdurch zunächst eine höhere Zahl von Familien und Familienvorständen als von Privathaushalten und Haushaltsvorständen. Jedoch ist zu beachten, daß bei der Zuordnung von Personen zu Privathaushalten von der Bevölkerung in Privathaushalten, bei der Zuordnung von Personen zu Familien von der Bevölkerung am Familienwohnsitz ausgegangen wird. Daraus folgt, daß bestimmte Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften mehrfach als Haushaltsvorstand, aber nur einmal als Familienvorstand gezählt werden können. Dadurch erhöht sich andererseits wieder die Zahl der Privathaushalte und Haushaltsvorstände, verglichen mit der Zahl der Familien und Familienvorstände.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HAUSSCHLACHTUNGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 390

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Schlachtungs-
und Schlachtge-
wichtsstatistik

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Schlachtungen, die nicht von gewerblich schlachtenden Betrieben, sondern von Selbstversorgern - in aller Regel im Haushalt des Tierhalters - vorgenommen werden, und bei denen das Fleisch ausschl. zum Verbrauch im eigenen Haushalt bestimmt ist.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Hausschlachtungen sind zu unterscheiden von *gewerblichen Schlachtungen* (Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik). Erstere umfassen die Schlachtungen von Selbstversorgern, in aller Regel den Haltern von Tieren, letztere umfassen die Schlachtungen gewerblicher Art, bei denen die geschlachteten Tiere nicht für den Selbstverbrauch bestimmt sind.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HEBAMMEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

404

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Berufe
des Gesundheits-
wesens

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Alle freiberuflich tätigen und
angestellten Hebammen im Besitz einer Anerkennung als Hebamme.¹⁾Nicht erfaßt werden die Hebammenschülerinnen, Wochenpflegerin-
nen und Wochenpflegeschülerinnen.

1) Zu Einzelheiten siehe §§ 6 und 8 Hebammengesetz v. 21.12.
1938 (RGBl. I S. 1893).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HERSTELLUNGSLÄNDER

DFK - Nr.:

GBK - Nr(n):

566

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Länder, in denen von der Bundesrepublik Deutschland einsch. Berlin (West) eingeführte Waren vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind.¹⁾

Bei Präferenzwaren, für die ein Präferenznachweis vorgelegt wird, ist Herstellungs-(Ursprungs-)land das Land oder Gebiet, in dem die Waren aufgrund einer Präferenzregelung die Eigenschaft von Ursprungswaren erworben haben.

Sind an der Herstellung einer Ware zwei oder mehr Länder beteiligt, so ist Herstellungs-(Ursprungs-)land das Land, in dem die letzte wesentliche und wirtschaftlich gerechtfertigte Be- oder Verarbeitung stattgefunden hat, sofern diese in einem dazu eingerichteten Unternehmen vorgenommen worden ist und zur Herstellung eines neuen Erzeugnisses geführt hat oder eine bedeutende Herstellungsstufe darstellt.

Bei Waren, deren Herstellungs-(Ursprungs-)land nicht bekannt ist, wird das Versendungsland der Waren erfaßt.

Weitere Einzelheiten sind § 10 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (AHStatDV) in der Fassung vom 14. Juli 1977 (BGBl. I S. 1281) zu entnehmen.

1) Artikel 4 Abs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 802/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Begriffsbestimmung für den Warenursprung (ABl. EG Nr. L 148 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung mit der Maßgabe, daß er auch für die von der Verordnung nicht erfaßten Waren gilt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HERSTELLUNG VON MASCHINEN FÜR DAS PRODUKTIONSGÜTER-
GEWERBE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3583

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- | | |
|---|---|
| 1. Monatsbericht
für Unternehmen
und Betriebe im
Bergbau und im
Verarbeitenden
Gewerbe

01.01.70 | <p>B e g r i f f s i n h a l t : Alle Waren der Warenklassen</p> <p>Metallbearbeitungsmaschinen der spanabhebenden Formung Warenklasse 3211</p> <p>Metallbearbeitungsmaschinen der spanlosen Formung " 3212</p> <p>Hütten- und Walzwerkseinrichtungen " 3213</p> <p>Maschinen und Präzisionswerkzeuge für die Metall- und Werkstoffbearbeitung " 3218</p> <p>Dampfturbinen " 3227</p> <p>Wasserkraftmaschinen " 3228</p> <p>des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975.</p> |
| 2. Statistik des
Auftragsbe-
standes im
Verarbeitenden
Gewerbe

01.01.77 | <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Herstellung von Maschinen für das Produktionsgütergewerbe und <i>Maschinen für die Produktionsgüterindustrien</i> (Statistik des Auftragseingangs in der Industrie, Statistik des Auftragsbestandes in der Industrie) sind synonym.</p> |

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

HERSTELLUNG VON MASCHINEN FÜR DAS VERBRAUCHSGÜTER PRO-
DUZIERENDE GEWERBE

GBK - Nr(n):

3583

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe
01.01.70
- B e g r i f f s i n h a l t : Alle Waren der Warenklassen
Holzbe- und -verarbeitungsmaschinen, Warenklasse 3217
Werkzeugmaschinen zum Bearbeiten von
Kork, Bein, Hartkautschuk, Kunststoff
und ähnlichen harten Stoffen
Gewerbliche Kühlmöbel und -geräte, " 3233
Kältemaschinen und -anlagen
2. Statistik des Auftragsbestandes im Verarbeitenden Gewerbe
01.01.77
- Nahrungsmittelmaschinen " 3245
Maschinen für verwandte Gebiete der " 3246
Nahrungsmittelherstellung
Papier- und Druckereimaschinen " 3261
Textilmaschinen " 3265
Zubehörteile für Textilmaschinen " 3266
Nähmaschinen " 3267
Schuh- und Lederindustriemaschinen " 3269
des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Herstellung von Maschinen für das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe und *Maschinen für die Verbrauchsgüterindustrien* (Statistik des Auftragseingangs in der Industrie, Statistik des Auftragsbestandes in der Industrie) sind synonym.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HERSTELLUNG VON MASCHINEN FÜR DIE BAUWIRTSCHAFT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3583

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Monatsbericht
für Unternehmen
und Betriebe im
Bergbau und im
Verarbeitenden
Gewerbe

01.01.70

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Waren der Warenklassen
Baumaschinen Warenklasse 3236
Baustoff-, Keramik- und Glasmaschinen " 3237
des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestati-
stik, Ausgabe 1975.

2. Statistik des
Auftragsbe-
standes im
Verarbeitenden
Gewerbe

01.01.77

Zu den Baumaschinen zählen u.a. Bauaufzüge, Bauwinden, Beton-
mischer und -mischanlagen, Betonpumpen, -spritz- und -einpreß-
geräte, Betonverdichter, Turmdrehkrane, Rammern, Bagger, Stra-
ßenbaumaschinen, Gleisbaumaschinen, Erdbaugeräte.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Her-
stellung von Maschinen für die Bauwirtschaft und *Maschinen
für die Bauwirtschaft (einschl. Maschinen für die Baustoff-,
Keramik- und Glasindustrie)* (Statistik des Auftragseingangs
in der Industrie, Statistik des Auftragsbestandes in der In-
dustrie) sind synonym.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HERSTELLUNG VON MASCHINEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3583

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe
01.01.70
- B e g r i f f s i n h a l t : Alle Waren der Warenklassen
Landmaschinen Warenklasse 3241
Landwirtschaftliche Förder- und Transportmittel " 3242
Milchwirtschaftliche Maschinen " 3243
Ackerschlepper (einschl. Einachs- " 3244
schlepper und andere einachsige Motorgeräte)
2. Statistik des Auftragsbestandes im Verarbeitenden Gewerbe
01.01.77
- des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975.
- B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Herstellung von Maschinen für die Landwirtschaft und *Maschinen für die Landwirtschaft (Landmaschinen, landwirtschaftliche Förder- und Transportmittel, milchwirtschaftliche Maschinen und Ackerschlepper)* (Statistik des Auftragseingangs in der Industrie, Statistik des Auftragsbestandes in der Industrie) sind synonym.
- Zur Abgrenzung gegenüber dem Begriff *landwirtschaftliche Maschinen* (Produktions-Eilbericht, Außenhandelsstatistik) siehe dort.

Statistische Datenbank													
- Definitionskatalog -													
Begriff:	DFK - Nr:												
HERSTELLUNG VON NACHRICHTEN- UND INFORMATIONSTECHNISCHEN ERZEUGNISSEN	GBK - Nr(n): 3118												
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen												
Statistik des Auftragsbe- standes im Verarbeitenden Gewerbe 01.01.77	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Alle Waren der Warenklassen</p> <table> <tr> <td>Geräte und Einrichtungen der Drahtnach- richtentechnik</td><td>Warenklasse 3651</td></tr> <tr> <td>Geräte und Einrichtungen der Funknach- richtentechnik</td><td>" 3653</td></tr> <tr> <td>Elektrische Zeitdienstgeräte</td><td>" 3655</td></tr> <tr> <td>Rundfunk- und Fernsehempfangsgeräte und -einrichtungen</td><td>" 3661</td></tr> <tr> <td>Phonotechnische Geräte</td><td>" 3663</td></tr> <tr> <td>Bauelemente der Fernmelde- und Hochfrequenztechnik</td><td>" 3667</td></tr> </table> <p>des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestati- stik, Ausgabe 1975.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Her- stellung von nachrichten- und informationstechnischen Erzeug- nissen und <i>nachrichten- und informationstechnische Investitions- güter</i> (Statistik des Auftragsbestandes in der Industrie) sind unterschiedlich abgegrenzt. Die Produktgruppe Herstellung von nachrichten- und informationstechnischen Erzeugnissen schließt die nachrichten- und informationstechnischen Investitionsgüter ein, umfaßt aber zusätzlich noch die Rundfunk- und Fernseh- empfangsgeräte, die phonotechnischen Geräte und die Bauelemente für die Fernmelde- und Hochfrequenztechnik.</p>	Geräte und Einrichtungen der Drahtnach- richtentechnik	Warenklasse 3651	Geräte und Einrichtungen der Funknach- richtentechnik	" 3653	Elektrische Zeitdienstgeräte	" 3655	Rundfunk- und Fernsehempfangsgeräte und -einrichtungen	" 3661	Phonotechnische Geräte	" 3663	Bauelemente der Fernmelde- und Hochfrequenztechnik	" 3667
Geräte und Einrichtungen der Drahtnach- richtentechnik	Warenklasse 3651												
Geräte und Einrichtungen der Funknach- richtentechnik	" 3653												
Elektrische Zeitdienstgeräte	" 3655												
Rundfunk- und Fernsehempfangsgeräte und -einrichtungen	" 3661												
Phonotechnische Geräte	" 3663												
Bauelemente der Fernmelde- und Hochfrequenztechnik	" 3667												

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HERSTELLUNG VON STARKSTROMTECHNISCHEN ERZEUGNISSEN

DFK - Nr.:

GBK - Nr(n):

3118

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des
Auftragsbe-
standes im
Verarbeitenden
Gewerbe

01.01.77

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Waren der Warenklassen

Elektromotoren und -generatoren	Warenklasse 3611
Transformatoren	" 3612
Starkstromkondensatoren	" 3617
Hochspannungsschaltgeräte und -anlagen	" 3621

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestati-
stik, Ausgabe 1975.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Her-
stellung von starkstromtechnischen Erzeugnissen und *stark-
stromtechnische Investitionsgüter* (Statistik des Auftragsbe-
standes in der Industrie) sind synonym.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HOCHBAU

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

188

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Alle folgenden
Statistiken

B e g r i f f s i n h a l t : Errichtung von Bauwerken, deren Hauptteile über dem Erdboden liegen.

Die Errichtung der Bauwerke umfaßt auch die dazugehörigen Fundierungsarbeiten.

1. Statistik der
Baugenehmigungen
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Zum Hochbau rechnen sowohl *Wohnbauten* als auch *Nichtwohnbauten*, jedoch keine Bauten von begrenzter Dauerhaftigkeit und keine freistehenden selbständigen Konstruktionen.

Zu den freistehenden selbständigen Konstruktionen rechnen z.B. Tribünen, Schornsteine, Türme und Gaskessel.

2. Statistik über
den Auftrags-
eingang im
Bauhauptgewerbe
01.01.71 -
31.12.76

B e g r i f f s i n h a l t : Zum Hochbau rechnet der *Wohnungsbau* sowie der *sonstige Hochbau*.

Als Wohnungsbau gilt die Errichtung von Hochbauten, die überwiegend, d.h. zu mindestens 50 %, Wohnzwecken dienen.

3. Statistik über
den Auftrags-
bestand im
Bauhauptgewerbe
01.01.71 -
31.12.76

Als sonstiger Hochbau gilt die Errichtung von Hochbauten im Auftrag von Unternehmen, Landwirtschaft, Bundesbahn und Bundespost, ferner von Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter und von anderen öffentlichen Auftraggebern. Dazu rechnen z.B. Verwaltungsgebäude, Fabrikgebäude, Ställe, Silos, Scheunen, Bahnhöfe, Postämter, Schulen, Krankenhäuser, Gefängnisse, Kirchen, Gemeindehäuser und Sporthallen.

4. Produktions-
Eilbericht
01.01.62 -
31.12.76

B e g r i f f s i n h a l t : Zum Hochbau rechnen Betriebe, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Hochbauten im Rohbau zu errichten.

Zur Errichtung von Hochbauten rechnen die Ausführung von Hoch- und Ingenieurbauten sowie die Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten an diesen Bauten. Nicht dazu rechnet die Ausführung von Brücken- und bestimmten Spezialbauten.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
HOCHSCHULEN	GBK - Nr(n): 1115, 2235, 2533, 3042

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Ausbildungsstätten, die der Lehre und Forschung sowie der Vorbereitung auf akademische Berufe dienen.

Zugangsvoraussetzung für die Hochschulen ist das *Abitur* oder die fachgebundene Hochschulreife.

Zu den Hochschulen rechnen u.a. Universitäten, Technische Hochschulen, Wissenschaftliche Hochschulen mit Universitätsrang, Pädagogische Hochschulen, Philosophisch-Theologische Hochschulen, Kirchliche Hochschulen sowie Hochschulen für Musik, Bildende Künste und Sport.

Nicht zu den Hochschulen zählen die Fachhochschulen und die Volkshochschulen. Die Fachhochschulen werden entweder den *Ingenieurschulen* oder den Fachschulen (*Berufsfach-/ Fachschulen*) zugerechnet.

Als Hochschulabschluß gilt die erfolgreiche Absolvierung der erforderlichen Prüfungen an einer der obengenannten Hochschulen. Auch Absolventen von Lehrerbildungsanstalten und Lehrerseminaren gelten als Hochschulabsolventen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HÖRFUNKGENEHMIGUNGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1018

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Deutschen
Bundespost
01.01.54

B e g r i f f s i n h a l t : Genehmigungen zur Er-
richtung und zum Betrieb einer Hörfunkempfangsanlage.

Erfaßt werden lediglich die Rundfunkgenehmigungen, die ge-
bührenpflichtigen Hörfunkteilnehmern erteilt wurden.

Ausgewiesen wird der Bestand an erteilten Hörfunkgenehmi-
gungen am Jahresende.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis
einschl. 1970 umfaßten die Hörfunkgenehmigungen auch die
Genehmigungen, die nicht gebührenpflichtigen Hörfunk-
teilnehmern erteilt wurden.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Bestand an
Hörfunkgenehmigungen ist der Bestand an *Fernsehgenehmi-
gungen* (Statistik der Deutschen Bundespost) enthalten,
da mit der Erteilung einer Fernsehgenehmigung zugleich
eine Hörfunkgenehmigung als erteilt gilt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HÜHNER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

383

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Allgemeine
Viehzählung
01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Sämtliche Hühner einschließlich der Küken (einschl. Eintagsküken), der Legehennen, der Masthühner sowie der Schlacht- und Masthähne und sonstigen Hähne.

Nachgewiesen wird die Zahl der Halter von Hühnern (*Halter von Tieren*). Als Halter von Tieren gelten Personen, in deren unmittelbarem Besitz sich Tiere befinden, unabhängig von den Eigentumsverhältnissen. Die Zahl der Hühner selbst wird nicht nachgewiesen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
HYPOTHEKARKREDITE	GBK - Nr(n): 1247, 1248, 1249, 1250, 1251, 1252, 1269
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik der
Boden- und
Kommunalkredit-
institute

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Von Boden- und Kommunalkreditinstituten gewährte langfristige Darlehen, die durch Hypotheken gesichert sind.

Nachgewiesen werden im einzelnen Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke, auf gewerbliche, landwirtschaftliche und sonstige Grundstücke sowie Hypothekarkredite auf Schiffe. Die Zuordnung erfolgt dabei entsprechend dem Objekt, das zur Sicherung des Darlehens belastet wird, unabhängig von der Verwendung des Darlehens.

Zu den Hypothekarkrediten auf Grundstücke rechnen auch Darlehen, die nicht durch eine Hypothek, sondern durch Grund- oder Rentenschulden gesichert sind, sofern die Grund- bzw. Rentenschulden - ebenso wie die Hypotheken - ins Grundbuch eingetragen sind.

Nicht zu den Hypothekarkrediten rechnen Darlehen, bei denen die eingetragene Hypothek oder Grundschuld nur als zusätzliche Sicherung anzusehen ist, sowie kommunalverbürgte Hypotheken auf Grundstücke. Durch Grundpfandrechte gesicherte Landeskulturdarlehen (für Maßnahmen der Wasserwirtschaft und der Bodenkultur) sind ebenfalls nicht bei den Hypothekarkrediten einbezogen.

Die Zuordnung der belasteten Grundstücke zu den Grundstücksarten, für die Hypothekarkredite ausgewiesen werden, erfolgt nach der überwiegenden Nutzung des Grundstücks, d.h. nach der Nutzung, der ein Grundstück zu mehr als 50 % der Raumfläche unterliegt.

Zu den Wohngrundstücken rechnen Grundstücke, die überwiegend zu Wohnzwecken genutzt werden, einschließlich der Grundstücke mit ländlichen Wohnbauten und unabhängig davon, ob es sich um Wohnungsneu- oder -altbauten handelt.

Zu den gewerblichen Grundstücken zählen Grundstücke, die überwiegend gewerblichen Zwecken (Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel, Verkehr und Dienstleistungen) dienen.

Zu den landwirtschaftlichen Grundstücken zählen Grundstücke, die überwiegend für Zwecke der Landwirtschaft, des Gartenbaus, des Weinbaus, der Forstwirtschaft, der Tierhaltung sowie der Fischerei genutzt werden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
HYPOTHEKARKREDITE	GBK - Nr(n): 1247, 1248, 1249, 1250, 1251, 1252, 1269

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Zu den sonstigen Grundstücken rechnen Grundstücke, die überwiegend für kulturelle, sportliche oder ähnliche Zwecke genutzt werden. Das sind z.B. Kirchen, Theater, Altersheime, Sportplätze, Sporthallen und Dorfgemeinschaftshäuser.

Bei den Hypothekarkrediten auf Schiffe werden Schiffe und Schiffsbauwerke (in Bau befindliche Schiffe) belastet.

Die Schiffshypotheken werden in die Schiffsregister (Binnenschiffsregister, Seeschiffsregister) eingetragen.

Nicht zu den Hypothekarkrediten auf Schiffe zählen die gemäß § 5 Abs. 1 des Schiffsbankgesetzes¹⁾ gewährte kommunalverbürgten Darlehen.

Die *Neuausleihungen* umfassen die während des Berichtszeitraums tatsächlich neu gewährten (ausbezahlten) Hypothekarkredite.

Der *Darlehensbestand* gibt den tatsächlichen Umfang der Forderungen aus Hypothekarkrediten am Ende des Berichtszeitraums an.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Siehe unter 2.

1) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über die Schiffspfandbriefbanken (Schiffsbankgesetz) in der Fassung v. 8.5.1963 (BGBl. I S. 302).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HYPOTHEKARKREDITE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 1247, 1248, 1249,
1250, 1251, 1252, 1269Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

2. Statistik der
Bausparkassen
01.01.54

B e g r i f f s i n h a l t : Bauspardarlehen, deren Sicherung in Hypotheken oder Grundschulden auf ein inländisches Pfandobjekt besteht.

Zu den Bauspardarlehen rechnen hier ausschließlich Darlehen aus zugeteilten Bausparverträgen, d.h. aus Verträgen, die voll angespart sind und bei denen die entsprechende Wartezeit abgelaufen ist.

Vor der Zuteilung gewährte Zwischenkredite sind nicht einbezogen.

Ausgewiesen wird der Bestand an Hypothekarkrediten die von den Bausparkassen gewährt wurden, vermindert um die Tilgungsleistungen (Stand am Ende des Berichtszeitraums).

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Während die Hypothekarkredite der Bausparkassen zweckgebunden sind, werden bei den Hypothekarkrediten auf Wohngrundstücke (Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute) für Wohnzwecke genutzte Grundstücke belastet, ohne daß das gewährte Darlehen einem bestimmten Verwendungszweck zugeführt werden muß.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

HYPOTHEKENPFANDBRIEFE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1138

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Boden- und
Kommunalkredit-
institute

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Festverzinsliche Schuldverschreibungen, die gemäß § 1 des Hypothekendarlehenbankgesetzes¹⁾ oder gemäß §§ 1 und 2 des Pfandbriefgesetzes²⁾ aufgrund gewährter Realkredite (gegen Hypotheken, Grund- und Rentenschulden und u.U. Ersatzdeckungen) ausgegeben werden.

Erfasst werden sowohl Inhaber- als auch Namenshypothekendarlehenpfandbriefe.

Zu den Hypothekendarlehenpfandbriefen rechnen auch Landesrentenbriefe der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank (bis 1965: Deutsche Landesrentenbank).

Unter *Erstabsatz* an Hypothekendarlehenpfandbriefen wird der Nominalbetrag aller im Berichtszeitraum erstmals verkauften neu aufgelegten Hypothekendarlehenpfandbriefe einschließlich der Vorverkäufe erfasst.

Die *Tilgungen* von Hypothekendarlehenpfandbriefen umfassen im Berichtszeitraum endgültig aus dem Verkehr gezogene, für kraftlos erklärte, entwertete, vernichtete oder dem Treuhänder zur Vernichtung übergebene Hypothekendarlehenpfandbriefe.

Der Umlauf (*Umlauf (Neugeschäft)*) von Hypothekendarlehenpfandbriefen erfasst den Nominalbetrag der am Ende des Berichtszeitraums tatsächlich umlaufenden Hypothekendarlehenpfandbriefe ohne die im Eigenbestand befindlichen Stücke eigener Emissionen der Kreditinstitute, jedoch einschließlich der vorverkauften Stücke.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Hypothekendarlehenpfandbriefen (Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute) sind bei den *Pfandbriefen* (Emissionsstatistik) Schiffspfandbriefe einbezogen. Außerdem umfassen die Pfandbriefe - seit 1969 - ausschließlich Pfandbriefe, die auf den Inhaber lauten, während bei den Hypothekendarlehenpfandbriefen sowohl auf den Inhaber als auch auf den Namen lautende Hypothekendarlehenpfandbriefe einbezogen sind.

1) Zu Einzelheiten siehe Hypothekendarlehenbankgesetz (HBG) in der Fassung v. 5.2.1963 (BGBI. I S. 81) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBI. I S. 671).

2) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (ÖPG) in der Fassung v. 8.5.1963 (BGBI. I S. 312) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBI. I S. 669).

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

D F K - Nr.:

G B K - Nr.:

S W K - Nr.:

Statistik /
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt / Änderungen im Zeitablauf / Begriffsbeziehungen

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

IM KRANKENHAUS TÄTIGE KRANKENPFLEGEPERSONEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

403

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Krankenhausstatistik
01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Zu den im Krankenhaus tätigen Krankenpflegepersonen rechnen die in *Krankenhäusern* beschäftigten Krankenschwestern und -pfleger, Kinderkrankenschwestern bzw. -pfleger, Krankenpflegehelferinnen und -helfer, Säuglings- und Kinderpflegerinnen sowie die sonstigen Pflegepersonen ohne staatliche Prüfung.

Nicht erfaßt werden die Krankenpflegepersonen, die noch in Ausbildung sind (z.B. Krankenschwesternschülerinnen).

Zu den sonstigen Pflegekräften ohne staatliche Prüfung rechnen alle Personen, die die Krankenpflege berufsmäßig ausüben, ohne zur Führung einer der genannten Berufsbezeichnungen berechtigt zu sein.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Aufgrund anderer Berufsbezeichnungen setzte sich bis einschl. 1964 das erfaßte Pflegepersonal aus den Krankenschwestern bzw. -pflegern, den Kinderkrankenschwestern und den sonstigen Pflegekräften zusammen.

Für 1964 fehlen die Angaben über Krankenpflegehelfer bzw. -helferinnen in vier, für 1965 in einem Bundesland. Von 1966 bis 1968 fehlen die Zahlen über Säuglings- und Kinderpflegerinnen in Hessen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Während zu den im Krankenhaus tätigen Krankenpflegepersonen nur das in Krankenhäusern beschäftigte Pflegepersonal zählt, werden zu den *Krankenpflegepersonen* (Statistik der Berufe des Gesundheitswesens) alle in bestimmten Pflegeberufen tätigen Personen gerechnet, allerdings ohne die Säuglings- und Kinderpflegerinnen und die sonstigen Pflegekräfte ohne staatliche Prüfung.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER AKTIENKURSE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1281

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Effektenkurse

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die Entwicklung
der Aktienkurse.

In die Berechnung des Index der Aktienkurse werden an den Börsen im Bundesgebiet im amtlichen Handel und geregelter Freiverkehr festgestellte Kassakurse für Stammaktien von Gesellschaften mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) einbezogen (zum Basiszeitpunkt 29.12.1972 = 100 285 Gesellschaften). Stammaktien werden nur berücksichtigt, wenn sie auf DM lauten; Vorzugsaktien bleiben außer Ansatz.

Bei Aktien, die an mehreren Börsen im Bundesgebiet notiert werden, geht nur der Kurs an der sog. Heimatbörse in die Berechnungen ein. Als Heimatbörse gilt die Börse, in deren Bereich der Verwaltungssitz des entsprechenden Unternehmens liegt.

Die Aktien werden so ausgewählt, daß die Indexpapiere sowohl insgesamt als auch in der Unterteilung nach Wirtschaftsbereichen mindestens 90 % des Nominalwertes der börsennotierten Stammaktien repräsentieren.

Beim Index der Aktienkurse handelt es sich um einen Laspeyres-Index, wobei als Fortschreibungsreihen die von marktfremden Einflüssen (z.B. Erhöhung oder Herabsetzung des Nominalkapitals, Fusionen, Ausgabe von Bezugsrechten) bereinigten Kurse der ausgewählten Aktien und als Gewichte die Nominalwerte der börsennotierten Stammaktien am Basisstichtag dienen.

Die Gewichtung erfolgt in zweifacher Weise: Zunächst wird bei der Ermittlung der Teilindizes nach Wirtschaftsgruppen der Kurs der einbezogenen Aktiengesellschaften mit dem Nominalwert der börsennotierten Stammaktien der repräsentativ ausgewählten Gesellschaften gewichtet. Bei der Zusammenfassung der Wirtschaftsgruppenindizes zu Hauptwirtschaftsgruppenindizes und danach zum Gesamtindex dient der Nominalwert aller börsennotierten Stammaktien (auch der nicht in die Berechnungen einbezogenen) Aktiengesellschaften als Gewichtungsmaßstab.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER AKTIENKURSE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1281

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Zuordnung der Aktiengesellschaften zu bestimmten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften erfolgt nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit, bei Beteiligungsgesellschaften entsprechend der Zuordnung des nach Kapital und Beteiligung wichtigsten Tochterunternehmens.

Die Auswahl und Zuordnung der einzelnen Gesellschaften zum Teilindex "Publikumsgesellschaften" (83 Werte) wird nach der Höhe ihres im Streubesitz befindlichen Aktienkapitals, der Anzahl der Aktionäre, der Veröffentlichung der Börsenumsätze sowie der Höhe des Nominalwertes der börsennotierten Stammaktien vorgenommen, wobei mindestens zwei der für diese Kriterien festgelegten Kennziffern erreicht sein müssen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	ÜFK - Nr: GBK - Nr(n): 330, 3561, 3562, 3563, 3564
----------	--

INDEX DER ARBEITSPRODUKTIVITÄT

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Produktions-
Eilbericht

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die Entwicklung der Produktion im *Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe* im Verhältnis zum Arbeitseinsatz.

Die Entwicklung der Produktion (Produktionsergebnis) wird durch den *Index der Nettoproduktion* repräsentiert, der unter Ausschaltung von Preisänderungen die Entwicklung der Nettoleistung im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe mißt.

Der Nettoproduktionswert wird errechnet, indem vom Bruttoproduktionswert der Materialverbrauch, d.h. der Wert der verbrauchten fremdbezogenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, der Halbwaren, der Teile und dgl. sowie der Wert der vergebenen Lohnarbeiten abgezogen werden.

Im einzelnen wird das Produktionsergebnis je Arbeiter, das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde, das Produktionsergebnis je Beschäftigten und das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde nachgewiesen.

Zur Ermittlung des Arbeitseinsatzes in den einzelnen Indizes der Arbeitsproduktivität werden Meßzahlen der Arbeiter, der Arbeiterstunden, der Beschäftigten und der Beschäftigtenstunden errechnet, die jeweils zum Index der Nettoproduktion in Beziehung gesetzt werden.¹⁾

PRODUKTIONSERGEBNIS JE ARBEITER

Das Produktionsergebnis je Arbeiter entsteht durch die Division

$$\frac{\text{Index der Nettoproduktion 1970} = 100}{\text{Meßzahl der Zahl der Arbeiter 1970} = 100} \times 100$$

Hier wird der von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Index der Nettoproduktion verwendet. Da die Arbeiterzahlen Jahresdurchschnitte darstellen (errechnet aus den am Ende der einzelnen 12 Monate tätigen Arbeitern), kann deshalb der Kalenderbereinigte Produktionsindex zugrunde gelegt werden, der Einflüsse wie z.B. ungleiche Monatslänge oder die unterschiedliche Zahl von Sonn- und Feiertagen ausschaltet.

1) Zu Einzelheiten siehe Meier, G.: Index der Arbeitsproduktivität für die Industrie auf der Basis 1970, in: WiSta 2/1975 S. 90 ff.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER ARBEITSPRODUKTIVITÄT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 330, 3561,
3562, 3663, 3564Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Als Arbeiter gelten Tätige Personen, die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen einschl. der gewerblich Auszubildenden. Nicht einbezogen sind die Heimarbeiter.

PRODUKTIONSERGEBNIS JE ARBEITERSTUNDE

Das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde entsteht durch die Division

$$\frac{\text{Index der Nettoproduktion 1970} = 100}{\text{Meßzahl der Zahl der Arbeiterstunden 1970} = 100} \times 100$$

Hier wird der kalendermonatliche Index der Nettoproduktion verwendet (ohne Ausschaltung von Kalenderunregelmäßigkeiten). Bei den Arbeiterstunden handelt es sich um die in jedem Monat effektiv geleisteten Stunden, die zu Jahressummen addiert werden. Diesen entsprechen die Jahreszahlen des kalendermonatlichen Produktionsindex.

Als Arbeiterstunden gelten die tatsächlich geleisteten - nicht die bezahlten - Arbeitsstunden aller Tätigen Personen, die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen. Einbezogen sind geleistete Mehrarbeitsstunden (z.B. Überstunden, Sonntagsstunden), nicht jedoch bezahlte Ausfallstunden (z.B. wegen gesetzlichen Urlaubs, Krankheit, Betriebsferien).

PRODUKTIONSERGEBNIS JE BESCHÄFTIGTEN

Das Produktionsergebnis je Beschäftigten entsteht durch die Division

$$\frac{\text{Index der Nettoproduktion 1970} = 100}{\text{Meßzahl der Zahl der Beschäftigten 1970} = 100} \times 100$$

Hier wird der von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Index der Nettoproduktion verwendet. Da die Beschäftigtenzahlen Jahresdurchschnitte darstellen (errechnet aus den am Ende der einzelnen 12 Monate tätigen Beschäftigten), kann deshalb der kalenderbereinigte Produktionsindex zugrunde gelegt werden, der Einflüsse wie z.B. ungleiche Monatslänge oder die unterschiedliche Zahl von Sonn- und Feiertagen ausschaltet.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER ARBEITSPRODUKTIVITÄT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 330, 3561,
3562, 3563, 3564Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Als Beschäftigte gelten Tätige Inhaber, Tätige Mitinhaber und Mithelfende Familienangehörige, soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit tätig sind, sowie alle Personen (einschl. Auszubildende, aber ohne Heimarbeiter), die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen.

PRODUKTIONSERGEBNIS JE BESCHÄFTIGTENSTUNDE

Das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde entsteht durch die Division

$$\frac{\text{Index der Nettoproduktion 1970} = 100}{\text{Meßzahl der Zahl der Beschäftigtenstunden 1970} = 100} \times 100$$

Hier wird der kalendermonatliche Index der Nettoproduktion verwendet (ohne Ausschaltung von Kalenderunregelmäßigkeiten). Bei den Beschäftigtenstunden handelt es sich um die in jedem Monat effektiv geleisteten Stunden, die zu Jahressummen addiert werden. Diesen entsprechen die Jahreszahlen des kalendermonatlichen Produktionsindex.

Als Beschäftigtenstunden gelten die tatsächlich geleisteten - nicht die bezahlten - Arbeitsstunden aller Beschäftigten. Als Beschäftigte gelten Tätige Inhaber, Tätige Mitinhaber und Mithelfende Familienangehörige, soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit tätig sind, sowie alle Personen (einschl. Auszubildende, aber ohne Heimarbeiter), die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen. Zu den Beschäftigtenstunden zählen auch die geleisteten Mehrarbeitsstunden (z.B. Überstunden, Sonntagsstunden), nicht jedoch die bezahlten Ausfallstunden (z.B. wegen gesetzlichen Urlaubs, Krankheit, Betriebsferien).

Die Beschäftigtenstunden werden schätzungsweise ermittelt. Hierbei wird auch für jene Beschäftigten, die keine Arbeiter sind (also nicht der Versicherungspflicht der Arbeiterrentenversicherung unterliegen), die durchschnittliche Arbeitszeit der Arbeiter zugrunde gelegt.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Neuordnung der Statistik im Produzierenden Gewerbe beeinflusste die Berechnungsmethode der einzelnen Indizes der Arbeitsproduktivität nicht. Die Produktivitätsindizes, die vor der Umstellung auf das neue Berichtssystem nach der Systematik des Industrieberichts nachgewiesen wurden (1962 bis 1976), messen die Ent-

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER ARBEITSPRODUKTIVITÄT

DFK - Nr:

GBK - Nr(n): 330, 3561,
3562, 3563, 3564Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

wicklung der Produktion in der *Industrie* (ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie) im Verhältnis zum Arbeitseinsatz. Die Entwicklung der Produktion wird dabei durch den *Index der industriellen Nettoproduktion* repräsentiert.

Die Unterschiede in den begrifflichen Abgrenzungen von "Industrie" und "Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe" sind nur geringfügig. Zu Einzelheiten siehe jeweils dort.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER AUSFUHRPREISE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2907, 1418

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Außenhandelspreise
01.01.54

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die durchschnittliche Entwicklung der Verkaufspreise von Waren, die vom Bundesgebiet einschl. Berlin (West) ins Ausland ausgeführt werden.

Die Ausführpreise beziehen sich räumlich auf den Preisstand beim Grenzübergang der Waren, d.h. sie werden auf der Basis der Handelsbedingung "fob" oder "frei deutsche Grenze" ermittelt. In den Ausführpreisen sind deshalb auch die Transportkosten vom inländischen Versandplatz bis zur Grenze der Bundesrepublik Deutschland enthalten.

Zeitlich beziehen sich die Ausführpreise auf den Preisstand zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses. Es handelt sich dabei um Durchschnittspreise aller Vertragsabschlüsse im Berichtsmonat und nicht um Preisangaben für einen bestimmten Stichtag.

Öffentliche Abgaben (z.B. Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer) sind nicht enthalten.

Preisunterschiede gegenüber dem Vormonat, die keine echten Preisveränderungen darstellen, sondern die auf einer Qualitätsänderung oder Änderungen anderer preisbestimmender Merkmale der Ware beruhen, werden bei der Indexberechnung ausgeschaltet.

Alle Preise gehen in deutscher Währung in die Indexberechnung ein. Wurden Verträge in ausländischer Währung abgeschlossen, so wurden die Kontraktpreise von den Berichtsfirmen anhand von effektiven Wechselkursen oder vom Statistischen Bundesamt anhand der im Berichtsmonat an der Frankfurter Devisenbörse festgestellten Mittelkurse umgerechnet.

Der Indexformel liegt die Annahme zugrunde, daß sich die Struktur der Ausfuhrwerte der ausgeführten Waren seit dem Basisjahr 1970 nicht verändert hat (Laspeyres-Index). In die Berechnung gehen die Preise von 2 085 ausgeführten Waren ein. Die Gewichte für die Wägung der einzelnen Ausführpreise wurden aus der Struktur der Ausfuhrwerte dieser Waren im Basiszeitraum abgeleitet. Nicht berücksichtigt wurden dabei die Warenlieferungen der Bundesrepublik Deutschland an die DDR (sog. innerdeutscher Handel).¹⁾

1) Zu Einzelheiten siehe Rostin, W.: Die Indizes der Außenhandelspreise auf Basis 1970, in WiSta 6/1974, S. 387 ff.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER AUSFUHRPREISE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2907, 1418

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die jährlich nachgewiesenen Preisindizes sind einfache
Durchschnitte aus den monatlichen Indizes der Ausfuhrpreise.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER BRUTTOPRODUKTION

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3615

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Produktions-
Eilbericht
01.01.77

B e g r i f f s i n h a l t : Der Index der Brutto-
produktion entspricht vom Konzept her dem *Index der in-
dustriellen Bruttoproduktion*.

Unterschiede zwischen beiden Indizes ergeben sich ledig-
lich durch Unterschiede im Berichtskreis, verursacht durch
die Anwendung einer neuen Wirtschaftszweigsystematik
(Übergang vom Systematischen Verzeichnung zum Monatlichen
Industriebericht auf die SYPRO¹⁾), durch die Einbeziehung
des Handwerks und durch die Änderung der Abschneidegrenzen.

Beim Index der industriellen Bruttoproduktion bzw. Index
der Bruttoproduktion sind - im Gegensatz zum Index der
industriellen Nettoproduktion bzw. Index der Nettoproduk-
tion für das Produzierende Gewerbe mit einer Gruppierung
nach Industriezweigen bzw. Wirtschaftszweigen - die Waren
nach ihrem vermutlichen Verwendungszweck (als Investitions-
oder Verbrauchsgut) gruppiert.

1) Systematik der Wirtschaftszweige (WZ) rev., Fassung für
die Statistik im Produzierenden Gewerbe - SYPRO -, Hrsg.
Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1976.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER DURCHSCHNITTlich BEZAHLTEN WOCHENSTUNDEN
(ARBEITER)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1732

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Verdiensterhebung
in Industrie und
Handel

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die Entwicklung
der *durchschnittlich bezahlten Wochenstunden* von Arbeitern.

Als bezahlte Wochenstunden gelten die effektiv geleisteten Stunden (dies sind in der Regel die "hinter der Stechuhr", d.h. innerhalb der Arbeitsstätte bzw. auf der Arbeitsstelle verbrachten Zeiten abzüglich allgemein betrieblich festgesetzter Ruhepausen wie z.B. die Mittagszeit) zuzüglich der bezahlten Ausfallstunden, z.B. für bezahlte Krankheitstage, gesetzliche Feiertage, bezahlten Urlaub, bezahlte Arbeitspausen, bezahlte Freizeit aus betrieblichen und persönlichen Gründen (Betriebsversammlungen, Betriebsausflüge, Arztbesuche, Familienfeiern u.ä.). In die effektiv geleisteten Stunden sind auch die *Mehrarbeitsstunden* einbezogen (das sind Arbeitsstunden, die über die betriebsübliche Arbeitszeit hinaus geleistet und nicht durch Gewährung von Freizeit an anderen Tagen ausgeglichen werden, unabhängig davon, ob für diese Stunden ein Zuschlag bezahlt wird oder nicht).

Als Arbeiter gelten alle Personen in abhängiger Stellung, die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen.

Zu den Arbeitern gehören nicht: teilzeitbeschäftigte Arbeiter, Auszubildende, Mithelfende Familienangehörige, ferner Arbeiter, die als Empfänger von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung ein vermindertes Arbeitsentgelt beziehen sowie Arbeiter, die wegen Krankheit, Einstellung oder Entlassung nicht für den ganzen Erhebungsmonat entlohnt werden. Nicht erfaßt werden ferner die Heimarbeiter und Zwischenmeister. Einbezogen sind hingegen von Kurzarbeit betroffene Arbeiter.

Der Indexformel liegt die Annahme zugrunde, daß sich die Struktur der Arbeiterschaft seit dem Basisjahr nicht verändert hat (Laspeyres-Index). Die Wertgewichte für den Arbeitszeitindex werden durch Multiplikation der Personenzahlen in den einzelnen Arbeitergruppen mit der Zahl der durchschnittlich bezahlten Wochenstunden im Basisjahr gewonnen.

Die jährlich nachgewiesenen Indizes der durchschnittlich bezahlten Wochenstunden werden auf der Basis eines linearen Regressionsansatzes aus den Indizes der durchschnittlich bezahlten Wochenstunden in den vier Erhebungsmonaten (Januar, April, Juli, Oktober) ermittelt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER DURCHSCHNITTlichen BRUTTOMONATSVERDIENSTE DER
KAUFMÄNNISCHEN UND TECHNISCHEN ANGESTELLTEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1746

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Verdiensterhebung
in Industrie und
Handel

01.01.57

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die Entwicklung der *durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste* der kaufmännischen und technischen Angestellten.

Der Bruttoverdienst umfaßt alle Beträge, die den Angestellten laufend (regelmäßig) gezahlt werden; dies sind normalerweise das tarifliche oder frei vereinbarte Gehalt einschl. tariflicher und außertariflicher Leistungs-, Sozial- und sonstiger Zulagen und Zuschläge. Bei Angestellten, die neben einem festen Gehalt eine Umsatzprovision beziehen, wird der auf den Berichtsmonat entfallende Provisionsanteil zugerechnet. Einbezogen sind ferner die vom Arbeitgeber freiwillig übernommenen Lohnsteuerbeträge und Arbeitnehmeranteile der Beiträge zur Sozialversicherung sowie die monatlich gezahlten vermögenswirksamen Leistungen.

Nicht zum Bruttoverdienst gehören alle Beträge, die nicht der Arbeitstätigkeit in der Erhebungszeit zuzuschreiben sind bzw. eine einmalige Zahlung darstellen. Dazu gehören z.B.: Nachzahlungen, Spesenersatz, Trennungsschädigungen, Gratifikationen, Jahresabschlußprämien, 13. Monatsgehalt, Gewinnanteile, Gewinnbeteiligungen, zusätzliches Urlaubsgeld und nicht in monatlichen Teilbeträgen laufend gezahlte vermögenswirksame Leistungen.

Nicht in die Indexberechnung einbezogen werden die Bruttomonatsverdienste von leitenden Angestellten mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis (Leistungsgruppe I), teilzeitbeschäftigten Angestellten, Auszubildenden, Mithelfenden Familienangehörigen, von Angestellten, die als Empfänger von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung ein vermindertes Arbeitsentgelt beziehen sowie von Angestellten, die wegen Krankheit, Einstellung oder Entlassung nicht für den ganzen Erhebungsmonat entlohnt wurden.

Der Indexformel liegt die Annahme zugrunde, daß sich die Struktur der Angestelltenschaft seit dem Basisjahr nicht verändert hat (Laspeyres-Index). Die Wertgewichte für die Wägung der Verdienstreihen werden durch Multiplikation der Personenzahlen in den einzelnen Angestelltengruppen mit ihren durchschnittlichen Bruttomonatsverdiensten im Basisjahr gewonnen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: INDEX DER DURCHSCHNITTlichen BRUTTOMONATSVERDIENSTE DER KAUFMÄNNISCHEN UND TECHNISCHEN ANGESTELLTEN	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1746

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die jährlich nachgewiesenen Indizes der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste ergeben sich als arithmetisches Mittel aus den Indizes der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste in den vier Erhebungsmonaten Januar, April, Juli und Oktober.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1963 waren als Erhebungsmonate die Monate Februar, Mai, August und November maßgebend. Ab 1973 werden Meister im Angestelltenverhältnis einbezogen; sie werden zu den technischen Angestellten gerechnet.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER DURCHSCHNITTlichen BRUTTOSTUNDENVERDIENSTE
(ARBEITER)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1734

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Verdiensterhebung
in Industrie und
Handel

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die Entwicklung
der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Arbeiter.

Der Bruttostundenverdienst umfaßt alle Beträge, die den Arbeitern laufend (regelmäßig) gezahlt werden; dies sind normalerweise der tarifliche oder frei vereinbarte Lohn einschl. tariflicher und außertariflicher Leistungs-, Sozial- und sonstiger Zulagen und Zuschläge.

Zum Bruttostundenverdienst rechnet u.a. auch der auf eine Arbeitsstunde entfallende Provisionsanteil, sofern Arbeiter neben einem festen Lohn Umsatzprovision beziehen, ferner lohnsteuerpflichtige Auslösungen und vom Arbeitgeber freiwillig übernommene Lohnsteuerbeträge und Arbeitnehmeranteile der Beiträge zur Sozialversicherung sowie die monatlich gezahlten vermögenswirksamen Leistungen.

Nicht zum Bruttoverdienst rechnen alle Beträge, die nicht der Arbeitstätigkeit in der Erhebungszeit zuzurechnen sind (z.B. Nachzahlungen) sowie Spesenersatz, Trennungsschädigungen, nichtlohnsteuerpflichtige Auslösungen usw. Auch alle einmaligen Zahlungen wie Gratifikationen, Jahresabschlußprämien, 13. Monatsgehalt, Gewinnanteile, Gewinnbeteiligungen, zusätzliches Urlaubsgeld und nicht in monatlichen Teilbeträgen laufend gezahlte vermögenswirksame Leistungen werden nicht einbezogen.

Nicht in die Indexberechnung einbezogen werden die Bruttostundenverdienste von teilzeitbeschäftigten Arbeitern, Auszubildenden, Mithelfenden Familienangehörigen, Arbeitern, die aus der gesetzlichen Rentenversicherung ein vermindertes Arbeitsentgelt beziehen sowie von Arbeitern, die wegen Krankheit, Einstellung oder Entlassung nicht für den ganzen Erhebungsmonat entlohnt wurden. Nicht erfaßt werden ferner die Bruttostundenverdienste von Heimarbeitern und Zwischenmeistern.

Der Indexformel liegt die Annahme zugrunde, daß sich die Struktur der Arbeiterschaft seit dem Basisjahr nicht verändert hat (Laspeyres-Index). Die Wertgewichte für die Wägung der Verdienstreihen werden durch Multiplikation der Personenzahlen in den einzelnen Arbeitergruppen mit ihren durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten im Basisjahr gewonnen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: INDEX DER DURCHSCHNITTlichen BRUTTOSTUNDENVERDIENSTE (ARBEITER)	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1734

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Die jährlich nachgewiesenen Indizes der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste ergeben sich als arithmetisches Mittel aus den Indizes der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste in den vier Erhebungsmonaten Januar, April, Juli und Oktober.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1963 waren als Erhebungsmonate die Monate Februar, Mai, August und November maßgebend.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff: INDEX DER DURCHSCHNITTlichen BRUTTOWOCHENVERDIENSTE (ARBEITER)	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1736
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
<p>Verdiensterhebung in Industrie und Handel</p> <p>01.01.50</p>	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die Entwicklung der <i>durchschnittlichen Bruttowochenverdienste</i> der Arbeiter.</p> <p>Der Bruttoverdienst umfaßt alle Beträge, die den Arbeitern laufend (regelmäßig) gezahlt werden. Dies sind normalerweise der tarifliche oder frei vereinbarte Lohn einschl. tarif- licher und außertariflicher Leistungs-, Sozial- und sonsti- ger Zulagen und Zuschläge.</p> <p>Einbezogen sind auch der auf den Erhebungsmonat entfallende Provisionsanteil, sofern Arbeiter neben einem festen Lohn Umsatzprovision beziehen, ferner lohnsteuerpflichtige Aus- lösungen und vom Arbeitgeber freiwillig übernommene Lohn- steuerbeträge und Arbeitnehmeranteile der Beiträge zur Sozial- versicherung sowie die monatlich gezahlten vermögenswirk- samen Leistungen.</p> <p>Nicht zum Bruttoverdienst rechnen alle Beträge, die nicht der Arbeitstätigkeit in der Erhebungszeit zuzurechnen sind (z.B. Nachzahlungen) sowie Spesenersatz, Trennungsentschä- digungen, nichtlohnsteuerpflichtige Auslösungen usw. Auch alle einmaligen Zahlungen wie Gratifikationen, Jahresab- schlußprämien, 13. Monatsgehalt, Gewinnanteile, Gewinnbe- teiligungen, zusätzliches Urlaubsgeld und nicht in monatli- chen Teilbeträgen laufend gezahlte vermögenswirksame Lei- stungen werden nicht einbezogen.</p> <p>Nicht in die Indexberechnung einbezogen werden die Brutto- wochenverdienste von teilzeitbeschäftigten Arbeitern, Aus- zubildenden, Mithelfenden Familienangehörigen, Arbeitern, die aus der gesetzlichen Rentenversicherung ein vermindertes Arbeitsentgelt beziehen sowie von Arbeitern, die wegen Krankheit, Einstellung oder Entlassung nicht für den ganzen Erhebungsmonat entlohnt wurden. Nicht erfaßt werden ferner die Bruttowochenverdienste von Heimarbeitern und Zwischen- meistern.</p> <p>Der Indexformel liegt die Annahme zugrunde, daß sich die Struk- tur der Arbeiterschaft seit dem Basisjahr nicht verändert hat (Laspeyres-Index). Die Wertgewichte für die Wägung der Verdienstreihen werden durch Multiplikation der Personen- zahlen in den einzelnen Arbeitergruppen mit ihren durch- schnittlichen Bruttowochenverdiensten im Basisjahr gewon- nen.</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
INDEX DER DURCHSCHNITTlichen BRUTTOWOCHENVERDIENSTE (ARBEITER)	GBK - Nr(n): 1736

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Die jährlich nachgewiesenen Indizes der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste ergeben sich als arithmetisches Mittel aus den Indizes der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste in den vier Erhebungsmonaten Januar, April, Juli und Oktober.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis
einschl. 1963 waren als Erhebungsmonate die Monate Februar,
Mai, August und November maßgebend.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
INDEX DER DURCHSCHNITTSWERTE	GBK - Nr(n): 2886

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Außenhandels-
statistik
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die relative Veränderung der tatsächlichen (nominalen) Werte von *Warenausfuhr* bzw. *Wareneinfuhr* im Berichtszeitraum gegenüber dem Volumen der Warenaus- bzw. -einfuhr im Berichtszeitraum.

Wareneinfuhr ist das Verbringen von Waren aus dem Ausland in das Erhebungsgebiet mit Ausnahme der Waren der Durchfuhr und des Zwischenauslandsverkehrs; Warenausfuhr ist das Verbringen von Waren aus dem Erhebungsgebiet in das Ausland mit Ausnahme der Waren der Durchfuhr und des Zwischenauslandsverkehrs.

Beim Index der Durchschnittswerte handelt es sich um einen Paasche-Index, bei dem die sich ändernden Mengen des Berichtszeitraumes die wechselnde Gewichtung darstellen.

Der Durchschnittswertindex ist demzufolge nur mit der Basis voll vergleichbar.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Für den Index der Durchschnittswerte gelten alle Änderungen im Zeitablauf, die für die *Warenausfuhr* und die *Wareneinfuhr* nachgewiesen werden.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Der Index der Durchschnittswerte für die Warenausfuhr bzw. für die Wareneinfuhr wird durch die Veränderung der in den Durchschnittswerten enthaltenen Preise sowie durch strukturelle Veränderungen (Sortimentsverschiebungen, Qualitätsänderungen, Provenienzen) beeinflusst. Im Unterschied dazu stellen der *Index der Ausfuhrpreise* und der *Index der Einfuhrpreise* (beide Statistik der Außenhandelspreise) "echte" Preisindizes dar, bei denen alle Veränderungen ausgeschaltet werden, die nicht reine Preisbewegungen sind.

Demgegenüber gibt der *Index des Volumens* (Außenhandelsstatistik) die von Durchschnittswertveränderungen bereinigte Außenhandelsentwicklung wieder. Der *Index der tatsächlichen Werte* (Außenhandelsstatistik) zeigt schließlich die Entwicklung der nominalen Werte des Außenhandels im Berichtszeitraum in Relation zur Basis.

Der Durchschnittswertindex kann als Quotient aus dem Index der tatsächlichen Werte und dem Index des Volumens abgeleitet werden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: INDEX DER EINFUHRPREISE	OFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1416, 2906

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Statistik der
Außenhandelspreise
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die durchschnittliche Entwicklung der Einkaufspreise von Waren, die vom Ausland ins Bundesgebiet einschl. Berlin (West) eingeführt werden.

Die Einfuhrpreise beziehen sich räumlich auf den Preisstand beim Grenzübergang der Waren, d.h. sie werden auf der Basis der Handelsbedingung "cif" oder "frei deutsche Grenze" ermittelt. In den Einfuhrpreisen sind deshalb auch die Transportkosten vom ausländischen Versandplatz bis zur Grenze der Bundesrepublik Deutschland enthalten.

Zeitlich beziehen sich die Einfuhrpreise auf den Preisstand zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses. Es handelt sich dabei um Durchschnittspreise aller Vertragsabschlüsse im Berichtsmonat und nicht um Preisangaben für einen bestimmten Stichtag.

Öffentliche Abgaben (z.B. Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge, Einfuhrumsatzsteuer bzw. Umsatzausgleichsteuer) sind nicht enthalten.

Preisunterschiede gegenüber dem Vormonat, die keine echten Preisveränderungen darstellen, sondern die auf einer Qualitätsänderung oder Änderungen anderer preisbestimmender Merkmale der Ware beruhen, werden bei der Indexberechnung ausgeschaltet.

Alle Preise gehen in deutscher Währung in die Indexberechnung ein. Wurden Verträge in ausländischer Währung abgeschlossen, so wurden die Kontraktpreise von den Berichtsfirmen anhand von effektiven Wechselkursen oder vom Statistischen Bundesamt anhand der im Berichtsmonat an der Frankfurter Devisenbörse festgestellten Mittelkurse umgerechnet.

Der Indexformel liegt die Annahme zugrunde, daß sich die Struktur der Einfuhrwerte der eingeführten Waren seit dem Basisjahr 1970 nicht verändert hat (Laspeyres-Index). In die Berechnung gehen die Preise von 1985 eingeführten Waren ein. Die Gewichte für die Wägung der einzelnen Einfuhrpreise wurden aus der Struktur der Einfuhrwerte dieser Waren im

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER EINFUHRPREISE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1416, 2906

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Basiszeitraum abgeleitet. Nicht berücksichtigt wurden dabei die Warenbezüge der Bundesrepublik Deutschland aus der DDR (sog. innerdeutscher Handel).¹⁾

Die jährlich nachgewiesenen Preisindizes sind einfache Durchschnitte aus den monatlichen Indizes der Einfuhrpreise.

1) Zu Einzelheiten siehe Rostin, W.: Die Indizes der Außenhandelspreise auf Basis 1970, in WiSta 6/1974, S. 387 ff.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER ERZEUGERPREISE INDUSTRIELLER PRODUKTE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1441, 2963, 1440

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Erzeugerpreise
industrieller
Produkte

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die durchschnittliche Entwicklung der effektiven Verkaufspreise von industriellen Erzeugnissen, die von Unternehmen der Verarbeitenden Industrie, des Bergbaus und der Energie- und Wasserwirtschaft auf dem Inlandsmarkt abgesetzt werden.

Die Preise beziehen sich auf repräsentative Vertragsabschlüsse im jeweiligen Monatsmonat. Preisunterschiede gegenüber dem Vormonat, die keine echten Preisveränderungen darstellen, sondern die auf einer Qualitätsänderung oder Änderungen anderer preisbestimmender Merkmale des Erzeugnisses beruhen, werden bei der Indexberechnung ausgeschaltet.

Alle Preise werden ohne Mehrwertsteuer und nach Abzug aller etwa gewährten Rabatte, aber einschl. der Verbrauchssteuern und gesetzlicher Abgaben (z.B. Ausgleichsabgabe bei elektrischem Strom, Bevorratungsbeitrag bei Mineralölerzeugnissen) erhoben.

Der Indexformel liegt die Annahme zugrunde, daß sich die Struktur des Inlandsumsatzes der industriellen Erzeugnisse seit dem Basisjahr 1970 nicht verändert hat (Laspeyres-Index). In die Berechnung gehen die Preise von rund 2 300 Industrieprodukten ein. Die Gewichte für die Wägung der einzelnen Verkaufspreise wurden aus der Struktur des Inlandsumsatzes dieser Produkte im Basiszeitraum abgeleitet.¹⁾

Der Stichtag für die Preismeldungen ist der 21. (bei Benzin, Dieselkraftstoff und Heizölen der 15.) eines jeden Monats oder ein möglichst nahe benachbarter Tag. Die jährlich nachgewiesenen Preisindizes sind einfache Durchschnitte aus den monatlichen Preisindizes.

1) Zu Einzelheiten siehe Gralla, D.: Der Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte auf Basis 1970, in WiSta 8/1974, S. 543 ff.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER ERZEUGERPREISE LANDWIRTSCHAFTLICHER PRODUKTE

DFK - Nr:

SBK - Nr(n):

2901, 2964, 2965

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Erzeugerpreise
landwirtschaft-
licher Produkte

01.01.68

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die durchschnittliche Entwicklung der Verkaufspreise der von landwirtschaftlichen Betrieben erzeugten und abgesetzten Produkte. Die landwirtschaftlichen Produkte umfassen die pflanzlichen und die tierischen Produkte.

Zu den pflanzlichen Produkten rechnen Getreide und Hülsenfrüchte, Saatgut, Hackfrüchte, Ölpflanzen, Heu und Stroh, Genußmittelpflanzen, Obst, Gemüse, Weinmost, Baumschulerzeugnisse sowie Schnittblumen und Topfpflanzen.

Zu den tierischen Produkten zählt Schlachtvieh, Nutz- und Zuchtvieh, Milch, Eier, Wolle und Honig.

Bei den Erzeugerpreisen handelt es sich um Verkaufspreise (ohne Mehrwertsteuer), die sich in der Regel auf die erste Stufe der Vermarktung beziehen. Die Preise werden monatlich vor allem bei landwirtschaftlichen Genossenschaften, Landhändlern und Marktzentralen erhoben. Bei einigen landwirtschaftlichen Produkten beziehen sich die Preismeldungen aufgrund der üblichen Handelskonditionen nicht auf die erste Vermarktungsstufe, sondern auf eine der folgenden Handelsstufen, so daß in diesen Preisen (z.B. in den Preisen der Großmarkthallen) Preisaufschläge wie z.B. Handelszuschläge, Kennzeichnungs- und Transportkosten, Sortierungskosten, Vermarktungsgebühren u.ä. enthalten sind.

Preisunterschiede gegenüber dem Vormonat, die keine echten Preisveränderungen darstellen, sondern die auf einer Qualitätsänderung oder Änderungen anderer preisbestimmender Merkmale des Erzeugnisses beruhen, werden bei der Indexberechnung ausgeschaltet.

Der Indexformel liegt die Annahme zugrunde, daß sich die Struktur der Verkaufserlöse der landwirtschaftlichen Produkte seit dem Basisjahr 1970 nicht verändert hat (Laspeyres-Index). Bei den Verkaufserlösen handelt es sich um den Wert der verkauften Erzeugnisse und nicht um den Wert der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion, der auch die im Erzeugerbetrieb z.B. als Saatgut, Futtermittel oder Nutz- und Zuchtvieh verwandten Produkte und den Eigenverbrauch der landwirtschaftlichen Haushalte umfaßt. Im Wert der Verkaufserlöse sind auch die innerlandwirtschaftlichen Um-

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

INDEX DER ERZEUGERPREISE LANDWIRTSCHAFTLICHER PRODUKTE

GBK - Nr(n):

2901, 2964, 2965

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

sätze, d.h. die zwischen landwirtschaftlichen Betrieben umgesetzten Erzeugnisse enthalten (sog. Durchschnittshofkonzept). In die Berechnung des Index gehen die Preise von 130 landwirtschaftlichen Produkten ein. Die Gewichte für die Wägung wurden aus der Struktur der inländischen Verkaufserlöse dieser Produkte im Basiszeitraum abgeleitet.

Neben dem Index der Erzeugerpreise aller landwirtschaftlichen Produkte werden im einzelnen auch die Indizes der Erzeugerpreise der o.g. pflanzlichen und tierischen Produkte nachgewiesen. In die Berechnung des Index der Erzeugerpreise pflanzlicher Produkte (tierischer Produkte) gehen die Preise von 98 (32) Produkten ein.¹⁾

1) Zu Einzelheiten siehe Weinreich, G.: Preisindizes der Landwirtschaft auf Basis 1970, in WiSta 2/1976, S. 87 ff.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER INDUSTRIELLEN BRUTTOPRODUKTION

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

323

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Produktions-
Eilbericht01.01.62 -
31.12.76

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die Entwicklung des Ausstoßes an investitionsreifen bzw. verbrauchsreifen Waren in der Industrie, unter Ausschaltung von Preisveränderungen.

Indizes der industriellen Bruttoproduktion werden für Investitions- und Verbrauchsgüter getrennt berechnet. Der Investitionsgüter- bzw. Verbrauchsgüterindex soll die Produktionsentwicklung derjenigen Waren messen, die technisch "fertig" und somit investitions- bzw. verbrauchsreif sind. Investitionsgüter sind Waren, die von der Industrie hergestellt und überwiegend von den Unternehmen und vom Staat als Anlagegüter gekauft werden. Dabei handelt es sich nur um Anlagegüter für Ausrüstungsinvestitionen, nicht auch um solche für Bauinvestitionen. Verbrauchsgüter sind demgegenüber Waren, die von der Industrie hergestellt und überwiegend von den privaten Haushalten verbraucht werden. Eingeschlossen sind Waren, die im Haushalt selbst noch weiter be- bzw. verarbeitet werden. Ausgenommen sind dagegen alle Nahrungs- und Genußmittel industrieller Herstellung.

Bei der Auswahl der Waren für die Indexberechnung werden zunächst alle eindeutigen Vorprodukte ausgesondert und von den eindeutigen Fertigwaren die zweifelsfrei bestimmbar sind als Investitions- bzw. Verbrauchsgüter als solche festgestellt. Von dem verbleibenden Rest kann eine größere Anzahl von Waren nicht nur als Vorprodukte, sondern auch als Fertigwaren Verwendung finden; von letzteren wiederum kann ein Teil sowohl Investitions- als auch Verbrauchsgut sein. In diesen Überschneidungsfällen wird die Zuordnung nach dem Schwerpunktprinzip vorgenommen.

Die Gewichtung der einzelnen Warenreihen beruht auf Bruttoproduktionswerten im Basiszeitraum, da der volle Wert der ausgestoßenen Fertigwaren dargestellt werden soll. Zur monatlichen Fortschreibung dieser Ausgangsmasse werden Mengenreihen oder preisbereinigte Wertreihen der Erzeugnisse verwandt.

Der Index der industriellen Bruttoproduktion wird von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt dargestellt. Um die kalendermonatlichen Indexzahlen von Unregelmäßigkeiten im Kalender (z.B. Feiertage) zu bereinigen, werden sie mit dem Faktor

$$\frac{\text{Volle Arbeitstage im Basisjahr} + (\text{Sonnabende im Basisjahr} \times \text{Gewichtungsfaktor})}{\text{Volle Arbeitstage im Basisjahr}}$$

$$[\text{Volle Arbeitstage im Berichtsmonat} + (\text{Sonnabende im Berichtsmonat} \times \text{Gewichtungsfaktor})] \times 12$$

multipliziert.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER INDUSTRIELLEN NETTOPRODUKTION

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

328

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Produktions-
Eilbericht01.01.62-
31.12.76

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die Entwicklung der Nettoleistung in der Industrie unter Ausschaltung von Preisänderungen.

Die Nettoleistung wird errechnet, indem vom Bruttoproduktionswert der Materialverbrauch, d.h. der Wert der verbrauchten, fremdbezogenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, der Halbwaren, der Teile und dgl., sowie der Wert der vergebenen Lohnarbeiten abgezogen werden.

Die Nettoleistung entspricht damit annähernd dem Beitrag der Industrie zum *Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen*. Auch in dieser Größe sind neben der eigentlichen Wertschöpfung noch die Abschreibungen und die Kostensteuern enthalten.

Originär ermittelte Nettoproduktionswerte stehen kurzfristig nicht zur Verfügung. Deshalb werden Ersatzreihen genommen, um die Nettoproduktionswerte eines Basiszeitraumes fortzuschreiben. Als Ersatzreihen finden Mengenreihen des Güterausstoßes, preisbereinigte Wertreihen des Güterausstoßes, preisbereinigte Umsatzreihen, Arbeiterstundenreihen sowie Reihen des Materialeinsatzes Verwendung.

Der Index der industriellen Nettoproduktion wird kalendermonatlich und von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt errechnet. Die kalendermonatlichen Indexzahlen spiegeln die monatliche Entwicklung der Nettoleistung unter Einschluß der Einflüsse wider, die sich aufgrund von Unregelmäßigkeiten im Kalender (z.B. Feiertage) auf die Nettoproduktion ergeben. Um den Index von den Einflüssen solcher Kalenderunregelmäßigkeiten zu bereinigen, werden die kalendermonatlichen Indexzahlen mit dem Faktor

$\frac{\text{Volle Arbeitstage im Basisjahr} + (\text{Sonnabende im Basisjahr} \times \text{Gewichtungsfaktor})}{\text{Volle Arbeitstage im Berichtsmonat} + (\text{Sonnabende im Berichtsmonat} \times \text{Gewichtungsfaktor})} \times 12$

multipliziert. Durch diese Bereinigung erhält man den von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigten Index der industriellen Nettoproduktion.

multipliziert. Durch diese Bereinigung erhält man den von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigten Index der industriellen Nettoproduktion.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Der Index der industriellen Nettoproduktion ist konzeptionell vergleichbar mit dem Produktionsindex für das Baugewerbe (Zusammenfassung des Bauhaupt- und Ausbaugewerbes (siehe *Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe* (Monatlicher Baubericht))).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER NETTOPRODUKTION

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3550

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Produktions-
Eilbericht

01.01.70

B e g r i f f s i n h a l t : Der Index der Nettoproduktion entspricht vom Konzept her dem *Index der industriellen Nettoproduktion*.

Unterschiede zwischen beiden Indizes ergeben sich lediglich durch Unterschiede im Berichtskreis, verursacht durch die Anwendung einer neuen Wirtschaftszweigsystematik (Übergang vom Systematischen Verzeichnis zum Monatlichen Industriebericht auf die SYPRO¹⁾), durch die Einbeziehung des Handwerks und durch die Änderung der Abschneidegrenzen.

Beim Index der industriellen Nettoproduktion erfolgte die Gruppierung nach Industriezweigen, beim Übergang auf den Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe wird dagegen nach Wirtschaftszweigen gruppiert.

1) Systematik der Wirtschaftszweige (WZ) rev., Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe - SYPRO - , Hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1976.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER TATSÄCHLICHEN WERTE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

577

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik

01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die Veränderungen der nominalen Werte von *Warenausfuhr* bzw. *Wareneinfuhr* im Berichtszeitraum im Verhältnis zu den entsprechenden Werten des Basiszeitraumes.

Zu Einzelheiten der Begriffe Wareneinfuhr und Warenausfuhr siehe dort.

Im Index der tatsächlichen Werte werden die nominalen Werte der Warenausfuhr bzw. der Wareneinfuhr im Berichtszeitraum zu den entsprechenden Werten des Basiszeitraumes in Beziehung gesetzt. Da bei diesem Index lediglich Verhältnisse aus Werten des Berichtszeitraumes und des Basiszeitraumes gebildet werden, handelt es sich eigentlich um eine Meßzahl.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Für den Index der tatsächlichen Werte gelten alle Änderungen im Zeitablauf, die für die *Warenausfuhr* bzw. die *Wareneinfuhr* (Außenhandelsstatistik) nachgewiesen werden.

Statistische Datenbank - Definitionskatalog -	
Begriff: INDEX DER VERBRAUCHERPREISE (EINZELHANDELSVERKAUFSPREISE)	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 2901, 2902
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistik der Verbraucherpreise 01.01.62	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die durchschnittliche Entwicklung der Verkaufspreise (einschließlich Mehrwertsteuer) von Waren des Einzelhandels. Zugrunde gelegt werden Unternehmen des Einzelhandels, bei denen der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit im Wiederverkauf von Waren an Letztverbraucher liegt.</p> <p>Bei den Letztverbrauchern handelt es sich überwiegend um private Haushalte, zum Teil auch um Käufer im Unternehmens- und im öffentlichen Bereich.</p> <p>Nicht zum Einzelhandel zählen - weil der Einzelhandel im Rahmen der wirtschaftlichen Tätigkeit eine untergeordnete Rolle spielt - Unternehmen, die selbst hergestellte Erzeugnisse direkt an Letztverbraucher verkaufen, wie es beispielsweise in den Ladengeschäften des Bäcker- und Fleischerhandwerks oder in den Verkaufsstellen der fleisch- und fischverarbeitenden Industrie, der Schuh- und Metallwarenindustrie bzw. der Kaffeeröstereien geschieht. Landwirte, die ihre Produkte auf Wochenmärkten anbieten oder den privaten Verbraucher frei Haus beliefern, gelten ebenfalls nicht als Einzelhändler.</p> <p>Der Indexformel liegt die Annahme zugrunde, daß sich die Umsatzstruktur des Einzelhandels seit dem Basisjahr 1970 nicht verändert hat (Laspeyres-Index). In die Berechnung gehen die Preise von 708 Waren ein. Die Gewichte für die Wägung wurden aus der Umsatzstruktur dieser Waren im Basiszeitraum abgeleitet.¹⁾</p> <p>Die monatlich nachgewiesenen Preisindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zum Index der Verbraucherpreise (Einzelhandelsverkaufspreise) wird bei den <i>Preisindizes für die Lebenshaltung</i> (Statistik der Verbraucherpreise) auch die Preisentwicklung von Gütern berücksichtigt, die nicht von Einzelhandelsunternehmen verkauft werden. Dazu rechnen z.B. Strom, Gas, Wasser, vom Handwerk hergestellte Waren, ferner Dienstleistungen verschiedener Art sowie Mietwohnungen und</p> <p>1) Zu Einzelheiten siehe Rasch, H.G.: Index der Einzelhandelspreise auf Basis 1970, in WiSta 12/1977, S. 773 ff.</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DER VERBRAUCHERPREISE
(EINZELHANDELSVERKAUFSPREISE)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2901, 2902

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

-garagen. Umgekehrt wird im Einzelhandelspreisindex die Preisentwicklung von Waren nachgewiesen, die normalerweise nicht von privaten Haushalten gekauft werden und deshalb auch nicht im Warenkorb der Lebenshaltungsindizes enthalten sind, wie z.B. Büromaschinen, Landmaschinen und Lastkraftwagen.

Ein weiterer wesentlicher Unterschied zwischen den Indizes besteht darin, daß sich die Preisindizes für die Lebenshaltung auf die Ausgaben privater Haushalte beziehen und damit Einkaufspreisindizes sind, deren Indexgewichte aus Ausgabenanteilen abgeleitet wurden. Der Einzelhandelspreisindex stellt einen Verkaufspreisindex dar, wobei die Umsatzanteile bestimmter Warenarten des Einzelhandels als Wägungszahlen zugrunde liegen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DES AUFTRAGSBESTANDES

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

495, 2277

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik des
Auftragsbestandes
in der Industrie01.01.70 -
31.12.76B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die
Entwicklung des Auftragsbestandes in der Industrie.

Der Auftragsbestand ist definiert als Summe der Werte aller vorliegenden, fest akzeptierten und noch nicht ausgeführten Bestellungen von anderen Unternehmen oder sonstigen Kunden am Ende des Berichtszeitraums. Dienstleistungen sind, soweit sie üblicherweise zur Produktion der Erzeugnisse gehören, einbezogen. Dies gilt vor allem für Montagen, wie sie hauptsächlich im Schiffbau, im Stahl- und Leichtmetallbau und z.T. auch im Maschinenbau vorkommen. Der Wert sonstiger Dienstleistungen, wie z.B. Wartungsverträge u.ä., zählt dagegen nicht zum Wert des Auftragsbestandes.

Die Bewertung der Auftragsbestände erfolgt grundsätzlich zu Preisen, die zum Zeitpunkt des Auftrags-
eintrags galten; bei der Existenz von Preisgleit-
klauseln werden diese im Wertansatz berücksichtigt.
In den Wertansatz einbezogen sind die Kosten für
Fracht, Verpackung und Porto sowie die Verbrauchsteuern.
Die Mehrwertsteuer ist nicht enthalten. Preisnachlässe
wie Rabatte, Boni und Skonti werden ebenfalls abge-
setzt.

Vom Auftragswert bereits im Bau befindlicher Güter
mit langer Produktionsdauer (z.B. angefangene Schiffs-
und Brückenbauten) wird bei der Ermittlung des Auf-
tragsbestandes derjenige Teil abgesetzt, der nach
Anlegung eines geeigneten wirtschaftlichen Maß-
stabes bereits erstellt worden ist.

Auftragsbestände aus dem Inland liegen vor, wenn Kunden
mit Sitz im Bundesgebiet, der DDR und Berlin Auf-
träge erteilt haben. Um Auftragsbestände aus dem
Ausland handelt es sich, wenn Kunden mit Sitz im Aus-
land oder inländische Exporteure Bestellungen aufge-
geben haben.

Wertmeßzahlen der Auftragsbestände für ausgewählte
Industriezweige werden berechnet, indem Auftragsbe-
stände im Berichtszeitraum zu Auftragsbeständen im
Basiszeitraum in Beziehung gesetzt werden. Für die
Zusammenfassung der Meßziffern der Industriezweige
zu den Hauptgruppen und zu einer Gesamtzahl werden

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: INDEX DES AUFTRAGSBESTANDES	DFK - Nr: GBK - Nr(n): 495, 2277
---	--

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

die Umsatzwerte des Basiszeitraums - getrennt nach Inlands- und Auslandsumsätzen - als Gewichte herangezogen.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1967 war die Umsatzsteuer in den Auftragsbestandswerten enthalten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Auftragsbestände, die der Berechnung des Index des Auftragsbestandes zugrunde liegen, sind vergleichbar abgegrenzt wie die Auftragseingänge, die zur Berechnung des *Index des Auftragseingangs* (Statistik des Auftragseingangs in der Industrie) herangezogen werden. Im Auftragseingang sind jedoch auch solche Eingänge erfaßt, die durch Verkäufe vom Lager befriedigt werden. Diese Auftrags-eingänge berühren den Auftragsbestand naturgemäß nicht.

Auftragsbestände werden bei Unternehmen erhoben, die nach dem Hauptbeteiligtenkonzept den Wirtschaftszweigen zugeordnet werden. Auftragseingänge werden bei Betrieben erhoben, deren Zuordnung nach dem Beteiligtenkonzept erfolgt.

Auftragsbestände in der Industrie und im Bauhauptgewerbe sind übereinstimmend definiert. Auftragsbestände werden in der Industrie allerdings bei *Unternehmen*, im Bauhauptgewerbe bei *Betrieben* und Arbeitsgemeinschaften erhoben. Die daraus berechneten Indizes des Auftragsbestandes für Industrie und Bauhauptgewerbe (Statistik über den Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe) sind dennoch miteinander vergleichbar.

Zwischen dem Index des Auftragsbestandes und dem *Anteil des Auftragseingangs am Umsatz* (Statistik des Auftragseingangs in der Industrie) besteht nur ein weiter Zusammenhang¹⁾: denn Werte für den Anteil des Auftragseingangs am Umsatz, die über hundert Prozent liegen, zeigen einen zunehmenden Auftragsbestand an, Werte unter hundert Prozent dagegen eine Bestandsabnahme.

1) Zum Unterschied zwischen den Zeitreihen dieser Kennzahlen und seiner Begründung siehe Erhard, U.: Zur Aussage des Index über den Auftragsbestand in der Industrie, in WiSta 10/1971 S. 606 ff.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff: INDEX DES AUFTRAGSBESTANDES	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 495, 2277
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
2. Statistik über den Auftrags- bestand im Bauhauptgewerbe 01.01.71 - 31.12.76	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die Entwicklung des Auftragsbestandes im Bauhauptgewerbe.</p> <p>Der Auftragsbestand ist definiert als die Summe der Werte aller vorliegenden, fest akzeptierten und noch nicht ausgeführten Bauaufträge von anderen Firmen oder sonstigen Kunden am Ende des Berichtszeitraums.</p> <p>Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu Preisen, die zum Zeitpunkt des Auftragseingangs galten. Aufträge, die über einen langen Zeitraum abgewickelt werden und denen Preisgleitklauseln zugrunde liegen, werden jedoch mit Preisen bewertet, die sich aus der Anwendung der entsprechenden Vertragsbestimmungen ergeben. In den Preisen ist die Mehrwertsteuer nicht enthalten. Auch Rabatte sind abgesetzt.</p> <p>Bei der Ermittlung des Auftragsbestandes ist vom Auftragswert bereits im Bau befindlicher Projekte derjenige Teil abzusetzen, der nach Anlegung eines geeigneten wirtschaftlichen Maßstabes schon erstellt worden ist.</p> <p>Indizes des Auftragsbestandes werden für einzelne Bauarten und Auftraggebergruppen, für den Hochbau und Tiefbau und das Bauhauptgewerbe insgesamt ausgewiesen. Diese Indizes ergeben sich als Quotienten aus den jeweiligen Auftragsbeständen des Berichtszeitraums und den Auftragsbeständen des Basiszeitraums; es handelt sich demnach um Wertmeßzahlen.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Auftragsbestände, die der Berechnung des Index des Auftragsbestandes zugrunde liegen, sind vergleichbar abgegrenzt wie die Auftragseingänge, die zur Berechnung des <i>Index des Auftragseingangs</i> (Statistik über den Auftragseingang im Bauhauptgewerbe) herangezogen werden.</p> <p>Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe und in der Industrie sind übereinstimmend definiert. Auftragsbestände werden allerdings im Bauhauptgewerbe bei <i>Betrieben</i> und <i>Arbeitsgemeinschaften</i>, in der Industrie bei <i>Unternehmen</i> erhoben. Die daraus berechneten Indizes des Auftragsbestandes für das Bauhauptgewerbe und die Industrie (Statistik des Auftragsbestandes in der Industrie) sind dennoch miteinander vergleichbar.</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DES AUFTRAGSEINGANGS

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

686, 687, 2269

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik des
Auftragseingangs
in der Industrie01.01.62 -
31.12.76

B e g r i f f s i n h a l t: Meßgröße für die Entwicklung des Auftragseingangs in der Industrie.

Der Auftragseingang ist definiert als Summe der Werte aller im Berichtszeitraum eingegangenen und vom Betrieb akzeptierten Aufträge von anderen Firmen und sonstigen Kunden laut Auftragsbestätigung. Verkäufe ab Lager sind einzubeziehen, unternehmensinterne Betriebsaufträge dagegen auszuschließen.

Es sind nur Aufträge auf Lieferung eigener Erzeugnisse, nicht jedoch von Handelsware einbezogen. Neu akzeptierte Aufträge zur Durchführung von Reparaturen, Lohnarbeiten, Installationen und Montagen werden ebenfalls erfaßt.

Der Wertansatz enthält die üblicherweise zur Produktion der Erzeugnisse gehörenden Dienstleistungen, die Kosten für Fracht, Verpackung und Porto sowie die Verbrauchsteuern. Die Mehrwertsteuer sowie Preisnachlässe wie Rabatte, Boni und Skonti sind im Wertansatz nicht berücksichtigt.

Auftragseingänge aus dem Inland liegen vor, wenn Kunden mit Sitz im Bundesgebiet, der DDR und Berlin Aufträge erteilen. Um Auftragseingänge aus dem Ausland handelt es sich, wenn Kunden mit Sitz im Ausland oder inländische Exporteure Bestellungen aufgeben haben.

Zur Berechnung von Wertindizes wird von den nach Inland und Ausland gegliederten Auftragseingängen ausgegangen. Diese werden auf Werte für Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten hochgerechnet. Im Anschluß daran werden für Industriezweige Quotienten aus den hochgerechneten Auftragseingängen im Berichtszeitraum und den hochgerechneten Auftragseingängen im Basiszeitraum gebildet. Bei der Zusammenfassung dieser Wertmeßzahlen für Industriezweige zu Indizes für Industriegruppen bzw. -hauptgruppen und die gesamte Industrie werden Auftragseingangsanteile aus dem Basiszeitraum als Gewichte verwendet.

Zur Berechnung von Volumenindizes werden nach Industriezweigen getrennt die Wertmeßzahlen für Auftragseingänge aus dem Inland durch den zugehörigen *Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte* und entsprechend die Wertmeßzahlen für Auftragseingänge aus dem Ausland durch den zugehörigen *Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter* dividiert. Die Volumenmeßzahl für den gesamten Industriezweig wird ermittelt, indem durch einen Preisindex dividiert wird, der aus beiden Preisindizes zusammengewogen ist. Bei der Zusammenfassung der Volumenmeßzahlen für Industriezweige

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DES AUFTRAGSEINGANGS

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

686, 687, 2269

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

zu Indizes für Industriegruppen bzw. - hauptgruppen und die gesamte Industrie werden Auftragseingangsanteile aus dem Basiszeitraum als Gewichte verwendet.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1967 war die Umsatzsteuer in den Auftragseingangswerten enthalten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Auftragseingänge, die der Berechnung des Index des Auftragseingangs zugrunde liegen, sind vergleichbar abgegrenzt wie die Auftragsbestände, die zur Berechnung des *Index des Auftragsbestandes* (Statistik des Auftragsbestandes in der Industrie) herangezogen werden. Im Auftragseingang sind jedoch auch solche Eingänge erfaßt, die durch Verkäufe vom Lager befriedigt werden. Diese Auftragseingänge berühren naturgemäß den Auftragsbestand nicht.

Auftragseingänge werden bei Betrieben erhoben, die nach dem Beteiligtenkonzept den Wirtschaftszweigen zugeordnet werden. Auftragsbestände werden bei Unternehmen erhoben, deren Zuordnung nach dem Hauptbeteiligtenkonzept erfolgt.

Auftragseingänge in der Industrie und im Bauhauptgewerbe sind übereinstimmend definiert. Allerdings werden Auftragseingänge in der Industrie bei *Betrieben* erhoben, die nach dem Beteiligtenkonzept den Wirtschaftszweigen zugeordnet werden. Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe werden dagegen bei Betrieben und Arbeitsgemeinschaften erhoben, die nach dem Hauptbeteiligtenkonzept zugeordnet werden. Die Indizes des Auftragseingangs für die Industrie und für das Bauhauptgewerbe (Statistik über den Auftragseingang im Bauhauptgewerbe) sind dennoch vergleichbar.

2. Statistik über
den Auftrags-
eingang im
Bauhauptgewerbe

01.01.71 -
31.12.76

B e g r i f f s i n h a l t : . Meßgröße für die Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe.

Der Auftragseingang ist definiert als Summe der Werte aller im Berichtszeitraum eingegangenen und vom Betrieb fest akzeptierten Bauaufträge.

Aufträge, die durch Arbeitsgemeinschaften abgewickelt werden sollen, werden in die Meldung der Arbeitsgemeinschaft aufgenommen. Bei den Unternehmen bzw. Betrieben, die diese Arbeitsgemeinschaft bilden, sind sie nicht aufzuführen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DES AUFTRAGSEINGANGS

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

686, 687, 2269

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Teile von Bauaufträgen, die an andere Baufirmen als Unteraufträge weitergegeben werden sollen, werden nur von diesen angegeben, um so Doppelzählungen zu vermeiden.

Die Wertansätze für bauhauptgewerbliche Bauleistungen entsprechen der Verdingungsordnung für Bauleistungen. Die Mehrwertsteuer ist in diesen Wertansätzen nicht enthalten.

Indizes des Auftragseingangs werden für einzelne Bauarten und Auftraggebergruppen, für den Hochbau und Tiefbau und das Bauhauptgewerbe insgesamt ausgewiesen. Diese Indizes ergeben sich als Quotienten aus den jeweiligen Auftragseingängen des Berichtszeitraums und den Auftragseingängen des Basiszeitraums; es handelt sich demnach um Wertmeßzahlen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Auftragseingänge, die der Berechnung des Index des Auftragseingangs zugrunde liegen, sind vergleichbar abgegrenzt wie die Auftragsbestände, die zur Berechnung des *Index des Auftragsbestandes* (Statistik über den Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe) herangezogen werden.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe und in der Industrie sind übereinstimmend definiert. Allerdings werden Auftragseingänge in der Industrie bei Betrieben erhoben, die nach dem Beteiligtenkonzept den Wirtschaftszweigen zugeordnet werden. Auftragseingänge werden im Bauhauptgewerbe bei Betrieben und Arbeitsgemeinschaften erhoben, die nach dem Hauptbeteiligtenkonzept zugeordnet werden. Die Indizes des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe und für die Industrie (Statistik des Auftragseingangs in der Industrie) sind dennoch vergleichbar.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DES UMSATZES

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

688, 689

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des
Auftragseingangs
in der IndustrieB e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die Entwick-
lung des *Umsatzes* in der Industrie.01.01.62 -
31.12.76

In der Statistik des Auftragseingangs ist der Umsatz be-
stimmt als Summe der Entgelte für Lieferungen eigener
Erzeugnisse und Leistungen, die von *Betrieben* im Zu-
sammenhang mit dem Betriebszweck erbracht werden.

Nicht einbezogen in die Entgelte für Lieferungen und
Leistungen sind die Erlöse aus Handelswaren und Neben-
geschäften (Erlöse aus Vermietung und Verpachtung,
Lizenzvergabe, Provisionen u.ä.). Außer Ansatz bleiben
auch die außerordentlichen Erträge (z.B. aus dem Ver-
kauf von Anlagegütern), die betriebsfremden Erträge (Zinsen,
Dividenden u.a.m.) sowie der Wert der selbsterstellten
Anlagen und des Eigenverbrauchs. Erzeugnis- und Leistungs-
abgabe zwischen den Betrieben eines Mehrbetriebsunter-
nehmens gelten nicht als Umsätze, wohl aber die Er-
zeugnis- und Leistungsabgaben zwischen rechtlich selb-
ständigen Konzernunternehmen.

Als erbracht gelten Lieferungen und Leistungen, wenn
sie in Rechnung gestellt werden ohne Rücksicht auf den
Zahlungseingang oder den Liefertermin. Entgelte für
erbrachte Erzeugnisse und Leistungen sind Preise ab-
züglich unmittelbar gewährter Preisnachlässe (Rabatte,
Boni, Skonti), aber einschl. der Kosten für Fracht,
Porto und Verpackung. Verbrauchsteuern werden in den Preis
einbezogen. Die Umsatz-(Mehrwert-)steuer ist in den Um-
sätzen nicht enthalten.

Der Index des Umsatzes wird für Inlandsumsätze und Aus-
landsumsätze nachgewiesen.

INLANDSUMSÄTZE

Entgelte für Lieferungen und Leistungen an Empfänger im
Bundesgebiet einschl. Berlin (West) und in der DDR einschl.
Berlin (Ost).

AUSLANDSUMSÄTZE

Erlöse für direkte Lieferungen und Leistungen an Empfänger,
die im Ausland ansässig sind sowie an inländische Expor-
teure.

Der Index des Umsatzes wird als Wert- und als Volumen-
index nachgewiesen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DES UMSATZES

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

688, 689

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

WERTINDEX (MESSZAHL)

Die Umsätze werden für jeden Wirtschaftszweig - nach Inlands- und Auslandsumsatz getrennt - erfaßt. Diese Werte werden hochgerechnet, um Schwankungen im Berichtskreis auszuschließen. Danach werden Quotienten aus den Umsätzen im Berichtszeitraum und den Umsätzen in einem Basiszeitraum gebildet. Die Meßzahl für den Gesamtumsatz wird aus den zusammengefaßten Inlands- und Auslandswerten im Berichtszeitraum und den zusammengefaßten Inlands- und Auslandsbasiswerten berechnet. Diese für jeden Wirtschaftszweig berechneten Wertmeßzahlen des Umsatzes werden mit Hilfe von Gewichten zu Gruppenindizes, zu Hauptgruppenindizes und schließlich zu Indizes für das gesamte verarbeitende Gewerbe zusammengefaßt. Als Gewichte dienen die Umsatzanteile der jeweils untergeordneten systematischen Positionen im Basiszeitraum.

VOLUMENINDEX

Die Inlandswertmeßzahlen jedes Wirtschaftszweigs werden durch den zugehörigen *Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte* dividiert; bei den Auslandsmeßzahlen wird der *Index der Verkaufspreise für Ausfuhr Güter* und bei der Meßzahl für den gesamten Wirtschaftszweig ein aus beiden Preisreihen zusammengewogener Index verwendet.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis einschl. 1967 war in den Umsätzen die Umsatzsteuer enthalten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Der Index des Umsatzes und die *Meßzahlen des Umsatzes* (Groß-, Einzelhandels-, Gastgewerbestatistik) sind Meßgrößen für die Entwicklung des Umsatzes im jeweiligen Wirtschaftszweig. Sie bezeichnen insofern vergleichbare Tatbestände, dennoch unterscheiden sie sich in mehrfacher Hinsicht.

Allerdings ist zu berücksichtigen, daß in der Statistik des Auftragseingangs nur Umsätze aus Lieferungen eigener Erzeugnisse und Leistungen zugrunde gelegt werden. Eigenverbräuche sind in den Umsatz nicht einbezogen. In den Handels- und Gastgewerbestatistiken machen die Handelswaren und die Nebengeschäfte dagegen den Großteil des Umsatzes aus. Eigenverbräuche sind ebenfalls einbezogen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDEX DES VOLUMENS

DFK - Nr.:

GBK - Nr(n):

578

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik

01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t : Meßgröße für die Veränderung der realen Werte (d.h. des Volumens) von *Warenausfuhr* bzw. *Wareneinfuhr* im Berichtszeitraum im Verhältnis zu den entsprechenden Werten des Basiszeitraumes.

Zu Einzelheiten der Begriffe *Wareneinfuhr* und *Warenausfuhr* siehe dort.

Der Index des Volumens wird nach der Formel von Laspeyres berechnet. Es werden zueinander ins Verhältnis gesetzt: Die Ausfuhr- bzw. Einfuhrvolumina im Berichtszeitraum zu Durchschnittswerten (Preisen) des Basiszeitraumes und die Ausfuhr- bzw. Einfuhrwerte im Basiszeitraum.¹⁾ Durch diesen Vergleich wird die von Durchschnittswertänderungen bereinigte Außenhandelsentwicklung dargestellt.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f: Für den Index des Volumens gelten alle Änderungen im Zeitablauf, die für die *Warenausfuhr* bzw. die *Wareneinfuhr* (Außenhandelsstatistik) nachgewiesen werden.

1) Zu Einzelheiten des Berechnungsverfahrens vgl. Bergmann, W.: Außenhandelsvolumen und Außenhandelsindizes auf Basis 1970, in WiSta 12/1974, S. 823 ff.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDUSTRIALISIERTE WESTLICHE LÄNDER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

567

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Zu den industrialisierten
westlichen Ländern rechnen:

EG-Länder:

Frankreich
 Belgien und Luxemburg
 Niederlande
 Italien
 Großbritannien
 Republik Irland
 Dänemark

Andere europ. Länder:

Island
 Färöer
 Norwegen
 Schweden
 Finnland
 Schweiz
 Österreich
 Portugal
 Spanien
 Andorra
 Gibraltar
 Vatikanstadt
 Malta
 Jugoslawien
 Griechenland
 Türkei

Vereinigte Staaten
und Kanada:

Vereinigte Staaten
 Kanada

Übrige Länder:

Republik Südafrika
 und Südwestafrika
 Japan
 Australien
 Neuseeland

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDUSTRIEFISCH

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1150

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Hochsee- und
Küstenfischerei-
statistik -
Nationale Anlande-
statistik

01.01.68

B e g r i f f s i n h a l t : Gefangener Seefisch, der die
Rohware zur Fischmehlerzeugung darstellt.Als gefangener Seefisch gilt die Menge des im Bundesgebiet ange-
landeten Seefisches. Fangschiffe sind deutsche Hochsee- und
Küstenfischereifahrzeuge (Trawler, Logger, Kutter und kleinere
Fangboote).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDUSTRIELLE ERZEUGNISSE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3211

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Außenhandelspreise

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Alle Waren der Warengruppen

Bergbauliche Erzeugnisse Warengruppe 21

Mineralölerzeugnisse " 22

Steine und Erden, Asbestwaren, Schleif-
mittel " 25Eisen und Stahl (Erzeugnisse der Eisen
schaffenden und Ferrolegierungsindustrie) " 27NE-Metalle und -Metallhalbzeug (einschl.
Edelmetalle und deren Halbzeug) " 28

Gießereierzeugnisse " 29

Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalz-
werke und der Stahlverformung " 30

Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge " 31

Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Acker-
schlepper) " 32

Straßenfahrzeuge " 33

Elektrotechnische Erzeugnisse " 36

Feinmechanische und optische Erzeug-
nisse, Uhren " 37

Eisen-, Blech- und Metallwaren " 38

Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte,
Schmuck, bearbeitete Edelsteine " 39

Chemische Erzeugnisse " 40

Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte
und -einrichtungen " 50

Feinkeramische Erzeugnisse " 51

Glas- und Glaswaren " 52

Schnittholz, Sperrholz und sonstiges
bearbeitetes Holz " 53

Holzwaren " 54

Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe " 55

Papier- und Pappwaren " 56

Druckereierzeugnisse, Lichtpaus- und
verwandte Waren " 57

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDUSTRIELLE ERZEUGNISSE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3211

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Kunststofferzeugnisse	Warengruppe 58
Gummiwaren	" 59
Leder	" 61
Lederwaren und Schuhe	" 62
Textilien	" 63
Bekleidung	" 64
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	" 68
Tabakwaren	" 69

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-
statistik, Ausgabe 1975.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.¹⁾

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Zwischen den verschiedenen jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bestehen geringfügige Abweichungen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zu den industriellen Erzeugnissen zählen die *Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie* (Statistik der Außenhandelspreise, Statistik der Erzeugerpreise industrieller Produkte). Die industriellen Erzeugnisse umfassen zusätzlich aber noch die *bergbaulichen Erzeugnisse* (Statistik der Erzeugerpreise industrieller Produkte, Außenhandelsstatistik, Statistik der Außenhandelspreise).

1) Zu Einzelheiten über die Auswahl der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -zweige des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INDUSTRIE (OHNE MONTANINDUSTRIE)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2960

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Effektenkurse

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Wirtschaftsbereich, der
die ZweigeChemische Industrie (Farbenwerke, Chemiefaserindustrie,
übrige chemische Industrie),

Kunststoff- und gummiverarbeitende Industrie,

Industrie der Steine und Erden (Zementindustrie, übrige
Industrie der Steine und Erden),

Feinkeramische und Glasindustrie,

NE-Metallindustrie (einschl. NE-Metallgießerei),

Stahl- und Leichtmetallbau,

Maschinenbau,

Straßenfahrzeugbau,

Schiffbau,

Elektrotechnische Industrie,

Feinmechanische, optische und Uhrenindustrie,

Eisen-, Blech-, Metall-, Spiel-, Schmuckwarenindustrie,

Holzindustrie,

Papier- und Druckereiindustrie,

Lederindustrie,

Textil- und Bekleidungsindustrie,

Nahrungs- und Genußmittelindustrie (Brauereien und Mälzereien,
übrige Nahrungs- und Genußmittelindustrie)in der Abgrenzung nach der Systematik der Wirtschaftszweige,
Ausgabe 1961, umfaßt.B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zum
Wirtschaftsbereich Industrie (ohne Montanindustrie) umfaßt der
Wirtschaftsbereich *Verarbeitende Industrie* (Produktions-Eil-
bericht) zusätzlich die Wirtschaftszweige Hochofen-, Stahl- und
Warmwalzwerke, Schmiede-, Preß- und Hammerwerke, Eisen-, Stahl-
und Tempergießerei, Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlver-
formung sowie Oberflächenveredelung und -härtung.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INGENIEURSCHULEN

DFK - Nr:

 GBK - Nr(n): 1115, 2574.
3578, 3042

 Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

 Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Berufsbildende Schulen, die auf der Mittleren Reife und dem Besuch einer Fachoberschule oder einer entsprechenden Ausbildung aufbauen und normalerweise 6 Semester Vollzeitunterricht umfassen.

Die Ingenieurschulen stellen eine selbständige Stufe im Aufbau der technischen Berufsausbildung dar.

1969 wurde damit begonnen, die Ingenieurschulen in Fachhochschulen umzuwandeln. Die Schulen, die zum Stichtag der Volks- und Berufszählung 1970 bereits umgewandelt waren, wurden jedoch noch den Ingenieurschulen zugeordnet.

Fachhochschulen, die aus den Höheren Fachschulen hervorgegangen waren, wurden demgegenüber nicht den Ingenieurschulen, sondern den Fachschulen zugerechnet. Ebenfalls nicht zu den Ingenieurschulen zählen die Technikerschulen.

Als Abschluß an einer Ingenieurschule gilt die erfolgreiche Absolvierung der vorgeschriebenen Schulzeit. Sie ist im allgemeinen mit einer Abschlußprüfung verbunden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INLAND

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

500

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Monatlicher
Industriebericht
01.01.50 -
31.12.76
- B e g r i f f s i n h a l t : Zum Inland rechnen die
Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) und
die Deutsche Demokratische Republik einschl. Berlin (Ost).
2. Statistik des
Auftragsbestandes
in der Industrie
01.01.70 -
31.12.76
3. Statistik des
Auftragseingangs
in der Industrie
01.01.62 -
31.12.76
4. Statistik des
Auftragsbestandes
im Verarbeitenden
Gewerbe
01.01.77
5. Monatsbericht für
Unternehmen und
Betriebe im Berg-
bau und im Ver-
arbeitenden Ge-
werbe
01.01.70

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INLÄNDER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1145

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des
Fremdenverkehrs
in Beherbergungs-
stätten

01.01.60

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die ihren ständigen Wohnsitz innerhalb der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) oder innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik oder Berlin (Ost) haben, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit.

Als ständiger Wohnsitz gilt der überwiegende Aufenthaltsort. Angehörige der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte gelten daher in ihrer Eigenschaft als Gäste von Beherbergungsstätten als Inländer.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INSOLVENZEN (OHNE ANSCHLUSSKONKURSE)

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1288

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Konkurs- und Ver-
gleichsverfahren

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Die Insolvenzen umfassen die *beantragten Konkursverfahren (einschl. Anschlußkonkurse)* und die *eröffneten Vergleichsverfahren* abzüglich der beantragten Anschlußkonkurse.

Zu den beantragten Konkursverfahren zählen beim zuständigen Amtsgericht beantragte Verfahren. Sie werden gemäß Konkursordnung vom Konkursgericht entweder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt.¹⁾

Zu den eröffneten Vergleichsverfahren zählen nur Verfahren, die gemäß Vergleichsordnung vom zuständigen Amtsgericht eröffnet werden.²⁾ Nicht erfaßt werden Anträge auf Eröffnung eines Vergleichsverfahrens, die vom Gericht abgelehnt werden.

Von der Summe aus beantragten Konkursverfahren (einschl. Anschlußkonkurse) und eröffneten Vergleichsverfahren werden die Anschlußkonkurse abgezogen, da sie zu einem früheren Zeitpunkt bereits als eröffnetes Vergleichsverfahren gezählt sind.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Summe aus *eröffneten Vergleichsverfahren* und *beantragten Konkursverfahren (einschl. Anschlußkonkurse)*, vermindert um die *Insolvenzen (ohne Anschlußkonkurse)*, ergibt die Zahl der beantragten Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren voranging.

1) Zu Einzelheiten siehe Konkursordnung v. 20.5.1898 (RGrBl. S. 612).

2) Zu Einzelheiten siehe Vergleichsordnung v. 20.2.1935 (RGrBl. I S. 321).

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n):
INVESTITIONSGÜTER	324, 3210
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Alle folgenden Statistiken	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Güter, die von der Industrie hergestellt werden, als technisch fertig angesehen werden und überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.</p> <p>Als technisch fertig gelten Waren, die voraussichtlich keiner weiteren Be- oder Verarbeitung im gewerblichen Produktionsbereich mehr unterliegen, sondern zur letzten Verwendung bestimmt sind. Als Be- oder Verarbeitung gilt jede Umformung von Stoffen, jede Verbindung mit anderen Stoffen sowie der Einbau von Teilen.</p> <p>Die Investitionsgüter umfassen ausgewählte Warenarten (Sechssteller) aus dem Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik, Ausgabe 1970. Bei der Auswahl der Waren wird so vorgegangen, daß anhand des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik zunächst alle eindeutigen Vorprodukte (technisch nicht fertige Waren) ausgesondert und von den eindeutigen Fertigwaren die klar bestimmbaren Investitions- und Verbrauchsgüter festgestellt werden. Da von dem verbleibenden Rest eine größere Anzahl von Waren nicht nur als Vorprodukte sondern auch als Fertigwaren Verwendung finden und von letzteren wiederum ein Teil sowohl Investitionsgut als auch Verbrauchsgut sein kann, werden die verbleibenden Waren nach dem Schwerpunkt ihrer voraussichtlichen Verwendung zugeordnet.</p> <p>Zu den Investitionsgütern rechnen im wesentlichen <i>Stahlbauerzeugnisse, Maschinenbauerzeugnisse, Straßenfahrzeuge</i>, (soweit Investitionsgut), <i>elektrotechnische Investitionsgüter, Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen</i> und <i>sonstige im Index erfaßte Investitionsgüter</i>.</p> <p>Nicht zu den Investitionsgütern zählen Güter für Bauinvestitionen, d.h. die Lieferungen des Verarbeitenden Gewerbes an das Baugewerbe und die Leistungen des Baugewerbes selbst bleiben unberücksichtigt.</p>
1. Produktions- Eilbericht 01.01.62	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Das Gewichtungsschema, das zur Berechnung des nach Investitions- und Verbrauchsgütern gegliederten Index der industriellen Nettoproduktion verwendet wird, wurde aus den Bruttoproduktionswerten aller Warenarten, die als Investitionsgüter gelten, ermittelt.</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

INVESTITIONSGÜTER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

324, 3210

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die Fortschreibung der Reihen erfolgt durch - für die Gesamtheit der Investitionsgüter annähernd repräsentative - Erzeugnisreihen des Produktions-Eilberichts.

2. Statistik der Erzeugerpreise industrieller Produkte
01.01.68

B e g r i f f s i n h a l t : Zusammengefaßt werden solche Warenarten, die als Investitionsgüter gelten, und für die im Rahmen der laufenden Statistiken Preise erhoben werden. Von den rund 1 400 Warenarten, die als Investitionsgüter gelten, werden rund 600 berücksichtigt.

- 3.1 Außenhandelsstatistik
01.01.60

B e g r i f f s i n h a l t : Erfast werden alle als Investitionsgüter geltenden Waren.

- 3.2 Statistik der Außenhandelspreise
01.01.62

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der industriellen Bruttonproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

Warennummern des WA, die nicht genau mit den entsprechenden Warennummern des WI übereinstimmen, werden nach dem Schwerpunkt ihrer voraussichtlichen Verwendung zugeordnet.

Waren, die im WA besonders herausgestellt sind, wie z.B. maschinelle Anlagen (vollständige Fabrikationseinrichtungen), und bei denen es sich eindeutig um Investitionsgüter handelt, werden ebenfalls mit erfaßt.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bei der Umstellung der Indizes von Basis 1962 auf Basis 1970 wurden eine Reihe von Änderungen in der Warenauswahl vorgenommen. Zu Einzelheiten siehe unter den einzelnen Gliederungspositionen des Index des Außenhandelsvolumens.

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

D F K - Nr.:

G B K - Nr.:

S W K - Nr.:

Statistik /
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt / Änderungen im Zeitablauf / Begriffsbeziehungen

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

JAHRESBAULEISTUNG

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1381

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Jahreserhebung
einschl. Inve-
stitionserhebung
bei Unternehmen
des Bauhauptge-
werbes (einschl.
Fertigteilbau)

01.01.76

B e g r i f f s i n h a l t : Wert aller vom Unternehmen
im Geschäftsjahr erbrachten Bauleistungen.

Die erbrachten Bauleistungen umfassen im Inland erbrachte Bauleistungen für fremde Rechnung, angefangene und noch nicht abgerechnete Bauleistungen für Dritte, Bauleistungen an Gebäuden, die noch keinen Käufer gefunden haben, sowie Bauleistungen für eigene Zwecke des Unternehmens (selbsterstellte Anlagen), und zwar unabhängig davon, ob sie abgerechnet oder angezahlt sind oder nicht. Ferner sind Reparaturen, Montage- und Lohnarbeiten für fremde Unternehmen sowie Nachunternehmerleistungen einbezogen.

Selbsterstellte Anlagen (nur Bauleistungen) und angefangene, aber noch nicht abgerechnete Bauleistungen werden zu Herstellungskosten bewertet. Für abgerechnete Bauleistungen werden Preise abzüglich gewährter Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti u.a.) zugrunde gelegt. Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist nicht enthalten.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

JAHRESBAULEISTUNG, SONSTIGER UMSATZ

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1378

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Jahreserhebung
einschl. Inve-
stitionserhebung
bei Unternehmen
des Bauhauptge-
werbes (einschl.
Fertigteilbau)

01.01.76

B e g r i f f s i n h a l t : Wert aller vom Unter-
nehmen im Geschäftsjahr erbrachten Bauleistungen (Jahres-
bauleistung) sowie Umsatz aus sonstigen eigenen Er-
zeugnissen, aus industriellen/handwerklichen Dienst-
leistungen, aus Handelsware und aus sonstigen nichtin-
dustriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten.

Die Jahresbauleistung umfaßt im einzelnen im Inland er-
brachte Bauleistungen für fremde Rechnung, angefangene und
noch nicht abgerechnete Bauleistungen für Dritte, Bauleistun-
gen an Gebäuden, die noch keinen Käufer gefunden haben, so-
wie Bauleistungen für eigene Zwecke des Unternehmens
(selbsterstellte Anlagen), und zwar unabhängig davon,
ob sie abgerechnet oder angezahlt sind oder nicht.

Ferner sind in der Jahresbauleistung Reparaturen, Mon-
tage- und Lohnarbeiten für fremde Unternehmer sowie Nach-
unternehmerleistungen einbezogen.

Als Umsatz aus sonstigen eigenen Erzeugnissen gilt der
Gesamtbetrag der abgerechneten Lieferungen von Erzeugnissen,
die im Rahmen von anderen Produktionstätigkeiten des
Unternehmens entstanden sind und nicht in der eigenen
Bauleistung abgerechnet sind. Einbezogen werden auch Um-
sätze aus dem Verkauf von Waren, die in Lohnarbeit bei
anderen Unternehmen hergestellt werden, sowie Erlöse für
verkaufsfähige Produktionsrückstände und ähnliche Materia-
lien (z.B. bei der Produktion anfallender Schrott und
Material, das bei Abbrucharbeiten anfällt).

Zum Umsatz aus industriellen/handwerklichen Dienstlei-
stungen rechnen z.B. Gerätereparaturen für Dritte.

Als Umsatz aus Handelsware gilt der Umsatz von fremden
Erzeugnissen, die im allgemeinen unbearbeitet und ohne
fertigungstechnische Verbindung mit eigenen Erzeugnissen
weiterverkauft werden.

Zum Umsatz aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerk-
lichen Tätigkeiten zählen im wesentlichen:

- Umsätze aus der Vermietung und Verpachtung von Geräten,
betrieblichen Anlagen und Einrichtungen (einschl.
Leasing),

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

JAHRESBAULEISTUNG, SONSTIGER UMSATZ

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1378

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- Erlöse aus Wohnungsvermietung (von betrieblich und nichtbetrieblich genutzten Wohngebäuden), jedoch ohne Erlöse aus Grundstücksverpachtung,
- Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen sowie für Gutachtertätigkeit,
- Erlöse aus der Veräußerung von Patenten und der Vergabe von Lizenzen,
- Provisionseinnahmen,
- Erlöse aus Transportleistungen für Dritte (Lohnfahren),
- Erlöse aus Belegschaftseinrichtungen (z.B. Erlöse einer vom Unternehmen auf eigene Rechnung betriebenen Kantine).

Selbsterstellte Anlagen (nur Bauleistungen) und angefangene, aber noch nicht abgerechnete Bauleistungen werden zu Herstellungskosten bewertet.

Für abgerechnete Bauleistungen und sonstige Umsätze werden Preise abzüglich gewährter Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti u.a.) zugrunde gelegt. Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist nicht enthalten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Jahresbauleistung und sonstiger Umsatz entsprechen dem früher ermittelten *wirtschaftlichen Umsatz* (Unternehmens- und Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe, 01.01.62 - 31.12.75).

Stand:

Blatt-Nr.:

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

D F K - Nr.:

G B K - Nr.:

S W K - Nr.:

Statistik /
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt / Änderungen im Zeitablauf / Begriffsbeziehungen

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KÄLBER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

383

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Schlachtungs-
und Schlachtge-
wichtsstatistik

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Rinder, die weniger als
1/2 Jahr alt sind und weniger als 220 kg Lebendgewicht be-
sitzen.

Nachgewiesen werden die Anzahl der *gewerblichen Schlachtun-
gen*, der *Hausschlachtungen* und die *Gesamtschlachtmenge*
von Kälbern.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Vor 1974
galten als Kälber Rinder, die weniger als drei Monate alt waren.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
KAPITALERTRAGSTEUER	GBK - Nr(n): 1131

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Statistik
über den
Steuerhaushalt
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Besondere Erhebungsform der Einkommensteuer, die auf bestimmte inländische Kapitalerträge erhoben wird.

Zu diesen Kapitalerträgen gehören insbesondere

- Ausschüttungen von Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
- Einnahmen aus einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter
- Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren, soweit sie Personen zufließen, die im Inland weder einen Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben,
- Zinsen aus bestimmten, nach dem 31.3.1952 und vor dem 1.1.1955 ausgegebenen festverzinslichen Wertpapieren nach Maßgabe des § 43 Abs. 1 Nr. 5 Einkommensteuergesetz.¹⁾

Die ab 1.1.1977 zu vergütende oder anzurechnende Körperschaftsteuer gehört zwar zu den Einkünften aus Kapitalvermögen, unterliegt jedoch grundsätzlich nicht der Kapitalertragsteuer.

Die Kapitalertragsteuer beträgt 25 v.H. der Kapitalerträge, bei Zinsen aus bestimmten festverzinslichen Wertpapieren 30 v.H., falls der Gläubiger die Kapitalertragsteuer trägt, andernfalls gelten höhere Steuersätze. Während bei dem Satz von 30 v.H. die Einkommensteuerschuld als voll abgegolten gilt (auf Antrag auch Einbeziehung in die Veranlagung), stellt der Abzug von 25 v.H. eine einkommensteuerliche Vorauszahlung dar, die auf die gesamte Einkommensteuerschuld des Jahres, in dem die Kapitalertragsteuer entrichtet wird, angerechnet wird. Unter bestimmten, in §§ 44a ff. Einkommensteuergesetz näher erläuterten Voraussetzungen kann die Kapitalertragsteuer erstattet oder von ihrem Abzug Abstand genommen werden.

Als nicht veranlagte Steuer vom Ertrag ist im Aufkommen der Kapitalertragsteuer ferner die von beschränkt steuerpflichtigen Aufsichtsratsmitgliedern erhobene Aufsichtsratssteuer (30 %) enthalten sowie die Abzugsteuer bei beschränkt Steuerpflichtigen

1) Zu Einzelheiten siehe §§ 43 ff. Einkommensteuergesetz (EStG) 1977 i.d.F. v. 5.12.1977 (BGBl. I S. 2365), zuletzt geändert durch Steueränderungsgesetz 1979 v. 30.11.1978 (BGBl. I S. 1849).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: KAPITALERTRAGSTEUER	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1131

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

(z.B. aufgrund einer im Inland ausgeübten Tätigkeit als Künstler, Journalist u. dgl.) in Höhe von 25 bzw. 15 % (§ 50a Abs. 4 Einkommensteuergesetz).

Die Kapitalertragsteuer (bzw. Aufsichtsratssteuer/Steuer nach § 50 Abs. 4 Einkommensteuergesetz) entsteht in dem Zeitpunkt, in dem die Kapitalerträge (Vergütungen) dem Gläubiger zufließen; zu diesem Zeitpunkt ist der Steuerabzug vorzunehmen. Die innerhalb eines Kalendermonats (Kalendervierteljahres) einbehaltene Steuer ist jeweils bis zum 10. des dem Kalendermonat (Kalendervierteljahr) folgenden Monats an das Finanzamt abzuführen.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Ab 28.6.1965 wurde die Kapitalertragsteuer auf Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren, die Gebietsfremden zufließen (Kuponsteuer), eingeführt.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 455
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistik der Kapitalge- sellschaften 01.01.53	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Unternehmen, die in der Rechtsform der Aktiengesellschaft¹⁾, der Kommanditgesellschaft auf Aktien¹⁾ oder der Gesellschaft mit beschränkter Haftung²⁾ geführt werden.</p> <p>Als Unternehmen gilt die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen hat. Dazu zählen auch rechtlich selbständige Unternehmen, die mittelbar oder unmittelbar von einem anderen Unternehmen abhängig sind (Tochtergesellschaften), auch wenn solche Tochtergesellschaften zusammen mit dem sie beherrschenden Unternehmen einheitlich geleitet werden (Konzerngesellschaften).</p> <p>Zu den Kapitalgesellschaften zählen auch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Niederlassungen ausländischer Unternehmen im Bundesgebiet, sofern sie als rechtlich selbständige Tochtergesellschaften in der Rechtsform der AG, KGaA oder GmbH geführt werden, - Gesellschaften ohne eigene Beschäftigte (ruhende Gesellschaften, Mantelgesellschaften), sofern sie im Handelsregister eingetragen und nicht aufgelöst sind. <p>Die Kapitalgesellschaften werden anhand ihrer Eintragungen in den Handelsregistern erfaßt. Vor der Eintragung in das Handelsregister besteht eine Kapitalgesellschaft als solche nicht. Einbezogen werden nur eingetragene Gesellschaften, die nicht aufgelöst sind. Eine Gesellschaft wird u.a. aufgelöst durch Beschluß der Hauptversammlung oder der Gesellschafter über die Eröffnung der Abwicklung oder durch Eröffnung eines Konkursverfahrens.</p> <p>Nicht als Kapitalgesellschaften erfaßt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit - Bergrechtliche Gewerkschaften - Gesellschaften, deren Nennkapital nicht auf einen Betrag in Deutscher Mark lautet. <p>1) Zu Einzelheiten siehe Aktiengesetz v. 6.9.1965 (BGBI. I S. 1092).</p> <p>2) Zu Einzelheiten siehe Gesetz betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung v. 20.4.1892 (RGBI. I S. 477).</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: KAPITALGESELLSCHAFTEN	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 455

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

In der Statistik der Kapitalgesellschaften werden die Jahresendbestände der in den Handelsregistern eingetragenen und nicht aufgelösten Gesellschaften sowie die im Jahresverlauf registrierten Zu- und Abgänge an diesen Gesellschaften nachgewiesen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Kapitalgesellschaften und *Unternehmen* in der Rechtsform der Aktiengesellschaft, der Kommanditgesellschaft auf Aktien und der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Arbeitsstättenzählung) sind ähnlich abgegrenzt.

Nur zu den Kapitalgesellschaften rechnen Gesellschaften, die zwar im Handelsregister eingetragen und nicht aufgelöst sind, aber keine eigenen Beschäftigten haben (ruhende oder Mantelgesellschaften).

Nur zu den Unternehmen zählen Gesellschaften in den o.g. Rechtsformen, die noch nicht im Handelsregister eingetragen sind, aber schon eigene Beschäftigte haben, sowie Gesellschaften, die schon aufgelöst sind, aber noch über eigene Beschäftigte verfügen.

Statistische Datenbank - Definitionskatalog -	
Begriff: KASSENMÄSSIGE STEUEREINNAHMEN	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1331
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistik über den Steuerhaushalt 01.01.62	<p> <i>B e g r i f f s i n h a l t :</i> Beträge, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums in die Kassen der Gebietskörperschaften fließen, gleichgültig für welches Jahr sie geleistet werden oder wann die Steuerschuld entstanden ist. </p> <p> Ohne Rücksicht auf die periodengerechte Erfassung sind im Ist-aufkommen eines bestimmten Berichtszeitraums also Vorauszahlungen, Abschlußzahlungen, Nachzahlungen, Säumniszuschläge usw. enthalten, und zwar ggf. um Erstattungen gemindert. </p> <p> Die Steuereinnahmen vor der Steuerverteilung (Steueraufkommen) setzen sich zusammen aus </p> <p style="text-align: center;"> <i>Gemeinschaftsteuern, Bundessteuern, Landessteuern und Gemeindesteuern.</i> </p> <p> Durch Addition der <i>dem Bund verbleibenden Steuern, den Ländern verbleibenden Steuern, den Gemeinden verbleibenden Steuern</i> sowie des <i>EG-Anteils an Zöllen</i> und des <i>EG-Anteils an Umsatzsteuer</i> ergeben sich die Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung. </p> <p> Die den Gemeinden verbleibenden Steuern ergeben sich aus den Gemeindesteuern zuzüglich des <i>Gemeindeanteils an Lohn- und Einkommensteuer</i> und abzüglich der <i>Gewerbesteuerumlage</i>: </p> <p> Die Steuereinnahmen vor und nach der Verteilung decken sich nicht, sondern differieren in den einzelnen Berichtszeiträumen um sehr unterschiedliche Beträge. Die Ursache hierfür liegt u.a. darin, daß der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, soweit er eine Ausgabe des staatlichen Bereichs zugunsten der Gemeinden darstellt, mit Ablauf des jeweiligen Berichtszeitraums in Höhe von 14 % des Einkommensteueraufkommens feststeht und in dieser Höhe die Einnahmen des Bundes und der Länder nach der Verteilung mindert. Den Gemeinden fließen dagegen die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit einer zeitlichen Verzögerung von jeweils einem Vierteljahr zu; sie erhalten darüber hinaus im 4. Quartal eine zweite Vierteljahreszahlung, während im 1. Quartal des neuen Jahres nur Restbeträge auf die sog. Schlußabrechnung anfallen. Die Abweichungen im Jahresergebnis sind jedoch nur geringfügig. </p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KÄUFE DER INLÄNDISCHEN PRIVATEN HAUSHALTE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1085

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen
01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Käufe von Waren und Dienstleistungen der inländischen *privaten Haushalte* für Konsumzwecke einschließlich der unterstellten Käufe.

Zu den tatsächlichen Käufen der privaten Haushalte rechnen u.a. auch die Entgelte für das in häuslichen Diensten beschäftigte Personal und an den Staat gezahlte Benutzungsgebühren.

Zu den unterstellten Käufen zählen der Eigenverbrauch der Unternehmer (im eigenen Unternehmen produzierte und im privaten Haushalt des Unternehmers verbrauchte Erzeugnisse), der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen und Deputate der Arbeitnehmer, ferner Aufwendungen für die Verpflegung und Bekleidung der Bundeswehr.

Von den Prämien der privaten Haushalte an Lebens-, Schaden-, private Unfall- sowie Krankenversicherungsunternehmen geht nur das hierin enthaltende Dienstleistungsentgelt in den Privaten Verbrauch ein. Entsprechend aufgespalten werden auch die Ausgaben der privaten Haushalte für Lotto, Toto u. dgl. Die Wohnungsmieten (einschl. des geschätzten Mietwertes für Eigentümerwohnungen) schließen Umlagen für Treppenhausebeleuchtung, Wasserverbrauch, Schornsteinfegen, Müllabfuhr, Straßenreinigung und Hausaufzug sowie Pachten für Gärten ein.

Untermieten sind - wie alle sonstigen Verkäufe zwischen privaten Haushalten, einerlei ob es sich um gebrauchte Güter, die von den kaufenden Haushalten auf dem Markt erworben wurden (z.B. Möbel, Haushaltsgeräte, Kraftwagen) oder um im Haushalt produzierte Waren und Dienstleistungen (z.B. Kleidung, Bastelarbeiten, Transport- und Pflegeleistungen) handelt - nicht erfasst. Entgelte für das von privaten Haushalten beschäftigte Personal sind jedoch - wie bereits erwähnt - im Privaten Verbrauch enthalten. Verkäufe der inländischen privaten Haushalte an andere Sektoren und an die übrige Welt sind, soweit hierfür Anhaltspunkte vorliegen, von der Summe der Käufe abgesetzt. Nicht zum Privaten Verbrauch, sondern zu den *Vorleistungen* werden alle Ausgaben der Unternehmer und Arbeitnehmer auf Geschäfts- und Dienstreisen, für Auslösungen, Tagegelder usw. gerechnet. Sofern von Selbständigen gekaufte Güter zugleich im Unternehmen und im Haushalt des Unternehmers verwendet werden (z.B. elektrischer Strom, Personenkraftwagen), werden die Käufe auf Vorleistungen bzw. Anlageinvestitionen einerseits und den Privaten Verbrauch andererseits aufgeteilt. Ausgeschlossen aus dem Privaten Verbrauch sind ferner alle Aufwendungen der Eigentümer von Mietwohnungen und Eigenheimen für Reparaturen, da die Wohnungsvermietung als unternehme-

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KÄUFE DER INLÄNDISCHEN PRIVATEN HAUSHALTE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1085

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

rische Tätigkeit angesehen wird. Schönheitsreparaturen zu Lasten des Mieters gehen dagegen in den Privaten Verbrauch ein. Im Privaten Verbrauch nicht enthalten sind die Aufwendungen der Sozialversicherung und der Sozialhilfe für Medikamente sowie Arzt- und Krankenhausleistungen. Diese Aufwendungen kommen zwar letztlich den privaten Haushalten als Sachverbrauch zugute, sie werden jedoch als Vorleistung des Staates gebucht, da Höhe und Art der Käufe in hohem Maße von staatlichen Gesichtspunkten bestimmt werden - außerdem ist die Zuordnung auf einzelne Haushaltgruppen kaum möglich.

Nach dem vorher Gesagten ist der Private Verbrauch - gemessen an den Käufen der privaten Haushalte - nicht identisch mit dem tatsächlichen letzten Verbrauch der privaten Haushalte. Hierzu gehören u.a. der Wert der staatlichen Erziehungs-, Gesundheits- und ähnlichen Leistungen, die letztlich von privaten Haushalten verbraucht werden, sowie entsprechende Leistungen der Unternehmen (auf den Verbrauch auf Geschäftskosten wurde schon hingewiesen); ferner ist zu berücksichtigen, daß viele Waren und Dienstleistungen, die im Haushalt verbraucht werden, dort erst produziert werden, daß bei langlebigen Gebrauchsgütern zwischen dem Zeitpunkt des Kaufs und der Nutzung zu unterscheiden ist, daß in den Haushalten gewisse Vorräte an Verbrauchsgütern gebildet werden usw.

Die Käufe für den Privaten Verbrauch schließen die Umsatzsteuer ein; sie sind im Prinzip im Zeitpunkt des Entstehens von Forderungen und Verbindlichkeiten zu erfassen. Dem hauptsächlich verwendeten statistischen Ausgangsmaterial (Angaben über die Umsätze der Lieferanten der privaten Haushalte - Einzelhandel, Handwerk, Dienstleistungsunternehmen usw. -) liegt in der Regel der Zeitpunkt der Rechnungsausstellung zugrunde.

Die Bewertung der am Markt gekauften Waren und Dienstleistungen erfolgt grundsätzlich zu Marktpreisen. Die Entnahmen von Gütern durch den Unternehmer für seinen eigenen Haushalt und die Deputante werden hingegen mit Erzeugerpreisen dieser oder ähnlicher Güter bewertet. Die Nutzung von Eigentümerwohnungen wird mit den Marktmieten vergleichbarer Mietwohnungen in Ansatz gebracht.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Käufen der inländischen privaten Haushalte handelt es sich bei den *Ausgaben für den privaten Verbrauch* (Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte) um die Käufe von Waren und Dienstleistungen sowie um die unterstellten Käufe von ausgewählten privaten Haushalten ohne die Käufe der privaten Haushalte von Ausländern und der Privathaushalte in Anstalten. Darüber hinaus konnten bei den erfaßten Haushalten in den Wirt-

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KÄUFE DER INLÄNDISCHEN PRIVATEN HAUSHALTE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1085

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

schaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte bestimmte Käufe, die in den Käufen der inländischen privaten Haushalte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen enthalten sind, nicht oder nicht als solche ermittelt werden, wie z.B. der Verwaltungs-kostenanteil in den Versicherungsprämien oder in den Zahlungen an Lotto- und Totounternehmen sowie der Nutzwert eigener Grundstücke, Gärten und Garagen. Umgekehrt sind in den Ausgaben für den privaten Verbrauch die Käufe von anderen Haushalten, wie z.B. gebrauchte Kraftwagen enthalten, während sie in den Käufen der inländischen privaten Haushalte durch die Konsolidierung, das heißt durch die Beschränkung auf Käufe von anderen Sektoren, entfallen. Die Entgelte für das von privaten Haushalten beschäftigte Personal sind jedoch auch in den Käufen der inländischen privaten Haushalte enthalten. Außerdem ist zu beachten, daß die Entnahmen von Gütern durch den Unternehmer für seinen eigenen Haushalt und die Deputate in den Ausgaben für den privaten Verbrauch zu Marktpreisen (Einzelhandelspreisen) und nicht zu Erzeugerpreisen bewertet werden.

Die Käufe der inländischen privaten Haushalte sind von den *sonstigen Ausgaben* (Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte) zu unterscheiden. Dabei handelt es sich um durchschnittliche monatliche Ausgaben je Haushalt (ohne private Haushalte von Ausländern und Privathaushalte in Anstalten), die nicht für Konsumzwecke getätigt werden. Dazu zählen die Einkommen- und Vermögensteuern, die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und die übrigen Ausgaben, wie z.B. die Zinsen auf Konsumentenkredite.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KÄUFE DER INLÄNDISCHEN PRIVATEN HAUSHALTE
IN JEWEILIGEN/KONSTANTEN PREISEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1085, 1035, 1046

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen

01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Die Käufe der inländischen privaten Haushalte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind im Prinzip im Zeitpunkt des Entstehens von Forderungen und Verbindlichkeiten zu erfassen.

Dem hauptsächlich verwendeten statistischen Ausgangsmaterial (Angaben über die Umsätze der Lieferanten der privaten Haushalte - Einzelhandel, Handwerk, Dienstleistungsunternehmen usw.-) liegt in der Regel der Zeitpunkt der Rechnungsausstellung zugrunde.

Die von den privaten Haushalten am Markt gekauften Güter werden grundsätzlich zu Marktpreisen bewertet. Die Bewertung der Entnahmen von Gütern durch den Unternehmer für seinen eigenen Haushalt und die Deputate erfolgt hingegen zu Erzeugerpreisen dieser oder ähnlicher Güter. Die Nutzung von Eigentümerwohnungen wird mit den Marktmieten vergleichbarer Mietwohnungen in Ansatz gebracht. Durch Anwendung dieser Bewertungsgrundsätze erhält man die Käufe der inländischen privaten Haushalte in jeweiligen Preisen.

Zur Deflationierung dieser Werte werden Preisindizes mit wechselnder Wägung herangezogen, denen der Warenkorb des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde liegt (Paasche-Formel). Man ermittelt so die Käufe der inländischen privaten Haushalte in konstanten Preisen. Bei der Deflationierung der Käufe der inländischen privaten Haushalte im Ausland werden die Preisentwicklungen in den wichtigsten Reiseländern sowie die Wechselkursbedingten "Quasipreisänderungen" berücksichtigt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KAUFMÄNNISCHE, TECHNISCHE UND VERWALTUNGS-AUSZUBILDENDE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

422

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in anerkannten kaufmännischen, technischen oder Verwaltungsausbildungsberufen ausgebildet werden.¹⁾

Als kaufmännische, technische oder Verwaltungsausbildungsberufe gelten solche, die normalerweise in einen Angestelltenberuf einmünden.

Zu den kaufmännischen, technischen und Verwaltungsauszubildenden rechnen auch Anlernlinge, Praktikanten, Volontäre sowie Umschüler mit entsprechenden Tätigkeiten.

Nicht zu den kaufmännischen, technischen und Verwaltungsauszubildenden zählen Personen, deren berufliche Ausbildung ausschließlich an Schulen der beruflichen Bildung (z.B. Lehre ersetzende Berufsfachschulen oder Schulen des Gesundheitswesens) sowie Personen im öffentlichen Dienst, die im technischen oder nichttechnischen Vorbereitungsdienst den Beamtenstatus anstreben.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den kaufmännischen, technischen und Verwaltungsauszubildenden handelt es sich bei den *gewerblich Auszubildenden* (Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau), Erhebungen bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebungen bei den Gasversorgungsunternehmen, Volks- und Berufszählung 1970) um Personen, die aufgrund des Berufsbildungsgesetzes in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen ausgebildet werden. Die Ausbildung dieser Personen mündet normalerweise in einen Arbeiterberuf ein.

In den Zahlen der *Auszubildenden* (Statistik der beruflichen Bildung) und der *Nachwachskräfte* (Arbeitsstättenzählung 1970) sind im Unterschied zu den kaufmännischen, technischen und Verwaltungsauszubildenden alle Auszubildende enthalten, deren Ausbildung normalerweise in einen Arbeiter- oder Angestellten-

1) Zu Einzelheiten siehe Berufsbildungsgesetz v. 14.8.1969 (BGBl. I S. 1112).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KAUFMÄNNISCHE, TECHNISCHE UND VERWALTUNGS-AUSZUBILDENDE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

422

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

beruf einmündet. Zu beachten ist ferner, daß die kaufmännischen, technischen und Verwaltungsauszubildenden, die gewerblich Auszubildenden und die Nachwuchskräfte im Unterschied zu den Auszubildenden auch die Praktikanten, Volontäre und Umschüler mit entsprechenden Tätigkeiten umfassen.

Unterschiede in den Zahlen über Auszubildende zwischen der Volks- und Berufszählung 1970 einerseits und den Bereichsstatistiken sowie der Arbeitsstättenzählung 1970 andererseits ergeben sich u.a. auch daraus, daß z.B. Praktikanten in mehreren Betrieben, Unternehmen oder Arbeitsstätten beschäftigt sein und daher in den Bereichsstatistiken und der Arbeitsstättenzählung mehrfach erfaßt und nachgewiesen werden können. In der Volks- und Berufszählung 1970 wird jeder Praktikant nur einmal erfaßt, da die Person selbst und nicht der Betrieb, das Unternehmen oder die Arbeitsstätte die Erhebungseinheit ist.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: KAUFMÄNNISCHE UND TECHNISCHE ANGESTELLTE EINSCHL. AUSZUBILDENDER	DFK - Nr: GBK - Nr(n): 422, 3684
---	--

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

- | | |
|--|--|
| 1. Monatlicher Baubericht

01.01.50 - 31.12.77 | Begriffsinhalt: Zusammenfassung der kaufmännischen und technischen Angestellten sowie der kaufmännisch und technisch Auszubildenden. |
| 2. Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)

01.01.77 | <p>Zu den kaufmännischen und technischen Angestellten rechnen alle Gehaltsempfänger, die überwiegend eine kaufmännische oder technische Tätigkeit ausüben.</p> <p>Für die Zuordnung von Personen zu den Angestellten ist die Art der ausgeübten Tätigkeit und nicht die Beitragspflicht oder Mitgliedschaft in der Angestelltenrentenversicherung maßgebend. Z.B. rechnen die angestelltenversicherungspflichtigen Poliere, Schachtmeister und Meister nicht zu den Angestellten, sondern zu den Arbeitern, speziell zu den <i>Facharbeitern</i>.</p> <p>Zu den Angestellten zählen auch Gesellschafter, Vorstandsmitglieder und andere leitende Kräfte, soweit sie vom befragten Betrieb Bezüge erhalten, die steuerlich als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit gelten.</p> <p>Zu den kaufmännisch und technisch Auszubildenden rechnen Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in anerkannten kaufmännischen oder technischen Ausbildungsberufen ausgebildet werden.¹⁾ Normalerweise mündet die Ausbildung dieser Personen in einen Angestelltenberuf ein. Einbezogen sind auch Praktikanten, Volontäre sowie Umschüler mit entsprechenden Tätigkeiten.</p> <p>Begriffsbeziehungen: Die Begriffe kaufmännische und technische Angestellte einschl. Auszubildender sowie <i>Angestellte einschl. kaufmännisch Auszubildende</i> (Volks- und Berufszählung 1970) entsprechen sich weitgehend. Unterschiede ergeben sich jedoch vor allem daraus, daß z.B. Angestellte in mehreren Betrieben beschäftigt sein und deshalb im Monatlichen Baubericht mehrfach erfaßt und nachgewiesen werden können. In der Volks- und Berufszählung 1970 wird jeder Angestellte nur einmal erfaßt, da die einzelne Person und nicht der Betrieb die Erhebungseinheit ist.</p> |

1) Zu Einzelheiten siehe Berufsbildungsgesetz v. 14.8.1969 (BGBI. I S. 1112).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KAUFMÄNNISCHE UND TECHNISCHE ANGESTELLTE EINSCHL.
AUSZUBILDENDER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

422, 3684

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Unterschiede ergeben sich auch bei der Zuordnung der Angestellten einschl. der kaufmännisch Auszubildenden zu Wirtschaftszweigen, weil die im Rahmen der Volks- und Berufszählung befragten Personen häufig nur ungenauere Angaben über den Wirtschaftszweig als die Betriebe machen können.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KINDER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2539

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Lebendgeborene eheliche Kinder von verheirateten, verwitweten oder geschiedenen Frauen.

Erfaßt werden nur die Kinder der Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit und der Frauen, die den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit gleichgestellt sind. Unerheblich ist, wie alt die Kinder sind, ob sie im Haushalt ihrer Mutter leben oder ob sie etwa schon verstorben sind. *Nichteheliche*, die durch nachfolgende Ehe ihrer Mutter oder Ehelicherklärung die Rechtsstellung eines ehelichen Kindes erhalten haben (Legitimation), gelten ebenfalls als eheliche Kinder.

Lebendgeborene sind Kinder, bei denen nach der Scheidung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen oder die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KINDER AUS LETZTER EHE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2539, 2540

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Lebendgeborene eheliche Kinder von Frauen aus deren bestehender bzw. - bei verwitweten oder geschiedenen Frauen - aus deren letzter Ehe.

Erfaßt werden nur die Kinder der Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit und der Frauen, die den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit gleichgestellt sind.

Als Kinder aus letzter Ehe rechnen alle, die im Kalenderjahr der (letzten) Eheschließung ihrer Mutter oder in einem späteren Jahr zur Welt kamen. Unerheblich ist, wie alt die Kinder sind, ob sie im Haushalt ihrer Mutter leben oder ob sie etwa schon verstorben sind. *Nichteheliche*, die durch eine nachfolgende Ehe ihrer Mutter oder durch eine Ehelicherklärung die Rechtsstellung eines ehelichen Kindes erhalten haben (Legitimation), gelten ebenfalls als eheliche Kinder.

Lebendgeborene sind Kinder, bei denen nach der Scheidung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen oder die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KLEINCONTAINER

DFK - Nr:

GSK - Nr(n): 902

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Eisenbahnstatistik
(Bestands- und
Betriebsstatistik)

01.01.66

B e g r i f f s i n h a l t : Transportgefäße, in denen Güter lose oder wenig verpackt befördert werden und die das Umladen von einem zum anderen Verkehrsmittel erleichtern, sofern sie über 1-3 m³ Fassungsvermögen und eine Ladekapazität von 1 t verfügen.

Container lassen sich leicht füllen und leeren und können mehrfach benutzt werden.

Der Eigentumsbestand erfaßt die Zahl der Kleincontainer, die sich im Eigentum des jeweiligen Eisenbahnunternehmens befinden.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: KLEINE HOCHSEE- UND KÜSTENFISCHEREI	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1101
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Hochsee- und
Küstenfischerei-
statistik -
Nationale Anlande-
statistik
01.01.68

B e g r i f f s i n h a l t : Meeresfischerei mit Kuttern
und kleineren Booten im Küstenbereich.

Die Kutter haben in aller Regel weniger als 500 Bruttoregister-
tonnen und ihre Eigner sind zumeist einzelne Fischer.

Die kleine Hochsee- und Küstenfischerei ist weitgehend identisch
mit dem Fischfang in Nord- und Ostsee. Sie umfaßt auch die
Aquakultur, d.h. die künstlich angelegten Fisch- und Meerestier-
zuchten entlang der Küste.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KOMBINATIONSKRAFTWAGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

906

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des
Kraftfahrzeug- und
Kraftfahrzeugan-
hängerbestandes

01.01.54

B e g r i f f s i n h a l t : Mehrspurige Kraftfahrzeuge mit nicht mehr als 2,8 t zulässigem Gesamtgewicht, die nach Bauart und Einrichtung geeignet und bestimmt sind, im Innenraum - mit Ausnahme des für die Mitnahme von Reisegepäck bestimmten Raums - wahlweise oder gleichzeitig der Beförderung von nicht mehr als 8 Fahrgästen und von Gütern zu dienen.

Bei den Neuzulassungen (*Neuzulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge und -anhänger*) werden fabrikneue Kombinationskraftwagen erfaßt, denen im Berichtszeitraum ein amtliches Kennzeichen zugeteilt wurde.

Der *Fahrzeugbestand* umfaßt die zugelassenen oder nur vorübergehend, d.h. bis zu einem Jahr, abgemeldeten Kombinationskraftwagen.

Bei den Besitzumschreibungen (*Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge und -anhänger*) werden gebrauchte Kombinationskraftwagen erfaßt, die im Berichtszeitraum auf einen anderen Fahrzeughalter übergegangen sind, sofern der Standort des Fahrzeugs vor und nach dem Halterwechsel im Bundesgebiet liegt.

Seit 1.8.1969 ist in der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung die Trennung von Kombinationskraftwagen und Personenkraftwagen aufgehoben. Kraftfahrzeuge mit den Merkmalen eines Kombinationskraftwagens können in den Fahrzeugpapieren und in der Meldung an das Kraftfahrt-Bundesamt als "PKW-Kombi" bezeichnet werden. Dabei liegt es i.a. in der Hand des Herstellers, ob er einen Fahrzeugtyp als Personenkraftwagen normalen Aufbaues oder als PKW-Kombi erfassen läßt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Bei den Kombinationskraftwagen muß im Unterschied zu den *Personenkraftwagen* die Größe der Ladefläche im Fahrzeugbrief angegeben werden.

Mehrzweckwagen (Kombinationskraftwagen) mit mehr als 2,8 t zulässigem Gesamtgewicht werden in der Regel als Personenkraftwagen zugelassen. Eine Zulassung als *Lastkraftwagen* ist ebenfalls möglich, wird jedoch - wegen der rechtlichen Beschränkung von Personenbeförderungen mit Lastkraftwagen - im allgemeinen nicht gewünscht.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1253
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistik der Boden- und Kommunalkredit- institute 01.01.62	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Darlehen von Boden- und Kommunalkreditinstituten an inländische öffentliche Haushalte, inländische öffentliche Wirtschaftsunternehmen, inländische Organisationen ohne Erwerbscharakter und an zwischenstaatliche Einrichtungen, die durch Rechtsverordnung den inländischen Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts gleichgestellt sind.</p> <p>Zu den Kommunalدارlehen rechnen auch kommunalverbürgte Darlehen und Hypotheken, die an Dritte gewährt werden.</p> <p>Im einzelnen sind dies alle Darlehen, die gemäß § 1 Abs. 2, § 5 Abs. 1, Nr. 1 und Abs. 2 Hypothekendarlehenbankgesetz¹⁾ sowie gemäß § 8 Abs. 1, Satz 2 und Abs. 3 Pfandbriefgesetz²⁾ und entsprechend § 5 Abs. 1, Nr. 1 Schiffbankgesetz³⁾ gewährt werden.</p> <p>Bei kommunalverbürgten Darlehen und Hypotheken übernehmen Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts bzw. ihnen gleichgestellte zwischenstaatliche Einrichtungen die Gewährleistung für an Dritte gegebene Darlehen.</p> <p>Nicht zu den Kommunalدارlehen rechnen durch Kommunaldeckung gesicherte Landeskulturdarlehen und nicht verbürgte Restbeträge von Darlehen, bei denen die Gewährleistung durch eine Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts nur für einen Teilbetrag übernommen worden ist.</p> <p>1) Zu Einzelheiten siehe Hypothekendarlehenbankgesetz (HGB) in der Fassung v. 5.2.1963 (BGBl. I S. 81) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 671).</p> <p>2) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (ÖPG) in der Fassung v. 8.5.1963 (BGBl. I S. 312) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 669).</p> <p>3) Zu Einzelheiten siehe Gesetz über Schiffspfandbriefbanken (SCHBG) in der Fassung v. 8.5.1963 (BGBl. I S. 302) und Änderungsgesetz v. 11.3.1974 (BGBl. I S. 671).</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KOMMUNALDARLEHEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1253

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Die *Neuausleihungen* umfassen die während des Berichtsmonats tatsächlich neu gewährten (ausbezahlten) Kommunaldarlehen.

Der *Darlehensbestand* gibt den tatsächlichen Umfang der Forderungen aus Kommunaldarlehen am Monatsende an.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f :
Bei den *kommunalverbürgten Hypotheken auf Wohngrundstücke* wurden bis Ende 1968 Hypotheken auf Wohnungsaltbauten (vor dem 8.5.1945 errichtete Wohnbauten) nicht einbezogen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KOMMUNALVERBÜRGTEN HYPOTHEKEN AUF WOHNGRUNDSTÜCKE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1254

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Boden- und
Kommunalkredit-
institute

01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Realkredite, die durch eine Hypothek auf ein Wohngrundstück und zusätzlich durch die Übernahme der Gewährleistung durch eine Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts gesichert sind.

Zu den Wohngrundstücken zählen alle Grundstücke, die ganz oder überwiegend - d.h. zu mehr als 50 % der Raumfläche - für Wohnzwecke genutzt werden (Alt- und Neubauten). Zu den Wohngrundstücken rechnen auch Grundstücke mit ländlichen Wohnbauten.

Darlehen, bei denen nur für einen Teilbetrag die Gewährleistung durch eine Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts übernommen wird, werden hier nur mit dem kommunalverbürgten Teil erfaßt.

Die *Neuausleihungen* umfassen die während des Berichtsmonats tatsächlich neu gewährten (ausbezahlten) kommunalverbürgten Hypotheken auf Wohngrundstücke.

Der *Darlehensbestand* gibt den tatsächlichen Umfang der Forderungen aus kommunalverbürgten Hypotheken auf Wohngrundstücke am Monatsende an.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bis Ende 1968 wurden kommunalverbürgte Hypotheken für Wohnungsaltbauten (vor dem 8.5.1945 errichtete Wohnbauten) nicht einbezogen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KONFESSIONELL GEMISCHTE EHEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2555

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Ehepaare, bei denen ein
Ehepartner evangelisch, der andere römisch-katholisch
ist (vgl. Religionszugehörigkeit).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KONFESSIONELL NICHT GEMISCHTE EHEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

2545

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Volks- und Berufs-
zählung 1970

B e g r i f f s i n h a l t : Ehepaare, bei denen beide Ehepartner entweder evangelisch oder römisch-katholisch sind (vgl. Religionszugehörigkeit).

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KONSUMGENOSSENSCHAFTEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1146

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Einzelhandels-
statistik

01.01.65

B e g r i f f s i n h a l t : Unternehmen des Einzelhandels, die sich selbst als Konsumgenossenschaften einschätzen sowie Unternehmen des Einzelhandels, die sonstige Verbraucherorganisationen sind und bestimmte Sortimente ohne ausgeprägten Schwerpunkt führen. Solche Unternehmen gelten auch dann als Konsumgenossenschaften, wenn sie die Merkmale von *Warenhaus-unternehmen*, von *Versandhandelsunternehmen* oder von *Filial-unternehmen* aufweisen.

Als Unternehmen gilt die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen hat. Rechtlich selbständige Tochtergesellschaften gelten als Unternehmen. Die Unternehmen werden in ihrer Gesamtheit erfaßt einschl. bereichsfremder Teile und Tätigkeiten, aber ohne land- und forstwirtschaftliche Nebenbetriebe und ohne Zweigniederlassungen im Ausland.

Zum Einzelhandel wird ein Unternehmen gerechnet, wenn seine wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Handelsware zu beziehen und in eigenem Namen entweder an private Haushalte oder in einer sonst nur im Einzelhandel üblichen Form oder in kleinen Mengen an andere als Wiederverkäufer abzusetzen. Die Waren dürfen dabei nicht oder nur in handelsüblichem Maße be- oder verarbeitet werden. Nicht zum Einzelhandel zählen die rechtlich unselbständigen offenen Verkaufsstellen der Industrie.

Als Genossenschaft wird im allgemeinen eine Personenvereinigung aufgefaßt, die in den vom Genossenschaftsgesetz vorgeschriebenen Rechtsformen geführt wird, die in ihrer Mitgliederzahl nicht begrenzt ist und den Zweck verfolgt, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes zu fördern.

Als sonstige Verbraucherorganisationen gelten Zusammenschlüsse von privaten Verbrauchern wie z.B. Einkaufsvereinigungen von Beamten, Angestellten oder Arbeitern, Sozialwerke u. dgl. Sie können in den vom Genossenschaftsgesetz vorgeschriebenen oder in anderen Rechtsformen geführt werden. Sie zählen nur dann zu den Konsumgenossenschaften, wenn sie

- Einzelhandel mit Waren verschiedener Art in der Hauptrichtung Nichtnahrungsmittel oder

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:	DFK - Nr:
KONSUMGENOSSENSCHAFTEN	GBK - Nr(n): 1146
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

- Einzelhandel mit Waren verschiedener Art in der Haupt-
richtung Nahrungsmittel oder
- Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln verschiedener
Art

betreiben.

Einzelhandel mit Waren verschiedener Art bzw. Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln verschiedener Art liegt dann vor, wenn einzelne Warengruppen des Sortiments bestimmte Anteile am Gesamtumsatz nicht überschreiten.

Sonstige Verbraucherorganisationen, die andere als die o.g. Sortimente führen, zählen nicht zu den Konsumgenossenschaften, sondern zu den *Filialunternehmen*, zu den *Versandhandelsunternehmen* oder zu den *übrigen Unternehmen*.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Konsumgenossenschaften unterscheiden sich von den anderen Betriebsformen des Einzelhandels ausschließlich durch die Rechtsform, in der die Unternehmen geführt werden. Im einzelnen bestehen folgende Zusammenhänge: Schätzt ein Unternehmen des Einzelhandels sich selbst als Konsumgenossenschaft oder als sonstige Verbraucherorganisation ein, so gilt es, unabhängig von seinen sonstigen Merkmalen, als Konsumgenossenschaft. Erzielt von den verbleibenden Unternehmen eines seinen Umsatz überwiegend durch den Versand von Waren auf Bestellung, so gilt es als *Versandhandelsunternehmen*. Betreibt eines der danach verbleibenden Unternehmen Einzelhandel mit Waren verschiedener Art in der Hauptrichtung Nichtnahrungsmittel und beschäftigt in mindestens einer Niederlassung mindestens 25 Personen und erzielt in dieser(n) Niederlassung(en) mindestens 50 % seines Gesamtumsatzes, so gilt es als *Warenhausunternehmen*. Unterhält eines der danach verbleibenden Unternehmen fünf oder mehr Einzelhandelsverkaufsstellen, so gilt es als *Filialunternehmen*. Die danach verbleibenden Unternehmen des Einzelhandels werden als *übrige Unternehmen* zusammengefaßt.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KÖRPERSCHAFTSTEUER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1131

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik
über den
Steuerhaushalt
01.01.62

B e g r i f f s i n h a l t : Steuer, die auf das Einkommen von Körperschaften, Personenvereinigungen, Vermögensmassen (im folgenden als "Körperschaften" bezeichnet) erhoben wird.

Zu den Körperschaften zählen insbesondere Kapitalgesellschaften (z.B. Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung), Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, sonstige juristische Personen des privaten Rechts, nichtrechtsfähige Vereine und Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Die Körperschaftsteuerpflicht erstreckt sich bei unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen (= solche mit Geschäftsleitung oder Sitz im Inland) auf sämtliche Einkünfte. Beschränkt, d.h. nur mit ihren inländischen Einkünften körperschaftsteuerpflichtig sind Körperschaften, die weder ihre Geschäftsleitung noch ihren Sitz im Inland haben.¹⁾

Von der Körperschaftsteuer befreit sind u.a. die Deutsche Bundespost, Deutsche Bundesbahn, Deutsche Bundesbank sowie Körperschaften, die kirchlichen, gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen.

Die Körperschaftsteuer bemisst sich nach dem zu versteuernden Einkommen; die Grundlagen für ihre Festsetzung sind grundsätzlich für ein Kalenderjahr zu ermitteln. Weicht das Wirtschaftsjahr vom Kalenderjahr ab, so gilt der Gewinn als in dem Kalenderjahr bezogen, in dem das Wirtschaftsjahr endet. Was als Einkommen gilt und wie es zu ermitteln ist, bestimmt sich nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes in Verbindung mit Vorschriften des KStG (§ 7 Abs. 1 und § 8 Abs. 1 KStG). Bei Körperschaftsteuerpflichtigen mit Buchführungspflicht sind alle Einkünfte als solche aus Gewerbebetrieb zu behandeln. Für die Ermittlung des Einkommens ist es ohne Bedeutung, ob das Einkommen verteilt wird. Zu den abziehbaren Aufwendungen gehören u.a. die Kosten der Ausgabe von Gesellschaftsanteilen bei Kapitalgesellschaften, Ausgaben zur Förderung mildtätiger, wissenschaftlicher, religiöser u. dgl. Zwecke und Spenden an politische Parteien im Rahmen bestimmter Höchstgrenzen. Der Freibetrag für kleinere

1) Zu weiteren Einzelheiten siehe Körperschaftsteuergesetz (KStG) v. 31.8.1976 (BGBl. I S. 2597), geändert durch Steueränderungsgesetz 1977 v. 16.8.1977 (BGBl. I S. 1586).

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n):
KÖRPERSCHAFTSTEUER	1131
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
	<p>Körperschaften sowie für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften u. dgl. bestimmt sich nach Maßgabe der §§ 24 bzw. 25 KStG.</p> <p>Die Körperschaftsteuer wird nach Ablauf des Veranlagungszeitraums (Kalenderjahr) entsprechend dem Einkommen veranlagt, das der Körperschaftsteuerpflichtige in diesem Zeitraum bezogen hat. Der Steuerpflichtige hat am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember Vorauszahlungen auf die Körperschaftsteuer zu entrichten, die er für den laufenden Veranlagungszeitraum voraussichtlich schulden wird; sie bemessen sich grundsätzlich nach der Körperschaftsteuer, die sich bei der letzten Veranlagung ergeben hat. Nach Abschluß der Veranlagung - gewöhnlich 8 bis 16 Monate nach Ablauf des Veranlagungszeitraums, ggf. aber auch erheblich später - ist die Differenz zwischen Vorauszahlungen und Veranlagungsergebnis zu entrichten. Das Körperschaftsteueraufkommen folgt somit dem Wirtschaftsablauf mit mindestens einjähriger Verzögerung. Die Körperschaftsteuer ist eine Gemeinschaftsteuer von Bund und Ländern.</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Das Körperschaftsteuerrecht wurde im Zeitablauf häufig geändert.¹⁾ Ab 1.1.1977 erfolgte eine völlige Umgestaltung des bisherigen Systems: Anhebung des allgemeinen Steuersatzes von 51 auf 56 % (niedrigere Sätze u.a. für Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts und bestimmte Kreditinstitute); Erhöhung der Steuerbelastung für ausgeschüttete Gewinne (bisher 15 bzw. 26,5 %) auf 36 %. Die auf dem ausgeschütteten Gewinn lastende Körperschaftsteuer ist im Regelfall (Ausnahmen: insbesondere öffentlich-rechtliche Körperschaften, ausländische Anteilseigner) auf die Steuerschuld des einkommen- oder körperschaftsteuerpflichtigen Anteilseigners anzurechnen; die anrechenbare Steuer zählt zu den Einkünften aus Kapitalvermögen.</p>
	<p>1) Zu Einzelheiten siehe Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): Die Steuern des Bundes und der Länder, Bonn 1977, S. 21 bis 26.</p>

Statistische Datenbank
- Definitionskatalog -

Begriff:

KRAFTFAHRZEUGANHÄNGER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

906

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des
Kraftfahrzeug- und
Kraftfahrzeugan-
hängerbestandes

01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t : Fahrzeuge, die nach ihrer Bauart dazu bestimmt sind, hinter Kraftfahrzeugen gezogen zu werden, mit Ausnahme von betriebsuntüchtigen Fahrzeugen, die abgeschleppt werden, und von Abschleppachsen.

Nicht zulassungspflichtige Anhänger (Anhänger von Zugmaschinen, die nicht mehr als 25 km/h fahren, Arbeitsanhänger, fahrbare Baubuden, Anhänger für Straßenreinigung und Feuerlöschzwecke¹⁾) werden nicht erfaßt, sofern sie nicht auf Antrag dem Zulassungsverfahren unterworfen wurden.

Bei den Neuzulassungen (*Neuzulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge und -anhänger*) werden fabrikneue Kraftfahrzeuganhänger erfaßt, denen im Berichtszeitraum ein amtliches Kennzeichen zugeteilt wurde.

Der *Fahrzeugbestand* umfaßt die zugelassenen oder nur vorübergehend, d.h. bis zu einem Jahr, abgemeldeten Kraftfahrzeuganhänger an einem bestimmten Stichtag.

Bei den Besitzumschreibungen (*Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge und -anhänger*) werden gebrauchte Kraftfahrzeuganhänger erfaßt, die im Berichtszeitraum auf einen anderen Fahrzeughalter übergegangen sind, sofern der Standort des Fahrzeugs vor und nach dem Halterwechsel im Bundesgebiet liegt.

1) Zur vollständigen Auflistung vgl. Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung 1974 (BGBl. I, S. 3193), § 18.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1131
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistik über den Steuerhaushalt 01.01.62	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Steuer, die auf sämtliche im Straßenverkehr zugelassenen Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger erhoben wird.</p> <p>Im einzelnen wird die Kraftfahrzeugsteuer auf das Halten eines Kraftfahrzeugs oder eines Kraftfahrzeuganhängers zum Verkehr auf öffentlichen Straßen erhoben, ferner auf die Zuteilung eines Kennzeichens für Probe- und Überführungsfahrten sowie auf die widerrechtliche Benutzung eines Kraftfahrzeugs oder eines Kraftfahrzeuganhängers auf öffentlichen Straßen.</p> <p>Von der Kraftfahrzeugsteuer befreit ist u.a. das Halten von Feuerlösch-, Krankentransport- und Straßenunterhaltungsfahrzeugen sowie von Fahrzeugen, die im Dienst der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes oder der Polizei verwendet werden.</p> <p>Besteuerungsgrundlage bei Zwei- und Dreiradkraftfahrzeugen (außer Zugmaschinen) und bei Personenkraftwagen ist der Hubraum, bei allen anderen Fahrzeugen (z.B. Kraftomnibusse, Lastkraftwagen) das verkehrsrechtlich höchstzulässige Gesamtgewicht.</p> <p>Die Kraftfahrzeugsteuer wird vom Finanzamt festgesetzt. Sie ist jeweils für die Dauer eines Jahres (mit gestaffelten Zuschlägen auch für kürzere Zeiträume) im voraus zu entrichten.</p> <p>Bei der Kraftfahrzeugsteuer handelt es sich um eine <i>Landessteuer</i>.</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die Höhe der Steuersätze, die für die einzelnen Kraftfahrzeugarten unterschiedlich hoch sind, sind im Zeitablauf mehrfach geändert worden.</p>

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KRAFTOMNIBUSSE UND OBUSSE

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

906, 909

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Statistik des
Kraftfahrzeug-
und Kraftfahr-
zeuganhänger-
bestandes

01.01.52

2. Statistik der
Straßenver-
kehrsunfälle

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Mehrspurige Kraftfahrzeuge, die nach Bauart und Einrichtung zur Beförderung von Personen im Straßenverkehr bestimmt sind und über mindestens zehn Sitzplätze einschließlich Fahrersitz verfügen, unabhängig davon, ob die Kraftfahrzeuge ihre Antriebsenergie einer Fahrleitung entnehmen (Obusse) oder sie mit sich führen (Kraftomnibusse).

In der Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes sind die folgenden Besonderheiten zu beachten:

Bei den Neuzulassungen (*Neuzulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge und -anhänger*) werden fabrikneue Kraftomnibusse und Obusse erfaßt, denen im Berichtszeitraum ein amtliches Kennzeichen zugeteilt wurde.

Der *Fahrzeugbestand* umfaßt die zugelassenen oder nur vorübergehend, d.h. bis zu einem Jahr, abgemeldeten Kraftomnibusse und Obusse an einem bestimmten Stichtag.

Bei den Besitzumschreibungen (*Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge und -anhänger*) werden gebrauchte Kraftomnibusse und Obusse erfaßt, die im Berichtszeitraum auf einen anderen Fahrzeughalter übergegangen sind, sofern der Standort des Fahrzeugs vor und nach dem Halterwechsel im Bundesgebiet liegt.

In der Statistik der Straßenverkehrsunfälle werden Personen nachgewiesen, die als Führer und Mitfahrer von Kraftomnibussen und Obussen bei Straßenverkehrsunfällen verletzt (*verletzte Personen*) oder getötet (*getötete Personen*) wurden.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zum Bestand an Kraftomnibussen und Obussen umfassen der Bestand an *Kraftomnibussen und Personenkraftwagen* sowie der Bestand an *Obussen* (beide Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr) die bei den Unternehmen des Straßenpersonenverkehrs verfügbaren Fahrzeuge.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KRAFTOMNIBUSSE UND PERSONENKRAFTWAGEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

906

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Personenbeförderung
im Straßenverkehr

01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t : Mehrspurige Kraftfahrzeuge, die nach Bauart und Einrichtung zur Beförderung von Personen einschließlich ihres Reisegepäckes geeignet und bestimmt sind.

Erfaßt werden Kraftomnibusse, soweit sie bei den Unternehmen, die genehmigungspflichtigen Verkehr nach dem Personenbeförderungsgesetz¹⁾ betreiben, verfügbar sind, verfügbare Personenkraftwagen mit Genehmigung für den Linienverkehr sowie verfügbare Personenkraftwagen mit genau 8 Fahrgastplätzen, soweit sie bei Unternehmen des Kraftomnibusverkehrs im Gelegenheitsverkehr eingesetzt werden.

Als verfügbar gelten die eigenen, zuzüglich der angemieteten und abzüglich der vermieteten Fahrzeuge. Jedes am Erhebungstichtag auch nur stundenweise angemietete Fahrzeug wird einbezogen, während jedes am Stichtag - und sei es nur für Stunden - vermietete Fahrzeug von der Erfassung ausgeschlossen wird.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Kraftomnibussen und Personenkraftwagen werden beim Bestand an *Personenkraftwagen* (Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes) alle Personenkraftwagen bis zu höchstens 9 Sitzplätzen, die zugelassen oder nur vorübergehend, d.h. bis zu einem Jahr, abgemeldet sind, erfaßt. Der Bestand an *Kraftomnibussen und Obussen* (Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes) umfaßt alle Kraftomnibusse und Obusse, die zugelassen oder nur vorübergehend abgemeldet sind. Die Kraftomnibusse sind im Unterschied zu den Obussen nicht an eine Fahrleitung gebunden.

1) Vgl. Personenbeförderungsgesetz v. 21.3.1961 (BGBl. I S. 241) und nachfolgende Änderungsgesetze.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KRAFTRÄDER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

906

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik des
Kraftfahrzeug- und
Kraftfahrzeugan-
hängerbestandes

01.01.52

B e g r i f f s i n h a l t : Einspurige Kraftfahrzeuge
zur Beförderung von Personen und/oder Sachen.

Durch den Anbau eines Beiwagens oder seitlicher Stützräder
wird der Begriff der Einspurigkeit nicht berührt.

Es werden nur Krafträder mit einem Hubraum von mehr als 50 cm³
nachgewiesen. Motorroller (Kraftroller) zählen ebenfalls zu
den Krafträdern.

Bei den Neuzulassungen (*Neuzulassungen fabrikneuer Kraft-
fahrzeuge und -anhänger*) werden fabrikneue Krafträder
erfaßt, denen im Berichtszeitraum ein amtliches Kennzei-
chen zugeteilt wurde.

Der *Fahrzeugbestand* umfaßt die zugelassenen oder nur
vorübergehend, d.h. bis zu einem Jahr, abgemeldeten Kraft-
räder an einem bestimmten Stichtag.

Bei den Besitzumschreibungen (*Besitzumschreibungen gebrauch-
ter Kraftfahrzeuge und -anhänger*) werden gebrauchte Kraft-
räder erfaßt, die im Berichtszeitraum auf einen anderen
Fahrzeughalter übergegangen sind, sofern der Standort des
Fahrzeugs vor und nach dem Halterwechsel im Bundesgebiet
liegt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu
den Krafträdern rechnen zu den *Krafträdern und -rollern*
(Statistik der Straßenverkehrsunfälle) auch Kleinkrafträder.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

DFK - Nr:

KRAFTRÄDER, FAHRRÄDER

GBK - Nr(n):

3624

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Produktions-
Eilbericht

01.01.77

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren (Waren-
arten) aus den Warenklassen

Krafträder	Warenklasse 3317
Fahrräder	" 3351
Kinderwagen	" 3361
Reparaturen	" 3395

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industrie-
statistik, Ausgabe 1970, die zu den *Verbrauchsgütern* zählen.

Als Verbrauchsgüter gelten Waren, die von der Industrie her-
gestellt werden, als technisch fertig (verbrauchsreif) ange-
sehen werden und überwiegend von den privaten Haushalten ver-
braucht werden.

Im wesentlichen rechnen dazu Fahrräder mit Hilfsmotor, Kraft-
räder, Motorroller, Mopeds, zwei- und dreirädrige Fahrräder,
Kinder- und Kindersportwagen und Reparaturen an diesen Fahr-
zeugen.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Kraft-
räder, Fahrräder sowie *Krafträder* und *Fahrräder* (Produktions-
Eilbericht) sind synonym.

2. Außenhandels-
statistik01.01.60 -
31.12.74

B e g r i f f s i n h a l t : Wie unter 1., jedoch ohne
Reparaturen, aber einschließlich Krankenfahrstühle und Be-
reifungen für Fahrräder, Mopeds und Kleinkrafträder.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung
nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA)
werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen
Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) umge-
schlüsselt. Da im WI die Waren in erster Linie nach produk-
tionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen
(materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich
bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitions-
gütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Be-
rechnung des Index der industriellen Bruttoproduktion für
Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KRAFTRÄDER, FAHRRÄDER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

3624

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Begriffe Krafträder, Fahrräder sowie Krafträder, Fahrräder und Bereifungen (Außenhandelsstatistik) unterscheiden sich in einigen Waren. Nur zu den Krafträdern und Fahrrädern zählen die Krankenfahrstühle. Nur zu den Krafträdern, Fahrrädern und Bereifungen zählen Bereifungen bis 8 Zoll Felgendurchmesser.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KRAFTRÄDER, FAHRRÄDER UND BEREIFUNGEN

DFK - Nr.:

GBK - Nr(n):

2605

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Außenhandels-
statistik

01.01.70

B e g r i f f s i n h a l t : Ausgewählte Waren (Warennum-
mern) des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik,
die im wesentlichen den Warenklassen

Krafträder	Warenklasse	3317
Fahrräder	"	3351
Kinderwagen	"	3361

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriesta-
tistik, Ausgabe 1970, entsprechen und zu den *Verbrauchsgütern*
zählen.

Als Verbrauchsgüter gelten Waren, die von der Industrie herge-
stellt werden, als technisch fertig (verbrauchsreif) angesehen
werden und überwiegend von den privaten Haushalten verbraucht
werden.

Im wesentlichen zählen dazu:

Krafträder (Motorräder, Motorroller, Mopeds, Fahrräder mit
Hilfsmotor), Fahrräder, Kinderwagen sowie Bereifungen für diese
Fahrzeuge.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach
dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden
auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenver-
zeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt. Da
im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen,
im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien
gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung gering-
fügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitions-
gütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Be-
rechnung des Index der industriellen Bruttoproduktion für In-
vestitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Zur Abgrenzung gegen-
über den *Krafträdern, Fahrrädern* (Produktions-Eilbericht,
Außenhandelsstatistik) siehe dort.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KRAFTRÄDER UND FAHRRÄDER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

600

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Produktions-
Eilbericht01.01.62 -
31.12.76

B e g r i f f s i n h a l t : Die Begriffe Krafträder und
Fahrräder und *Krafträder, Fahrräder* (Produktions-Eilbericht)
sind synonym. Zu Einzelheiten siehe dort.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KRAFTRÄDER UND -ROLLER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

909

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Straßenverkehrs-
unfälle

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Die Krafträder und -roller umfassen die Kleinkrafträder, die Krafträder und die Kraftrroller.

Zu den Kleinkrafträdern rechnen Motorräder und -roller mit amtlichem Kennzeichen, einem Hubraum bis zu 50 cm³ und einer Höchstgeschwindigkeit über 40 km/h. Krafträder bzw. Kraftrroller sind Motorräder bzw. -roller über 50 cm³ Hubraum, auch mit Beiwagen.

Nachgewiesen werden Personen, die als Führer oder Mitfahrer von Krafträdern und -rollern bei Straßenverkehrsunfällen verletzt (*verletzte Personen*) oder getötet (*getötete Personen*) wurden.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Im Unterschied zu den Krafträdern und -rollern rechnen zu den *Krafträdern* (Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes) sowohl Krafträder als auch Kraftrroller, nicht aber die Kleinkrafträder.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KRANKENHÄUSER

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

397,411

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Krankenhausstatistik
01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Anstalten, in denen Kranke untergebracht werden und in denen durch ärztliche Hilfeleistung erstrebt wird, Krankheiten, Leiden oder Körperschäden festzustellen, zu heilen oder zu lindern, sowie Entbindungsheime mit regelmäßiger ärztlicher Behandlung.

Einbezogen werden auch einige Krankenhäuser ohne *planmäßige Betten* sowie z.T. auch Krankenhäuser, die vorwiegend nur bestimmten Personengruppen zur Verfügung stehen, wie die Krankenhäuser und -abteilungen in Justizvollzugsanstalten und die Bundeswehrkrankenhäuser.

Nicht zu den Krankenhäusern zählen Einrichtungen, in denen nur eine ärztliche Überwachung ohne regelmäßige ärztliche Behandlung stattfindet, z.B. Anstalten zur Unterbringung Gesunder, Erholungsbedürftiger, Gebrechlicher, tuberkulosegefährdeter Kinder, ferner Anstalten, die vorwiegend der Erziehungs- oder Wirtschaftsfürsorge dienen, wie Waisenhäuser, Mutter- und Wöchnerinnenheime, Entbindungsheime unter der Betreuung von Hebammen ohne regelmäßige ärztliche Betreuung, Altersheime usw.

Die Krankenhäuser werden nach der Art ihrer Träger in öffentliche, freie gemeinnützige und private Krankenhäuser unterschieden.

Zu den öffentlichen Krankenhäusern zählen Krankenhäuser, die von den Gebietskörperschaften (Bund, Land, Landschaftsverband, Gemeindeverband, Kreis, Gemeinde), von Zusammenschlüssen solcher Körperschaften (z.B. Arbeitsgemeinschaft, Zweckverband) oder von Sozialversicherungsträgern (u.a. Landesversicherungsanstalt, Berufsgenossenschaft) betrieben oder von den genannten Trägern überwiegend finanziell unterhalten werden.

Freie gemeinnützige Krankenhäuser sind solche, die von Kirchengemeinden, kirchlichen und weltlichen Vereinigungen, Genossenschaften sowie von Stiftungen getragen werden.

Als private Krankenhäuser rechnen Krankenhäuser, die aufgrund § 30 Reichsgewerbeordnung von einer höheren Verwaltungsbehörde konzessioniert sind.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Bundeswehrkrankenhäuser werden erst seit 1971 einbezogen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KRANKENPFLEGEPERSONEN

DFK - Nr:

GSK - Nr(n):

402

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der Berufe
des Gesundheits-
wesens
01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Zu den Krankenpflegepersonen rechnen berufstätige Krankenschwestern und -pfleger, Kinderkrankenschwestern bzw. -pfleger und Krankenpflegehelferinnen und -helfer.

Es werden nur die Personen erfaßt, die diese Berufe auch ausüben. Nicht einbezogen werden die Krankenpflegepersonen, die noch in Ausbildung sind (z.B. Krankenschwesternschülerinnen).

Einbezogen werden Personen, die aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen berechtigt sind, die jeweilige Berufsbezeichnung zu führen.¹⁾

Zu den Krankenschwestern rechnen auch die Gemeindeschwestern und die in der Geisteskrankenpflege Beschäftigten.

Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Die oben genannten Pflegeberufe werden seit 1976 erfaßt. In früheren Jahren zählten - neben den Krankenschwestern bzw. -pflegern und den Kinderkrankenschwestern bzw. -pflegern, die in allen Jahren einbezogen wurden - weitere Personengruppen zu den Krankenpflegepersonen:

Bis einschl. 1957 waren dies die Wochenpflegerinnen und die Säuglings- und Kinderpflegerinnen, von 1958 bis einschl. 1963 außerdem die sonstigen Pflegekräfte ohne staatliche Prüfung. 1964 zählten zu den weiteren Personengruppen die Säuglings- und Kinderpflegerinnen, die sonstigen Pflegekräfte ohne staatliche Prüfung und erstmals die Krankenpflegehelferinnen und -helfer, nicht aber mehr die Wochenpflegerinnen. Von 1965 bis einschl. 1975 umfaßten die weiteren Personengruppen nur die sonstigen Pflegekräfte ohne staatliche Prüfung und die Krankenpflegehelferinnen und -helfer.²⁾

Seit 1960 stehen für Bremen nur Angaben über die in Krankenhäusern und überwiegend bei Behörden und Anstalten des öffentlichen Rechts Beschäftigten zur Verfügung.

1) Zu Einzelheiten siehe Krankenpflegegesetz i.d.F. v. 20.9.1965 (BGBl. I S. 1443) und Änderungsgesetze.- 2) Zu Hinweisen auf Gesetzesänderungen vgl. Fundstellennachweis A, Beilage zum BGBl. I, hrsg. v. Bundesminister der Justiz.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff: KRANKENPFLEGEPERSONEN	DFK - Nr: GSK - Nr(n): 402
---------------------------------------	-----------------------------------

Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
-----------------------------------	---

Verschiedentlich wurden Personengruppen unvollständig erfaßt: Für die Säuglings- und Kinderpflegerinnen fehlen für 1953 die Angaben für Hamburg und Bayern und für die Jahre 1955 bis 1960 die Zahlen für Bayern. Für die Wochenpflegerinnen liegen von 1959 bis 1961 keine Angaben für Hessen vor. Die Krankenpflegehelfer und -helferinnen wurden 1964 und 1965 zunächst nur in einigen Bundesländern erfaßt.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Während zu den Krankenpflegepersonen alle in den genannten Pflegeberufen tätigen Personen gerechnet werden, zählt zu den *im Krankenhaus tätigen Krankenpflegepersonen* (Krankenhausstatistik) nur das in Krankenhäusern beschäftigte Pflegepersonal, allerdings einschließlich der Säuglings- und Kinderpflegerinnen und sonstigen Pflegekräfte ohne staatliche Prüfung.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
	GBK - Nr(n): 1784
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
1. Vierteljährliche Schuldenstatistik 01.01.74	<p>B e g r i f f s i n h a l t : Die Kredite von Sozialversicherungen umfassen die Darlehen der Bundesanstalt für Arbeit, der Träger der Sozialversicherung und der öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen.</p> <p>Zu den Trägern der Sozialversicherung rechnen die Kranken-, Renten- und Unfallversicherung einschließlich der Bundesbahnversicherungsanstalt Abt. A, die Bundesbahn-Betriebskrankenkasse, die Bundesbahn-Unfallversicherungsbehörde, die Bundespost-Betriebskrankenkasse und das Amt für Unfallversicherung der Bundespost.</p> <p>Zu den öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen gehören z.B. die Zusatzversicherungsanstalt des Bundes und der Länder, Kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen, die Bundesbahnversicherungsanstalt Abt. B und die Versorgungsanstalt der Bundespost.</p> <p>B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Kredite von Sozialversicherungen rechnen nicht zu den <i>Schulden beim öffentlichen Bereich</i> (Vierteljährliche Schuldenstatistik, Jährliche Schuldenstatistik). Dies sind Schulden, die aus Mitteln des <i>Bundes, des Lastenausgleichs, des ERP-Sondervermögens, der Länder, der Gemeinden, der Gemeindeverbände</i> und der <i>Zweckverbände</i> aufgenommen werden, unabhängig davon ob sie über ein Kreditinstitut ausbezahlt werden.</p>
2. Jährliche Schuldenstatistik 01.01.51	

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KREDITMARKTMITTEL IM ENGEREN SINN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

1783

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

1. Vierteljährliche
Schuldenstatistik
01.01.74

2. Jährliche
Schuldenstatistik
01.01.50

B e g r i f f s i n h a l t : Die Kreditmarktmittel im engeren Sinn umfassen Wertpapiere, Schuldscheindarlehen von Kreditinstituten (einschl. Postsparkassen- und Postscheckvermögen), von Individualversicherungen einschl. privater Kranken- und Zusatzversorgungseinrichtungen und von Bausparkassen, ferner Kredite aus Haushaltsmitteln von Bahn und Post, von rechtlich selbständigen Stiftungen (z.B. Stiftung Volkswagenwerk), Sondervermögen und von Privaten sowie Hypotheken, Grund- und Rentenschulden und Restkaufgelder.

Zu den Wertpapieren rechnen Anleihen, Bundesschatzbriefe, Schatzanweisungen, Kassenobligationen und andere Wertpapier-schulden.

Die Verschuldung aus Anleihen wird "netto" zum Nominalbetrag ausgewiesen, d.h. ohne zurückgekaufte, aber noch nicht getilgte Anleihestücke im Bestand der Emittenten.

B e g r i f f s b e z i e h u n g e n : Die Kreditmarktmittel im engeren Sinn rechnen zu den *Schulden aus Kreditmarktmitteln* (Vierteljährliche Schuldenstatistik, Jährliche Schuldenstatistik), die außerdem noch die *Kredite von Sozialversicherungen* (Vierteljährliche Schuldenstatistik, Jährliche Schuldenstatistik) umfassen.

Statistische Datenbank

- Definitionskatalog -

Begriff:

KREISSTRASSEN

DFK - Nr:

GBK - Nr(n):

905

Statistik/
Gültigkeitszeitraum

Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen

Statistik der
Straßen des
überörtlichen
Verkehrs

01.01.53

B e g r i f f s i n h a l t : Verkehrswege, die den Verkehrsbedürfnissen innerhalb der Kreise als Verbindungen zwischen den Gemeinden oder als Anschlußstrecken an das überörtliche Straßennetz dienen. Träger der Baulast sind die Landkreise.

Für die *Ortsdurchfahrten* bestehen unterschiedliche Regelungen bezüglich der Übernahme der Baulast.

Bei der Ermittlung der *Straßenlänge* werden Kreuzungen der jeweils höherwertigen Straße zugeordnet, alsoz.B. der Kreisstraße bei einer Kreuzung mit einer Gemeindestraße oder der vorfahrtberechtigten gegenüber der vorfahrtbeachtenden Straße. Bei gleichwertigen Straßen erfolgt die Zuordnung zur breiteren, bei gleicher Breite zur längeren Straße. Die Länge der Ortsdurchfahrten rechnet zur Gesamtlänge der Kreisstraßen.

Statistische Datenbank	
- Definitionskatalog -	
Begriff:	DFK - Nr:
KÜHLSCHIFFE	GSK - Nr(n): 912
Statistik/ Gültigkeitszeitraum	Begriffsinhalt/Änderungen im Zeitablauf/Begriffsbeziehungen
Statistik des Bestandes an Seeschiffen 01.01.69- 31.12.70	<p>B e g r i f f s i n h a l t : In die Seeschiffsregister eingetragene Schiffe, die dem Transport von Kühlladung dienen und hierfür mit besonderen Einrichtungen ausgestattet sind.</p> <p>In die Seeschiffsregister werden Schiffe eingetragen, die für die Schifffahrt außerhalb von Binnengewässern (Flüssen, Kanälen und geschlossenen Seen) bestimmt sind und einen Raumgehalt von mehr als 17,65 BRT haben. <i>Seefischereifahrzeuge</i>, die mit Kühleinrichtungen ausgestattet sind, zählen nicht zu den Kühlschiffen.</p> <p>Ä n d e r u n g e n i m Z e i t a b l a u f : Von 1951 bis 1968 zählten die Kühlschiffe zu den <i>Trockenladungsschiffen</i>. Danach wurden sie gesondert erfaßt.</p>